

Dokumente

1487

Amtsvermerk Generalsekretär Peter

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 56760/13

Wien, 10. August 1934

Heute besuchte mich der ungarische Minister des Aeusseren Herr von Kánya und machte mir folgende Mitteilung:

Aus einem Gespräch mit dem Reichskanzler Hitler habe er entnommen, dass dieser erwartet hätte, dass seine Geste des Entgegenkommens, die er durch den Brief an Herrn von Papen vor aller Welt gemacht hätte, in Oesterreich besseres Verständnis und ein gewisses Echo hätte hervorrufen sollen. Ferner sprach Hitler von der Agrémenterteilung an Herrn von Papen und sagte, dass, wenn die österreichische Bundesregierung an die Erteilung des Agréments gewisse Bedingungen geknüpft hätte, er nur mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen hätte antworten können. Schliesslich versicherte Reichskanzler Hitler Herrn Kánya gegenüber, dass er die Landesleitung in München auflösen werde.

Herr Reichsaussenminister Baron Neurath habe Herrn von Kánya erklärt, dass er alles aufbieten werde, um in der österreichisch-deutschen Frage zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Er sei sich voll bewusst, dass eine grosse Gereiztheit auf beiden Seiten vorhanden sei und dass viel Geduld und Takt notwendig sein werde, um das Ziel zu erreichen. Die Situation sei ganz verfahren, man werde alles tun, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. Man werde sicherlich nichts überstürzen. Baron Neurath bat den ungarischen Aussenminister, von diesen seinen Erklärungen in Wien Mitteilung zu machen.

Reichsminister Blomberg äusserte sich Herrn Kánya gegenüber beinahe in dem gleichen Sinne wie es Baron Neurath getan hat. Er habe eine analoge Aeusserung auch gegenüber dem Fürsten Schönburg gemacht. Reichsminister Blomberg fügte hinzu, dass er aus Unterredungen mit dem Reichskanzler Hitler den Eindruck gewonnen habe, dass dieser selbst über die österreichische Frage anderer Meinung geworden sei. Er sagte wörtlich: „Ich lerne den Reichskanzler immer mehr

kennen und sehe, dass er sich allmählich aus einem Propheten zum Staatsmann umwandle.“

Auch Goering sei der Ansicht, dass die österreichisch-deutsche Frage in befriedigendem Sinne gelöst werden muss, weshalb auch er in diesem Sinne auf den Reichskanzler einwirken wolle.

Aussenminister Kánya habe gehört, dass Herr von Papen wahrscheinlich am 16. ds. M. in Wien eintreffen werde, aber um zu beweisen, dass er keinen Druck ausüben will, bald nach seiner Ankunft einen kurzen Urlaub antreten wird.

Hitler habe schliesslich erklärt, er habe gehört, dass die österr. Bundesregierung zu beabsichtigen scheine, demnächst über angebliche Zusammenhänge zwischen den Juli-Ereignissen und Deutschen Stellen Enthüllungen zu veröffentlichen. Sollte dies geschehen, so werde er ebenfalls Nachrichten über Dinge in die Öffentlichkeit bringen, die der österr. Regierung nicht angenehm sein werden.

1488

Gesandter Franckenstein an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 296/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 57205/13

London, 16. August 1934

Ich erzählte Sir Robert Vansittart heute den mir mitgeteilten Ausspruch eines deutschen Diplomaten, das erste Ziel Deutschlands sei, die Aufrüstung möglichst rasch vorwärts zu treiben, das zweite die Gewinnung des Saargebietes ohne auswärtige Komplikationen und dann das dritte die Gewinnung Oesterreichs.

Der permanente Unterstaatssekretär sagte mir, dass dieses Programm mit den ihm zugekommenen Informationen übereinstimme.

Er setzt in die deutschen Versprechungen, sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs nicht mehr einzumischen, kein Vertrauen und würde sich nur durch Taten bekehren lassen. Er glaubt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gegen den Winter so schlecht sein werden, dass unsere Lage im Vergleiche relativ günstig erscheinen wird. Auch aus diesem Grunde erwartet er einen Rückgang der Nazibewegung in Oesterreich, doch besorgt ihn, dass die Fanatiker vor neuen Attentaten und anderen Gewalttaten nicht zurückschrecken könnten.

1489**Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Pflügl (Genf)**

Privatbrief (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 57229

[Wien, am 28. August 1934]

Bezugnehmend auf unsere jüngsten Gespräche betreffs der Frage unserer Sicherheit, kann ich Dir nun mitteilen, dass wir dieser Frage näherzutreten und sie womöglich zu realisieren beschlossen haben. Wir wollen nun taktisch ungefähr folgendermassen vorgehen:

Ich werde noch im Laufe dieser Woche mit den hiesigen Gesandten Italiens und Frankreichs und, je nach deren Einstellung, sodann auch Englands einschlägige Gespräche aufnehmen. Der Grundtenor unserer Haltung wird der sein, dass nicht wir die Initiative zur Verwirklichung einer Convention de securité für Oesterreich ergreifen, sondern dass wir uns darauf beschränken, in Paris, Rom und London zu verstehen zu geben, dass wir einen solchen Pakt, sollte er von Seiten der Grossmächte angeregt werden, begrüßen würden. Geneigtheit zu einer solchen Convention scheint nach unseren Informationen jedenfalls in Paris zu bestehen. [...] Auch auf italienischer Seite scheinen für's Erste keine schwerwiegenden Bedenken zu befürchten zu sein. Auch England dürfte, da es keinerlei belastendes Engagement zu übernehmen hätte, keine Schwierigkeiten machen.

Ich werde Dich jedenfalls von dem Ergebnis meiner ersten Konversationen in dieser Frage informieren. Die Hauptsache wird sich wohl dann in Genf abspielen. Wegen der finanziellen Fragen wird Dir Gesandter Schüller noch dieser Tage schreiben.

1490**Vorbemerkungen Ministerialrat Leitmaier**

AdR, NPA
Österreich/ Geheim
(ohne Zahl)

Wien, 3. September 1934

I.

Es kann nicht übersehen werden, dass die Unabhängigkeit Oesterreichs schon im Art. 88 des Staatsvertrages von St. Germain stipuliert ist und dass sich weiters

die Signatarstaaten des Genfer Protokolles I vom 4. Oktober 1922¹ nicht nur verpflichtet haben, die politische Unabhängigkeit Oesterreichs zu respektieren, sondern auch vereinbart haben, dass sie sich gegebenenfalls, um die Beobachtung dieses Grundsatzes bei allen Nationen sicherzustellen, einzeln oder insgesamt an den Völkerbundrat wenden werden.

Da nun sowohl Frankreich als auch Italien, auf die es ja in erster Linie ankommt, Signatarstaaten des Staatsvertrages von St. Germain und des Genfer Protokolles I sind, kann ihnen nicht zugemutet werden, neuerlich die Verpflichtung zur Achtung und Verteidigung der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs einzugehen, ohne ausdrücklich auf den Staatsvertrag von St. Germain und das Genfer Protokoll I Bezug zu nehmen, da sie ja sonst diese internationalen Akte gewissermassen als bedeutungslos hinstellen würden.

Tatsächlich haben sich zum Beispiel Frankreich und die Tschechoslowakei, die sich im Bündnis- und Freundschaftsvertrag vom 25. Jänner 1924 verpflichtet haben, à se concerter sur les mesures à prendre, falls die Unabhängigkeit Oesterreichs gefährdet wird, ausdrücklich auf die obenerwähnten Vertragsstellen bezogen (Les Hautes Parties contractantes, pleinement d'accord sur l'importance que présentent pour le maintien de la paix générale les principes d'ordre politique contenus dans l'article 88 du Traité de Paix de St-Germain-en-Laye du 10 septembre 1919, ainsi que dans les Protocoles de Genève du 4 octobre 1922 dont elles sont toutes deux signataires [...]).

Eine ausdrückliche Bezugnahme auf das Genfer Protokoll ist aber im vorliegenden Falle durchaus unerwünscht und zwar:

- a) Weil Deutschland zum Beitritt aufgefordert werden soll, Deutschland aber weder Signatarstaat des Staatsvertrages von St. Germain noch des Genfer Protokolles I ist.
- b) Weil österreichischerseits die Auffassung vertreten wird, dass das Genfer Protokoll I mit der Rückzahlung der Anleihe seine Geltung verlieren soll.
- c) Der optische Effekt einer solchen Bezugnahme auf die österreichische Öffentlichkeit besser zu vermeiden wäre.

Hieraus ergibt sich aber, dass der Inhalt des Vertrages über die Verpflichtung „de respecter et de faire respecter l'indépendance de l'Autriche“ hinausgehen muss, da er ja etwas Neues enthalten soll. Nach Ansicht der Abteilung 15 VR hätte dieses Neue in einer Verstärkung der bisher für die politische Unabhängigkeit Oesterreichs gegebenen internationalen Garantien und zwar in doppelter Richtung zu bestehen.

A. Oesterreich wäre gegen bestimmte Einmischungen von aussen zu schützen und zwar wäre bei der näheren Bestimmung der Art dieser Einmischungen nicht noch einmal auf die Unabhängigkeit Oesterreichs abzustellen, sondern konkreter als Voraussetzung für das Wirksamwerden der Vertragsgarantien solche Einmischun-

¹ ADÖ 4/707.

gen von aussen zu bestimmen, die sich gegen die Ordnung und die Sicherheit im Innern oder die Stabilität der österreichischen Regierung richten.

B. Das Verfahren zum Schutze der österreichischen Unabhängigkeit im Falle des Vorliegens solcher Eingriffe hätte nicht wie im Genfer Protokolle in der Inangsetzung des Völkerbundmechanismus zu bestehen, sondern wäre von den Vertragsstaaten unmittelbar und unabhängig von diesem Mechanismus gemeinsam zu beschliessen.

Irgend eine Abkehr vom Völkerbundgedanken kann hierin nicht erblickt werden, da ja das Ziel des Vertrages durchaus den in der Völkerbundsatzung verankerten Grundsätzen entspricht.

II

Der Abteilung 15 VR schiene es wünschenswert, dass die Frage, ob in einem konkreten Falle die Voraussetzungen für das Einschreiten der Garantiemächte gegeben sind, der österreichischen Regierung zur Entscheidung vorbehalten bliebe. Dies könnte am besten in der Weise geschehen, dass im Vertrage selbst ein Appell der Bundesregierung an die Vertragsmächte als Voraussetzung ihres Einschreitens festgesetzt wird. Wird diesem Gedanken Rechnung getragen, dann empfiehlt es sich aber schon aus dieser Erwägung, Oesterreich als Mitkontrahent aufscheinen zu lassen.

1491

Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit tschechoslowakischem Außenminister Beneš am 13. September 1934 in Genf

Gesprächsprotokoll¹

AdR, NPA
Tschechoslowakei I/III
Z. 45874/13

o. O., o. D. [1934]

Nach den ueblichen Einfuehrungsworten erklaerte Benesch, er muesse mit aller Offenheit sagen, was die guten Beziehungen zu unserem Staate truebe: Die Frage

¹ Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandte Marek (Prag) und Ploennies (Belgrad). Weisung, Wien, 2. 10. 1934 – AdR, NPA Tschechoslowakei I/III, Z.45874/13: „Herr Gesandter, Sie erhalten anbei eine von Herrn Bundeskanzler Dr. Schuschnigg diktirte Aufzeichnung über das Gespräch, das er am 13. v. M. in Genf mit Aussenminister Dr. Benesch geführt hat [...]“. Dazu außerdem die Amtserinnerung Hornbostel über dieses Gespräch, Wien, 22.10.1934 – AdR, NPA Tschechoslowakei I/III, Z. 45922/13.

der Habsburger. Es werde immer wieder davon gesprochen. Man muesse einsehen, dass dies keine oesterreichische Angelegenheit sei, sondern dass auch die Kleine Entente daran besonders interessiert sei, die Tschechen wegen der Slovaaken, die Jugoslaven wegen der Kroaten.

Ich erwiderte konform mit den bereits durch den Herrn Aussenminister formulierten Erwaegungen, dass die politische und die privatrechtliche Seite zu unterscheiden sei. Letztere betreffe die Habsburgergesetze. Benesch erklaerte, dass er in dieser Richtung nichts zu bemerken habe und uns freie Hand lasse. Er fuerchte die Stimmungsmache und verweise darauf, dass das oeftere Betonen dieser Frage in tschechoslovakischen, und auch in jugoslavischen Kreisen dauernde Beunruhigung hervorrufe. Ich erklaerte, dass das oeftere Betonen nicht unsere Schuld sei, sondern vielfach darauf zurueckgehe, dass eine stark bemerkbare Nervositaeet ununterbrochen zu Fragestellungen fuehre, die unsrerseits Antworten erfordern, die jedoch meines Erachtens alle durchaus klar und eindeutig gewesen seien. Benesch erwaehnte die „Habsburgerkundgebung“ am vergangenen Sonntag in Wien. Ich replizierte, dass von einer solchen nicht die Rede sein koennte, sondern dass es sich um eine Totenfeier gehandelt habe. Im uebrigen verwies ich darauf, dass die staerkere Betonung des oesterr. Staatsgedankens an historischen Erwaegungen nicht vorueberkommen koenne und daher naturgemaess in diesem Zusammenhange rein geschichtliche Betrachtungen zur Erwaehnung der Habsburger fuehren. Im uebrigen sei es eine Frage des Taktes und vernuenftiger Realpolitik, die Formulierungen immer so zu waehlen, dass unser Nachbar daraus ersehen muesse, dass es sich um rein inneroesterreichische Angelegenheiten handelt, die das Oesterreich von heute betreffen. Ich erklaerte, dass ich selbstverstaendlich aus rein realpolitischen Erwaegungen heraus absolut die Auffassung vertrete, dass Experimente, welche die Ruhe und den Frieden gefaehrden, unterlassen werden muessen. Es denke auch niemand Ernster in Oesterreich an solche Unternehmungen. Bemerkenswert erschien mir die Feststellung Benesch's dass damit die Frage: Republik oder Monarchie gar nicht tangiert sei.

Hinsichtlich Behandlung der Emigration erklaerte Benesch, dass bei sonstiger guenstiger Atmosphaere zwischen den beiden Staaten, er, was er machen koenne, tun werde, um den Missbrauch des Asylrechtes durch die Etablierung revolutionaerer Zentralen zu verhindern. Was er nicht verhindern koenne, sei die enge Allianz der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslovakei mit der Emigration. Hinsichtlich der Waffen, habe er meine Andeutung in der gestrigen Rede verstanden, verweise jedoch darauf, dass der Waffenhandel in der Tschechoslovakei frei sei, und das Uebrige eine Angelegenheit der beiderseitigen Grenzorgane sein muesse.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung sei von der psychologischen Voraussetzung bedingt, dass eine Atmosphaere politischen Vertrauens zwischen den beiden Staaten gegeben sei. Er halte es fuer durchaus moeglich, das Handelsvolumen wieder auf die Hoehe von etwa 1932 zu bringen, und zwar beiderseits, und sei bereit, darueber weiter zu verhandeln. Er halte weitere persoenliche Aussprachen

fuer nuetzlich und verweise darauf, dass er in Suedboehmen ein Landgut habe, in welchem er zu Aussprachen zur Verfuegung stehe. Er stellte mir weiter zur Erwaegung, Italien und Frankreich zu informieren, u. zw., wie er sich ausdrueckte, moeglichst al pari. Eine Bemuehung, mit Italien naeher in Fuehlung zu kommen, ging zweifellos aus den Aeusserungen hervor. Insbesondere verwies er noch auf die besonders schwierige Situation, die sich in Jugoslawien ergeben habe.

1492

Gespräch Gesandter Hornbostel mit stv. Politischem Direktor Massigli am 25. September 1934 in Genf

Gesprächsaufzeichnung¹

AdR, NPA

Österreich/Geheim 7/1

Z. 45876/13

Genf, 25. September 1934

Massigli kommt von Eden. Beide sind höchst besorgt über die Haltung Italiens. Sie haben den starken Eindruck, dass Italien dahin strebt, sich durch die beiden Grossmächte eine Art Mandat hinsichtlich der Sicherheit Oesterreichs geben zu lassen. Es sei evident, dass ein einseitiges militärisches Eingreifen Italiens in Oesterreich (speziell in Kärnten) den Weltkrieg bedeute. Eine Zustimmung der beiden Grossmächte zu einer zukünftigen u. allfälligen solchen Intervention Italiens sei unmöglich und höchst gefährlich. Ebenso unannehmbar sei die italienische Absicht – falls die beiden Grossmächte nicht mittun – mit Oesterreich allein einen Sicherheitspakt abzuschliessen, wie dies Bar. Aloisi wiederholt warnend angedeutet habe. Frankreich könne diese gefährliche Situation durch seine Teilnahme an einem solchen Pakt, der Italien ein „Mandat“ über Oesterreich à la mode de l'Albanie einräume, schon aus dem Grunde nicht paralysieren, da es sich dadurch in diametralen Gegensatz zur kl. Entente, insbesondere zum empfindlichsten Gegner Italiens, Jugoslawien, setze. Massigli wie auch Eden hätten die grösste Besorgnis, dass Jugoslawien direkt in die Arme Deutschlands getrieben werde, wenn man es in der österr. Frage vor den Kopf stosse. Daher sei auch der Wunsch Englands, dass *alle* Nachbarn Oesterreichs, einschliesslich Deutschland, an der Sicherung Oesterreichs teilnehmen. Auch Frankreich muss darauf dringen, dass England wo möglich, jedenfalls aber die kl. Entente eingeschaltet werden.

¹ „Am 25. v. M. hatte der Gefertigte (Hornbostel) ein längeres freundschaftliches Gespräch mit dem Directeur- adjoint Politique Massigli, in welchem er sich sehr aufrichtig und einigermaßen nervös über die italienische Politik gegenüber Österreich äusserte.“ – pro domo Gesandter Hornbostel, Wien, 2.10.1934 – AdR, NPA Österreich/Geheim 7/1, Z. 45876/13.

Besonders charakteristisch erscheint Massigli, dass von der italien. Regierung ein (mir gezeigtes) Aide-Memoire vom 5. Sept., das Chambrun Herrn Suvich in der österr. wirtschaftspolitischen Frage überreicht hat, nicht beantwortet worden sei und Baron Aloisi sogar vorgestern jede Kenntnis dieses Aidememoires abgeleugnet hätte. Das Aide-Memoire (das ich durchlas) enthielt Folgendes: Vom Communiqué der Zusammenkunft Mussolini-Schuschnigg in Florenz ausgehend, beantragt Frankreich die diplomat. Vertreter der drei Grossmächte in Wien sowie den Gesandten der Tschechoslowakei (allenfalls auch Jugoslaviens u. Rumäniens) mit einem Vertreter der österr. Regierung u. dem Berater der Nationalbank zu *offiziösen* Beratungen über die praktischen Möglichkeiten der Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs zusammentreten zu lassen. Diese Verhandlungen sollten ohne „publicité“ stattfinden und finanzielle Fragen sollten davon gänzlich ausgenommen sein und den drei Grossmächten vorbehalten bleiben. Hinsichtlich der Teilnahme Ungarns an diesen Beratungen sagt das Aide-Memoire, dass Frankreich gerne die Teilnahme Ungarns sehen würde, doch unter der Voraussetzung, dass dieses auf seine These, politische Fragen, insbesondere die der Revision, mit wirtschaftlichen Fragen zu verquicken endlich verzichte. Das Ergebnis der Beratungen hätte den Mächten zu einem sachlichen Gedankenaustausch u. zur Gewährung praktischer Vorteile an Oesterreich zu dienen.

Massigli konkludiert wie folgt:

Oesterreich braucht angesichts des Presselärmes der letzten Zeit irgendein sichtbares Zeichen, das das Festhalten der Mächte an ihrer Februardeklaration beweist. England würde, wie Eden ihm noch heute gesagt habe, wahrscheinlich hiebei mit-tun. Es würde sich daher um eine Wiederholung, Ausschmückung und Notifizierung der Februardeklaration an alle Nachbarn Oesterreichs zwecks Anschlusses derselben an diesen prinzipiellen Standpunkt handeln. Von Bestimmungen über „mesures pratiques“ u. dgl. müsse vorerst abgesehen werden, da sonst England nicht mittue und Jugoslawien wieder kopfscheu würde. Darüber liesse sich in den kommenden Begegnungen in Rom (Barthou, Benes) und Paris (König Alexander) sprechen.

Zum Schlusse meinte Massigli noch, es könne doch weder im innen- wie auch im aussenpolitischen Interesse Oesterreichs liegen, dass Italien „fasse de M. Schuschnigg sa marionette“. Nach den Berichten H. Puaux´ habe der Nazismus in Oesterreich einen kräftigen Schlag erhalten, ein italienischer plumper Vorstoss müsste die Nazisten wieder aufbringen. Aussenpolitisch sei es gewiss kein Interesse Oesterreichs seine Nachbarn (d.h. Jugoslawien, Tschechei, aber auch Deutschland) nur Italiens Ambitionen zuliebe feindlich zu stimmen.

1493**Verhandlungen über die österreichische Sicherheitsfrage
in Genf**

Aufzeichnung (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 47589

Wien, 1. Oktober 1934

A) Verhandlungen bezüglich der Sicherheit der österr. Unabhängigkeit.

Die österr. Bundesregierung war bereits Anfang August l. J. darüber informiert, dass die französische Regierung im Hinblick auf die Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs in Rom den Abschluss eines allgemeinen Paktes angeregt hatte, der den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates und die Verpflichtung der vertragschliessenden Teile enthalten sollte, auf ihrem Boden keine gegen die Vertragspartner gerichtete subversive Tätigkeit zu dulden. Die italienische Regierung hatte nach h. o. Informationen diese französische Anregung als interessant bezeichnet und sich eine eingehende Prüfung derselben vorbehalten.

In Genf ergab sich nun bei Eintreffen der unter Führung Herrn Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg und des Herrn Bundesministers für Aeusseres Berger-Waldenegg stehenden Delegation folgende Lage:

Die italienische Delegation unter Führung Kabinettschefs Baron Aloisi hatte bereits dem österr. Gesandten Pflügl zu erkennen gegeben, dass Italien Wert darauf lege, die Führung in der Angelegenheit der österr. Sicherheitsfrage zu übernehmen. Es fand daher auch der erste Kontakt im Gegenstande zwischen den österr. Delegierten und Baron Aloisi statt. Letzterer entwickelte die Auffassung, dass von der Deklaration der drei Grossmächte, England, Frankreich und Italien vom 17. Februar 1934 ausgehend, ausserhalb des Völkerbundapparates ein die Sicherheit Oesterreichs praktisch gewährleistendes Instrument zwischen den drei Grossmächten einerseits und Oesterreich andererseits ehemöglichst geschaffen werden sollte. Diesbezügliche Entwürfe wurden daher auch im Einvernehmen mit der österr. Delegation in den nächsten Tagen ausgearbeitet, wobei nach Fühlungnahme mit der englischen Delegation darauf besonderer Bedacht genommen wurde, eine Formulierung zu finden, die es England ermöglichen würde, trotz seiner grundsätzlichen Abneigung, neue Bindungen und Verpflichtungen auf dem Kontinente zu übernehmen, dem in Aussicht genommenen Vertragsinstrumente beizutreten oder zumindest in einer entsprechend wirksamen Form seine zustimmende Befriedigung hierüber zum Ausdruck zu bringen.

Die französische Delegation wurde über diese Entwürfe sowohl seitens der italienischen als auch seitens der österr. Delegation eingehend informiert und über die

einzelnen Phasen auf dem laufenden gehalten. Die Stellungnahme Frankreichs war trotz des ausgesprochenen Willens, einen die Sicherung der österr. Unabhängigkeit effektiv gewährleistenden Akt zu setzen, in erheblichem Masse von der Haltung der Kleinen Entente beeinflusst. Unter den Staaten der Kleinen Entente war es wieder in erster Linie Jugoslavien, das seine bereits anlässlich der Ereignisse des 25. Juli vertretene dahingehende Auffassung nachdrücklichst wiederholte, dass die Angelegenheit der Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs Sache des Völkerbundes sei und den Staaten der Kleinen Entente hiebei Gelegenheit geboten werden müsse, die ihnen, zum Teil auch aus ihrer Nachbarschaft, zustehende Ingerenz auf die Regelung dieser Frage auszuüben. Es kann nicht wundernehmen, dass diese in sehr kategorischer Weise geäußerte Auffassung der Kleinen Ententestaaten, insbesondere aber Jugoslawiens, dessen Einstellung gegenüber Deutschland bei den Westmächten merkliche Besorgnis und Nervosität auslöst, sich auf die Stellungnahme Frankreichs auswirkte. Der französische Aussenminister Barthou verfolgt nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen das Ziel, ehemöglichst mit Italien zu einer vollkommenen Bereinigung aller die Beziehungen der beiden Staaten berührenden Probleme zu gelangen und eine grundsätzliche Klärung der einzelnen Fragen noch vor seinem für Ende Oktober in Aussicht genommenen Besuch in Rom herbeizuführen. Andererseits ging das Bestreben Herrn Barthou's, der hierin wohl besonders nachdrücklich vom politischen Direktorstellvertreter Massigli sekundiert worden sein dürfte, dahin, es durch seine Annäherung an Italien nicht zu einer ernstlichen Gefährdung oder gar zu einem Bruche der Beziehungen Frankreichs zu Jugoslavien kommen zu lassen. Seitens der französischen Delegation wurde daher – besonders nachdrücklich nach der Rückkehr Herrn Barthou's aus Paris, woselbst er auch über diesen Gegenstand dem Ministerrat referiert hatte – das doppelte Postulat aufgestellt: 1.) die Teilnahme Englands zu ermöglichen und 2.) die Beziehungen Frankreichs zur Kleinen Entente nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Hieraus ergab sich, dass die französische Delegation in der Angelegenheit der österr. Sicherheitsfrage den Vorschlag nachdrücklich zur Diskussion stellte, den *Völkerbundrat* seitens der drei Grossmächte mit der Frage der Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs zu befassen. Hiedurch wäre nach französischer Auffassung die Möglichkeit geschaffen worden, England als ständige Ratsmacht sowie auch die Kleine Entente, die alternierend einen Ratssitz innehat (derzeit die Tschechoslowakei) in die Verhandlungen einzuschalten. Konkret lief der französische Vorschlag darauf hinaus, den Völkerbundrat durch die drei Grossmächte zu einer Erklärung zu veranlassen, dass jede „von aussen kommende und die politische Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Oesterreichs gefährdende Störung der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa widersprechen, ferner dass jede fremde Einmischung in die Gestaltung der österreichischen Verhältnisse eine Verletzung der Unabhängigkeit Oesterreichs oder eine Bedrohung derselben darstellen würde“; diese Erklärung des Völkerbundes hätte nach dem französischen Vorschlag

in einer Einladung des Conseils an *alle* Nachbarstaaten Oesterreichs und die drei Grossmächte münden sollen, untereinander dem Völkerbundrat mitzuteilende Vereinbarungen zwecks Sicherung der obigen grundsätzlichen Erklärungen des Völkerbundesrates zu treffen. Die italienische Delegation hat nun von vornherein diesen französischen Vorschlag a limine abgewiesen und als indiskutabel bezeichnet u. zw. unter Hinweis auf folgende Argumente:

- 1.) es widerspreche der Auffassung der italienischen Regierung, aber auch der praktischen Zweckmässigkeit, dem Völkerbundrat die Verantwortung in der Frage der Aufrechterhaltung und allfälligen Verteidigung der Unabhängigkeit Oesterreichs aufzulasten, zumal die Schwerfälligkeit des Völkerbundapparates das Ergreifen rascher praktischer Massnahmen im Notfalle unmöglich mache,
- 2.) Italien könne nicht zugeben, dass die Staaten der Kleinen Entente, überdies noch als gleichberechtigte Verteidiger und Garanten der Unabhängigkeit Oesterreichs auftreten, wobei noch mit Sicherheit zu gewärtigen wäre, dass die Kleine Entente in den Verhandlungen vor dem Völkerbunde Fragen aufwerfen würde, die mit dem zur Diskussion stehenden Problem der Sicherheit Oesterreichs nichts zu tun haben.

Tatsächlich soll Jugoslawien im Schosse der Kleinen Entente die Forderung aufgestellt haben, u. a. die Habsburger-Frage bei dieser Gelegenheit vor dem Völkerbunde zu erörtern, bezw. Oesterreich – ähnlich Ungarn nach den beiden Königsputschen – zu einem feierlichen Verzicht auf die Restauration der Dynastie Habsburg zu zwingen.

Diese und ähnliche durchaus abwegige Velleitäten Jugoslawiens hat, nach verlässlichen Informationen, Dr. Benesch, der gleich Herrn Barthou eine Annäherung an Italien anstrebt, mit der treffenden Argumentation erfolgreich bekämpft, dass es nicht angehe, den Anlass der Verhandlung über die Nichteinmischung in österreichische Angelegenheiten damit zu eröffnen, dass sich die Nachbarstaaten gerade in innere österreichische Fragen wie z.B. die Restorationsfrage einmischen. Die italienische Delegation erklärte daher in unzweideutiger Weise, dass sie nur ausserhalb des Völkerbundes und ohne Einbeziehung der Kleinen Entente über die Frage der praktischen Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs zu verhandeln bereit sei. Diesem Standpunkte hat sich auch die österreichische Delegation – die übrigens in den Gang der Verhandlungen aus taktischen Gründen absichtlich nicht aktiv eingegriffen, sondern sich darauf beschränkt hat, ihre Auffassungen jeweils unter Beobachtung der grössten Reserve den in Betracht kommenden Delegationen zur Kenntnis zu bringen – angeschlossen.

In Anbetracht der Gegensätzlichkeit der oben skizzierten beiden Standpunkte Italiens einerseits und Frankreichs und der Kleinen Entente andererseits, wurde auf die Möglichkeit gegriffen, eine Lösung der Frage zunächst bloss durch eine tunlichst gemeinsame Deklaration der drei Grossmächte herbeizuführen, durch welche der in der Erklärung vom 17. Februar enthaltene Grundsatz bekräftigt und nach Möglichkeit erweitert werden sollte. Die auf dieser Grundlage geführ-

ten Verhandlungen zwischen den Delegationen der drei Grossmächte ergaben schliesslich nach wiederholten Peripetien das am 27. v. M. erzielte endgiltige Ergebnis (Abschrift des Originaltextes der Deklaration der drei Grossmächte vom 27. September 1934 liegt bei).

In diesem Zusammenhange muss zu der bereits oben angedeuteten Einstellung der englischen Delegation beigefügt werden, dass die britische Regierung im Verlaufe der geschilderten Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gebracht hatte, dass England keinerlei neue Bindungen auf dem Kontinente einzugehen vermöchte. Weiters hatte die britische Regierung anfangs auch der im Endstadium der Verhandlungen zustandegekommenen Deklaration ihre Zustimmung mit der Motivierung verweigert, dass ihr eine Erweiterung der Februar-Deklaration aus dem eben erwähnten Grundsatz für England nicht tunlich und eine blosser Wiederholung der Deklaration des 17. Februar als eine Abschwächung derselben erscheine. Die schliesslich der endgiltigen Erklärung vom 27. September l. J. erteilte Zustimmung der britischen Regierung dürfte nach den uns zugekommenen Informationen in beträchtlichem Masse der Befürchtung der britischen Regierung zuzuschreiben sein, dass im Falle des Scheiterns dieses letzten Lösungsversuches einerseits die Position der österr. Bundesregierung, insbesondere gegenüber Deutschland, erheblich geschwächt würde, andererseits die italienische Delegation die von ihr auch im Laufe der Verhandlungen angedeutete Möglichkeit einer ausschliesslich italienisch-österreichischen Vereinbarung in der Sicherheitsfrage in die Tat umsetzen könnte. Hiedurch aber wäre nach englischer Auffassung die internationale Situation in der österr. Sicherheitsfrage gegenüber dem bisherigen Zustand nicht nur nicht gebessert, sondern in Anbetracht der kategorischen Haltung Jugoslawiens in erheblichem Masse verschlechtert worden.

Das durch die oben skizzierten Verhandlungen erzielte Endergebnis muss vom österr. Gesichtspunkte als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Deklaration vom 27. September l. J. stellt nicht nur eine neuerliche Bekräftigung der von den drei Grossmächten vor den Juliereignissen eingenommenen gemeinsamen Haltung dar, sondern verleiht dem grundsätzlichen Standpunkte der drei Grossmächte, insbesondere durch die Schlussworte der Erklärung und die äussere Form (Unterzeichnung) einen wesentlich kräftigeren Ausdruck. Hierbei lässt die Deklaration vom 27. September die Türe zu allfälligen weiteren konkreten Verhandlungen in der Sicherheitsfrage offen, ohne uns bezw. den zum Schutz der Unabhängigkeit Oesterreichs entschlossenen Grossmächten irgendwelche hindernde Bindungen aufzuerlegen.

B) Zur Frage der Verlegung des Völkerbundes nach Wien.

Im Zusammenhange mit der von der Schweizer Regierung eingenommenen, strikt ablehnenden Haltung gegenüber dem Eintritte Sowjetrusslands in den Völkerbund erfolgte eine überaus heftige Campagne der Schweizer Presse, die sich auch auf

die Frage eines allfälligen Austrittes der Schweiz aus dem Völkerbund ausdehnte. Tatsächlich waren laut verlässlichen Informationen bereits Subskriptionsbögen behufs Einsammlung der für eine Volksbefragung in diesem Gegenstande erforderlichen Zahl von 50.000 Proponenten im Umlauf, wurden aber nach erfolgtem Eintritt Sowjetrusslands in den Völkerbund wieder zurückgezogen. Das Sekretariat des Völkerbundes sowie auch die im Völkerbunde tonangebenden Mächte haben unter dem Eindrucke der erwähnten Haltung der Schweiz die Absicht ernstlich in Erwägung gezogen, im Falle des Austrittes der Schweiz aus dem Völkerbund, denselben – trotz der sehr namhaften bisherigen Investitionen in Genf – nach Wien zu verlegen. Mit dem Abbrechen der auf den Austritt der Schweiz abzielenden Aktion hat diese Frage von selbst eine endgiltige und negative Lösung erfahren.

1494

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 597/Pol. (geheim)¹

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 9. Oktober 1934

Es war mir gleich aufgefallen, dass Herr Dr. Beneš, den ich wegen der Konvertierung unserer Völkerbundanleihe zu sprechen wünschte, mir die erbetene Unterredung sofort bewilligte, ohne erst wie sonst üblich, einige Tage verstreichen zu lassen. Tatsächlich sagte er mir sofort, nach meinem Erscheinen, er hätte Dringendes und Wichtiges mit mir zu besprechen und zwar im Anschluss an die Unterhaltungen, die er mit dem Herrn Bundeskanzler und mit Eurer Excellenz in Genf zu führen Gelegenheit gehabt.

Ueber seine Stellungnahme zu dem, von mir vorgebrachten Ersuchen, betreffend die Abgabe einer Zustimmungserklärung zur Konvertierung der österreichischen Völkerbundanleihe, habe ich gesondert berichtet. Da der Aussenminister schon bei der Motivierung seiner etwas zögernden Haltung in dieser Frage auf das ungeklärte Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten angespielt hatte und dass nicht alles so sei wie es sein sollte, glaubte ich bei dieser Gelegenheit auf die von mir schon so oft zur Sprache gebrachten Haltung der offiziellen tschechoslowakischen Faktoren gegenüber der österreichischen Emigration anspielen zu sollen, deren beständige und hier geduldete unqualifizierbare, persönliche Angriffe auf den österreichischen Regierungschef und einzelne Bundesminister, nach meiner

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1496.

Ansicht, wohl mit daran schuld seien, dass eine vertrauensvolle Atmosphäre, wie sie früher war nicht Platz greifen könne. Der Minister antwortete, dass er ja wie ich wisse, derartige Angriffe auf das strengste verurteile, dass er aber nicht, so wie er möchte in dieser Richtung auftreten könne, weil eben noch andere Dinge zwischen uns lägen, die man ihm von sozialdemokratischer Regierungsseite immer vor Augen führe, sowie er versuche, zu Hause für Oesterreich einzutreten. Und darüber will er eben mit mir ganz offen und freundschaftlich sprechen und es mir überlassen, in welcher Form ich seine Ausführungen nach Wien weitergeben will. Dr. Beneš habe sich mit Eurer Excellenz in Genf sehr gut gesprochen und er quittiere dankbarst die freundlichen Worte, die Eure Excellenz für sein Verständnis, das er Oesterreich entgegenbringe, gefunden. Es habe ihm jedoch geschienen, als ob Euer Excellenz einen Gegensatz zwischen ihm, dem tschechoslowakischen Aussenminister, und der Kleinen Entente, namentlich Jugoslawien, konstruieren wollten, einen Gegensatz der nicht bestehe. Vielleicht habe er selbst die Erklärungen Euer Excellenz nicht richtig aufgefasst und vielleicht seien sie auch nicht so gedacht gewesen. Immerhin sei ein gewisser Eindruck in dieser Hinsicht bei ihm hervorgerufen worden. Um jedem Irrtum vorzubeugen, müsse der Minister seine absolute Solidarität mit den Bundesgenossen der Kleinen Entente betonen und unterstreichen, dass die Aussenminister der Kleinen Entente auch in der österreichischen Frage in jeder Hinsicht konform gehen.

Der Minister verstehe die heutige österreichische Politik gegenüber der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente nicht und er wisse nicht, was Wien eigentlich wolle. Die österreichische Selbstständigkeit gegenüber Prag zu betonen sei vollkommen überflüssig, denn er, Dr. Beneš, habe seit jeher betont, dass er auf die volle Gleichheit zwischen Prag und Wien den grössten Wert lege. Auch in Genf sei ihm keine Aufklärung geworden und er bedaure, dass aus seinen Unterredungen mit dem Herrn Bundeskanzler und dem österreichischen Aussenminister nicht, sowie es mit früheren österreichischen Staatsmännern, zuletzt auch mit Bundeskanzler Dr. Dollfuss, der Fall zu sein pflegte, nicht etwas *Positives* hervorgegangen sei. Insbesondere in seinen letzten Unterredungen mit Dr. Dollfuss habe sich dessen wahrhafte Tendenz zu einer freundschaftlichen Linie mit der Tschechoslowakei gezeigt. Und so wie früher so möchte der Minister auch jetzt, dass man sich immer sage, wo irgendwelche Schwierigkeiten liegen und wenn man diese finde, dass man sie auch liquidiere. Es sei sehr merkwürdig, dass jetzt, wo in Wien eine Regierung sitze, die wie keine österreichische Regierung zuvor mit der Tschechoslowakei in der Anschlussfrage einig sei, die allgemeine Stimmung schlechter sei, wie seit langem nicht.

Ich warf hier wieder die Frage der sozialdemokratischen Emigration auf, worauf Herr Dr. Beneš neuerlich betonte er werde es sich keine Minute überlegen, hier energisch Wandel zu schaffen, wenn wir uns nur auf einer bestimmten Linie einigen könnten und nicht zwischen uns etwas liegen würde, was eben vorhanden sei. Die Wiener Regierung brauche vor der Tschechoslowakei wirklich keine Angst

zu haben und sie brauche auch vor den tschechoslowakischen Sozialdemokraten keine Angst zu haben und man erschwere sich in Wien die Situation nur selbst. Er wiederhole, dass es ihm kurios vorkomme, wenn sich eine Regierung, die vor einem internationalen Forum so entschieden die Selbstständigkeit ihres Landes betont, nicht mit jenen drei mitteleuropäischen Staaten, die auf derselben Politik fussen, einigen könne. Man betone in Wien, dass man ein gutes Verhältnis zu Frankreich wolle. Auch hier wolle die Tschechoslowakei dasselbe. Warum könne man also nicht mit der Tschechoslowakei ein gutes Verhältnis unterhalten.

Dr. Beneš verstehe unsere Psychologie und respektiere sie vollkommen, dass wir über unsere Selbstständigkeit lieber mit Paris und Rom verhandeln als mit Prag und Belgrad, und er sei deshalb gewiss nicht ungehalten, und verstehe es psychologisch sehr gut, wenn wir darüber gerade mit den Sukzessionsstaaten nicht reden können und wollen, aber er verlange auch, dass man die tschechoslowakische Psychologie respektiere.

Ueber einen Garantiepakt brauche Wien gewiss nicht mit Prag oder Belgrad zu sprechen und es sei nur gut und billig, wenn wir darüber mit den Grossmächten verhandeln. Die Kleine Entente werde sich mit diesen schon direkt zu einigen wissen. Immerhin sei hier eine gewisse Nuance vorhanden: Die Frage dürfte nicht so formuliert werden, als ob die Kleine Entente in das mitteleuropäische Problem überhaupt nichts drein zureden hätte. Oesterreich und die Tschechoslowakei müssten sich gleich sein, den Grossmächten billige der Minister gern einen höheren Rang und eine höhere Stellung zu. Wien möge sich also mit Paris und Rom verständigen, die sich ihrerseits wiederum mit den Staaten der Kleinen Entente verständigen werden.

Beneš habe nie daran gedacht, die Tschechoslowakei irgendwie gönnerhaft als garantierenden Staat gegen Oesterreich auszuspielen, sondern er habe an eine assistance mutuelle gedacht wobei Oesterreich nicht als irgend ein Objekt zu betrachten wäre, sondern ganz gleichwertig und gleichberechtigt und auf gleicher Stufe mit allen anderen Staaten. Hiebei denke der Minister auch gar nicht daran, dass eine Konstruktion, die man für die Sicherheit wählen würde, etwa eine antideutsche Spitze haben sollte, da dies auch gar nicht im Interesse der Tschechoslowakei selbst gelegen wäre. Der Minister möchte durch alle diese Darlegungen bei uns den Eindruck verwischen, als ob sich die Tschechoslowakei oder die Kleine Entente auch nur irgendwie im geringsten in innere österreichische Fragen einmischen wollte. Und dies sei auch mit der Grund, warum er für die österreichische Frage eine *europäische Lösung*, eine Lösung durch den Völkerbund Rat, der hiefür das kompetenteste Forum sei, wollte.

Leider habe er auch in Genf nicht erfahren können, wie sich die österreichische Regierung zu dem Vorschlag verhalte und der Herr Bundeskanzler habe sich nicht positiv in dieser Richtung ausgesprochen. Da Herr Dr. Beneš nicht wollte, dass zwischen uns unnützes Misstrauen und Missverständnis entstehe, da er nicht wieder wollte, dass man ihm insbesondere wieder irgend welche „Pläne“ unterle-

ge, habe er sich schliesslich in Genf ganz reserviert verhalten, insbesondere weil er wisse, dass er für bestimmte Wiener Kreise das rote Tuch sei und daher lieber schweige. Mir gegenüber betont er nach wie vor, dass er nur im Einvernehmen mit der Wiener Regierung und nach vorheriger Verständigung überhaupt etwas machen wolle. Dieses Prinzip gelte nicht nur in diesem einen konkreten Fall, sondern ganz allgemein und dies bitte er auch die jetzige Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

Ein solches Einvernehmen und eine solche parallele Politik habe allerdings zur Voraussetzung, dass zwischen den Partnern volle Klarheit bestehe. Und da könne er nicht die schwierige Situation verschweigen, die durch die *Habsburgerfrage* zwischen uns entstanden sei. Doch auch hier sehe er den Moment kommen, wo man sich werde über diese Frage verständigen müssen. Er habe zwar schon in Genf mit dem Herrn Bundeskanzler und namentlich auch mit Herrn Gesandten Pflügl darüber gesprochen und die Erklärung, die ihm der Herr Bundeskanzler gegeben, sei so klar gewesen, dass man dagegen eigentlich nichts sagen könne. Aber trotzdem dürfe man nicht die Augen zumachen und er habe nicht das Recht, naiv zu sein, denn es genüge nicht eine Frage damit abzutun, dass sie nicht aktuell sei, denn jedermann wisse, dass von einer Politik, schon dadurch, dass man von ihr sage, sie sei nicht aktuell, die Meinung besteht, dass sie einmal aktuell werden wird.

Dies gelte vornehmlich gerade von der Habsburgerfrage. Es sei das grösste Interesse der Tschechoslowakei, dass diese Angelegenheit definitiv geregelt werde und dass man hierzulande nicht den Eindruck habe, die Frage sei nur aufs Eis gelegt und werde heute oder morgen doch aktuell werden. Schon das, was heute in Oesterreich geschehe (Rückgabe des Habsburgervermögens, Erlaubnis zur Rückkehr der Habsburger) mache dieses Problem automatisch aktuell.

Dr. Beneš habe ein grosses Verständnis dafür, was ihm der Herr Bundeskanzler in Genf über das Verhältnis der österreichischen Regierung zur Habsburgerfrage gesagt und er habe dies dem Herrn Bundeskanzler auch nicht verschwiegen. Er begreife sehr gut, dass das heutige Oesterreich in seiner Geschichte mit dem Haus Habsburg verbunden sei und dass, wenn man von einer österreichischen Idee spreche und diese ausbilden will, das Geschlecht der Habsburger nicht beiseite gelassen werden könne. Er sei gewiss bereit, diese unsere Psychologie zu respektieren, aber nur soweit, als eben die österreichische Idee mit der Geschichte verknüpft sei. Auch die tschechoslowakische Geschichte sei durch Jahrhunderte mit dem Haus Habsburg verknüpft gewesen und Dr. Beneš habe Herrn Bundeskanzler in Genf erzählt, was ich sehr gut wisse, dass im Audienzsaal am Hradschin, in dem der Präsident die auswärtigen Gesandten empfängt, die Porträts der Habsburger angebracht sind. Man hat sie dort belassen – obzwar es einigen Bilderstürmern gegen den Strich gegangen sei – weil man auch die Geschichte des tschechoslowakischen Volkes nur im historischen Sinn verstehen müsse. In der Bewertung der Bedeutung des Habsburgergeschlechtes komme man aber in

Prag und in Wien zu anderen Resultaten. Für Wien und die Alpenländer seien die Habsburger ganz etwas anderes gewesen als für Prag und die Sudetenländer. Für die tschechische Nation sei die Habsburgerperiode eine Zeit des Verfalls und der Erniedrigung gewesen. Der Minister wiederhole dies nicht gern, aber er müsse es tun, wenn er wolle, dass man in Wien die tschechische Einstellung gegenüber den Habsburgern begreife. Und wenn Oesterreich den Wunsch hege, dass zwischen Wien und Prag in Zukunft nicht immer ein Schatten stehe, so müsse man sich das Gesagte vergegenwärtigen und man müsse sich schliesslich und endlich über diese Frage verständigen. Er habe nichts dagegen, wenn Wien aus der Habsburgerfrage für seine Staatsidee Kapital schlagen will, er müsse aber sicher wissen, dass dies nur historisch von Bedeutung und nicht für die Zukunft gedacht sei.

Der Herr Bundeskanzler sei in Genf sichtlich erschrocken, als Dr. Beneš diese Frage zur Sprache gebracht, denn er habe bestimmt angenommen, dass Dr. Beneš von der österreichischen Regierung eine offizielle Erklärung oder Verpflichtung haben möchte. Der Herr Minister habe den Herrn Bundeskanzler nicht darüber im Unklaren gelassen, dass er von uns nichts verlange und verlangen werde, was wir nicht machen können. Er will nichts anderes, als gemeinsam mit uns einen Weg suchen, wie dieses Problem, das zwischen uns liegt, zu lösen wäre, ohne immer wieder unser gegenseitiges Verhältnis zu vergiften. Schon Fürst Starhemberg und Bundesminister Fey hätten erklärt, dass die Habsburgerfrage ein *internationales Problem* sei und Dr. Beneš, der derselben Ansicht ist, glaube sich deshalb nicht in unsere innerpolitischen Verhältnisse einzumischen, wenn er darüber spreche. Auch die Rückgabe des Habsburgervermögens, die gewiss als solche eine interne österreichische Angelegenheit sei, könne internationale Folgen zeitigen, insbesondere wenn die Habsburger dieses Vermögen zur Propaganda in den Sukzessionsstaaten benützen würden. Genau so werde es mit der Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich sein, da jede Manifestation in der Richtung der Restauration, die vom österreichischen Boden kommen werde, leicht internationalen Charakter gewinnen könnte. Und genau so wie die deutsche Nazipropaganda auf österreichischem Gebiet nicht nur eine innerpolitische Angelegenheit Oesterreichs sei, sondern international Bedeutung besitze, so sei dies, seiner Ueberzeugung nach, mit der Habsburgerpropaganda von Oesterreich aus. Aehnlich wäre es, wenn z.B. die *tschechischen* Sozialdemokraten von Prag aus eine Revolutionierung Oesterreichs betreiben würden.

Schon die Kompliziertheit des Habsburgerproblems mache es zu einem internationalen (Erblande, Erbkönig, Kaiser, Schwur des Kaisers, Personalunion und andere Fragen) und es wäre absurd zu sagen, dass dadurch nicht die Interessen anderer Staaten tangiert werden.

Dr. Beneš verlange richtig verstanden zu sein: Er will natürlich nicht, dass sich die österreichische Regierung mit der tschechischen darüber verständige, ob sie den Habsburgern ihr Vermögen zurückgeben darf oder nicht, oder ob sie ihnen

die Rückkehr bewilligen dürfe oder nicht. Er wolle nur sagen, dass von dem Moment an, wo dies geschehen wird, das Problem zu einem internationalen werde. Der Herr Bundeskanzler habe Herrn Dr. Beneš zwar gesagt, dass die Rückkehr den Habsburgern nur unter der Bedingung bewilligt werden soll, wenn diese in Oesterreich Privatpersonen bleiben. Doch glaube der Minister bestimmt, dass der Bundespräsident z.B. bei jeder Gelegenheit, wenn ein Mitglied des ehemaligen Herrscherhauses anwesend sein werde, dieses mit der Ansprache „Kaiserliche Hoheit“ titulieren werde. So werden Vorkehrungen rein interner Natur bestimmt internationale Konsequenzen haben.

Aus diesem Gesichtspunkte könne man unmöglich den Sukzessionsstaaten das Recht absprechen, auch in der Habsburgerfrage mitzureden. Schliesslich sei jede Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Otto Habsburg in Oesterreich eine, gegen die Sukzessionsstaaten gerichtete Demonstration. Und deswegen wäre es doch viel besser und klüger, Oesterreich würde sich auch über diese Frage nicht nur mit der Tschechoslowakei und den übrigen Sukzessionsstaaten, sondern auch mit den Grossmächten verständigen.

Der Minister schenke den Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers restlosen Glauben und zweifle nicht im geringsten an dem, was er gesagt. Doch werde sich die Angelegenheit nach der Rückkehr der Habsburger und nach der Rückgabe des Vermögens an diese automatisch und schrittweise weiterentwickeln, zuerst werde vielleicht ein Habsburger Reichsverweser, dann werde es weitergehen und Erzherzog Eugen sprach heute schon „im Namen seiner Majestät des Kaisers“. Und das könne mir Herr Dr. Beneš versprechen, mit dem Moment, wo ein Habsburger in Oesterreich Reichsverweser wird, werde der tschechoslowakische Gesandte aus Wien und ich aus Prag abreisen.

Seinerzeit habe man den Minister dafür getadelt, dass er gesagt habe, der Anschluss bedeute Krieg. Und kaum war die Gefahr des Anschlusses durch den Naziputsch in Oesterreich gegeben, standen die Italiener schon mit ihren Truppen an der österreichischen Grenze und wir wissen es selbst am besten, wie nahe man von einem Kriege war. Das gleiche werde in der Habsburgerfrage sein.

Der Minister konkludierte aus alledem: Er wolle nicht, dass die österreichische Regierung irgendwelche neue Verpflichtungen auch in der Habsburgerfrage übernehme und er frage nur, ob es nicht möglich sei, dass die interessierten Staaten irgend ein Uebereinkommen schliessen, das einen Strich unter die Gefahr der Restauration machen würde, die schon in ihren Anfängen die grössten Konsequenzen nach sich ziehen müsste. Und er frage daher ob, Oesterreich nicht einen Weg finden könnte, der für uns selbst gangbar wäre. Er selbst mache keinen Vorschlag und wolle keinen machen. Der verewigte Bundeskanzler Dr. Dollfuss habe das Habsburgerproblem am 2. März dieses Jahres im „Petit Parisien“ sehr richtig formuliert und auch er habe die Habsburgerfrage als internationales Problem anerkannt. Nach Ansicht Dr. Beneš' würde es vielleicht genügen, wenn die Grossmächte und die Sukzessionsstaaten nach einer Einigung darüber offiziell

aussprechen würden, dass das Habsburgerproblem ein internationales Problem sei.

Ich hatte zum Schluss den Eindruck, als ob es Herrn Dr. Beneš hauptsächlich darum zu tun wäre, die Rückkehr Kaiserin Zitas und Otto Habsburgs nach Oesterreich zu verhindern und dass er deren Propaganda in Oesterreich am meisten fürchte. Gegen die Rückgabe des Vermögens hätte er eigentlich weniger einzuwenden, trotzdem er auch daraus die Entwicklung eines internationalen Problems befürchte. Dies geht wohl auch aus seiner mir streng vertraulich gemachten Mitteilung hervor, dass es auch seine Absicht sei, die Habsburger für die, ihnen auf tschechoslowakischem Gebiet verursachten Vermögensverluste irgendwie zu entschädigen und er stehe sogar deswegen in direkten Verhandlungen mit Erzherzog Friedrich und Erzherzog Josef, deren Bevollmächtigte schon die Summe von 27 Millionen Goldkronen genannt hätten, womit sie sich als Entschädigung zufrieden geben würden. Dieser Betrag sei allerdings noch viel zu hoch und Dr. Beneš habe ungefähr 10 Millionen Goldkronen vorgeschlagen. Von diesen Verhandlungen wisse ausser ihm nur noch der Präsident und der Ministerpräsident, dem er es angedeutet hätte. Er bitte mich, keinen Gebrauch davon zu machen, und es könnte alles verdorben werden, wenn seine Verhandlungen publik würden. Das Geld werde natürlich nicht aus dem Budget gegeben werden, von tschechoslowakischen Steuergeldern usw. würden die Habsburger nicht einen Heller bekommen. Dr. Beneš wolle dazu den sogenannten Fond B benützen, der wie bekannt (Fond A und Fond B) nach den Haager Verhandlungen mit den ungarischen Magnaten errichtet wurde und in dem auch die Grossmächte 100 Millionen Francs eingezahlt haben. Dieser Fond diene für die Zwecke der Bodenreform und es bestehe da ein ganz kompliziertes System der Einzahlungen. Die Rumänen und Jugoslawen, die an Ungarn viel grössere Entschädigungen zu leisten hatten als die Tschechoslowakei, haben diesen Fond schon ziemlich erschöpft. Dr. Beneš habe jedoch durch die Forcierung freier Vereinbarungen mit den ungarischen Magnaten den Fond B derart gestärkt, dass sein Anteil daraus sich heute auf ungefähr 37 Millionen Goldkronen belaufe. Und diesen wolle er eben auch unter anderem für die Entschädigung der Habsburger heranziehen.

Da Herr Dr. Beneš die Diskussion über diese Frage scheinbar fortsetzen will und er ihr zweifellos die grösste Bedeutung beilegt, bitte ich um eine geneigte Weissung, ob und wie ich mich in dieser Hinsicht vernehmen lassen soll.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

1495**Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 76/Pol. (vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Rom/Quirinal

(ohne Zahl)

Rom, 16. Oktober 1934

Der Herr Regierungschef hat mich gestern abends um 18.15 Uhr im Palazzo Venezia empfangen. Er begrüßte mich in der ihm eigenen markigen Art auf das Allerfreundlichste. Nach einigen Worten persönlichen Charakters sagte Herr Mussolini, ich wisse, dass er ein wahrer Freund Oesterreichs sei und zwar „un amico disinteressato“. Er habe es unlängst vor 60.000 Menschen öffentlich erklärt. Jede Idee, die irgendwas mit einem Protektorat oder etwas Aehnlichem zu tun hätte, liege ihm gänzlich ferne. Er wolle, dass Oesterreich, das seine eigene, spezielle Kultur habe, die er hoch schätze, seine Unabhängigkeit bewahre und zu diesem Zwecke seine innere Lage festige und seine Position nach aussen ausbaue. Er werde Oesterreich bei dieser Arbeit stets bereitwilligst seine Unterstützung leihen. Der Herr Bundeskanzler kenne seine Intentionen.

Auf meine Bemerkung hin, dass der Herr Bundeskanzler mir gelegentlich meiner jüngsten Durchreise durch Wien gesagt habe, er freue sich, Herrn Mussolini in Rom bald wiederzusehen, meinte der Herr Regierungschef, der Herr Bundeskanzler könne kommen, wann er wolle. Er werde sich sehr freuen, den Herrn Bundeskanzler und Herrn Bundesminister gelegentlich einer offiziellen Staatsvisite hier zu begrüßen. Er rechne damit, dass der Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister zwei bis drei Tage in Rom bleiben würden. „Vogliamo fare delle accoglienze speciali“. Herr Preziosi habe ja in dieser Sache bereits in Wien gesprochen.

Der Herr Regierungschef entliess mich dann, mit der Aufforderung, mich stets, wenn ich es für nötig erachtete, direkt an ihn zu wenden.

1496

Unterredung Gesandter Marek mit Außenminister Berger-Waldenegg, Generalsekretär Peter und mit Gesandten Schüller und Wildner am 15. Oktober 1934 in WienAide-Mémoire (geheim)¹

AdR

Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

o. O., 17. Oktober 1934

Ich erhielt den Auftrag Herrn Dr. Beneš folgendes offiziell zu erklären: Die gegenwärtige österreichische Regierung kann selbstverständlich nur für sich sprechen und kann keinerlei Verpflichtungen für etwaige künftige Regierungen übernehmen. Die heutige österreichische Bundesregierung ist positiv gegen eine Rückkehr Ottos und Zitas, die sie nicht akzeptieren würde, schon deshalb nicht, weil sie davon innere politische Konsequenzen fürchtet. Wenn also von einer Erlaubnis für die Habsburger zur Rückkehr nach Oesterreich gesprochen wird, so heisst dies nie, dass es sich auch auf Otto und Zita bezieht.

Eine internationale Bindung unsererseits in dieser Richtung, können wir nicht akzeptieren, weil sie innerpolitisch nicht tragbar wäre und auch gegen die Friedensverträge wäre, die zwar Ungarn die Verpflichtung betreffend die Habsburger, nicht aber uns, auferlegt.

Gesandter Schüller ist der Ansicht, dass Oesterreich in dieser Sache überhaupt nichts zu erklären hat und wenn Dr. Beneš die Habsburgerfrage als internationale behandelt wissen will, so kann er dafür sorgen, dass die Gesandten der einzelnen Mächte am Ballhausplatz erklären, dass die Habsburgerfrage nach Auffassung ihrer Regierungen eine internationale Frage ist, bezw. von ihnen als solche betrachtet wird, woraus man erkennen wird, dass man diese Frage eben ohne Einvernehmen mit den interessierten Mächten nicht lösen kann.

Was die Rückgabe des Vermögens an die Habsburger anbelangt, erklärte Baron Berger: Wir wollen dadurch nur geschehenes Unrecht gut machen und der Familie eine Lebensmöglichkeit geben. Eine Rückgabe der *Sammlungen* (z.B. namentlich Bildergalerien etc.) in natura,

kommt nicht in Frage und ist ganz ausgeschlossen. Es könnte sich höchstens darum handeln aus den Sammlungen einen Titel für eine den Habsburgern, für eine gewisse Zeit zu garantierende Rente zu konstruieren, da die Güter, die ihnen zurückgegeben werden sollen, ohnehin passiv sind und kaum einen Ertrag liefern.

Was die Propaganda anbelangt, so wurde Erzherzog Eugen nahegelegt, sein Auf-

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1494, ADÖ 10/1496.

treten in der Öffentlichkeit einzuschränken und dieses wurde von ihm für die Zukunft mit der grössten Bereitwilligkeit zugesagt. Eine Reichsverweserschaft des Erzherzogs Eugen ist für die Regierung ganz ausgeschlossen und ich kann darüber Herrn Dr. Benesch eine ganz bestimmte Erklärung abgeben.

Der Bundeskanzler hat der Presse Auftrag gegeben, die Habsburgerfrage nicht mehr zu erwähnen, damit diese Frage aus der Diskussion des österreichischen Volkes verschwinde. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes durch einzelne österreichische Gemeinden an Otto Habsburg, lassen sich nicht verhindern, da die Gemeinden in dieser Richtung autonom sind. Die Leute denken dabei gar nicht an eine Restaurierung, sondern empfinden nur das Unrecht das man der kaiserlichen Familie angetan und wollen es auf ihre Weise gut machen.

Der Aussenminister greift die Anregung Dr. Beneš's zu einer Zusammenkunft dankbar auf und glaubt, dass es bald möglich sein wird, sich irgendwo zu treffen. Als Zeitpunkt glaubt der Minister erst die Zeit nach der römischen Begegnung vorschlagen zu sollen, d.h. nach dem französischen Besuch bei Mussolini, nach seinem eigenen Besuch in Rom und nach dem Besuch Beneš's in Rom, also wohl ungefähr Ende November. Bei dieser Zusammenkunft wird man nämlich auch die vorstehenden Fragen klar besprechen können. Als Ort der Zusammenkunft würde der Minister jeden anderen Ort als Prag vorziehen, doch kommt er auch nach Prag, wenn es Dr. Beneš will.

Die Bundesregierung erwartet nach dieser klaren und den Wünschen Dr. Benesch sicherlich entgegenkommenden Erklärung, dass die tschechoslovakische Regierung sich entsprechend mit den österreichischen Emigranten beschäftigen wird und ihre Agitation gegen den österreichischen Bundesstaat in entsprechenden Grenzen hält. Keine Presse der Welt schreibt so gegen Oesterreich wie die Tschechoslovakische.

Wenn man uns schon als Faschisten bezeichnet, so möge man uns so behandeln, wie man in der tschechischen und nur dortigen Presse die italienischen Faschisten behandelt, damit wären wir schon zufrieden.

Also nochmals: Wenn von einer Rückkehr der Habsburger die Rede ist, so denkt man in Oesterreich nur an ihre Rückkehr als Privatpersonen und es kommt nicht in Frage, dass sich irgend ein Mitglied der Familie als Prätendent aufspielt.

Dr. Benesch wäre zu ersuchen, meine Erklärung streng vertraulich zu behandeln, sie dürfte ebenfalls nicht veröffentlicht werden und nicht in die Zeitungen kommen. Sollte dies trotzdem geschehen, so wäre die Bundesregierung aus innerpolitischen Gründen gezwungen, diese Nachricht zu dementieren.

In der Haltung der tschechischen Regierung in der Frage der Konvertierung der österreichischen Völkerbundanleihe glaubt man fast einen Akt der Unfreundlichkeit erblicken zu sollen, unter allen elf Staaten ist die Č.S.R. der Einzige, der Schwierigkeiten macht.

1497**Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 78/Pol. (dringend, geheim)

AdR

Gesandtschaft Rom/Quirinal
(ohne Zahl)

Rom, 22. Oktober 1934

Herr von Kánya, der einige Zeit zur Erholung an der italienischen Riviera gewellt hatte, ist Freitag früh, „zu privatem Besuche“ in Rom eingetroffen und verlässt die Stadt heute abends, um auf dem Wege über Wien nach Hause zu reisen. Er wurde sowohl von Herrn Suvich, als auch von Herrn Mussolini empfangen; über irgendwelche offizielle Veranstaltungen ihm zu Ehren ist nichts bekannt geworden.

Ich hatte bei Herrn von Kánya, den ich von früher her kenne, anfragen lassen, ob ich ihn besuchen könne, und wurde heute mittags von ihm empfangen.

Der Herr Minister des Aeusseren erzählte, ursprünglich wäre beabsichtigt gewesen, dass er die Ankunft Herrn Gömbös´ hier abwartete; da dessen Besuch aber auf die Zeit nach dem 5. November verschoben sei, das genaue Datum stehe noch nicht fest, reise er heute über Wien nach Budapest zurück und werde auch nicht mehr mit Herrn Gömbös wiederkommen, denn er habe sich mit Herrn Mussolini jetzt gründlich ausgesprochen.

Herr von Kánya fragte mich dann, ob ich wisse, was Herr von Papen in Wien bisher vorgebracht habe, worauf ich erwiderte, dass ich in solcher Eile von Bukarest nach Rom reisen musste, dass ich mich in Wien nur wenige Stunden aufgehalten und Herrn Bundesminister nicht angetroffen hätte. Er fuhr dann fort, Herr von Papen habe sicher den besten Willen mitgebracht, aber er nehme alles auf die leichte Achsel, vielleicht auch seine Mission in Wien, sonst würde er doch nicht immerfort Jagdausflüge machen. Hier habe er (Kánya) über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland nichts Neues erfahren, seine Frage, ob zwischen Oesterreich und Deutschland irgendwelche Verhandlungen im Zuge seien, hätte Herr Mussolini dahin beantwortet, „dass man von solchen *nicht* sprechen könne“. Auf meine Frage, ob der Herr Minister hier etwas darüber gehört hätte, dass Herr von Hassell mit irgendwelchen Vorschlägen betreffs des Abschlusses eines deutsch-italienischen Freundschaftsvertrages und im Zusammenhange damit mit Vorschlägen zur Bereinigung des deutsch-italienischen Gegensatzes wegen des Verhaltens Deutschlands Oesterreich gegenüber vom Urlaube zurückgekehrt sei, erwiderte Herr von Kánya, soviel er wisse, habe Herr von Hassell nichts dergartiges vorgebracht. Deutschland möchte sicher gerne mit Italien auf einen guten Fuss kommen, aber es habe wohl Angst, durch einen Refus, den es sich eventuell holen könnte, Alles zu verderben.

Der Herr Minister erzählte weiter, als er anfangs August in Deutschland gewesen sei, habe er bei allen Ministern, mit denen er gesprochen hätte, was Oesterreich betreffe, die besten Intentionen feststellen können. Auf meinen Einwurf, dass die Versicherung guter Intentionen für uns wertlos sei, wir müssten Taten sehen, erwiderte Herr von Kánya, „über Details habe er allerdings nicht gesprochen“. Der Reichswehrminister hätte ihm versichert, dass auch Herr Hitler von den gleichen Intentionen beseelt sei. Er (Kánya) habe allerdings bei seiner nachfolgenden Unterredung mit Herrn Hitler keinen besonders günstigen Eindruck gehabt. Allerdings sei der Herr Reichskanzler damals gereizt gewesen, weil er eine Verweigerung des Agréments für Herrn von Papen zu befürchten schien. Auf die direkte Frage Herrn von Kányas über seine Einstellung Oesterreich gegenüber habe Herr Hitler gar nichts zur Sache gesprochen, sondern einen halbstündigen Vortrag über innere Politik gehalten, der Herr von Kánya gar nicht interessiert hätte. Es würde sich darum handeln, die „Seele Hitlers“ zu gewinnen, denn schliesslich und endlich komme es in Deutschland doch nur auf *ihn* an. Uebrigens habe Herr Hitler in gewissen Dingen doch eingelenkt, die „Oesterreichische Legion“ und die „Landesleitung Oesterreich“ seien tatsächlich aufgelöst worden. Als ich Zweifel daran äusserte, versicherte der Herr Minister, seine Informationen basierten auf Meldungen des ungarischen Generalkonsuls in München, der immer sehr gut informiert sei.

Ueber den weiteren Inhalt seiner Besprechungen mit Herrn Mussolini und Herrn Suvich erzählte mir der Herr Minister des Aeusseren nichts.

1498

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 627/Pol. (geheim)¹

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 23. Oktober 1934

Da Herr Dr. Beneš, wie bekannt, gleich nach dem Attentat in Marseille nach Paris und von dort zu den Trauerfeierlichkeiten nach Belgrad gereist war, hatte ich erst heute Gelegenheit, mich des mir am 14. d. Mts. in Wien erteilten mündlichen Auftrages zu entledigen.

Herr Dr. Beneš nahm meine Erklärungen mit Interesse und grosser Genugtuung entgegen. Ich erklärte vor allem, den erhaltenen Aufträgen gemäss, dass die Bun-

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1494.

desregierung keinerlei Verpflichtungen für etwaige künftige Regierungen übernehmen könne und dass sie deshalb nur zu erklären in der Lage sei, was sie selbst tun oder nicht tun werde. Die Bundesregierung könne in der Habsburgerfrage keine internationale Bindung akzeptieren, weil diese für sie innerpolitisch nicht tragbar wäre und weil sie in dieser Hinsicht nicht einmal durch die Friedensverträge, die nur Ungarn eine entsprechende Verpflichtung auferlegen, gebunden sei.

Was die *Rückkehr* der Habsburger nach Oesterreich anbelangt, erklärte ich, dass die Bundesregierung sie den Habsburgern nur als *Privatpersonen* gestatten würde, nicht aber etwa als *Prätendenten*. Die heutige österreichische Bundesregierung denke hiebei nicht an eine Rückkehr Ottos von Habsburg und der Exkaiserin Zita, die sie schon deshalb nicht akzeptieren würde, weil sie davon innerpolitische Konsequenzen befürchten müsste. Wenn von der *Rückgabe des Vermögens* an die Habsburger gesprochen werde, so sei damit nicht die Rückgabe der öffentlichen Sammlungen, namentlich nicht der Bildergalerien etc. gemeint, deren Wert allenfalls nur als Titel für eine der kaiserlichen Familie etwa für eine gewisse Zeit zu garantierende Rente dienen soll, da ja die Güter ohnedies passiv sind und keine Erträge liefern. Was die Propaganda anlangt, erklärte ich weisungsgemäss, dass die Bundesregierung dem Erzherzog Eugen nahegelegt habe, sein Auftreten in der Öffentlichkeit einzuschränken und dass dieses von ihm auch bereitwilligst zugesagt wurde. Ich vergass nicht zu erwähnen, dass der Herr Bundeskanzler auch der österreichischen Presse entsprechende Weisungen gegeben hat, einer Diskussion über die Habsburgerfrage auszuweichen. Eine Reichsverweserschaft durch Erzherzog Eugen erscheine für die Regierung ganz ausgeschlossen. In Bezug auf die Verleihung der Ehrenbürgerrechte durch einzelne österreichische Gemeinden an Otto von Habsburg erklärte ich, dass in Anbetracht des Umstandes, als die Gemeinden in dieser Hinsicht autonom sind, die Regierung keinerlei Einfluss auf die betreffenden Entschliessungen ausüben könne.

Ich erklärte schliesslich dem Minister, dass er diese durch mich abgegebenen Erklärungen der Bundesregierung streng vertraulich behandeln möge und dass diese Erklärung insbesondere nicht veröffentlicht oder zur öffentlichen Diskussion gestellt werden dürfen. Im entgegengesetzten Falle würde sich die Bundesregierung veranlasst sehen, diese Erklärungen zu dementieren.

Ich schloss meine Mitteilungen, indem ich der zuversichtlichen Erwartung der Bundesregierung Ausdruck gab, dass sich die tschechoslowakische Regierung nunmehr entsprechend mit der Frage der österreichischen Emigration beschäftigen und ihre sowie die Agitation der tschechoslowakischen Sozialdemokraten in den richtigen Grenzen halten werde. Wenn man uns schon als Fascisten bezeichne, so möge man uns zumindest nicht schlechter behandeln als man die italienischen Fascisten behandelt.

Herr Dr. Beneš, der sich während meiner Ausführungen eifrigst stenographische Notizen machte, erklärte mir nun seinerseits Folgendes:

Er danke Euer Excellenz bestens für diese ihm durch mich übermittelten Erklä-

rungen. Er wüschte nochmals zu betonen, dass er bei der Erörterung der in Rede stehenden Frage in Wien richtig verstanden werden wolle. Ich kenne ihn zur Genüge, um zu verstehen, in welchem Sinne er auch den vorliegenden Fragenkomplex zwischen uns behandelt wissen wolle. Seine Intentionen seien die freundschaftlichsten und er würde aufrichtig wünschen, dass zwischen uns und der Tschechoslowakei die herzlichsten Beziehungen entstehen. In dieser Richtung rangieren wir bei ihm gleich hinter seinen engsten Freunden, den Jugoslawen, auf gleicher Stufe mit Frankreich – so wenigstens möchte er es haben. Die Vergangenheit sei begraben und es dürfte uns eigentlich seiner Ansicht nach gar nichts mehr trennen, denn alles weise zwischen uns auf engste kulturelle, wirtschaftliche, aber auch politische Zusammenarbeit hin. Es hätte schon eine Zeit gegeben, wo wir am besten Weg dazu gewesen, damals sei nur das Gespenst des Anschlusses zwischen uns gestanden und es sei ganz merkwürdig, dass jetzt, wo uns politisch nichts mehr trennt, wir uns weniger zu vertragen scheinen, als früher. Es zeige sich leider eine immer grösser werdende Entfremdung. Wenn diese beseitigt werden könnte, so könne mir Herr Dr. Beneš versichern, dass er sich bereitwilligst über alle Sozialdemokraten der Welt hinwegsetzen würde und ihre Opposition wäre im egal. Die Tschechoslowakei habe das grösste Interesse an Oesterreich und namentlich auch das grösste Interesse daran, dass Oesterreich nicht zum Champ de bataille werde. Der Minister kenne die gewissen psychologischen Hindernisse für ein herzliches Verhältnis zu Tschechoslowakei bei uns sehr gut, sie wären früher auch in der Tschechoslowakei vorhanden gewesen, er könne sich aber wohl auf mich als Zeugen berufen, dass sie hierzulande schon verschwunden seien. Allerdings sei es für die Tschechoslowakei viel leichter, das Vergangene zu vergessen, denn sie habe gewonnen und wir verloren, Aufgabe der massgebenden Faktoren wäre es aber, dahin zu wirken, dass jegliches Ressentiment auch aus den Köpfen der Bevölkerung endlich verschwinde.

Es gehe dem Minister hauptsächlich darum, dass man, wenn man voneinander etwas wolle, sich darüber in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Freundschaft ausspreche. So sei es auch in der Habsburgerfrage. Die Tschechoslowakei brauche heute vor dieser Frage keine Angst mehr zu haben, doch unterschätze Dr. Beneš immerhin auch die Gefahr nicht, die daraus entstehen könnte und deshalb habe er diese Frage aufgegriffen, als einen der Hauptpunkte, der das Verhältnis zu uns störe. Er wolle Klarheit haben, auch schon um die Kampagne im Inlande in dieser Richtung unterbinden zu können. Dies im Allgemeinen.

Im Besonderen möchte er zu meinen Erklärungen Folgendes bemerken. Er könne nicht zugeben, dass sich eine Regierung nur für sich und nicht auch für ihre Nachfolger verpflichten könne. Da könnte man ja überhaupt keine Verträge schliessen.

Ich fiel hier dem Minister gleich ins Wort und erklärte, dass meine Regierung ja einen Vertrag oder eine internationale Bindung in der Habsburgerfrage schon aus Prestige Gründen ablehne, dass sie sich der Bedeutung eines Vertrages sehr

wohl bewusst sei und dass sie in diesem Falle eben nur erklären wolle, was sie, die heutige Bundesregierung, zu tun oder zu unterlassen gedenke. Diese Argumentation musste Herr Dr. Beneš anerkennen und er gestand, dass er in Paris mit Herrn Laval über diese Dinge gesprochen und dass sich eine internationale Aktion in irgend einer Form in Bezug auf die Restaurationsfrage vorbereite. Er bringe unserem Standpunkt, dass wir keine internationale Verpflichtung in der Habsburgerfrage eingehen wollen, Verständnis entgegen. Er wolle uns rechtzeitig von den Absichten der Mächte verständigen, damit wir dadurch nicht etwa überrascht werden, damit uns keine Schwierigkeiten entstehen und sich die Situation für die Bundesregierung im Inneren und in Bezug auf die öffentliche Meinung in Oesterreich nicht kompliziere, kurz und gut, damit die Bundesregierung in die Lage versetzt werde, die Würde des Staates wahren zu können. Oesterreich solle daher nach seinem Wunsche vor kein *fait accompli* gestellt werden, er verlange von uns auch nicht die Initiative in der Angelegenheit und wir werden, so denke er sich die Sache, im gegebenen Falle einfach darauf hinweisen können, dass die internationale Situation es so und so verlange. Er betonte nochmals, dass er nur im Einvernehmen mit uns vorgehen werde und uns rechtzeitig von allem verständigen wolle.

Nur um eines bitte der Minister in diesem Zusammenhange: Die Bundesregierung möge in ihren offiziellen Kundgebungen oder in den Reden einzelner Kabinettsmitglieder das Wort „aktuell“ im Zusammenhang mit Restaurationsfragen vermeiden. Eine Erklärung, dass die Restauration der Habsburger derzeit nicht aktuell sei, lasse immer darauf schliessen, dass sie einmal aktuell werden werde und dies müsste die tschechoslowakische Aussenpolitik zu Protesten zwingen, woraus wiederum nur Missverständnisse entstehen könnten.

Meine Erklärung, dass die Bundesregierung nicht an eine Rückkehr Ottos von Habsburg und der Exkaiserin Zita nach Oesterreich denke, gehe weiter, als Dr. Beneš erwartet oder gewünscht. Er würde gegen eine Rückkehr der beiden genannten Mitglieder der Habsburgerfamilie nicht protestieren, wenn diese Rückkehr ohne Manifestation oder Demonstration vor sich gehen würde und wenn es ausdrücklich klar wäre, dass Otto und Zita nur als Privatpersonen und nicht als Prätendenten in Oesterreich leben dürfen. In dieser Hinsicht genüge ihm allerdings die Erklärung der Bundesregierung. (Hierin hat Dr. Beneš seine Meinung sichtlich revidiert und es bleibt dahingestellt, ob und inwieweit dazu seine Besprechungen in Paris beigetragen haben.)

Die Rückgabe des Vermögens sei natürlich eine rein interne Angelegenheit Oesterreichs und unsere politische Frage. Für die andere Seite werde die Lösung umso eher annehmbar sein, in je diskreteren Formen sie geschehen und je weniger übertrieben sie sein werde, damit man nicht sagen könne, dass das von Oesterreich gegebene Geld zu Propagandazwecken für die Restauration verwendet werde.

Ich warf bei dieser Gelegenheit die Frage der Entschädigung der Brüder Hohenberg für die Beschlagnahme von Konopišt und Chlumec auf und ersuchte den

Minister unter Hinweis auf unsere schon durch so viele Jahre gepflogenen Verhandlungen die Brüder Hohenberg in die Entschädigung, die er wegen der Enteignung anderer Habsburgergüter zu zahlen gewillt sei, einzubeziehen. Herr Dr. Beneš erwiderte, dass er durch das im Fonds B angesammelte Geld alle Habsburger, soweit sie für die Tschechoslowakei in Betracht kommen, entschädigen möchte, dem hätten jedoch die Erzherzoge Friedrich und Joseph widersprochen, die ursprünglich – und zwar für ihre Person – Forderungen gestellt, die weit über die im Fonds B vorhandenen Mittel gegangen wären. Herr Dr. Beneš glaubt, dass man bei der endgültigen Regelung dieser Entschädigungsfragen den Erzherzogen werde einfach die Bedingung stellen können, dass aus der in Betracht kommenden Summe einfach auch die Brüder Hohenberg ihren Teil bekommen. Seiner Ansicht nach sollte die Frage der Entschädigung der Erzherzöge in die bevorstehenden römischen Besprechungen mit einbezogen und im Einvernehmen mit Italien, Frankreich, der Kleinen Entente und Oesterreich gelöst und liquidiert werden.

Herr Dr. Beneš zeigte sich sehr befriedigt darüber, dass der Herr Bundeskanzler mit Bezug auf die Diskussion der Habsburgerfrage auf die österreichische Presse eingewirkt hat und er ist überzeugt, dass, wenn die österreichische Presse nicht mehr über die Habsburger schreiben werde, die Diskussion hierüber auch aus der tschechischen Presse von selbst verschwinden wird.

Was die Ehrenbürgerrechtserteilungen anbelangt, so glaubt der Minister dennoch, dass man in dieser Hinsicht ganz gut einen gewissen Wink geben könnte.

Was die von mir immer wieder gerügte Propaganda der österreichischen Emigranten in der Tschechoslowakei anbelangt, so werde der Minister gerne gegen alle Auswüchse und Ueberschreitungen losgehen und die entsprechenden Beschränkungen auch in das Asylrecht einzuführen trachten. Die Tschechoslowakei sei seit dem Beginn ihrer Existenz der Zufluchtsort jeder nur möglichen Emigration gewesen und es sei sein Stolz, dass sich namentlich das Aussenministerium in diesen Belangen stets korrekt benommen habe. Er persönlich sei sehr vorsichtig, empfangen Angehörige der Emigration und trachte, soweit es in seiner Macht steht, alle Auswüchse zu beseitigen. Er könne aber nicht das Asylrecht abschaffen und die Tschechoslowakei müsse als Kulturstaat das Asylrecht respektieren, und zwar zumindest so wie es die Schweiz tut. Im Bezug auf Oesterreich müsse ich die Schwierigkeiten begreifen, die er mit den Sozialdemokraten in seiner Regierung habe; so bald aber zwischen uns wieder volle Klarheit herrsche und gegenseitiges Vertrauen Platz greifen werde, werde er in die Lage kommen, sich auch über diese Opposition hinwegzusetzen und die österreichischen Emigranten, wenn sie nicht Ruhe geben sollten, einfach davonjagen.

Dem Wunsche Eurer Excellenz entsprechend, sagte mir Herr Dr. Beneš die Geheimhaltung meiner Erklärungen vor der Oeffentlichkeit zu. Er müsse darüber natürlich mit seinen Verbündeten sprechen, dies werde aber in unserem Interesse geschehen und unter den gleichen Kautelen der Vertraulichkeit. Er werde allerdings nicht umhin können, in seinem demnächst zu haltenden Exposé vor dem

Abgeordnetenhaus, auch auf gewisse Verhältnisse in Oesterreich hinzuweisen, er wolle dies aber in einer Form tun, die uns entsprechen werde.

Zum Schluss kam der Minister auf seinen Plan einer Begegnung mit Eurer Excellenz zurück und er dankt für die in dieser Hinsicht geäußerte Bereitwilligkeit. Er verspreche sich sehr viel von einem persönlichen Zusammentreffen, sei mit dem Zeitpunkt nach den römischen Besprechungen einverstanden und erwarte von der Begegnung die besten Früchte, namentlich als Dokumentierung gegenseitigen Vertrauens und des Willens zur Zusammenarbeit, was sich wohl schon bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen auswirken würde.

1499

Gesandter Hennet an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 186/Pol.

AdR, NPA

Deutschland I/12

Z. 46669/13

Budapest, 30. Oktober 1934

Heute war ich zum erstenmale seit seiner Rückkehr bei Herrn Aussenminister v. Kánya, der mich mit auffallend grosser Herzlichkeit begrüßte. Nach dem üblichen Austausch von Teilnahmsbezeugungen und Neuigkeiten allgemeiner und persönlicher Art, wie dies nach so langer Zeit begreiflich ist, kam Minister v. Kánya auf seinen Wiener Besuch am 26. ds. M. zu sprechen. Er sagte, dass er mit Herrn Bundesminister und dem Herrn Bundeskanzler ausführlich gesprochen habe, dass er von dem Empfange und den dabei gewonnenen Eindrücken entzückt sei und dass in allen besprochenen Fragen volle Harmonie herrsche. Es kam dann die Rede auf das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland, bezüglich welchem er meinte, dass eine Verständigung wohl noch längere Zeit brauchen werde, er aber die Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit hiezu sehe; er könne mir sagen, dass er diesbezüglich auch bei der österreichischen Regierung die Bereitwilligkeit und den guten Willen gefunden habe. Auf meinen Einwurf, dass dies nur von Deutschland abhängt, dass die Unabhängigkeit Oesterreichs respektieren und sich von der noch immer stattfindenden Einmischung enthalten müsse, meinte er, dass in Deutschland dazu auch Bereitwilligkeit bestehe, doch sei die richtige Form noch nicht gefunden worden; er habe die volle Ueberzeugung gewonnen, dass Herr v. Papen in dieser Beziehung aufrichtig sei und diesen Erfolg anstrebe. Er teilte mir vertraulich mit, dass das in Genf aufgetauchte Projekt, nach welchem Deutschland der Deklaration der drei Grossmächte bezüglich Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs beitreten solle, von Deutschland abgelehnt worden sei, worauf

ich entgegnete, dass ich zwar nicht offiziell davon unterrichtet bin, die Richtigkeit dieser Nachricht aber hier bekannt sei. Minister v. Kánya meinte darauf, dass der formelle Beitritt zu dieser Erklärung für Deutschland auch schwer sei, doch könne und müsse eine andere Formel gefunden werden. Eigentümlicherweise führte er dann unter Zitierung von Beispielen des längeren aus, dass der Chef der Rechtsabteilung im deutschen Aussenamte, Min.Dir. Gaus, in so wunderbarer Weise Formeln entwerfe, die schon manche Lösung brachten, worauf meinerseits der Einwand nahe lag, dass es wohl kaum auf eine kunstvolle Formel ankomme, sondern auf den guten Willen Deutschlands, der nach allem bisher Geschehenen doch sehr zu bezweifeln sei; es taucht immer wieder das sehr glaubhafte Gerücht auf, dass die jetzige relative Ruhe nur bis nach der Saarabstimmung andauern, dann aber die Agitation noch energischer einsetzen soll. (Die Bestätigung dieser so verbreiteten Annahme wurde mir übrigens gestern vom ehemaligen Ministerpräsidenten Graf Moritz Esterházy – einem aufrichtigen Freunde Oesterreichs – gegeben, der sie von einem hohen Kirchenfürsten aus dem Rheinlande wiederholt erhielt.) Minister v. Kánya gestand zu, dass man gewiss die Entwicklung nicht voraussehen könne, aber auch günstige Vorzeichen bestehen; er müsse allerdings die Tatsache konstatieren, dass, wie er sagte, der „Führer“ wenigstens in der Aussenpolitik nicht führt, sondern vom Aussenamt und von nat. soz. Persönlichkeiten, insbesondere Göring (den auch er als abnormalen Menschen bezeichnete) eine verschiedene Politik betrieben wird; dies habe er in den letzten Tagen in der Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Jugoslawien erfahren – die Erklärungen, die das deutsche Aussenamte dem ung. Gesandten in Berlin gegenüber abgab, standen mit denen des Ministerpräsidenten Göring im diametralen Gegensatze.

Ich erwähnte dem Minister gegenüber auch unser Gesandten v. Hory gegenüber öfters vorgebrachtes Ansuchen, wegen Verhinderung nat. soz. Umtriebe und Propaganda in Ungarn, sowie unser Ersuchen um Nachrichten darüber. Der Minister versprach mir volle Unterstützung.

Von den handelspolitischen Differenzen, die gegenwärtig bestehen, war nicht die Rede. Die ziemlich lange Konversation musste, da verschiedene Persönlichkeiten u.a. Graf Bethlen warteten, schliesslich abgebrochen werden. Der Minister forderte mich dringend auf, ihn bald wieder zu besuchen.

Was das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland anbelangt, so drückte, wie erwähnt, Minister v. Kánya die Erwartung aus, es werde sich dieses auf Grund einer Erklärung der Nichteinmischung von Seiten Deutschlands normal gestalten, worin er sich auch mit den Intentionen der österr. Regierung einig zu sein glaubt. Dazu erlaube ich mir noch zu bemerken, dass mir von seriöser, der Regierung nahestehender journalistischer Seite dieser Tage die Mitteilung gemacht wurde, Ministerpräsident v. Gömbös werde möglicherweise eine Fahrt nach Deutschland unternehmen – u. zw. nach seiner Reise nach Wien und Rom – und bei dieser Gelegenheit über schon erfolgte Anregung Roms zwischen Oesterreich und Deutschland zu vermitteln trachten. Der erwähnte Journalist glaubte zu wissen,

dass Italien diese Anregung gegeben habe, weil es jetzt das grösste Interesse an der Verhinderung einer deutschen-jugoslavischen Zusammenarbeit und an der Isolierung Jugoslaviens habe.

1500

Gesandter Vollgruber an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 66 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 46689/13

Rom, 31. Oktober 1934

(12.55 →16.35)

Nachdem Herr Mussolini gestern abends die im h.a. Bericht No. 4.444 genannten Herren empfangen und entlassen hatte, sagte er mir, mich zur Tür geleitend, er sei für das kommende Frühjahr von schwerer Sorge erfüllt. „Das durch Marseille entfachte Feuer sei keineswegs gelöscht, es glimme vielmehr unter der Decke weiter und werde irgendwo ausbrechen.“ Er habe denn auch mit Interesse von den Besprechungen der Bundesregierung mit den „Nationalen“ gelesen. Sollten diese die Bedingungen aufrichtig annehmen, würde dies eine im Hinblick auf die internationale Lage erfreuliche Verbreiterung der Einheitsfront bei uns bedeuten. Denn „man gehe schweren internationalen Verwicklungen im Frühjahr entgegen“.

1501

Gesandter Hennet an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 195/Pol.

AdR, NPA

Deutschland I/12

Z. 47164/13

Budapest, 15. November 1934

Bei dem gestern zu Ehren des Herrn Handelsministers Stockinger stattgefundenen Diner (siehe Bericht Zl. 194/Pol. v. 15.ds.M.)¹ entwickelte sich gegen Mitter-

¹ Gesandter Hennet an Aussenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 194/Pol., Budapest, 15. 11.1934 – AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 47163/13.

nacht eine längere politische Konversation zwischen Herrn Ministerpräsidenten v. Gömbös und Herrn Handelsminister Stockinger, an der – allerdings ganz passiv – zeitweise auch die ungarischen Minister v. Kállay und Fabinyi teilnahmen. Ich war, da ich für einige Zeit wegberufen wurde, nicht Zeuge des gesamten Gespräches, doch glaube ich, dem wichtigsten Teile – über den ja wahrscheinlich Herr Minister Stockinger berichten wird – beigewohnt zu haben.

Es war insbesondere von dem Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland, aber auch von dem Verhältnis Ungarns zu Italien die Rede. Was Letzteres anbelangt, so rühmte der Herr Ministerpräsident die ausgezeichneten Beziehungen und das volle Vertrauen, das zwischen ihm und dem Duce herrscht und hob besonders auch die Hilfe hervor, die Italien auf aussenpolitischem Gebiete Ungarn leiste und noch leisten werde. Von Interesse war die Bestätigung der Nachricht zu hören, dass der Duce von der Anfang Juni in Venedig und Stra stattgefundenen Begegnung mit Reichskanzler Hitler den schlechtesten Eindruck hatte. Hitler soll stundenlang allerlei Theorien entwickelt haben und liess den Duce kaum zu Worte kommen; konkreten Zusicherungen insbesondere bezüglich Oesterreichs wich er, wie man ja weiss, beharrlich aus. Die Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuss habe selbstverständlich noch eine weitere Verschlechterung der Beziehungen und eine grosse Verminderung des Vertrauens zu Deutschland herbeigeführt.

Was das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland anbelangt, so befürwortete der Ministerpräsident eine Aussöhnung, die er für möglich halte und die – er verhehlte dies gar nicht – vom Standpunkte Ungarns, aber auch von dem Italiens von grösstem Interesse und höchstem Nutzen wäre. Deutschland – betonte er ausdrücklich – müsse eine Erklärung abgeben, dass es die vollständige Unabhängigkeit Oesterreichs restlos anerkenne und sich in die österreichischen Verhältnisse nicht einmischen werde. Er sagte, es sei ein unverzeihlicher Fehler Hitlers gewesen, dass er bei seinen auch sonst verklausulierten Zusicherungen, die Freiheit Oesterreichs respektieren zu wollen, immer die Forderung nach Wahlen in Oesterreich aufgestellt habe; dies wird sich, wie er glaube, nun nie wiederholen; er habe in den guten Willen und das Geschick Herrn v. Papens grosses Vertrauen und glaube, dass dieser alles daran setzen werde, um einen Erfolg in unserem Sinne herbeizuführen. Als Herr Minister Stockinger – ich sekundierte ihm dabei selbstverständlich – ihm den Beginn und die verschiedenen Phasen der Spannung in unserem Verhältnis zu Deutschland schilderten und die Unterstützung von Attentaten und die verschiedenen illoyalen Aeusserungen und Vorkommnisse, die jedwedem Vertrauen in die Worte des heutigen Deutschlands erschütterten, die mit ungeheueren Geldmitteln genährte Propaganda, die Zweifel an dem guten Willen des Reichskanzlers Hitler u.s.w. zur Sprache brachten, gab Ministerpräsident Gömbös wohl mehr oder weniger alles zu, kam aber darauf zurück, dass eine Versöhnung möglich und Deutschland dazu in kurzer Zeit bereit sein werde, „weil dies nötig ist“ (!).

Das wichtigste bei dieser Konversation scheint mir darin gelegen zu sein, dass Ministerpräsident Gömbös mehr oder minder offen sagte, er werde sich um diese

Versöhnung bemühen und habe dazu auch die Genehmigung des Duce. Es sei noch hinzugefügt, dass er sich dabei zwar nicht ausdrücklich auf die Zustimmung der österreichischen Regierung berief, doch konnte dies wohl dem Gespräche entnommen werden. Ausserdem musste dieser Unterredung auch entnommen werden, dass er sehr bald eine Reise nach Berlin zu unternehmen beabsichtige. Allerdings geben die heutigen Budapester Blätter ein Interview wieder, das der Ministerpräsident dem Korrespondenten der Agence Economique et Financière eben gegeben hatte und in welchem er die Absicht, in der nächsten Zukunft nach Berlin zu reisen, dementiert.

1502

Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Pflügl (Genf)

Erlass (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 47605/13

Wien, 4. Dezember 1934

Mit Bezugnahme auf Ihr Privatschreiben vom 26. v. M., in welchem Sie Ihre Konversation mit Dr. Benesch resümiert haben¹, beehre ich mich Ihnen Nachstehendes zu eröffnen:

Was zunächst die vor einiger Zeit von Dr. Benesch angekündigte Absicht betrifft, eine internationale Aktion bezüglich der Restaurationsfrage einzuleiten, füge ich den h. o. Ausführungen des Erlasses Zl. 46.541-13 vom 30. Oktober l. J.² zu Ihrer streng vertraulichen Kenntnisnahme bei, dass anfangs vorigen Monates der französische Geschäftsträger in Rom die italienische Regierung eingeladen hat, gemeinsam „mit anderen interessierten Staaten“ die Bundesregierung zur Abgabe einer Erklärung in dem Sinne zu bewegen, dass der Exkaiserin Zita sowie dem ehemaligen Erzherzog Otto die Rückkehr nach Oesterreich als Privatpersonen seitens der Bundesregierung nicht gestattet werden würde. Die italienische Regierung hat nun nach unseren Unterredungen in Rom, im Laufe welcher neuerlich auf die Untragbarkeit einer wie immer gearteten mündlichen oder schriftlichen Bindung im Gegenstande unsererseits nachdrücklichst hingewiesen worden war, dem französischen Botschafter Chambrun unlängst erklärt, dass Italien auf die

¹ Dieses Schreiben konnte in den Archiven nicht gefunden werden.

² Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek. Erlass, Wien 30.10. 1934 – AdR, Gesandtschaft Prag, Z. 46541/13.

seinerzeit gemachte französische Anregung nicht einzugehen vermöchte und beigefügt, dass die italienische Regierung die französische Regierung ersuche, in dieser Sache nicht weiter zu insistieren, da für die österreichische Bundesregierung die Abgabe einer öffentlichen Erklärung in dem Frankreich vorschwebenden Sinne gänzlich ausgeschlossen sei.

Was die von Dr. Benesch auch Ihnen gegenüber zur Sprache gebrachte Frage meines etwaigen Besuches in Prag betrifft, so beehre ich mich, Sie zu ersuchen, diese Angelegenheit im Falle, dass Dr. Benesch Ihnen gegenüber in nächster Zeit darauf zurückkommen sollte, dilatorisch zu behandeln und hiebei nach Ihrem Ermessen auf den einen oder den anderen der im Folgenden dargelegten Gründe hinzuweisen, die mir für die nächste Zeit die Verwirklichung meiner Absicht, mit Dr. Benesch eine Aussprache herbeizuführen, unmöglich machen. Ganz abgesehen von einer Reihe dienstlicher Obliegenheiten, die gegenwärtig kaum die Zeit für eine weitere Auslandsreise – in nächster Zeit erfolgt an und für sich der offizielle Besuch des Herrn Bundeskanzlers und meiner Person in Ungarn – übrig lassen, erscheint der Augenblick hiefür auch aus einer Reihe politischer Gründe nicht angebracht. Ich verweise hier einerseits auf die durch den jugoslawischen Schritt in Genf entstandene Spannung, sowie auf den Umstand, dass Dr. Beneš diese in eindeutiger Weise gegen Ungarn gerichtete Klage Jugoslawiens nachdrücklichst unterstützt hat; weiters auch auf die jüngsten Prager Ereignisse, die selbstverständlich in unserer national eingestellten Jugend einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben. Ferner erscheint auch die Haltung der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den unaufhörlichen gröbsten Presseexzessen gegen Oesterreich und seine Regierung keineswegs danach angetan, der österreichischen öffentlichen Meinung einen sich in freundschaftlichen Formen abspielenden persönlichen ersten Besuch des österreichischen Aussenministers in Prag begreiflich zu machen. Insbesondere hat die befremdliche Haltung der tschechoslowakischen Behörden in Angelegenheit der Veröffentlichung und Verbreitung der von dem österreichischen Emigranten Dr. Kreisler verfassten und gegen eine Reihe von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung, hauptsächlich gegen Bundesminister Fey, gerichteten Broschüre „Wer hat Dollfuss ermordet?“ peinlich berührt, zumal trotz hierseitigen Ersuchens um Verhaftung und Auslieferung des Verleumders Dr. Kreisler die tschechoslowakischen Behörden diesen nach kurzer Haft auf freien Fuss gesetzt und bisher den Vertrieb der inkriminierten Broschüre nicht eingestellt haben. Wenn auch das Entgegenkommen der Tschechoslowakei in der Frage der Konversion der österreichischen Völkerbundanleihe demgegenüber anerkennend vermerkt werden muss, so ergeben doch die vorangeführten Beispiele der durchaus nicht freundlichen Haltung der Tschechoslowakei gegenüber Oesterreich eine Atmosphäre, die im beiderseitigen Interesse einen Aufschub der persönlichen Aussprache zumindest bis nach Klärung einzelner dieser Vorgänge rätlich erscheinen lässt.

Schliesslich beehre ich mich, Sie zu ersuchen, auch weiterhin über Ihre Gespräche mit Dr. Benesch in kurz gefasster Form berichten zu wollen.

1503**Besprechungen Bundeskanzler Schuschnigg und
Außenminister Berger-Waldenegg mit ungarischem
Ministerpräsidenten Gömbös und ungarischem
Außenminister Kánya in Budapest**

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Ungarn/Geheim

(ohne Zahl)

W[ien], 17. Dezember 1934

Mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös und Minister des Aeusseren von Kánya haben insgesamt je zwei ca. einstündige Besprechungen stattgefunden, an denen nebst den genannten ungarischen die beiden österreichischen Regierungsmitglieder, ferner Gesandter Hornbostel und zum Teil Gesandter Hennet und Gesandter Baron Apór teilgenommen haben.

Beide Unterredungen behandelten ausschliesslich politische Themata. In erster Linie wurde das Verhältnis Ungarns zu den Kleinen Ententestaaten und die Frage erörtert, wann und inwieweit eine Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, etwa auf Grund der Römer Protokolle, möglich erscheine. Aus der sehr weitläufigen, hauptsächlich von Ministerpräsidenten Gömbös und Herrn von Kánya bestrittenen Diskussion über dieses Thema erscheint Folgendes bemerkenswert: Herr Gömbös stellte fest, dass er an der Erfüllung von drei Bedingungen festhalten müsse, bevor Ungarn mit den Staaten der Kleinen Entente in ein näheres wirtschaftliches und daher politisches Verhältnis zu treten vermöchte. Es sind dies Revision der territorialen Grenzen, kulturelle Sicherung der magyarischen Minoritäten in den drei Kleinen Ententeländern und militärische Gleichberechtigung.

Ministerpräsident Gömbös erzählte hinsichtlich der ersten Bedingung, dass er schon anlässlich seines letzten Besuches in Rom Ministerpräsidenten Mussolini ausführliches Material über die territorialen Revisionsforderungen Ungarns übergeben habe. Herr Mussolini habe dieses ungarische Programm als „bescheiden“ bezeichnet und von Gömbös die Ermächtigung erhalten, auf Grund dieses Materials mit dem französischen Aussenminister Laval anlässlich dessen in Aussicht genommenen Besuches in Rom zu verhandeln.

Die diesbezüglichen Forderungen Ungarns beruhten auf ethnographischen und orographischen bzw. geographischen Grundlagen. Trotz Insistenz seitens Bundesministers Berger-Waldenegg, der Herrn Gömbös um vertrauliche Ueberlassung einer Kopie dieses Materials ersuchte, war aus Herrn Gömbös nicht mehr herauszubekommen, als dass seine territorialen Forderungen sich auf die Rück-

gliederung des hauptsächlich vom magyarischen Element bewohnten Gebietes der Slowakei, also ohne die von Herrn Gömbös als „rein slovakisch“ bezeichnete West-Slowakei, auf einen breiten Grenzstreifen bis zur alten Grenze Siebenbürgens und auf ein relativ nicht sehr umfangreiches Gebiet im Norden des heutigen Jugoslawien beschränken. Herr Gömbös wick dem Ersuchen Herrn Bundesminister Bergers damit aus, dass er in sehr weitschweifiger Weise die Berechtigung seiner Forderungen zum Teil an Hand einer orographischen Karte erläuterte, ohne die geforderte neue Grenzlinie genau zu präzisieren. Besondere Bedeutung scheint er den beiden Brückenköpfen von Pressburg und bei Maria-Theresiopel (Szabadka), sowie der Nähe der tschechoslowakischen Grenze zu Budapest bei Párkány-Nána beizumessen.

Von grösstem Interesse für uns war die mit dem Schein grösster Aufrichtigkeit umgebene Bemerkung Herrn Gömbös', dass sein territorialer Plan auch das Burgenland beinhalte. Allerdings habe er nach seinen Mitteilungen Herrn Mussolini sofort die Erklärung abgegeben, dass das freundschaftliche Nachbarverhältnis Ungarns zu Oesterreich diesen Punkt seiner Forderungen niemals zu einer politischen Frage ausarten lassen werde. (Die diesbezüglichen Bemerkungen Herrn Gömbös' boten jedoch in keiner Weise Gewähr dafür, dass der diesbezügliche Wunsch Ungarns immer nur ein platonischer bleiben würde. Der Eindruck scheint vielmehr gerechtfertigt, dass der ungarischen Regierung eine konkrete Erörterung dieser Frage mit Oesterreich zu einem Zeitpunkte vorschwebt, da hinsichtlich der anderen territorialen Fragen sich eine praktische Lösung bereits ankündigt.)

Zur zweiten Bedingung erklärte Herr Gömbös, dass er darauf bestehen müsse, dass dem magyarischen Element, das sich grösstenteils überhaupt nicht entnationalisieren lasse (so insbesondere die Székler) in den Kleinen Ententestaaten grösste kulturelle Autonomie gewährleistet werde. (Schulen, Museen, Theater, Vereine)

Bezüglich der Gleichberechtigung verwies Herr Gömbös auf die analoge Forderung Deutschlands, Oesterreichs und Bulgariens.

Sowohl Gömbös als Kánya erklärten, sich keiner Illusion darüber hinzugeben, dass insbesondere die territoriale Bedingung nicht sobald in Erfüllung gehen werde. Hiezu wäre nach der Auffassung der beiden Herrn notwendig, dass entweder in den betreffenden Ländern starke Regierungen am Ruder seien, die immerhin weitgehende Konzessionen durchzusetzen vermöchten, oder aber dass sich in den betreffenden Ländern ein tiefgreifender Auflösungsprozess vollziehe; eine dritte, von Ungarn allerdings nicht gewünschte Lösung böte vielleicht eine Konflagration mit einer darauffolgenden Rekonstruktion der europäischen Landkarte.

Unter diesen Bedingungen halten es die ungarischen Herren für Ungarn für ausgeschlossen, mit den Kleinen Ententestaaten über normale Handelsverträge hinausgehende Abkommen zu schliessen. Sie sind überzeugt, dass insbesondere

Herr Beneš sehr dazu drängt, die Tschechoslowakei in das Römer Paktsystem einzuschalten. Beneš' Aussichten, Ungarn durch wirtschaftliche Massnahmen auf die Knie zu bringen, hätten sich als trügerisch erwiesen, da es Ungarn gelungen sei, dank den Römer Protokollen, seine wichtigsten Wirtschaftsprobleme in der Relation zu Oesterreich und Italien, ausserdem auch noch durch seine Verträge mit Deutschland und der Schweiz in befriedigender Weise zu lösen. Ungarn werde niemals für wirtschaftliche Vorteile politische nationale Belange opfern. Nachdem Herr Bundeskanzler Dr. Schuschnigg (in der zweiten Unterredung) darauf hingewiesen hatte, dass auch unser wirtschaftliches Verhältnis zur Tschechoslowakei auf die Dauer unhaltbar sei, da die Bilanz sich sehr beträchtlich und zunehmend zu unseren Ungunsten gestalte, weiters die Erklärung abgegeben hatte, dass Oesterreich selbstverständlich niemals ohne vorherige Konsultierung seiner beiden Vertragspartner allein mit der Tschechoslowakei seine wirtschaftlichen Beziehungen im Sinne einer engeren ökonomischen Kollaboration zu regeln versuchen werde, wurde das Einvernehmen zwischen den ungarischen und den österreichischen Herren dahin festgestellt, dass zunächst das Ergebnis der früher oder später zu gewärtigenden Aussprache zwischen Herrn Mussolini und Herrn Laval sowie auch der Ausgang des Saar-Plebiszits und die sich daraus ergebende politische Situation abzuwarten wäre.

Im Laufe dieser Diskussion teilte der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten den ungarischen Herren mit, dass tatsächlich Herr Beneš sich in letzter Zeit auffallend bemühe, Oesterreich zu Konversationen in der Richtung einer Kollaboration auf Grund der Römer Pakte zu veranlassen. Der Herr Bundesminister stimmte auch seinerseits zu, den Annäherungsversuchen Herrn Beneš' insoweit auszuweichen, bis die Situation nach den oberwähnten Ereignissen, die wahrscheinlich im Jänner nächsten Jahres stattfinden werden, eine Klärung erfahren haben werden.

Herr von Kánya gab dem Zweifel Ausdruck, ob Herr Beneš überhaupt einen normalen Handelsvertrag – das einzige worauf Ungarn eingehen könne und wolle – abzuschliessen bereit und Konzessionen zu machen in der Lage sei.

Zum Schlusse der Unterredungen wurde seitens Herrn Gömbös' der Wunsch nach möglichst intensiven Austausch der beiden Regierungen zur Verfügung stehenden Informationen aussenpolitischer Natur geäussert und von den österreichischen Herren zustimmend quittiert. Die ungarischen Herren ersuchten wiederholt nachdrücklichst, ihre Mitteilungen als durchaus vertraulich aufzufassen und dementsprechend zu behandeln.

Selbstverständlicherweise spielte in den erwähnten zwei Unterredungen, sowie auch bei allen sonstigen Zusammentreffen, die Erzählungen der ungarischen Herren über die jüngsten Ereignisse in Genf eine beträchtliche Rolle. Merklich standen die ungarischen politischen Kreise unter dem erlösenden Eindruck, einer bereits sehr nahen katastrophalen Wendung der Situation, wie sie sich aus dem Marseiller Attentat ergeben hat, entkommen zu sein. Herr von Kánya konnte sich

in Lobesausdrücken auf Herrn Mussolini, Baron Aloisi und Polen nicht Genüge tun. Herr von Kánya stellte sogar die Behauptung auf, dass ausser Frankreich im Grunde genommen keiner der Ratstaaten für Jugoslavien Partei ergriffen hätte, sodass Ungarn ohne Zweifel, insbesondere nach dem geradezu sinnlosen Ausweisungen der Ungarn aus Jugoslavien, der populärere Prozessteil gewesen sei. Dieser grossen Popularität schreibt Kánya sogar zu, dass Ungarn in der Resolutionsformel nicht noch besser abgeschnitten habe, da Herr Jeftić und Herr Beneš in der Erkenntnis, der für sie ungünstigen Gesamtstimmung mit dem Verlassen Genf's gedroht und dadurch die in der friedlichen Beilegung des Streitfalles eminent interessierten Hauptakteure, England, Frankreich und Italien, indirekt veranlasst hätten, Jugoslavien noch in der Resolutionsformel beschwichtigende Konzessionen zu machen.

Uebereinstimmend äusserten sich sowohl Gömbös und Kánya in sehr herben Worten über die Ungarn gegenüber unfreundliche Haltung, die Deutschland und die deutsche Presse eingenommen haben. In diesem Zusammenhang interessierten sich die ungarischen Herren insbesondere, ob wir konkrete Informationen über den Stand der Beziehungen zwischen Berlin und Belgrad besässen. Sie schienen an das Bestehen realer Abmachungen zwischen Deutschland und Jugoslavien zu glauben. Bezüglich der Haltung Rumäniens teilte Herr von Kánya mit, dass Rumänien trotz der äusseren Solidarität mit der Tschechoslowakei und Jugoslavien sich von diesen ziemlich stark distanziert und bremsend gewirkt habe.

Sowohl aus dem Programm (Besichtigung der beiden Ludovika-Militärakademien) wie auch aus vielfachen Bemerkungen der ungarischen Herren ging ganz deutlich hervor, dass Herr Gömbös die Absicht verfolgte, durch den Budapester Besuch die österreichischen Staatsmänner für die Idee einer möglichen Stärkung der Wehrmacht Oesterreichs zu gewinnen. Tatsächlich steht Ungarn militärisch heute relativ auf sehr hoher Stufe und kann im Notfalle 14 relativ gut ausgerüstete Divisionen aufstellen. Das Offizierskorps ist durch die oberwähnten Akademien ausgezeichnet durchgebildet. (Durchwegs Akademiker mit Mittelschulbildung, nach Waffengattungen in mehreren Jahren ausgebildet.) Der Stand der Akademiker in beiden Akademien beträgt derzeit 500. An Kampfflugzeugen besitzt Ungarn nach Angabe des österreichischen Militärattachés ca. 600. Eine in Ungarn selbst erzeugte tatsächlich verblüffend rasch transportable Luftabwehrkanone wurde uns unter anderem vorgeführt.

1504**Außenminister Berger-Waldenegg an
deutschen Gesandten Papen**

Privatbrief

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 30065/13

Wien, 4. Januar 1935

Unserer seinerzeitigen Vereinbarung gemäss beehre ich mich, E. E. anbei eine Auslese der reichsdeutschen Pressestimmen der letzten Tage zu überreichen. Zu meinem grössten Bedauern muss ich feststellen, dass im allgemeinen der gehässige Ton, den die Tages- wie auch die Fachpresse in Deutschland gegen Oesterreich durchgehends angenommen hat, bisher keine Aenderung zum Besseren aufweist. Manche der zuliegenden Auslassungen erinnern an die bösesten Tage der unglückseligen Spannung. Vollends befremdet bin ich aber über die Aeusserungen der beiden Herren Reichsminister Dr. Goebbels und Hess in ihren Weihnachtsreden, deren Spitze gegen Oesterreich an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Exzellenz werden mir sicherlich zugeben müssen, dass es mir unter diesen Umständen äusserst schwer fällt, auf die österreichische Presse wirksam beschwichtigenden Einfluss zu nehmen, ja dass mir ein merklicher Fortschritt insoweit unmöglich erscheint, als selbst Mitglieder der Reichsregierung sich in öffentlichen, übelwollenden Kritiken über unsere innerpolitischen Verhältnisse und in Ausfällen gegen Oesterreich gefallen.¹

¹ Darauf antwortete der deutsche Gesandte Papen am 9.1.1935: „Ich bedaure es lebhaft, dass E.E. mit dem Ton und der Schreibweise einzelner deutscher Blätter und Fachzeitschriften sowie mit angeblichen Äußerungen deutscher Minister in der letzten Zeit nicht einverstanden sind, aber ich muß durchaus bestreiten, dass – wie E. E. feststellen wollen – der gehässige Ton der zitierten Auslassungen an die bösesten Tage der unglückseligen Spannung erinnert, und dass auf unserer Seite keine Änderung zum Besseren zu verzeichnen sei.[...] – AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 30303/13.

1505**Österreichische Bundesregierung an österreichische
Bischofskonferenz**

Schreiben

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 31316/13

Wien, 11. Februar 1935

Auf das geschätzte Schreiben vom 8. Februar¹, das mir durch Se. Eminenz zugemittelt wurde, beehre ich mich zu berichten:

Hinsichtlich des Charakters der sogenannten Habsburgergesetze besteht keine Meinungsverschiedenheit und hat eine solche nie bestanden. Anlässlich des Inkrafttretens der neuen Verfassung wurden die Habsburgergesetze als Ausnahmsgesetze in das Verzeichnis der Verfassungsgesetze nicht mehr aufgenommen. Deren schrittweise Beseitigung liegt im Konzept der Regierung.

Praktisch wurden die Gesetze, insoweit dies politisch möglich war, dadurch ausser Kraft gesetzt, dass der Einreise und dem ständigen Aufenthalte von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses kein Hindernis in den Weg gelegt wurde.

Beweis: Die Einreise Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Herrn Erzherzog Eugen, Aufenthalt des Herrn Erzherzog Max in Oesterreich usw. Eine Einreise der Majestäten selbst glaubt die Regierung derzeit aus zwingenden politischen Gründen nicht in Erwägung ziehen zu sollen. Der Grund liegt darin, dass eine Reihe von Sukzessionsstaaten in der blossen Rückkehr der kaiserlichen Familie eine aussenpolitische Demonstration erblicken würden, für welchen Fall zumindest mit unfreundlichen Akten seitens Prag und Belgrad, aber auch Budapest zu rechnen ist und eine Unterstützung der Grossmächte nicht zu erwarten steht. Zieht man die besonders schwierige Lage gegenüber Berlin in Betracht, wird der Gedanke nicht von der Hand zu weisen sein, dass die Verantwortung für eine Entwicklung, die geradezu den Frieden zu bedrohen und Oesterreich, aussenpolitisch zu isolieren geeignet wäre, nicht übernommen werden kann. Dies zumal, wenn in Betracht gezogen wird, dass das Fehlschlagen eines Experimentes einerseits Oesterreich, andererseits aber auch die Erfolgsaussichten des monarchischen Gedankens aufs schwerste gefährden, wenn nicht überhaupt vereiteln würde. Bei aller Anerkennung des Rechtstandpunktes und des Zieles, in konsequenter Arbeit die zwingend

¹ Im Schreiben Kardinal Theodor Innitzers im Namen der österreichischen Bischofskonferenz an die österreichische Bundesregierung vom 8.2.1935 – AdR, NPA, Österreich/Geheim, Z. 31316/13 heißt es, dass „sie 1.) das wie ein schweres Unrecht auf der kaiserlichen Familie lastende Ausweisungsgesetz vom 19. März 1919 aufhebe und 2.) die Regelung der finanziellen Verhältnisse der kaiserlichen Familie endlich durchführe [...]“

entgegenstehenden Widerstände zu beseitigen, glaubt daher die verantwortliche Führung des Staates nachdrücklichst darauf verweisen zu sollen, dass das Ausreifen der Situation im Interesse aller Beteiligten gelegen ist und jede voreilige Aktion nur allzuleicht nicht wieder gutzumachenden Schaden für Volk, Dynastie und vaterländischen Gedanken zur Folge haben könnte.

Hinsichtlich der Frage der Rückerstattung des durch die erwähnten Gesetze eingezogenen Privatvermögens des Kaiserhauses wird darauf verwiesen, dass seit geraumer Zeit Verhandlungen über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung im Zuge sind. Ein voller Ersatz ist ebensowenig tunlich wie ein solcher etwa bei den Opfern der Geldentwertung möglich wäre. Hinsichtlich der Kunstsammlungen liegt überdies eine mit 20 Jahren befristete Bindung durch die Friedensverträge vor, die noch nicht abgelaufen ist. Hingegen wird der Standpunkt durchaus geteilt, dass sich der Staat verpflichtet fühlen muss, im Rahmen des Möglichen die Auseinandersetzung durchzuführen. Ein voller Ersatz der beanspruchten Werte übersteigt die staatlichen Möglichkeiten. Die Ziffern, die hier in Frage kämen, sind dergestalt, dass eine Veröffentlichung nach allem Ermessen auch vom Standpunkt der öffentlichen Meinung, die berechtigterweise heute nicht zuletzt dank der vaterländischen Propaganda des neuen Oesterreich der Vermögensrückgabe durchaus freundlich gegenübersteht, einen radikalen Stimmungsumschwung zur Folge haben müsste, zumal nicht übersehen werden darf, dass die Frage der Aufrechterhaltung des Budgetgleichgewichtes und damit der Währungsstabilität hier eine ausschlaggebende Rolle spielen muss. Die notwendig gewordene Kürzung eines Teiles der Sozialrenten illustriert hier am besten die Lage. Hingegen halte ich, wie bereits erwähnt, innerhalb der angegebenen Grenzen eine wenigstens teilweise Wiedergutmachung nicht nur für wünschenswert, sondern auch für durchaus möglich. Bemerkt sei in diesem Zusammenhange, dass, um momentaner wirtschaftlicher Bedrängnis zu steuern, dem kaiserlichen Hause eine sofortige Akontozahlung wiederholt angeboten wurde, welches Angebot jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen bisher keine Annahme gefunden hat.

Ich erlaube mir zu bemerken, dass eine Durchschrift des gegenständlichen Schreibenwechsels im Wege des Aussenamtes Sr. Exzellenz dem Herrn Nuntius u. e. zugemittelt wird.

1506**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA
Frankreich/Geheim I/III
Z. 31456/13

Wien, 17. Februar 1935

Amtserinnerung

Herr Puaux erschien heute vormittags, nachdem er mir bereits gestern telefonisch auf Grund einer telefonischen Anfrage in Paris die Antwort der franz. Regierung als „négative pour des raisons de principe“ bezeichnet hatte, bei mir und las mir ein Telegramm des Quai d'Orsay vor, das Folgendes beinhaltet:

Die franz. Regg. ist für die Anregung H. Puaux' und die freundliche Bereitschaft des H. BM.f.d.AA. Berger-Waldenegg, anlässlich des Pariser Besuches den Fortschritt in den guten Beziehungen zwischen Frankreich u. Oesterreich durch Ankündigung eines Freundschaftsvertrages zu markieren, sehr verbunden. Bedauerlicher Weise könne sie aber aus „raisons de principe“ nicht auf den vorgeschlagenen Vertrag eingehen, da Frankreich seit seinem Beitritt zum „Acte Général“ am 21.V.1931 sich zur Richtschnur genommen habe, keine bilateralen Vergleichs- und Schiedsverträge mehr abzuschliessen¹.

Es werden sohin mehrere Beispiele angeführt: so, dass Frankreich darauf verzichten musste, den ihm im März 1930 seitens *Englands* angebotenen traité d'arbitrage weiterzuverhandeln u. zum Abschluss zu bringen; weiters hat Frankreich darauf verzichten müssen, einen solchen Vertrag mit *Italien* abzuschliessen, wie es ursprünglich vor einigen Jahren im Konzepte einer Aussöhnung zwischen Frankreich und Italien geplant gewesen war.² Die einzige *scheinbare* Ausnahme bilde, dass die franz. Regierung das bereits im Jahre 1925 verhandelte Arbitrage-Abkommen mit der *Schweiz* nach 1931 (Beitritt zum Acte général) vor das franz. Parlament gebracht hat, da eine Ablehnung der Ratifizierung ein unfreundlicher Akt gegenüber der Schweiz gewesen wäre.

Neue Schiedsverträge bilateraler Natur könne aber Frankreich aus prinzipiellen Gründen nicht mehr abschliessen.

¹ Intern vermerkte Hornbostel außerdem, dass es laut Puaux „wohl keiner Schwierigkeit begegnen (würde), in die Präambel eines solchen Kulturabkommens eine Freundschaftsklausel – wie sie im italien.-österr. Freundschafts-, Vergleichs- u. Schiedsvertrage ex 1930 enthalten ist – unterzubringen. In merito ist er der Ansicht, dass ja die Elemente eines solchen Kulturabkommens längst gegeben sind durch l'Institut de Vienne, durch die Entsendung österr. Lehrer an franz. Mittelschulen, durch Stipendien der franz. Reg. an österr. Studenten [...]. Diese Elemente in einen Vertragstext umzugießen dürfte leicht durchführbar sein.“ – AdR, NPA, Frankreich/Geheim I/III, Z. 31456/13.

² Dazu etwa Gesandtschaft Rom (Quirinal) an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 27, Rom 13. 2. 1935 – AdR, NPA, Frankreich/Geheim I/III, Z. 31456/13.

Hingegen ist die franz. Regg. durchaus bereit, auf *kulturellem* Gebiet einen Vertrag mit Oesterreich ins Auge zu fassen und diesbezügliche Anregungen der österr. Bundesregg. bereitwilligst zu prüfen.

1507

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 106/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 27. Februar 1935

Gestern abends hielt Aussenminister Dr. Beneš einen Vortrag in deutscher Sprache über das Thema „Wohin führt die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung?“ In diesem Vortrag, dessen in den Tagesblättern enthaltenen Auszug ich mir separat vorzulegen erlaube, kündigt der Aussenminister eine Art Fünfjahrplan an, den die Regierung zur sukzessiven Ueberwindung der Wirtschaftskrise vorbereitet.

Nach Schluss des Vortrags trat Herr Dr. Beneš auf mich zu und fragte ob ich bemerkt hätte, dass er in seinem Vortrag hauptsächlich Oesterreich apostrophiert hat. Diese Bemerkung bezog sich auf die von ihm vertretene These, dass der historischen Entwicklung im Donaauraum Rechnung getragen werden müsse und auf eine möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit Oesterreich und mit Ungarn hinzuarbeiten sei.

Im Verlauf des Abends hatte ich nochmals Gelegenheit mit Herrn Dr. Beneš zu sprechen. Er fragte mich, ob ich bereits im Besitze von Informationen über die österreichischen Staatsbesuche in Paris und London sei, was ich verneinte. Dr. Beneš habe mit Herrn Laval eine sehr ausführliche telefonische Unterredung gehabt und könne mir sagen, dass die Besuche in Paris und London in jeder Beziehung einen grossen Erfolg bedeuten. Die Engländer seien ihrer Natur nach zurückhaltender und gäben es nicht so zu, in Paris sei man jedoch hoch befriedigt und da man es in Paris sei, sei man es natürlich auch in Prag. Der Aussenminister betrachte diesen Besuch als einen weiteren verheissungsvollen Schritt in der Richtung der Befriedung von Mitteleuropa und Klärung verschiedener Fragen. Er habe Herrn Laval gesagt, dass er seinerseits alles tun wolle um im Sinne der französisch-österreichischen Besprechungen zu dieser Politik der Verständigung beizutragen.

Herr Dr. Beneš kam sodann nochmals kurz auf den Besuch des Wiener Vizebürgermeisters Dr. Winter zu sprechen und wollte es kaum glauben, dass ich von dem Besuch nicht informiert war und dass es sich nur um einen nicht offiziellen Privatbesuch des Herrn Vizebürgermeisters gehandelt hat.

1508**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandten Marek (Prag)**

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 31798/13

Wien, 2. März 1935

Der vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten soeben durchgeführten Reise nach Paris und London liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Bundesregierung lag bereits seit geraumer Zeit eine Einladung der französischen Regierung zu einem Besuche in Paris vor und zwar hatte schon im Sommer vorigen Jahres der verstorbene französische Aussenminister Barthou, anlässlich seiner Durchreise durch Wien in die Balkanstädte, den verewigten Bundeskanzler Dr. Dollfuss eingeladen, die französische Regierung, sobald ihm dies möglich erscheine, zu besuchen. Diese Einladung wurde in der weiteren Folge mehrfach und zuletzt vom derzeitigen französischen Aussenminister Laval dem Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegenüber im Jänner dieses Jahres in Genf wiederholt. Die am 7. Jänner in Rom erfolgte italienisch-französische Aussprache, die bekanntlich auch den Grund zu einer von den beiden Grossmächten im Einvernehmen mit Oesterreich angestrebten Regelung der mitteleuropäischen Frage und insbesondere der dauernden Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit gelegt hat, liessen es angezeigt erscheinen, den seit längerer Zeit ins Auge gefassten Staatsbesuch der verantwortlichen Leiter der österreichischen Aussenpolitik in Paris zu verwirklichen und im Wege der persönlichen Fühlungnahme mit der französischen Regierung auch dieser die gegenständlichen Erfordernisse Oesterreichs auseinanderzusetzen. Hier sei beigefügt, dass der Herr kgl. italienische Regierungschef dem in Rede stehenden Besuch in Paris wiederholt zugestimmt und dessen baldige Verwirklichung für im Interesse unserer und der italienischen Politik gelegen erklärt hat. Mit Rücksicht auf den in Aussicht genommenen Besuch in Paris hat die Bundesregierung bei der kgl. britischen Regierung angefragt, ob ihr die Ausdehnung des Besuches des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten auf London genehm sei. Diese Anfrage erhielt eine sofortige zustimmende Beantwortung.

Die beiden Besuche sind durchaus programmgemäss verlaufen und deren Ergebnis kann als ein äusserst günstiges bezeichnet werden. In Paris wurde zunächst Gelegenheit genommen, dem französischen Aussenminister sowie auch Ministerpräsidenten Flandin die innen- wie aussenpolitische sowie auch wirtschaftli-

che Lage Oesterreichs ausführlich auseinanderzusetzen und unser Interesse an der baldigen Verwirklichung des im Römer Protokoll vom 7. Jänner niedergelegten Projektes einer Nichteinmischungskonvention darzulegen. In dieser Hinsicht wurden die verschiedenen Aspekte des Problems eingehend erörtert, ohne dass jedoch hierbei irgend welche verbindliche Vereinbarungen getroffen worden wären, da volles Einverständnis darüber bestand, dass es sich in Paris nur um einen Gedankenaustausch, nicht aber um die Festlegung irgendwelcher Abmachungen ohne die Zuziehung der anderen interessierten Staaten, handeln könne. Die diesbezüglichen Unterhaltungen ergaben erfreulicherweise, dass die französische ebenso wie die kgl. italienische Regierung das vollste Verständnis für die seitens der österreichischen Regierungsmitglieder geäußerten Auffassungen hat. Auch erklärten die französischen Staatsmänner wiederholt, dass sie es sich angelegen sein lassen werden, die im Römer Protokoll vom 7. Jänner eingeleitete, auf einen faktischen Schutz der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs abzielende gemeinsame Politik im engsten Einvernehmen mit Oesterreich raschestens auszubauen, um zu konkreten Ergebnissen, die den Frieden im mitteleuropäischen Raume faktisch zu sichern vermöchten, zu gelangen.

Im Gegensatz zu den vielfach in der uns missgünstig gesinnten Presse verlautbarten Nachrichten, wurde weder unsererseits noch auch seitens der französischen Regierung das Restaurationsproblem noch auch die Aufrüstungsfrage zur Sprache gebracht.

Den darauf folgenden Besuch bei der kgl. britischen Regierung benützten der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten dazu, die englischen Regierungsmitglieder von den Konversationen zu informieren, die sie in Paris mit der französischen Regierung geführt hatten. Auch die englischen Staatsmänner brachten der von der österreichischen Bundesregierung geführten Politik, insbesondere deren auf die Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs abzielenden Bestrebungen volles Verständnis entgegen.

Sowohl in Paris als auch in London wurde seitens der österreichischen Regierungsmitglieder im Wege der betreffenden Vertretungen ein ständiger informativer Kontakt mit der kgl. italienischen und mit der kgl. ungarischen Regierung aufrechterhalten.

Sowohl aus den amtlichen Verlautbarungen anlässlich des Besuches in Paris und London als auch aus den durchaus freundlichen, zum Teil sogar freundschaftlichen Pressestimmen geht eindeutig hervor, dass die in Rede stehende Besuchsreise vollauf ihren Zweck, nämlich die Aufnahme des unmittelbaren Kontaktes mit der französischen und der englischen Regierung und die Schaffung einer unseren politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen, günstigen Atmosphäre, erreicht hat.

Ich beehre mich Ihnen Vorstehendes zur Ergänzung der aus der Tagespresse zu entnehmenden gegenständlichen Veröffentlichungen behufs Regelung Ihrer Sprache mitzuteilen.

1509**Gesandter Tauschitz an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 73 Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 32018/13

Berlin, 6. März 1935

Ich hatte schon Montag eine Aussprache mit Ministerialdirektor Dr. Köpke für Mittwoch, den 5. d. M. 12 Uhr festgelegt, um einige laufende Angelegenheiten zu besprechen, über die ich gesondert berichte. Als ich nun gestern abends die Telefondepesche mit dem Auftrage, Vorstellungen wegen der Saarbrückner Rede des deutschen Reichskanzlers und des mit dieser Rede in Zusammenhang stehenden angeblichen Interviews des Reichskanzlers für „Sunday Dispatch“ zu erheben, erhielt, war die Zeit schon festgelegt und ich konnte somit bereits gestern diese Vorstellungen auftragsgemäss und bei Verwendung der in der Depesche enthaltenen Darlegungen nachdrücklichst erheben. Ich hatte den untrüglichen Eindruck, dass die Telefondepesche am Abend vorher abgehört wurde und sich bereits im Auswärtigen Amt befand, da Köpke gar nicht besonders überrascht tat, von mir, was er sonst immer tut, keine Aufzeichnung verlangte, den Artikel in der „Sunday Dispatch“ zur Hand hatte und somit absolut vorbereitet schien. Kaum hatte ich den ersten Teil meiner Ausführungen beendet, fiel mir Köpke, was er ja gerne tut, ins Wort und sagte: „Ich bin ausserordentlich erstaunt über die Empfindlichkeit in Wien und sie werden – ich meine nicht Sie, Exzellenz, sondern die Herren in Wien – diese harmlosen Aeusserungen, über die wir uns ja noch unterhalten werden, wohl nicht in Zusammenhang mit dem Nichteinmischungspakt bringen wollen.“ Als ich ihm nun darlegte, dass die Saarbrückner Rede durch die Veröffentlichungen des Polizeimajors Henessy erwiesenermassen, was man vorher nur annehmen konnte, in erster Linie auf Oesterreich gemünzt ist, meinte er, er möchte doch bitten, dass sich die Herren auf amtliche Grundlagen stützen, bevor solche Behauptungen aufgestellt werden. Ich machte ihn nun aufmerksam, dass er wahrscheinlich den Teil in der Depesche übersehen haben dürfte, dass zu diesem angeblichen Interview das amtliche Deutsche Nachrichtenbüro Stellung genommen habe (Köpke einwendend: „In sehr ungeschickter Art“, ich: „Bitte, dafür das Nachrichtenbüro verantwortlich zu machen“) und das ist für Wien und für mich die amtliche Grundlage.

Ministerialdirektor Dr. Köpke erwiderte mir nun in mehr oder weniger zusammenhängender Form, dass er meinen Argumentationen absolut nicht folgen könne und dass die Aeusserungen des Führers niemals eine Einmischung in innerpolitische österreichische Angelegenheiten wären. Vor allem habe der Führer spontan

erklärt, dass es sich um kein Interview handle, sondern um ein Teegespräch, von dem er wiederholt, da ihn das begeisterte Volk sehen wollte, fortgegangen ist. Auch war niemand ermächtigt, dieses Gespräch zu veröffentlichen. Da es nicht Major Henessy selbst veröffentlicht hat, sondern es durch irgend einen englischen Zeitungsreporter in die Presse kam, so ist hiebei eine Menge Unsinn in dies Gespräch hineingekommen, denn der Führer wisse wohl selbst, dass er keinen Bruder habe u. dgl. mehr. Ueberhaupt sei die ganze Aeussung über die Verwandten vollkommen falsch und übertrieben wiedergegeben worden.

Was nun den Oesterreich betreffenden Passus anlangt, so könne man doch dem Führer nicht eine private Aeussung über Verhältnisse in Oesterreich, wenn sie auch, was man höchstens sagen könne, unfreundlicher Natur waren, als Einmischung bezeichnen. Das Deutsche Nachrichtenbüro habe nun, wie er schon betonte, die Erklärungen über dieses Privatgespräch in höchst ungeschickter Form gebracht. Von der Absicht irgend einer Einmischung in die österreichischen Verhältnisse könne absolut keine Rede sein und müsse er sagen, wenn man den Nichteinmischungspakt in Wien so auffassen will, dass auch jede Meinungsäußerung über die Verhältnisse in einem Lande als solche ausgelegt würde, und ich wisse, dass er ein Anhänger des Beitrittes zum Donaupakt wäre, dann müsse er für diesen Pakt bestens danken. Vor allem wisse er auch nicht, wozu man die Regierungen der Oesterreich befreundeten Mächte von diesem meinem Schritt in Kenntnis setzen will. Es wäre seines Erachtens mit diesem Gespräch zuviel Aufhebens gemacht worden. Er könne die Vorstellung als unbegründet nicht zur Kenntnis nehmen.

Ich vertrat in meiner Erwiderung den Standpunkt, dass ich seiner Auffassung, dass die Angelegenheit ganz harmloser Natur sei, absolut nicht zustimmen könne und machte ihn darauf aufmerksam, dass es auch ihm sichtlich schwer fällt, diesen Standpunkt auftragsgemäss zu vertreten. Das Gravierende bestünde meines Erachtens darin, dass durch die Veröffentlichung eines Gespräches des deutschen Reichskanzlers mit dem Polizeimajor Henessy es nun klar zum Ausdruck kommt, dass ein allgemein gehaltener Teil einer Rede des höchsten deutschen Staatsmannes auf die innerpolitischen Verhältnisse des Nachbarstaates bezogen war. Darüber hinaus aber ist das DNB so freundlich, u.a. mitzuteilen, dass der Reichskanzler sich geäußert hat, dass zum Beispiel die Massnahmen, die in Litauen und Oesterreich von einer ziffernmässigen Minorität gegen die übergrosse Mehrheit der nationalbewussten Deutschen getroffen wurden, im Falle einer Abstimmung zu mehr oder minder ähnlichen prozentualen Resultaten führen würden. Wenn solche, noch dazu grundfalsche Aeussungen über die Verhältnisse in einem Nachbarlande vom höchsten Staatsmann zum Ausdruck gebracht, keine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse des betreffenden Landes sind, weiss ich allerdings nicht, was man hier unter Einmischung oder Nichteinmischung verstehen will. Privatgespräche politischen Inhalts von Staatsmännern gibt es nicht. Es ist meines Erachtens gleichgiltig, ob diese Bemerkungen in Form eines Interviews oder eines Teegespräches gemacht wurden und ob sie zur Veröf-

fentlichung bestimmt waren oder nicht. Das Entscheidende in dieser ganzen Frage sei meiner Auffassung nach somit nicht die Form, sondern die leider abermals klar zu Tage tretende, geradezu katastrophal unrichtige Auffassung des Reichskanzlers über die Verhältnisse in Oesterreich. Vor allem ginge der deutsche Reichskanzler von einer falschen Voraussetzung aus, denn beim Saarland handle es sich um ein Gebiet, das Jahrhunderte zu Deutschland gehört hat und nun durch 15 Jahre unter Fremdherrschaft stand. Dieses Gebiet votierte am 13. Jänner – man könne darüber denken, wie man wolle – meiner Auffassung nach für Deutschland und hätte immer für Deutschland votiert, gleichgiltig, welche Staatsform das Deutschland, zu dem das Saarland zurück wollte, am 13. Jänner 1935 gerade besessen hätte. Oesterreich hingegen ist ein Nationalstaat, der nie ein Teil Deutschlands war, der nie unter Fremdherrschaft stand und nichts als seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit behaupten will. Diese beiden Gebiete lassen sich daher miteinander gar nicht vergleichen und sei daher die Behauptung, dass eine Abstimmung in Oesterreich so ziemlich dasselbe Resultat zeitigen würde, unrichtig, gleichzeitig aber auch *unzulässig*, weil darüber, ob in Oesterreich abgestimmt wird, nicht ein fremder Staatsmann, sondern die österreichische Regierung zu entscheiden hat. Besonders befremdend muss die Behauptung des Reichskanzlers wirken, dass in Oesterreich eine Minderheit – ich habe in einer Darstellung sogar einen Prozentsatz von 15% gelesen – die nationalbewusste Mehrheit von 85% terrorisiert. Die Annahme, dass die logische Folge einer solchen Ansicht des deutschen Reichskanzlers über die innerpolitischen Kräfteverhältnisse Oesterreichs, bei welcher Gelegenheit und in welcher Form immer geäußert, nur die Fortsetzung der bisherigen, vollkommen falschen Politik Deutschlands gegen Oesterreich sein kann, ist nur zu berechtigt. Umso kleiner wird bei Vorhandensein solcher Vorstellungen über die Kräfteverhältnisse in Oesterreich die Wahrscheinlichkeit eines Beitritts Deutschlands zum Nichteinmischungspakt, der, wie ihnen auf Grund wiederholter Erklärungen der massgebendsten österreichischen Staatsmänner, insbesondere des Herrn Aussenministers bekannt sein dürfte, nur ohne jede Bedingung denkbar ist.

Min. Dir. Dr. Köpke sagte in seiner Erwiderung, dass er meinen teilweise zwingenden Schlussfolgerungen nicht widersprechen könne und schon selbst einigemale an den diesbezüglichen Besprechungen, in denen sich die Herren des Auswärtigen Amtes für den Beitritt zum Donaupakt ausgesprochen haben, auf die Tatsache aufmerksam machte, dass der Führer nicht nur auf dem Standpunkt des Auswärtigen Amtes, sondern auch auf den der Partei, bezw. der Bewegung, deren Chef er ist, Rücksicht nehmen müsse, aber er sei ein unverbesserlicher Optimist und glaube doch, dass es zum Beitritt Deutschlands zum Donaupakt kommen werde. In Paranthese glaube er, sagen zu können, dass aber diese Frage doch nur Oesterreich, Italien und Deutschland betreffe, alle anderen ginge es einen Dr... an. Schliesslich bat er mich nochmals, meiner Regierung doch berichten zu wollen, was er schon oben ausgeführt habe, dass man in diesen Aeusserungen keine Ein-

mischung erblicken könne. Da ich meinerseits auf unserem Standpunkt, dass es sich um Einmischung und unbefugte Kritik von Massnahmen meiner Regierung handle, beharrte, endete das Gespräch mit beiderseitiger Beibehaltung gegentei-
liger Auffassung.¹

1510

Bundeskanzler Schuschnigg an italienischen Ministerpräsidenten Mussolini

Schreiben²

AdR, NPA
Italien/Geheim 2/8
Z. 32160/13

Wien, 7. März 1935

Wie mir aus den Zeiten meines Amtsvorgängers, des verewigten Kanzlers Dr. Dollfuss bekannt ist, war in Fällen besonderer Dringlichkeit und Bedeutung die direkte briefliche Verbindung mit Eurer Exzellenz möglich. Aus doppeltem Anlass, glaube ich diesen kürzesten Weg der Verbindung aufnehmen zu sollen.

Einmal habe ich durch den von Rom zurückgekehrten Gesandten Dr. Schüller erfahren, dass in den uns besonders wichtig erscheinenden Belangen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der Alpine-Montangesellschaft durch Ihre persönliche Einflussnahme jene Lösung gefunden wurde, die wir als im beiderseitigen Interesse gelegen proponierten. Nachdem uns an diesen Materien sehr viel gelegen ist, erlaube ich mir für Ihre Verwendung in der Richtung einer günstigen Lösung meinen herzlichen und aufrichtigen Dank zu übermitteln. Ich bin der Ueberzeugung, dass durch die getroffene Regelung dieser beiden wichtigen wirtschaftlichen Fragen die Zusammenarbeit neuerdings auf eine feste und dauernde Basis gestellt wurde und durchaus im Sinne der bisherigen Politik auch die weitere Entwicklung gewährleistet erscheint. Gerade, weil mir an dieser Entwicklung ausserordentlich viel gelegen ist, bitte ich die Gelegenheit benützen zu dürfen, auch die bereits mündlich besprochenen Fragen des Hoch-Etsch zur Erwägung zu stellen.

Ich brauche nicht zu versichern, wie sehr jedes Entgegenkommen, das Eure Exzellenz in der Frage der nationalen Minderheit im Hoch-Etsch verfügen, österreichischerseits begrüsst wird, nicht nur vom Gesichtspunkte des nationalen Minderheitenschutzes aus, sondern auch infolge der innerpolitischen Entspannung, die für uns daraus resultiert.

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1514.

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1511.

Nach wie vor wird vonseiten des reichsdeutschen Nationalsozialismus in heftigster Weise in Oesterreich Propaganda gemacht, unter Benützung des Argumentes, dass Oesterreich einer Entnationalisierung der deutschen Gebiete des Hoch-Edtsch indirekte Förderung angedeihen lasse. Diese Agitationswelle, insbesondere in den Grenzgebieten – Tirol ist natürlich besonders davon betroffen – hat an Intensität stark zugenommen und wird, wie mir von verlässlichsten Quellen berichtet wird, im Hoch-Edtsch selbst mit allen Mitteln und nachdrücklichst gefördert. Gerade in den letzten Wochen ist die Propaganda neuerlich stark angeschwollen.

Ich halte nun dafür, dass es unschwer möglich wäre, führende Kreise der Deutschen im Hoch-Edtsch bei absolut loyaler und positiver Einstellung zum italienischen Staat zu einer Gegenwirkung zu veranlassen, wenn darauf verwiesen würde – wie dies bereits dankenswerterweise im Sommer 1934 der Fall war – dass nationale Wünsche zwar auf Grund der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich, nicht aber durch Anschluss an nationalsozialistische Ideologien Erfüllung finden können. Ich bin jedoch der festen Ueberzeugung, dass ein Entgegenkommen in wenigen vordringlichen Punkten unter Bezugnahme auf die zwischen Italien und Oesterreich geschaffene Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft, für die auch das soeben abgeschlossene Kulturabkommen ein sichtbares Zeugnis gibt, eine wesentliche Entspannung bringen würde, die auch bei uns in Oesterreich die sonst durchaus befriedigende innerpolitische Situation sehr günstig beeinflussen könnte. Besonders in nachfolgenden Punkten erlaube ich mir zur Erwägung zu stellen, ob nicht entsprechende Massnahmen durchführbar wären: Die Namens-Italianisierung soll, wie mir berichtet wird, von den lokalen Behörden als freiwillige Aktion weiterhin mit starkem Nachdrucke betrieben werden; dieser Umstand wird von der Gegenpropaganda besonders ausgenützt.

In der Frage des deutschen Privatunterrichtes habe ich mit grosser Freude die von Eurer Exzellenz verfügten Erleichterungen zur Kenntnis genommen; jedes Entgegenkommen auf diesem Gebiete und jeder mögliche weitere Ausbau durch zahlenmässige Verstärkung der zugelassenen Möglichkeiten wären mit grösstem Danke zu begrüessen.

Viel Lärm gemacht wurde weiters besonders in der allerletzten Zeit wegen der Auflösung der katholischen deutschen Gesellenvereine in verschiedenen Städten des Hoch-Edtsch, obzwar natürlich die näheren Zusammenhänge meiner Kenntnis entzogen sind, stelle ich doch zur Erwägung, ob nicht bei Festsetzung aller notwendigen Kautelen auch hier ein Akt grosszügigen Entgegenkommens möglich wäre.

Schliesslich bliebe noch die Möglichkeit von weitgehenden Gnadenakten hinsichtlich politisch Konfinierter zur Erwägung zu stellen, wobei vielleicht insbesondere auf Väter kinderreicher Familien und Verurteilungen aus der neueren Zeit Bedacht genommen werden könnte.

Wenn solche Massnahmen grosszügiger Milde und Entgegenkommen ausdrücklich mit den Freundschaftsbeziehungen zwischen Italien und Oesterreich motiviert

werden könnten und diese Bezugnahme deutlich in Erscheinung treten würde, hielte ich dafür, dass hiedurch einerseits der nationalsozialistischen Propaganda dies- und jenseits der Grenzen wesentliche Stosskraft genommen werden könnte, andererseits aber auch die günstigsten Auspizien geschaffen würden für eine wirklich fruchtbare und dauerhafte Arbeit auf dem Gebiete des Freundschaftsverhältnisses zwischen beiden Staaten.

Besonders gefährlich für die anti-österreichische Propaganda erscheint mir der Umstand, dass im Hoch-Etsch fast ausschliesslich die Münchner Presse gelesen wird; es wäre daher zu erwägen, ob nicht in den deutsch geschriebenen Blättern des Hoch-Etsch Stellungnahmen von österreichischer Seite zur Aufnahme gelangen könnten, um in deutscher Sprache der nationalsozialistischen Propaganda einigermassen entgegenwirken zu können.

Ich brauche nicht eigens zu erwähnen, wie sehr österreichischerseits ein erfolgreiches Entgegenwirken hinsichtlich der reichsdeutschen Propaganda im Hoch-Etsch innerpolitisch als Erleichterung empfunden würde; insbesondere wären es persönliche und sachliche Gnadenakte, die, mit der aufrichtigen Freundschaft zwischen beiden Staaten in Zusammenhang gebracht, uns politisch enorme Vorteile bringen würden. Das zeitliche Zusammentreffen mit dem Wirksamkeitsbeginn des Kulturabkommens wäre österreichischerseits besonders zu begrüßen.

Ich hielt es für zweckmässig, Eure Exzellenz in aller Offenheit über unsere Sorgen zu unterrichten und wäre besonders verbunden, wenn ich auch in zukünftigen Fällen auf diesem kürzesten Wege mit Eurer Exzellenz zwecks wechselseitiger Informationen in Verbindung treten könnte.

In besonderer Wertschätzung bin ich Eurer Exzellenz
sehr ergebener

Schuschnigg

1511

**Außenminister Berger-Waldenegg an Bundeskanzler
Schuschnigg**

Schreiben

AdR, NPA
Italien/Geheim 2/8
(ohne Zahl)

[Wien,] 9. März 1935

Deiner Weisung entsprechend habe ich Dein Schreiben an Herrn Mussolini¹ geöffnet und genau durchgelesen.

¹ Siehe dazu ADÖ 10/1510.

Hiezu erlaube ich mir Dir Folgendes zu unterbreiten:

Auf Seite 3 oben wird der Gedanke ausgedrückt, dass führende Kreise der Deutschen im Hochtsch zu einer Gegenwirkung veranlasst werden könnten „wenn das eben abgeschlossene italienisch-österreichische Kulturabkommen zur Basis gewisser Erleichterungen genommen werden könnte“ und dass „nationale Wünsche zwar auf Grund dieses Kulturabkommens und der ihm zugrundeliegenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich etc.“ ... Erfüllung finden könnten.

Hiezu gestatte ich mir zu bemerken:

Das Kulturabkommen enthält schon seinem Wesen nach naturgemäss keinen rechtlichen Anhaltspunkt, um nationale Minderheitenschutzforderungen darauf aufzubauen. Es enthält zwar im letzten Absatz des Artikels 10 eine gegenseitige Deklaration, den Unterricht der italienischen bzw. deutschen Sprache an den Mittelschulen usw. „beizubehalten und auszudehnen“. Ausser dieser besteht keine Verpflichtung, die im Sinne einer Besserstellung der Deutschen in Südtirol mit Recht angezogen werden könnte. Hingegen kann das Kulturabkommen zweifellos als das Produkt einer freundschaftlichen Atmosphäre und als Markstein der bereits erzielten freundschaftlichen Beziehungen gelten. Es liesse sich daher gewiss vertreten, sich auf das Kulturabkommen in dem eben erwähnten Sinne zu berufen und allenfalls darauf hinzuweisen, dass die Vorgänge in Südtirol gewissen Kreisen im Widerspruche zu dem Geiste des Kulturabkommens zu stehen scheinen.

Das Kulturabkommen wird ausser an obiger Stelle in Deinem Schreiben noch mehrmals zitiert u. zw.:

Seite 3: „Ein Entgegenkommen in wenigen vordringlichen Punkten unter Bezugnahme auf das soeben abgeschlossene Kulturabkommen.“

Seite 4, letzter Absatz: „Wenn solche Massnahmen grosszügiger Milde und Entgegenkommens ausdrücklich mit dem italienisch-österreichischen Kulturabkommen motiviert werden könnten und diese Bezugnahme deutlich in Erscheinung treten würde“ ...

Seite 5: ... „die günstigsten Auspizien geschaffen würden für eine wirklich fruchtbare und dauerhafte Arbeit auf dem Gebiete des eben abgeschlossenen Kulturabkommens.“

Seite 5, zweiter Absatz: „Ob nicht in den deutsch geschriebenen Blättern des Hochtsch in entsprechender Interpretation des Kulturabkommens österreichischerseits Stellungnahmen möglich wären“.

Seite 5, dritter Absatz: „Insbesondere wären es persönliche und sachliche Gnadentakte, die, mit dem italienisch-österreichischen Kulturabkommen in Zusammenhang gebracht, uns politisch enorme Vorteile bringen würden.“

In Hinblick auf das Vorhergesagte erschiene mir die Berufung auf das Kulturabkommen sozusagen als rechtliche Basis direkt riskant. Ich erlaube mir daher, Dir den meritorisch unveränderten, jedoch obigen Gedanken Rechnung tragenden Entwurf eines Schreibens an Herrn Mussolini anbei vorzulegen.

Schliesslich darf ich noch beifügen, dass der offizielle Titel Mussolini's „Chef der königlich italienischen Regierung“ (und nicht Ministerpräsident) zu lauten hätte.

1512

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Paris), Geschäftsträger Blaas (London), Gesandten Tauschitz (Berlin), Gesandten Marek (Prag), Gesandten Ploennies (Belgrad), Gesandten Hauenschild (Bukarest) und Gesandten Hoffinger (Warschau)

Zirkularerlass

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 31969/13

Wien, 11. März 1935

Im Verfolge des h. o. Erlasses Zl. 31.063-13 vom 6. v. M. beehre ich mich anbei Uebersetzung des Promemoria's zur Kenntnisnahme zu übermitteln, welches die königlich italienische Regierung der deutschen Regierung auf deren Anfrage bezüglich des mitteleuropäischen Paktes hat zugehen lassen. Die gleichzeitig seitens der französischen Regierung Deutschland erteilte Antwort ist, wenn auch nicht durchwegs gleichlautend, so doch im Wesentlichen mit dem italienischen Promemoria analog.

Uebersetzung aus dem Italienischen.

P r o m e m o r i a .

Die italienische Regierung hat mit besonderer Befriedigung erfahren, dass die deutsche Regierung bereit wäre, mit den interessierten Regierungen in einen Gedankenaustausch zu dem Behufe einzutreten, um die Möglichkeiten zu prüfen, in einem mitteleuropäischen Pakte den Grundsatz der Respektierung der Unabhängigkeit und der Integrität dieser Staaten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten derselben festzulegen.

Um die Einleitung dieses Gedankenaustausches zu erleichtern, ist die königliche Regierung in der angenehmen Lage, der deutschen Regierung die von dieser gewünschten Aufklärungen zu geben.

1.) Die italienische Regierung teilt die Meinung der deutschen Regierung, dass der Grundsatz der Nichteinmischung im Sinne voller Parität zwischen den am Pakte teilnehmenden Staaten angewendet werden sollte. Wie es ausdrücklich in dem in Rom am 7. Jänner l. J. vom italienischen Regierungschef und vom

französischen Aussenminister gezeichneten Protokoll, das bereits der deutschen Regierung bekanntgegeben wurde, heisst, sollen sich die vertragschliessenden Staaten gegenseitig dazu verpflichten, sich der Erregung oder Begünstigung irgendeiner Aktion, Propaganda oder eines Interventionsversuches zu enthalten, die zum Ziele hätten, mit Gewalt die territoriale Integrität eines der kontrahierenden Staaten anzugreifen oder das politische und soziale Regime eines dieser Staaten mit Gewalt zu ändern.

Diese Formel müsste durch die Verpflichtung für jeden einzelnen der kontrahierenden Staaten vervollkommen werden, auf dem eigenen Gebiete alle jene Handlungen zu verhindern, die er in irgendeinem anderen Lande nicht zu erregen oder zu begünstigen sich verpflichten würde. Zwecks praktischen Funktionierens des Paktes wird das Hauptelement, das zur Beurteilung darüber, ob eine konkrete Handlung einen Fall der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates darstellt oder nicht, das Ermessen des interessierten Staates und der anderen Teilnehmer-Staaten sein.

Die Auffassung der italienischen Regierung geht dahin, dass die Bestimmungen des Paktes sich im Sinne vollkommener Parität auf was immer für Handlungen beziehen sollen, wie sie oben angeführt sind und von welcher Seite immer sie ausgehen.

Es ist klar, dass der in Rede stehende Pakt in erster Linie die Verpflichtung für jeden einzelnen Teilnehmerstaat enthalten müsste, sich jeder Aggression gegen irgendeinen der Kontrahenten zu enthalten. Diese Verpflichtung müsste für alle kontrahierenden Teile obligatorisch sein und wäre verpflichtend für jeden einzelnen Teil hinsichtlich jeden anderen Teilnehmers.

- 2.) Die vorgesehene Möglichkeit zum Abschlusse von Sonderabkommen muss in dem Sinne verstanden werden, dass jeder der Teilnehmer das Recht hätte, sich gesondert gegenüber irgendeinem der anderen Teilnehmer zu verpflichten, die Anwendung der allgemeinen Verpflichtungen, die dem Vertragswerke zu Grunde liegen, zu sichern und diesem Teilnehmer gegenüber Hilfe zu leisten, im Falle dass nach seiner Auffassung eine Verletzung der obigen Verpflichtungen sich bewahrheitete. Diese Möglichkeit wäre natürlich die gleiche für alle. Die italienische Regierung ist einig mit der deutschen Regierung hinsichtlich der Notwendigkeit zu verhüten, dass diese Sonderabkommen das Gleichgewicht des allgemeinen Paktes stören oder die Grundtendenz verfälschen. Zu diesem Behufe hält die italienische Regierung dafür, dass diese Sonderabkommen gleichförmig seien und als Fakultativklausel in den allgemeinen Vertrag aufgenommen seien und dem Beitritt aller Unterzeichner offen stehen sollten, denen Mitteilung von den besagten Abkommen gemacht werden müssten.
- 3.) Die deutsche Regierung hat um Mitteilung ersucht, welches das Kriterium war, das als Grundlage dazu gedient hat, die am beabsichtigten Nichteinmischungspakt teilnehmenden Staaten festzusetzen. In dieser Hinsicht hat man sich folgendes Konzept vor Augen gehalten. Damit der Pakt den der königlichen Re-

gierung vorschwebenden Zielen entspreche, müsste er – abgesehen natürlich von den Staaten, die die Initiative zu diesem Pakte ergriffen haben und von Deutschland mit Rücksicht auf dessen geographische Lage – auf die Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie beschränkt werden.

Was die helvetische Konföderation betrifft, so hat die kgl. Regierung der Schweizer Regierung Kenntnis von dem Uebereinkommen gegeben, das in den Konversationen von Rom erzielt worden ist; wenn die Einladung zur Teilnahme am Pakt auf die Schweizer Regierung nicht ausgedehnt wurde, so geschah dies ausschliesslich in Berücksichtigung der wohlbekanntes Tradition der schweizerischen Politik. Für ihren Teil hätte übrigens die kgl. Regierung nichts dagegen, dass die Schweizer Regierung, wenn sie dies wünschen sollte – was andererseits nicht der Fall zu sein scheint – daran teilnähme.

Was Grossbritannien betrifft, so ist auch die britische Regierung von den in Rom zwischen der französischen und der italienischen Regierung erzielten Abkommen auf dem Laufenden gehalten worden und hat den Grundsätzen, auf denen der beabsichtigte Nichteinmischungspakt beruht, ihre Zustimmung gegeben. In Anbetracht jedoch des wohlbekanntes Konzeptes der britischen Regierung hinsichtlich der Fragen der europäischen Politik bezüglich den Verpflichtungen hat man es für vorteilhaft gehalten, die Entscheidung ausschliesslich der britischen Regierung selbst zu überlassen, ob und in welcher Form sie die Absicht haben wird, an dem geplanten Nichteinmischungspakt teilzunehmen. Die kgl. Regierung könnte sich, was sie betrifft, nur freuen, wenn auch die britische Regierung sich dazu entschlösse, am Pakte teilzunehmen.

- 4.) Wie bereits dem deutschen Botschafter mitgeteilt worden ist und wie aus dem Wortlaute des Protokolls vom 7. Jänner hervorgeht, ist der Konsultativpakt zwischen Frankreich und Italien bezüglich der österreichischen Frage vorgesehen worden in Erwartung des Abschlusses des Nichteinmischungspaktes zwischen allen Staaten und ist dazu bestimmt, bis zum Inkrafttreten des Paktes selbst und der Sonderabkommen, die ihn begleiten sollen, in Kraft zu stehen. Nach Ansicht der italienischen Regierung hätte der allgemeine Vertrag die Konsultation zwischen allen Teilnehmern für den Fall vorzusehen, dass die Unabhängigkeit eines derselben bedroht würde.
- 5.) Das Protokoll von Rom erwähnt „im Rahmen des Völkerbundes“ und „Mitwirkung des Völkerbundes“. Da tatsächlich – wie es im allgemeinen Interesse liegt – eine Konsultation zwischen den teilnehmenden Mächten für den Fall vorgesehen wird, dass eine derselben der Auffassung wäre, dass nach ihrem Dafürhalten eine Verletzung des Paktes begangen worden sei, muss ein Organ und eine Prozedur vorgesehen werden, zwecks Prüfung, ob tatsächlich eine Verletzung der übernommenen Verpflichtungen vorliegt. Welche Stellung Deutschland im Augenblick des Abschlusses des in Rede stehenden Vertrages immer einnehmen wird, scheinen doch für Deutschland

keine besonderen Gründe vorzuliegen, um in einem derartigen Falle die Ueberprüfung durch den Völkerbundrat abzulehnen, da doch andere internationale Abkommen, an denen Deutschland weiter teilnimmt, ausdrücklich für ihre Anwendung die Befassung des Völkerbundesrates vorsehen.

Rom, März 1935.

1513

Gesandter Hennet an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Bericht Nr. 183/Res.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 32227/13

Budapest, 12. März 1935

Anlässlich meines gestrigen Besuches bei Herrn Aussenminister v. Kánya habe ich ihm von der neuerlichen Stellungnahme der Bundesregierung in Angelegenheit der Aeusserungen des Reichskanzlers Hitler Mitteilung gemacht.¹

1514

Gesandter Tauschitz an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 80/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 32238/13

Berlin, 13. März 1935

Ich beehre mich zu berichten, dass ich am Montag, wie ich schon auf anderem Wege gemeldet habe², Gelegenheit hatte, mit Ministerialdirektor Dr. Köpke neuerdings über die Aeusserungen des Deutschen Reichskanzlers zu sprechen. Ich bemühte mich, den Standpunkt der Bundesregierung in aller Schärfe zu präzisieren und mit allem Nachdruck und Aufwand aller mir zu Gebote stehenden Argumente zu vertreten. Ich darf behaupten, dass meine Ausführungen auf meinen Mitredner

¹ Dazu ADÖ 10/1509 und ADÖ 10/1514.

² Siehe dazu bereits ADÖ 10/1509.

nicht ohne Eindruck blieben. Köpke bedauerte aber, den Standpunkt des Auswärtigen Amtes nicht ändern zu können und ihn aufrecht erhalten zu müssen, obwohl er mit einem angestellten Vergleich kein Glück hatte. Schliesslich gab er mir halb zu, dass es besser wäre, wenn dafür gesorgt würde, dass Aeusserungen höchster Staatsmänner über ihre Nachbarstaaten nicht in die Öffentlichkeit kämen.

Ich erklärte die Unterhaltung, die ich über diese Frage mit dem Auswärtigen Amte führen konnte, für sehr interessant und aufschlussreich, da wir doch hiebei Gelegenheit hatten, den Standpunkt des deutschen Auswärtigen Amtes über Einmischung und Nichteinmischung kennen zu lernen, der jedenfalls auch die Oesterreich befreundeten Mächte in hohem Masse interessieren dürfte.

Aus einer Bemerkung des Ministerialdirektors Dr. Köpke war zu entnehmen, dass der deutsche Reichskanzler sich in Saarbrücken doch überschrien und eine Halsentzündung zugezogen hat, und nun einige Zeit, das stünde noch nicht fest, in Reichenhall oder in Wiesbaden, eine Inhallationskur wird durchmachen müssen.

1515

Legationsrat Alexich an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 35/Pol. (geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 32331/13

Den Haag, 15. März 1935

In Befolgung der Erlässe Zl. 31.877-13 und 31.991-13¹ beehre ich mich zu melden, dass ich auftragsgemäss bei Jonkheer de Graeff vorgespochen und ihm den Inhalt der beiden Erlässe mündlich bekanntgegeben habe. Jhr. de Graeff war an meinen Mitteilungen im höchsten Masse interessiert und nahm sie mit der Bemerkung zur Kenntnis, dass er sie beim nächsten Ministerrat auch seinen übrigen Kollegen mitteilen werde. Die Aeusserungen des Berliner Auswärtigen Amtes, dass die in Rede stehende Aeusserung des Reichskanzlers in einem privaten Gespräche gefallen sei, erregte die Heiterkeit Herrn de Graeffs, der in meine Mitteilungen die Frage einwarf, seit wann ein Mann in der Stellung des Reichskanzlers überhaupt und besonders bei einer solchen Gelegenheit private Aeusserungen machen könne.

In dem sich aus diesen Mitteilungen ergebenden Gedankenaustausch gab Jhr. de Graeff der Befürchtung Ausdruck, dass mit einer Radikalisierung der deutschen Politik zu rechnen sei und dass davon in erster Linie Oesterreich zu leiden haben

¹ Erlässe Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten, Wien 8.3.1935 – AdR, NPA Deutschland I/12.

werde. Sämtliche der niederländischen Regierung zur Verfügung stehenden Informationen lauteten in dieser Hinsicht und es sei auch ein offenes Geheimnis, dass von Seiten der nationalsozialistischen Partei, besonders des Propagandaministeriums, Material zu einem Schlag gegen die Kirchen in Deutschland, und zwar sowohl gegen die katholischen als auch die evangelischen, gesammelt werde.

1516

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 60/Pol. (streng geheim)¹

AdR, NPA
Italien/Geheim 8/8
Z. 32361/13

Rom, 16. März 1935

Sofort nach Erhalt des obzitierten hohen Erlasses habe ich am 13. d. M. nachmittags an zuständiger Stelle im Palazzo Chigi um einen Empfang durch den Herrn Regierungschef „zwecks Uebergabe eines Schreibens des Herrn Bundeskanzlers, dessen Inhalt mir nicht näher bekannt sei“, ersuchen lassen. Gleichzeitig bat ich den Sekretär Herrn Suvich', mir für die nächsten Tage eine Unterredung mit diesem zu vermitteln. Ich fügte hinzu, dass ich mich eben, einem erhaltenen Auftrage entsprechend, bei dem Herrn Regierungschef hätte anmelden lassen. Für den Fall, dass ich Herrn Suvich nicht vor dem Empfang durch Herrn Mussolini selbst sehen sollte, liesse ich ihm sagen, dass ich Herrn Mussolini ein Schreiben des Herrn Bundeskanzlers zu übergeben hätte, „das soviel man mir mitgeteilt habe, kürzer einige wirtschaftliche Fragen und ausführlicher die nationalsozialistische Propaganda im Alto Adige und ihre Rückwirkungen auf Oesterreich behandle“.

Herrn Suvich werde ich erst heute oder Montag sprechen können. Von Herrn Mussolini wurde ich gestern gegen Abend empfangen.

Nach einigen einleitenden Worten über den Skisport und die Umgebung Roms – Herr Mussolini empfing mich im Skikostüm, er war eben vom Monte Terminillo zurückgekehrt – überreichte ich dem Herrn Regierungschef das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers. Er las dasselbe sehr aufmerksam durch, ohne beim Lesen irgendeine Bemerkung zu mache oder auch nur durch eine Geste oder sein Mienspiel einen Anhaltspunkt für seine Gedanken zu geben. Dann sagte er, während

¹ Kurz zuvor hatte der Gesandte Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg bereits berichtet, dass Mussolini „nach wie vor bereit sei, alles, absolut alles, zu tun, was Österreich helfe, aber es wäre unerträglich, wenn alle seine Konzessionen an Österreich in dieser Frage als Kapitulation vor den Nationalsozialisten ausgelegt würden.“ Telegramm Nr. 51, Rom (Quirinal) 15.3.1935 – AdR, NPA Italien/Geheim 8/8, Z. 32268/13.

er das Schreiben bei Seite legte, es behandle die Angelegenheiten der „Alpinen Montangesellschaft“ und der „D.D.S.G.“, die schon geregelt seien, ferner einzelne Fragen, die mit dem Alto Adige und der nationalsozialistischen Propaganda zusammenhängen. Ich möge melden, „dass er das Schreiben selbst beantworten werde, und dass er nach wie vor bereit sei, Alles, absolut Alles zu tun, was Oesterreich helfen könne; aber es wäre unerträglich, wenn alle seine Konzessionen an Oesterreich in dieser Frage als Kapitulationen vor den Nazis ausgelegt würden“.

„Die Situation im Alto Adige sei molto penosa“, fuhr Herr Mussolini denn fort. Es sei geradezu unglaublich, aber es sei doch wahr, heute sei Oesterreich im Alto Adige tatsächlich „verhasster“ als Italien. Für Oesterreich seien überhaupt nur mehr die Offiziere der alten kaiserlichen Armee und was legitimistisch eingestellt sei. Die Propaganda der Nationalsozialisten sei unerhört, man erfinde die unglaublichsten Geschichten, wie die mit der angeblichen Auslieferung angeblicher Deserteure von Oesterreich an Italien, und die Leute glaubten sie. Wenn sich das im Alto Adige so weiter entwickeln werde, werde es eine „straordinaria tragedia“ geben. Früher seien nur die Intellektuellen Nazis gewesen, jetzt habe dieser Wahnsinn auch den „popolino“, die Bauern etc. ergriffen. Mit der Saar-Abstimmung habe dies begonnen, dann sei die Bewegung etwas abgeflaut, und seit dem 1. März habe sie an Intensität wieder viel zugenommen. Immer wieder die Geschichte mit dem Plebiszit: „im April komme Oesterreich daran, und im Mai das Alto Adige“, so werde im Alto Adige erzählt. Vorläufig sei es ja noch zu keiner Revolte gekommen. Man habe zwar im Ausland und auch hier davon erzählt, dass das Militär gezwungen gewesen wäre, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, das sei aber nicht wahr gewesen. Aber „revolverate“ seien schon vorgefallen und bedauerlicherweise „auch andere hässliche Sachen“. Man müsse begreifen, dass die Fascisten nicht an den Grundfesten ihres Staates rütteln liessen. Solange nur, wie jetzt, Hakenkreuze gestreut und Feuer abgebrannt würden, werde man hier die Ruhe bewahren, wenn es aber gegen den Staat gehen sollte, dann würde „Fürchterliches geschehen“. Es sei im Alto Adige jedenfalls eine „tensione pericolosa“ vorhanden. Ich möge mich nicht wundern, wenn er so frei und offen spreche, aber „unter Freunden sei er gewöhnt, Alles zu sagen“. Er wolle wirklich Alles tun, was uns helfen könne. Die Sache mit der Italienisierung der Namen habe er schon abgestellt. Die nötigen Befehle seien gegeben. „Finito con quella cosa“, sagte Herr Mussolini und machte eine ausdrucksvolle Geste hierzu. Diese ganzen Namensänderungen hätten doch gar keinen Sinn. Da sei einer, der heiße Neuhaus oder Neuberg und sei ein echter Italiener, und da sei einer, der heiße Dissertori und sei einer der ärgsten Nazis. Es sei ihm gleich, wie die Leute hießen, sie sollten nur sich Italien gegenüber loyal verhalten. „Die Geschichte mit den Namensänderungen sei also vorüber“. „Die Leute sollten deutsch bleiben, wenn sie deutsch bleiben wollten, man werde aus ihnen ebensowenig Italiener machen können, wie aus einem Italiener einen Deutschen.“ Er möchte gerne so viele deutsche Schulen errichten, als erforderlich seien, er habe dem Herrn Bundeskanzler schon geschrieben, dass jetzt 17 deutsche Schulen mit 700 Schülern existierten. „Sa é ne-

cessario faremo una scuola in ogni comune“. Er habe gar nichts dagegen, dass die Leute ihr Deutschtum bewahren, aber er verlange, dass die Leute loyal seien, den italienischen Staat und seine Grenzen anerkennt. Dies habe sogar Hitler getan. In Venedig habe ihm Hitler gesagt, wie er eben über die Alpen geflogen sei, habe er selbst konstatieren können, dass die natürliche Grenze Italiens am Brenner liege, der wie ein „Riegel“ sei. Aber was gelte dieses Wort Hitlers in diesem Deutschland, „in dem es sieben Minister des Aeusseren zu gleicher Zeit gebe“. Und dann begann Herr Mussolini die „sieben Minister des Aeusseren“ an den Fingern aufzuzählen, wobei Herr von Ribbentrop besonders schlecht weg kam.

Dann sagte Herr Mussolini wieder einmal, er möchte Alles für uns tun, aber diese Nazis verkehrten Alles in das Gegenteil. Das wäre unerträglich. Ich warf ein, das Beste wäre wohl, man würde jede Konzession, die man aus Freundschaft für Oesterreich mache, ausdrücklich als solche bezeichnen.

Der Herr Regierungschef reagierte nicht auf diese Bemerkung, sondern fuhr fort, in dem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers stehe auch etwas über die in der jüngsten Zeit konfinierten Altoatesiner. Zweien von den Konfinierten habe er diese Strafe schon nachgesehen, dem einen, weil er neun Kinder zu erhalten habe, dem zweiten, weil seine Frau krank sei. „Aber auch die anderen würden schliesslich *nicht* ins confino gehen.“

Der Herr Bundeskanzler schreibe endlich auch von den Zeitungen. Im Alto Adige würden pro Tag ca. 2000 Exemplare reichsdeutscher und nur wenig über 1000 Exemplare österreichischer Zeitungen gelesen. Aber Alles habe natürlich den Münchner Sender eingeschaltet. Wie ich ja wohl wissen werde, gebe die italienische Regierung selbst eine deutsche Zeitung im Alto Adige heraus. Er könne nur wieder sagen, dass er gar nichts gegen die deutsche Sprache habe. Da ich nicht wusste, ob in dem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers von einem einzuführenden Verbote der reichsdeutschen Zeitungen in Südtirol oder von der Aufhebung einer mir nicht bekannten eventuell bereits erfolgten Sperre aller deutschen, als auch der österreichischen Zeitungen die Rede sei, suchte ich Näheres zu erfahren und das Gespräch wieder auf die Zeitungen zu bringen. Der Herr Regierungschef gab aber zu verstehen, dass er unsere Unterredung für beendet erachte, und sagte, er habe sich sehr gefreut, mich zu sehen.

Dann geleitete er mich durch den grossen Saal bis an die Türe. Unterwegs sagte er wieder wie zu anfangs, er werde dem Herrn Bundeskanzler selbst antworten und er sei immer bereit, Alles zu tun was Oesterreich helfen könne, aber es sei wirklich unerträglich, wenn durch die Nazis Alles verkehrt dargestellt werde. Ich sagte auch diesmal wieder, man müsste eben dafür sorgen, dass jedesmal ausdrücklich erklärt werde, dass Alles nur wegen Oesterreich geschehe. Die Hetzer und die Fanatiker werde man natürlich nie belehren können, aber die Uebrigen, den „popolino“ von dem er gesprochen habe, der würde die Wahrheit schliesslich sicher einsehen und man würde ihn zurückgewinnen. „Lo studieremo come si dovrebbe fare“, waren die Worte, mit denen mich Herr Mussolini entliess.

1517**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Marek (Prag)**

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 32966/13

Wien, 5. April 1935

Im Verfolge des h. a. Erlasses Zl. 32.873-13 vom 1. April 1935¹ beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass anlässlich eines Gespräches mit dem österreichischen Gesandten in Paris der politische Direktor des Quai d'Orsay, Gesandter Bargeton, bemerkte, dass die Ansicht, dass Jugoslawien für den Anschluss Oesterreichs an Deutschland sei und im Falle der Rückkehr eines Habsburgers marschieren würde, auf „Aeusserungen unüberlegter Personen beruhe, die schon lange überholt seien“. Herr Jeftić sei „absolut verlässlich“ und man wisse hier, dass er zu einer engen Zusammenarbeit mit Oesterreich bereit und entschlossen sei.

1518**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 173/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 33148/13

Prag, 6. April 1935

Anlässlich einer ausführlichen Intervention, die ich heute bei Dr. Benesch in Angelegenheit der tschechoslowakischen Linkspresse und der Machenschaften unserer sozialdemokratischen Emigranten durchführte, wiederholte er nochmals, die tschechoslowakische Regierung als solche sei auch Oesterreich gegenüber loyal und er wolle alles tun, um uns dies zu beweisen. In dieser Richtung wäre es natürlich vom grössten Wert, wenn es schon endlich einmal zu dem angeregten Mitteleuropäischen Pakt käme, der ihm die Handhabe bieten würde, unter Berufung auf die Nichteinmischungsverpflichtung alle Auswüchse, auch in der öffentlichen Diskussion zu unterdrücken.

¹ Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek. Erlass, Wien 1.5.1935 – AdR, Gesandtschaft Prag, Z. 32873/13.

1519**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 174/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 6. April 1935

Ich hatte heute Gelegenheit Herrn Dr. Beneš über die Stellung Jugoslawiens zum Anschlussproblem zu interpellieren und fragte ihn, ob es richtig sei, was man hier und da höre, dass sich Jugoslawien einem Anschluss Oesterreichs an Deutschland nicht widersetzen würde.

Hierauf antwortete Herr Dr. Beneš, Jugoslawien werde immer mit Prag gehen, sowie Prag immer mit Belgrad gehen werde. Sollte sich Belgrad einmal in irgend einem Punkt der Berliner Politik anschliessen, so würde das heissen, dass natürlich auch die Tschechoslowakei hierin mit Berlin einig sei. „Unsere Solidarität wird bestehen bleiben, was immer auch in der Welt geschehe.“

Das eine sei sicher, Jugoslawien würde eher den Anschluss Oesterreichs an Deutschland ertragen, als eine Restauration der Habsburger in Wien. Wenn Sie Herrn Jeftić darnach fragen, so wird er Ihnen dies bestätigen.“ Jugoslawien folge hierbei folgender Argumentation:

- 1.) Die Nachbarschaft mit Deutschland würde die Situation Jugoslawiens gegenüber Italien wesentlich erleichtern.
- 2.) Der Anschluss hätte für Jugoslawien zwar gewisse Nachteile, aber auch einige Vorteile, die Restauration hingegen *nur* Nachteile.

Festzuhalten sei, dass gegen eine Restauration in Oesterreich Deutschland, Jugoslawien, Italien und die Tschechoslowakei unbedingt auftreten würden, und schon aus dieser Erwägung sei eben die Restauration der Habsburger nicht durchzusetzen. Oesterreich hätte in dieser Beziehung wahrscheinlich auch Ungarn gegen sich, falls Gömbös am Ruder bleibt. Frankreich, welches sehr gut wisse, dass eine Restauration in Wien die genannten Mächte automatisch in eine Front bringen würde, wird schon aus diesem Grunde die Restauration in Oesterreich nicht fördern. Dr. Beneš möchte die Regierung in Oesterreich sehen, die sich gegen die Gegnerschaft der genannten Mächte halten könnte. Was die Tschechoslowakei im besonderen anlangt, so müsse festgehalten werden, dass auch die Deutschen in der Tschechoslowakei, mit Ausnahme vielleicht von Herrn Mayr-Harting, gegen die Habsburger sind, besonders auch Herr Henlein mit seiner Heimatfront.

Daher sei es Herrn Dr. Beneš klar, dass eine Restauration der Habsburger in Oesterreich undenkbar sei und „nur Wahnsinnige könnten sie wollen“. Im übrigen sei es eigentlich ganz gut, dass sich in Oesterreich in Bezug auf die Restauration eine

verstärkte Agitation geltend mache, man habe dadurch nur Klarheit gewonnen und erkannt, welche Widerstände und Gefahren mit dieser Frage verknüpft sind. Der tschechoslowakische Aussenminister wolle der Bundesregierung beileibe keine Schwierigkeiten machen und ihre innerpolitische Situation nicht etwa komplizieren, deshalb schweige er in diesem Punkte, lasse die Zeitungen und politischen Parteien ruhig reden und kombinieren und habe seit dem Regierungsantritt des Herrn Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg noch nie öffentlich hiezu das Wort ergriffen.

Da also die Restauration der Habsburger in Oesterreich ausgeschlossen erscheint, könne die Frage gar nicht aktuell werden, ob Jugoslawien sich eher für den Anschluss entscheiden würde. Diese Erwägung Jugoslawiens wäre, wie schon vorher gesagt, ja nur für den Fall einer Restauration aktuell.

Aus diesen Erläuterungen Herr Dr. Beneš folgt, dass sowohl er wie Herr Jeftić in seiner Erklärung dem Herrn Gesandten Ploennies gegenüber recht haben. Jeftić wäre für den Anschluss, wenn er zwischen Restauration und Anschluss zu wählen hätte, Jeftić ist gegen den Anschluss, weil die Gefahr einer Restauration nicht besteht.

1520

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 175/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 33150/13

Prag, 6. April 1935

Ich besuchte heute Herrn Dr. Beneš und hatte mit ihm eine ausführliche Unterredung über die aussenpolitischen Ereignisse der letzten Tage. Der Aussenminister beantwortete die ihm von mir gestellten einschlägigen Fragen wie folgt:

Die Zusammenkunft mit Herrn Titulescu in Pressburg.

In Pressburg wurden keine besonderen Entschlüsse gefasst, es sei nur ganz allgemein über alle aktuellen Fragen gesprochen worden, und zwar in einem äusserst friedlichen und versöhnlichen Ton. Die Minister wollten unterstreichen, dass sie unbedingt für den Abschluss eines mitteleuropäischen Paktes sind und für eine Zusammenarbeit mit Italien und Frankreich. Sie sprachen sich für den Abschluss eines Ostpaktes aus, in dem sie eine weitere Garantie für den europäischen Frieden sehen. Sie sind bereit, Mittel und Wege zu suchen, um auch Ungarn die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten, insbesondere der Kleinen Entente in Zentraleuropa zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang möchte er auch auf

seinen, im heutigen „Figaro“ veröffentlichten Artikel verweisen, in dem er über die wirtschaftlichen Möglichkeiten spricht, die sich zwischen der Kleinen Entente und den Staaten des römischen Paktes durch eine Zusammenarbeit auf Grund der in den römischen Pakten enthaltenen Prinzipien, ergeben könnten.

Mitteilungen Hitlers an Simon über Oesterreich.

Ich fragte Herrn Dr. Beneš, ob er etwas näheres darüber wisse, was zwischen Simon und Hitler in Berlin über Oesterreich gesprochen worden sei. Herr Dr. Beneš bejahte dies, holte ein Dossier hervor, das die Aufzeichnungen über seine Unterredung mit Eden enthalten haben dürfte, und las mir vor, was darin über Oesterreich enthalten war. Da die betreffenden Ausführungen in englischer Sprache gehalten waren, darf ich annehmen, ohne dass es mir Herr Dr. Beneš ausdrücklich bestätigte, dass er hiebei den Angaben Edens folgte. Darnach soll Herr Hitler dem englischen Aussenminister wörtlich erklärt haben: „I do not want the Anschluss“. Ueber den Donaupakt habe sich Herr Hitler keine definitive Meinung gebildet. Er sei es nicht gewesen, der während der letzten Krise mobilisiert habe und ein Armeekorps an der österreichischen Grenze aufmarschieren liess. In der österreichischen Frage soll es keinerlei Einmischung irgend einer Macht geben. Der Donaupakt stehe nicht in der ersten Linie der deutschen Interessen. Den Pakt sollen die anderen machen, Deutschland werde dann sehen. Es wäre nötig den Begriff der Nichteinmischung zu präzisieren und zu erläutern.

So weit ungefähr der Wortlaut der mir vorgelesenen Aktennotiz. Hiezu bemerkt Herr Dr. Beneš: „Herr Hitler wollte den Engländern beweisen, dass er in der österreichischen Frage korrekt sein will und keinerlei Gewalt gegen Oesterreich anwenden werde. Dies wolle aber nicht sagen, dass Herr Hitler dabei nicht seine Hintergedanken hätte. Der Reichskanzler sei schon so weit, um zu wissen, dass der Widerstand gegen den Anschluss so gross wäre, dass ihn Deutschland nicht überwinden könnte. Deshalb wolle er Oesterreich gewissermassen auf friedlichem Wege „verhitlerisieren“, also gleichschalten und dabei betonen, dass er die Grenze respektiere. Also immer wieder die alte Politik.

Nach dem Besuch Simons in Berlin sei eines klar geworden:

- 1.) Deutschland weiss, dass es auf Oesterreich nicht greifen darf, weil internationale Kräfte es verhindern würden.
- 2.) Hitler weiss, dass sich nicht nur die Grossmächte, sondern auch noch andere Staaten gegen die Einverleibung Oesterreichs auflehnen würden.
- 3.) Daher setzt Hitler seine Hoffnungen einzig in die innere Gleichschaltung Oesterreichs, in der Voraussetzung, dass man nachher sehen werde, was sich machen lässt. „I do not want the Anschluss“ heisst, Hitler braucht den Anschluss nicht, weil ihm die Gleichschaltung genügen wird. Es ist dieselbe Politik, die die Nationalsozialisten in Danzig anwenden.

Herr Dr. Beneš ist überzeugt, und er will es aus seinen Unterredungen mit den Staatsmännern mehrerer Grossmächte wissen, dass wenn es zur inneren Gleich-

schaltung Oesterreichs käme, sich die Grossmächte einschliesslich Italiens so wie im Jahre 1931 gegen den schwächeren Partner wenden würden. Auch im Jahre 1931 sei man nicht gegen Curtius, sondern gegen Schober losgegangen. Aehnlich würde es bestimmt dann geschehen, wenn sich, was hoffentlich nicht zu erwarten ist, das österreichische Volk freiwillig gleichschalten wollte. Oesterreich würde sofort von allen Seiten blockiert werden und das würden die österreichische Wirtschaft und das österreichische Volk nicht aushalten. Wenn sich die Oesterreicher diese zwangsläufige Tatsache vergegenwärtigen und sie begreifen würden, so würde die Bevölkerung sicherlich jedwede Tendenz nach dieser Richtung aufgeben. Eine innere Gleichschaltung müsste für Oesterreich katastrophal enden.

Jetzt, nach den Reisen Simons und Edens glaube Herr Dr. Beneš weder an den Anschluss, noch an die Gleichschaltung. Trotzdem sei aber der Mitteleuropäische Nichteinmischungspakt notwendig, weil er den mitteleuropäischen Staaten politische und wirtschaftliche Ruhe bringen werde. Ohne diese Ruhe käme man aus der Krise nie heraus. Hitler wolle diese Ruhe stören, direkt oder indirekt, vielleicht auch instinktiv, und deshalb werde es kaum besser werden, so lange Hitler bei der Macht sei, oder ehe er sich nicht eines besseren besinne.

Das Ziel der tschechoslowakischen Aussenpolitik und somit auch der Aussenpolitik der Kleinen Entente, sei es, unter allen Umständen eine politische Beruhigung in Mitteleuropa herbeizuführen, damit wir endlich, wie schon gesagt, auch aus der wirtschaftlichen Krise herauskommen. Und deshalb strebe Beneš einen günstigen Handelsvertrag mit Oesterreich an, nach dessen Abschluss er das gleiche mit Ungarn versuchen wolle. Die Kleine Entente wolle sofort prüfen, in wie ferne man sich auf Grund der römischen Pakte untereinander verständigen könnte.

Der Besuch Edens in Prag und die sich aus den englischen Besuchen ergebenden Folgerungen.

Dr. Beneš habe Herrn Eden die Ziele der tschechoslowakischen Aussenpolitik dargelegt und seinen Standpunkt gegenüber Deutschland und zu den mitteleuropäischen Staaten präzisiert. Er habe seine Bestrebungen, sich mit Oesterreich vorerst handelspolitisch zu verständigen dargelegt, und auch seine Absicht kundgetan, sich mit Ungarn zu verständigen. Er habe Herrn Eden bestätigt, dass die Tschechoslowakei zu einer Zusammenarbeit in Mitteleuropa bereit sei, und zwar beiläufig in jenem Sinne, den Herr Minister a. D. Dr. Mataja vor dem Mitteleuropainstitut in Brünn dargelegt habe. Das derzeitige Regime in Oesterreich betrachte die Tschechoslowakei als eine ausschliesslich innere österreichische Angelegenheit und Dr. Beneš strebe es an, das Misstrauen Oesterreichs zu beseitigen und einen freundschaftlichen Kontakt zwischen Prag und Wien herbeizuführen.

Aus den Bemerkungen des Lord Siegelbewahrs habe Herr Dr. Beneš die Ueberzeugung gewonnen, dass England dieses Programm billige und die Herbeiführung einer Zusammenarbeit in Mitteleuropa fördern wolle.

Herr Dr. Beneš habe aber auch eine andere Seite des österreichischen Problems aufgezeigt, es handle sich nicht nur um eine Einmischung Deutschlands, sondern in demselben Masse auch um die Nichteinmischung Italiens oder der Kleinen Entente. Oesterreich müsse tatsächlich frei und unabhängig erhalten werden, damit es nicht zur Ursache von Konflikten werde. Viel werde dazu das so glücklich in die Wege geleitete Einvernehmen zwischen Italien und Jugoslawien beitragen.

Das ungarische Problem sei heute ganz irrelevant geworden. Wenn die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien gefestigt und die deutsch-österreichische Frage gelöst sein wird, so seien die ungarischen Probleme ganz uninteressant. Dr. Beneš wolle nicht etwa die Bedeutung des ungarischen Volkes und dessen Stellung in Mitteleuropa schmälern, wenn er konstatiere, dass wegen der ungarischen Wünsche allein niemand Krieg führen werde. Die Ungarn wollen das vielleicht noch nicht begreifen, es werde ihnen aber nichts anderes übrig bleiben, als ihrerseits auch ein Einvernehmen und eine Zusammenarbeit mit den anderen mitteleuropäischen Staaten zu suchen.

Die Annäherung Italiens und Jugoslawiens müsste eigentlich schon den Ungarn die Augen öffnen. Es scheint, dass man in Ungarn jetzt noch einen letzten Versuch machen wolle, und zwar sich an Deutschland und Polen anzuschliessen. Dies könne nach Ansicht des Ministers für Ungarn eine grosse Enttäuschung bringen. Polen, das sicherlich gewisse Sympathien für Ungarn habe, das aber mit Rumänien verbunden sei, werde für Ungarn keinen Finger rühren und höchstens aus Taktikgründen nur schöne Augen machen. Wenn Ungarn mit Deutschland gehen werde, so werden sich Italien und Frankreich von Ungarn zurückziehen. Deutschland habe aber, wenn es nicht zum Anschluss Oesterreichs kommt, an Ungarn kein besonderes Interesse, in diesem Fall muss für Deutschland die Kleine Entente mit ihren 50 Millionen Menschen wichtiger sein. Ungarn könne für Deutschland nur im Kriegsfall von Nutzen sein und so lange es keinen Krieg gibt, wird sich auch Deutschland für Ungarn nicht exponieren. Das Interesse Deutschlands an Ungarn für den Fall eines Krieges bedeute aber, dass Ungarn zum Kriegsschauplatz werden soll, welches Schicksal dann natürlich auch der Tschechoslowakei drohen würde. Dies seien aber nur ganz theoretische und platonische Erwägungen, denn in Wirklichkeit schliesse Herr Dr. Beneš diese Möglichkeit aus.

Aus all dem Gesagten folge, dass es die historische Aufgabe unserer Länder sei, sich miteinander zu einigen. Weder Oesterreich noch die Tschechoslowakei noch aber auch Ungarn würden durch einen Krieg profitieren. Diese Einigung müssen die kleinen mitteleuropäischen Staaten selbst suchen und bewerkstelligen, die Grossmächte werden uns ausser ihrer Benediktion nichts geben. Die Entstehung der österreichisch-ungarischen Monarchie sei ein solcher Versuch eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses gewesen. Dieser Versuch sei nicht geglückt und man müsse daher etwas anderes probieren. Zu einer Einigung müsse es aber in Mitteleuropa kommen.

Ausblicke in die nächste Zukunft.

In Stresa dürften sich die Grossmächte bestimmt auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, ebenso in Genf. Es sei am besten, dies den drei handelnden Grossmächten zu überlassen. Was die Kleine Entente anlange, so würde sie sich energisch dagegen stellen, wenn der eine oder der andere der in Betracht kommenden Staaten nach Deutschlands Muster ein *fait accompli* setzen wollte. Und nur deshalb, weil Deutschland die Grossmächte vor ein *fait accompli* gestellt habe, hätten die Grossmächte so reagiert, wie sie es eben taten. Wenn es in Genf zu der angestrebten Abrüstungskonvention gekommen wäre, so hätte in diesem Rahmen auch die deutsche Frage sicherlich gelöst werden können. Dr. Beneš ist überzeugt, dass es früher oder später doch gelingen wird, auch über die Rüstungen zu einer allgemeinen Vereinbarung zu kommen, denn ohne eine solche sei nichts zu machen. Er sei in dieser Beziehung ziemlich ruhig und glaube an keinen bewaffneten Konflikt. Nach Stresa werde man sehr schnell die Frage des Mitteleuropapaktes aufrollen, man werde auch zu einer allgemeinen Einigung mit Russland kommen und damit einen gangbaren Weg im Osten finden, ohne antideutsche Spitze und ohne Einkreisung Deutschlands. Wahrscheinlich werde der Hauptgedanke des abzuschliessenden Paktes der sein, dass wenn irgend ein Staat einen anderen angreifen sollte, alle anderen gegen den Angreifer vorgehen würden. Die leitenden Staatsmänner der Grossmächte seien sich der Gefahren eines bewaffneten Konflikts viel zu sehr bewusst, als dass sie nicht alles daran setzen würden, einen Krieg in Europa zu vermeiden.

Deutschland – Polen.

Als das wichtigste Ergebnis der englischen Reise betrachte Herr Dr. Beneš den Umstand, dass es sich gezeigt habe, dass zwischen Deutschland und Polen ausser dem bekannten Pakt keine geheimen Vereinbarungen bestehen. Die Engländer hätten darnach ausdrücklich sowohl in Berlin als auch in Warschau gefragt und Polen würde sich gewiss nicht trauen, den englischen Staatsmännern ins Gesicht eine Lüge zu sagen. Diese Tatsache sei von ungeheurer Wichtigkeit, Hitler allein könne gegen Russland nichts ausrichten.

Schlussfolgerung.

Wenn auch durch die Reisen Simons und Edens eine begrüssenswerte Klarheit und Beruhigung in vielen Dingen geschaffen wurde, so sei nach Ansicht Herrn Dr. Beneš die allgemeine Situation noch immer ernst genug, weil es in den verschiedenen Staaten Elemente gäbe, die ein Interesse daran haben, innerpolitische Unruhen herbeizuführen und die Reibungen zwischen den einzelnen Staaten zu vermehren. Dies sei insbesondere auch im Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich der Fall und es müsse die Sorge der Regierungen sein, diese Absichten zunichte zu machen.

1521**Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit
tschechoslowakischem Außenminister Beneš am 16. April
1935 in Genf**

Gesprächsniederschrift (geheim)

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 33488/13

o. O., o. D.

Das lange Gespräch mit H. Beneš ergab zunächst, dass er das grösste Interesse hat, den Nichteinmischungspakt und damit die Sicherheit Mitteleuropas unter Dach zu bringen. Mit dem Perfektwerden des Sicherheitspaktes ist auch nach seiner Auffassung die militärische Gleichberechtigung für uns gegeben u. zw. gleich unserer Ansicht, auf Grund der Deklaration der Grossmächte vom Dezember 1932. Durch eine Erklärung unsererseits, dass wir keine territorialen Aspirationen gegenüber den Staaten der kl. Entente haben, ist er überzeugt, dass sich uns gegenüber keinerlei Schwierigkeiten ergeben werden. Selbst das – übrigens in der Konversation nicht ausdrücklich besprochene – Habsburgerproblem scheint ihm in diesem Falle nicht mehr bedrohlich, da er auf eine solche Andeutung des H. Bundesministers nicht reagierte. Anders erscheint ihm die Angelegenheit gegenüber Ungarn gelagert zu sein, das voraussichtlich zu einer gleichen Haltung nicht zu bewegen sein wird. Der H. Bundesminister streute seinerseits die Anregung ein, dass Ungarn durch entsprechende „Grenzrektifikationen“ dazu zu gewinnen wäre, seinen „Revisionismus“ militanter Art aufzugeben. H. Beneš schien sich dieser Auffassung nicht zu widersetzen.

Was die Haltung der Tschechoslowakei gegenüber Russland betrifft, so erklärte Beneš bündig, dass er Russland gegenüber, dessen Gefährlichkeit ihm bewusst sei, keinesfalls weiter gehen werde als H. Laval, da die Tschechoslowakei immer nach Westen orientiert bleiben werde, wenn auch seine beiden Partner, Jugoslawien und Rumänien nach Osten bzw. nach Südosten blickten. Andererseits sei es ein Gebot der Klugheit, Russland an Frankreich und seine Freunde zu binden, da andernfalls eine Verständigung zwischen Russland und Deutschland mit all ihren unabsehbaren Folgen zu befürchten wäre.

In praktischer Hinsicht erklärte sich Beneš bereit, im Vereine mit uns den Weg zur Römer Konferenz derart freizumachen, dass es dort nurmehr zur Diskussion über Detail- und Textfragen, nicht aber zu meritorischen Debatten kommen müsse. Er regte u. a. nötigenfalls eine Aussprache offiziöser Natur in Tabor zwischen ihm und dem H. Bundesminister an. Er liess durchblicken, dass er die Angelegenheit für die kl. Entente als solcher werde regeln können. Er erklärte weiters katego-

risch, dass die Balkan-Entente mit der Frage der mitteleuropäischen Sicherheit und unserer militärischen Gleichberechtigung absolut nichts zu tun habe. Polen werde sich zweifellos unserem politischen Konzept anschliessen, da es bereits jetzt sich in Gesellschaft Deutschlands ungemütlich fühle und sein Verhältnis zur Tschechoslowakei sich gebessert habe (?).

Auch er ist dahin informiert, dass Deutschland im Frühjahr 1936 fertig gerüstet sein wird und dass die Tschechoslowakei dann in den deutschen Operationsplänen eine Hauptrolle spiele. Ueber Henlein sagte er, dass er die Gefahr dieser getarnt nat. soz. Bewegung keineswegs verkenne und deshalb eindringlich gepredigt habe, die Bewegung schon jetzt umzubringen; auch so werde Henlein in zwei Monaten erledigt werden, allerdings mit grösseren Erschütterungen als es bisher vor den Wahlen möglich gewesen wäre.

Die Frage der tschechoslowakischen Pressehetze gegen uns wie auch das handelspolitische Verhältnis werde im Augenblicke, da sich die politischen Beziehungen zwischen uns gebessert haben, ohne Zweifel rasch nach unserem Wunsche bereinigen können.

Als Zukunftsziel schwebte ihm ein politisches und militärisches Arrangement zwischen Italien – Oesterreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei vor, das allein im Stande wäre, der Gefahr deutscher aggressiver Pläne mit Erfolg zu begegnen.

1522

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 222/Pol. (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 2. Mai 1935

Am Dienstag den 30. April traf ich Herrn Minister Dr. Beneš, der gerade aus Teplitz-Schönau, wo er eine politische Rede gehalten hatte, zurückgekommen war, bei einer Soirée des Präsidenten der Skoda-Werke Dr. Löwenstein. Sofort als er mich erblickte, nahm mich der Minister beim Arm und zog mich in eine Nische, wo wir eine fast zweistündige Unterredung unter vier Augen hatten, die namentlich von den Kollegen sehr bemerkt und eingehend kommentiert wurde. Er hätte ohnedies schon die Absicht gehabt, sagte der Minister, mich zu sich zu bitten, denn er müsse mit mir ausführlich über die Entwicklung unserer künftigen Politik sprechen. Jetzt nach Stresa und nachdem sich der Minister in Genf mit Eurer Exzellenz ausgesprochen hatte, sei es an der Zeit, „die Sache konkret

anzupacken“. Herr Dr. Beneš fragte mich, ob ich über den Inhalt seiner Genfer Unterredung mit Herrn Bundesminister informiert sei, was ich bejahte. Er habe den Eindruck gehabt, dass Herr Bundesminister nicht abgeneigt wären, die in der letzten Zeit etwas gelockerten Beziehungen zwischen Prag und Wien wieder zu festigen und an eine engere Zusammenarbeit zu schreiten. Auf meinen Einwand, dass die marxistische Agitation, die von dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik aus gegen die Bundesregierung betrieben und scheinbar vielfach geduldet wird, einer politischen Annäherung unserer Länder im Wege stehe, antwortete der Minister, er habe Eure Exzellenz in Genf gebeten, diese Dinge nicht so tragisch zu nehmen. Er könne nur schrittweise dagegen vorgehen, was jeder begreifen müsse, der die innere Struktur des politischen Lebens in der Tschechoslowakei kenne. Sollte es zu irgendwelchen Besprechungen oder Abmachungen zwischen uns kommen, würde Herr Dr. Beneš versuchen, im Einvernehmen mit uns auch den Inhalt des Asylrechts zu umschreiben und hienach sodann gegen die Tätigkeit der österreichischen Emigranten vorgehen. Die Tatsache, dass wir uns verständigt haben, werde ihm sodann auch die Handhabe geben, gegen die Sozialdemokraten im eigenen Regierungslager aufzutreten und auch in dieser Richtung unseren Wünschen gerecht zu werden. Aber nicht nur in dieser Hinsicht würde der tschechische Aussenminister eine politische Verständigung mit uns honorieren. Er würde in diesem Falle alles tun, um uns wirtschaftlich bis zu den äussersten Grenzen der Möglichkeit entgegen zu kommen, wobei er heute nicht mehr die Opposition der tschechischen Agrarier zu fürchten hätte. Die Industrie würde allerdings schreien, doch werde er Widerstand unbedingt zu brechen wissen.

Streng vertraulich wolle er mir die Idee verraten, die er in Bezug auf unsere Zusammenarbeit vor Augen habe. Er habe noch zu niemandem darüber gesprochen und bitte auch mich, entsprechende Vorsicht zu üben.

Der erste Schritt zur Bildung eines mitteleuropäischen Vertragsystems, das den zentraleuropäischen Staaten den Frieden und die wirtschaftliche Prosperität bringen soll, müsse von Oesterreich und der Tschechoslowakei gemacht werden. Wir beide müssten uns über ein möglichst enges politisches und wirtschaftliches Zusammengehen verständigen und dann mit vereinten Kräften versuchen, auch Ungarn in unsere Kombination miteinzubeziehen. Das werde natürlich wohl nicht von heute auf morgen gehen, aber vielleicht doch zu erreichen sein, da Ungarn nicht isoliert bleiben kann. Der Minister denkt hiebei an ein Gebilde, ähnlich der Kleinen Entente und der Balkan Entente, als eine neue Entente Oesterreich-Tschechoslowakei-Ungarn, ähnlich organisiert wie die Kleine Entente, ohne aber mit dieser anders als durch den tschechoslowakischen Vertragspartner zusammenzuhängen. Es müsste dies nicht gleich alles in Form von Statuten oder Organisationspakten zu Papier gebracht werden, sondern sich genau so wie es bei der Kleinen Entente der Fall war, langsam organisch entwickeln, im Wege von regelmässigen periodischen Zusammenkünften und Beratungen, vielleicht

gemeinsamer Organe etc. Oesterreich und Ungarn hätten den Vorteil, durch die Tschechoslowakei mit der Kleinen Entente zusammenzuhängen, ohne dass sie in Bezug auf die beiden anderen Vertragspartner der Kleinen Entente mehr gebunden wären, als sie selbst es haben wollten. Die Tschechoslowakei würde durch diese Kombination wiederum mit den Ländern des Römischen Paktes, also auch mit Italien in ähnliche Beziehungen kommen und beide dieser Gruppen hätten dann auch, durch die anderen Vertragspartner der Tschechoslowakei einen Weg zur Balkanentente. Es wäre gewissermassen ein Zahnradsystem, dessen Räder ineinandergreifen.

Auf meine Frage, wie sich die Grossmächte zu einer derartigen Kombination stellen würden, meinte der Minister, dass diese unbedingt alles begrüssen werden, was zur Aufrechterhaltung der staatlichen Selbstständigkeit, zur Festigung des gegenwärtigen Regimes in Oesterreich und zur wirtschaftlichen Prosperität des Landes beitrage. Auch Italien würde seines Erachtens, nachdem es seinen Standpunkt gegenüber Jugoslawien und der Kleinen Entente bereits revidiert hat, kaum irgendwelche Schwierigkeiten bereiten.

Nach dem, was Herr Bundesminister Herr Dr. Beneš in Genf gesagt, glaube er keinen Utopien nachzujagen und er halte die geschilderte Kombination für durchaus möglich, hätten doch Herr Bundesminister sogar von der Möglichkeit eines militärischen Bündnisses zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei gesprochen, was doch noch weiter gehe, als die von Dr. Beneš eben gemachten Vorschläge. Es würde den Minister sehr interessieren, bald zu erfahren, wie Herr Bundesminister und der Herr Bundeskanzler darüber denken. Dr. Beneš möchte sehr gerne den Herrn Bundeskanzler und Eure Exzellenz zu einem Besuch einladen, damit bei dieser Gelegenheit alles, was notwendig ist, eingehend besprochen werden kann.

Hierauf sprachen wir noch über viele andere Dinge, über die ich zum Teil besonders berichte, und Herr Dr. Beneš verabschiedete sich von mir mit der Bemerkung, er werde mich nochmals in den nächsten Tagen zu sich bitten, um in Ruhe und in allen Details mit mir über seine Pläne und Absichten zu sprechen. Er würde es nur begrüssen, wenn das selbständige Oesterreich in Europa jene Rolle spielen würde, die ihm gebühre. Man könne tausendmal sagen, dass heute kein Unterschied mehr zwischen Siegern und Besiegten gemacht werde, in Wirklichkeit bestehe eine Nuance immer noch. Als gleichwertiger und gleichberechtigter Partner eines so mächtigen Vertragsystems, wie es die verbündeten Staaten Oesterreich-Tschechoslowakei-Ungarn darstellen würden, hätte die Stimme Oesterreichs in Genf noch ein ganz anderes Gewicht als es derzeit der Fall sei.

Ich wäre Herrn Bundesminister für einen Wink zu Dank verbunden, ob ich mich bei meiner bevorstehenden Unterredung mit Herrn Dr. Beneš rein rezeptiv verhalten soll oder ob ich Herrn Dr. Beneš in irgend einer Form ermuntern darf.

1523**Konferenz Außenminister Berger-Waldenegg mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini und ungarischem Außenminister Kánya vom 4. - 6. Mai 1935 in Venedig**

Aufzeichnung

AdR, NPA
Ungarn/Geheim
Z. 34514/13

o. O., o. D.

Der Zweck der für den 4. d. M. nach Venedig einberufenen Konferenz der Aussenminister Italiens, Oesterreichs und Ungarns war der, durch Klärung der einzelnen Standpunkte eine gemeinsame Linie für die Haltung der drei Staaten zu finden, die sie auf der kürzlich in Stresa beschlossenen mitteleuropäischen Konferenz von Rom einzunehmen haben werden. Grundlagen dieser Besprechung bildeten die unverbindlichen Entwürfe für einen Nichtangriffspakt bzw. Nichteinmischungskonvention, die sowohl Oesterreich als auch Italien und schliesslich Ungarn fertiggestellt und den Partnern mitgeteilt hatten.

Im Laufe der Besprechungen der drei Aussenminister sowie der Referenten ergaben sich zunächst folgende Schwierigkeiten:

A) Italienischerseits wurde mit besonderem Nachdruck auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen die Zuerkennung der militärischen Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten ausser Deutschland seitens der Kleinen Entente begegnen wird. Die Kleine Entente, nach italienischer Auffassung restlos unterstützt durch Frankreich, vertrete hartnäckig den Standpunkt, dass die diesbezügliche Rechtslage in Ansehung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens sich nicht vollständig mit jener Deutschlands decke; die diesbezüglichen juristischen Argumente sind uns nicht bekannt und konnten auch italienischerseits nicht vorgelegt werden. Es könne jedenfalls angenommen werden, dass die Kleine Entente alle Möglichkeiten ausnützen wird, um die Zuerkennung der Gleichberechtigung an die Erfüllung politischer Bedingungen zu knüpfen. Eine Handhabe biete sich der Kleinen Entente wohl darin, dass in der Gleichberechtigungsdeklaration vom 11. Dezember 1932 die Gleichberechtigung für Deutschland und für die anderen auf Grund der Friedensverträge entwaffneten Staaten im Rahmen eines Sicherheitssystems erfolgen soll, „das allen Staaten Sicherheit gewährt“. Die Kleine Entente wird voraussichtlich erklären, dass zu ihrer „Sicherheit“ gewisse Vorbedingungen erfüllt werden müssen. Die könnten u. a. bestehen in einem Verzicht auf den Revisionismus seitens Ungarns, in dem vorherigen Eingehen auf Hilfeleistungsverträge, eventuell in einem Restaurationsverzicht seitens Oesterreichs und Ungarns, allenfalls in weiteren Bedingungen, die Bulgarien unter einer gewissen Ingerenz der Balkan-Entente

und insbesondere der Türkei zu erfüllen hätte. Ferner muss damit gerechnet werden, dass die Kleine Entente die Bedingung stellen wird, dass die Gleichberechtigung etappenweise, allenfalls sogar unter Kontrolle verwirklicht werde.

Demgegenüber haben sich die drei Aussenminister und deren Referenten (siehe den rapport confidentiel) auf den Standpunkt gestellt,

- 1) dass eine Verschiedenheit der Rechtslage zwischen Deutschland und den übrigen entwaffneten Staaten *nicht* besteht,
- 2) dass unbedingt daran festgehalten werden muss, dass die Gleichberechtigung automatisch den entwaffneten Staaten in dem Augenblicke zusteht, in dem sie das Sicherheitsvertragswerk unterzeichnen, dass jedoch unter Aufrechterhaltung dieses prinzipiellen Standpunktes in der Praxis sich die aus der Gleichberechtigung ergebende Wiederaufrüstung der entwaffneten Staaten aus technischen und finanziellen Gründen ohnedies nur etappenweise werde durchführen lassen und dass diese praktische Tatsache den Forderungen der Kl. Entente gegenüber als beruhigende *Konstatierung* wird Verwertung finden können,
- 3) dass die Situation bis zur Römer Konferenz noch mannigfache Veränderungen erfahren wird, wobei in erster Linie eine eventuelle Legalisierung des deutschen Rüstungszustandes sich für uns günstig auswirken würde.

Italien trägt aus zweifacher Rücksicht Bedenken, im Rahmen der bevorstehenden Römer Konferenz bzw. gleichzeitig zweiseitige Hilfeleistungsverträge abzuschliessen u. zw. einerseits wegen der unten erwähnten ablehnenden Haltung Ungarns, andererseits wegen der seitens Deutschlands anlässlich der Stresaer Konferenz zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Stellungnahme, Assistenzverträge nicht zur Kenntnis zu nehmen, d. h. selbst keinem Verträge beizutreten, in welchem die Assistenz enthalten oder erwähnt würde, sodass die Aufnahme einer diesbezüglichen Klausel in dem Vertragsentwurf ab ovo die Teilnahme Deutschlands ausschliessen würde. Schliesslich scheint Italien auch aus naheliegenden Gründen vermeiden zu wollen, auf der Römer Konferenz eine Diskriminierung der Teilnehmer darnach in Erscheinung treten zu lassen, ob Italien mit ihnen Hilfeleistungsverträge eingehe oder nicht.

B) Schwierigkeiten bietet auch der Standpunkt, den Ungarn gegenüber diesem Vertragswerk einnimmt dadurch, dass Ungarn über das Römer Protokoll vom 7. Jänner 1935 keinesfalls hinauszugehen bereit ist, andererseits gewisse, auf die ungarische Revisions- und Minoritätenpolitik bezügliche Wünsche in dem Vertragswerk berücksichtigt wissen möchte, wobei jedoch die korrespondierenden ungarischen Verpflichtungen möglichst wenig hervorgehoben werden sollten. Namentlich handelt es sich Ungarn darum, dass die Aufrechterhaltung der Begünstigungen des Artikels 19 des Völkerbundpaktes deutlich zum Ausdruck gelange, weiters, dass die seitens Ungarns behaupteten „droits d'égard“ in der Minoritätenfrage trotz des Ausschlusses der Einmischung unberührt bleiben; ferner ist Ungarn nur unter der Bedingung zum Beitritte zu dem Vertragswerk bereit, dass es die militärische Gleichberechtigung unverzüglich und bedingungslos erhalte;

schliesslich erklärt sich Ungarn nur dann bereit einer Einladung zu der mittel-europäischen Konferenz Folge zu leisten, wenn die Marseiller Attentats-Affaire inzwischen von der anderen Seite als restlos erledigt betrachtet wird.

Den ungarischen Bedenken wurde einvernehmlich in der Weise Rechnung getragen: die Aufrechterhaltung der Begünstigung des Artikels 19 und der „droits d'égard“ soll in der Weise erfolgen, dass zunächst in der Präambel ein Hinweis auf „alle Prinzipien und Prozeduren“ der Völkerbundsatzung aufgenommen und in den Text des Vertrages selbst ein neuer Artikel eingefügt wird (siehe annexe 2 des rapport confidentiel), der zum Ausdruck bringt, dass die vertragsschliessenden Teile sich alle aus der Völkerbundsatzung „fliessenden“ Rechte vorbehalten; schliesslich soll an der Definition der Nichteinmischung ein Beisatz angehängt werden, der zum Ausdruck bringt, dass die Geltendmachung zwischenstaatlich erworbener Rechte keinesfalls als Einmischungshandlung angesehen werden kann (siehe annexe 1 des rapport confidentiel). Die restlose Beilegung der Marseiller Affaire wurde auf Grund der Informationen als gesichert angesehen und Herr von Kánya erklärte sich auch bereit, die an Ungarn ergehende Einladung zur Konferenz „unter dem Vorbehalte der restlosen Beilegung“ anzunehmen.

Zu dem oberwähnten voraussichtlichen Argument der Kl. Entente bezüglich der „sécurité“ als Bedingung der Gleichberechtigung ist zu bemerken, dass Ungarn einerseits erklärt, mit niemandem einen Hilfeleistungsvertrag eingehen zu wollen, andererseits der Auffassung ist, dass das Prinzip der „Sicherheit für alle Staaten“ ihm auch die Möglichkeit gibt, Gegenforderungen auf diesem Gebiete geltend zu machen.

Schliesslich ist noch hinzuzufügen, dass Ungarn auch grundsätzliche Bedenken gegen jede Konsultation geäussert hat, die nach seiner Auffassung die Gefahr der Majorisierung mit sich bringt (die ungarischen Vertreter wurden neuerlich belehrt, dass die Konsultation in der Fassung des Römer Protokolles vom 7. Jänner 1935 in dem Vertragswerk nicht aufrechterhalten werden kann).

C) Der österreichische Standpunkt allen diesen Bedenken gegenüber beschränkte sich auf die konsequente Festhaltung all dessen, was dem Vertrage für uns einen praktischen Wert verleiht: Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Konsultation in der Generalkonvention; Beibehaltung des Grundgedankens des Römer Protokolles vom 7. Jänner 1935, der Konvention auch Sonderverträge anzuschliessen und in ersterer auf letztere zu verweisen; tunlichst klare Umschreibung der unter das Verbot fallenden Einmischungsakte.

Ergebnis des Einvernehmens.

- 1) Der Grundsatz der Konsultation bleibt in der Generalkonvention aufrecht.
- 2) Die Aufnahme in die Generalkonvention einer Klausel, die die Möglichkeit des Abschlusses bilateraler, den anderen Signataren zur Kenntnis zu bringender Verträge enthält. Um obigen italienischen Bedenken Rechnung zu tragen, werden jedoch die bilateralen Verträge nicht mehr ausdrücklich die Assistance-regeln, sondern die Präzisierung des Zweckes der Konsultation und deren Mo-

dalitäten zum Gegenstand haben, wobei der im Römer Protokoll vom 7. Jänner verwendete Ausdruck „en vue de mesures à prendre“ wiederholt werden soll, was eine der Assistance nahe kommende Zielsetzung der Konsultation beinhaltet. Die technischen Assistenzabkommen sollen dieser Art gesondert und ausserhalb der Paktverhandlungen abgeschlossen werden können.

- 3) In die Umschreibung der Nichteinmischung wurden die in der italienischen Fassung enthaltenen Elemente aufgenommen, jedoch mit der Massgabe, dass infolge des kategorischen ungarischen Standpunktes der Begriff „par la force“ in genauer Anlehnung an das Römer Protokoll vom 7. Jänner 1935 beibehalten wurden, wogegen ein allgemeines Einmischungsverbot in die Formel ausdrücklich aufgenommen werden soll.
- 4) Die italienische Regierung wird ehestens an die vorgesehenen Teilnehmer der Römer Konferenz Einladungen ergehen lassen, denen sie als Verhandlungsunterlage einen Entwurf einer Generalkonvention, sowie ein Musterschema eines bilateralen Konsultativabkommens unter Verwendung obiger Verhandlungsergebnisse beischliessen wird.¹

1524

Gesandter Egger an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 52/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Paris, 6. Mai 1935

In Entsprechung der obzitierten h. Weisung habe ich nicht verfehlt den Inhalt der im Geleite derselben mir zugekommenen Pièces ehetunlichst in entsprechender Form zum Gegenstande einer einlässlichen Besprechung mit dem Herrn Directeur Politique zu machen und beehre mich, im Nachstehenden dessen Aeusserungen resp. Stellungnahmen zu melden:

a) *Annäherung der von verschiedenen Seiten entworfenen Vertragstexte:*

Herr Bargeton erklärte, dass zwar von manchen Seiten „Vorschläge und Versuche“ für Formulierungen zu seiner Kenntnis gekommen seien, aber kein anderer geschlossener Entwurf ausser dem ihm seinerzeit von mir auftragsgemäss übermittelten. Herr Benesch habe nicht einmal Formulierungen ins Auge gefasst, sondern nur „Ideen“ geäussert. Von italienischer Seite sei kein wie immer gearteter Entwurf bisher eingelangt.

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1525.

Als ich ihm mit Bezug auf seine seinerzeitige Frage den mit obzitiertem Erlass anher gelangten Entwurf für die Nicht-Einmischungsklausel zeigte, bemerkte er, dass ihm derselbe in der Zwischenzeit bereits von Herrn von Pfügl direkt aus Genf gesandt worden sei.

b) *Clause relative à la non-ingérence:*

Herr Bargeton betonte, man müsse hierfür "eine Formel finden, die man Deutschland mitteilen könne", da Berlin darauf bestehe, vor Erteilung einer Antwort betreffs Teilnahme an der Konferenz von Rom den Wortlaut dieser Klausel zu kennen. Die grösste Schwierigkeit hiebei liege darin, zu vermeiden, dass die Textierung dieses Punktes Deutschland die Möglichkeit bieten könnte, späterhin sich auf den Artikel 19 des Völkerbündpactes zu berufen. (Dass gerade diese Möglichkeit den Wünschen Ungarns entspräche, glaubte ich nicht erwähnen zu sollen.) Bezüglich des zweiten Alineas des Entwurfes bemerkte Herr Bargeton, dass ihm dasselbe nicht genügend umfassend erscheine, da er es für notwendig halte, dass die Kompetenz des Völkerbundes zur Konstatierung der „immixtion“ darin ausdrücklich erwähnt werde. Auch wäre es seiner Ansicht nach wünschenswert, wenn „l'usage des droits que comporte le droit des gens“ ausdrücklich von dem Begriffe „immixtion“ ausgenommen würde. Er denke hiebei an den Fall der Bildung einer Nazi-Regierung in Oesterreich die *nicht* den Anschluss durchführe, in welchem Falle man eben z. B. mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und nach Tunlichkeit mit der Kündigung von Handels-Akkords etc. vorgehen müsste.

c) *Bilaterale Verträge d'assistance mutuelle:*

Herr Bargeton betonte, dass von *niemand* bis jetzt eine Formulierung für diese Verträge in Vorschlag gebracht worden sei. Herr Benesch habe nur eine „Idee“ geäußert, wie die von Oesterreich mit Italien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien abzuschliessenden „gegenseitigen Hilfeleistungsverträge“ vervollständigt werden könnten, durch „traités“, die man „d'assurance mutuelle“ nennen könnte, zwischen Italien und der Tschechoslowakei und Italien und Jugoslawien. Der Zweck dieser Verträge wäre, sicherzustellen, dass, wenn einer dieser drei Staaten von Deutschland angegriffen würde, „weil er Oesterreich Hilfe geleistet habe, der andere ihm helfen müsse“. Auf meinen Einwand, dass in solchen Verträgen Oesterreich eventuell als Objekt und nicht als Subjekt erscheinen könnte, erwiderte Herr Bargeton, er begreife dieses Bedenken vollkommen und man werde eben eine Formulierung finden müssen, die diesen Eindruck nicht aufkommen lassen könne, wie z. B. „au cours d'une action entreprise pour faire respecter le traité général“.

Als ich Herrn Bargeton von dem unter c) des Erlasses zitierten Einvernehmen in Venedig Kenntnis gab, erwiderte er, dass ihm eine Aufzeichnung über die Verhandlungen von Venedig vorliege, die ihm gleichfalls Gesandter von Pfügl direkt aus Genf gesandt habe und in der die mir von ihm eben mitgeteilte Formel auch enthalten sei. Er sei aber trotzdem gegen *jede* Erwähnung der „traités d'assistance

mutuelle“ in dem „traité général“, weil er, wenn auch nur inoffiziell wisse, dass Deutschland gegen derartige Verträge sei. Man werde eben Deutschland einladen, teilzunehmen, und nachher vollkommen getrennt so vorgehen, wie man es für richtig halten werde. Als ich bei diesem Anlasse den Inhalt des Erlasses No. 34.731/13 vom 28. v. M. verwertete, erklärte Herr Bargeton, dass man hier von einer so dezidierten Stellungnahme Deutschlands in diesem Belange keine Kenntnis habe.

Schliesslich ersuchte mich Herr Bargeton, zu melden, dass „man hier ununterbrochen bestrebt sei, Formulierungen für den Nichteinmischungs-Pakt zu finden, die man Deutschland mitteilen könnte“, dass es aber eine ausserordentlich schwierige Aufgabe sei, vor Allem, weil Italien nicht gerne den Völkerbund in Verträgen erwähne, „jetzt noch weniger denn je“.

1525

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek (Prag)

Erlass (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 34097/13

Wien, 9. Mai 1935

Die vom 4.-6. d. M. in Venedig abgehaltene Konferenz der Aussenminister Italiens, Oesterreichs und Ungarns hat ihren Zweck, nämlich die restlose Klärung der Standpunkte der drei Staaten gegenüber dem Problem eines mitteleuropäischen Paktes vollkommen erreicht.¹ Die Bemühungen der drei Aussenminister zielten nicht nur auf Festlegung einer gemeinsamen Linie für die Haltung der drei Staaten auf der im Juni bevorstehenden Römer Konferenz ab, sondern richteten sich auch darauf, die von ihnen vertretenen Interessen mit denen der anderen Partner an der künftigen Römer Konferenz und deren voraussichtlicher Stellungnahme möglichst in Einklang zu bringen. Es handelte sich also nicht darum, eine gemeinsame Kampfposition zu beziehen, sondern darum, im Wege einer eingehenden Aussprache die Möglichkeiten eines anzustrebenden Einvernehmens mit den übrigen an der Befriedigung des Donauraumes interessierten Staaten festzustellen.

Im Besonderen wäre zu bemerken, dass die Aussenminister der drei Staaten übereingekommen sind, auf der Römer Konferenz den Abschluss einer Konvention anzustreben, die das Prinzip der Non-Aggression und das Verbot der gegenseitig-

¹ Siehe dazu ADÖ 10/1523.

gen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der vertragschliessenden Staaten sowie den Grundsatz der Konsultation enthalten soll, welcher letztere den Weg zum Abschluss von bilateralen Hilfeleistungsverträgen eröffnet. Was namentlich Oesterreich betrifft, so fasst es als Folge des geplanten Vertragswerkes den künftigen Abschluss von Hilfeleistungsverträgen ins Auge. Im Wesentlichen hängt die Frage, wann und mit welchen Staaten Oesterreich Hilfeleistungsverträge eingehen wird, davon ab, ob es Italien und Jugoslawien gelingt, untereinander ein vollkommenes Einvernehmen zu erzielen. Selbstverständlich bildet die Möglichkeit der Schaffung eines gegenseitigen Hilfeleistungsvertrages zwischen Italien und Jugoslawien die Basis für die weitere Befriedung des Donaoraumes. In weiterer Folge würde sich an einen italienisch-jugoslawischen Hilfeleistungsvertrag ein analoges Instrument, das zwischen Oesterreich und Jugoslawien geschaffen würde, anschliessen. In diesem Falle würden Oesterreich und Italien sich bemühen, auch Ungarn in das zu schaffende Netz von bilateralen Hilfeleistungsverträgen der Donaustaaten einzuschalten. Gleichzeitig würde auch ein österreichisch-jugoslawischer Vertrag und die Einschaltung Ungarns uns ermöglichen, mit der Tschechoslowakei in ein analoges vertragliches Verhältnis einzutreten. Wesentlich war nicht nur anlässlich unserer jüngsten Besprechungen in Venedig, sondern bleibt auch weiterhin, aus naheliegenden Gründen, die vorsichtige Rücksichtnahme auf die aussenpolitische Lage Ungarns, dessen Abschwenken in das polnisch-deutsche Lager im wohlverstandenen Interesse einer endgiltigen Konsolidierung des Donaoraumes und der Vermeidung einer Gruppenbildung in Europa unter allen Umständen verhütet werden muss.

Des Näheren beabsichtigt der Herr Bundesminister die oben angedeuteten Gedankengänge Herrn Dr. Beneš, anlässlich der bevorstehenden Begegnung in Tabor, auszuführen.

Auf der Konferenz in Venedig wurde schliesslich im Zusammenhange mit dem Fragenkomplex der Sicherheit auch die Frage der Gleichberechtigung der durch die Friedensverträge entwaffneten Staaten erörtert, wobei gleichfalls eine einheitliche Auffassung hierüber zutage trat, die sich dahin resümieren lässt, dass Oesterreich und Ungarn sowie Bulgarien auf Grund der Grossmächte-Deklaration vom 11. Dezember 1932 die militärische Gleichberechtigung in dem Augenblicke bedingungslos zusteht, da diese Staaten dem die Sicherung des Donaoraumes gewährleistenden Vertragswerke beitreten, das in der Römer Konferenz geschaffen werden soll.

Vorstehendes beehre ich mich Ihnen zu Ihrer vertraulichen Information und zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Dr. Beneš mitzuteilen.²

² Siehe weiter ADÖ 10/1526.

1526**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 250/Pol. (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 10. Mai 1935

Herr Aussenminister Dr. Beneš hatte mich für heute Vormittag zu sich gebeten, um Näheres über das Resultat der Konferenz in Venedig zu erfahren. Ich habe die Fragen des Herrn Ministers an der Hand des Erlasses vom 9. Mai 1935, Zl. 34.097-13 beantwortet.¹

Der Herr Minister stellte vorerst fest, dass ihm meine Antworten ein etwas anderes Bild gegeben hätten, als er es sich auf Grund des Berichtes seines Wiener Gesandten gemacht hätte, der wohl Eure Exzellenz entweder nicht gut verstanden oder aber nicht genau berichtet hätte.

Besonders genau liess sich Herr Dr. Beneš darüber informieren, was in Venedig über die militärische Gleichberechtigung bzw. Aufrüstung gesprochen wurde. Er erklärte sich über die Antwort, die ich ihm möglichst wörtlich auf Grund der mir gütigst zur Verfügung gestellten Unterlagen gab, für prinzipiell befriedigt.

Hinsichtlich der im zweiten Absatz des eingangs zitierten Erlasses enthaltenen Feststellungen hingegen hatte der Herr Minister gewisse Zweifel, die er wie folgt präzisiert:

Er wolle voraus schicken, dass es sich um eine sehr delikate Sache handle, die er ohne Hintergedanken und ohne Beobachtung einer Taktik klar und offen darlegen wolle, wie er denn überhaupt der Ansicht sei, dass wir untereinander ehrlich und offen unsere Ansichten sagen müssen.

Dr. Beneš ist mit unserer Feststellung einverstanden, dass die Festlegung eines klaren Verhältnisses zwischen Jugoslawien und Italien unbedingt notwendig ist. Er anerkennt, dass das Verhalten Italiens zu Jugoslawien und umgekehrt und die geregelten Verhältnisse zwischen beiden Staaten die Basis für das Einvernehmen im Donauraum bildet. Deshalb arbeite er selbst in der Richtung der Erzielung eines guten Einvernehmens zwischen diesen beiden Staaten. Im weiteren von mir geschilderten Vorgang sei aber schon eine gewisse Nuance festzuhalten und zwar in der Frage der Verhandlungen mit Ungarn. Dass einem gegenseitigen Vertrag zwischen Italien und Jugoslawien zuerst ein Vertrag zwischen Oesterreich und Jugoslawien folgen soll und dass sich dann Oesterreich und Italien bemühen würden, auch Ungarn in das Netz dieser bilateralen Verträge einzubeziehen und dass erst

¹ Siehe ADÖ 10/1525.

dann ein analoges Verhältnis mit der Tschechoslowakei einzutreten hätte, scheint dem Minister nicht opportun zu sein. Ein solches Vorgehen könnte als ein Manöver, die Kleine Entente zu zerreißen und die Tschechoslowakei zu isolieren gewertet werden. Der Minister verlange fair play nach allen Seiten. Es müsse an allen diesen Abmachungen gleichzeitig gearbeitet werden. Damit sei nicht gesagt, dass ein Vertrag mit Jugoslawien und der andere mit der Tschechoslowakei auch gleichzeitig unterschrieben werden müssten. Immerhin müsste aber schon zumindest der Text des mit der Tschechoslowakei abzuschliessenden Vertrages vorliegen. Getrennten und zeitlich auseinander liegenden Verhandlungen mit den einzelnen Staaten der Kleinen Entente würde der Rat der Kleinen Entente keineswegs zustimmen. Nach dem Organisationsstatut der Kleinen Entente sind die einzelnen Staaten verpflichtet, die Zustimmung der anderen für ihre Verhandlungen einzuholen. Wenn im vorliegenden so wichtigen Falle nicht gleichzeitig Verhandlungen mit allen drei Staaten Platz greifen würden, so könnte leicht bei den beiden unbeteiligten ein Misstrauen entstehen. Ein solches Misstrauen würde insbesondere in Belgrad erwachen, das in Bezug auf Italien doch immer noch sehr empfindlich sei, und Italien leicht verdächtigen könnte, Nebenabsichten zu verfolgen. Herr Dr. Beneš habe dies dem italienischen Gesandten Herrn Rocco ausführlich dargelegt. Wenn Herr Dr. Beneš den Verhandlungsplan in dieser Form z. B. Herrn Titulescu vorlegen würde, so würde dieser bestimmt „in die Luft gehen“ und alles den Zeitungen sagen. Und dies würde uns allen die Sache wesentlich erschweren.

Wir stehen momentan, betonte Dr. Beneš einige Male, in historisch entscheidenden Verhandlungen und wenn wir uns jetzt verständigen, werde dies eine historische Tat sein, die der ganzen Lage in Mitteleuropa eine entscheidende Wendung geben wird. Deshalb müssten wir uns unserer Verantwortung vor den späteren Generationen bewusst sein.

Hinsichtlich der Haltung *Deutschlands* zu den bevorstehenden Verhandlungen in Rom gebe sich der Minister keinerlei Illusionen hin. Wer die heutigen Verhältnisse in Deutschland kenne, müsse ihm zustimmen. Nur wenn in Deutschland eine wesentliche Aenderung des heutigen Regimes eintreten würde, könnte man an die begrüssenswerte und erstrebenswerte Einigung mit Deutschland auch in Bezug auf den Donaauraum denken.

Bei dieser Gelegenheit müsse mich der Minister daran erinnern, was er mir seit jeher gesagt, dass der Anschluss Oesterreich an Deutschland kein internes Problem dieser beiden Staaten, sondern ein europäisches Problem ist, wie dies jetzt deutlich genug bewiesen wurde. Aehnlich aber sei es mit der Tschechoslowakei. Auch das tschechoslowakische Problem sei ein europäisches geworden und die Tschechoslowakei spiele dieselbe Rolle, die zu Beginn des Weltkrieges Serbien und Belgien gespielt haben. Dessen seien sich die Grossmächte wegen der wichtigen geographischen Lage der Tschechoslowakei sehr wohl bewusst. Genau so wie ein Zugriff auf Oesterreich, würde auch eine Attacke gegen die Tschechoslowakei einen europäischen Krieg entfesseln. Die Tschechoslowakei sei mit Westeuropa innig verwachsen und

werde immer mit Westeuropa gehen. Gewiss bestünden zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Reich keinerlei Differenzen, doch würde zwischen diesen beiden Ländern sofort ein Zwist entstehen, wenn sich ein solcher zwischen Deutschland und den Westmächten, nicht nur mit Frankreich ergeben würde. Das habe auch schon Italien sehr gut erkannt und es bezeugt daher ein immer mehr wachsendes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei.

Aus diesem Gesichtspunkt sei auch eine Einigung zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Oesterreich zu betrachten, deren Lage ganz analog sei. Wenn sich Westeuropa mit Deutschland einigt, so sei auch schon die Einigung zwischen Deutschland und Oesterreich und zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei fertig. Umso leichter müsse dann eine möglichst enge Einigung zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei möglich sein.

In dieser Hinsicht seien die psychologischen Vorbedingungen schon viel tiefer und die Vorbereitung namentlich der öffentlichen Meinung schon weiter vorgeschritten, als man in Oesterreich glaubt. Wenn es heute zu einer intimen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich käme, so werden sich keine ernst zu nehmenden Stimmen in der Tschechoslowakei dagegen erheben. Wie man auch in Kreisen, von denen man es unter Umständen nicht geglaubt hätte, darüber denke, dafür könne mir der Herr Minister einen kleinen Beweis anführen. Als er aus Genf zurückgekommen sei, habe er die Herren des tschechoslowakischen Generalstabs zu sich gebeten und den Generalstabschef, ohne ihn irgendwie politisch zu informieren gefragt, was er zu einem eventuellen militärischen Pakt mit Oesterreich sagen würde. Der Generalstabschef (ein ehemaliger Legionär!!) habe ohne sich zu besinnen geantwortet: „Mit den Oesterreichern würden wir in einer halben Stunde einig sein.“ So nahe stehe man sich in Wirklichkeit, so gleichartig und verwandt seien die Verhältnisse und die Menschen.

Weiters möchte mir der Minister verraten, dass er für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit Oesterreich die Zustimmung und das Placet *aller Parteien* besitze. „Auch des Herrn Stivin?“ warf ich ein. (Stivin ist Redakteur des sozialdemokratischen „Právo Lidu“.) Herr Dr. Beneš machte eine verächtliche Handbewegung und erklärte „auch der vernünftigen Sozialdemokraten“. Leute wie Stivin, Dr. Bauer, Dr. Šmeral etz. seien doch schon tot, genau so wie die marxistische Ideologie tot und überwunden sei, obzwar es die Sozialdemokraten noch nicht zu kapieren scheinen. Die marxistische Theorie sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen und er, Dr. Beneš, habe diesen Zusammenbruch schon als 19 jähriger Junge in einer Broschüre prophezeit, als er sich von den Sozialdemokraten trennte.

Dr. Beneš wisse nicht genau, wie die Stimmung gegenüber der Tschechoslowakei in Oesterreich sei. Er glaube aber nochmals wiederholen zu sollen, dass gerade jetzt der historische Augenblick gegeben sei, dass wir uns einigen.

Er biete uns offiziell die Zusammenarbeit an und glaube, dass er dadurch im Geiste einer ruhigen europäischen Entwicklung handle und dass dies eine der Bedingungen für die Rettung des Friedens sei. Er habe hiebei *keine Hintergedanken* was

nochmals festgehalten werden solle. Er freue sich, mit Herrn Bundesminister auch darüber in Tabor noch sprechen zu können.

1527

Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini am 11. Mai 1935 in Florenz

Vorbereitende Instruktionen (geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 57012

o. O., o. D.

Von den zehn nichtständigen Ratsmitgliedern scheiden Mitte September Spanien, China und Panama mit Ablauf ihrer dreijährigen Funktionsdauer aus dem Rate. An die Stelle Panamas wird ein anderer südamerikanischer Staat und als Vertreter Asiens, wenn nicht neuerdings China, ein anderer asiatischer Staat gewählt werden. Seinerzeit wurde Spanien ebenso wie Polen der Ratssitz als halbständig zugesichert, d. h. diese beiden Staaten haben zwar keinen ständigen Ratssitz, werden aber nach Ablauf ihrer Funktionsperiode neuerdings in den Rat gewählt. Es ist nun sehr wahrscheinlich, dass Spanien neuerdings in den Rat gewählt werden wird, schon mit Rücksicht auf seine engen Beziehungen mit Frankreich. Ein Grund, der auch für die Wiederwahl Spaniens spricht, ist, dass der bisherige spanische Vertreter Madariaga als einer der angesehensten und bedeutendsten Staatenvertreter in Genf gilt.

Im Vorjahre wurde vorläufig auf drei Jahre der zehnte nichtständige Ratssitz geschaffen und mit Portugal besetzt. Im Jahre 1936 soll die Frage der Zusammensetzung und Wahl in den Rat einer neuen Regelung zugeführt werden. Nach dem im Vorjahre beschlossenen Zusatz zum bisherigen Reglement für die Wahl in den Rat kann nur jener Staat in den Rat gewählt werden, der entweder seine Kandidatur selbst oder dessen Kandidatur von einem anderen Völkerbundmitglied spätestens 48 Stunden vor der Wahl *schriftlich* dem Generalsekretär notifiziert worden ist. Die Kleine Entente (insbesondere Herr Beneš) nehmen die Juli-Ereignisse in Oesterreich zum Anlass, um bei den Grossmächten neuerlich im Sinne einer endgiltigen vertragsmässigen Bereinigung der „österreichischen Frage“ zu agitieren. Beneš hat bereits vor drei Jahren (Zollunions-Konflikt) die Neutralisierung Oesterreichs angeregt, stiess jedoch auf kategorischen Widerstand bei uns, Italien und selbst Frankreich.¹

¹ Siehe dazu etwa ADÖ 7, insbesondere Einleitung.

Die französische Regierung, der die jüngsten Komplikationen internationaler Natur im Zusammenhange mit den Juliereignissen stark auf die Nerven gegangen sind, regt nun in Rom und London eine *Nichteinmischungskonvention* bezüglich Oesterreichs an. Paris scheint vorzuschweben, dass sich zunächst Frankreich und Italien hinsichtlich eines strikten Einmischungsverbotes in österreichische Angelegenheiten unter Garantie der Grenzen u. s. w. einigen und dann Deutschland zum Beitritt einladen sollten. Ob eine Einbeziehung auch der anderen Nachbarn Oesterreichs (ausser Italien und Deutschland) d. i. die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und die Schweiz in Aussicht genommen ist, ist bisher nicht geklärt. Tatsächlich beschäftigt aber die französische Regierung schon seit Monaten (laut persönlichen Mitteilungen Herrn Puaux's) der Gedanke, eine Nichteinmischungskonvention aller Nachbarn Oesterreichs unter der Garantie des Völkerbundes zustande zu bringen.

Es wäre von Interesse die diesbezüglichen Auffassungen Herrn Mussolini's – ohne uns vorerst in irgend einer Weise festzulegen – kennen zu lernen.

Bekanntlich steht Herr Gömbös auf dem Standpunkt, dass die „Achse der ungarischen Aussenpolitik“ zwischen Rom und Berlin liegen muss. Ursache: Ungarn glaubt an eine revisionistische Zielsetzung der deutschen Politik und befürchtet von einer mitteleuropäischen Einigung zwischen Rom und Paris eine Beeinträchtigung infolge der zwangsläufigen Bereinigung seines Verhältnisses zur Kleinen Entente.

Für Oesterreich liegen die Dinge jedoch ganz anders:

Oesterreich hat keine revisionistischen Ziele in territorialer Hinsicht. Die einzige Gefahr für den Bestand des unabhängigen Oesterreich droht ausschliesslich von Seiten des zwangsläufig nach Südosten gerichteten Imperialismus des Deutschen Reiches. Aus diesem Grunde erscheint für Oesterreich eine sich gegebenenfalls praktisch auswirkende restlose Einigung von Rom mit Paris über den integren Bestand und ein vollkommen selbständiges Eigenleben Oesterreichs als eine absolute Notwendigkeit.

Verlängerung des Regimes des Militär-Assistenzkorps.

Da uns im vorigen Jahre das Regime des Militär-Assistenzkorps (Auffüllung des Standes des Bundesheeres auf die vertragsmässigen 30.000 Mann durch Anwerbung *kurzfristiger* ((sechs Monate)) dienender Männer) für ein Jahr seitens der Signatarmächte von St. Germain bewilligt worden war – Fälligkeitstag 6. November 1934 – sind wir an die Grossmächte mit dem Ersuchen um *womöglich zeitlich unbegrenzte* Verlängerung dieser Bewilligung eingeschritten. Als bisher einzige Macht hat Italien die Zustimmung hiezu erteilt und sich bereit erklärt, dieses Regime solange zuzugestehen, als die „besonderen Verhältnisse“ in Oesterreich obwalten.

Auch England und Frankreich dürften dieser Tage – jedoch mit neuerlicher einjähriger Befristung – zustimmen. Laut Meldung aus Paris erhebe Jugoslawien (!) jedoch noch Bedenken.

Der Bundeskanzler wird gebeten, Herrn Mussolini für die prompte Erfüllung unseres Wunsches, insoweit es auf Italien ankommt, zu danken.

Erleichterungen in der Frage des Unterrichtes der deutschen Sprache in der Provinz Bolzano.

Das Studien-Proveditoriat von Trient hat am 30. Mai l. J. eine Verordnung betreffs des Unterrichtes der deutschen Sprache f. d. Prov. Bolzano erlassen (Inhalt: Privatunterricht an Volksschüler in der deutschen Sprache im Ausmasse von vier Stunden in der Woche durch entsprechend qualifizierte, der italienischen Sprache vollkommen mächtige Lehrer italienischer Staatsbürgerschaft).

Dieses Zugeständnis hat S. Exzellenz Mussolini über Ersuchen des verewigten Bundeskanzlers Dr. Dollfuss verfügt.

Es wird empfohlen, dass der Herr Bundeskanzler Exzellenz Mussolini für diese Massnahme den Dank ausspreche und der Hoffnung Ausdruck gebe, dass diese bereits für das kommende Schuljahr in Aussicht genommenen Verfügungen in der Praxis auch in dem grosszügigen Geiste gehandhabt werden, aus welchem sie hervorgegangen sind.

Kroatische Emigranten in Oesterreich.

In Oesterreich sind noch immer einige kroatische Emigranten ansässig, unter ihnen Oberst Perčević (angeblich ungarischer Staatsangehöriger) und eine Reihe von Studenten. Ausserdem wird Oesterreich von kroatischen Insurgenten, die eine aktive Politik gegen das heutige Jugoslawien betreiben, vielfach als Durchzugsland benützt.

In Wien wird auch in primitiver Weise ein Nachrichtenblatt von den Kroaten hergestellt und verschickt, das den Titel „Grič“ führt und später „Grič-Presseschau“ genannt wurde.

Die jugoslawische Regierung interveniert unablässig bei uns zwecks Behinderung der Aktivität der kroatischen Terroristen. Jedes in Jugoslawien erfolgende Attentat dient der jugoslawischen Regierung zur Erhebung von Vorstellungen und Anschuldigungen gegen die angeblich unbehinderte Zulassung kroatischer Terroristen in Oesterreich. Bisher konnte in keinem Fall einwandfrei festgestellt werden, dass von österreichischem Boden aus kroatische Emigranten Terrorakte gegen das heutige Jugoslawien gesetzt hätten. Andererseits muss zugegeben werden, dass die häufige Anwesenheit solcher kroatischer Elemente für uns eine starke Belastung unserer Beziehungen zu Jugoslawien bedeute, zumal wir alles Interesse haben, die jugoslawische Regierung zu veranlassen, wirksam gegen die nationalsozialistische Propaganda einzuschreiten, die von jugoslawischem Gebiete (insbesondere Marburg, Laibach, Cilli, Assling) gegen Kärnten und Steiermark entwickelt wird.

Die jugoslawische Regierung interveniert auch unablässig wegen des Erscheinens des oberwähnten Nachrichtenblattes „Grič“. Die jugoslawische Regierung macht

zwischen der Frage der kroatischen Emigranten und ihrer angeblichen Tätigkeit von Oesterreich aus einerseits und der Unterdrückung der nationalsozialistischen Aktivität von Jugoslawien aus gegen Oesterreich andererseits ein Junktim, das sich per saldo genommen ohne Zweifel zu unseren Ungunsten auswirkt. Es läge daher in unserem Interesse, Oesterreich möglichst frei von kroatischen Emigranten zu halten.

Es wäre sehr erwünscht, wenn auch der kgl. italienische Vertreter in Wien seitens seiner Regierung darüber informiert und entsprechend angewiesen würde.

O S T P A K T

Wäre, falls zustande kommt, erstes, wichtiges Ergebnis der neuen sowjetrussisch-französischen Kollaboration.

Zweck: Sicherung des territorialen status quo gegen gewaltsame Aenderungen in Osteuropa (Grenzen zwischen Deutschland und den drei baltischen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei).

Zur Erreichung des Zweckes in Aussicht genommene Methoden:

- a) Sicherung des Funktionierens im konkreten Falle durch juristische Mittel: Uebernahme der Bestimmungen des Locarno-Paktes über „flagrante Angriffe“, sowie der „Definition des Angreifers“, wie er in den Litwinow-Verträgen vom Juli v. J. (London) aufgestellt wurde.
- b) Wechselseitige Verpflichtung der Teilnahme zu auch militärischer Hilfeleistung gegen den Angreifer. Frankreich soll Mitwirkungsgarantie übernehmen. In einer weiteren Phase soll dann nach französisch-russischem Konzept der Ostpakt und eventuelle weitere Pakte dieser Art mit der allgemeinen Abrüstungskonvention in Verbindung gebracht werden, damit so sichergestellt wird, dass im konkreten Falle auch die am regionalen Pakt nicht beteiligten Staaten den gegen den Angreifer Verbündeten „wohlwollende Passivität“ bezeigen.

Aussichten des Zustandekommens:

Deutschland ist bisher aus naheliegenden Gründen ablehnend; die polnische Regierung scheint sich noch nicht entschlossen zu haben (die polnisch-deutsche Grenze ist auf zehn Jahre durch zweiseitigen Vertrag gesichert; an der Aufstellung von Kollektivgarantien gegen territoriale Verschiebungen anderer Grenzen im Osten – ukrainische Grenzen – ist aber Polen wenig interessiert); in der Tschechoslowakei scheint auch noch eine Schwierigkeit zu bestehen, weil es sich um einen hochpolitischen Vertrag ohne Beteiligung der übrigen Mächte der kleinen Entente handelt. Dagegen scheint die prinzipielle Zustimmung Grossbritanniens und Italiens gewonnen zu sein. Oesterreich unmittelbar nicht interessiert; mittelbar aber insofern, als das Zustandekommen des Ostpaktes vermutlich den Abschluss einer allgemeinen Abrüstungskonvention gewährleisten würde, in der die durch Friedensverträge einseitig entwaffneten Staaten zu einer entsprechenden Aufrüstung ermächtigt würden.

Anmerkung.

Bei Polen wie bei Deutschland ergibt sich hauptsächlich folgendes schwerwiegendes Bedenken: dass ihr Staatsgebiet bei Anwendung des Ostpaktes im gegebenen Falle als Durchzugsgebiet für fremde Truppen, insbesondere der sowjetrussischen, dienen müsste.

Polen scheint weiters das bevorstehende Ansuchen Sowjetrusslands um Aufnahme in den Völkerbund und Verleihung eines ständigen Ratssitzes dazu benutzen zu wollen, seine Zustimmung (die Aufnahme eines neuen Völkerbundmitgliedes muss einstimmig erfolgen) an die Bedingung zu knüpfen, dass auch Polen an Stelle des bisherigen halb-ständigen Ratssitzes einen ständigen zugewiesen erhalten.

Frage der Besetzung des österreichischen Gesandtenpostens in Rom.

Der Herr Bundeskanzler wird gebeten, bei Berührung dieser Frage die Einstellung Herrn Mussolini's zur Bestellung des in Aussicht genommenen Kandidaten zu sondieren.

1528**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit italienischem Ministerpräsidenten Mussolini am 11. Mai 1935 in Florenz**

Gesprächsprotokoll¹

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 34586

Rom, o. D.

1. Aufrüstung.

Herr M. nimmt zur Kenntnis, dass mit Juni d. J. die *Umorganisation des Bundesheeres* dergestalt einsetzt, dass sieben Divisionen und eine schnelle Division aufgestellt werden und dort wo die Stände heute noch nicht vorhanden sind, diese mit der Zeit aufgefüllt werden. Herr M. begrüsst diese Mitteilung mit starker Betonung und nimmt auch zur Kenntnis, dass die Artillerie noch am meisten ergänzungsbedürftig sei.

¹ Vermerk Österreichische Gesandtschaft Rom, 14.5.1935: "Der Herr Bundeskanzler hat am 11. D.M. nach seiner Unterredung mit Herrn Mussolini Oberst Liebitzky eine Aufzeichnung über den Inhalt der Konversation ins Stenogramm diktiert. Oberst Liebitzky hat von diesem Stenogramm hier in Rom vier Parien abgeschrieben, von denen er zwei mit gleicher Gelegenheit dem Herrn Bundeskanzler vorlegt, eine für sich behält und eine mir übergeben hat [...]." – AdR, NPA Italien/Geheim I/III, Z. 34586.

An *Wünschen* brachte ich vor: Ueberlassung weiterer Gewehre, falls solche noch zur Verfügung stehen, weiters urgierte ich die möglichst rasche Lieferung der restlichen Flugzeuge (acht St.) und die baldmöglichste Lieferung der vereinbarten 15 *carri veloci* (schnelle Kampfwagen). Letztere Lieferungsbeschleunigung (Flugzeuge und Tanks) wurde zugesagt und von UStS. Suvich über Auftrag besonders notiert.

Die Frage *Bezahlung der Flugzeugschulden* durch Ausserkontingent Schnittholz begegnete keiner Ablehnung, sondern wurde von Herrn M. mit dem Hinweis auf den gesteigerten Holzbedarf in Ostafrika als diskutabel erklärt und durch Herrn Suvich in Vormerkung genommen.

In diesem Zusammenhang war davon die Rede, dass Italien zwecks Fundierung seiner besseren Beziehungen zu Jugoslawien von dort 2000 Wag. Holz ausser-tourlich bezogen hat. Ich habe den Eindruck, dass, infolge des gesteigerten Holzbedarfes in Ostafrika, unter Umständen Minister Schüller in der Holzfrage ein Pluskontingent erreichen könnte.

Von Streichung der Schulden beim *Luftministerium selbst* war expressis verbis nicht die Rede, hingegen liess ich keinen Zweifel darüber, dass hier mit einer sofortigen Zahlung nicht zu rechnen sei, was zur Kenntnis genommen wurde.

Hinsichtlich Artilleriematerial (15 cm Hb.) wurde der Bedarf zur Kenntnis genommen, ich hatte jedoch den Eindruck, dass derzeit Eigenbedarf vorliegt und daher nicht damit zu rechnen sein dürfte, dass wir Artilleriematerial in naher Zeit von Italien bekommen können. Im Uebrigen sollen Wünsche auf diesem Gebiete fallweise auf direktem Wege geltend gemacht werden.

Hinsichtlich eines *Militärabkommens mit Ungarn* vertritt auch Italien den Standpunkt, dass sowohl für Italien, als auch für Oesterreich, eine Hilfeleistung nur im Falle eines Angriffes auf Ungarn in Frage kommen könne, wobei ich hinzufügte, dass hier für uns die Frage des Abschlusses eines Paktes „assistance mutuelle“ akut werde, wir somit auf Gegenseitigkeit rechnen, militärischen Besprechungen jedoch grundsätzlich zustimmen und solche als wünschenswert erachten.

Allgemeine Wehrpflicht. Hier habe ich unsere bereits bekannte These vertreten, die auch volle Zustimmung findet: volle Gleichberechtigung, Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit Auswahl. Herr M. erkundigte sich intensiv nach der Haltung der jungen Offiziere, welche Frage ich mit dem Hinweis auf die sichere Verlässlichkeit gerade der jung ausgemusterten Offiziere beantwortete und auf die Schwierigkeit der in der Majorscharge stecken bleibenden Zwischenschichten verwies.

2. Politische Besprechungen.

In Besprechung des *Paktsystems* stellte Herr M. die Frage, ob Oesterreich an einem Accord zwischen Italien und Jugoslawien interessiert sei und ein Zusammengehen der Staaten Italien, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien für möglich und wünschenswert halte. Beide Fragen habe ich absolut bejaht und insbesondere die erste Frage als geradezu vital für Oesterreich bezeichnet, da ja sonst die Gefahr besteht, dass die italien. Assistenzbereitschaft durch Jugoslawien paralysiert werden könnte.

Hinsichtlich *Ungarns* glaubt Herr M. nicht an die Möglichkeit eines Hilfeleistungspaktes mit Oesterreich und bezieht sich darauf, dass seitens Ungarn die Burgenlandfrage als zwischen den beiden Staaten stehende „ungelöste Frage“, Italien gegenüber bezeichnet werde. Ich verwies neuerdings auf die uns angetragene Militärkonvention mit Ungarn.

In weiterer Folge stellt Herr M. die strikte Frage: wünscht Oesterreich eine Intervention Italiens, falls es von Deutschland angegriffen werden sollte? Italien werde eine solche Hilfeleistung nicht unternehmen, falls es der österreichischen Regierung nicht wünschenswert erscheine. Es sei daher für Italien wesentlich zu wissen, wie sich Oesterreich in diesem Falle stelle, wenngleich Herr M. die feste Ueberzeugung habe, dass eine Aktion Deutschlands derzeit, d. h. vor Ablauf von zwei bis drei Jahren mangels Vollendung der Rüstung, nicht zu erwarten stehe. Man müsse sich jedoch auch für einen späteren Zeitpunkt vorbereiten, um militärisch nicht in die Nachhand zu kommen.

Ich antwortete im Wesentlichen: es sind zwei Fälle möglich,

- a) Die sogenannte österr. Legion wird für sich allein zu einer Aktion gegen Oesterreich losgelassen, die voraussichtlich mit einem Umsturzversuch im Innern Oesterreichs begleitet wäre. Für diesen Fall müssen wir trachten, mit eigenen Kräften die Lage zu halten, was ich für durchaus möglich erachte.
- b) Treten Komplikationen ein und handelt es sich um einen offiziellen Angriff Deutschlands, steht es ausser Zweifel, dass Oesterreich sich mit eigenen Kräften nicht zu halten im stande sei.

In diesem Falle gibt es daher nur die Wahl, submittieren oder auf europäische Hilfe rechnen. Nachdem ersteres nicht in Frage kommt, sind wir daher in diesem Falle genötigt, Hilfe in Anspruch zu nehmen, wobei wir der Auffassung sind, dass es sich gemäss der heutigen aussenpolitischen Aktion nicht nur um eine einseitige italienische Hilfe handeln könne, sondern auch die anderen Mächte sich direkt und unmittelbar für die Aufrechterhaltung des territorialen status quo in Mitteleuropa einsetzen. Ich fügte hinzu, dass ich bei der heutigen Situation bindend annehme, dass es zu einem solchen Versuch Deutschlands überhaupt nicht kommen werde, der auf alle Fälle Oesterreich in eine sehr schwere Situation bringen müsste, dass es vielmehr Sinn der internationalen Pakte sein müsse, keinen Zweifel zu lassen, dass die österr. Frage als europäische Frage aufgefasst werde mit allen Konsequenzen, dass daher die Pakte in erster Linie wegen ihrer Präventivwirkung für Oesterreich von Bedeutung seien.

Herr M. erklärte in weiterer Folge, dass er durchaus optimistisch sei; hinsichtlich der Möglichkeit der Herstellung eines dauernd guten Verhältnisses mit Jugoslawien, dass er die Gefahr eines Zusammengehens Jugoslawiens mit Deutschland für nicht aktuell erachte, dass er darüber hinaus glaube annehmen zu können, dass seitens Deutschland versucht werde, angesichts der gegebenen Situation die bestehende Spannung mit Italien abzubauen. Seitens Italiens sei hiefür nach wie vor bindende Voraussetzung, dass Deutschland in der österreichischen Frage eine

eindeutige und klare Erklärung abgebe und auch bereit sei, in deren Sinne sich praktisch zu verhalten.

Hinsichtlich *Abessinien* erklärte Herr M., dass unter allen Umständen Ordnung gemacht werden müsse, und Italien nicht zurückweichen werde; es werde sich um eine lange und schwierige Aktion handeln, Italien sei diesbezüglich mit Frankreich im Einverständnis, England nehme eine andere Haltung ein. Italien benötige jedoch die Herstellung eines erträglichen Verhältnisses in Afrika, um freien Rücken für seine Europapolitik zu haben. Mein Eindruck war, dass Italien die gegenwärtige Situation (Freundschaft mit Frankreich, Einvernehmen mit Jugoslawien) dazu ausnützen wolle, um sich die notwendige Situation in den Kolonien zu schaffen, wobei wirtschaftliche Rücksichten eine starke Rolle spielen dürften.

Die von mir angeschnittene Frage hinsichtlich *Maria Theresientaler* wurde von Herrn M. dahin beantwortet, dass tatsächlich seitens Italiens ein starkes Interesse an dem Besitz der Prägestöcke bestehe.

Ich machte geltend, dass Oesterreich bisher einen wesentlichen Münzgewinn aus der Ausprägung zu verzeichnen hatte und jedenfalls eine beschränkte Ausprägung für den Inlandsgebrauch (Andenken usw.) sich vorbehalten müsste. Dagegen kein Widerspruch. Ich verwies auf den Vertrag mit der englischen Firma Johnson Matthey, darüber würde im Einzelnen zu reden sein. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Uebergabe der Prägestöcke habe ich zugesagt; diese könnte umso leichter geschehen, als seit dem Jahre 1932 die Auslieferung der Theresientaler in Wirklichkeit stockt und keine Bestellungen eingelaufen waren.

Herr M. brachte seinerseits sodann das Gespräch auf die *Restauration*. Er betonte, dass Erzherzog Otto international ein gewisses Ansehen genieße, dass auch französische Kreise den Gedanken der Restauration verfolgen, dass ihm eine solche Lösung tatsächlich als die beste Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit erscheine. Italien hat also seinen Standpunkt in dieser Frage geändert und sei auch bereit, dies öffentlich gelegentlich zu erklären.

Was die Kleine Entente betrifft, betrachte er den Widerstand sowohl in Jugoslawien als auch in der Tschechoslovakei für gemindert, und halte dafür dass bei der Alternative „Anschluss oder Restauration“ die Option seitens aller Staaten für letztere ausfallen werde. Wobei mit Schwierigkeiten seitens Ungarns sicher zu rechnen ist.

Herr M. meinte, dass die Haltung der Kleinen Entente letzten Endes von Paris beeinflusst sei; er kenne die gegenwärtig noch herrschende Anschauung am Quai d'Orsay, die auf die Kleine Entente Rücksicht nimmt und die Bündnispflicht betone. Er halte jedoch eine Aenderung dieser Anschauung für möglich.

Die Frage, ob eine Restauration populär wäre, beantwortete ich mit „ja“, unter Hervorhebung der derzeit bestehenden Schwierigkeiten. Ich formulierte die österreich. Stellungnahme zum Problem der Restauration dergestalt, dass Oesterreich die Versicherung haben müsse, dass eine Restauration international keinen Schwierigkeiten begegne und nicht etwa durch eine solche letzten Endes die Berliner

Oesterreichpolitik gefördert werde, durch Abschwenken der Kleinen Entente in die Berliner Linie, dass weiters auch jede dritte Macht, die sich für die Restauration in Oesterreich ausspreche, ausdrücklich darauf Bedacht nehmen müsste, in ihrer Erklärung die Formulierung einzuschliessen, dass eine Restauration nur aus dem freien Willen des österreichischen Volkes hergeleitet werden könnte und diesen freien Entschluss zur Voraussetzung habe. Weiters, dass Klarheit darüber sei, dass eine solche Restauration, rebus sic stantibus, nur für das heutige Oesterreich gelte, ohne direkte oder indirekte Präention auf ausserösterreichisches Gebiet. Ausserdem betonte ich, dass eine gewisse wirtschaftliche Konsolidierung meiner Meinung nach eine Grundvoraussetzung für ein Reussieren der wiederhergestellten Monarchie sein müsse.

Herr M. erkundigte sich nach den Möglichkeiten und die Funktionsperiode des *Staatsoberhauptes* und pflichtete der Anschauung bei, dass es derzeit das Beste sei im Sinne der geltenden Uebergangsverfassung, in der Person des Staatsoberhauptes bis auf weiteres keinen Wechsel vorzunehmen.

Als *Monarch* kommt seiner Meinung nach nur der legitime Thronprätendent in Frage, der Gedanke einer Reichsverweserschaft nach ungarischem Muster als Uebergangserscheinung bedürfe im Falle der Aktualität noch besonderer Erwägung. Auch in dieser Frage wird Italien offiziell nur im Einvernehmen mit der österr. Regierung hervortreten.

Herr M. erklärte noch ausdrücklich, dass seiner Meinung nach ein *Kaiserreich* Oesterreich nicht in Frage komme, sondern es sich um ein *Königtum* handeln müsse.

Ich habe in dieser Frage wiederholt auf die ungarischen Schwierigkeiten hingewiesen, im übrigen jedoch keinen Zweifel gelassen, dass eine Restauration auch im Sinne der österr. Regierung durchaus gelegen ist, vorausgesetzt, dass es sich nicht um ein unüberlegtes Experiment handle, im Falle dessen früheren oder späteren Misslingens Oesterreich isoliert wäre. Die Notwendigkeit diesen Gedanken auch von dritter Seite dem Thronprätendenten darzulegen wird betont. Ich habe im übrigen in Aussicht gestellt, ein Memorandum mit der detaillierten Stellungnahme der österreichischen Regierung zu Handen des Herr UStS. Suvich auf direktem Wege zu übermitteln.

Südtirol. Herr M. wiederholt seinen Standpunkt, dass es sich um bewusste NS. Propaganda 1.) gegen Oesterreich, 2.) gegen Italien handle, dass der „Völkische Beobachter“ und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ in Südtirol verboten seien, dass im übrigen tatsächlich die NS. Partei ungehindert ihre Tätigkeit entfalten könne, allerdings beschränkt auf Reichsdeutsche. Dies sei eine Notwendigkeit, weil in Deutschland auch die faschistische Parteitätigkeit in den italienischen Organisationen toleriert sei. Er sehe die Schwierigkeiten der österr. Regierung gerade in dieser Frage ein und werde noch im Verlaufe dieses Monats Massnahmen treffen, aus denen hervorgehe, dass Italien um der österreichischen Freundschaft Ausdruck zu verleihen, gewillt ist, in Südtirol Massnahmen durchzuführen,

die zur Beruhigung dienen, insbesondere auf dem Gebiete der Durchführung des Deutschen Privatunterrichtes.

Ich habe ersucht, unter Berufung auf Oesterreich Gnadenakte zu setzen und hiebei Herrn Suvich drei Namen konfinierter Deutscher Geistlicher schriftlich übergeben. Ich habe den Ernst der Situation für uns in diesen Belangen nachdrücklichst unterstrichen und auch indirekt durch Hervorhebung des günstigen Einvernehmens der Bevölkerung mit der Militärverwaltung auf die offenbare Unzulänglichkeit der zivilen Verwaltung verwiesen.

1529

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 253/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 11. Mai 1935

Zu den, durch Herrn Gesandten Dr. Wildner, an den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr erstatteten telefonischen Berichten erlaube ich mir über meine gestern und heute stattgefundenen Unterredungen mit Herrn Aussenminister Dr. Beneš folgendes zu melden.

Herr Dr. Beneš liess mich am 10. d. Mts. zu sich bitten, um mit mir über die Weiterführung der ins Stocken geratenen Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen.

Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Minister unter anderem, dass er mit der Art und Weise, wie in Wien mit der tschechoslovakischen Delegation verhandelt wurde nicht einverstanden sei und dass Herr Gesandter Friedmann ein zweites Mal Aehnliches nicht mitmachen würde, dass die österreichische Delegation in Prag ausdrücklich das tschechoslovakische Entgegenkommen anerkennt, trotzdem aber eine neue Liste mit viel weiter gehenden Forderungen produziert habe,

dass Herr Handelsminister Dostálek anlässlich seiner Anwesenheit in Wien dem Herrn österreichischen Handelsminister keinerlei konkrete Versprechungen gemacht habe;

dass, wenn die österreichische Bundesregierung auf der Beratung der neuen Nachtragsliste bestehen sollte, die bis jetzt von der tschechoslovakischen Handelsdelegation gemachten Konzessionen und Zusagen nicht mehr zu gelten hätten, weil sich die tschechoslovakische Regierung vorbehalten müsste, den gesamten Fragenkomplex in toto und zwar nach den Wahlen neuerlich zu überprüfen;

dass schliesslich der Herr tschechoslovakische Aussenminister bereit wäre, im Falle als die Bundesregierung die neue Nachtragsliste zurückzieht, den Vertrag noch vor den Wahlen auf Grund der tschechoslovakischerseits schon jetzt gemachten Konzessionen zu Ende zu führen und in Geltung zu setzen. Hiebei hat der Herr tschechoslovakische Aussenminister betont, dass seiner Ansicht nach die ursprünglichen österreichischen Wünsche mit 100% erfüllt werden.

Die Situation sei, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen besonders schwierig. Nach den Wahlen werde bestimmt ein Wechsel in der Person des Handelsministers eintreten, weil die mit den Agrariern vereinigte Gewerbetepartei Anspruch auf dieses Ressort erhebe. Dieser Umstand werde die Lage wesentlich erschweren, man wisse nicht wie die neue politische Situation sein wird. Dr. Beneš würde es begrüßen, wenn wir in den Verhandlungen fortfahren und den Vertrag abschliessen würden.

Ich teilte den Inhalt meiner Unterredung, die ich hier nur auszugsweise wiedergegeben habe, den Herren der österreichischen Delegation mit, und Herr Gesandter Dr. Wildner setzte sich mit Herrn Bundesminister Stockinger und mit Herrn Generalsekretär Peter telefonisch ins Einvernehmen.

Die hierauf von Herrn Bundesminister Stockinger telefonisch erteilten Weisungen habe ich in einer zweiten Unterredung mit Herrn Dr. Beneš verwertet, die heute vormittags stattgefunden hat.

Ich erzählte Herrn Dr. Beneš ausführlich, wie sich die Unterredung des tschechoslovakischen Handelsministers Herrn Dostálek mit Herrn Bundesminister Stockinger in Wien abgespielt hatte und warum Herr Dr. Friedmann dieser Unterredung nicht beigezogen wurde. Ich verschwieg nicht, dass Herr Dr. Friedmann über ausdrücklichen Wunsch des Herrn tschechoslovakischen Ministers von der Schlussunterredung ferngehalten und auch später nicht informiert wurde. Ich betonte, dass Herr Minister Dostálek tatsächlich ein bestimmtes Entgegenkommen in ziffernmässiger Form in Aussicht gestellt hat und dass die von der österreichischen Delegation produzierte Nachtragsliste sich auf dieses von Herrn Minister Dostálek in Aussicht gestellte Entgegenkommen beziehe. Ich eröffnete dem Herrn Aussenminister, dass die österreichische Delegation den Auftrag habe die Verhandlungen abubrechen und nach Wien zurückzukehren und ich erläuterte diesen Auftrag an der Hand der von Herrn Bundesminister Stockinger eingelangten Weisungen.

Herr Dr. Beneš nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und machte den Vorschlag, die ganze Angelegenheit als ein Missverständnis anzusehen und beiderseitig zu liquidieren. Auf tschechoslovakischer Seite sei jedenfalls der beste Wille vorhanden und wir müssten uns jetzt sagen, wie wir weiter vorgehen wollen. Herr Minister Dostálek habe in Wien versprochen, was er in Prag nicht durchzusetzen vermochte. Als er dies erkannt, habe er, schon mit Rücksicht auf die sich durch die Wahlen ergebende Situation es vorgezogen, der Verantwortung auszuweichen. Herr Dr. Beneš habe der Presse verboten über diese Angelegenheit zu schreiben, er fürchte aber trotzdem, dass die Sache in der gegnerischen Presse plötzlich als

Wahlschlager auffliege. Er sehe jetzt ein, dass der Besuch Herrn Dostáleks in Wien kein glücklicher war und dass er vielleicht besser hätte unterbleiben sollen. Herr Gesandter Fierlinger habe Herrn Dr. Beneš in Genf telefonisch angerufen und seine Einwilligung zu dem Wiener Besuch des Handelsministers erbeten. In der Annahme, dass es gut sei, den Prager Besuch Herrn Ministers Stockinger bald zu erwidern und in der Absicht, durch diesen Ministerbesuch den guten Beziehungen zu dienen, habe er zugestimmt.

Vertraulich könne mir der Minister sagen, dass Herr Minister Dostálek ungefähr acht Tage nach den Wahlen anlässlich der Regierungsänderung aus seinem Ressort scheiden und durch den Gewerbetreibenden Najman ersetzt werden wird. Letzterer sei ein Greisler, mit dem sich keine grosszügige Handelspolitik machen lässt. Er werde jede kleine Schuhwischfabrik schützen wollen. Und schon deshalb habe der Minister geglaubt, dass es klug wäre, die jetztige günstige Situation auszunützen, und den Vertrag rasch zu schliessen.

Die tschechoslovakische Delegation habe sich angestrengt, den österreichischen Wünschen entgegenzukommen und sie habe in dieser Richtung die entsprechenden Weisungen vom Aussenminister gehabt. Es sei im übrigen doch nicht wenig, was der österreichischen Delegation konzediert würde, nach den Prager Berechnungen seien es bis jetzt schon neun bis zehn Millionen Schilling und Dr. Beneš verspreche mir, dass sich in einigen Positionen noch weitere Erhöhungen finden werden. Da er zugeben müsse, dass Herr Dostálek immerhin moralisch gebunden sei, wolle er sich anstrengen, dass die noch zu gewährenden Konzessionen die Oesterreicher befriedigen.

Aus diesem Grunde sei er nicht für einen Abbruch der Verhandlungen. Sollte aber die Vertagung so gemeint sein, dass die Fortsetzung der Verhandlungen erst nach den politischen Verhandlungen in Rom stattfinden sollen, dass also einem Nichtangriffs- und Nichteinmischungspakt, einem Vertrag über die gegenseitige Hilfeleistung und einem nach seinem Vorschlag mit Oesterreich abzuschliessenden Freundschaftsvertrag (Mein Bericht Zl. 252/Pol. v. heute) auch ein ausgedehnter Wirtschaftsvertrag zugesellt werden soll, so hätte dies gewiss auch einen Sinn und der Aussenminister könnte diesem Vorschlag zustimmen. Es wäre dies gewissermassen eine generelle Revision unserer ganzen Beziehungen und der Aufbau einer neuen Form gegenseitiger Zusammenarbeit.

In diesem Falle würde der Minister, da es sich um ein Politikum handeln würde jeden Widerstand, auch den des künftigen Handelsministers, zu brechen wissen. Hierüber sei er sich mit den grossen politischen Parteien einig, die heute schon ganz genau wissen und es akzeptieren, dass ein engeres Verhältnis mit Oesterreich von der Industrie, ein solches mit Ungarn von der Landwirtschaft bezahlt werden müsse.

Während dieser Unterredung kam es zu einem langen telefonischen Gespräch des Ministers mit Herrn Dr. Friedmann, worauf mir Herr Dr. Beneš seine Ansicht bezw. seinen Antrag wie folgt präziserte:

Die Verhandlungen, die so vielversprechend begonnen haben, wären fortzusetzen. Tschechoslovakischerseits werden uns noch weitere Begünstigungen eingeräumt werden, sodass ein ganz schöner Vertrag für uns herauschauen wird.

Die österreichische Bundesregierung müsse in Erwägung ziehen, dass die tschechoslovakische Regierung nicht auf einmal alle Widerstände brechen könne. Die Interessenten müssten sukzessive und immerhin mit einer gewissen Schonung zu den Opfern, die sie bringen müssen, geführt werden. Der Vertrag wäre nur als eine erste Etappe anzusehen, und dies könnte der Öffentlichkeit gegenüber auch gesagt werden. Sofort nach den politischen Verhandlungen wären die handelspolitischen Verhandlungen fortzusetzen. Je nach dem Ausgang der politischen Verhandlungen werde es dem Minister möglich sein, mit mehr oder weniger grossem Nachdruck weitere Konzessionen zu Gunsten Oesterreichs zu erreichen.

Herr Gesandter Dr. Wildner brachte den Inhalt des vorstehenden Vorschlages dem Herrn Bundesminister Stockinger telefonisch zur Kenntnis

Die österreichische Delegation verliess hierauf Prag. Vom Abbruch der Verhandlungen wurde Herr Dr. Friedmann verständigt.

1530

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 122/Pol. (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Rom/Quirinal
(ohne Zahl)

Rom, 13. Mai 1935

Dem Herrn Unterstaatssekretär habe ich heute von den mir mit dem obzitierten hohen Erlass gütigst zur Verfügung gestellten Pariser Informationen Mitteilung gemacht. Er zeigte hiefür grosses Interesse und machte sich Aufzeichnungen. Als ich die den Informationen zufolge deutscherseits in Aussicht genommenen Erklärungen in London und Paris im Falle einer militärischen Intervention Italiens erwähnte, meinte Herr Suvich, „die Deutschen würden also in einem solchen Falle protestieren und möchten den Franzosen gerne Ratschläge für ihr Verhalten erteilen“.

Am Schlusse sagte Herr Suvich, er sei ganz derselben Ansicht wie wir, in Deutschland würde man einen inneren Umsturz in Oesterreich freudigst begrüssen und unterlasse sicherlich nichts, die Gesinnungsgenossen in Oesterreich in diesem Sinne zu bearbeiten.

[...]

1531**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Hoffinger (Warschau)**

Erlass

AdR
Gesandtschaft Warschau
Z. 34151/13

Wien, 14. Mai 1935

Aus Ihrem Bericht über die Konversation, die Sie unlängst mit dem Herrn polnischen Minister des Aeussern in Angelegenheit des Donaupaktes hatten, geht hervor, dass sich die gegenständlichen Auffassungen des Herrn Ministers mit den unseren weitgehend decken. So sind auch wir, einvernehmlich mit Italien und Ungarn, der Auffassung, dass sich die Teilnehmer an der Konferenz in Rom zunächst damit begnügen sollten, eine Konvention abzuschliessen, die die Grundsätze der Non-Aggression, der Non-Immixtion und der Konsultation enthalten soll. Die Aufnahme einer grundsätzlichen Konsultation in die Konvention würde die Möglichkeit für jene Staaten, die es wünschen sollten, eröffnen, untereinander die bereits im italienisch-französischen Protokoll ddo. Rom 7. Jänner 1935 vorgesehenen bilateralen Sonderabkommen abzuschliessen, die den Charakter gegenseitiger Hilfeleistungsverträge annehmen könnten. Auch hinsichtlich der allerdings nach unseren Informationen noch sehr zweifelhaften Teilnahme Deutschlands an den Beratungen teilen wir die Auffassung Herrn Beck's. Mit besonderer Befriedigung entnehmen wir den von Ihnen einberichteten Auslassungen Herrn Beck's, dass Polen bereit wäre, an dem der Sicherung des Friedens im Donaubecken dienenden Instrumente unter der, unserer Auffassung nach sicher erfüllbaren Voraussetzung teilzunehmen, dass die Konvention für Ungarn tragbar wäre.

Ich beehre mich Sie zu ersuchen, Herrn Beck ehestens von dem angenehmen Eindruck, den seine Ihnen gegenüber hinsichtlich der Haltung Polens zu den bevorstehenden Donaupaktverhandlungen getanen Aeusserungen auf uns gemacht haben, Mitteilung zu machen und zu betonen, dass wir der Mitwirkung Polens an dem Befriedungswerke des Donaupraumes, nicht nur als eines Staates, der u. a. auch infolge der Aufnahme von Gebietsteilen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie an dem Donauproblem hervorragend interessiert ist, sondern auch als der katholischen Vormacht Osteuropas die grösste Bedeutung beimessen und es begrüessen würden, wenn das durch die Römer Konferenz zu schaffende Vertragsinstrument dazu beitragen würde, die zwischen Oesterreich und Polen bestehenden guten Beziehungen noch herzlicher und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet noch inniger zu gestalten. [...]

1532**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Marek (Prag)**

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z.139136/14a

Wien, 18. Mai 1935

Wie telephonisch am 13. I. Mts. der Gesandtschaft mitgeteilt wurde, ist nach Abbruch der Prager Verhandlungen versucht worden, durch eine direkte Rücksprache zwischen den beiden Aussenministern eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dr. Benesch hatte nun auf die ihm an dem genannten Tage von Bundesminister Berger-Waldenegg gemachte Mitteilung am darauffolgenden Tage telephonisch mitgeteilt, dass er mit dem Wiener Vorschlag einverstanden ist. Die bisher gewährten und bezüglich der offen gelassenen Positionen in Aussicht gestellten Konzessionen werden ohne jegliche österreichische Gegenleistung gegeben werden. Die Frage der österreichischen Gegenleistungen soll den künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Dr. Benesch ging hiebei von der Voraussetzung aus, dass in der Zwischenzeit jegliche Kampfmassnahme unterbleibt. Abweichend von unserem Vorschlag sagte er aber, dass seine Regierung erst nach Beendigung der politischen Besprechungen in neue Verhandlungen eintreten könne, d. h. frühestens in vier Monaten, spätestens in sechs Monaten. Hierüber hat dann ein neuerlicher und wiederholter Meinungsaustausch stattgefunden, der am 16. ds. damit abgeschlossen wurde, dass Minister Berger-Waldenegg Herrn Benesch mitteilte, dass, da wir auf die feste Frist von vier Monaten nicht eingehen könnten, es das beste wäre, die Sache so zu lassen wie sie stehe. Auch ein einfaches Weiterverhandeln (wie es Dr. Benesch als Alternative vorgeschlagen hatte) hätte keinen Sinn, da tschechoslowakischerseits keine Zusagen gemacht werden können. Wenn sich wieder Gelegenheit ergibt, wird wieder von neuem verhandelt werden. Inzwischen haben wir freie Hand.

1533**Besprechung Außenminister Berger-Waldenegg mit
tschechoslowakischem Außenminister Beneš
am 20. Mai 1935 in Tabor**

Amtserinnerung

AdR, NPA
Tschechoslowakei/Geheim I/III
Z. 34525/13

o. O., o. D.

Zwischen den beiden Aussenministern hat eine mehrstündige Unterredung unter vier Augen stattgefunden, welcher die Referenten zum Schlusse zugezogen wurden. Dr. Beneš stand, ebenso wie seine Mitarbeiter, sichtbar unter dem Eindrucke der sonntägigen tschechoslowakischen Wahlen.

*Ergebnis der Unterredung.**a) Vorbereitung für die Römer Konferenz und die in Rom anzustrebenden Ziele:*

Die beiden Aussenminister waren sich darüber einig, dass in Rom das Zustandekommen einer allgemeinen Konvention (pacte général) sowie auch bilateraler Verträge anzustreben ist. Der pacte général hätte die Prinzipien des Nichtangriffs, der Nichteinmischung und der Konsultation zu enthalten und so gefasst zu sein, dass alle an der Befriedung Mitteleuropas interessierten Staaten daran teilnehmen könnten, d. h. es wäre alles davon auszuschließen, was den Beitritt dieser Staaten verhindern könnte. Hinsichtlich der bilateralen Assistenzverträge waren sich die beiden Aussenminister darüber einig, dass die Tschechoslowakei und Oesterreich von sich aus hierin sehr weitgehend zusammenarbeiten könnten, andererseits in dieser Zusammenarbeit Grenzen nur unter Berücksichtigung der Interessen ihrer Freunde gezogen werden sollen, d. h. dass durch die österr.-tschechosl. Zusammenarbeit nicht andere Staaten abgestossen werden.

b) Taktik des Vorgehens.

Dr. Beneš beharrte darauf, dass im Prinzip gleichzeitig verhandelt werden müsse, während andererseits die Taktik möglichst „souple“ bleiben müsse, d. h. dass grundsätzlich die bilateralen Verträge zwischen den daran interessierten Staaten gleichzeitig in Verhandlung gezogen werden, dass aber in der Finalisierung dieser Verträge je nach den taktischen Notwendigkeiten eine entsprechende Reihenfolge beziehungsweise Aufeinanderfolge eintreten müsse.

c) Gleichberechtigung.

Die Tschechoslowakei bereitet von sich aus der Erreichung der Gleichberechtigung durch die abgerüsteten Staaten keinerlei Widerstand. Dr. Beneš spricht sich

– unter dem Vorbehalt, noch mit seinen Freunden in Genf sich darüber ausführlich zu beraten – für nachstehende Grundsätze aus: Gegenseitige Kontrolle auf dem Grundsatz der *égalité* und der *réciprocité* und Limitierung der Rüstungen. Er verfiel dem Standpunkt, dass eine gegenseitige Zusicherung der Proportionalität der militärischen Kräfte, somit die Zusicherung einer gegenseitigen Limitierung äusserst wünschenswert wäre, zumal er dahin informiert sei, dass auch die Grossmächte beabsichtigen, mit Deutschland auf Grund der gegenseitigen Limitierung in Verhandlungen zu treten. Eine diesbezügliche ausdrückliche gegenseitige Zusicherung der an unserer Gleichberechtigung interessierten Staaten würde seiner Auffassung nach die diesbezügliche Haltung der Grossmächte Deutschland gegenüber in äusserst günstiger Weise verstärken. Er stellt sich dies so vor, dass wir und die an unserer Gleichberechtigung interessierten Regierungen protokollarisch festlegen, dass sie *unter der Voraussetzung*, dass auch die anderen Mächte binnen einer entsprechenden Frist sich zur gegenseitigen vertragsmässigen Limitierung ihrer Kräfte entschliessen, dazu verpflichten, unsererseits das Limitierungsprinzip anzunehmen. Nach seiner Meinung müssten die beabsichtigten Verträge das für eine Limitierung des Rüstungsstandes der europäischen Staaten erforderliche *systeme de sécurité* abgeben. Der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten hat letzteren Gedanken unter nachdrücklicher Betonung der Notwendigkeit zugestimmt, dass auch die anderen Staaten sich in einer entsprechend kurzen Frist auf das gleiche Prinzip festlegen.

- d) Was die von Dr. Beneš angestrebte Modernisierung des österreichisch-tschechoslowakischen *Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages* betrifft, so sind beide Aussenminister darüber einig, dass von einer Kündigung dieses Vertrages abgesehen und seine Modernisierung rechtzeitig ins Auge gefasst werden muss, wobei auch die Ausweitung auf einen Freundschaftsvertrag erfolgen könnte. Dies wäre jedoch als zweite Etappe nach der Römer Konferenz, sozusagen als Abschluss der bilateralen österreichisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Aussicht zu nehmen
- e) Hinsichtlich der *Wirtschaftsverhandlungen* waren sich die beiden Aussenminister darüber einig, dass es gegenwärtig bei einem Stillstand bleiben soll, wenn auch Dr. Beneš neuerlich betonte, dass er es vorgezogen hätte, mit Rücksicht auf die innenpolitischen Aenderungen in der Tschechoslowakei nach den Wahlen das bisher Erreichte in Kraft treten zu lassen. Der Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten sprach sich seinerseits dafür aus, dass es zweifellos vorteilhafter wäre, nach einer vollkommenen Bereinigung der politischen Atmosphäre in wirtschaftlicher Hinsicht frisch aufzubauen, als sich mit einem Stückwerk zu behelfen. Die Wirtschaftsverhandlungen sollen daher erst nach der Römer Konferenz wieder aufgenommen werden, bis dahin werde man sich überlegen, wie man weiter zu arbeiten gedenke.
- f) Hinsichtlich der *Taktik Deutschlands* ist Dr. Beneš der Auffassung, dass Deutschland vielleicht sich an der Römer Konferenz beteiligen werde, jeden-

falls nur mit der Hinterabsicht, diese Verhandlungen zu stören. Erst heute habe Dr. Beneš aus Berlin erfahren, dass Deutschland sich neuerlich bereit erklärt hat, wenn man an die deutsche Regierung herantreten sollte, mit Frankreich, Sowjetrussland und der Tschechoslowakei einen Pakt abzuschliessen, der die Grundsätze der Non-Aggression, der Nichtunterstützung des Angreifers und der Konsultation beinhalten soll. Dr. Beneš sieht in allen diesen rasch aufeinanderfolgenden Aenderungen in der Haltung Deutschlands nichts anderes als ein Verzögerungsmanöver und den Versuch die Einigung der anderen Staaten zu retardieren oder zu verhindern.

- g) Die *Habsburgerfrage* bzw. Restauration wurde von Dr. Beneš mit keinem einzigen Worte berührt!
- h) Aussenminister Berger Waldenegg stellte an Dr. Beneš die Frage, wieweit die Tschechoslowakei durch ihren Zusammenhang mit der Balkanentente beeinflusst sei. Minister Berger wies darauf hin, dass Ruschdi Bey [Rüştü-Aras] gelegentlich eines vor drei Tagen erfolgten Besuches das starke Interesse der Türkei an dem Donaupakte betont und auch die Dardanellenfrage angeschnitten habe.

Minister Beneš erwiderte, dass er sich nicht in Angelegenheiten hineinziehen lasse, die nur den Balkan betreffen und dass er sich wegen der Dardanellen weder mit England noch Frankreich auseinandersetzen wird. Die Politik der Tschechoslowakei bleibe eine im Zusammenhange mit den Weststaaten Europas geführte. Von rein balkanischen Angelegenheiten halte er sich ferne, sonst wisse man nicht, wo die Politik ende. Donaauraum und Balkan seien zwei getrennte Interessensphären, zwischen denen ein Zusammenhang dadurch gegeben sei, dass die Kleine Entente mit den Balkanstaaten in gewissen Angelegenheiten gemeinsam berate.

- i) Dr. Beneš entwickelte weiter sein politisches Endziel: eine Entente Oesterreich-Ungarn-Tschechoslowakei wäre dann gewissermassen das Bindeglied zwischen diesen beiden Gruppen. Der an diesem Gesprächsteile teilnehmende Gesandte Masaryk fügte bei: Was wir auseinandergeschlagen haben, müssen wir jetzt wieder zusammentun, sonst kommt keiner weiter.
- j) Ueber die *innere Lage Jugoslaviens* äusserte Dr. Beneš die Ansicht, dass das Wahlergebnis wohl die Demission der Regierung Jeftić zur Folge haben werde. Man könne aber damit rechnen, dass Jeftić nicht vollkommen aus der nächsten Regierung verschwinden werde, die wohl General Zivković zu bilden den Auftrag erhalten wird. Dr. Beneš rechnet damit, dass Jeftić das Aussenportefeuille beibehält und dass daher der gegenwärtige Kurs im allgemeinen keine Aenderung erfahren wird; möglicherweise werden einzelne Persönlichkeiten, Generäle und Politiker für die stärkere Annäherung an Deutschland eintreten, dies könne aber die Einstellung der jugoslavischen Regierung zu Frankreich und zur Kleinen Entente nicht ändern.

1534

Bundestag der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 7. Sitzung

Sten. Prot. BT

Wien, 29. Mai 1935

[Bundeskanzler Schuschnigg: ...] In besonderer Weise aber sucht die subversive Propaganda der im geheimen nationalsozialistisch Organisierten die österreichische Außenpolitik mit dem Stigma des Volksverrates zu bezeichnen. Hiezu sei eine Feststellung vorausgeschickt: Für uns gilt strenge Unterscheidung, an die wir uns absolut halten. Mit dem reichsdeutschen Nationalsozialismus haben wir uns in keiner Weise zu befassen. Er ist für uns eine reichsdeutsche Angelegenheit, gegenüber welcher wir nicht interessiert sind, sofern er sich auf die eigenen Staatsangehörigen beschränkt. (*Rufe: Sehr richtig! Und großer Applaus.*) Über diese – wie ich glaube, korrekte, eindeutige und durchaus unanfechtbare – Auffassung haben wir nie einen Zweifel gelassen. So selbstverständlich wir daher das in Deutschland geltende „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ respektieren, so unannehmbar wäre für uns die Forderung der Anerkennung der Einheit von Partei und Volk dort, wo Volks- und Staatsgrenzen nicht zusammenfallen. (*Frenetischer, lange anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Österreich hat nie einen Zweifel darüber gelassen und wird es, solange wir leben, auch in aller Zukunft nicht tun, daß es sich als deutscher Staat bekennt. (*Neuerlicher großer Beifall.*) Das weiß die Welt; das wissen insbesondere jene Staaten, mit denen uns Kulturabkommen besonders verbinden; und darin, daß sie es wissen, und darin, daß wir uns bekennen, liegt – das sei in aller Bescheidenheit festgestellt – Österreichs fortwirkender Dienst an der deutschen Kultur, ein Dienst, den wir als kostbares Vermächtnis vom alten Österreich übernahmen. (*Lebhafter Beifall.*) Der österreichische Nationalsozialismus ist eine innerösterreichische Angelegenheit und untersteht ausschließlich der Souveränität unseres Staates. So sollte es sein! (*Lebhafte Zustimmung.*) Daß er im neuen Österreich keinen Platz haben kann – und über alle diese Dinge muß einmal offen gesprochen werden – beruht nicht zuletzt darin, daß wir die Auffassung, „daß die Sicherung des Deutschtums die Vernichtung Österreichs voraussetzte“, wie es in einem vielzitierten grundlegenden Werke heißt, niemals teilen können und daß wir ebensowenig der Auffassung sind, daß das alte Österreich, dessen Rock wir in Ehren trugen und das uns Vaterland war, ein Irrtum der Geschichte gewesen sei und die Bezeichnung „Staats-Kadaver“ verdiene. (*Lebhafte Entrüstungsrufe.*)

Uns aus dieser selbstverständlichen Grundeinstellung heraus des Volksverrates zu zeihen, vermag einer gerechten Prüfung nicht standzuhalten (*lebhaft Zustimmung*); um so weniger, als wir es auch in der politischen Polemik absolut verur-

teilen, wenn jemals in Österreich Nationalsozialismus und Deutschtum einander gleichgesetzt werden (*lebhafter Beifall*) und wir es insbesondere bedauern und zu verhindern gewillt sind, wenn dies in einem deutschfeindlichen Sinne geschehen sollte.

Daß Österreich in der Welt viele Freunde hat und daß seine über Flächenmaß und Bevölkerungszahl hinausgehende Bedeutung in politischer und kultureller Hinsicht Anerkennung findet; daß seine Leistung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, unzertrennlich verbunden mit dem Gedenken Dr. Dollfuß – daß die Erinnerung an Dr. Dollfuß überhaupt respektiert wird und unserem Lande Sympathien und Achtung einträgt, daß man Österreich als friedliebenden Kulturfaktor im Herzen Europas anerkennt, daß man seinen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit würdigt; das alles sind Tatsachen, die uns mit größter Genugtuung erfüllen und die ausschließlich pro-österreichisch und niemals antideutsch zu werten sind! (*Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Wenn ich nun in diesem Zusammenhange in einem kurzen Überblick die österreichischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten erwähne, so bleibt zunächst festzustellen, daß unser Verhältnis zu dem nächsten Nachbar, zu Ungarn, durch die gegenseitigen Gefühle traditioneller Freundschaft und Schicksalsgemeinschaft charakterisiert ist und der beiderseits ehrlich empfundenen Tatsache entspricht, daß die beiden Länder in wirtschaftlicher Hinsicht auf einander angewiesen sind. Ausgezeichnet haben sich die Beziehungen Österreichs zu den beiden westlichen Großmächten Frankreich und England entwickelt, bei denen wir nebst großem Verständnis auf dem Gebiete der politischen Fragen freundlichem Entgegenkommen in den wirtschaftlichen und kulturellen Belangen begegnen. Der erfreuliche Fortschritt, den unsere wirtschaftspolitischen Beziehungen im Verhältnis zu Frankreich dank dem Entgegenkommen der französischen maßgebenden Stellen gemacht haben, konnte bereits in anderem Zusammenhange Erwähnung finden. Ein wirklich freundnachbarliches Verhältnis, welches wir bestrebt sind, weiter aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, besteht zwischen Österreich, der Tschechoslowakischen Republik, dem Königreich Jugoslawien und insbesondere natürlich der benachbarten Schweizerischen Eidgenossenschaft, mit der uns alte traditionelle und nachbarliche Freundschaft verbindet.

Gutes Einvernehmen besteht auch mit den Staaten, die einzeln anzuführen Sie mir erlassen wollen, die nicht unmittelbar an Österreich grenzen. Wir legen Gewicht darauf, auf wirtschaftlichem Wege in nahe Beziehungen zu kommen, beispielsweise mit Polen, einem Lande, mit dem uns auch vielerlei Kulturelles und Wirtschaftliches verbindet. Und jeder aufrechte Österreicher gehörte zu den Leidtragenden, als in der letzten Zeit Polen den Größten seiner Nation, den Marschall Pilsudski, verloren hat.

Wie gesagt, auch unsere übrigen Freunde in Europa und den anderen Weltteilen seien in diesem Zusammenhange in ihrer Gesamtheit erwähnt und der aufrichtigen Sympathien und des aufmerksamen Interesses versichert.

Nach wie vor verbinden uns insbesondere die freundschaftlichsten Beziehungen mit dem benachbarten Italien, bei dem Österreich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete verständnisvolles Entgegenkommen findet. Ich habe allen Grund, auch von dieser Stelle aus dem Chef der Königlich italienischen Regierung zu danken für das Entgegenkommen, das Österreich insbesondere in den schwersten Tagen des vergangenen Jahres und seither stets bei ihm gefunden hat (*Lebhafter, langanhaltender Beifall.*) Gerade diese Beziehungen zu Italien werden von der versteckten sogenannten nationalen Antipropaganda zu hemmungsloser Verhetzung des österreichischen Volkes mißbraucht. Daher auch hier ein ganz klares und offenes Wort. Ich stelle fest, daß Italien niemals auch nur den leisesten Versuch einer innerpolitischen Einmischung in Österreich unternommen hat (*lebhafter Beifall*) und daß die Fabel von der politischen Abhängigkeit in den Bereich tendenziöser Erfindung gehört. (*Rufe: Bravo!*) Daß wir mit Italien auf kulturellem Gebiet ein besonderes Abkommen getroffen haben, liegt wahrhaftig in der Linie gerade der besonderen Aufgabe, die wir auf nationalem Gebiet zu erfüllen haben, einer Aufgabe, die wir als moralische Verpflichtung empfinden (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), die für uns nicht eine Frage der Taktik ist, die man heute oder morgen wechselt (*Bravo-Rufe*), der wir uns niemals entziehen werden, auch dann nicht, wenn Böswilligkeit oder Unverstand uns an deren Erfüllung zu verhindern trachten.

Gewohnt mit zweierlei Maß zu messen, und allzu vergeßlich, wohl auch auf die Vergeßlichkeit spekulierend, wird versucht, mit historischen Reminiszenzen Österreichs herzliche Beziehungen zu Italien zu vergiften. Es ist klar, wir wären keine Patrioten, würden wir nicht mit tiefstem Schmerz des Kriegsverlustes und seiner Folgen, des Zusammenbruches des alten Vaterlandes, gedenken. Aber auch Österreich nimmt für sich das Recht in Anspruch, Realpolitik betreiben zu dürfen. Ehrliche freundschaftliche Beziehungen verbinden das neue Österreich mit dem neuen Italien, und schließlich ist auch das Deutsche Reich nicht das alte geblieben – nur die Alldeutschen in Österreich sind sich in Wirklichkeit gleichgeblieben. (*Lebhafte Heiterkeit und stürmischer, sich wiederholender Beifall.*) Es ist schon so, daß es bisweilen gefährlich ist auf österreichischem Boden gerade in diesem Zusammenhang historische Reminiszenzen anzustellen. Die historische Reminiszenz, wenn sie schon angestellt werden soll, kommt zu spät, und zwar um 70 Jahre. (*Stürmischer, sich immer erneuernder Beifall und Händeklatschen.*) Im Jahre 1866 wäre die letzte Gelegenheit gewesen, wenn wir schon davon sprechen sollen, historisch richtig zu denken, eine sonst vielleicht unaufhaltsame Entwicklung zu reparieren. Damals ging die „Stoß-ins-Herz“-Depesche von Florenz nach Berlin. Süd und Nord verbündeten sich gegen Österreich. Sogar eine Legion – eine wahrhaft tragische Parallelität – jenseits der Grenzen wurde ausgerüstet. Für diese Situation, die ohne alle Leidenschaft rein aktenmäßig festgestellt werden soll, gelten die beiden Zitate zweier berühmter Deutscher, der eine ein genialer österreichischer Dichter, der andere ein genialer reichsdeutscher Staatsmann und

Politiker. Der eine, der Österreicher Grillparzer, sagte: „Der deutsche Bund war nicht schlecht von Haus, gab auch Schutz in jeder Fährlichkeit, nur setzt er etwas Altmodisches voraus, die Treue und die Ehrlichkeit.“ Und der andere, der Politiker, der um die gleiche Zeit der Öffentlichkeit seine Meinung kundgab, der geniale Bismarck sagte: „Wo es sich um die Existenz des Staates handelt, da kenne ich kein Recht, alliiere ich mich auch mit der Revolution und wo ich Hilfe finde.“ Aber auch die weitere, gegen das neue Österreich erhobene Argumentation geht in die Irre und vermag einer sachlichen Prüfung nicht standzuhalten: der Versuch einer künstlich großgezogenen Propaganda für eine Volksabstimmung. Mancher österreichische Nationalsozialist rechnet vielleicht darauf, bei den parlamentarisch-demokratisch orientierten Mächten des Westens mit dieser Forderung auf Sympathie und Verständnis zu stoßen. Aber auch hier gilt das gleiche: Zu spät! Wir hatten eine Volksabstimmung am 25. Juli! (*Stürmischer, sich erneuernder Beifall und Händeklatschen.*) Und auch an den nachfolgenden Tagen und beim Leichenbegängnis des Führers. Und auf dem Wiener Heldenplatz und seither fast Sonntag für Sonntag landauf, landein. Keine Gemeinde gibt es, in der nicht der erzerne oder steinerne Stimmzettel des Dollfußplatzes oder der Dollfußstraße, des Dollfuß-Gedächtnisses zu finden ist. Wahrhaftig, nicht von uns arrangiert und gewollt und nicht von uns verschuldet, wurde abgestimmt, mit Blut, mit kostbarem, jedem Österreicher unvergeßlichem Blut. Es gilt! Das Ergebnis bleibt: Das freie, nach allen Seiten unabhängige Österreich! (*Enthusiastischer, sich immer wiederholender Beifall und Händeklatschen. Das Haus erhebt sich unter fortgesetzten Beifallskundgebungen und Hochrufen.*)

Dazu ein anderes, mehr juristisches Argument. Das Programm derer, die die Volksabstimmung bei uns fordern, bekennt sich zur notwendigen Überwindung der parlamentarisch-demokratischen Formen mit der Begründung, daß dieserart weder eine verantwortliche aktive Staatsführung noch auch der wahre Wille des Volkes zum Ausdruck gebracht, beziehungsweise eingesetzt werden könne, eine Argumentation, mit der wir bekanntlich im neuen Österreich durchaus konform gehen. Wenn dem aber so ist, dann ist es unlogisch, die Anwendung dieser so heftig bekämpften Einrichtung, die man eben deshalb bekämpft, weil sie nicht den wahren Volkswillen zum Ausdruck bringen kann, für sich fallweise zu fordern, nur weil man hofft, auf diese Weise einen Vorteil erlangen zu können. (*Lebhafte Zustimmung.*) Die Formen der parlamentarischen Demokratie von gestern sind auch bei uns überwunden. Unsere Verfassung sieht die Möglichkeit einer Volksbefragung vor, aber Zeitpunkt, Thema, Art und Begründung werden jene bestimmen, die Österreich verfassungsmäßig vertreten und die Verantwortung tragen: und das sind wir, die wir jetzt hier in diesem Saale beisammen sind. (*Stürmischer Beifall.*) Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß ist während seiner mehr als zweijährigen Amtstätigkeit, bis zu seiner Ermordung, immer wieder auf diese bedauerliche und unbefriedigende Entwicklung unserer Beziehungen zum Deutschen Reich zurückgekommen. Ich kann da nur das wiederholen, was Dollfuß unun-

terbrochen in aller Öffentlichkeit sagte: „Die von uns weiß Gott nicht gewollte Spannung erfüllt uns mit ehrlicher Trauer; sie hat seit über zwei Jahren das friedliche und ersprießliche Nebeneinanderleben der beiden deutschen Staaten, wie wir es seit Jahren gewohnt waren, auf das empfindlichste zu stören vermocht.“ Ich vermeide es absichtlich, all die tiefbedauerlichen Vorfällenheiten anzuführen, die diese Spannung in den letzten zwei Jahren eindeutig gekennzeichnet haben. Wenn wir auch die tragischsten dieser Momente niemals zu vergessen vermögen, so sind wir Österreicher doch keineswegs nachträglich und jedermann gegenüber stets gerne bereit, in eine uns gebotene Friedenshand ehrlich einzuschlagen. Aber bisher haben wir sie noch nicht deutlich gesehen.

Die natürliche und unverrückbare Voraussetzung für eine Normalisierung dieses Verhältnisses ist und bleibt für die Bundesregierung und die geschlossene Mehrheit der friedliebenden und deutsch fühlenden Bevölkerung Österreichs – es kann dies hier nicht oft genug betont werden – die rückhaltlose Anerkennung der Berechtigung Österreichs, über sein Schicksal selbst frei und ohne offene oder versteckte Einflußnahme von Faktoren oder Strömungen außerhalb seiner Grenze entscheiden zu können. (*Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Vor einigen Tagen nun hat der Herr Reichskanzler in seiner großen Rede zu den Problemen Stellung genommen, die die Welt bewegen. Hiebei hat er auch die österreichische Frage gestreift und Auffassungen niedergelegt, die einer deutlichen Stellungnahme österreichischerseits bedürfen. Was der Herr Reichskanzler über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens sagte, wird natürlich auch unseits restlos unterschrieben. Österreich wünscht nichts sehnlicher, als daß der Menschheit eine neuerliche Katastrophe erspart bleibe, und Österreich ist überall dort zu finden, wo Bemühungen am Werke sind, um ein solches Unglück zu verhindern. (*Beifall.*) Die Frage der Pakte und der Vereinbarungen, die derzeit die internationale Diskussion bewegen, ist für uns ausschließlich aus diesem Gesichtswinkel einer ehrlichen und aufrichtigen Friedenspolitik zu betrachten. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, daß Deutschland weder die Absicht noch den Willen habe, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen, diese Erklärung nehmen wir mit Befriedigung und Genugtuung zur Kenntnis. Ebenso die grundsätzliche Bereitschaft, internationalen Vereinbarungen zuzustimmen, die in wirksamer Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere Staaten unterbinden und unmöglich machen. Wir halten schließlich weiters auch die Forderung nach genauer Definition des Begriffes Einmischung für berechtigt, eine Forderung, die der Herr Reichskanzler in seiner Rede gleichfalls aufstellt. Wir halten sie für berechtigt um so mehr, als niemand klarer als Österreich aus seiner eigenen jüngsten Geschichte Beiträge zu dieser Begriffsbestimmung zu liefern vermag. (*Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.*) Beiträge, die in der ganzen Welt bekannt sind, und zwar ohne unser Zutun, denn die Ereignisse haben für sich gesprochen, und Gräber kann man nicht verschweigen.

Es besteht keinerlei Gefahr, daß etwa Österreich, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede formulierte – allerdings ohne direkt in diesem Zusammenhang den Namen unseres Staates zu nennen – „jede innere Erhebung sofort als eine auf äußere Einflüsse zurückzuführende Einmischung umzudeuten versuchen würde“. Wenn sich die Dinge so verhielten wie 1933 und 1934 in Österreich, so bedürfte es wahrhaftig keiner Deutung.

Wie bereits erwähnt: Tatsachen sprechen für sich, abgesehen davon, daß umzudeuten niemals Österreichs Art ist. (*Lebhafter Beifall.*) Der weiters kundgegebene Auffassung, daß das Regime in Österreich nicht vom Volk getragen sei, muß entgegengehalten werden, daß diese Auffassung als sachlich unzutreffend größtes Befremden zu erregen geeignet ist. Abgesehen davon handelt es sich aber hiebei um eine typische, rein innerösterreichische Angelegenheit (*lebhafteste Zustimmung*), die einer offiziellen Beurteilung oder Wunschmeinung dritter Stellen niemals unterliegen kann. (*Lebhafter Beifall.*)

Schließlich und endlich müßte Österreich es ablehnen, über das Thema: Gewalt als Grundlage eines Regimes, zu diskutieren, dann, wenn nicht unter Gewalt überall das nämliche verstanden wird! (*Heiterkeit, lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Aber ein weiteres kann hier nicht verschwiegen bleiben: die engen Beziehungen, in die im Zusammenhang der Rede Österreich mit der benachbarten Schweiz gebracht wurde, klingen uns durchaus erfreulich, nicht nur deshalb, weil wir – wie bereits erwähnt – bei aller Verschiedenheit der inneren staatlichen Struktur doch so viele traditionelle Beziehungen und enge Freundschaft mit dem schweizerischen Nachbar haben, als vielmehr deshalb, weil mir darin doch irgendwie das Anerkenntnis zu liegen scheint, daß es notwendig sei, den Deutschen überall in der Welt gleich zu behandeln, daß es also notwendig und zweckmäßig sei, den deutschen Schweizer nicht anders zu behandeln wie den deutschen Österreicher. (*Beifall.*)

Da sind wir nun aber beim entscheidenden Punkt angelangt. Gestatten Sie mir, daß ich das zum Abschluß als Forderungsprogramm Österreichs auf politischem Gebiete in drei kurzen Formeln fasse. Was Österreich für sich fordert und glaubt, mit Recht für sich fordern zu können, ist: erstens die grundsätzliche gleiche Behandlung (*Beifall*), zweitens die Zuerkennung grundsätzlich des gleichen Rechtes und drittens die Anerkennung der gleichen Ehre! (*Stürmischer, lang anhaltender, sich wiederholt erneuernder Beifall.*) Über alles andere kann man mit den Österreichern reden, über diese drei Punkte niemals. (*Erneuerter stürmischer minutenlanger Beifall.*) So möchten wir denn, gerade wir, die wir aus eigenem Erleben einmal schon den Verlust eines Vaterlandes mitgemacht haben, die wir die Zeit des Zusammenbruches in Erinnerung tragen, niemals vergessen, daß es auf uns und auf uns in erster Linie jetzt ankommt, daß eine Wiederholung eines ähnlichen Vorganges in unserem Land vermieden werde, daß es jetzt darauf ankommt, trotz aller Schwierigkeiten, alles zusammenzufassen, was aufrechten österreichischen Willens ist. Und wenn da und dort eine Meinungsverschiedenheit, die kommen

kann wie überall in der Welt, uns zu trennen sich anschickt, dann müssen die zwei, die sich streiten, im gleichen Atemzug das eine rufen: Es lebe das Vaterland! *(Brausender, minutenlang währender Beifall und Händeklatschen. – Die Abgeordneten, die sich von ihren Sitzen erhoben haben, bringen dem Bundeskanzler unter begeisterten Rufen „Hoch Schuschnigg!“ und „Österreich!“ stürmische Huldigungen dar, in die auch die Galerien einstimmen; unter sich stets erneuernden Ovationen begeben sich die Abgeordneten zur Ministerbank, um den Bundeskanzler zu beglückwünschen.)*

[...]

1535

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 282/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 29. Mai 1935

Anknüpfend an unser Gespräch über die Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrages (mein heutiger Bericht Zl. 281/Pol)¹ und in teilweiser Wiederholung und Ergänzung einer Unterhaltung, die der Herr Aussenminister mit Herrn Gesandten Pflügl in Genf hatte, sagte mir Herr Dr. Beneš Nachstehendes:

Er habe im Sinne der Unterredung mit Euer Exzellenz in Tabor mit den Franzosen und Italienern gesprochen und diesen unsere Pläne und Absichten erläutert. Er habe insbesondere im Anschluss an die Argumente, die Euer Excellenz entwickelt haben, betont, dass der Angelpunkt der Situation im Donauraume derzeit in dem italienisch-jugoslavischen Verhältnisse liege. Diesen Standpunkt halten auch die Jugoslawen für richtig, sie seien bereit, sich mit Italien zu verständigen. Die Franzosen hätten den Mitteilungen Dr. Beneš's zur Gänze zugestimmt. Etwas ungeklärt sei derzeit noch die Haltung Italiens. Trotzdem die Probleme im allgemeinen die gleichen geblieben sind, hätten sich in Genf merkwürdige Schwankungen in der Politik gezeigt, die Jene, die nicht auf den Grund der Dinge sehen, leicht irritieren könnten. Dieses Schwanken habe seine Gründe: Italien habe sich in Abessinien eingelassen, und dies beschwere die italienische Aussenpolitik zur Zeit sehr. Alle, die mit Italien etwas auszutragen haben, reiben sich die Hände und sind der Ansicht, dass Italien, embombé [embourbé] jusqu'au cou, von seinem Engagement in Abessinien für die nächsten zehn Jahre genug habe und aus diesem Aben-

¹ Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 281/Pol., Prag 29.5.1935 – AdR, Gesandtschaft Prag.

teuer schliesslich besiegt hervorgehen werde. Diese Interessenten erwägen daher jetzt schon, wie man die Situation für sich exploitiern könnte. Und an der Spitze dieser Interessenten stehe Deutschland. Italien, so meint man, werde in der nächsten Zeit nicht die Kraft aufbringen, seine mitteleuropäische Politik wie bisher zu betreiben und werde in dieser Hinsicht nachgeben müssen. In der gleichen Front mit Deutschland stehen hiebei die Balkanstaaten, die sich anschicken, den Italienern bestimmte Bedingungen zu stellen. In diesem Zusammenhange sei auch die Balkanreise Herrn Görings zu verstehen. „L'Allemagne dédouble l'action dans le balcan.“ Die Reise des Ministerpräsidenten Göring habe keinen anderen Zweck, als die Lösung des Problems im Donaauraum zu verhindern, die Aktion sei nur zu deutlich gegen Italien gerichtet.

Er, Dr. Beneš, sehe diesem Intrigenspiel mit grösster Ruhe zu. Entweder werden unsere Pläne im Donaauraum gelingen oder sie werden nicht gelingen, und dann werde sich der Druck auf Deutschland verstärken und die gespannte Situation noch mindestens zwei Jahre dauern. Ganz lehrreich sei übrigens auch die in den heutigen Tagesblättern veröffentlichte Rede Baldwins. Das Bestreben Hitlers gehe dahin, seine Situation gegenüber England zu erleichtern, um freie Hand in Mitteleuropa zu haben. Wir seien kurz und gut mitten in politische Manöver hineingeraten, die alle unsere Pläne zu nichte machen wollen. Ein jeder müsse sich die angeführten zwei Eventualitäten vor Augen halten: entweder es gelingen uns unsere Projekte und dann sind wir für lange Zeit gesichert, werden Frieden und wirtschaftliche Prosperität geniessen, oder die Dinge werden eventuell bis zum Kriege treiben. In welche Richtung das österreichische und das tschechoslowakische Interesse gehe, sei mehr als klar.

Wie schon erwähnt, entfalte die Balkanentente eine grosse Rührigkeit, sie hat ganz grosse Bedingungen für ihr Einverständnis mit einer Ordnung der Dinge in Mitteleuropa aufgestellt. Obzwar es sich um Freunde der Tschechoslowakei handle, opponiere Herr Dr. Beneš diesen Bedingungen dennoch und er sei dagegen, dass die Türkei und Griechenland in irgend einer Form zur Mitbestimmung in Mitteleuropa beigezogen werden. Die Balkanentente müsse von Mitteleuropa fern gehalten werden, ihre Probleme dürfen mit dem österreichischen Problem in keiner Weise verquickt werden. Dies müsse sich Italien vor Augen halten und seine Sachen mit der Balkanentente schnellstens bereinigen. Dr. Beneš meint, dass sich diese Bereinigung durch Nichtangriffspakte zwischen Italien und den Balkanstaaten erzielen liesse. Auch Frankreich sei derselben Ansicht. Nur dann, wenn Italien den Balkanstaaten in dieser Richtung gewisse Konzessionen macht, hätten wir den Weg frei.

Herr Dr. Beneš hat mit Baron Aloisi in Genf darüber gesprochen und Baron Aloisi sei mit dieser Anschauung in Bezug auf Jugoslawien, Griechenland und die Türkei einverstanden gewesen, fragte jedoch, was wohl Rumänien dabei zu suchen habe. Die Abneigung Italiens, einen Nichtangriffspakt mit Rumänien abzuschliessen sei aber eine reine Prestigesache, eine Revanche für manche Eskapaden Herrn Titu-

lescus, und Herr Dr. Beneš glaubt, dass Italien schliesslich und endlich auch in diesem Punkte nachgeben werde.

Als Herr Mussolini jüngst die Rede des deutschen Reichskanzlers günstig kritisierte, so sei darin nur die taktische Absicht zu erblicken gewesen, England und Frankreich zu schrecken. Alles wegen Abessynien. Inzwischen habe aber Herr Mussolini erkannt, dass die Dinge mit Abessynien nicht so einfach liegen, dass die Interessen Italiens an der Brennergrenze vielleicht wichtiger als in Afrika seien und er scheine sich wieder auf die europäische Front zu besinnen.

Herr Dr. Beneš wollte mir gegenüber ausdrücklich auf diese Lage der Dinge hinweisen, um uns davon abzuhalten, aus allen diesen Manövern und Taktiken etwa ungünstige Schlüsse auf die Möglichkeit der Verwirklichung unserer Pläne in Mitteleuropa zu ziehen. Wenn sich Italien in der letzten Zeit freundlich gegen Deutschland verhalten habe, so sei dies reine Taktik, man habe nicht damit gerechnet, dass sich England so stark für Abessynien engagieren werde. Die Reise Herrn Görings hat Italien sehr erschreckt, umso mehr als es evident sei, dass die Balkanstaaten diese Reise gegen Italien ausnützen werden. Und auch aus diesem Grunde werde Herr Mussolini wieder nach Mitteleuropa zurückfinden. Herr Dr. Beneš werde sich keinesfalls durch diese nach allen Regeln der Kunst geführten sehr verwickelten diplomatischen Manöver von seiner Linie abbringen lassen.

Praktisch sieht Herr Dr. Beneš die Situation so:

- 1.) Das Lebensproblem Italiens liegt nicht in Abessynien sondern am Brenner.
- 2.) Zar Boris wird sich sehr in Acht nehmen, dass er sein Land nicht noch einmal so engagiert, wie es in den drei letzten Balkankriegen der Fall war. Die übrigen Balkanstaaten würden neuerlich im gegebenen Moment über Bulgarien herfallen.
- 3.) Jugoslawien wird Deutschlands Hilfe gegen Italien benützen, so weit es geht, schliesslich werde es sich aber in keiner Weise und in keiner Richtung von Prag losreissen.
- 4.) In Bukarest werde man allfällige Annäherungsversuche Herrn Görings akzeptieren und bis man genug Weizen und anderes nach Deutschland verkauft haben wird, werde man trotzdem seine Politik nach Paris richten. Rumänien könne nach den Paris-Moskauer Abmachungen keine andere Politik machen, als sich auf der Linie Paris-Moskau zu bewegen, dies sei durch die Natur der Dinge gegeben.

Aus all dem Gesagten wäre zu folgern, dass sich weder die Tschechoslowakei noch Oesterreich durch alle diese Manöver aus seiner Ruhe bringen lassen und von der eingeschlagenen Linie nicht abrücken sollen. Es könne uns nichts geschehen und nur, wenn wir den momentanen Strömungen nachgeben würden, wäre es gefehlt. „Wir wollen und werden“, sagte Herr Dr. Beneš mit erhobener Stimme, „das Donauprobem lösen, die übrigen sollen machen was sie wollen. Plus ce que ça change, plus c'est la même chose.“ Es sei ein verzauberter Kreis in dem wir beide uns bewegen, doch sei unsere Verbundenheit mit dem mitteleuropäischen Problem schicksal-

gegeben und deshalb müssen wir handeln. Momentan zumindest stehen die Dinge so, dass sich um das österreichische Problem Krieg und Frieden drehen. Zum Schluss sagte mir Herr Dr. Beneš noch, er habe Eure Exzellenz sehr schätzen gelernt und habe den Eindruck, dass der österreichische Aussenminister genau weiss was er will. Deshalb werde er, Dr. Beneš, Sie auch in Ihren taktischen Erwägungen nicht stören und er hege die besten Hoffnungen auf eine gedeihliche Zusammenarbeit.

1536

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 294/Pol. (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 4. Juni 1935

Die Erledigung der mir mit Erlass Zl. 34.765-13 vom 31. Mai l. J. erteilten Aufträge habe ich zum grössten Teil schon in meinem Bericht vom 29. Mai l. J. Zl. 282/Pol vorweggenommen.¹ Trotzdem begab ich mich heute nochmals zu Herrn Dr. Beneš um ihn um einige weitere Aufklärungen zu ersuchen und ich erlaube mir über diese Unterredung folgendes mitzuteilen.

Die Annahme des Herrn Gesandten Pflügl, bzw. Herrn Bargetons, dass Herr Dr. Beneš den Text eines Donaupaktentwurfes vorbereitet habe oder vorbereite, trifft nicht zu und sie dürfte auf folgenden Umstand zurückzuführen sein:

In Genf hat ein gemeinsames Abendessen der Vertreter der Kleinen Entente und der Balkanentente mit Herrn Laval stattgefunden. Hiebei sei über den bevorstehenden Donaupakt lebhaft diskutiert worden und es seien namentlich von den Vertretern der Balkanstaaten mitunter auch ganz merkwürdige Postulate aufgestellt worden. Dr. Beneš habe sich vorerst an dieser Diskussion nicht beteiligt, sondern habe die Herren ausreden lassen und erst zum Schluss als letzter das Wort ergriffen, um die einzelnen Meinungsäusserungen zusammenzufassen und unter Betonung seines eigenen Standpunktes einen Vermittlungsvorschlag für Herrn Laval zu formulieren. Herr Laval habe der Ansicht Herrn Dr. Beneš's zugestimmt und ihn ersucht, die Sache nochmals und möglichst im Detail, am nächsten Tag mit Herrn Bargeton durchzubesprechen.

Diese Unterredung hat, wie auch Herr Gesandter Pflügl berichtet, tatsächlich stattgefunden und Herr Dr. Beneš hat nochmals, in Zusammenfassung aller von seinen

¹ ADÖ 10/1535.

Verbündeten am Vortag geäußerten Meinungen und Wünsche, Herr Bargeton seine eigenen Ansichten darüber mitgeteilt, was von diesen Wünschen durchführbar zu sein schien und was seiner Ansicht nach etwa anders gemacht werden müsste. Daraus dürfte vielleicht bei Herrn Bargeton der Eindruck entstanden sein, es bestehe ein bestimmtes „projet Dr. Beneš“. Ihm, Dr. Beneš, sei es aber vollkommen fern gelegen, etwas Bestimmtes zu formulieren und er habe nur seine Ansicht mitgeteilt und er überlasse die Formulierung den Franzosen und Italienern. Dass er hiebei vollkommen loyal vorgehe, möge man daraus ersehen, dass er am nächsten Tage alles, was er Herrn Bargeton gesagt, auch im Detail Herrn Aloisi mitgeteilt habe.

Herr Dr. Beneš holte seine Aufzeichnungen über seine Unterredung mit Herrn Bargeton hervor und wiederholte mir an der Hand dieser Aktennotizen in grossen Zügen das, was er Herrn Bargeton gesagt.

Seiner Ansicht nach müsste, um den Donaupakt zu ermöglichen vorerst Folgendes geschehen:

- 1.) Italien müsste *Nichtangriffspakte* mit den einzelnen Staaten der Balkanentente schliessen.
- 2.) Italien müsste sich mit Jugoslawien hinsichtlich aller zwischen diesen beiden Staaten schwebenden Probleme einigen, nicht nur in Bezug auf Oesterreich. (Dies sei übrigens auch die Ueberzeugung des österreichischen Aussenministers.)

Erst wenn diese Bedingungen erfüllt wären, könnte man an ein System der Verträge de l'assistance mutuelle schreiten und zwar wären derartige bilaterale Unterstützungspakte abzuschliessen zwischen Oesterreich und Italien, Oesterreich und Jugoslawien, Oesterreich und der Tschechoslowakei, ferner zwischen Italien und der Tschechoslowakei und Italien und Jugoslawien.

Was Italien anbelangt also: Nonaggression mit den Staaten der Balkanentente, assistance mutuelle unter uns. Daraus folgt also, dass die in dem Erlass vom 28. Mai l. J. Zl. 34.730-13 enthaltene Annahme, Italien hätte mit allen Staaten der Balkanentente Hilfeleistungsverträge abzuschliessen, nicht richtig zu sein scheint. Ich beehre mich hiebei auch auf meinen eingangs zitierten Bericht Zl. 282/Pol vom 29. Mai hinzuweisen, wonach Herr Dr. Beneš auch nur von *Nichtangriffspakten* zwischen Italien und den Staaten der Balkanentente gesprochen habe.²

Durch diese Nichtangriffspakte sollten nach Ansicht Herrn Dr. Beneš's die Türkei und Griechenland befriedigt werden, damit sie nicht ganz ausserhalb der Kombination bleiben und zwischen ihnen und Italien ein Einvernehmen hergestellt werde. Anderenfalls könnte bei diesen Staaten der Eindruck erweckt werden, dass Italien die Balkanentente zerschlagen wolle und in dieser Richtung seien die Balkanstaaten sehr empfindlich. Aus diesem Grunde halte Dr. Beneš den Vorschlag für gut, Italien möge mit allen vier Staaten der Balkanentente Nichtangriffspakte schliessen.

² ADÖ 10/1535.

Ursprünglich ging das Bestreben der Türkei und Griechenlands dahin, direkt am Donaupakt teilzunehmen und dagegen habe sich Italien mit Recht gewehrt. Herr Dr. Beneš habe es viel Arbeit gekostet, seine Freunde davon zu überzeugen, dass es gar nicht angängig sei, dass z. B. auch die Türkei die österreichische Selbstständigkeit garantiere. Herr Tewfik Ruschdi scheine darauf nur deshalb zu bestehen, um sich seinen Verzicht von Italien irgendwie abkaufen zu lassen, allenfalls durch Konzessionen im Mittelmeer. Man dürfe nicht vergessen, dass die Konstruktion der Balkanentente ebenso wie die der Kleinen Entente so ist, dass die einzelnen Staaten ihre Zustimmung geben müssen, wenn ein Mitglied der Entente mit anderen Staaten politische Verträge abschliessen will. Und so drohen denn auch die Türkei und Griechenland den Rumänen und Jugoslaven, ihnen den Beitritt zum Donaupakt nicht zu erlauben, wenn sich Italien nicht vorher mit ihnen auseinandergesetzt haben wird. Des Weiteren habe Herr Dr. Beneš mit Herrn Bargeton über die Definition des Begriffes „*Einmischung*“ gesprochen. In dieser Richtung betrachte Herr Dr. Beneš es als opportun, vorher zu präzisieren, was „*Nichteinmischung*“ sei und in diesem Rahmen liege eine prinzipielle Frage: Angenommen es käme in Wien ein Nazisystem zur Regierung. Können in diesem Falle die Nachbarstaaten sagen, dass sie mit einer solchen Regierung nicht zusammenarbeiten werden, ohne dass man hier von einer Einmischung spräche? Herr Dr. Beneš glaubt diese Frage bejahen zu sollen, weil es sich ja in einem solchen Fall doch nur um einen „camoufflierten Anschluss“ handeln würde.

Es wäre nach Ansicht Herrn Dr. Beneš's sehr wichtig, wenn sich diese Auffassung herumsprechen würde und wenn die vorraussehenden Menschen in Oesterreich, aber auch die Massen der Bevölkerung es wüssten, dass eine Naziregierung in Wien die vollständige Isolierung des Landes zur Folge hätte. Sie müssten sich dessen bewusst werden, dass Oesterreich eine solche Isolierung nicht lange aushalten könnte und müssten sich daher konsequenterweise sagen, dass man sich in ähnliche Abenteuer nicht einlassen dürfe.

Hier möchte Herr Dr. Beneš bemerken, dass dieser Gedanke nicht seine Erfindung sei und dass es sich um eine alte Idee handle. Er, Dr. Beneš, sei ein Gegner des militärischen Einschreitens zum Schutze der österreichischen Selbstständigkeit immer gewesen, da er z. B. für den Fall eines italienischen Einmarsches immer auch die Einmischung der Jugoslaven gefürchtet habe. Diese Bedenken habe er dem Quai d'Orsay nicht verschwiegen und er habe die französischen Politiker aufgefordert, irgend etwas anderes zu suchen und so sei zuerst bei den Franzosen die Idee des Boykotts entstanden.

Es müsste also, habe er Herrn Bargeton auseinandergesetzt,

- 1.) darüber eine Einigung erzielt werden, was *nicht* als Einmischung zu betrachten wäre, das heisst also, was man im gegebenen Fall machen könne und dürfe
- 2.) wäre die Gelegenheit zu benützen, um das *droit d'asyle* genau zu präzisieren
- 3.) gleichzeitig auch die Rechte der Emigranten in den einzelnen Statten zu umschreiben.

Auf die beiden letzten Punkte würde Dr. Beneš grossen Wert legen, weil man sich so auf elegante Weise der ewigen Schwierigkeiten mit den Emigranten entledigen könnte. Eine internationale Regelung dieser Frage würde z. B. auch ihm die Handhabe bieten, um sich von den ewigen Störungsversuchen der österreichischen Emigranten in der Tschechoslowakei zu befreien.

4.) In den Begriff der Einmischung oder Nichteinmischung müsste man nach Ansicht Dr. Beneš's das Prinzip einbauen, dass das entscheidende Wort darüber, ob im konkreten Falle eine Einmischung vorliege oder nicht, die zuständige Regierung zu sprechen habe. Zum Beispiel also: Der italienische Gesandte erscheint am Ballhausplatz und bringt irgend einen Wunsch vor. Es wird ihm Rechnung getragen. Darauf erscheint der deutsche Gesandte und verlangt dasselbe. Es wird abgelehnt. Hieraus schreit Deutschland, dass sich Italien in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmische. Dies darf nicht als Einmischung angesehen werden, wenn es die österreichische Regierung selbst als solche nicht empfindet.

Es müsste also der Begriff der Einmischung objektiv definiert werden, als letzter Punkt müsste aber auch eine subjektive Beurteilung des Falles erlaubt sein. Diesen Punkt halte Herr Dr. Beneš für sehr wichtig, er habe dies auch Herrn Aloisi auseinandergesetzt und bei diesem ein grosses Verständnis hiefür gefunden.

Dies seien im grossen und ganzen die Ideen gewesen, die Herr Dr. Beneš Herrn Bargeton in Genf entwickelt habe, die Formulierung überlasse er ganz dem Quai d'Orsay, oder den Italienern. Er selbst sei weit entfernt von jeder ambition d'auteur und er wolle nicht, dass man ihn wieder verdächtige, er habe irgendwelche Absichten, Pläne und Vorschläge, denen man, wie er aus Erfahrung wisse, sofort alle möglichen Nebengedanken unterschieben würde. Nur dann, wenn er darum ausdrücklich ersucht werden sollte, würde er sich zu einer konkreten Formulierung seiner Ideen bereit finden.

Im Pakt selbst, meinte schliesslich Herr Dr. Beneš, hätte selbstverständlich nur die einfache Definition des Begriffs Einmischung oder Nichteinmischung aufgenommen zu werden. Die genaue Präzisierung dessen, was Nichteinmischung ist, wäre einem separaten Protokoll vorzubehalten.

Ich brachte hierauf die *Haltung Deutschlands zur Paktfrage* zur Sprache. Dr. Beneš rechnet damit, dass Deutschland das Zustandekommen des Donaupaktes zu stören oder vollkommen zu hintertreiben versuchen wird, genau so, wie es beim Ostpakt der Fall gewesen sei. Es werde seiner Ansicht nach der Moment kommen, wo wir uns alle werden fragen müssen, ob wir den Mut aufbringen, trotzdem den Donaupakt zu schliessen. Wahrscheinlich werde es hier ein Entweder Oder geben. Aehnlich sei es beim Abschluss des tschechoslowakisch-russischen Paktes gewesen. Dr. Beneš habe immer einen allgemeinen europäischen Pakt vorgezogen, weil er es perhorresziere, sich mit einem Staat gegen einen anderen zu verbünden. Erst als es evident war, dass ein allgemeiner Pakt nicht zu erzielen sei, habe er sich entschlossen, den russischen Pakt zu machen. Er habe sich hiebei allerdings

selbst limitiert und werde den Russen nicht mehr geben, als was sich mit den Bestimmungen des Völkerbündpactes verträgt. Dadurch, dass die gegenseitige Hilfeleistung an den Völkerbündpact gebunden wird, könne niemand dagegen etwas einwenden und er könne daher auch im konkreten tschechoslowakisch-russischen Fall, die Rückfragen Deutschlands und Polens ruhig beantworten.

In den Völkerbündpact müssen denn auch seiner Ansicht nach unsere mitteleuropäischen Hilfeleistungsverträge eingebaut werden. Und was den Einspruch Deutschlands anbelangt, dass dieses mitteleuropäische Hilfeleistungsverträge nicht anerkenne bzw. nicht dulden wolle, so komme es wie gesagt nur auf den Mut an, sich über diesen Einspruch hinweg zu setzen. Die Tschechoslowakei sei bereit, trotz des deutschen Einspruchs die Hilfeleistungsverträge abzuschliessen, wenn Frankreich, Italien und die Partner der Kleinen Entente sie ebenfalls abzuschliessen bereit sein werden. Schliesslich dürfe hiefür immer auch die Tür für Deutschland offenbleiben.

Dr. Beneš glaubt übrigens in der von Deutschland eingeschlagenen Taktik ein Manöver zu sehen, wie er mir bereits vor einigen Tagen (mein Bericht Zl. 282/Pol)³ auseinandergesetzt hatte. In unsere Verhandlungen über den Donaupact sei die abessynische Frage dazwischen gekommen und Italien sei wider Erwarten auf einen stärkeren Widerstand bei England gestossen. Dazu kommt, dass Italien in Genf den Eindruck hatte, dass die Balkanstaaten allzu grosse Ansprüche an das Königreich zu stellen geneigt seien. Dies habe Deutschland bemerkt und habe sofort eingegriffen. Italien sah somit Schwierigkeiten für sich in Afrika, am Balkan und mit Deutschland. Dies sei für Italien zu viel und es beginnt zu drohen, dass es Mitteleuropa fallen lassen werde. Es tue so, als ob es sich mit Deutschland einigen wollte, um Abessynien zu bekommen. Dies dürfte aber nur die momentane *taktische Linie* Herrn Mussolinis sein. „Es werde aber nicht so heiss gegessen wie es gekocht wird und wir müssen eben warten, bis die Suppe auskühlt“, meinte hiezu Herr Dr. Beneš. Immerhin sei die Sache bedauerlich, weil sie uns wahrscheinlich viel Zeit kosten wird und die Verwirklichung der guten Absichten, die wir hatten, wieder hinausschiebt. Aus Rom habe man dem Aussenminister sagen lassen, dass man seine loyale und entgegenkommende Haltung in der Frage des Donaupactes anerkenne, dass aber leider von anderer Seite Schwierigkeiten aufgetaucht seien. Es handle sich also wieder einmal um eines der vielen Grossmachtmanöver, deren Rechnung die kleinen Staaten zu bezahlen haben. Oesterreich habe dies in der Vergangenheit ohnehin schon zur Genüge verspürt, ebenso die Tschechoslowakei, trotzdem sie sich bisher, immerhin noch wirksamer als Oesterreich, gegen derartige Manöver wehren konnte. So lange wir Kleinen nicht unsere eigene Politik einvernehmlich und gemeinsam machen werden, dürften wir immer ein Spielball der Grossmächte bleiben. Wenn wir nicht endlich den Mut aufbringen, unsere eigene Politik ohne die Grossmächte zu machen, werden wir immer draufzahlen.

³ ADÖ 10/1535.

So werde es auch, fürchte Herr Dr. Beneš, jetzt der Fall sein und er befürchte insbesondere für Oesterreich aus der Verzögerung der Paktverhandlungen neue Schwierigkeiten. Er glaube durch diese Feststellung nur Fakten zu konstatieren, ohne irgend jemandem Vorwürfe machen zu wollen.

Der Minister kam bei dieser Gelegenheit neuerlich auf seinen Vertrag mit Russland zu sprechen, den er auch schon deshalb abgeschlossen habe, um die Position der Tschechoslowakei zu stärken. In Mitteleuropa seien bisher von den Grossmächten Deutschland und Italien interessiert gewesen, die die kleinen Staaten hin und her gezogen hatten, jetzt habe Dr. Beneš auch Russland an Mitteleuropa interessiert und es sei nunmehr eine dritte Grossmacht da, durch welche die beiden anderen geschwächt werden. Dabei dürfe man aber nicht etwa glauben, dass die Tschechoslowakei geneigt sein könnte, sich mit Russland irgendwie weiter als unbedingt notwendig einzulassen. Wenn sich z. B. Russland einbilden sollte, tschechisches Territorium für seine eigenen Zwecke benützen zu können, so würde es sich täuschen. Auch von Panславismus sei keine wie immer geartete Rede. Dr. Beneš will weder à la merci de l'Allemagne noch à la merci de l'Italie oder de la Russie leben. Er habe oft genug in Deutschland wissen lassen, dass er zu jedem Pakt mit diesem Staat bereit sei, damit Deutschland nicht das Gefühl habe, die Tschechoslowakei sei des Reiches Feind.

Der Minister glaube richtig zu sehen, wenn er behaupte, dass Oesterreich die gleichen Interessen und die gleichen geographischen Notwendigkeiten habe wie die Tschechoslowakei. Diese Gleichheit der Interessen soll und wird uns zwangsläufig einander näher bringen und daran sollen wir uns nicht von den Manövern der Grossmächte beirren lassen.

Wenn er uns einen Rat geben dürfe, so würde uns Dr. Beneš nahelegen, unser Ziel nicht aufzugeben, ruhig auf der eingeschlagenen Bahn weiter zu gehen, sich durch keine momentane Aenderung in der Politik stören zu lassen, sondern im Gegenteil, wie bisher die Dinge *aktiv* mit Beschleunigung weiter zu treiben. Und sollte eine Grossmacht nicht genug schnell vorwärts gehen wollen, so mögen wir es bei der anderen versuchen und insistieren und schliesslich ohne Rücksicht auf die Grossmächte mit unseren kleinen Nachbarn weiter verhandeln.

Wir sollen uns nicht als Instrument in der Hand der Grossmächte betrachten und nicht darunter leiden müssen, weil gerade jetzt z. B. Abessinien dazwischen gekommen sei. Dr. Beneš sei überzeugt, dass Italien, wenn es sehen werde, dass wir uns nicht beirren lassen, wieder mit uns marschieren werde. Es räche sich jetzt der Fehler, den Italien schon im Jahre 1927 begangen habe, als es nicht auf Dr. Beneš hören wollte, der schon damals auf der Lösung des österreichischen Problems insistierte. So werde denn fortwährend leeres Stroh gedroschen und man sei immer wieder dort, wo man schon längst gewesen. Das Interesse der Grossmächte an Oesterreich sei gewiss wünschenswert und gut, doch dürfe es bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Es sei natürlich auch nichts gegen unsere Zusammenarbeit mit Italien zu sagen. Schliesslich und endlich habe aber Europa einmütig Oes-

terreich als selbständigen und souveränen Staat anerkannt und so müsse es daher auch hinnehmen, wenn Oesterreich seine selbständige und souveräne Aussenpolitik werde machen wollen. Deshalb sollten wir uns auch nicht scheuen, unter Umständen ganz unabhängig von den anderen unsere eigene Politik mit den kleinen Nachbarn zu machen und Dr. Beneš schlage wiederum vor, wir beide, Oesterreich und die Tschechoslowakei, sollten damit beginnen. Dabei muss natürlich nicht übertrieben werden, wir sollten nur anfangen, eine gemeinsame Linie aufzubauen und dies könnte z. B. schon mit der Modernisierung unseres Schiedsvertrages und mit seiner Umgestaltung in einen Freundschaftsvertrag vor sich gehen. Es sei natürlich auch nichts dagegen einzuwenden, wenn wir mit Ungarn möglichst innige Beziehungen unterhalten. Doch sollte die Sentimentalität nicht so weit gehen, uns allenfalls vom Ausbau eines entsprechenden Verhältnisses zur Tschechoslowakei abzuhalten. Wenn wir eine feste eigene Linie unserer Aussenpolitik einschlagen würden, so würde uns dies unbedingt nach aussen hin und insbesondere auch Deutschland gegenüber wesentlich stärken, das dann nicht mehr behaupten könnte, wir befänden uns ganz in den Händen Italiens. Historische und geographische Tatsachen, schloss Herr Dr. Beneš, lassen sich nicht vergewaltigen und die Geschichte der Menschheit bringt wenig Neues. Immer dann, wenn Deutschland aus dem mitteleuropäischen Raum ausgeschaltet war, hätten sich die Sudetenländer mit den Alpenländern gefunden und so werde es auch diesmal wieder kommen müssen.

1537

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek (Prag)

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 145343/14a

Wien, 5. Juni 1935

Der tschechoslowakische Gesandte hat beim letzten Diplomatenempfang die Frage der Handelsvertragsverhandlungen berührt. Herr Fierlinger meinte, es läge doch im Interesse beider Teile, die abgebrochenen Verhandlungen sofort wieder aufzunehmen. Im gleichen Sinne hat sich der Minister nachher vor Bundesminister Stockinger vernehmen lassen und hinzugefügt, man solle auf Grund der bisherigen tschechoslowakischen Konzessionen sofort abschliessen und über den weiteren Ausbau gleich weiter verhandeln. Auf die Frage Bundesminister Stockingers, was unter bisherigen Konzessionen ziffernmässig verstanden werde,

nannte Herr Fierlinger den Betrag von 12 Millionen S. Minister Stockinger entgegnete ihm, das sei ja der Betrag, mit dem wir uns bei der Prager Verhandlung eben nicht hätten einverstanden erklären können. Für das laufende Jahr würde er, wenn ein solches Abkommen am 1. Juli in Kraft träte, eine Besserung zu Gunsten Oesterreichs von 6 Millionen hochgegriffen bedeuten, welchem Betrag die jetzt erkennbare und weiter zu erwartende wesentliche Aufbesserung der tschechoslowakischen Ausfuhrwertziffer gegenüberstünde.

Bundesminister Stockinger erklärte sich für seine Person ausserstande, auf eine solche Lösung einzugehen und bemerkte, als Herr Fierlinger von seiner Absicht sprach, nach Prag (oder Tabor) zu reisen und die Angelegenheit im Sinne einer möglichen Annäherung der beiderseitigen Gesichtspunkte verfolgen zu wollen, dass er auf der wiederholt genannten Steigerungsmöglichkeitziffer von 30 Millionen S. beharren müsse. Einstweilen würden wir noch vor Pfingsten autonom gewisse Einfuhrbeschränkungen verfügen und ihnen, falls nicht nach Pfingsten die Situation im Sinne unserer Auffassung geklärt werde, weitere Massnahmen folgen lassen.

Das wirtschaftliche Ministerkomité hat sich in seiner heutigen Sitzung den Standpunkt des Bundesministers für Handel und Verkehr zu Eigen gemacht.

Ich beehre mich, Ihnen von Vorstehendem zur Regelung Ihrer Sprache, insbesondere für den Fall, dass Sie von französischer Seite darauf angesprochen werden, Kenntnis zu geben. Es ist möglich, dass Herr Fierlinger auch diesmal mehr auf eigene Faust vorgegangen ist; darauf würden auch die von ihm mit Beziehung auf die Zusammenkunft von Tabor gemachten Bemerkungen schliessen lassen.

1538

Unterredung Vizekanzler Starhemberg mit deutschem Gesandten Papen am 5. Juni 1935

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 35730/13

[Wien,] 5. Juni 1935

Nach der Sitzung des Bundestages am Mittwoch den 29. Mai 1935, in welcher Kanzler Schuschnigg seine Erwiderungsrede auf die Rede des deutschen Reichskanzlers hielt¹, erzählte im Vorzimmer des Kanzlerzimmers im Parlament der Generalsekretär der V.F., Oberst Adam, dem Vizekanzler Starhemberg, dass er am

¹ Siehe ADÖ 10/1534.

Tage vorher bei Herrn von Papen zum Tee gewesen sei. Adam hatte den Eindruck, dass Herr von Papen bei ihm Fühlung nehmen wollte, ob Starhemberg grundsätzlich bereit sei, mit ihm, Papen, eine Aussprache über gesamtdeutsche Probleme der Gegenwart zu pflegen. Er, Adam, frage nun Starhemberg, ob dies der Fall sei. Starhemberg erklärte sich grundsätzlich bereit, mit Papen eine Aussprache abzuführen, genau so wie er grundsätzlich bereit sei, mit jedem Gesandten oder ausländischen Vertreter zu sprechen. Auf die Frage Adams, wie diese Unterredung zustande kommen soll, erklärte Starhemberg, dass er auf eine etwaige Anfrage Papens bereit sei, ihn zu sich zu bitten. Einige Tage später wurde Starhemberg von seiner Adjutantur mitgeteilt, dass Papen bereit sei, mit Starhemberg zu reden und dass Papen eine Einladung erwarte. Starhemberg erklärte, dass nicht er eine Aussprache anstrebe, wohl aber Papen, und dass er gar keine Veranlassung hätte, irgend etwas in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Am Montag den 3. Juni 1935 erfolgte eine Anfrage von Seite des Bureaus des Herrn von Papen bei Legationsrat Alexich, wann Starhemberg bereit sei, den Herrn von Papen zu empfangen, der erst ab Mittwoch den 5. Juni zu dieser Aussprache zur Verfügung stehen könnte. Daraufhin erging eine Einladung Starhembergs an Herrn von Papen für Mittwoch den 5. Juni, 5 Uhr Nachmittag. Dieser Einladung leistete Herr von Papen Folge. Der Inhalt der Unterredung war in rohen Zügen und kurz zusammengefasst folgender:

Einleitend erinnert Herr von Papen an die letzte Begegnung in Berlin anlässlich des grossen Stahlhelmaufmarsches in den ersten Septembertagen 1932. Er meint, er sei damals noch sehr optimistisch gewesen, dass sich das von ihm in seiner damaligen Eigenschaft als Reichskanzler geleitete Kabinett halten würde. Starhemberg bestätigte, sich daran erinnern zu können, dass dieser Optimismus vorgeherrscht habe.

P. Die Zeiten hätten sich inzwischen gründlich geändert und sehr vieles sei in der Zwischenzeit geschehen.

St. Es sei wohl richtig, dass sich vieles ereignet habe.

P. geht dann auf die augenblickliche Situation über und bedauert sehr, dass das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Ländern Oesterreich und Deutschland kein freundschaftliches sei, bedauert sehr die seiner Ansicht nach grosse Spannung zwischen beiden Ländern. Er sei nun acht Monate hier und habe die ganzen acht Monate dazu benützt, um einerseits zu versuchen, die wahren Gründe für diese Spannung festzustellen und auch die Möglichkeit festzustellen, wie sich diese Spannung beseitigen lasse. Er selbst verurteile ja schärfstens die Politik, die von Deutschland aus bis zum 25. Juli 1934 Oesterreich gegenüber gemacht wurde und er hätte seinerzeit seine Stellung als Gesandter in Wien nur unter der Bedingung angetreten, dass diese Politik von Deutschland aus restlos beendet werde. Dies sei ihm auch bindend zugesichert worden, er selbst sei der Auffassung, dass auch seitdem er seine Tätigkeit als Gesandter in Wien ausübt, von Deutschland aus kein Einfluss mehr auf die innerpolitische Entwicklung genommen worden sei.

Er kommt dann noch einmal auf die Ursachen der oberwähnten Spannung zurück und meint, dass er in den acht Monaten seines Hierseins „nicht klüger geworden sei“, dass er wohl verstehen könnte, dass die Vorgänge im Jahre 1933 und 1934 schwere Verstimmungen in Oesterreich ausgelöst hätten, dass er aber nicht ganz die Entwicklung verstehe, die überhaupt zu jener Stimmung geführt hätte, aus der heraus die höchst bedauerlichen Ereignisse entstanden wären.

St. verweist kurz darauf, dass vor der Machtergreifung durch Hitler und die NSDAP zwischen Oesterreich und Deutschland ein durchaus freundschaftliches Verhältnis geherrscht hätte, stellt grundsätzlich fest, dass es keinen Patrioten in Oesterreich gebe, der sich nicht bewusst sei, dass ein selbständiges und unabhängiges Oesterreich auch Aufgaben zu erfüllen hätte, die sich im Rahmen der gesamtdeutschen Interessen bewegen, dass also ein gesamtdeutsches Denken dem österreichischen Patriotismus an und für sich innewohne, stellt weiter fest, dass bis zur Machtergreifung durch Hitler ganz im Sinne dieses gesamtdeutschen Denkens sehr freundschaftliche Beziehungen zwischen den vaterländischen Kreisen Oesterreichs geherrscht hätten, dass sogar vor einigen Jahren, etwa noch im Jahre 1930 auch recht gute Beziehungen zwischen dem österreichischen Heimatschutz einerseits und der Führung der NSDAP andererseits gewesen wären, dass er selbst, Starhemberg, noch im Jahre 1930 in guten Beziehungen zu Hitler gestanden sei, dass in dieser Zeit in manchen Gegenden Oesterreichs der Nationalsozialismus auf eine eigene politische Tätigkeit sogar verzichtet habe, weil er in der Heimatschutzbewegung die grundsätzlichen Gedanken der damaligen nationalsozialistischen Bewegung verkörpert gesehen hätte, Meinungsverschiedenheiten zwischen Heimatschutz und Nationalsozialismus seien aber bereits im Jahre 1930 gelegentlich der Wahlen im Herbst 1930 entstanden und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten seien im Laufe des Jahres 1931 über den Begriff Oesterreich aufgekommen. Von nationalsozialistischer Seite wäre jedes Oesterreichertum von Haus aus abgelehnt worden, während von Heimatschutzseite die selbstverständliche Anerkennung Oesterreichs und eines selbstbewussten Oesterreichertums gefordert wurde. Als Beispiel für die Auffassung nationalsozialistischer Kreise über Oesterreich führt Starhemberg ein Gespräch an, dass er im Herbst 1931 mit Habicht und den Habicht begleitenden nationalsozialistischen Führer Bolek gehabt hat, in welchem Bolek erklärte, dass der Gebrauch des Namens Oesterreich und die ewige Betonung Oesterreichs an und für sich schon ein Verrat am völkischen Gedanken sei (Kopfschütteln bei Papen). Eine immer tiefer gehende Entfremdung zwischen den vaterländischen Gruppen Oesterreichs, zu denen der Heimatschutz seit jeher zählt und der nationalsozialistischen Bewegung war die zwangsläufige Folge dieser Meinungsverschiedenheiten über Oesterreich. Starhemberg betonte weiter, dass die Entfremdung noch gefördert wurde durch die absolut falsche politische Taktik, die von nationalsozialistischer Seite in Oesterreich immer wieder darauf abgezielt hätte, durch Wahlen, Abstimmungen und dgl. starke Minoritäten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erringen, um mit deren Hilfe allmählich

die Majorität, sei es im Parlament, sei es in den Landtagen zu erringen, eine Taktik, die von Starhemberg und vom Heimatschutz schon aus dem Grunde immer abgelehnt worden sei, weil sie zwangsläufig zu stärkeren politischen Bündnissen der alten Parteien, vor allem der Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten geführt hätte. Und weil eine Erneuerung Oesterreichs niemals im Kampfe, sei es im Wahlkampf, sei es in einem sonstigen Kampfe gegen den rechten konservativen Flügel der christlichsozialen Partei durchgesetzt werden könnte, da die Rechtsgruppen der christlichsozialen Partei immer das vaterländische konservative Element verkörpert hätten und eine politische Entwicklung in vaterländischer Richtung nur mit diesen Gruppen möglich war.

P. erklärte, dass er wohl über vieles, was von Starhemberg gesagt worden sei, bereits orientiert gewesen sei und auch zugebe, dass da grosse Fehler geschehen seien. Er betonte, dass es richtig sei, dass vor der Machtergreifung Hitlers keine Trübung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich eingetreten seien und er gab auf eine Bemerkung Starhembergs, dass auch die zur Zeit der Kanzlerschaft Papens eingetretene kleine Abkühlung der Freundschaft wegen der Lausanner Anleihe unbedeutender Natur gewesen sei. Er gab spontan zu, selbst seinerzeit Dollfuss gegenüber gesagt zu haben (wörtlich): „Nehmen Sie soviel Geld im Ausland auf, als Sie nur bekommen können, gehen Sie aber wenn möglich keine politischen Bindungen ein, die eine Verschärfung der bereits bestehenden Abmachungen bedeuten“.

P. meint nun, ob es nicht doch eine Möglichkeit gebe, eine Basis zu schaffen, auf der die Konfliktfragen zwischen Deutschland und Oesterreich ausgetragen und bereinigt werden könnten und was Starhemberg dazu glaube.

St. erklärt, eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland sei möglich, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen und diese Voraussetzungen seien erstens die Garantierung der dauernden Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs für alle Zukunft von Seite Deutschlands bzw. von Seite der Reichsregierung, zweitens die Garantie, dass sich Deutschland bzw. die Reichsregierung in der Zukunft niemals in keiner wie immer gearteten Weise in die österreichische Innenpolitik einmische, drittens endlich die Erkenntnis in Deutschland bzw. bei der deutschen Reichsregierung, dass der nationale Gedanke in Oesterreich nicht verkörpert sei durch jene Eigenbrötler oder Unzufriedenen, die seit jeher glauben, ihre Eigenbrötlerei und ihre österreichfeindliche Haltung mit nationalen Argumenten begründen zu müssen, sondern dass in einem wahren österreichischen Patriotismus auch der richtige nationale Gedanke beinhaltet sei. Aus dieser Erkenntnis heraus muss aber als praktische Folgerung in Zukunft, sei es von der Reichsregierung, sei es von sonstigen Stellen, die in Deutschland Politik machen, mit der österreichischen Regierung allein als der offiziellen Vertreterin Oesterreichs die etwaige Fühlungnahme über die schwebenden Fragen erfolgen und es müsste unter allen Umständen der bisherige Fehler vermieden werden, mit Personen oder Gruppen, die in Opposition zum heutigen Oesterreich

stehen, in Föhlung zu treten, dieselben zu unterstützen oder mit ihnen über die österreichischen Fragen zu verhandeln.

P. meint, dass die Reichsregierung die Unabhängigkeit Oesterreichs anerkennt und dass diese von Starhemberg geforderte Voraussetzung eigentlich gegeben sei.

St. entgegnet, dass diese Anerkennung sehr theoretischer Natur sei, dass er nicht glaube, dass diese Anerkennung wirklich ehrlich gemeint sei.

P. verweist auf die letzte Reichstagsrede des Reichskanzlers und die in dieser Rede enthaltenen Stellen über Oesterreich. Er meint, dass die Stelle über das Vertrauen, dass die Regierung im Volk genießt, die sich auf Oesterreich bezogen haben könnte, nicht so schlimm aufzufassen sei.

St. entgegnet, dass diese Stelle auch nicht so interessant sei, dass vielmehr in der Rede eine eindeutige Erklärung über die Unabhängigkeit Oesterreichs fehle.

P. meint, dass doch dies aus der Rede heraus zu lesen sei.

St. entgegnet, dass es die Tragik des Reichskanzlers sei, dass er sich immer so ausdrückt, dass man aus seinen Worten und Reden Verschiedenartiges heraushören kann.

P. meint, dass die europäische Gesamtentwicklung eine Bereinigung der zwischen Deutschland und Oesterreich schwebenden Fragen notwendig mache, da sonst das gesamte Deutschtum in Gefahr kommen könnte. Er verweist auf das französisch-tschechisch-russische Bündnissystem und die sich nun bildende panslawistische Zange, in die das Gesamtdeutschtum einschliesslich Oesterreichs geraten könnte. Er meint, dass es daher notwendig sei, zu Besprechungen zwischen Deutschland und Oesterreich zu kommen, um alle zwischen den beiden Staaten bestehenden Konfliktstoffe aus der Welt zu schaffen.

St. wiederholt nochmals seinen Standpunkt, dass die unerlässliche Voraussetzung für bessere Beziehungen zwischen beiden Ländern die Erfüllung der oben angeführten drei Punkte sei, dass Oesterreich niemals abgeneigt gewesen sei, sich mit der deutschen Reichsregierung darüber zu verständigen, inwieweit die Aussenpolitik beider Staaten in Einklang gebracht werden könnte. Voraussetzung zu einer solchen Verständigung sei natürlich, dass Oesterreich nicht von Deutschland aus in seinem Bestand bedroht werde und dass von Deutschland aus die genügende Garantie auch für eine in der Zukunft dauernde Unabhängigkeit Oesterreichs geboten werde.

P. entgegnet hierauf, dass wenn man schon Erklärungen und Worte nicht als vollwertige Garantien annehmen und wenn man schon an dem guten Willen der massgeblichen Faktoren Deutschlands in dieser Frage zweifle, so müsste man sich doch von Seite Oesterreichs damit zufrieden geben, dass das französisch-tschechisch-russische Bündnissystem die Unabhängigkeit Oesterreichs garantiere.

St. erklärte, dass es für Oesterreich als deutscher Staat sehr verletzend sei, seine Unabhängigkeit in einem solchen oben erwähnten Bündnissystem garantiert zu sehen, dass es vielmehr eine Pflicht Deutschlands wäre, seinerseits diese Unabhängigkeit zu garantieren. Denn wenn er ehrlich sprechen sollte, müsste er feststel-

len, dass in den Gleichschaltungsbestrebungen Deutschlands augenblicklich die einzige wirklich bestehende grosse Gefahr für die Unabhängigkeit Oesterreichs liege und dass daher Oesterreich aus Gründen der Selbsterhaltung in die ganz unnatürliche Zwangslage komme, eine Einkreisung Deutschlands unter Umständen sogar mitfördern zu müssen, um die seinem Bestand drohenden Gefahren vermindert zu sehen, eine Sache, die in dem Augenblick nicht mehr notwendig sei, in dem Oesterreich sich nicht mehr von Deutschland aus direkt angegriffen sehe und fühle. Dass die Politik des heutigen Deutschlands die grösste Gefahr für Oesterreich bedeute ist eine Tatsache, die nicht wegzuleugnen ist. In der Frage der Einstellung Deutschlands bzw. der Reichsregierung Oesterreich gegenüber komme es nicht auf Erklärungen an und auf Veröffentlichungen offizieller Natur, die den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung tragen und die zu dem Zweck erfolgen, um eine weitere Verschärfung der aussenpolitischen Spannung zu vermeiden, sondern es komme in dieser Frage in erster Linie auf die grundsätzliche Einstellung an und die grundsätzliche Einstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Partei entbehre jeglichen Verständnisses für Oesterreich und für die besondere österreichisch-deutsche Aufgabe. Die Erklärungen des Reichskanzlers, wie sie Herr von Papen auslege, stünden im absoluten Gegensatz zu den Grundsätzen, die Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ veröffentlicht hat und zu den Grundsätzen, die von allen Parteigenossen Hitlers stets vertreten und verfochten worden seien. Es ist für verantwortliche Personen in Oesterreich daher beinahe unmöglich, an die wirkliche Glaubwürdigkeit der Erklärungen Hitlers oder der Reichsregierung zu glauben. Es müsste zumindest einmal von Hitler eine klare, eindeutige, öffentliche und bindende Erklärung abgegeben werden, die ungefähr Folgendes zu besagen hätte:

Dass er, Hitler, zu der Ueberzeugung gelangt sei, dass ein für alle Zeiten unabhängiges und selbständiges Oesterreich absolut im Interesse des gesamten Deutschlands liege, dass er, Hitler, schwerstens alle Bewegungen und Bestrebungen verurteilt, die sich gegen die Unabhängigkeit Oesterreichs richten, dass er namentlich schwerstens alle jene Bewegungen und Bestrebungen verurteilt, die mit nationalen Argumenten oder auch unter nationalsozialistischer Flagge gegen die Unabhängigkeit Oesterreichs gerichtet sind, dass er ein für allemal nicht nur jede Einmischung in österreichische Verhältnisse untersagt, sondern dass er jede Verbindung mit Gruppen und Elementen verbiete, deren politische Zielsetzung die Einverleibung Oesterreichs in einen zentralistischen deutschen Einheitsstaat sei.

St. meint, dass solche Erklärungen des Reichskanzlers, öffentlich und eindeutig ausgesprochen, der sogenannten nationalen Opposition in Oesterreich die Grundlagen entziehen würden und diese Opposition auf ein Minimum von Unentwegten und Unbelehrbaren reduzieren würde.

P. meint, dass bei einem etwa zu errichtenden Verhandlungsinstrument solche Erklärungen des Reichskanzlers in Erwägung zu ziehen wären, dass er aber bei dem Aussenminister Berger bisher auf kein Verständnis gestossen sei, über die

Deutschland und Oesterreich betreffenden Spezialfragen vor der Donaukonferenz Besprechungen zu pflegen und ob Starhemberg der Meinung sei, dass solche Besprechungen vor der sogenannten Donaukonferenz möglich wären.

St. meint, dass es selbstverständlich unmöglich sei, dass Oesterreich vor der sogenannten Donaukonferenz irgend welche Spezialabmachungen mit Deutschland treffen und dass auf keinen Fall Oesterreich irgend welche Abmachungen ohne Einvernehmen mit Italien treffen könnte, dass es aber wohl möglich sei darüber Besprechungen zu pflegen, wie die Konfliktstoffe, die zwischen Deutschland und Oesterreich derzeit bestehen, auf ein Mindestmass herabgesetzt werden könnten. Auf keinen Fall dürften Besprechungen zwischen Deutschland und Oesterreich in irgend einer Form Ergebnisse der Donaukonferenz vorweg nehmen.

St. glaube aber, dass von Seite Italiens nichts gegen Besprechungen zwischen Oesterreich und Deutschland, die sich mit den Spezialfragen der beiden Länder beschäftigen, vorliege, dass es vielmehr auch im Interesse Italiens liege, dass möglichst wenig Konfliktstoffe zwischen Deutschland und Oesterreich aufgehäuft bleiben, vorausgesetzt allerdings, dass dadurch in keiner Weise die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Grundlagen dieser Unabhängigkeit geschmälert werden. Und weiters vorausgesetzt natürlich, dass in vollem Umfang auch die Freizügigkeit Oesterreichs und die freie Hand Oesterreichs gegenüber allen anderen politischen Fragen und gegenüber allen anderen Staaten gewahrt bleibe.

P. meint, dass ihn diese Auffassung angenehm berühre.

St. erklärte, über diese Frage mit dem Bundeskanzler und mit dem Aussenminister sprechen zu wollen.

P. fragt, ob er in der Frage weiteres hören würde, worauf

St. meint, dass das Einverständnis des Kanzlers und die Zustimmung des Aussenministers vorausgesetzt, unter Umständen eine Aussprache möglich sein könnte, zu der auch der Aussenminister und vielleicht die eine oder andere Person des politischen Lebens in Oesterreich dazu kommt. Er warnt aber Herrn von Papen dringendst, sich allzu sehr mit Personen und Gruppen der sogenannten nationalen Opposition in Oesterreich abzugeben, da dies auch seine (Papens) Stellung nicht verstärke.

P. meint, die Südtiroler Frage berührend, dass das von Starhemberg gelegentlich seines Innsbrucker Aufenthaltes den „Innsbrucker Nachrichten“ gegebene Interview etwas hart sei und dass es ein eigentümlicher Zufall sei, dass er gerade an dem Tage, an dem dieses Interview gegeben worden sei, in Berlin bei Hess vorgesprochen hätte und dort Vorstellungen erhoben hätte wegen der nationalsozialistischen Politik in Südtirol, bzw. Aufklärungen darüber verlangt hätte. Er könne auf Grund dieser Unterredung mit Hess sagen, dass er die Feststellung gemacht hätte, dass die Stellen der Reichsregierung mit der angeblich nationalsozialistischen Propaganda in Südtirol überhaupt nichts zu tun hätten, dass im Gegenteil von Seite der Reichsregierung wiederholt die Anweisung ergangen sei, sich in keiner wie immer gearteten Weise in die Verhältnisse in Südtirol einzumengen.

St. erwiderte darauf, dass es sich hier um einen ähnlichen Vorgang handle, wie gegenüber Oesterreich, dass eben auch die Autorität der Reichsregierung nicht ausreiche, um Parteistellen in München davon abzuhalten, ausserhalb Deutschlands Massnahmen zu ergreifen, die nicht in den angeblichen Absichten der Reichsregierung lägen. Es sei aber über jeden Zweifel erhaben, dass von Stellen in Deutschland die nationalsozialistische Propaganda in Südtirol geleistet und finanziert werde und Herr von Papen scheinbar eben über diese Dinge nicht orientiert zu sein, worauf Herr von Papen nichts weiter erwiderte. Herr von Papen empfiehlt sich um 18 Uhr 20', indem er feststellt, dass er die Hoffnung nicht aufgeben werde, dass zwei Soldaten gemeinsam schon den richtigen Weg finden werden, um Komplikationen zu entwirren.

1539

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 296/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 6. Juni 1935

Ich bekam gestern einen Brief des Gesandten Fierlinger, worin er mir unter anderem mitteilte, er handle momentan gegen den Geist der Taborer Abmachungen, indem er beide Handelsdelegationen so rasch als möglich wieder zusammenzubringen trachte. Ich erwähnte dies gestern Herrn Dr. Beneš gegenüber, der mir erzählte, dass sich Herr Dr. Friedman auch für die baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen ausgesprochen habe. Er, Dr. Beneš, würde die Wiederaufnahme und den baldigsten Abschluss der Verhandlungen im Rahmen des bisher Erreichten dringend empfehlen und er habe daher hiezu sein Einverständnis und die hiezu erforderlichen Vollmachten erteilt. (Dr. Beneš wird bekanntlich erst am 17. Juni aus Moskau zurückkommen.)

Nach wie vor halte der Minister ein etappenweises Vorgehen und daher eine Vereinbarung auf Grund der bisher erreichten Basis für Oesterreich für günstig. Der neue Handelsminister Najman, werde, wie schon oft gesagt, nur schwer für Konzessionen zu haben sein. Jetzt könne er sich noch auf seinen Vorgänger, Ing. Dostálek ausreden und seiner Partei gegenüber darauf verweisen, dass das, was jetzt abgeschlossen werden wird, auf frühere Abmachungen zurückzuführen sei. Später werde er bestimmt Opposition machen. In Wien sollte man ein Verständnis für die innerpolitischen Schwierigkeiten in dieser Hinsicht haben und von Dr. Beneš

nicht verlangen, dass er *auf einmal* alles durchsetzen soll, was man österreichischerseits von der Tschechoslowakei erwarte.

Später werde man ja Herrn Najman gewiss bändigen können und Herr Dr. Beneš habe sich schon mit den meisten politischen Parteien in dieser Richtung verständigt. Solange aber die Gewerbepartei von der grossen Agrarpartei gehalten werde, mit der sie ein Wahlbündnis abgeschlossen hatte, müsse man mit ihr unbedingt rechnen.

Herr Dr. Beneš bat mich, diese seine Anschauung Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen.

Bei der am 29. v. M. stattgefundenen IX. ordentlichen Generalversammlung wurde seitens des Präsidialbeirates Herrn Dr. Josef Kislinger, Generalsekretär des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die unterbrochenen Handelsvertrags-Verhandlungen ehemöglichst fortgesetzt werden. Als Generalsekretär seines Hauptverbandes erklärte Dr. Kislinger, dass die österreichischen Wunschlisten in den Grenzen der Möglichkeit gewiss das grösste Entgegenkommen finden würden. Dr. Kislinger ersuchte die Generalversammlung, diesen Standpunkt der österreichischen Gesandtschaft in Prag zur geneigten Kenntnisnahme zu bringen. Die Generalversammlung der österreichischen Handelskammer hat sich diesem Wunsch angeschlossen. Ich beehre mich hievon die ergebene Mitteilung zu machen.

1540

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 162/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 35180/13

Rom, 7. Juni 1935

Bei meiner heutigen Unterredung mit dem Herrn Unterstaatssekretär verwertete ich nach Möglichkeit auch die mir geneigtest zur Kenntnis gebrachten Gespräche Herrn Pflügl's und die an ihn ergangene Weisung.

Von irgendeinem tschechoslowakischen oder französischen Textentwurf ist auch Herrn Suvich, wie er sagte, nichts bekannt. Der italienische Entwurf sei, wie er mir schon früher gesagt hätte, eigentlich fertiggestellt, er möchte aber die französische Antwort abwarten, die er früher schon aus Genf zu erhalten gehofft hätte.

Zur Auslegung des 2. Absatzes der „clause“ durch Herrn Bargeton meinte der Herr Unterstaatssekretär, sie sei „sehr beachtenswert und könnte eventuell gute Dienste leisten“.

Zu den Mitteilungen, die ich dem Herrn Unterstaatssekretär über die Bemerkungen Herrn Bargeton's zu der Konstruktion der bilateralen Hilfeleistungsverträge machte, meinte er, er verstehe auch nicht ganz, was Herr Bargeton meine, aber man hätte ja in Venedig auch eine Art Zweiteilung der Hilfeleistungsverträge ventiliert, der erste Teil, der nur eine Konsultation enthalten sollte und für alle akzeptabel wäre und der zweite, der dann eigentlich die camouffierte Assistenz enthielte und nur in einzelnen bilateralen Verträgen figurieren würde. Als ich näher auf diese Frage eingehen wollte und auf die Rückwirkung der Haltung Deutschlands auf die bilateralen Verträge überhaupt, meinte der Herr Unterstaatssekretär, es hätte vor Erhalt der französischen Antwort keinen Sinn über diese Dinge zu sprechen.

Ueber die Haltung Deutschlands hat mir Herr Suvich, wie bereits berichtet, ungefähr Folgendes erzählt:

Herr von Hassell habe seit seiner Rückkehr aus Berlin einmal mit ihm und einmal mit Herrn Mussolini gesprochen. Die immer wieder lancierten Gerüchte über „weitergehende Besprechungen“ seien vollständig aus der Luft gegriffen. So habe der deutsche Botschafter über Oesterreich überhaupt nicht gesprochen, vielmehr scheine er dieses Thema vermeiden zu wollen, wahrscheinlich deshalb, da er über das vom Reichskanzler in seiner Rede Gesagte doch nicht hinauszu-gehen ermächtigt ist. Hinsichtlich der Frage der bilateralen Assistance-Verträge hat Herr von Hassell Herrn Suvich wörtlich erklärt, dass Deutschland bezüglich dieser Verträge im Zusammenhang mit dem Donaupakt nicht die gleiche Haltung einnehmen könne, wie beim Ostpakt; Deutschland habe hinsichtlich des Ostpaktes zweifellos einen Fehler begangen, denn seine Haltung habe den Abschluss des französisch-russischen Vertrages, den Deutschland als ausgesprochen gegen sich gerichtet betrachte, zur unmittelbaren Folge gehabt. Diesen Fehler wolle Deutschland beim Donaupakt nicht wiederholen. Herr Suvich hat hierauf geantwortet, dass speziell die Kleine Entente Wert auf Hilfeleistungsverträge lege und man daher in Aussicht nehme, in die convention générale, lediglich eine allgemeine Klausel über die Konsultation aufzunehmen und bilateralen Verträgen die „consultation en vue des mesures à prendre“ vorzubehalten. Der Mechanismus dieser beiden Arten von Konsultationen müsse allerdings erst gründlich studiert werden. Im übrigen ist Herr Suvich der Auffassung, dass man über die Frage der Hilfeleistungsverträge erst dann werde sprechen können, bis die französische Regierung die italienischerseits bereits mehrfach urgierte Stellungnahme bekanntgegeben haben werde.

1541**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Marek (Prag)**

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 35118/13

Wien, 13. Juni 1935

Ihr Bericht Zl. 294/Pol. vom 4. d. M.¹ wurde mit Interesse zur Kenntnis genommen. Ich beehre mich Sie zu ersuchen, Herrn Dr. Beneš bei erster Gelegenheit für seine Ausführungen zu danken und zu den einzelnen Punkten derselben, wie folgt, Stellung zu nehmen:

- 1.) Herr Dr. Beneš erwartet von Italien den Abschluss einer Reihe von Verträgen, die die Voraussetzung für die Ermöglichung des Donaupaktes bilden sollen. Wir stehen diesbezüglich auf dem Standpunkte, dass es unbedingt Italien überlassen bleiben muss, sowohl über die Frage, *ob* es mit den einzelnen Balkanstaaten Nicht-Angriffsverträge abzuschliessen in der Lage ist, als auch über den etwaigen Zeitpunkt und die Reihenfolge dieser Abschlüsse selbst zu entscheiden; eine Einflussnahme unsererseits erscheint uns weder statthaft noch opportun. Jedenfalls erscheint uns, wie dies Dr. Beneš ja bekannt, ein Einbeziehen der Balkan-Entente oder derer Mitgliedsstaaten in die Regelung des mitteleuropäischen Problems vollkommen indiskutierbar. Nach wie vor sind wir hingegen der Ueberzeugung, dass eine möglichst weitgehende Regelung der Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien den Schlüssel zur Lösung des ganzen Fragenkomplexes bildet. Aus diesem Grunde beharren wir auch nach wie vor auf unserer Ihnen bereits seinerzeit nach der Venediger Konferenz mit Zl. 34.597-13 vom 9. Mai² bekanntgegebenen Auffassung, dass ein italienisch-jugoslavischer zweiseitiger Hilfeleistungsvertrag die Voraussetzung dafür bilden muss, dass *wir* mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei analoge Verträge abzuschliessen.
- 2.) Bezüglich der Definition des Begriffes „Einmischung“ haben wir uns, wie Ihnen aus Zl. 34.765-13 vom 31. v. M.³ bekannt, mit Italien und Ungarn auf eine Formulierung grundsätzlich geeinigt, die unserer Auffassung nach den verschiedenen Erfordernissen möglichst Rechnung trägt. Nach unseren Informationen sind die französische und italienische Regierung gegenwärtig

¹ ADÖ 10/1536.

² Gemeint ist wohl der Erlass mit der Z. 34097/13, ADÖ 10/1525.

³ Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek. Erlass, Wien 31. 5. 1935 – AdR, Gesandtschaft Prag, Z. 34765/13.

bemüht, eine Formulierung zu finden, die für Deutschland, das bekanntlich unter anderem von einer befriedigenden Definition des Begriffes der Nicht-einmischung seine Teilnahme an der Konferenz abhängig macht, annehmbar wäre. Wir müssen uns selbstverständlich vorbehalten, eine etwaige neue Formel selbst eingehend zu prüfen und mit Italien und Ungarn zu besprechen.

Das von Dr. Beneš vertretene Prinzip der subjektiven Beurteilung konkreter Fälle der Einmischung durch die betroffene Regierung wird unseres Wissens auch von Italien seit jeher verfochten und findet unsere Zustimmung. Was die Anregung Dr. Beneš's betrifft, den Begriff der Einmischung bzw. Nichteinmischung in einem separaten Protokoll – offenbar durch taxative Aufzählung von Fällen – genauer zu präzisieren, so müssten wir uns eine Beurteilung über die Zweckmässigkeit einer solchen Zweiteilung vorbehalten.

- 3.) Hinsichtlich der Haltung Deutschlands zur Paktfrage stimmen wir mit Dr. Beneš durchaus überein.
- 4.) Aus den momentanen Schwierigkeiten, die sich unleugbar aus der italienisch-abessinischen Kontroverse, deren Ausnützung durch die Balkanstaaten und das der Haltung Deutschlands ergeben, vermögen wir jedoch keinesfalls den von Dr. Beneš angedeuteten Schluss zu ziehen, dass wir, das heisst Oesterreich und die Tschechoslowakei, unabhängig von den Grossmächten und unseren Nachbarn, mit der Regelung der zur Diskussion stehenden Probleme vorangehen sollten. Ebenso wie es für Dr. Beneš unmöglich sein dürfte, ohne weitestgehende Rücksichtnahme auf seine grossen und kleinen Freunde, in dieser Richtung praktische Schritte zu unternehmen, so ist es auch für uns – und zwar nicht nur vom Gesichtspunkte der eigenen Interessen Oesterreichs, sondern auch des gemeinsamen Zieles, der Befriedung des Donauraumes – nicht möglich, unsere bisher befolgte Politik, die auf der innigen Zusammenarbeit in erster Linie mit Italien und Ungarn, in weiterer Folge auch mit den beiden westlichen Grossmächten und unseren Nachbarn beruht, und sich durchaus bewährt hat, auch nur im geringsten zu ändern. Ohne Zweifel besteht bei uns die psychologische Bereitschaft zu einer möglichst weitgehenden Annäherung an die Tschechoslowakei, doch darf diese günstige Disposition, unserer Auffassung nach, uns nicht dazu verleiten, irgendwelche Handlungen zu setzen, die unsere Freunde etwa zum Abschwenken in eine entgegengesetzte politische Richtung veranlassen könnten. Der praktischen Anregung Dr. Beneš's hingegen, den österreichisch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag zu modernisieren, tragen wir – wie bereits mehrfach erklärt – gerne Rechnung; diesbezügliche Vorbereitungen sind an zuständiger Stelle auch bereits im Zuge.

1542**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 318/Pol.

AdR

Gesandtschaft Berlin

Z. 35768/13

Prag, 25. Juni 1935

Herr Dr. Beneš erzählte mir gestern einiges über seine russische Reise und über die Eindrücke, die er in politischer und wirtschaftlicher Beziehung dort empfangen hat. Es stehe ausser Zweifel, dass die Russen den Frieden wollen und weit davon entfernt sind, sich in irgendwelche kriegerische Abenteuer einzulassen. Das Regierungssystem verwestliche sich zusehends, wenn man sich auch den Unterschied vor Augen halten müsse, der zwischen diesem ungeheuren Lande mit seiner eigenartigen Kultur und Vergangenheit und den westlichen Staaten Europas besteht. In den letzten Jahren habe sich ein ungeheurer Wandel auch in den theoretischen Anschauungen der Bolschewiken und in der praktischen Durchführung der bolschewistischen Theorien gezeigt und es müsse anerkannt werden, dass die herrschenden Männer den Mut haben, es zu sagen, wenn sie sich geirrt haben. Das sehe man z. B. gerade jetzt in der Aenderung der Ehegesetzgebung, die sich den westlichen Vorlagen bereits anpasst. Die Wirtschaft ist eine Art Staatssozialismus und Planwirtschaft, das Dirigieren der Wirtschaft gehe dort allerdings weitaus leichter vor sich, als in unseren Ländern, wo die Arbeiterschaft nicht übel schreien würde, wenn man ihr zumuten würde, was man in Russland von ihr verlangt. Dr. Beneš habe in Charkow eine Traktorenfabrik besucht, aus der alle sechs Minuten ein fertiger Traktor hervorgeht. Die Fabrik beschäftige weit über 30.000 Arbeiter am laufenden Band. In Moskau habe man ihm eine Automobilfabrik gezeigt, die 32.000 Arbeiter beschäftigt und 13.000 Camions im Jahr liefert. Die Erzeugung soll auf 250.000 im Jahr erhöht werden. Gearbeitet werde wie in Aegypten zur Zeit der Pharaonen, obzwar eine sechs stündige Arbeitszeit besteht.

Auf meine Frage, ob diese Art der Erzeugung nicht schliesslich eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der Weststaaten in sich birgt, antwortete der Minister, er glaube dies nicht, wenigstens nicht für die nächsten 30 bis 40 Jahre, da der Bedarf des Landes mit seinen 170 Millionen Menschen enorm ist und schliesslich die Qualität der erzeugten Fertigprodukte sehr viel zu wünschen übrig lasse. Man habe ihn und seine Gesellschaft in der Moskauer Automobilfabrik zwar in neuen Autobussen herumgeführt, die mit Aufschriften „Ankara“ versehen waren, wodurch man zeigen wollte, dass man auch für den Export arbeite, doch sei dies eher eine Augenauswischerei gewesen.

Politisch trachte sich die Regierung von der Dritten Internationale zu emanzipieren, das heisst, ein solches Verhältnis herbeizuführen, wie es z. B. in Schweden zwischen der Regierung und der II. Internationale besteht.

Aussenpolitisch konnte Herr Dr. Beneš folgende Wahrnehmungen machen:

Die Russen sind kategorisch für den Völkerbund. Sie wollen unbedingt den Frieden, auch mit Polen, und fürchten den Krieg, von dem sie glauben, dass er am ehesten wegen Oesterreich entstehen könnte. In diesem Falle meint man, dass das Problem Deutschland-Polen gegen Russland aktuell werden könnte, und schon deshalb sei man für den europäischen Frieden.

Die Russen seien sich dessen bewusst, dass sie in Europa ihren Platz haben und sie sind entschlossen, im Bewusstsein ihrer Macht, in Europa mitzuarbeiten. Sie sind scharfe Gegner der deutschen Konzeption eines Mitteleuropa, werden nicht zugeben, dass Oesterreich an Deutschland fällt, weil dann die Politik des Jahres 1914 aufleben würde, Druck auf Ungarn, Rumänien und den Balkan, Unruhe im ägäischen Meer und in der Ukraine etc. etc. Deshalb seien die Sowjets für den status quo in Europa und die Stabilisierung der gegenwärtigen Verhältnisse.

Die Regierung sei ferner und zw. in konsequenter Durchführung dieses Gedankens auch für jedwede Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich und sie tritt somit als ein Element des Ausgleichs für Mitteleuropa auf den Plan. Einmischen wollen sich die Russen allerdings nicht, sie verlangen nichts, sie werden aber in Genf und in der internationalen Diplomatie die französische Linie unterstützen, die ihrer Ansicht nach auch in Mitteleuropa eine feste Basis für eine weitere Stabilität und für gegenseitige Zusammenarbeit schaffen will.

Das Gleichgewicht in Mitteleuropa müsse auch nach der russischen Auffassung unbedingt gewahrt und jeder Konflikt vermieden werden. Die Sowjets würden jede Politik unterstützen, die zu diesem Ziele führt.

Der Minister möchte nochmals wiederholen, dass was ihn anbelange, er absolut keine romantische Politik machen werde, keinen Panslavismus mit Russland, keine sogenannte slavische Politik, und übrigens fänden derartige Ideen auch in Russland keine Resonanz. Dr. Beneš sei nicht vielleicht deswegen gegen eine Lösung der mitteleuropäischen Frage im Sinne der deutschen Konzeption, weil er, wie manche vielleicht annehmen, eine panslavistische Lösung herbeiführen möchte. Nach wie vor sei er der Ansicht, dass sich die kleinen Staaten Mitteleuropas finden und ihre eigene Politik machen sollen und dass uns die Grossmächte dabei in Ruhe lassen mögen.

Die politischen Erfahrungen, die Dr. Beneš in Russland gemacht, seien daher sehr beruhigend und Dr. Beneš müsse das Wiedereintreten Russlands in die europäische Politik als ein grosses Plus werten, da hiedurch mögliche Konflikte erschwert werden.

Zum Schlusse kamen wir noch auf die neueste Phase der englischen Politik zu sprechen. Dr. Beneš sagte, er nehme die Verhandlungen zwischen England und

Deutschland, die mancherorts gewissen Bedenken begegnet sind, gar nicht tragisch. Er sei überzeugt, dass England Hitler gewinnen wolle, um ihn dorthin zu bekommen, wo man ihn haben will. Man habe in London Angst gehabt, dass Frankreich mit Deutschland nicht würde verhandeln wollen und übrigens gehe es auch ein wenig gegen Mussolini, der gewissermassen gedroht habe, sich mit Hitler zu verständigen. Nun habe England gezeigt, dass es sich leichter mit Hitler verständigen könne, als die anderen und vielleicht sei dies der Weg, um zu einer allgemeinen Verständigung zu gelangen. Nach den Informationen Dr. Beneš's wolle England die anderen Pakte nicht verlassen. Daher sehe Dr. Beneš in den Londoner Verhandlungen nichts, was uns schaden könnte.

Wenn sich England mit Deutschland auf einer bestimmten Basis einigen wolle, so müsse es notgedrungen auch dahin wirken, dass sich Deutschland mit Paris und Rom verständige und dass es insbesondere die anderen Punkte des Paktes von Stresa annehme und auch hinsichtlich des Donaupaktes eine günstige Antwort gebe. Denn England dürfe nicht annehmen, dass die anderen Grossmächte alles akzeptieren würden, was für England günstig sei und auf alles andere verzichten, was allenfalls ihnen zum Vorteil gereichen würde. Frankreich würde das jedenfalls nie mitmachen.

So stehen die Dinge und so sehe Herr Eden die Sache. Jetzt müsse man warten, was Deutschland nach Edens Reise nach Paris und Rom anfangen werde.

Da vor mir mein englischer Kollege, Sir Joe Addison nahezu durch zwei Stunden mit Herrn Dr. Beneš konferiert hatte, darf ich annehmen, dass mir die vorstehenden Mitteilungen unter dem frischen Eindruck dieser Unterredung gemacht worden sind.

1543

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit deutschem Gesandten Papen am 26. Juni 1935

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 35730/13

[Wien,] 26. Juni 1935

Papen begann unsere für heute nachmittag fixierte Unterredung damit, dass er einen ungeheuerlichen Wust von Zeitungsstimmen und Broschüren auspackte.

Ich erklärte ihm, bevor er mit der Verlesung begann, ihn bitten zu müssen, diesen Konversationspunkt für einige Tage zu verschieben, damit ich ihm mit einer ebenso grossen Sammlung von Zeitungsstimmen begegnen könne.

Papen erwiderte hierauf, er wolle nur die markantesten Fälle mit mir besprechen: vor allem müsse er vorbringen, dass er von Berlin schwere Vorwürfe dafür bekommen habe, dass er an der Marco d'Aviano-Feier teilgenommen hätte, da die bei diesem Anlasse von Bundespräsident Miklas gehaltene Rede eine deutliche Spitze gegen Deutschland enthalte u. zw. eine Bemerkung über das von Norden einbrechende Heidentum; weiters erwähnte P. die angeblich von der VF herausgegebene Broschüre über Südtirol, in welcher alle Schuld Deutschland bzw. dem Nationalsozialismus zugeschrieben wird. Dann zeigte er einige von der VF angeblich verbreitete Aufrufe und Flugzettel; hinsichtlich eines derselben konnte ich ihm sogleich nachweisen, dass er aus der Zeit vom Juli oder August vorigen Jahres stammen müsse, da er deutlich auf die unmittelbar vorangehende Ermordung Bundeskanzlers Dr. Dollfuss anspielte.

Nach dieser einleitenden Besprechung über die hiesige Presse meinte *Papen*, es sei höchste Zeit zu einem Gentlemen-Agreement über die Presse und allenfalls auch über die Frage der Zulassung deutscher Zeitungen nach Oesterreich zu gelangen.

Ich erwiderte darauf, dass wir schon vor Monaten etwas derartiges versucht hätten, dass aber dieser Versuch nur dazu geführt hätte, dass sich die österreichische Regierung weiter von der deutschen Presse habe beschimpfen lassen müssen, während die österreichische Presse einige Zeit sich jedes Angriffes enthalten habe. Ich sei daher der Meinung, dass das Problem anders anzufassen und zuerst die Frage zu klären wäre, wie man die elektrisch geschwängerte Atmosphäre zwischen beiden Staaten gefahrlos entladen könne.

Papen insistierte nicht weiter bezüglich dieses Themas.

Papen erhob dann einige Wehklagen über die angebliche Verhaftung deutscher Staatsangehöriger, die in einer Pension gewohnt hätten, an der die Fronleichnamprozession vorübergezogen sei.

Ich erwiderte ihm, dass die Polizei wahrscheinlich Grund zu dieser Massnahme gehabt habe; es dürfte sich wohl um Schutzhaft gehandelt haben, da ja die Leute wieder auf freien Fuss gesetzt worden seien. Ich stellte hierauf die Frage an P., ob in Deutschland nicht auch schon Leute aus solchen Anlässen in Schutzhaft genommen worden seien.

Papen brachte dann folgenden Fall zur Sprache: Reichsdeutsche Soldaten, die einen Pferdetransport nach Deutschland zurückbegleiteten, seien von der Polizei in der Nähe von Wien grundlos verhaftet worden.

Ich erwiderte darauf, dass unsere Polizei niemals grundlos verhafte und dass es mir ein besonderes Vergnügen bereiten werde, ihn über den wahren Grund, der zur Verhaftung geführt habe, zu informieren. (Dies geschieht unter Einem durch Privatbrief des Herrn BM. An Gesandten v. Papen, aus dem hervorgeht, dass es sich um betrunkene und „Heil Hitler“ schreiende Soldaten gehandelt hat.)

Papen kam sodann noch auf die letzte Ausgabe des „Sturm“ zu sprechen, in der tatsächlich ein Aufsatz enthalten ist, der eine gesamtdeutsche Politik als hochver-

räterisch brandmarkt. Er erwähnte im Zusammenhange damit, dass, wenn diese Aeussereung des Organes des Herrn Bundeskanzlers der politischen Ueberzeugung der österr. Bundesregierung entspräche, jede Möglichkeit eines Ausgleiches zwischen Deutschland und Oesterreich eigentlich ausgeschlossen sei.

Ich erwiderte unter Hinweis darauf, dass die Bedeutung dieses kleinen Blattes doch nicht überschätzt werden dürfe.

Ich sagte nun, dass diese Art der Konversation unmöglich zu einem Ziele führen könne, da es doch nur um unser beider Zeit schade wäre, wenn wir uns nur damit befassen wollten, gegenseitige Schimpfartikel nachzuprüfen. Ich machte ihn bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass *ein* Exemplar der „Brennessel“ oder des „Völkischen Beobachters“ sicherlich alle österreichischen, für Deutschland ungünstigen Zeitungsstimmen reichlich aufwiege. Ich sei aber gerne bereit, unter alle diese Rekrimationen einen endgültigen Schlussstrich zu ziehen, wenn deutscherseits einmal eine klare Erklärung u. zw. seitens des obersten Führers erfolgte, die uns Vertrauen in die Politik des deutschen Reiches geben könnte.

Wir hörten zwar immer wieder von amtlicher deutscher Seite (H. v. Papen), dass Hitler nunmehr Realpolitik treibe und dass die in seinem Buche „Der Kampf“ entwickelten Ideen sich um 180° gedreht hätten, andererseits müssten wir aber aus der Politik, die die NSDAP-Stellen im Reich gegen uns führen, zur Ueberzeugung gelangen, dass die Friedensschalmeien Hitler's nur dazu bestimmt seien, die Aussenpolitik Deutschlands zu unterstützen. Nicht früher könnten wir uns in irgendwelche politische Besprechungen mit Deutschland einlassen, als bis der deutsche Führer eine Erklärung abgegeben hätte, die auch seine Parteileute und die deutsche Oeffentlichkeit darüber belehrt, dass sich die Politik Deutschlands gegenüber Oesterreich tatsächlich geändert habe. Die Politik Herrn Hitler's sei Schuld daran, dass die Regierung in Oesterreich gezwungen sei, eine Sicherungspolitik zu machen und dass wir die Schuld, die H. v. Papen uns vorwerfe, nämlich, dass wir die Ursache für den russisch-französisch-tschechoslowakischen Akkord seien, unbedingt zu Lasten Herrn Hitler's buchen müssten.

Papen erwiderte darauf, er glaube, dass Hitler für eine solche Erklärung zu haben sei.

Ich erwiderte darauf, dass ich diese seine Antwort mit grosser Genugtuung zur Kenntnis nehme und dass ich mir erwarte, er werde mir die Skizze einer solchen Erklärung, die den berechtigten Wünschen Oesterreichs entspreche, in absehbarer Zeit zukommen lassen. Auch ich würde meinerseits eine Erklärung ausarbeiten, wie ich sie mir vorstellte und wir könnten dann unsere beiden zu Papier gebrachten Ideengänge vergleichen.

Ich fügte noch bei, man müsse sich auch darüber klar sein, dass dann auch wirklich in Deutschland mit der Legionsspielerei und den Hilfsbundunternehmungen endgültig Schluss gemacht werden müsse. Die Erklärung Hitler's müsste eben so klar sein, dass sie den Nutzniessern dieser Unternehmungen die Zwecklosigkeit ihrer Aktionen restlos klar vor Augen führe.

Papen versprach, seine Ideengänge im Verlaufe der nächsten Woche mit mir neuerlich durchzugehen.

Wir kamen dann auf den Fall Neubacher folgendermassen zu sprechen:

Ich sagte *Papen*, dass seine Position dadurch nicht gerade gefördert werde, dass er gewissermassen die Rolle der Mutter übernommen habe, zu der alle schlimmen Oesterreicher ihre Zuflucht nehmen. *Papen* erwiderte darauf lebhaft, er wisse, dass man ihm vorwerfe, er sei der Protektor aller Oppositionellen, er möchte jedoch bezüglich Neubacher's die Versicherung abgeben, dass dieser Mann absolut gegen den Anschluss sei und er nur ein oppositioneller nationaler Oesterreicher sei. Er sagte, dass gerade durch die Verhaftung Neubacher's, der sich immer gegen die Radikalen und Terroristen gewendet hätte, die Ideen des radikalen Flügels gestärkt würden.

Damit schloss unsere Konversation und wir kamen überein, uns nächste Woche wieder zu einer Besprechung zusammenzufinden.

1544

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht

AdR

Gesandtschaft Warschau
(ohne Zahl)

Rom, 27. Juni 1935

Im Verlaufe eines Gespräches mit Unterstaatssekretär Suvich erklärte dieser neuerlich, dass die gegenwärtige Haltung Italiens in der Frage der Donaukonferenz bezwecke, Frankreich, das wegen seiner inneren Schwierigkeiten in letzter Zeit die Kleine Entente habe gewähren lassen, dazu zu bewegen, seine Freunde zur Raison zu bringen und sich selbst wieder aktiver um den Donaupakt zu kümmern. In diesem Zusammenhange wiederholte Herr Suvich auch, dass das Interesse Herrn Mussolini's an dem Donaupakt und an der Konferenz trotz aller Schwierigkeiten und Komplikationen in keiner Weise nachgelassen habe. So hätte Herr Mussolini auch Mr. Eden gegenüber betont, dass das Interesse Italiens an der Sicherung von Oesterreichs Unabhängigkeit ein unwandelbares sei und durch Mr. Eden die englische Regierung ersucht, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Mr. Eden hätte unter Hervorhebung des englischen Interesses an Oesterreich dies zugesagt und in bündiger Form erklärt, dass England niemals ein Abkommen mit Deutschland treffen würde, das irgendwie die Unabhängigkeit Oesterreichs tangieren würde.

1545**Amtsvermerk Gesandter Wildner**

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 153990/14a

Wien, 28. Juni 1935

Gesandter Fierlinger hat uns vor einiger Zeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in Prag eingeladen. Hiefür war bereits ein Termin der laufenden Woche genannt gewesen. Herr Fierlinger wurde heute gesagt, daß die österreichische Delegation bereit sei, Dienstag nachmittag nach Prag zu fahren, um Mittwoch vormittag die Verhandlungen im Plenum aufzunehmen. Hiebei wurde betont, daß man österreichischerseits an dem alten Standpunkte festhalte, wonach für die Fortsetzung der Verhandlung nicht die bisher tschechoslowakischerseits gemachten Konzessionen in Betracht kämen, sondern nur eine Verhandlung in dem wiederholt bezeichneten größeren Ausmaße (30-Millionen-Rahmen). Die österreichische Delegation, die diesmal leider in ihrer Zeit sehr beschränkt sei, weil in den übernächsten Wochen Verhandlungen mit einer bulgarischen Delegation in Wien in Aussicht genommen seien, werde bestrebt sein, das Ihrige zu tun, daß das auf dieser Grundlage in Betracht kommende Material in der zur Verfügung stehenden Zeit aufgearbeitet werden könne.

Herr Fierlinger meinte seinerseits, daß man tschechoslowakischerseits wirklich bestrebt sei, diesmal bessere Arbeit zu leisten und daß man sich auch in der Zwischenzeit gewiß zu weiteren Konzessionen bereit gefunden haben werde; er glaube aber nicht, daß das von uns gekennzeichnete Ausmaß erreicht werden könne; dies werde aber Sache der Verhandlung sein.

1546**Staatsrat**

Verhandlungsschrift zur 22. Sitzung

Parlamentsarchiv
Staatsrat 1934 – 38

Wien, 4. Juli 1935

Bundesminister für Aeusseres Berger-Waldenegg:

Gestatten Sie, dass auch ich meinerseits den Worten des Ministers Neustädter-Stürmer folgendes beifüge. Ich möchte zuerst dem Herrn Staatsrat Kunschak auf

die Bemerkung antworten, dass schon in früherer Zeit versucht wurde, wie er gesagt hat, durch „Packeln“, gewisse Beträge der Familie des früheren Herrscherhauses zuzuwenden. Ich bitte, mir zu erlauben, dass ich diese Sache gewissermaßen so auffasse, dass seinerzeit Almosen gegeben wurden. Ich glaube, heute ist die Zeit, wo wir offen und ehrlich hervortreten können und offen und ehrlich das Unrecht, das geschehen ist, wieder gut machen können. (*Zustimmung.*)

Was den aussenpolitischen Teil betrifft, möchte ich anschliessen an die vom Herrn Staatsrat Kunschak in Baden erwähnte Rede. Ich glaube, dass das jetzige Gesetz mit der Frage der Restauration überhaupt nichts zu tun hat, dass daher die Frage der Restauration in diesem Zusammenhange überhaupt nicht behandelt werden kann und darf. Ich als Leiter der auswärtigen Politik hätte mich nicht getraut, mit ausländischen Journalisten über diese Frage in der Weise zu sprechen wie Staatsrat Kunschak, weil ich ja verantwortlich dafür gewesen wäre und wahrscheinlich riskiert hätte, dass ich dort eine ungeheure Unruhe hervorrufe, was – ich kann das sagen – auch geschehen ist. Heute handelt es sich lediglich – ich betone das – um Gutmachung von geschehenem Unrecht. Und da kann ich jedenfalls dem Herrn Staatsrat versichern, dass ich es nie ausseracht gelassen habe, in Genf, in Rom, in Paris, in Tabor, überhaupt wo immer unseren Standpunkt zu vertreten, dass wir zwar die Restauration als absolut nicht aktuelles Thema betrachten, dass wir aber bestrebt sind, sobald als möglich das Unrecht, das geschehen ist, wieder gut zu machen. Und ich kann auch dem hohen Staatsrat versichern, dass ich da bei allen massgebenden Kreisen volles Verständnis gefunden habe. Ich zweifle nicht, dass gewisse ausländische Organe, Hetzorgane, die jede Gelegenheit ergreifen, um gegen unser Vaterland loszuziehen, auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um nur möglich Unrat über uns zu entladen. Ich fürchte das nicht, weil, wie ich Ihnen auch offen sage, manche massgebende Kreise des Auslandes sogar schon oft die Frage gestellt haben: warum redet ihr so viel und tut so wenig? (*Lebhafter Beifall.*)

Jetzt ist die Gelegenheit zum Tun gekommen und das Ausland weiss auch, dass die Regierung, die jetzt hier sitzt, mit dem Ausland immer ehrlich und offen gesprochen hat und dass, wenn wir sagen, dass wir keine Gesetze beschliessen werden, die irgend wie eine Komplikation in Europa hervorrufen könnten, das Ausland sich darauf verlassen kann. Und wenn wir Ihnen heute wirklich sagen, dass wir dieses Gesetz schaffen, nur um das Unrecht gut zu machen, werden sich auch das Ausland und die ausländischen Kabinette darauf verlassen können. Die Regierung hat nichts vergessen, und ich habe nicht vielleicht ausseracht gelassen, auch aussenpolitische Erwägungen in Betracht zu ziehen sowie die Möglichkeiten der Beurteilung, die durch dieses Gesetz entstehen könnten. Aber ich kann Ihnen die Antwort geben, dass wir in dieser Hinsicht vollständig beruhigt und befriedigt sind, da aus massgebenden politischen Kreisen des Auslandes keine Bedenken gegen dieses wirtschaftliche Gesetz auftauchen werden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

1547**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Verbalnote

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 35867/13

Wien, 6. Juli 1935

Bezugnehmend auf die geschätzte Verbalnote Zl. A 1532/35 vom 1. d. M. beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, neuerlich darauf hinzuweisen, dass die österreichische Bundesregierung ihre ehrliche Absicht, gegen Staatsoberhäupter und Mitglieder fremder Regierungen gerichtete öffentliche Beleidigungen und Presseexzesse empfindlich zu bestrafen, durch Erlassung der bekannten Verordnungen vom Jahre 1933 zu erkennen gegeben hat, die sie seinerzeit auch den fremden Regierungen mit dem ausdrücklichen Vorbehalte eines reziproken Vorgehens der ausländischen Regierungen gegenüber Oesterreich notifiziert hat. Trotz wiederholter Erinnerungen ist der österreichischen Bundesregierung seitens der deutschen Regierung bisher eine solche Zusage nicht gemacht worden. Die österreichische Bundesregierung ist daher zu ihrem Bedauern in Ermangelung der Reziprozität nicht in der Lage, die in Rede stehenden Verordnungen gegenüber Deutschland zu handhaben. Es liegt jedoch durchaus in der Macht der deutschen Regierung, diesem nicht durch Oesterreich verschuldeten Uebelstand durch Gewährung der Reziprozität ein Ende zu setzen.

Das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, glaubt ferner diesen Anlass dazu benützen zu sollen, die Aufmerksamkeit der Deutschen Gesandtschaft auf den Umstand zu lenken, dass die in den letzten Wochen von der Presse im Deutschen Reiche Oesterreich gegenüber eingenommene eindeutig feindselige Haltung die vereinzelt gegen Mitglieder der deutschen Regierung gerichteten Ausfälle in der österreichischen Presse bei weitem auch quantitativ aufwiegt. Es darf zur Charakterisierung des eben Gesagten bloss auf die in der Anlage verzeichneten Beispiele hingewiesen werden.

1548**Gesandter Franckenstein an Bundesminister
Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 215/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 36099/13

London, 9. Juli 1935

In einem Gespräche, das ich mit Sir Robert Vansittart führte, erörterten wir die Probleme, die für uns von Interesse sind. Auf meine Frage, wie er die Aufhebung der Habsburgergesetze beurteile, erwiderte Vansittart, dass ihm diese durchaus gerecht erscheine. Dass jedoch eine Rückkehr Erzherzog Ottos im gegenwärtigen Zeitpunkte hier auf ernste Bedenken stossen würde, ging schon aus seiner Bemerkung hervor, auch ohne die hiedurch geschaffene Komplikation hätten die europäischen Staatsmänner genügend Sorgen.

Gestern wurde im Parlament an den Staatssekretär für Aeusseres die Frage gerichtet, ob die Politik der britischen Regierung, ihren Einfluss zu Wahrung der Unabhängigkeit Oesterreichs einzusetzen, in jedem Falle angewendet würde, von welcher Seite immer auch die Unabhängigkeit bedroht wäre. Die Antwort des Aussenministers lautete, die Wichtigkeit, die die Regierung Sr. Majestät der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs beimesse, sei wohlbekannt, doch glaube er nicht, dass es von irgendwelchem Nutzen sei, das Vorgehen der britischen Regierung bezüglich Möglichkeiten zu erörtern, die noch nicht gegeben seien.

Vansittart sprach zu mir neuerdings von den schweren Besorgnissen, die die Politik Italiens in der abessinischen Frage den hiesigen Staatsmännern einflösse. Er glaubt, dass diese eine noch engere Annäherung zwischen Italien und Frankreich herbeiführen werde, wodurch die Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs eine Stärkung fände. Letztere bilde auch weiterhin ein Hauptaugenmerk der britischen Politik. Ein Desinteressement Grossbritanniens zugunsten einer britisch-deutschen Annäherung komme überhaupt nicht in Betracht. Er selbst, dem man gewiss keine Deutschenfreundlichkeit vorwerfen könne, sei warm für das Flottenabkommen eingetreten; denn es sei mit diesem wie mit den sibyllinischen Büchern. Ein Ablehnen des deutschen Angebotes, das ja auch Frankreich eine dauernde Superiorität zur See sichere, hätte nur dazu geführt, dass das Deutsche Reich später mit grösseren Forderungen hervorgetreten wäre. Eine gewisse Bewegungsfreiheit, bei allem Wunsch im engen Einvernehmen mit Italien und Frankreich vorzugehen, müsse sich die britische Regierung wahren, um Fortschritte bezüglich der Rüstungsbeschränkung anzubahnen. Auch Frankreich habe mit Russland ein Separatabkommen getroffen,

gegen welches Deutschland den Vorwurf erhob, dass es den Bestimmungen des Locarnopaktes zuwiderlaufe.

Titulescu hat in seinem Gespräche mit Vansittart keine Besorgnisse bezüglich Oesterreichs geäußert.

Der bekannte Journalist Sauerwein, mit dem ich mich unterhielt, meinte, dass eine Rückkehr Erzherzog Ottos Deutschland und die Kleine Entente näher zusammenbrächte und dem Verlangen nach einem Plebiszit in Oesterreich neue Nahrung gäbe.

1549

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit deutschem Gesandten Papen am 11. Juli 1935

Referentenentwurf¹

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 36114/13

Wien, 11. Juli 1935

In der Absicht die Beziehungen zwischen dem Bundesstaate Oesterreich und dem Deutschen Reiche schrittweise und baldigst wieder zu normalen [sic!] zu gestalten, in der Ueberzeugung, dass die europäische Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens damit eine wertvolle Förderung erfahren wird, in der Erwägung, dass die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder selbst erfüllt werden

sind die österreichische Bundesregierung und die Regierung des Deutschen Reiches über Folgendes übereingekommen:

I. Die Regierung des Deutschen Reiches anerkennt das in Oesterreich geltende Regime. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935: „Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Oesterreich etwa zu annektieren

¹ „Der deutsche Gesandte v. Papen hat dem H. BM f. d. A.A. heute den im Original und in Abschriften zuliegenden Entwurf einer Art Gentlemen-Agreement übergeben. Der HBM hat H. v. Papen mitgeteilt, daß er diesen Entwurf während seines Urlaubes durchstudieren und ihm nach Rückkehr seine Bemerkungen hiezu mitteilen werde. Von dem Entwurf wurde seitens des HBM f. d. A. A. lediglich der H. Bundeskanzler mit dem Beifügen informiert, dass der HBM sich seine Stellungnahme nach Rückkehr vom Urlaub vorbehalte. Ansonsten wurde niemand von dem Inhalt informiert und der Akt hat bis zur Rückkehr des HBM unter Verschluss bei Gesandtem Hornbostel zu verbleiben.“ Pro domo Gesandter Hornbostel, Wien, 11.7.1935 – AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12, Z. 36114/13.

oder anzuschliessen“ wird die Reichsregierung keinerlei unmittelbare oder mittelbare Einwirkung auf österreichische innerpolitische Vorgänge nehmen.

- a) Sie anerkennt, dass die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich, für welche jede Betätigung gegenwärtig verboten ist, eine rein innerösterreichische Angelegenheit ist.
- b) Sie wird dafür Sorge tragen, dass im Reiche bestehende Verbindungen österreichischer Bundesangehöriger bzw. alle Verbindungen, Vereine und Bünde, die sich im Reiche mit der Wahrnehmung von Interessen österreichischer Bundesangehöriger befassen, eine ausschliesslich charitative Tätigkeit entfalten und in dieser ihrer Tätigkeit, insolange sie mit den geltenden Gesetzen des Reiches nicht in Widerspruch steht, nicht behindert werden.
- c) Sie wird dafür Sorge tragen, dass die in Artikel I enthaltenen Bestimmungen von der staatstragenden NSDAP und allen deren Parteiorganisationen eingehalten werden.

II. Die österreichische Bundesregierung anerkennt, dass der Nationalsozialismus die staatstragende Doktrin des Deutschen Reiches ist.

Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 29. Mai 1935, „dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt“ anpassen. Sie wird dafür Sorge tragen, dass in Oesterreich bestehende Vereinigungen reichsdeutscher Staatsbürger in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden, insolange sie den Richtlinien, die in ihren von den österreichischen Behörden genehmigten Statuten festgelegt sind, entsprechen und sich weder in innerösterreichische Angelegenheiten einmischen noch österreichische Bundesangehörige durch Propaganda zu beeinflussen trachten.

III. Im einzelnen wird überdies vereinbart:

a) *Presse.*

Beide Teile werden auf die Presse ihres Landes in dem Sinne Einfluss nehmen, dass sie sich jeder politischen Einwirkung auf die Verhältnisse im anderen Lande enthalte und ihre sachliche Kritik an den Verhältnissen im anderen Lande auf ein Mass beschränke, das auf die Oeffentlichkeit des anderen Landes nicht verletzend wirke. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf die Emigrantenpresse in beiden Ländern.

Seitens beider Teile wird der allmähliche Abbau der Verbote hinsichtlich des Importes der Zeitungen und Druckerzeugnisse des anderen Teiles, nach Massgabe der jeweils durch dieses Uebereinkommen erzielten Entspannung im gegenseitigen Verhältnisse, in Aussicht genommen.

b) *Funk-, Film-, Nachrichten- und Theaterwesen.*

In diesen Belangen verpflichten sich beide Teile, sogleich von jeder aggressiven Verwendung gegen den anderen Teil, im Sinne der vorstehenden Abreden (Artikel I und II) Abstand zu nehmen. Darüber hinaus wird ein schrittweiser Abbau der gegenwärtig bestehenden Behinderungen im Austauschverkehr auf Grund vollkommener Reziprozität in Aussicht genommen.

- c) *Emigrantenfrage.*
Beide Teile treffen sich in dem Wunsche, durch wechselseitiges Entgegenkommen zu einer ehemöglichen befriedigenden Lösung des Problems der österreichischen nationalsozialistischen Emigration im Reiche beizutragen.
Die österreichische Regierung wird, so bald die Umstände es ihr erlauben, der Prüfung dieser Frage nähertreten und der deutschen Regierung das Ergebnis ihrer Prüfung mitteilen.
- d) *Hoheitszeichen und Nationalhymnen.*
Jede der beiden Regierungen gestattet den Staatsangehörigen des anderen Teiles das Zeigen der Hoheitsabzeichen ihres Vaterlandes – sowie analog das Absingen der Nationalhymnen – in ausschliesslich von diesen Staatsangehörigen besuchten geschlossenen Veranstaltungen.
- e) *Beschränkungen im Reiseverkehr.*
Beide Teile treffen sich in dem Wunsche, die beiderseits bestehenden Beschränkungen im gegenseitigen Reiseverkehr nach Massgabe der erhofften günstigen Auswirkungen der vorliegenden Vereinbarung auf die Beziehungen zwischen beiden Ländern ehemöglichst schrittweise abzubauen und, wenn möglich, gänzlich aufzuheben.
- f) *Behandlung von Anständen und Beschwerden.*
Für die Behandlung von Anständen und Beschwerden, die sich im Zusammenhange mit der vorstehenden Vereinbarung ergeben könnten, wird ein von drei Persönlichkeiten der einschlägigen Ressorts jedes Landes zusammengesetzter Ausschuss eingesetzt.
Er hat die Aufgabe, sich in regelmässiger Fühlungnahme über die Auswirkungen der Vereinbarung sowie deren etwa erforderliche Ergänzungen auszusprechen².

1550

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 348/Pol.

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/11
Z. 36244/13

Prag, 12. Juli 1935

In meinem gestrigen Berichte Zl. 343/Pol habe ich mir erlaubt, den Inhalt einer Unterredung mit Herrn Dr. Krofta wiederzugeben, die die neuen Habsburgergesetze zum Gegenstande hatte. Ich erwähnte bei dieser Gelegenheit, dass mich Herr

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632 und ADÖ 10/1633.

Dr. Beneš für heute vormittags hat zu sich bitten lassen und dass ich vermutete, er wolle mit mir über die Umgestaltung unseres Schiedsvertrages aus dem Jahre 1926 sprechen.¹

Der hauptsächliche Grund der heutigen Unterredung war jedoch ein anderer. [...]. Gleich nach der ersten Verlautbarung über die neuen Habsburgergesetze habe Belgrad in Prag telegraphisch angeregt, gemeinsam in Wien einzuschreiten. Dr. Beneš habe seine Verbündeten beruhigt und die vorgeschlagene Demarche abgelehnt.

Immerhin werde es nicht zu umgehen sein, dass die Habsburgerfrage neuerlich zum Gegenstande eingehender und ernster Besprechungen bei der bevorstehenden Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad gemacht werde. Dr. Beneš werde dahin wirken, dass diese Besprechungen und allfällige Beschlüsse so gehalten werden, dass durch sie unser gegenseitiges gutes Verhältnis nicht berührt werde. Mit Rücksicht auf die bekannten Erklärungen des Herrn Gesandten a. D. Wiesner könne und dürfe die Kleine Entente allerdings nicht ruhig bleiben und sie sehen sich gezwungen, hiezu energisch und kategorisch Stellung zu nehmen. In Wien sollte man es verstehen, dass die Kleine Entente nicht schweigen könne. Die Einstellung der Kleinen Entente zu den Habsburgern ändere sich nicht und werde sich auch nicht ändern. Und dies zumindest werde man zur Beruhigung der Öffentlichkeit innerhalb der Kleinen Entente klar und deutlich sagen müssen.

Sollten die Anhänger der Restauration vielleicht auf die mehr oder minder aktive Unterstützung Frankreichs rechnen, so wäre dies ein grundlegender Irrtum. Gestern sei der französische Gesandte, Herr Naggiar, bei Herrn Dr. Beneš erschienen, um offiziell mitzuteilen, dass die französische Regierung auch weiterhin in der Frage der Habsburgerrestauration den gleichen Standpunkt einnehmen werde, auf dem die Kleine Entente beharrt. Dieselbe Erklärung dürfte auch in Belgrad und Bukarest abgegeben worden sein. Man habe sich in Paris zu dieser Mitteilung veranlasst gesehen, um die Verbündeten in dieser Hinsicht zu beruhigen.

Dr. Beneš habe gestern auch mit dem italienischen Gesandten, Herrn Rocco, gesprochen und diesem seinen antihabsburgischen Standpunkt mit der Bitte praezisiert, ihn der römischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Er habe Herrn Rocco ausdrücklich erklärt, dass in Prag die Formulierung: *Anschluss oder Habsburg* kategorisch abgelehnt werde. Dieses Dilemma bestehe für Prag nicht und so dürfe die Frage nicht gestellt werden. Die tschechoslowakische Aussenpolitik sei gegen beides, sowohl gegen den Anschluss, als auch gegen eine Restauration der Habsburger, sie kenne für Oesterreich nur ein Ziel die volle Selbstständigkeit und Souveränität, wobei es gleichgültig sei, welches Regime und welche Staatsform sich Oesterreich gebe – nur die Habsburger dürfen es nicht sein.

Ein Habsburger als Herrscher in Wien bedeute für Dr. Beneš nur eine Etappe zum Anschluss und nicht dessen Verhinderung. Ohne sich in die innerpolitischen

¹ Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 343/Pol., Prag, 11.7.1935 – AdR, NPA, Österreich/Geheim 2/11, Z. 36159/13.

Verhältnisse Oesterreichs einzumischen, glaube Dr. Beneš sagen zu können, dass es in Oesterreich weite Kreise gebe, die heute zwar ganz entschieden gegen Hitler eingestellt sind, die sich aber, vor die Frage gestellt, ob Habsburg oder Hitler, ohne Bedenken für Letzteren entscheiden würden, weil sie im deutschen Nationalsozialismus nur eine vorübergehende Erscheinung sehen, sich aber vor der Habsburgerrestauration als einer Dauerlösung fürchten.

Im Widerstande gegen eine Restauration der Habsburger begegne sich die Kleine Entente mit Deutschland und ein Habsburger in Wien würde die Kleine Entente automatisch an die Seite Deutschlands bringen. Aber trotzdem, das müsse wiederholt werden, gelte für die Kleine Entente nicht, sich zu entscheiden, ob lieber den Anschluss oder lieber die Restauration.

Es unterliege wohl keinem Zweifel, fuhr Herr Dr. Beneš fort, dass sich ein Regime, dem Deutschland, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien feindlich gesinnt wären, in Oesterreich nicht lange halten könnte und würde. Man möge sich nur vorstellen, wie das wäre, wenn zu den Schwierigkeiten, die Oesterreich heute noch mit Deutschland habe, in Zukunft auch noch ähnliche Schwierigkeiten mit der Kleinen Entente treten würden. Und schliesslich müsste sich auch noch Frankreich in die gleiche Front von Oesterreichs Gegnern stellen, weil es doch nicht wollen könne, dass sich die Kleine Entente wegen Habsburg von Frankreich trennt.

Ich bat hier Herrn Dr. Beneš, eine ganz theoretische Frage stellen zu dürfen: Würde die geschilderte Einstellung der Kleinen Entente zu einer Restauration der Habsburger in Wien auch dann unverändert weiter bestehen, wenn sich der künftige Herrscher verpflichten würde, den territorialen status quo zu respektieren und auf jegliche Gebietsaspirationen gegenüber den Nachbarstaaten zu verzichten?

Diese Frage erklärte Herr Dr. Beneš bejahen zu müssen. Die Tschechen hätten in der Vergangenheit so viele Versprechungen der Habsburger erhalten, die nicht erfüllt worden seien, dass sie einem von dieser Seite kommenden Versprechen keinen Glauben mehr schenken können. Das tschechische Volk würde derartige Versprechungen nur als Hohn empfinden. Und übrigens könne man in einer Zeit, in der selbst feierliche Verträge nicht eingehalten werden, in dieser Hinsicht nicht genug vorsichtig und skeptisch sein.

Meinen Einwand, es scheine mir doch, dass in dieser Frage vielfach Gefühlspolitik mitspiele, wies Herr Dr. Beneš zurück. Er mache keine Gefühlspolitik, müsse aber auf die Gefühle anderer Rücksicht nehmen.

Ganz besonders müsse, entwickelte Herr Dr. Beneš seine Gedanken weiter, in der in Rede stehenden Frage der besondere Standpunkt Jugoslawiens ins Auge gefasst werden. Dieser sei ganz besonders kategorisch. Selbst für den Fall, dass man annehmen würde, für die Tschechoslowakei wäre ein Habsburger in Wien tragbarer, als der Anschluss, sei es sicher, dass dieses Argument für die Jugoslawen keine Geltung habe. Der Widerstand der Jugoslawen gegen eine Restauration der Habs-

burger sei mehr als ernst, für Belgrad sei diese Frage von vitalster Bedeutung, die „Habsburgergefahr“ sei für die Jugoslaven eine wirkliche Gefahr, eine Gefahr im wahrsten Sinne des Wortes, wie viel grösser als der Anschluss, mit wenigen Worten: sollte das Habsburgerproblem ernstlich als aktuell hingestellt werden, so würde sich Jugoslawien sofort an Deutschland anlehnen und mit diesem zusammenarbeiten, alles was Jugoslawien von Italien trennt, würde sich vertiefen u.s.w. Und in diesem Sinne sei auch die vorher gemachte Behauptung aufzufassen, dass jedes Bestreben nach einer Restauration der Habsburger Arbeit für den Anschluss sei, un travail pour le voie de la Prusse ! [un travail pour le roi de Prusse!]

Dr. Beneš habe diese Gedankengänge ausführlich und offen in Paris und Rom dargelegt und man dürfe sich auch dort dessen bewusst geworden sein, dass man in dieser Frage nicht spassen dürfe. Es gehe Dr. Beneš darum, dass man endlich mit diesem Spiele gründlich Schluss mache.

Er appelliere an meine Erinnerung: er habe seit jeher darauf hingewiesen, wie gefährlich das Spiel mit dem Anschlussgedanken sei und er habe prophezeit, dass in dem Moment, wo die Anschlussgefahr feste Formen annehmen sollte, ganz Europa dagegen aufstehen werde. Und er habe Recht behalten. Als Polen mit Hitler seinen Frieden gemacht, habe Herr von Grzybowski in Prag angedeutet, dass der Anschluss nicht mehr ferne sei und er habe malitiös gelächelt, als ihm Dr. Beneš entschieden widersprochen habe. Und jetzt sei die überraschend klare und eindeutige Erklärung Sir Samuel Hoares gekommen, die wohl jedwede Hoffnung auf den Anschluss zu nichte mache. Genau so werde es mit den Anstrengungen nach einer Restauration der Habsburger der Fall sein.

Zum Schluss betonte Herr Dr. Beneš nochmals mit grösstem Nachdruck, dass all das, was er mir heute gesagt, nicht etwa als ein Protest, oder als ein Zeichen von Misstrauen aufgefasst werden dürfe. Der Minister habe alles getan, worum ihn Herr Bundesminister durch Herrn Gesandten Fierlinger ersuchen liessen, er möchte nur nicht, dass Missverständnisse herrschen und vielleicht die irrtümliche Auffassung entstehe, als ob in der tschechoslowakischen Einstellung zum Restauraionsproblem ein Umschwung oder eine Aenderung eingetreten wäre. Dr. Beneš wolle der Bundesregierung die Situation nur nicht erschweren und deshalb habe er geschwiegen und jede öffentliche Stellungnahme abgelehnt.

Ich dankte hierauf dem Herrn Minister für seine Mitteilungen, und insbesondere für die mir zuletzt gegebene Versicherung und bemerkte, dass die Aufregung wegen unserer angeblichen Restauraionsabsichten sich wohl legen werden, wenn das heute morgens durch die Wiener Amtliche Nachrichtenstelle verbreitete Interview des Herrn Bundeskanzlers mit dem Wiener Vertreter der Agence Havas bekannt werden wird. Herr Dr. Beneš nickte zustimmend, ich war mir aber nicht ganz klar, ob er das Interview bereits gelesen hatte.

Nach einer kleinen Pause fuhr Herr Dr. Beneš fort: In dem gleichen freundschaftlichen Geiste, in dem er das vorstehend Gesagte aufgefasst wissen möchte, wünsche er mit mir noch Folgendes zu besprechen:

Er habe immer den Standpunkt verfochten, dass die Rückgabe des Vermögens etc. an die Habsburger eine interne Angelegenheit unseres Staates sei, in die sich niemand einzumischen habe. Keine interne Angelegenheit sei jedoch eine eventuelle Rückkehr der Exkaiserin Zita und des Thronfolgers Otto. Diesen Standpunkt habe die österreichische Regierung begriffen.

Es bleibe nun die zu erwartende Rückkehr der anderen Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses und ihre Einschaltung in das öffentliche und gesellschaftliche Leben. Dr. Beneš möchte nicht, dass daraus für unser gegenseitiges Verhältnis irgendwelche Schwierigkeiten erwachsen. In Betracht komme hiebei die Stellung der Gesandten der Kleinen Entente.

Es wäre nach Ansicht des Ministers angezeigt, sich über die gegenseitige Haltung und Stellung, kurz über das Protokoll irgendwie zu verständigen, und zwar rechtzeitig, ehe man sich engagiert und damit diese Frage nicht zu einer politischen werde bzw. ehe sie diplomatische Zwischenfälle hervorrufe. Es gehe natürlich die Tschechoslowakei im Grunde genommen gar nichts an, was wir in Bezug auf die Stellung der Erzherzoge veranlassen und bestimmen, da wir aber doch in freundschaftlichen Beziehungen stehen und in solchen leben wollen, wäre es vielleicht doch gut, auch darüber miteinander zu sprechen, damit keine Schwierigkeiten erwachsen und die Gesandten der Kleinen Entente sich vielleicht nicht fern halten müssen von Feiern, z. B. am Staatsfeiertage, die sie unter Umständen nicht gut mitmachen könnten.

Ich warf hier ein, dass die Gesandten der Kleinen Entente in Budapest sich meines Wissens von Staatsfeiern und festlichen Anlässen nicht zurückhalten, obzwar bei diesen Gelegenheiten den Herren Erzherzogen und den Angehörigen der königlichen Familie besondere Ehren erwiesen werden. Ich könne daher nicht einsehen, warum es in Wien anders sein sollte.

In Ungarn, antwortete Herr Dr. Beneš, stünden die Dinge ganz anders und die Verhältnisse in Budapest könnten nicht als Analogie für Wien herangezogen werden. Ungarn sei immer Monarchie geblieben, die Erzherzoge seien dort vom Anfang an, Oesterreich sei jedoch eine Republik gewesen und die öffentlich rechtliche bzw. gesellschaftliche Stellung der Erzherzoge werde dort erst neu eingebaut. In Ungarn sei man nach dem Karlputsch in dieser Richtung sogar etwas zurückgegangen.

Er insistiere nicht, er verlange nicht, dass wir uns in der angedeuteten Richtung verständigen müssen, dazu habe er kein Recht und nur mit Rücksicht auf die gute gegenseitige Freundschaft sei er mir mit dieser Anregung gekommen. Er glaube, dass weder wir noch die Tschechoslowakei in diesen – im übrigen sehr wichtigen und nicht zu vernachlässigenden – Protokollsachen einen Prestigestandpunkt beziehen sollten. Der Minister gebe mir die Versicherung, dass er unsere Souveränität voll und ganz und in jeder Beziehung respektiere und immer respektieren werde. Ich darf um eine geneigte Weisung bitten, was ich Herrn Dr. Beneš antworten soll.

1551**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 349/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 13. Juli 1935

In der Unterredung, die ich gestern mit Herrn Dr. Beneš hatte, kam dieser zum Schluss auch auf die Frage des Donaupaktes zu sprechen und wollte von mir wissen, welche Nachrichten ich hierüber hätte. Ich antwortete dem Herrn Minister, dass ich über die Details der schwebenden Verhandlungen nicht unterrichtet bin, dass ich aber eines wisse und zwar, dass sich Italien entgegen der mancherorts vertretenen Meinung durch das Engagement in Abessinien aus Mitteleuropa nicht zurückziehen werde und in der eingeschlagenen Politik fortzufahren gedenke.

Herr Dr. Beneš gab mir Recht, auch seine Informationen gehen mit dieser Mitteilung konform. Er bat mich, Herrn Bundesminister zu sagen, dass die Situation mit Bezug auf den Donaupakt so bleibe wie sie war. Vertraulich fügte der Minister hinzu: Es sei ein Faktum, dass der Besuch Gamelin's in Rom den Zwecke gehabt hat, die Vereinbarungen Laval-Mussolini praktisch zu ergänzen. Was im seinerzeitigen Communiqué über die Unterredung Herrn Lavals mit Herrn Mussolini vorausgesagt worden war, sei beschlossen worden, d. h. man habe Abmachungen darüber getroffen, wie die Selbstständigkeit Oesterreichs praktisch zu verteidigen wäre. Frankreich und Italien seien sich darüber einig, was zu geschehen habe, wenn von deutscher Seite etwas gegen die österreichische Selbstständigkeit unternommen würde. Deutschland dürfe daher nicht darauf spekulieren, dass es in Mitteleuropa freies Feld haben werde, wenn Italien mit seiner Militärmacht etwa anderweitig engagiert wäre.

In Rom und Paris habe man in der letzten Zeit erwogen, ob es nicht möglich wäre den Donaupakt in zwei Etappen durchzuführen und zwar als erste Etappe die politischen Verträge, einen Nichteinmischungspakt und einen Nichtangriffspakt abzuschliessen, die gegenseitigen Hilfeleistungsverträge aber für eine zweite Etappe zu lassen. Diese Erwägungen dürften vermutlich hauptsächlich mit Rücksicht auf eine bestimmte Einstellung Ungarns angestellt worden sein.

Der Standpunkt Dr. Beneš's hiezu sei Folgender: Ein allgemeiner Pakt und Verträge über Nichtangriff und Nichteinmischung genügen der Tschechoslovakei nicht in einer Zeit, in der man in Europa derartige Verträge, wenn sie lästig werden, einfach nicht beachtet. Deshalb halte es Herr Dr. Beneš für notwendig, diese Pakte zu gleicher Zeit auch durch Verträge über die gegenseitige Hilfeleistung zu ergänzen. Italien und Frankreich seien im Grunde derselben Meinung, denn sie hätten es ja unter einander ebenso gemacht.

Ausgeschlossen wäre es, vielleicht nur die Frage der Aufrüstung lösen zu wollen. Diese Frage könnte nur dann positiv gelöst werden, wenn die entsprechenden Garantien für die Sicherheit der anderen Staaten gegeben wären. Diese Sicherheit könne aber nur durch die Verträge über die gegenseitige Hilfeleistung garantiert werden. Nur für einen politischen Vertrag werde die Tschechoslovakei ihre Zustimmung zur Wiederaufrüstung nicht geben. Dies alles beziehe sich jedoch nicht auf Oesterreich, dieses habe eine Situation à part, wohl aber beziehe es sich auf Ungarn und Bulgarien.

Zum Schlusse bemerkte Herr Dr. Beneš nochmals, dass nach seinen verlässlichen Informationen die Drohung Italiens, sich in Mitteleuropa zu desinteressieren, nur ein taktischer Zug gewesen ist. Italien hätte nie die Absicht gehabt, Oesterreich wirklich im Stiche zu lassen.

1552

Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg

Telegramm Nr. 19 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/11
Z. 36308/13

Belgrad, 16. Juli 1935
(20.00 → 17. VII. – 8.00)

Generalsekretär Ministeriums des Aeusseren sagte mir heute, die drei Regierungen der Kleinen Entente hätten auf diplomatischem Wege über ihre Stellungnahme zur Habsburger-Frage Formel vereinbart, deren Inhalt er mir mitzuteilen beauftragt sei. Gedankengang ist folgender:

„Kleine Entente ist und wird immer gegen die Restauration sein. Sie kann die letzten diesfälligen Gesetze auf Grund österreichischer offizieller Erklärungen zwar noch *verstehen* (wenn auch nicht billigen), doch könnte sie Rückkehr Thronanwärters oder der Ex-Kaiserin nach Oesterreich unter keinen Umständen gestatten. Problemstellung: „Restauration oder Anschluss“ ist falsch, denn die erstere wäre nur Etappe zu letzterem. Grund: Im Falle Restauration würde die Kleine Entente automatisch Bundesgenosse Deutschlands. Hieraus würde fundamentale politische Umgruppierung Zentraleuropas entstehen. Oesterreichischer Widerstand gegen eine solche Koalition wäre unmöglich. Versprechungen Mitglieder Dynastie betreffend Verzicht auf territoriale Aspirationen müssen auf Grund geschichtlicher Erfahrungen zurückgewiesen werden, besonders in einem Zeitpunkt, wo sich selbst Grossmacht¹ über ganz formelle Zusagen hinweggesetzt.

¹ Chiffre könnte auch „Großmächte“ heißen, doch ist „Plural“ nicht angegeben.

Generalsekretär fügte hinzu, er sei nicht befugt Formel zu kommentieren. Ich erwiderte, dass ich nicht in der Lage wäre, seine Mitteilung als *Demarche* entgegenzunehmen, da sie Einmischung in eine innere österreichische Angelegenheit darstelle, sondern nur als private Information. Ich fragte, welche dynamische Wirkung die Formel haben solle. Mitredner sagte, hierüber sei bisher weder seitens Kleiner Entente, noch seitens der jugoslawischen Regierung Beschluss gefasst. Text, Formel und weiterer Bericht folgt mit Kurier Freitag.

Uebersetzung aus dem Französischen.

(Aufzeichnung Gesandten Schmidts, ddo. Belgrad, 16. Juli 1935 über eine Mitteilung des Generalsekretärs des jugosl. Aussenamtes)

In der Habsburgerfrage ist die Haltung der drei Staaten der Kl. Entente eine vollkommen identische.

Wir sind gegen die Restauration und werden es immer sein. Das jüngste Gesetz bezüglich der Rückgabe der Güter der Habsburger können wir noch auf Grund der offiziellen Erklärungen verstehen (wir können es aber nicht gutheissen). Die Staaten der Kl. Entente werden jedoch niemals gestatten können, dass Erzherzog Otto und die Exkaiserin Zita nach Oesterreich zurückkehren.

Die Staaten der Kl. Entente nehmen wahr, dass man in verschiedenen Kreisen mit Recht diese Rückgabe der Güter als eine der letzten Etappen der politischen Restauration interpretiert. Andererseits betrachten die Staaten der Kl. Entente die Erklärungen der verehrlichen Vertreter der österreichischen Regierung, wonach die Restauration gegenwärtig nicht aktuell ist, als einen politischen Irrtum. Wir erlauben uns zu bemerken, dass nach unserer Auffassung solche Erklärungen geeignet sind, in uns die ernstesten Zweifel zu erwecken.

Es ist grundfalsch das Dilemma „Anschluss oder Restauration“ aufzustellen, als ob die Restauration ein geringeres Uebel wäre als der Anschluss. Für die Staaten der Kl. Entente ist das eine wie das andere unmöglich und sie werden immer gegen beide Lösungen sein. Wir fassen die Restauration lediglich als eine Etappe zum Anschluss auf u. zw. aus folgenden Gründen:

Wenn sich einmal die Restauration verwirklicht, werden die Staaten der Kl. Entente durch die Kraft der Dinge (zwangsläufig) genötigt sein, in dieser Frage an die Seite Deutschlands überzugehen. In diesem Augenblicke werden sie sich nicht fragen, welches der beiden Uebel das schwerere ist. Und unter dem Drucke ihrer öffentlichen Meinung werden sie die Pflicht haben, im Einklange mit dieser öffentlichen Meinung gegen die Habsburger Stellung zu nehmen. Da es ferner nach unserer Auffassung absolut sicher ist, dass Deutschland in dieser Frage die gleiche Haltung einnimmt, werden die Staaten der Kl. Entente und Deutschland aus diesem Grunde in dieser Frage Verbündete sein. Wenn man selbst alle anderen Folgen dieser Sachlage beiseite lässt, so sieht man doch aus alldem, dass die allfällige Restauration eine grundlegende Aenderung der Politik in Zentraleuropa

zur Folge hätte. (Anmerkung Gesandten Schmid's: „mündlich hinzugefügt: was wir aufrichtig bedauern würden.“)

Mit Recht fragen wir uns unter uns:

Könnte Oesterreich allein Deutschland Widerstand leisten? Für uns ist die Antwort vollkommen klar. Es sei uns jedoch gestattet, uns zu fragen, welchen Widerstand Oesterreich entgegensetzen könnte, wenn die Staaten der Kl. Entente gemeinsam mit Deutschland vorgingen (wörtlich: marschieren würden).

Die Versprechungen, dass einzelne Mitglieder der Dynastie Habsburg bereit sind für immer auf territoriale Ansprüche gegenüber den Sukzessionsstaaten zu verzichten, lehnen wir kategorisch ab. Die Geschichte hat uns gelehrt, uns vor den Versprechungen, die uns durch die verschiedenen Vertreter dieser Dynastie gegeben worden sind, wohl zu hüten. Wir werden dies umsomehr tun, als unglücklicherweise wir gerade heute sehen, dass gewisse Grossmächte sich über die formellsten Versprechungen in einer durchaus einseitigen Weise hinwegsetzen.

1553

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 214/Pol. (geheim)

AdR, NPA

Österreich/Geheim 2/11

Z. 36889/13

Rom, 2. August 1935

Ich fragte Herrn Mussolini heute auch, was er zu den jüngsten Erklärungen Herrn Stojadinovic zur Restaurationsfrage und zu den Habsburgergesetzen sage. Er erwiderte, sie wären eigentlich „recht milde“ gewesen. Ich benützte diese Gelegenheit, um den Herrn Regierungschef einiges, wie ich ausdrücklich bemerkte, „zu seiner persönlichen Information“, aus dem Berichte Herrn Gesandten Schmid und aus den Mitteilungen Herrn Martinac an diesen zu erzählen und überliess ihm einen der zwei Durchschläge. Der Herr Regierungschef hörte aufmerksam zu und meinte, „vielleicht sei die letzte Erklärung Herrn Stojadinovic‘ schon eine gemilderte Ausgabe der Mitteilungen Herrn Martinac“.

Dann sagte er etwas, wie, „man solle diese Leute ruhig reden lassen“, und fuhr fort, „die Regierung Stojadinovic werde den Herbst ohnehin nicht überleben“. Ich fragte, ob man hier etwas wüsste, ob sich Herr Stojadinovic gelegentlich seiner Reise nach Westeuropa in Italien aufhalten werde. Herr Mussolini erwiderte, man wisse hier nichts darüber, „aber man hätte hier auch keine Eile mit Jugoslawien, die letzten Nachrichten von dort seien zu schlecht“. In Agram gäbe es nur mehr kroatische Fahnen, und Herr Maček spreche von einem „freien Kroatien“. Ich meinte, das

wolle meiner Ansicht nach allerdings noch keineswegs bedeuten, dass Kroatien sich ganz von Jugoslawien loslösen oder gar an Ungarn oder uns anschliessen wolle, worauf der Herr Regierungschef bemerkte, je länger es dauere, dass Kroatien eine volle Autonomie bekomme – und diese wolle ihm Herr Stojadinovic scheinbar nicht geben – desto weniger wahrscheinlich sei es, dass sich Kroatien damit begnügen würde. Es werde eben nach allen Seiten hin unabhängig werden wollen. Die Belgrader Regierung verlange von Italien, dass es alle hier lebenden Kroaten ausweise; das könne Italien schliesslich doch nicht tun. Und dann, wie er schon gesagt hätte, diese Belgrader Regierung werde sich nicht lange halten.

1554

Gesandter Pflügl an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 392 (geheim)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/11
Z. 36950/13

Genf, 4. August 1935

[...]

Die letzte Rats-Session hat an die Zeit und Arbeitskraft des Herrn französischen Ministerpräsidenten wieder sehr grosse Anforderungen gestellt. Seine mühsame und bisher erfolgversprechende Vermittlung im abessyn. Konflikt veranlasste ihn während seines hiesigen Aufenthaltes, von politischen Conversationen über andere Gegenstände abzusehen.

Dennoch berief er mich, auf mein bei MM. Léger und Massigli vorgebrachtes Ansuchen bei erster Gelegenheit zu sich. Auf seine freundliche Begrüssungsformel, dass er der österr. Bundesregierung stets zur Verfügung stehe, setzte ich den mir bekannt gegebenen Sachverhalt auseinander und bat um seine Einflussnahme zwecks Vermeidung des bei der Kl. Entente-Zusammenkunft zu befürchtenden Missgriffes.

M. Laval machte unseren Standpunkt sofort und zur Gänze zum seinigen. Nach einigen Zwischenfragen wie: wann die Zusammenkunft in Bled stattfinde und ob wir sicher seien, dass auch Herr Benesch der beabsichtigten Erklärung zustimme, schlug er vor, die zu ergreifenden Massnahmen gleich zwecks Durchführung mit M. Massigli zu besprechen. Wir gingen in dessen Zimmer. Dort wiederholte er M. Massigli völlig genau den Inhalt meiner Demarche, wobei er nur meine übliche Redeweise „le chef de la Maison d’Autriche et Sa mère“ auf „Sa Majesté l’Impératrice Zita et l’Archiduc Othon“ abänderte. Er fügte hinzu, dass, seiner Meinung nach, es sich hier doch in erster Reihe um einen von Belgrad ausgehen-

den Wunsch handeln müsse, zu dessen Ecartierung auch Herr Benesch beitragen könne.

Auf meinen neuerlichen Hinweis auf die der Bundesregierung aus Prag vorliegenden Nachrichten, einigten sich die beiden französischen Herren dahin, dass eine mündliche Rücksprache mit Herrn Osuski, dem einzigen hier befindlichen Vertreter der Kl. Entente, die beabsichtigte Wirkung nicht gewährleiste. Es wurde daher beschlossen, dass sofort nach der Rückkehr, von Paris aus die französischen Gesandten in den drei Kl. Entente-Staaten Auftrag zu einer sofortigen *démarche amicale* erhalten sollen. Zur Erläuterung deren Inhaltes wiederholte M. Laval seine vollständige Uebereinstimmung mit der Auffassung der Bundesregierung, dass jede fremde Stellungnahme zur legalen Rückkehr der kaiserlichen Personen nach Oesterreich eine *immixtion* darstellen würde. Ohne daraus Schlüsse ziehen zu wollen, erwähne ich, dass M. Laval es hiebei unterliess, auf die im Erlass gemachte Unterscheidung zwischen Rückkehr und Restauration einzugehen. Er schloss damit, dass es seine Absicht sei, mit seiner Intervention der aus einer vollkommen begreiflichen, berechtigten und wahrscheinlich unvermeidlichen Gegenerklärung der österr. Regierung vorauszusehender neuen Trübung der Beziehungen vorzubeugen.

Nach Bereinigung dieser Angelegenheit erkundigte sich der Herr französische Ministerpräsident mit grösster Teilnahme nach dem schweren Unglück, das den Herrn Bundeskanzler betroffen hat und nach dessen Befinden. An Sie, Herr Bundesminister, trug er mir seine besten Grüsse auf.

1555

Gesandter Hornbostel an Gesandten Schmid (Belgrad)

Schreiben (streng vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Belgrad
(ohne Zahl)

Wien, 22. August 1935

Lieber Heinz,

Herzlichen Dank für Deinen Brief vom 10. d. M.. Es ist auch mir bekannt, dass in manchen diplomatischen Kreisen immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die Kleine Entente hätte in der Habsburger-Frage in Wien Vorstellungen erhoben, bezw. sogar eine *Demarche* unternommen. Nun ist dies aber von A bis Z frei erfunden. Es wurden weder Vorstellungen gemacht noch *Demarchen* unternommen. Hingegen hat der Herr Bundesminister unmittelbar nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes jedem einzelnen der Gesandten der hieran interessierten Staaten mündlich unseren Standpunkt erklärt und die Zusicherung gegeben, dass es sich

hier nicht um einen ersten Schritt zur Realisierung der Habsburger-Restauration handle, sondern lediglich um die Gutmachung eines alten uns seit langem schwer belastenden Unrechtes. Ueber das hinaus ist weder unsererseits noch seitens der Vertreter fremder Staaten etwas geschehen oder amtlich gesagt worden. Tatsächlich hat sich auch zumindest der Presse Sturm, der in erster Linie von Berlin (!) ausgeleitet worden war, wieder gelegt. Trotzdem müssen wir gewärtig sein, dass die Bleder Konferenz vom 29. den kleinen Herren eine Gelegenheit bieten wird, dieses Thema wieder aufzugreifen. Zu Deiner ausschliesslich persönlichen Wissenschaft füge ich bei, dass wir die uns von Dir seinerzeit hierüber gemachte Mitteilung über die Eröffnung Herrn Martinac im Wege Pflügl's Herrn Laval bekanntgegeben und ihn darauf aufmerksam gemacht haben, dass wir uns selbstverständlich eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten (worunter wir selbstverständlich nicht eine allgemeine Stellungnahme gegen die Restauration, sondern die angekündigte „Nichtduldung“ der Rückkehr einzelner Habsburgermitglieder verstanden) nicht gefallen lassen und entsprechend zurückhauen würden. Herr Laval hat darauf eine *démarche amicale* der französischen Vertreter in den drei Kleinen Entente-Residenzen verfügt, da er sich restlos unsere Auffassung zu eigen gemacht hat. Diese letztere Mitteilung war ich Dir auf Deinen seinerzeitigen für uns sehr wertvollen Bericht 50/pol schuldig. Hoffentlich wird die französische *Demarche* grobe Entgleisungen der kleinen Herren zu verhindern wissen. Es wäre dies umso bedauerlicher, als sich unser Verhältnis zu Belgrad und auch des letzteren zu Rom in der letzten Zeit nicht unerheblich zu bessern begonnen hat.

1556

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit ungarischem Außenminister Kánya am 25. August 1935 in Balatonkenese

Gesprächsprotokoll¹

AdR, NPA
Ungarn/Geheim
Z. 37667/13

o. O., o. D.

1.) Donaupakt und die österreichischen Remarques.

Herr von Kánya erklärte sich mit unseren Remarques im allgemeinen einverstanden.

¹ Vermerk: „P[ro] d[omo]: Nach Mitteilung des Herrn Bundesministers wurden in der mehrstündigen Unterredung in Balatonkenese u. a. folgende Themata behandelt“.

Die ungarische Regierung habe auf die „Principales dispositions“² noch nicht schriftlich geantwortet. Sie werde dies demnächst tun und vielleicht noch den einen oder anderen Punkt relevieren, zu dem wir keine Bemerkung gemacht hätten. Herr von Kánya wird dem Herrn Bundesminister seine Antwort zugänglich machen.

Bezüglich der Hilfeleistungsverträge erkundigte sich Herr von Kánya nach unserer Stellungnahme. Der Herr Bundesminister erklärte, dass wir kein Hindernis hätten in dieser Hinsicht sehr weit zu gehen, wobei wir in erster Linie an Jugoslawien dächten. Herr von Kánya erklärte seinerseits, dass auch er mit

² Principales dispositions à insérer dans un Traité général de non agression, non immixtion et consultation pour l'Europe Centrale.

Un premier article par lequel les Hautes Parties contractantes s'engageraient à s'inspirer dans leurs relations d'un esprit de confiance mutuelle et de large collaboration.

Un deuxième article par lequel les Hautes Parties contractantes s'engageraient chacune à l'égard des autres, à ne se livrer ni à la guerre, ni à aucune agression par terre, sur mer ou par les airs.

Un troisième article interdirait l'immixtion et comprendrait :

un premier alinéa portant que chacune des H. P. C. s'engage à respecter à tout égards la souveraineté et l'autorité des autres parties contractantes sur leurs territoires respectifs et à ne s'immiscer d'aucune façon dans leurs affaires intérieures.

Un deuxième alinéa portant que chacune de H. P. C. s'engage notamment à ne tolérer sur son propre territoire et à ne susciter ou favoriser où que ce soit aucune tentative d'intervention, agitation ou propagande dirigée contre l'existence et l'indépendance d'un des autres Etats contractants, non plus qu'aucune tentative d'intervention, agitation ou propagande ayant pour objet de porter atteinte par la force à l'intégrité territoriale ou de transformer par la force le régime politique ou social d'un des pays contractants.

Un troisième alinéa a été proposé qui porterait que les dispositions de cet article ne seront pas considérées comme interdisant aux Gouvernements de faire valoir un droit qui leur reviendrait en vertu d'engagements internationaux antérieurs, ni comme leur faisant une obligation d'entretenir entre eux des relations diplomatiques, économiques ou autres que le droit des gens réserve à leur seule appréciation.

Un quatrième article comporterait engagement de ne pas prêter assistance à l'Etat qui viendrait à manquer aux engagements assumés en vertu du Traité.

Un cinquième article disposerait que les H. P. C. se consulteront sur toutes circonstances que l'une d'elles considérerait comme mettant en cause l'application des principes de non agression et de non immixtion énoncés par le Traité.

Si l'une des H. P. C. estime qu'un acte contraire aux articles deux ou trois a été commis, elle pourra porter immédiatement la question devant le Conseil de la S.d.N., qui, s'il constate qu'un tel acte a été commis, en donnera sans délai avis à toutes les H. P. C.

Un dernier article (avant les clauses de durée et de ratification) porterait que les engagements qui précèdent ne peuvent limiter ou modifier les droits et obligations découlant pour chacune des H. P. C. du Pacte de la Société des Nations ou d'autres Traités ou accords précédemment conclus par elle, chaque Partie déclarant d'ailleurs n'être liée par aucun accord qui se trouverait en contradiction avec le présent Traité.

R e m a r q u e s du Gouvernement Fédéral d'Autriche au sujet des „Principales dispositions“ à insérer dans un Traité général de non-agression, non-immixtion et consultation pour l'Europe Centrale.

Jugoslavien ziemlich weit zu kommen für Ungarn für möglich halte. Es bestehe sogar zwischen Ungarn und Jugoslavien eine Art "Gentleman agreement", das die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vollkommen verändert und günstig gestaltet habe. Herr von Kánya schien zu befürchten, dass wir sowie Italien, ohne Ungarn zu befragen, irgendwelche Hilfeleistungsverträge abschliessen könnten, die Ungarns Zielen abträglich wären, wobei er betonte, dass Ungarn der gegenwärtigen österreichischen Regierung absolut vertraue, nur gegen allenfalsige künftige Aenderungen in der Regierung und damit vielleicht auch ihres Kurses gesichert sein möchte. Er fragte daher den Herrn Bundesminister, ob wir allenfalls bereit wären, ein "Gentleman agreement" mit Budapest zu schliessen – ein gleiches möchte er mit Italien haben – wonach wir bezw. Italien keinerlei Hilfeleistungsverträge, die sich gegen Ungarn richten, schliessen würden. Der Herr Bundesminister erklärte sich hiezu ohneweiters bereit.

Remarques générales :

- 1) Les „Principales dispositions“ répondent, en général, aux idées qui ont été le résultat des entretiens italo-austro-hongrois de Venise (4 - 6 mai 1935).
- 2) Elles paraissent donc acceptables, en général, pour le Gouvernement Fédéral, sous réserve de quelques modifications proposées ci-dessous et des textes des articles du „Traité général“ qui devront encore être formulés, soumis aux Gouvernements respectifs et approuvés par eux.
- 3) Les „Principales dispositions“ ne contiennent ni un projet ni une allusion au sujet des „accords particuliers“ prévus dans le Procès verbal de Rome en date du 7 janvier 1935. Le Gouvernement Fédéral constate, par conséquent, que la consultation „en vue des mesures à prendre“ telle qu'elle est établie par le Procès verbal de Rome en date du 7 janvier pour le cas où l'indépendance et l'intégrité de l'Autriche seraient menacées reste en vigueur, aux termes dudit Procès verbal, jusqu'à („en attendant“) la conclusion d'un Traité général („d'une telle convention“) „et d'accords particuliers qui en assureraient l'application“.
- 4) Le Gouvernement Fédéral maintient naturellement le point de vue qu'il a précisé maintes fois au sujet de „l'égalité des droits“, à savoir que celle-ci revient, de droit, à l'Autriche à l'instant même de son adhésion formelle au „Traité général“ en question.

Remarques particulières aux divers articles :

ad art. 1) : rien à remarquer,

ad art. 2) : rien à remarquer,

ad art. 3) : alin. 1) : rien à remarquer,

alin. 2) : le Gouvernement Fédéral attacherait du prix à maintenir les adjectifs „directe ou indirecte“ après l'expression „tentative d'Intervention“ (qui figure deux fois au alinéa 2), tels qu'ils avaient été insérés à la formule de la „Clause relative à la non-ingérence“ convenue à Venise,

alin. 3) : le Gouvernement Fédéral ignore le sens de cette formule qui paraît, tout en étant plus explicite, exprimer l'idée faisant l'objet de l'art. 6.

ad art. 4) : rien à remarquer,

ad art. 5) : rien à remarquer,

ad art. 6) : (dernier) : rien à remarquer.

Dieses französische Schema eines Donaupaktes, sowie die Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung dazu als Beilage zu Gesandter Hornbostel an Gesandten Hoffinger (Warschau). Weisung, Wien 21.8.1935 – AdR, Gesandtschaft Warschau, Z. 37343/13.

2.) *Die ungarisch-jugoslavischen Beziehungen.*

Ausser den sub 1) gemachten Mitteilungen Herr von Kánya's wäre zu erwähnen, dass die ungarische Regierung auch den massgebenden kroatischen Personen bekanntgegeben hat, dass nicht nur Ungarn keinerlei Aspirationen auf Kroatien habe, sondern auch eine künftige Wiedervereinigung Kroatiens mit Ungarn nicht wünschen würde. Nach Auffassung Herr von Kánya's gehen die Bestrebungen der Kroaten entschieden lediglich auf eine Autonomie hinaus. Herr Maček sei auch nicht der starke Mann, für den man ihn vielfach halte.

Herr von Kánya erwähnte spontan die uns bereits durch Herrn Puaux bekannte angebliche Stellungnahme Herr Gömbös' für die Aufnahme einer anti-Habsburg-Klausel in den Donaupakt, jedoch stellte er den Vorfall in einem unserer Information entgegengesetzten Sinne dar. Ministerpräsident Gömbös habe sich *nicht* bereit erklärt, eine solche Klausel aufzunehmen, u. zw. wegen der hiedurch eintretenden Minderung der ungarischen Souveränitätsrechte, habe jedoch gesprächsweise (Kánya hat von diesem Gespräche sofort durch Gömbös erfahren) auf seine bekannte anti-legitimistische Einstellung hingewiesen, offenbar um damit hervorzuheben, dass es ihm wirklich nur um den Schutz der Hoheitsrechte Ungarns, aber beileibe nicht um Restaurationsabsichten zu tun sei.

3.) *Ungarisch-rumänische Beziehungen.*

Herr von Kánya erklärt sich bereit, gegebenenfalls auch die Beziehungen Ungarns zu Rumänien zu verbessern, jedoch bestehe ins solange keine Hoffnung darauf, als Herr Titulescu Aussenminister wäre, da dieser offenbar gegen Oesterreich und Ungarn aus irgendeinem ihm unbekanntem Grunde ein merkliches ressentiment habe.

4.) *Die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen.*

Auf eine diesbezügliche Anfrage Herr von Kánya's wies der Herr Bundesminister darauf hin, dass wir mit der Tschechoslowakei, solange dieselbe bestehe, rechnen und mit ihr auch in möglichst erträglichen und guten Beziehungen stehen müssen. Auf die seinerzeitigen Mitteilungen des ungarischen Generalstabschefs anspielend, betonte der Herr Bundesminister nachdrücklich, dass wir unbedingt im voraus von irgendwelchen Plänen Kenntnis erlangen müssten, die Ungarn etwa im Verein mit Berlin und Warschau gegen die Tschechoslowakei spinne und dass man im Falle irgendwelcher territorialer Veränderungen, die zu Lasten der Tschechoslowakei gingen, auch auf Oesterreich Rücksicht nehmen müsse.

Herr von Kánya gab im Laufe des Gespräches ohne weiters zu, dass sich die deutschen Kriegsziele auch gegen die Tschechoslowakei, nicht allein gegen Oesterreich richten und dass daher Oesterreich ein vitales Interesse an diesem Probleme haben müsse.

5.) *Bezüglich der österreichisch-deutschen Beziehungen* stellte Herr von Kánya eine Frage, wie wir die Situation im Reich beurteilen. Seinerseits äusserte er

sich über die Lage in Deutschland dahin, dass in nicht allzu ferner Zeit eine finanzielle und wirtschaftliche akute Krise in Deutschland zu gewärtigen sei und dass *er* sich letzten Endes in Deutschland eine Reichwehrdiktatur erwarte. Ausführlicher sprach Herr von Kánya über Herrn von Papen, den er als einen berufsmässigen Gaffeur schilderte. Papen habe anlässlich ihrer letzten Zusammenkunft beim Budapester Reittournier Herrn von Kánya eingeladen, gelegentlich in Wien bei ihm zu dinieren und diesen Anlass dazu zu benützen, zu Dritt mit Bundesminister Berger-Waldenegg das gespannte Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland zu liquidieren. Der Herr Bundesminister hat hierauf erwidert, dass zu einer solchen Fraternisierung die Normalisierung noch lange nicht weit genug vorgeschritten sei. Kánya gab auch zu, dass es Papen daran gelegen sei, eine solche Zusammenkunft propagandistisch auszuwerten.

1557

Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 58/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/11
Z. 37714/13

Belgrad, 26. August 1935

Der Herr Ministerpräsident, den ich heute in einer administrativen Angelegenheit aufgesucht habe, kam nach deren Erörterung unmittelbar und spontan auf die Habsburger Frage zu sprechen und sagte, Herr Laval habe ihm den Inhalt eines Gespräches mitgeteilt, das dieser mit Herrn Gesandten Pflügl über dieses Thema in Genf gehabt habe. Zur Kontrollierung seiner Information möchte er jetzt – vor der Tagung der kleinen Entente – gerne noch einmal aus meinem Munde hören, wie sich die österreichische Regierung zu dieser Frage stelle.

Ich erwiderte Herrn Stojadinović, dass wir drei Dinge unterscheiden: das Habsburgergesetz, unsere Staatsform und die Restauration. Die beiden ersten Fragen gingen nur uns an und seien international indiskutabel. Bezüglich der Restauration sei uns die Stellungnahme gewisser Nachfolgestaaten bekannt. Sie finde bei uns volles Verständnis und die österreichische Regierung denke nicht im Entferntesten daran, die Welt in dieser Frage vor ein *fait accompli* zu stellen.

Herr Stojadinović nahm diese Erklärung mit sichtlicher Befriedigung auf und meinte, sie decke sich durchaus mit der Information Herrn Laval's. Er möchte aber gerne Missverständnisse vermeiden. Die Reichspost (gemeint ist die Nummer vom 29.VI.35, S. 3) habe den Sinn seiner Senatsrede zwar freundlich, aber

unrichtig interpretiert. Wenn er von Restauration spreche, so meine er ganz konkret auch die Rückkehr der Habsburger auf den österreichischen Thron d. h. als regierende Familie in das heutige Oesterreich und nicht eine theoretische Restauration, die sich auf alle Nachfolgestaaten beziehe.

Ich erwiderte, dass dies eine rein akademische Frage sei, deren praktische Seite durch meine vorhergehende Erklärung, dass wir kein fait accompli schaffen wollen, bereits beantwortet sei.

Hierauf sagte der Herr Ministerpräsident, dass etwa die Rückkehr der Ex-Kaiserin Zita oder des Erzherzogs Otto nach Oesterreich in den Präokkupationen seiner Regierung gleichfalls an erster Stelle stehe, und fragte mich, wie die österreichische Regierung sich hiezu verhalte.

Ich erwiderte, dass es sich hier um eine Frage der Anwendung des Habsburgergesetzes und mithin um eine österreichische innere Angelegenheit handle. Ich sei jedoch der persönlichen Ueberzeugung, dass die österreichische Regierung auch in dieser Frage mit reiflicher Ueberlegung und nach Erwägung aller ihrer Aspekte vorgehen würde. Wir hätten diese Frage ja auch vom innerpolitischen Standpunkte aus zu prüfen. Die österreichische Regierung habe keineswegs die Absicht, sich die legitimistische Bewegung über den Kopf wachsen zu lassen, aber es wäre ein schwerer taktischer Fehler von ihr, sie zu zerschlagen. Was immer man von ihr sagen möge, so sei sie doch eine österreichische Bewegung, ein österreichischer Gedanke und verstärke als solcher unsere Armatur im Abwehrkampfe gegen den Nationalsozialismus.

Herr Stojadinović erklärte, dass er dies vollkommen begreife.

Mangels jeglicher Instruktion halte ich es für möglich, dass meine Antwort bezüglich der letzten Frage des Herrn Ministerpräsidenten über die Intentionen Eurer Exzellenz hinausgegangen ist. Für einen Wink hierüber wäre ich dankbar. Ich hatte aber den bestimmten Eindruck, dass eine ganz steife Verschanzung hinter „eine rein interne Angelegenheit“ dem Misstrauen des derzeit ziemlich kalmierten Regierungschefs neue Nahrung zuführen und ihn veranlassen würde, sie bei der bevorstehenden Bleder Zusammenkunft als Schüreisen zu verwenden.¹

¹ „Zu ihrem Bericht Zl. 58/pol. vom 26. v.M. beehre ich mich Ihnen auftragsgemäß mitzuteilen, dass die von Ihnen geführte Sprache durchaus den Intentionen der Bundesregierung entspricht.“
Gesandter Hornbostel an Gesandten Schmid (Belgrad). Weisung Nr. 270/Res., Wien, 3.9.1935.
AdR, NPA – Österreich/Geheim 2/11, Z. 37714/13.

1558**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA
Tschechoslowakei/Geheim I/III
Z. 37606/13

Wien, 29. August 1935

Der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Beneš ist gestern abends durch Wien durchgereist. Da wir von dieser Durchreise inoffiziell andeutungsweise durch ein Telefonat Geschtr. Hügels's Kenntnis hatten und auch eine Prager Meldung davon spricht, dass eine Zusammenkunft zwischen Dr. Beneš und dem H. Bundesminister während des kurzen Aufenthaltes in Wien stattfinden werde, wurde nach Rücksprache mit dem Herrn Bundesminister der Geschtr. Dohalsky telefonisch ersucht, Dr. Beneš die Grüsse des Herrn Bundesministers auszudrücken, ihm zu sagen, dass der Herr Bundesminister hoffe, Dr. Beneš in Genf zu treffen und zu bedauern, dass er wegen Unabkömlichkeit vom gestrigen Ministerrat nicht die Gelegenheit haben könne, Dr. Beneš persönlich auf dem Bahnhofe die Hand zu drücken.

Geschtr. Dohalsky hat hierauf dem H. Bundesminister und dem Gefertigten mündlich heute mitgeteilt, dass Dr. Beneš für die Grüsse des Herrn Bundesministers herzlichst danke und sich freue, den Herrn Bundesminister in Genf zu treffen, wohin er selbst sich auch am 5. Sept. und zwar von Prag aus direkt begeben werde. Dohalsky sei von Dr. Beneš beauftragt worden, den H. Bundesminister zu informieren, dass u.a. auf der Konferenz in Bled auch die Stellungnahme zum Donaupakt diskutiert werden würde. Dr. Beneš mache von sich aus keinerlei Schwierigkeiten und hoffe, auch seine Kleinen Entente-Kollegen zu einer positiven Stellungnahme zu bewegen. Weiters werde auch die Habsburgerfrage behandelt werden. In dieser Angelegenheit werde der Standpunkt der Kleinen Entente genau präzisiert und auch veröffentlicht werden. Er (Dr. Beneš) versichere dem H. Bundesminister, dass er dafür Sorge tragen werde, dass die diesbezügliche Veröffentlichung in gemässiger Form und gemässigtem Ton erfolge. Dr. Beneš habe betont, dass diese Stellungnahme in Bled sein letztes und definitives Wort in dieser Frage darstellen werde, auf welche er dann nie mehr zurückkommen wolle.

Aus Andeutungen Dohalsky's, der bei dieser Gelegenheit vom Gefertigten dahin informiert wurde, dass wir seinerzeit zufälligerweise via Belgrad informiert worden waren und die Kleine Entente durch H. Laval vor taktlosen Uebergreifen in Bled hätten warnen lassen, ging hervor, dass Beneš Geschtr. Dohalsky den diesbezüglichen tschechischen Entwurf der Verlautbarung gezeigt hat, da Dohalsky immer wieder von drei bzw. vier Punkten sprach. Der H. Bundesminister, bei dem Dohalsky sodann auch kurz vorsprach, hat ebenso wie der Gefertigte, dem tschechoslo. Geschäftsträger keinen Zweifel darüber gelassen, dass wir, wenn Ausdruck und Form

des zu erwartenden Kleinen Entente-Communiqués in dieser Frage einen Eingriff in unsere Hoheitsrechte darstellen sollten, sogleich auf das Allerschärfste replizieren würden. Dohalsky war sichtbar von dieser unserer Einstellung beeindruckt und dürfte wohl noch im Laufe des Tages seinem Chef nach Bled darüber berichten.

1559

Vereinbarung Österreich – Deutschland

Entwurf

AdR, NPA

Deutschland I/12

Z.38.697/13

[Wien,] 1.10.1935

Bemerkungen zu dem von Herrn von Papen übergebenen Entwurf einer Vereinbarung.

A. Grundsätzliche Bemerkungen:

- 1.) Es muss füglich angenommen werden, dass die von Papen angestrebte Vereinbarung u. a. den wesentlichen Zweck verfolgen soll, das noch immer in Unterhandlung stehende Donaupaktregime überflüssig zu machen, bezw. zu konterkarieren.
- 2.) Daher sollte das von Papen angeregte Abkommen keinesfalls über den Rahmen einer provisorischen und versuchsweisen Vereinbarung hinausgehen.
- 3.) Das angestrebte agreement erfüllt für uns nur dann seinen Zweck, wenn es in seinen wichtigsten Grundzügen, d. i. vornehmlich das Abrücken Hitlers von den österr. Nationalsozialisten auch veröffentlicht und dadurch den NSDAP-Stellen in Deutschland und Oesterreich als eindeutige Willensäußerung Hitlers zur Kenntnis und Darnachachtung gebracht wird. Dies ist schon aus dem Grunde unerlässlich, da wir von allem Anfang und unerschütterlich auf dem Standpunkt beharrt sind, dass vor Eingehen in meritorische Verhandlungen Deutschland offiziell und allgemein hörbar erklären muss, dass es seine bisherige Politik gegenüber Oesterreich geändert hat.

B. Einzelne Bemerkungen zum Wortlaut

Zur Präambel: Im 1. Absatz derselben müsste das Wort „Länder“ durch ein anderes, etwa „Regierungen“ ersetzt werden.

Zu I a und b): Der 1. Absatz von I hat nach h. o. Auffassung insofern keinen Sinn, als die zitierte Aeusserung Hitlers von der österreichischen Bundesregierung schon dadurch „zur Kenntnis genommen“ wurde, dass Bundeskanzler Dr. Schuschnigg auf diese und die übrigen, bekanntlich widersprechenden Passagen der Hitler-Rede öffentlich in seiner Rede vor dem Bundestag reflektiert hat. Wenn daher dieser

Absatz des Entwurfes den Zweck haben soll, sozusagen die von uns seit jeher angestrebte offizielle und öffentliche Erklärung Hitlers betreffs Abrückens von seiner bisherigen Politik gegenüber Oesterreich zu ersetzen, so kann diese Formulierung nur als vollkommen ungenügend bezeichnet werden. Sie müsste viel eher etwa wie folgt lauten: „Im Sinne der Feststellungen des Führers etc. werden weder die Reichsregierung noch die NSDAP oder irgendeine andere Organisation im Reiche irgendeine mittelbare oder unmittelbare Einwirkung auf österreichische innerpolitische Vorgänge nehmen. Insbesondere werden sie sich jeder Beeinflussung der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich, die eine innere Angelegenheit Österreichs ist, und deren österreichischer Anhänger enthalten.“

Zu I a): Jedenfalls müsste, wie in der obigen Formel ausgedrückt, neben der „Reichsregierung“ auch die NSDAP und ihre Organe angeführt werden. Wie gleichfalls aus obiger Formulierung hervorgeht, müssten die Worte „österreichische innerpolitische Parteien“ anders ausgedrückt werden, da es bekanntlich in Oesterreich keine Parteien mehr gibt.

Der an und für sich erstaunliche und erfreuliche Satz: „Die in Oesterreich gegenwärtig verbotene NSDAP ist demnach eine rein inner-österreichische Angelegenheit“ ist schlecht und ungenau stilisiert. Obiger Formulierungsvorschlag würde den Gedanken deutlicher zum Ausdruck bringen.

Zu I b): Auch hier muss es heißen „die Reichsregierung und die NSDAP“, ferner statt „wird Sorge tragen“, „verpflichten sich dafür Sorge zu tragen“.

Zu II.): Der 1. Absatz ist in der beantragten Formulierung unmöglich. Derselbe könnte etwa lauten: „Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik den Erklärungen des Bundeskanzlers vom etc. etc. etc. anpassen.“

Zu II a): Dieser Punkt hat überhaupt keinen Sinn, da er selbstverständlich ist in dem Augenblick, da die Verpflichtung von P. I a) wirklich eingehalten wird. Ausserdem enthält der P. II a) eine indirekte Insinuation als hätte die österreichische Bundesregierung die deutsche Ingerenz in die inner-österreichischen Vorgänge sozusagen zu ihrer Entlastung nur als solche „bezeichnet“.

Zu II b): Dieser Punkt ist insoferne unrichtig gefasst, als erstens die Vereinstätigkeit der Reichsdeutschen in Oesterreich niemals behindert wurde (Beweis die unzähligen Feiern und Zusammenkünfte), zweitens da eine vertragliche Festlegung in dem beantragten Sinn viel zu weit ginge. Richtiger wäre die Formulierung etwa wie folgt: „..... insolange sie den in ihren von den österreichischen Behörden genehmigten Statuten festgelegten Richtlinien entsprechen und sich weder in inner-österreichische Angelegenheiten einmischen noch österreichische Bundesangehörige durch ihre Propaganda zu beeinflussen trachten“. (Letztere Bedingung erscheint erforderlich mit Rücksicht auf die uns bekannten Anweisungen an die deutschen Kolonien in Oesterreich, durch ihre stramme Organisation und Tätigkeit mustergebend auf die österreichischen Nazi zu wirken.“

Zu III a): Zu den ersten beiden Absätzen dieses Punktes wären nur stilistische Retouches allenfalls vorzuschlagen.

Zum 3. Absatz von III a) ist zu sagen, dass der 1. Satz dieses Punktes die Reziprozität entbehren lässt und daher lauten müsste: „dahingegen wird sich die deutsche Presse aller Einwirkungen auf den in Oesterreich verbotenen Nationalsozialismus enthalten und gleichfalls ihre Kritik an den österreichischen Verhältnissen dem im vorangehenden Absatz ausgedrückten Grundsätze anpassen. (Die Formulierung dieses Reziprozitäts-Standpunktes ist sachlich und optisch unerlässlich.)

Es ist unklar, was im 2. Satz unter „Emigranten-Presse“ gemeint ist. Sollte dieser Gedanke aufrecht erhalten bleiben, so müsste gleichfalls unsererseits auf Reziprozität bestanden werden. (Vergl. Hilfsbund Zeitungen usw., die eindeutige Emigranten-Druckerzeugnisse sind.)

Der 4. Absatz über die generelle Aufhebung der Zeitungsverbote müsste im Einvernehmen mit dem Bundespressdienst und GD 2 wesentlich elastischer gefasst werden.

Zu III b): wäre zu bemerken: Es wäre in jeder Hinsicht vorzuziehen, diesen Punkt negativ und nicht positiv zu fassen, da wir uns wohl verpflichten können, das Funkwesen nicht gegen Deutschland zu missbrauchen, nicht aber dazu, es sozusagen, der „gesamtdeutschen Aufgabe“ dienstbar zu machen.

Zu III c): Auch hier geht die positive Zielsetzung viel zu weit, ferner fehlt gleichfalls hinsichtlich des Filmwesens die vollkommene Reziprozität. Nach h. o. Auffassung müsste dieser Punkt auf das genaueste mit den zuständigen Stellen, d. i. BM.f.HuV., GD 2 und Bundespressdienst besprochen werden. Ein allgemein gehaltener Wunsch nach Abbau der Behinderungen auf dem Gebiete des Theater- und Filmwesens würde h. o. Auffassung nach genügen.

Zu III d): nichts zu bemerken.

Zu III e): Diese Formulierung stellt das erste amtliche Zugeständnis deutscherseits dar, dass die „Legion“ auch heute noch besteht. Nach h. o. Auffassung müsste die Behandlung der Emigrantenfrage schon mit Rücksicht auf die eingangs gemachten grundsätzlichen Bemerkungen einem späteren Zeitpunkte vorbehalten werden. Aeusserstenfalls könnte auch hier ein allgemeiner Wunsch nach Regelung dieses Problems ohne ins Detail gehende Verpflichtungen ausgesprochen werden.

Zu III f): Dieser Punkt ist schlecht stilisiert, da die österreichische Bundesregierung die Hoheitabzeichen Deutschland längst anerkannt hat. Eine Behinderung reichdeutscher Staatsangehöriger diese Hoheitszeichen in geschlossenen Versammlungen zu zeigen und die Nationalhymnen abzusingen hat bekanntlich zumindest in der letzten Zeit nicht mehr bestanden. Die Frage, ob diese Manifestationen öffentlich zugelassen werden können, fällt ausschliesslich in die Kompetenz der Sicherheitspolizei.

Zu III g): Die Aufhebung der Beschränkung im Reiseverkehr (1000 Marksperr und österreichisches Deutschlandvisum) fällt gleichfalls in die Kompetenz der Staatspolizei und erscheint nach h. o. Auffassung zweifellos verfrüht. Es wäre am besten diese Bestimmung für den Fall in Aussicht zu nehmen, dass die Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarungen sich bewährt haben¹.

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1632 und ADÖ 10/1633.

1560**Gesandter Vollgruber an Generalsekretär Peter**

Telegramm Nr. 139 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 38598/13

Rom, 3. Oktober 1935
(23.50 → 4.X. – 8.50)

Herr Mussolini, bei dem ich mich nach meiner Rückkehr hatte anmelden lassen, empfing mich eben.

Er sagte, daß die italienischen Truppen seit heute früh, fünf Uhr, im Vormarsche seien. Es wären ernste Tage. Die italienisch-englischen Beziehungen seien weiter sehr gespannt. Die Entsendung zweier italienischer Divisionen nach Libyen habe London sehr impressioniert und englischer Minister des Aeußern habe deren Zurückziehung verlangt. Er (Mussolini) hätte geantwortet, daß er hiezu bereit sei, wenn auch die Engländer ihre Schiffe zurückzögen. Seither hätte er nichts gehört. Er könne nicht an einen Krieg mit England glauben, aber die Maßnahmen, die eine um die andere ergriffen würden, könnten so leicht eine Situation schaffen, aus der es keinen Ausweg als den Krieg gebe. „Wenn man ihm einen Transport blockiere, dann sei [Chiffre fehlt] aus. Er könne seine 200.000 Mann nicht da unten sich selbst überlassen.“

„Komme es zu einem Krieg mit England, so bedeute dies eine sehr schwere Gefahr für Oesterreich. Denn auf drei Seiten könne er nicht Krieg führen.“ Er glaube allerdings, daß Deutschland mit sich selbst zu tun habe. Würde es aber Oesterreich [Chiffre fehlt], so müßte die Tschechoslowakei im eigensten Interesse eingreifen, was den allgemeinen Krieg nach sich ziehen würde. Er habe dies den Engländern so und so oft auseinandersetzen lassen. Es wäre notwendig, daß sich Italien und England „in die Augen schauen“ und offen sagen, ob sie einen Krieg wollen oder nicht. Dazu hätte er aber die Engländer noch nicht gebracht. Er hoffe, daß wir uns „keinen Illusionen“ über die englische Note an Frankreich hingeben. Die Unterscheidung zwischen der Nichtbeachtung der Verträge und dem unprovokierten Angriff gefalle ihm gar nicht. Er sei übrigens überzeugt, daß auch im Falle eines solchen Angriffes auf uns kein englischer Soldat marschieren würde. In diesem Zusammenhange interessierte sich Herr Mussolini für den Ausbau unserer Wehrmacht. Abschließend bemerkte Herr Mussolini, daß er mit Genugtuung konstatiert habe, daß sich unsere innere Lage weiter konsolidiere.¹

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1561.

1561**Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg**Bericht Nr. 259/Pol. (streng geheim)¹

AdR, NPA
Großbritannien/Geheim II/1
Z. 38636/13

Rom, 4. Oktober 1935

Als Herr Mussolini gestern von der Möglichkeit eines Krieges mit England sprach, „an die er nicht glauben könne“, sagte er, „auch England würde bei diesem Kriege ein grosses Risiko laufen“. Das Mittelmeer sei schon an und für sich klein und gestatte daher überall die Einwirkung der italienischen Schiffseinheiten. Ausserdem wäre Italien in der Lage, das Mittelmeer an seiner engsten Stelle, zwischen der Westspitze Siziliens und Tunis, wo es nur 120 km km breit sei, vollkommen abzusperren. Aus weiteren Aeusserungen des Herrn Regierungschefs ging hervor, dass er eine Verwendung der englischen Heimatsoldaten, von denen er übrigens keine besondere Meinung zu haben schien, in den heissen Wüstengegenden nicht für gut möglich halte, er meinte, dort könnte England wohl nur Kolonialtruppen einstellen. Auf meinen Einwurf, dass England doch grosse Kolonialerfahrung besitze und sich die englischen Soldaten, wie ich glaube, im Weltkrieg sehr gut geschlagen hätten, machte Herr Mussolini noch eine Bemerkung, die von keiner hohen Einschätzung des englischen Soldaten zeugte.

Die Mitteilung, dass Herr Bundesminister den vorgestrigen Generalappell der Partei am Radio verfolgt und die Ansprache Herrn Mussolinis mit Bewunderung angehört hätten, hörte Herr Mussolini mit befriedigt lächelnder Miene an und meinte, es sei wirklich ein erhebender Moment gewesen. Das italienische Volk folge ihm einmütig und es lasse sich nicht aufhalten. Diese koloniale Unternehmung müsse durchgeführt werden und Italien brauche zu der kolonialen Unternehmung auch gar kein fremdes Geld, es könne die Kolonialaktion ganz mit eigenen Mitteln durchführen.

Auf Genf kam der Herr Regierungschef nicht zu sprechen.

Als er sich für unsere Wehrmacht interessierte, erwähnte ich, dem seinerzeit mündlich erhaltenen hohen Auftrage gemäss, dass unsere Militärs von den italienischen Manövern ganz begeistert nach Hause gekommen wären, worauf Herr Mussolini sagte, er hätte von Herrn General Jansa einen „ganz ausgezeichneten Eindruck“ gehabt, General Jansa werde „seine Sache als Generalstabschef sicher sehr gut machen“.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1560.

1562**Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten
Franckenstein (London)**

Instruktionen

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 38596/13

Wien, 4. Oktober 1935

Der englische Gesandte Sir W. Selby, der sich morgen auf einen zweiwöchigen Urlaub nach England begibt und beabsichtigt, Staatssekretär Sir Hoare mündlich Bericht zu erstatten, hat heute anlässlich seiner Verabschiedung vom Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten diesen um einige Informationen gebeten. Der Herr Bundesminister hat Sir W. Selby auf dessen einschlägige Fragen im nachstehenden Sinne Auskunft erteilt:

- 1.) Bezüglich der Lage in Oesterreich betonte der Herr Bundesminister, dass diese sich in steter Konsolidation befinde und die Regierung vollkommen Herrin der Lage sei. Ueberdies sei, wie der englische Gesandte sich zu überzeugen ja Gelegenheit gehabt habe, eine erfreuliche Aufwärtsbewegung auf wirtschaftlichem Gebiete zu verzeichnen.
- 2.) Auf die Frage des Gesandten nach Einstellung Oesterreichs zum Völkerbund erwiderte der H. Bundesminister, dass Oesterreich ein treuer Anhänger desselben sei.
- 3.) Hinsichtlich des Verlangens Oesterreichs nach Gleichberechtigung wies der Herr Bundesminister daraufhin, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung auch ein fundamentales Prinzip des Völkerbundes darstelle. Oesterreich erwarte auch von England, in allen Belangen nicht ungünstiger als Abessinien behandelt zu werden. Die allfällige Befürchtung, dass Oesterreich nach Wiedererlangen der Gleichberechtigung auf militärischem Gebiete ebenso wie Deutschland zu gewaltigen Rüstungen schreiten könnte, sei müssig, da Oesterreich die Erlangung der militärischen Gleichberechtigung ausschliesslich zum Ausbaue seiner defensiven Wehrkraft benötige. Diese liesse sich übrigens jederzeit und durch jeden Staat leicht feststellen, da ja die Finanzwirtschaft Oesterreichs in hellem Tageslichte vom Völkerbund kontrolliert werde.
- 4.) Auch hinsichtlich der Einstellung Oesterreichs zur Frage von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien gab der Herr Bundesminister Sir W. Selby rückhaltlos Auskunft. England müsse diesbezüglich vor allem zwei Tatsachen bedenken u. zw. einerseits unsere vertragliche Bindung gegenüber Italien durch die Römer Protokolle ex 1934, andererseits unsere geographisch-wirtschaftliche Lage. Hinsichtlich letzterer müsse er darauf hinweisen, dass Oesterreich nur Italien

gegenüber eine aktive Handelsbilanz und einen auch dem Umfange nach zunehmenden Handelsverkehr aufweise, ferner dass der österreichische Export in mehreren wichtigen Artikeln auf den italienischen Absatz angewiesen sei, zumal Deutschland die österreichische Ausfuhr in dieses Land ununterbrochen einschränke. Wenn daher Oesterreich zu wirtschaftlichen Sanktionen gezwungen würde, die es von Italien vollkommen abschnitten, würde zwangsläufig die Gefahr eintreten, dass Oesterreich sich notgedrungen in Berlin Rettung suchen müsste.

- 5.) Zur jüngsten Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös erklärte der Herr Bundesminister, dass die österreichische Bundesregierung trotz aller ungarischer Versicherungen die Berliner Gespräche Herrn Gömbös' pessimistisch beurteile. Wenn sich auch die in Berlin geführten Besprechungen wohl nicht sofort auswirken würden, so sei man hier doch davon überzeugt, dass, im Falle eines kriegerischen Engagements zwischen England und Italien sowohl Oesterreich als die Tschechoslowakei Opfer dieser Berliner Unterhaltungen werden könnten.
- 6.) Auf die Frage des englischen Gesandten, ob Oesterreich nach wie vor an dem Zustandekommen des Donaupaktes interessiert sei und ob nicht etwa Oesterreich, wenn es einmal durch den Donaupakt gesichert sei, in der Habsburgerfrage ein *fait accompli* schaffen würde, erklärte der H. Bundesminister, dass die Bundesregierung auch weiterhin an dem Donaupaktprojekte festhalte und gab die ausdrückliche Versicherung, dass die Frage der Habsburger-Restauration ebenso wie bisher nach wie vor nicht aktuell sei und eine Ueberraschung seitens der Bundesregierung in dieser Hinsicht nicht zu befürchten sei.

Von vorstehendem Gespräche des Herrn Bundesministers mit Sir W. Selby wird Gesandter Franckenstein unter Einem zur Regelung seiner Sprache informiert. Gleichzeitig erhält Gesandter Franckenstein noch nachstehende Instruktion, die sich auf einzelne Fragen bezieht, die er in einer seiner letzten Meldungen aufgeworfen hat:

Unser Gesandter in London hatte u. a. berichtet, dass „Gerüchte über österreichische Abmachungen mit Italien und Annäherungsversuche an Deutschland“ in England Beunruhigung hervorgerufen hätten. Hierauf erhält Gesandter Franckenstein folgende Instruktion:

Zwischen uns und Italien bestehen ausser den allgemein bekannten Römer Protokollen vom Jahre 1934 überhaupt keinerlei weder offene noch geheime politische Abmachungen. Versuche uns an Deutschland anzunähern, finden nicht statt. Vor einiger Zeit hat allerdings der deutsche Gesandte von Papen die Einleitung von Gesprächen angeregt, die auf eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland abzielen. Es handelt sich jedoch bisher lediglich um *persönliche* Bemühungen des deutschen Gesandten. Wir sind aber in dem Falle, dass sich die deutsche Regierung die von Herrn von Papen im eigenen Namen gemachten Vorschläge zu eigen machen sollte, bereit, letztere zur Grundlage

von Besprechungen zu machen. Die gegenwärtige österreichische Bundesregierung hat ihre Politik bekanntlich auf enge Zusammenarbeit mit den Westmächten abgestimmt und wird daran festhalten.

Vorstehendes dient zur Regelung Ihrer Sprache.

1563

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit deutschem Gesandten Papen am 9. Oktober 1935 in Wien

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 38686

Wien, 9. Oktober 1935¹

Heute erschien Gesandter Papen beim Herrn Bundesminister. Die Herren sprachen zuerst ausführlich über den italienisch-abessinischen Konflikt, wobei Papen bemerkte, dass Deutschland strikte Neutralität halten werde und dass auch Deutschland kein Interesse an einer vollständigen Niederlage Italiens bezw. an einem Regimewechsel dortselbst habe. Dieser könnte zur Folge haben, 1.) den Sturz des faschistischen Regimes und das Wiederaufleben des Kommunismus, 2.) den Triumph der schwarzen Rassen gegen die weisse.

In diesem Zusammenhang erwähnte Papen, dass Deutschland sehr interessiert sei an der Idee Sir Hoares von der Verteilung der Rohstoffe, dass man aber in Berlin nicht recht an die Aufrichtigkeit dieser Zusage glaube. England würde höchstens die Kolonien der anderen Länder so z. B. Belgiens und Portugals verteilen wollen.

Hierauf kam Papen auf den eigentlichen Zweck seines Besuches zu sprechen. Er erklärte, dass er mit dem Reichskanzler gesprochen habe und von diesem nunmehr ermächtigt sei, namens der deutschen Regierung über die persönlichen Elaborate zu verhandeln, die bereits über das Thema der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen vorlägen. Daraufhin wiederholte der Herr Bundesminister: „Ich nehme also dankend zur Kenntnis, dass Sie nunmehr im Namen der deutschen Regierung und ich im Namen der österreichischen Regierung darüber weiter verhandeln.“

Papen hatte schon ein Päckchen von Papieren herausgezogen und der Herr Bundesminister sagte ihm, bevor er in die Konversation über das eigentliche Thema eingehe, möchte er Papen nur über eine Antwort informieren, die der Herr Bundesminister ihm auf seinen Brief vom 13.9. d. J. in Angelegenheit des Dr. Reiter,

¹ Im Originaldokument handschriftlich fälschlich mit 9. September 1935 datiert.

Vöcklabruck, schuldig sei. Der Herr Bundesminister hätte es für geeigneter gehalten, ihm mündlich die Aufklärungen zu geben, zumal er ja auch in dieser Zeit länger abwesend gewesen sei.

Papen öffnete nun sein Papierpäckchen und sagte: „Ja, ich muss da sofort einen Fall zur Sprache bringen, der sich ebenfalls auf den Kammerer Zwischenfall bezieht und den zu 1300 S verurteilten Eiblmeyer betrifft.“ Es sei unmöglich, dass „wenn irgend jemand mit ihm einen Händedruck austauschen will“, der Betreffende mit 1300 S bestraft werde; untergeordnete Organe hätten hier eine „Ungeheuerlichkeit“ begangen und er müsse verlangen, dass ihm nicht die Schuld an solchen Ahndungen zugeschoben werde. Der Herr Bundesminister erwiderte darauf, dass kein Mensch, am wenigsten er selbst, Papen die Schuld beimesse, dass es uns aber freistehen müsse, Uebeltäter zu bestrafen. Der Herr Bundesminister fügte bei, er glaube, sich nicht darin zu täuschen, dass Papen's Intervention österreichischen Staatsangehörigen gelte und dass nach Auffassung des Herrn Bundesministers diese Intervention geradezu ein Beispiel einer Einmischung in inner-österreichische Verhältnisse darstelle. Selbst er, der Herr Bundesminister, hätte überhaupt nicht das Recht, sich in dieses ordnungsmässige Verfahren einzumischen. Papen versuchte noch Verschiedenes stotternd hervorzubringen, dann begann er seine Papiere einzustecken und meinte, wenn der Herr Bundesminister ihm eine Absage gäbe, dies mehr oder weniger hiesse, er solle seine Koffer packen. Der Herr Bundesminister erwiderte darauf, dass ihm keinerlei Recht auf Herrn Papens Entscheidungen zustünde. Nach diesem dramatisch sein wollenden Intermezzo begann er neuerdings in der gleichen Richtung wie früher zu verhandeln und wiederholte, dass es doch nicht angängig sei, Leute grausam zu bestrafen, die den Wunsch in sich fühlten, ihm nur die Hand zu drücken. Der Herr Bundesminister erwiderte darauf, er meine, dass Papen selbst nicht glauben könne, dass es diesen Leuten nur um einen Händedruck zu tun sei und dass es sich im vorliegenden Falle – rein einwandfrei festgestellt – um eine vollkommene Demonstration gegen das Regime in Oesterreich handle.

Bei Verlesung der an Papen gerichteten „Beschwerde“ des Eiblmeyer – was der Herr Bundesminister überhaupt auch als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnete, dass nämlich sich unser Staatsangehöriger mit einer „Beschwerde“ an einen fremden Gesandten wende – passierte Papen das Malheur, dass er das Wort „Demonstration“ aus dem Texte las, sich aber sogleich korrigierte und an diese Stelle das Wort „Zusammenkunft“ setzte. Der Herr Bundesminister benützte einen späteren Anlass im Gespräche, um darauf hinzuweisen, dass der „Beschwerdeführer“ ja selbst – wie Papen zuerst gelesen habe – das Wort „Demonstration“ gebraucht hätte.

Nach einiger Zeit vergeblichen Bemühens, den Herrn Bundesminister zu Nachgiebigkeit zu zwingen, erhob sich Papen, steckte neuerlich sein Dossier ein und meinte: „Na, da müssen wir halt bessere Zeiten abwarten“, worauf der Herr Bundesminister erwiderte: „Ganz wie Euer Exzellenz meinen“, womit sich die beiden Herren ungemein höflich trennten.

1564**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 504/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 17. Oktober 1935

Herr Dr. Beneš, den ich heute im Czerninpalais besuchte, entwickelte mir über meine Bitte seine Ansichten über die gegenwärtige internationale Krise, wie folgt.

Der Herr Aussenminister beurteilt die allgemeine Situation sehr ernst und ist eigentlich recht pessimistisch gestimmt. Durch die überraschende Wendung, die die Dinge in Europa in Folge des italienisch-abessinischen Konfliktes genommen haben, sei alles, was uns vorher interessierte, in suspenso. Herr Dr. Beneš spielte hiebei auf die Unterhaltungen an, die er mit Euer Exzellenz in Genf zu führen Gelegenheit hatte, auf den Donaupakt, den von ihm angeregten österreichisch-tschechoslovakischen Freundschaftsvertrag u. a. m. Die Diskussion und der Gedankenaustausch hierüber sollen natürlich fortgeführt werden, doch sei es klar, dass wichtigere Probleme vorerst zu bereinigen sein werden.

Herr Mussolini habe einen grundlegenden Fehler begangen, indem er den Völkerbund unterschätzte. Herr Dr. Beneš habe seine Befürchtungen in dieser Richtung schon vor fünf Monaten Herrn Gesandten Rocco zu erkennen gegeben und die italienische Regierung vor dem afrikanischen Abenteuer gewarnt. Jetzt sei es zu einer Rückkehr zu spät und Dr. Beneš halte friedliche Verhandlungen für nahezu ausgeschlossen. Niemand werde heute mehr im Stande sein, den Negus zum Frieden zu zwingen oder den Krieg in einem bestimmten Augenblick zu stoppen. Der Negus habe den heiligen Krieg erklärt, er wisse, dass England nicht mehr zurückkönnen und er werde daher allen Vorschlägen, die etwa den Italienern genehm wären, unzugänglich sein. Alle Lösungsversuche, von denen man immer wieder in den Zeitungen lese, rechnen eben nicht mit dem Negus. Mit dieser Tatsache hätten die Italiener auch nicht gerechnet und sie hätten die Situation nicht rechtzeitig erkannt. Und deshalb könne es zu sehr schweren Komplikationen kommen. Herr Dr. Beneš glaubt, dass es über kurz oder lang zu einer Blockade gegen Italien kommen werde und er hält militärische Sanktionen durch England für nicht ausgeschlossen.

Auf meine Frage, ob der Aussenminister direkte Rückwirkungen auf Mitteleuropa und insbesondere auf Oesterreich erwarte, antwortete Herr Dr. Beneš, dass diese Gefahr seines Erachtens von der Dauer der gegenwärtigen Krise abhängen. Sollten die gegenwärtigen unerquicklichen Verhältnisse noch eine Zuspitzung erfahren

und von längerer Dauer sein, ungefähr ein Jahr, stellt sich der Minister vor, so hege er die grössten Befürchtungen auch für uns.

Ich brachte hierauf die von unserem Vertreter in Genf präzierte Stellungnahme der Bundesregierung zu den Sanktionen zur Sprache.

Als Vorsitzender der Völkerbundversammlung glaube Herr Dr. Beneš seine Ansicht dahin aussprechen zu dürfen, dass es für Oesterreich besser gewesen wäre, wenn es, wegen Englands, ähnlich wie die Schweiz anstatt ausdrücklich gegen die Sanktionen Stellung zu nehmen, Abstinenz geübt hätte. Es könnte mit der Zeit geschehen, dass sich Oesterreich einem bestimmten Druck seitens Englands ausgesetzt sehen werde und dass dadurch eine gespannte Situation entstehen könne, die man auf die Dauer nicht werde aushalten können. Auch die Tschechoslovakei wolle nicht gegen Italien auftreten und Herr Dr. Beneš wisse sehr gut, dass man in Europa mit einer Zusammenarbeit mit Italien rechnen müsse, doch müsse man andererseits als kleiner Staat sehr vorsichtig sein, wenn man es mit einer Grossmacht vom Range Englands zu tun bekommen könne. Selbst Deutschland nehme auf die englische Haltung anscheinend besondere Rücksicht und gehe sehr vorsichtig vor. Das Reich verhalte sich neutral und habe sich nicht für Italien ausgesprochen.

Ich warf hier ein, was in den mir gütigst zur Einsicht zugemittelten Erlass an den Herrn Gesandten Pflügl in Genf vom 11. Oktober l. Js. Zl. 38739-13 ausgeführt war, dass zwischen Gesandten von Pflügl und Mister Eden vor Abgabe der österr. Erklärung eingehende Aussprachen stattgefunden haben und Herr Eden gegen den österreichischen Standpunkt keinerlei Stellung genommen hätte. Dazu sagte mir Herr Dr. Beneš, Mister Eden habe mit ihm über die Erklärungen Herrn von Pflügls gesprochen und er sei über den Standpunkt Oesterreichs recht ungehalten gewesen. Als tschechoslovakischen Aussenminister sei ihn, Dr. Beneš, die Sache nichts angegangen, als Präsident der Völkerbundversammlung, der die österr. Erklärung zu interpretieren hatte, musste er sich jedoch mit ihr näher befassen. Daher habe er auch Herrn von Pflügl gefragt, wie die Erklärung gemeint sei. Seinem Schweizer Sekretär beim Völkerbund, Herrn Montenach, sei es sehr daran gelegen gewesen, Oesterreich auf der gleichen Linie zu sehen, wie die Schweiz, d. h. wenn Oesterreich ebenso wie diese Abstinenz geübt hätte, ohne ein glattes „Nein“ zu sagen. Nur deshalb habe der Minister mit Herrn von Pflügl gesprochen. Es würde ihn sehr verdriessen, wenn man in Wien den Eindruck hätte, als ob er, Dr. Beneš, etwa gegen Italien Stellung nehmen würde und sollte Herr von Pflügl vielleicht in diesem Sinne referiert haben, so würde Herr Dr. Beneš Wert darauf legen, dass man wisse, dass es nicht so sei. Er habe nur als Präsident der Völkerbundversammlung Klarheit haben wollen, ohne selbst Stellung zu nehmen, und weil Herr Montenach gar so sehr insistierte. Letzterer hätte ein analoges Verhalten Oesterreichs mit der Stellungnahme der Schweiz als einen grossen Dienst für die Schweiz aber auch für Mitteleuropa angesehen.

Auf meinen Hinweis, dass der bedingungslose Beitritt der Tschechoslovakei zur englischen Sanktionspolitik nicht den ungeteilten Beifall der tschechoslovaki-

schen Öffentlichkeit und insbesondere der Geschäftswelt finde, erwiderte Herr Dr. Beneš, dass er die ihm als Völkerbundmitglied obliegenden Verpflichtungen unbedingt voll einhalten werde. Was er einmal versprochen habe, das halte er, ebenso wie er das seinerzeit Herrn Mussolini gegebene Versprechen, keine Waffen nach Abessinien zu liefern, trotz des Ansturmes, dem er von den Waffen- und Munitionsfabriken ausgesetzt gewesen, gehalten habe. Dafür habe er auch dreimal den Dank Herrn Mussolinis geerntet. Gegenwärtig liege allerdings die Sache anders, jetzt liege ein internationaler Befehl vor, den er befolgen müsse und werde. Er sei übrigens überzeugt, dass sich auch Deutschland sein Verhältnis zu England nicht werde verderben wollen, und sehr nach England schauen werde.

Was Oesterreich anlange, so glaubt Herr Dr. Beneš, dass solange wir mit Italien allein bleiben d. h. nur mit diesem direkte Beziehungen pflegen, dies uns nicht schaden werde. Die Tschechoslovakei werde uns keinesfalls Schwierigkeiten machen. Anders würde sich aber die Situation gestalten, wenn Oesterreich für Italien als Transitland dienen, oder für Italien in der Fremde einkaufen würde. Die Tschechoslovakische Administrative habe ihre Exporteure in der Hand und Herr Dr. Beneš werde im Wege der Kontingente und des Bewilligungsverfahrens jedwede Umgehung der uebernommenen internationalen Verpflichtungen ganz energisch verhindern.

Vielleicht sehe man den englischen Standpunkt nicht überall richtig. Für England stelle sich die Frage nicht so, ob ein italienisch-österreichisch-ungarischer politischer Block bestehe oder nicht, sondern für England sei die Hauptfrage das Prinzipielle. England wollte sehen, ob dieser oder jener Staat die innere Kraft habe, kollektive Politik zu machen, oder nicht. Es sei daher ein grosser Unterschied, ob der oder jener Staat sage, er *könne* nicht, oder er *wolle* nicht. Für das *Nicht Wollen* hätten die Engländer eher ein Verständnis, da sie es begreifen, wenn ein Staat selbständige Politik macht. Wenn man aber sagt, man *könne* nicht, so sei das in den Augen der Engländer ein böses Argument und man sage in England, es habe sich ein solcher Staat (z. B. dem Völkerbund gegenüber) zu Dingen verpflichtet, zu deren Durchführung er entweder nicht fähig, oder nicht im Stande sei. Argentinien z. B. habe in Bezug auf die Sanktionen erklärt, es *wolle* sie nicht durchführen, nicht aber, es *könne* nicht. Kurz und gut, die Engländer wollen, wie Herr Hoare sagte, sehen, ob der Völkerbund zu etwas ist, oder nicht. Die selbe Auffassung teile auch er, Dr. Beneš, der der Ansicht sei, man müsse den Völkerbund auf die Probe stellen, ob er im Ernstfall auch wirklich funktioniere. Deshalb habe er auch während der jüngsten Beratungen der Kleinen Entente in Bled mit aller Energie insistiert, dass keines der Probleme, die zwischen Italien und der Kleinen Entente bestehen etwa aufleben, dass man sich wirklich neutral verhalte und dass nicht etwa die Schwierigkeiten, in die Italien geraten, von irgend einem Mitglied der Kleinen Entente ausgenützt werden. Für Jugoslawien würde sich z. B. unter Umständen eine gute Gelegenheit ergeben, so manche schwebenden Probleme zu bereinigen, doch werde es konsequent bis zum Ende durchhalten.

Meiner Ansicht, dass der Völkerbund in der Vergangenheit Gelegenheiten versäumt habe, seinen Zweck zu beweisen, konnte Herr Dr. Beneš nicht widersprechen. Italien habe nicht unrecht, wenn es darauf verweise, dass man gegen andere Völkerbundmitglieder nicht so gehandelt habe, wie jetzt gegen Rom. Dem gegenüber müsse aber Dr. Beneš betonen, dass er persönlich auch damals während des japanisch-chinesischen Konfliktes und in der Chakoaffaire für ein energisches Vorgehen war und es sei nicht unbekannt, dass er im Konflikt mit Japan der Anführer der Partei war, die die Prärogative des Völkerbundes bis in die letzte Konsequenz wahren wollte. Und auch in der Frage des Embargos im Chakokonflikt habe er sich streng an die Beschlüsse des Völkerbundes gehalten. Daraus möge man ersehen, dass es ihm auch jetzt nicht darum zu tun sei, etwa gegen Italien aufzutreten, sondern nur um das Prinzip der Wahrung der Autorität des Völkerbundes und seiner Funktion im internationalen Leben. Deshalb lassen ihn auch die Vorwürfe eines Dr. Kramařs kalt, er jage Ideologien nach, die Tschechoslovakei werde zu guter Letzt „die Wurzeln“ sein und die andern werden das Geschäft mit Italien machen. Die Tschechoslovakei habe den Völkerbundpakt unterschrieben und Dr. Beneš fühle sich durch diese Unterschrift voll und ganz gebunden.

Nochmals auf den italienisch-abessinischen Konflikt zurückkommend, meinte Herr Dr. Beneš, er sehe daraus keinen Ausweg mehr. Herr Mussolini könne nicht mehr zurück, England, das sich schon so sehr exponiert habe, auch nicht, und der Negus werde jetzt auf keinen Fall mehr zurückweichen. Die Versuche Herrn Mussolinis, Genf aus den Verhandlungen auszuschalten und zu dritt zu verhandeln, werden nicht gelingen, weil England Genf nicht verlassen werde. Frankreich, das noch schwanke, werde von England bald derart an die Wand gedrückt werden, dass es sich entscheiden müsse, und selbstverständlich werde es sich für England entscheiden. So scheinen alle Türen zu sein und Dr. Beneš sehe keinen Ausweg. Vielleicht irre er sich und er wünsche, dem wäre so.

Beim Fortgehen traf ich im Warteraum den französischen Gesandten, Herrn Naggiar, mit dem ich auch einige Worte über die aktuellen Probleme wechselte. Auch Herr Naggiar ist sehr pessimistisch. Für ihn ist das Problem des Mitteländischen Meeres vom Standpunkt Englands aus das wichtigste. Unter den Mittelmeermächten Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland sei schliesslich und endlich doch England der Schiedsrichter und es wolle diese seine Schlüsselstellung um keinen Preis opfern.

1565**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 505/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 17. Oktober 1935

In meiner heutigen Unterredung mit Herrn Dr. Beneš kam dieser, wie fast immer, wenn ich mit ihm rede, auf die Zukunft Mitteleuropas zu sprechen. Er konstatierte mit grosser Genugtuung das gute Verhältnis, das jetzt wieder glücklicherweise zwischen unseren beiden Staaten herrsche. Herr Dr. Friedmann habe ihm berichtet, in welcher guten Atmosphäre sich die letzten Handelsvertragsverhandlungen in Prag abgespielt hätten. Es hänge nunmehr alles von uns ab, ihn werde man zu jeder Zusammenarbeit bereit finden und ich müsse es schon selbst erkannt haben, dass er, der Aussenminister, die tschechische Oeffentlichkeit werde dorthin bringen können, wohin er sie werde bringen wollen.

Es sei nicht unmöglich, dass die momentane Krise mit Italien die kleineren Staaten überzeugen werde, wie gut es für sie sei, sich von einem allzugrossen Einfluss der Grossmächte auf ihre Politik freizuhalten. Die österreichische Regierung habe es verstanden, und den Mut gehabt, sich vom deutschen Einfluss frei zu machen und der Minister glaube, die Bundesregierung werde es zu Wege bringen, Oesterreich ganz auf die eigenen Füsse zu stellen und „Niemandes“ Instrument zu sein. Dr. Beneš verstehe es sehr gut, dass es uns die innerpolitische Situation nicht gestatte, sich ganz von Italien zu trennen. Immerhin aber glaube er, dass Oesterreich den beiden Grossmächten, die sich um uns streiten, immer noch viel zu viel Platz einräume. Der Minister wünsche uns, dass wir, so wie die Schweiz, unsere Selbstständigkeit nach allen Seiten wahren können, was uns nicht daran hindern müsse, bestimmte Freundschaften in einem richtigen Masse zu halten. Für kleine Staaten sei im Verkehr mit Grossmächten immer eine gewisse Vorsicht geboten. In dieser Weise behandle er sein Verhältnis zu Russland.

Ich warf hier ein, dass gerade die neue tschechoslovakische Liebe zu Russland Gegenstand der Kritik von mancher Seite sei und dass ich jüngst eine polnische Stimme hörte, wonach sich die Tschechoslovakei zum Instrument der Sowjetrepublik in Europa gemacht habe. Es sei auch nicht anders möglich, wenn man die Grössen- und Machtverhältnisse der beiden Staaten vergleiche.

Herr Dr. Beneš erwiderte leicht gereizt, dass gerade die Polen nichts zu reden hätten, denn er habe ihnen, bevor er sich mit Russland eingelassen, den Abschluss eines Gegenseitigkeitsvertrages vorgeschlagen. Die Polen hätten abgelehnt und so dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Tschechoslovakei sich einen anderen

Partner gefunden habe. Russland stelle seit seinem Eintritt in den Völkerbund einen mächtigen Faktor innerhalb der europäischen Politik dar und Dr. Beneš wüsste nicht, warum man sich mit diesem Staat nicht verbinden dürfte. Bevor er das Bündnis mit Russland geschlossen, habe er sich nach allen Seiten gesichert und den Russen die Bedingung gestellt, dass sie sich vorher mit Rumänien wegen Bessarabiens einigen müssten. Bevor Herr Titulescu wegen Bessarabiens nicht beruhigt war, habe Dr. Beneš nicht abgeschlossen.

Die Tschechoslowakei sei auch bereit gewesen, mit Deutschland einen Pakt abzuschliessen. Das Reich, das schon vor mehr als acht Jahren mit den Bolschewiken weitgehende Verträge gehabt habe, dessen Offiziere die russische Armee aufgebaut und geschult hätten, wolle jetzt die Tschechoslowakei verdammen, weil sie es für gut befunden habe, mit Russland Verträge zu schliessen. Das Gleiche gelte, wie gesagt, für Polen, welches Russland schon dreizehn Jahre vor der Tschechoslowakei de jure anerkannt und vor zwei Jahren mit den Sowjets einen Nichtangriffspakt geschlossen habe.

1566

Gespräch Legationsrat Troll mit Politischem Direktor im jugoslawischen Außenministerium Andrić am 30. Oktober 1935 in Belgrad

Gedächtnisaufzeichnung¹

AdR
Gesandtschaft Belgrad
(ohne Zahl)

Belgrad, 30. Oktober 1935

Am 30. Oktober l. J. liess mich der politische Direktor des hiesigen Aussenamtes zu sich bitten, um mir im Zusammenhang mit einem längeren Gespräch, das er seinerzeit mit dem Herrn Gesandten in der Habsburgerfrage gehabt habe, in freundschaftlicher Weise einige Mitteilungen zu machen, die ich dem Herrn Gesandten sofort nach seiner Rückkehr zur Kenntnis bringen möge. Herr Andrić betonte hiebei, dass es sich in keiner Weise um eine Demarche handle, da der jugoslawische Gesandte in Wien beauftragt worden sei, beim Bundeskanzleramte, Auswärtige Angelegenheiten, die Angelegenheit offiziell zur Sprache zu bringen. Nach dieser Einleitung zeigte mir Herr Andrić ein Exemplar eines Kalenders, in

¹ „Beiliegend beehre ich mich eine Aufzeichnung des h.a. zugeteilten Legationsrates H. Troll über ein von ihm während seiner Geschäftsträgerschaft mit dem politischen Direktor geführtes Gespräch zur Kenntnisnahme vorzulegen.“ Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldeneegg. Bericht Nr. 68/Pol., Belgrad 14.11.1935 – AdR, Gesandtschaft Belgrad.

schwarzem Leder gebunden, auf dessen Aussenseite die österreichische Kaiserkrone in Gold eingeprägt war, der vom Reichsbund der Oesterreicher für das Jahr 1936 herausgegeben worden ist, und wies auf die ersten Seiten dieses Kalenders hin, auf denen unter der Ueberschrift „Allerhöchstes Kaiserhaus“ angeführt waren: Otto I. etc. etc. König von Böhmen etc. König von Kroatien und Dalmatien etc; Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses: Folgen diverse Titel, Königl. Prinzen und Prinzessinnen von Böhmen etc. von Kroatien und Dalmatien etc.

Ich wendete sofort ein, dass diese Aufzählung die historischen Titel des vormaligen Kaiserhauses seien, die im übrigen auch in jedem Gotha zu finden wären, was wir auch sofort konstatieren konnten, da Herr Andrić über meine Bitte ein Exemplar des Gothaischen Jahrbuches in sein Büro kommen liess. Ich führte auch an, dass bei einer Reihe von Herrscherhäusern in den sogenannten „grossen Titeln“ sowohl vor dem Kriege als auch nach dem Kriege Ländergebiete angeführt würden und werden, die damals und heute längst zu anderen Staaten gehören. Ferner erklärte ich, dass der Reichsbund der Oesterreicher nicht mit der österreichischen Bundesregierung zu identifizieren sei und eine ähnliche Organisation darstelle, wie z. B. die royalistische Partei in Frankreich. Herr Andrić wandte hier ein, die royalistische Partei in Frankreich wolle eben nur das Königtum in Frankreich, währenddem aus dem Kalender und den Titelanführungen in demselben hervorgehe, dass die österreichische legitimistische Partei auch die Wiederherstellung des Kaisertums in Gebieten anstrebe, die heute Teile Jugoslaviens bilden.

Als zweites beunruhigendes Symptom führte Herr Andrić an, dass seit dem Gespräch mit dem Herrn Gesandten eine Reihe von Ernennungen „Otto von Habsburg's“ zum Ehrenbürger verschiedener österreichischer Gemeinden neuerdings erfolgt sei. Hiezu bemerkte ich, dass ich hierüber nicht informiert sei.

Als drittes beunruhigendes Moment glaubte Herr Andrić auf die Teilnahme Generalobersten Sarkotić in voller Paradeuniform bei der Uebergabe der alten Regimentsfahnen an die neuen österreichischen Regimenter verweisen zu müssen. Ich hielt Herrn Andrić entgegen, dass Generaloberst Sarkotić österreichischer Bundesbürger sei und als solcher von seinem Rechte Gebrauch mache, unter den gleichen Bedingungen wie jeder andere ehemalige Offizier bei feierlichen Anlässen in der alten Paradeuniform zu erscheinen.

Schliesslich erklärte Herr Andrić, dass derartige Symptome geeignet wären, die sich in letzter Zeit so günstig entwickelnden guten Beziehungen zwischen Jugoslavien und Oesterreich zu stören, da massgebende hiesige Kreise hiedurch beunruhigt würden. Ich erwiderte hierauf Herrn Andrić, dass den von ihm angeführten Symptomen von den hiesigen Kreisen viel zu grosse Bedeutung beigemessen würde, während Symptome von ausschlaggebender Bedeutung für Jugoslavien, die unsererseits ganz besonders unseren Willen bezeigen, mit Jugoslavien gut auszukommen, viel zu geringe Beachtung finden. In diesem Zusammenhange führte ich speziell den Artikel in der „Amtlichen Wiener Zeitung“ vom 9. Oktober d. J. „Der Mord von Marseille“ von Dr. Heinrich Mataja an und fragte Herrn

Andrić, ob er ihn auch wirklich gelesen habe. Herr Andrić konnte bloss sagen, dass er von dem Artikel gehört habe, worauf ich ihn ausdrücklich bat, denselben genau zu lesen, damit er sehe, in welchem Masse die österreichische Oeffentlichkeit am Jahrestage der Ermordung des jugoslavischen Monarchen in einem Artikel von berufenster Seite (einem gewesenen österreichischen Aussenminister) an dem Verluste Jugoslaviens Anteil genommen habe.

1567

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/22
Z. 39555/13

Wien, 9. November 1935

Im Zusammenhange mit dem Plan einer persönlichen Zusammenkunft zwischen dem H. Bundesminister und dem Herrn jugosl. Ministerpräsidenten Stojadinović wurde durch Gesandten Schmid mündlich angeregt, diese Begegnung allenfalls zum Anlass zu nehmen, um den Jugoslaven ein „bescheidenes“ Kulturabkommen anzubieten. Die Jugoslaven litten bekanntlich stark unter dem Minderwertigkeitskomplex der Balkanvölker und würden gewiss in einem solchen Kulturabkommen eine besondere Freundlichkeit des gerade in den Augen aller Balkanmenschen als Kulturzentrum geltenden Oesterreich empfinden. Der H. Bundesminister hat dieser Anregung Ges. Schmid's grundsätzlich zugestimmt.

Im Zuge eines Gespräches, das kürzlich zwischen dem Gefertigten und H. Nastasijević stattgefunden hat und das sich auf das allfällige Programm einer solchen Zusammenkunft zwischen dem H. Bundesminister und H. Stojadinović bezog, kam auch H. Nastasijević seinerseits spontan auf die Idee eines Kulturabkommens zu sprechen, wobei er eine ziemlich vage Vorstellung von einem solchen Abkommen verriet. Bemerkenswert ist jedoch, dass er besonders betonte, dass es für Stojadinović innenpolitisch gewiss von grösstem Wert wäre, durch ein solches Abkommen die ewigen Streitigkeiten und irredentistischen Tendenzen gewisser slovenischer Kreise hinsichtlich der slovenischen Schulfrage in Kärnten abzubremesen; dies umsomehr, als ja Korošec Vize-Ministerpräsident sei. Eine freundschaftliche und einvernehmliche Regelung dieser Frage würde gewiss politisch von höchster Bedeutung sein. Selbstverständlich habe ich Herrn Nastasijević gegenüber keinerlei Zusage in diesem Belange gemacht. Um jedoch im gegebenen Augenblicke, da dem Zusammenkunftsprogramm konkretere Formen gegeben werden, entsprechend gerüstet zu sein, habe ich mich im BMU beim Referenten für die slovenische Schulfrage, MinRat Dr. Egger, eingehend informiert

und im grossen und ganzen feststellen können, dass zumindest die Referenten des BMU der Idee einer „Kulturautonomie“ der Slovenen in Kärnten, wie eine solche anscheinend im Jahre 1931 zustandezubringen vergeblich versucht worden ist, absolut ablehnend gegenüberstehen. Diese Stellungnahme motivieren sie u. a. mit folgenden Argumenten: Ohne unser Zutun assimiliere sich die slovenische Minderheit automatisch immer mehr an das deutsche Majoritätsvolk in Kärnten, hauptsächlich aus dem Grunde, da die gründliche Kenntnis der deutschen Sprache für das wirtschaftliche Fortkommen der Bevölkerung unerlässlich sei; eine wirklich national eingestellte slovenische Minorität bestehe gar nicht, es seien vielmehr bloss einige Schreier, die künstlich eine Art nationalen Irredentismus aufzuziehen versuchen und im jugosl. Slovien Unterstützung suchen und zum Teil auch finden. Die Mehrheit der Kärntner Bevölkerung mit slov. Namen und slov. Abstammung (die sogenannten Windischen) suche zweifellos einen engen Anschluss zum deutschen Element und folge nur widerstrebend den Einflüsterungen der vereinzelt chauvinistischen Slovenen-Führer; die Schaffung einer „Kulturautonomie“ wäre zweifellos eine künstliche und würde nach Auffassung meiner Mitredner bloss eine Irredenta, die bisher gar nicht besteht, schaffen.

Gewisse Konzessionen an das slov. Element in Kärnten, die über das bisherige Mass (utraquistische Schulen) hinausgehen, stünden bevor. So werde demnächst der Kärntner Landtag ein Schulaufsichtsgesetz für Kärnten beschliessen, in welchem u. a. dem Landesschulrat ein slovenischer Fachberater beigegeben werden soll, ferner in Orten mit slov. Majorität auch ein sloven. Elternschaftsvertreter den Bezirksschulräten zugezogen werden soll. (Siehe § 2, 13 u. 21 des zuliegenden Entwurfes des Landtagsgesetzes)

Ueber diese Konzessionen hinaus würde das BMU nicht gerne hinausgehen, wobei allerdings seitens meiner Mitredner auch die Bemerkung fiel, dass diesbezüglich die Entscheidung letzten Endes beim Herrn Bundeskanzler liege; jedenfalls sollte aber vor Eingehen irgendeiner Verpflichtung der Landesgerichtsrat d. R. Sucher, der Vertrauensmann des Herrn Bundeskanzlers in Kärnten sei, bezüglich der Auswirkung auf die allgemeine Stimmung des deutschen Elementes befragt werden.

Ueber die derzeitigen Verhältnisse bei den utraquistischen Schulen (im ganzen 78 mit insgesamt 217 Lehrkräften) gibt der in Abschrift zuliegende Bericht des Landesschulrates für Kärnten (1934) eingehenden Aufschluss.

Vorstehende Aufzeichnung wäre dem Herrn Generalsekretär und dem Herrn Bundesminister vorzuschreiben.

Auf Grund der vorstehenden Informationen und hierseitigen Ueberlegungen scheint es jedenfalls angezeigt, die grösste Vorsicht bei allfälligen Zusagen den Jugoslaven gegenüber hinsichtlich eines Kulturabkommens walten zu lassen, da darüber doch wohl kein Zweifel bestehen kann, dass in diesem Falle Oesterreich fast ausschliesslich der gebende Teil wäre und allfällige Gegenkonzessionen, die den deutschen Minderheiten in Jugoslawien zugutekämen, höchst zweifelhafter Natur wären.

1568**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 544/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 11. November 1935

Ich sass heute bei einem, zu Ehren des ehemaligen schweizer Bundespräsidenten Herrn Musy vom Präsidenten des Industriellenklubs, Baron Kubinsky, gegebenen Déjeuner neben Herrn Dr. Beneš und hatte Gelegenheit während des Essens mit ihm auch über politische Dinge zu sprechen. Ich versuchte die in meinem heutigen Bericht Zl. 539/Pol wiedergegebene, aus der Umgebung Dr. Beneš' stammende Beurteilung über die angeblichen Annäherungstendenzen zwischen Paris und Berlin zu überprüfen. Herr Dr. Beneš sieht die Sache so:

Herr Hitler bemühe sich, aus der gegenwärtigen politischen Spannung Profit zu ziehen und dies wollen sowohl die Engländer als auch die Franzosen verhindern. Da es möglich wäre, dass sich Herr Mussolini in irgendeiner Form der deutschen Hilfe versichere, halten es sowohl die Franzosen, als auch die Engländer für angezeigt, auch ihrerseits das Reich in einen Gedankenaustausch zu ziehen, ohne dass man scheinbar an mehr denke als Herr Hitler von Italien abzulenken. Der Minister wolle damit nicht sagen, dass es nur ein blosses Spiel sei, was zwischen Paris und Berlin einerseits und London-Berlin andererseits vor sich gehe, denn wenn es wirklich zu einer realen Verständigung der Westmächte mit Berlin kommen könnte, so werde man gewiss zugreifen. Nur sei man sowohl in Paris als auch in London der Hitlerschen Politik gegenüber sehr misstrauisch und werde den Versicherungen Berlins nicht so leicht glauben. In seinem Exposé habe der Minister auf diese Verhandlungen angespielt und gesagt, was auch ganz richtig sei, dass die Tschechoslovakei eine Verständigung Berlins mit den Westmächten nur begrüßen würde. Es sei wirklich schwer den aus Berlin kommenden Versicherungen und Versprechungen voll und ganz zu glauben, Herr Hitler sei Argumenten vollständig unzugänglich und auch seine Aussenpolitik sei die eines Hysterikers und Phantasten. Er werde kein Jota von seinen im „Mein Kampf“ niedergelegten Maximen aufgeben und davon vorläufig nur das nicht ausführen, was er zur Zeit nicht ausführen könne. Wenn Hitler verkünde, er wolle keinen Krieg, so spreche er für den Moment die Wahrheit, er wolle ihn nicht, weil er ihn nicht machen könne. Sobald sich aber die Gelegenheit, einen erfolgreichen Krieg zu führen, zeigen würde, würde Hitler gewiss vor dieser Möglichkeit nicht zurückschrecken. Die Engländer wollen aber unbedingt den Frieden und man möge ihnen Hypokrisie vorwerfen oder nicht,

es sei ein Faktum, dass alle ihre gegenwärtigen Verhandlungen darauf abzielen. Und diese Handlungen seien eigentlich gegenwärtig gar nicht so gegen Italien gerichtet, als gegen eine von ihnen befürchtete Haltung Deutschlands, dem man jetzt schon zeigen wolle, was seiner in Zukunft warte, wenn es einen Krieg provozieren wollte. Die Engländer werden sich durch nichts von dem eingeschlagenen Weg abbringen lassen und die kommenden Wahlen werden das Kabinett nur noch bestärken. Herr Laval trachte Italien so weit es gehe zu schützen und die Engländer zurück zu halten, schliesslich werde aber Italien doch daran glauben müssen.

Auf meine Frage, welche Folgen Herr Dr. Beneš für Italien aus der Durchführung der Sanktionen kommen sehe, antwortete der Minister. Die Folgen werden sehr weitgehende sein und man sehe jetzt schon ihre Konturen. Er sei nicht der Ansicht vieler, die da glauben, dass nach einem Misslingen des Feldzuges in Abessinien oder etwa nach einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, das Ende des Faschismus in Italien kommen werde, sondern er glaube, dass Herr Mussolini dem Faschismus einen anderen Inhalt geben werde. Die letzte Rede des Duce, in der er sich gegen Aristokratie und Plutokratie aussprach, sei das Präludium hiezu gewesen. Herr Mussolini wolle dadurch jene Schichten des Volkes, die durch den Krieg und seinen Ausgang am meisten zu leiden haben werden, auf seine Seite bringen und er dirigiere ihre Gefühle jetzt schon nach der angedeuteten Richtung. Das Ende werde nicht der Bolschewismus, aber der Staatssozialismus sein, das private Unternehmertum und der Mittelstand werden verschwinden. Den Zenit seines internationalen Prestiges habe Herr Mussolini heute schon überschritten und sowohl er, als auch sein Land werden stark geschwächt aus der Krise hervorgehen. Auch Herr Hitler sei übrigens nur zur Zeit der Machtergreifung ganz oben auf der Höhe gestanden und auch mit seinem Prestige gehe es seitdem bergab. Wirtschaftlich werde Deutschland die gleiche Entwicklung zum Staatssozialismus durchmachen und wir werden bald in Europa drei grosse Reiche, Russland, Deutschland und Italien, im Staatssozialismus sehen.

Ich fragte den Minister, ob denn, wenn seine Vermutung zutreffe, diese Dinge nicht auch auf uns abfärben werden. Herr Dr. Beneš bejahte dies. Deshalb sei es auch sein Bestreben in der inneren Politik seines Landes jedwede Revolution, Diktatur etc. zu verhindern und die politischen Parteien dahin zu bringen, dass sie langsam, schrittweise und möglichst ohne Erschütterung die Staats- und Privatwirtschaft den neuen Notwendigkeiten anpassen, damit ein Chaos vermieden und alles in ruhige Bahnen gelenkt werde. Hiefür seien momentan gute Aussichten vorhanden, die Regierungsmehrheit sei ausserordentlich stark und tragfähig und werde binnen kurzem, durch Beitritt der Slowaken, noch stärker werden.

Das was sich in Italien abspiele und sich noch abspielen werde, sei die ungewollte Folge der Diktaturen. In Mussolini sehe er eigentlich keinen ganz grossen und bedeutenden Mann, er habe nur das richtige Gefühl für Stimmungen, die er auszunützen verstehe.

1569**Gesandter Hoffinger an Bundesminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 127/Pol (streng vertraulich)

AdR

Gesandtschaft Warschau
(ohne Zahl)

[Warschau,] 18. November 1935

Herr Beck hat mit Beginn dieser Woche seine Tätigkeit im Ministerium des Aeussern wieder in vollem Ausmass aufgenommen und sofort mit dem Empfang der hier akkreditierten Diplomaten begonnen. Da ich mehrere formale Anlässe zu einer Vorsprache hatte [...], hatte ich mich sofort zum Besuch gemeldet und wurde heute vom Minister in einer längeren Audienz empfangen. Auf meine Frage nach seinem Befinden versicherte der Minister, dass er bereits wieder voll hergestellt sei, und betonte, wohl im Hinblick auf die umlaufenden Gerüchte, dass er auch während seiner Krankheit und seines Urlaubs „la haute direction des affaires“ keinen Moment aus der Hand gegeben habe. Als ich die bereits laut meines Berichts v. 30.X. I. J., Z. 122/Pol.¹ Graf Szembek übermittelte Message des vorzitierten Erlasses wiederholte, sprach der Herr Minister seine Genugtuung darüber aus, dass die Haltung der polnischen Delegation in Genf der österr. Bundesregierung habe entgegenkommen können. Der polnische Vertreter habe durchaus im Sinne seiner (des Ministers) generellen Instruktionen gehandelt, indem er darauf hingewirkt habe, die Situation Oesterreichs zu erleichtern, wie es ja überhaupt das ständige Bestreben Polens sei, im Donaauraum Reibungen und Schwierigkeiten zu vermeiden oder zu erleichtern und nicht zuzulassen, dass solche künstlich geschaffen oder vergrössert würden. Dies habe Polen ausser bei kleineren Anlässen vor allem im vorigen Jahr in der ungarisch-jugoslawischen Attentatsaffäre bewiesen, wo es durch seine Haltung wesentlich dazu beigetragen habe, den überflüssig heraufbeschworenen Konflikt rasch zu erledigen. Die ganze Haltung Polens im gegenwärtigen afrikanischen Konflikt sei überhaupt durch zwei Gesichtspunkte bestimmt: Einerseits dem der Achtung der Bestimmungen des Völkerbündpaktes, andererseits dem der Vermeidung jeglichen Missbrauchs des Anlasses zu Aktionen, die von Animosität gegen ein Land oder ein System getragen sind oder die den Rahmen des Konflikts erweitern könnten. Polen könnte sich trotz seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Italien nicht abseits halten, wenn die Grundsätze des Paktes in Frage kommen, es müsse aber ablehnen, den Pakt als Paravent für Bestrebungen zum Sturz des fascistischen

¹ Gesandter Hoffinger an Bundesminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 122/Pol., Warschau, 30. 10. 1935 – AdR, Gesandtschaft Warschau.

Regimes missbrauchen zu lassen. Auf die allgemeine politische Lage, die durch den Krieg in Afrika geschaffen worden sei, übergehend, meinte der Minister, es scheine ihm gegenwärtig kein Grund zu pessimistischer Einschätzung vorzuliegen, das Ganze sei aber eine Frage der Zeit. Finde man einen halbwegs erträglichen Ausweg in absehbarer Zeit, so würde wohl alles gut ausgehen, sollte sich die Affäre aber allzulange hinziehen, so läge in der Zunahme der allseitigen Nervosität und dem Spielraum für unvorhersehbare Zwischenfälle eine je länger desto ernster zu bewertende Gefahrenquelle.

Ich fragte sodann den Minister nach den Eindrücken, die er anlässlich seiner Berliner Zusammenkunft mit Baron Neurath gehabt habe. Herr Beck erwiderte, das Gespräch mit den deutschen Staatsmännern habe ihn in seiner Ansicht bestärkt, dass Deutschland nicht die Absicht habe, die gegenwärtige Situation zu irgend einem aggressiven Vorgehen auszunutzen. (Diese Meinung hatten dem Minister nachstehende Personen unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf bereits sehr scharf pointiert ausgesprochen, u. zw. in der Form „nous avons pleine confiance dans les assurances de l'Allemagne, qu'elle n'abuse pas de la situation actuelle pour une politique agressive dans aucune direction“, was darauf schliessen lässt, dass Baron Neurath obwohl der Minister dies nicht ausdrücklich erwähnte, diesbezüglich positive Zusicherungen gemacht hat.) Der Minister hält die zurückhaltende, streng neutrale und vorsichtige Haltung Deutschlands auch für durchaus einleuchtend und begründet dies folgendermassen. Deutschland wolle einerseits England nicht verstimmen, weil es dessen Wohlwollen für die kolonialen bzw. weltwirtschaftlichen Wünsche des Reichs warm halten wolle, andererseits hege es aber auch die grösste Abneigung gegen jede Aktion, die das fascistische Regime in Italien, mit dem das III. Reich sich trotz allem wesensverwandt fühle, treffen könnte. Es werde daher nichts unternehmen, was in London oder in Rom übel aufgenommen werden würde. In diesem Zusammenhang erfolgten dann auch die abgesondert (heut. Ber. Z. 126/Pol 35)² gemeldeten Aeusserungen des Ministers über Memel.

Um den tour d'horizont zu vervollständigen, brachte ich das Gespräch noch auf die Beziehungen zur Tschechoslowakei und Rumänien. Bezüglich ersterer sagte der Minister, dass er die Prager Nervosität nicht recht verstehe. Dort sei man soweit gegangen, Truppenverschiebungen vorzunehmen, was ihm geradezu lächerlich erscheine, da an der tschechischen Grenze auf polnischer Seite kaum einige Grenzwachkompagnien ständen. (Die Tatsache der tschechischen Truppenverschiebungen in der Richtung zur polnischen Grenze ist übrigens meinem auch in Prag akkreditierten estnischen Kollegen vor etwa drei Wochen von Herrn Beneš bestätigt und damit motiviert worden, dass „wir in einer Zeit der faits accomplis leben und man auf alles vorbereitet sein müsse.“) Es sei selbstverständlich, dass

² Gesandter Hoffinger an Bundesminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 126/Pol., Warschau, 18.11. 1935 – AdR, NPA Gesandtschaft Warschau.

die systematische Chikanierung und Drangsalierung der polnischen Minderheit in Schlesien nicht ohne Echo in Polen bleiben könne. Polen habe nicht die Absicht, den Völkerbund anzurufen, da es prinzipiell gegen die Einmischung dritter Faktoren in innerstaatliche Angelegenheiten sei, wenn aber Prag durchaus die Sache vor das Genfer Forum bringen wolle, so werde Polen auch darauf eingehen. Nur sieht Herr Beck dann eher eine Verschärfung, zumindest aber ein chronisch Werden des Konfliktes voraus. Der Minister führte dann einige Einzelfälle aus der Praxis der tschechoslowakischen Behörden und Gerichte an, die zwar jeder für sich nicht eben tragisch seien, aber doch empörender und aufreizender wirken, als manche ernsteren Zwischenfälle. Eine Erklärung dafür, warum der „grido di dolore“ der polnischen Minderheit, die gewiss schon seit 1920 genau den gleichen Praktiken der Tschechen ausgesetzt war, wie heute, erst seit etwa anderthalb Jahren in Polen gehört wird, hat der Herr Minister allerdings nicht gegeben.

Schliesslich auf Rumänien übergehend, besprach der Minister den dort entbrannten Kampf um die Sowjetorientierung. Seine Informationen decken sich fast vollinhaltlich und sogar in den meisten Einzelheiten mit denen des mir zur Einsicht überlassenen Berichts des Gesandten Hauenschild vom 26.X.35, Z.55/Pol³. Insbesondere bestätigen die Ausführungen des Ministers den Umstand, dass Rumänien in seiner Hoffnung auf formale Anerkennung der Bessarabiengrenze enttäuscht worden sei. Die Sowjets haben nämlich, nach Herrn Becks Ausführungen, die Verhandlungen mit Rumänien nicht als Paktverhandlungen zwischen gleichwertigen Partnern aufgefasst, sondern als solche über die Einbeziehung Rumäniens in das bereits bestehende System Moskau-Paris-Prag, und Herr Litwinow habe ganz brutal geäussert, „er denke gar nicht daran, für die Aufnahme in dieses System Rumänien noch Geschenke zu machen“.

³ Gesandter Hauenschild an Bundesminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 55/Pol., Bukarest, 26.10.1935 – AdR, NPA, Gesandtschaft Bukarest.

1570**Unterredungen Bundeskanzler Schuschnigg, Vizekanzler Starhemberg und Außenminister Berger-Waldenegg mit ungarischem Ministerpräsidenten Gömbös und ungarischem Außenminister Kánya am 28. und 29. November 1935 in Wien¹**

Kommuniqué

AdR, NPA
Ungarn/Geheim I/III
Z. 40152/13

o. O., o. D.

Der Besuch, den der Herr kgl. ungarische Ministerpräsident von Gömbös und der Herr kgl. ungarische Außenminister von Kánya der österreichischen Bundesregierung abgestattet haben, gliederte sich in die Reihe der persönlichen Aussprachen zwischen den verantwortlichen Leitern der Regierungen der beiden eng befreundeten Nachbarstaaten ein und nahm einen überaus herzlichen Verlauf.

Die ungarischen Staatsmänner verbrachten den gestrigen Abend sowie einen Grossteil des heutigen Tages in Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, Vizekanzler Starhemberg und Außenminister Berger-Waldenegg, wobei zeitweilig auch die übrigen Mitglieder der Bundesregierung zugezogen wurden. Die Besprechungen waren sehr eingehend und umfassten sämtliche politischen und wirtschaftlichen Fragen, die beide Länder interessieren. In politischer Hinsicht bildete insbesondere die gesamt-europäische Lage, die vom Gesichtspunkte der Interessen beider Länder geprüft wurde, den Gegenstand der Erörterungen. An wirtschaftlichen Fragen wurden u. a. die der ungarischen Weizen- und Fetteinfuhr und der damit zusammenhängenden Kompensationen, sowie die Clearing-Frage am gestrigen Abend unter Teilnahme der österreichischen Fachminister eingehend durchberaten.

Das Ergebnis dieser Unterredungen erbrachte die vollkommene Gleichheit der Auffassungen beider Regierungen über die Gesamtlage und eine neuerliche Bekräftigung der in den Römer-Pakten festgelegten Absicht der beiden Regierungen, auch in Zukunft in den Oesterreich und Ungarn gemeinsam berührenden Fragen in möglichst weitgehender Uebereinstimmung vorzugehen.

¹ Nachdem die österreichische Gesandtschaft in Budapest dem österreichischen Außenminister mitgeteilt hatte, dass sich der ungarische Ministerpräsident Gömbös leider außer Stande sehe, „der Einladung auf Gams Folge zu leisten“, Gesandter Hennes an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 221/Pol., Budapest 21. 11. 1935 – AdR, NPA Ungarn/Geheim I/III, Z. 39965/13, brachte Außenminister Berger-Waldenegg Gömbös gegenüber sein Bedauern zum Ausdruck, und teilte ihm mit, ihn am 28. 11. 1935 in Wien „mit großer Freude“ begrüßen zu dürfen, Außenminister Berger-Waldenegg an ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös. Privatbrief/Entwurf, Wien [23.] 11.1935 – AdR, NPA Ungarn/Geheim I/III, Z. 39965/13.

1571**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an die
Gesandten Franckenstein (London), Egger (Paris) und
Vollgruber (Rom)**

Telefonerlass in Abschrift

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 40272/13

Wien, 4. Dezember 1935

Die anlässlich der jüngsten Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten und des ungarischen Aussenministers in Wien abgeführten Unterredungen galten einer eingehenden Betrachtung der allgemeinen politischen Lage. Konkrete Besprechungen haben ausschliesslich bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn stattgefunden¹. Alle sonstigen Kommentare sind haltlos.

1572**Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 72/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Jugoslawien/Geheim I/III
Z. 40473/13

Belgrad, 4. Dezember 1935

Ich habe heute den Directeur Politique, den ich seit meiner Urlaubsrückkehr noch nicht gesehen hatte, aufgesucht und, anknüpfend an meine sub Z. 70/Pol. gemeldete Unterredung mit Herrn Stojadinović², das Gespräch auf die geplante Zusammenkunft gebracht. Als ich fragte, ob das Aussenamt sich schon ein Programm für die Besprechungen zurechtgelegt habe, erwiderte Herr Andrić, der kgl. Gesandte in Wien habe hierüber noch keine konkreten Vorschläge erstattet (?). Er fing dann von selbst von dem in Verhandlung stehenden Auslieferungsvertrag zu sprechen an, auf den die hiesige Regierung grosses Gewicht zu legen scheint.

¹ Siehe dazu ADÖ 10/1570.

² Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 70/Pol., Belgrad [28.] 11.1935 – AdR, NPA Jugoslawien/Geheim I/III, Z. 40062/13.

Zu diesem Punkte darf ich mich auf meinen Bericht Zahl 5033-A vom 19. v. M. beziehen in dem ich gewisse Bedenken gegen unsere Antwort bezüglich des Punktes H (Beihilfe an Attentäter und ihre Komplizen) geltend gemacht habe³. Da mir ein Bescheid hierauf noch nicht zugekommen ist, habe ich Herrn Andrić erklärt, dass die Angelegenheit bei uns noch in Prüfung ist, dass ich aber zweifellos in den nächsten Tagen in der Lage sein werde, ihm unsere Stellungnahme bekanntzugeben.

Da mich Herr Andrić im weiteren Verlaufe der Unterredung fragte, ob wir Ideen bezüglich anderer Besprechungsgegenstände hätten, habe ich es für angezeigt gehalten, mich im Sinne der obzitierten Weisung vernehmen zu lassen. Aus Eigenem habe ich hiebei noch jenes Fürsorgeabkommen erwähnt, zu dessen Abschluss wir uns seinerzeit bereit erklärt haben, ohne dass die Sache jugoslavischerseits weiter verfolgt worden ist.

Die Erörterung einer Einwirkung auf die beiderseitige Presse gab meinem Mitarbeiter Gelegenheit zu einem Exkurse auf das Gebiet der allgemeinen Politik. Er meinte, so wünschenswert das Zustandekommen der Begegnung sei, so dürfe man sich doch nicht verhehlen, dass damit noch nicht alles getan sei, ja dass es gefährlich wäre, sich in Illusionen zu wiegen. Es sei nun einmal so, dass Jugoslawien das Gefühl habe, in den Fragen der allgemeinen Politik Oesterreich immer wieder „im anderen Lager“ zu finden. Als ich Herrn Andrić ersuchte, diese geheimnisvolle Bemerkung näher zu präzisieren, wurde er vage, streifte unsere Haltung in der Rüstungsfrage und landete mit einem kühnen Sprunge wieder einmal beim Restaurationsproblem, über das er offenbar gestern und heute in der „Politika“ (Wien, der Herd neuer gefährlicher Komplikationen) nachgelesen hatte. Er erzählte mir von der zunehmenden Tätigkeit unserer Legitimisten, deren Führer sich offen des Einverständnisses mit der Bundesregierung rühme, von neuen Ehrenbürgerernennungen, den Wiener Gedächtnisfeiern vom 18. und 20. v. M. etc. etc. Als besonders eindrucksvolles Faktum erwähnte er, dass er vor Kurzem einen in *kroatischer* Sprache abgefassten Werbeauftrag für ein Kaiser Franz-Josef-Denkmal zu Gesicht bekommen habe. (Ich halte dies tatsächlich für ein starkes Stück und beantrage Abstellung.) All dies sei – so sagte Herr Andrić – geeignet, das Misstrauen Jugoslawiens, dessen *point névralgique* nun einmal die Restauration sei, zu steigern und eine wirkliche Annäherung zu verhindern. Jugoslawien hätte die besten Absichten gehabt, mit einem *neuen* Oesterreich in Frieden und Freundschaft zu leben. Aber es habe immer mehr das Gefühl, dem *alten* Oesterreich gegenüberzustehen.

Auf diesen Erguss erwiderte ich Herrn Andrić, dass er seine neuesten Erkenntnisse in dieser Frage offenbar aus der „Politika“ bezogen habe (er unterbrach mich hier mit den Worten: nein, auch von Herrn Nastasijević, insistierte aber dann nicht weiter) und dass ich hierin einen neuerlichen Beweis sehe, wie sehr es notwendig

³ Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht, Belgrad 19. 11.1935 – AdR, NPA Jugoslawien/Geheim I/III, Z. 40196/15.

wäre, im Sinne unserer Anregung auf die Presse einzuwirken. Solange die hiesigen Zeitungen dauernd ihre Nase in die unbedeutendsten Vorgänge unseres innerpolitischen Lebens hineinstecken und solange die jugoslawische Regierung sich dieses Verfahren selbst zu eigen mache, solange werden auch meiner Ansicht nach die Bemühungen der Vernünftigen zur Herbeiführung eines vertrauensvolleren Verhältnisses scheitern müssen. Wie wäre es, wenn unsere Presse slovenische Zeitungsstimmen, die die Losreissung österreichischen Gebietes predigen, dauernd abdrucken und als gesamtjugoslawische Enunziationen präsentieren würde? Wir wollen nach dem eliminatorischen Prinzip vorgehen und zunächst die *überflüssigen* Hemmungen ausscheiden sowie einiges Gemeinsame herausarbeiten. Dann werde man eben sehen.

Der politische Direktor, der sich unsere Anregungen sorgfältig notierte, reagierte auf den Punkt „Minoritäten“ mit sichtlicher Befriedigung, ebenso auf die „kulturelle Annäherung“. Bezüglich des Fürsorgeabkommens meinte er, dass es sich um eine ins finanzielle Gebiet hinüberspielende Angelegenheit handle, die aus diesem Grunde vielleicht etwas kompliziert sei. Er werde jedenfalls unverzüglich dem Ministerpräsidenten berichten. Dass sich dieser für das Begegnungsprojekt lebhaft interessiere, sei sicher und gehe schon daraus hervor, dass er die einschlägigen Telegramme an Herrn Nastasijević selbst verfasst habe. Ueber den Zeitpunkt der Begegnung scheint Herr Stojadinović seinen Mitarbeitern noch keinerlei Andeutung gemacht zu haben. Herr Andrić teilt aber meine Ansicht, dass die Zusammenkunft vor Mitte Jänner n. J. stattfinden sollte.

1573

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 596/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 5. Dezember 1935

Ich befragte gestern Abend nach einem Diner auf der rumänischen Gesandtschaft, Herrn Dr. Beneš über die in Prag umlaufenden und auch in einzelnen Blättern verzeichneten Berichte, Deutschland plane einen Handstreich gegen Oesterreich, ziehe Truppen an der Tiroler und Salzburger Grenze zusammen u. ä..

Herr Dr. Beneš glaubt diesen Gerüchten nicht, er müsse doch annehmen, dass Herr Hitler sehr gut weiss, was er riskieren würde. Vielleicht spekulieren manche Leute in Deutschland auf einen allgemeinen Konflikt, der aus der englisch-italienischen Spannung seinen Ausgang nehmen könnte. Dr. Beneš wolle aber an einen

solchen Konflikt nicht glauben, obzwar er anderseits überzeugt sei, dass England bis in die letzten Konsequenzen gehen werde, wenn sich Herr Mussolini zu einem unbedachten Schritt hinreissen lassen würde. Und Frankreich würde mit England gehen, denn Herr Laval habe sich schriftlich dazu verpflichtet.

Herr Mussolini habe in Paris wissen lassen, dass er das für den 12. Dezember angekündigte Embargo auf Oel als einen militärischen Schritt ansehen und ihn mit militärischen Massregeln beantworten würde; darauf habe England Herrn Laval ersucht, Rom dahin zu bescheiden, dass England *und* Frankreich sofort gegen Italien militärisch losgehen würden, und Herr Laval habe diese Eröffnung in Rom gemacht. Darauf sei es in Rom recht still geworden. Es sei sicher, dass das Embargo auf Oel am 12. Dezember ausgesprochen werden wird. Vorher werde aber bei Herrn Mussolini noch ein Versöhnungsversuch erfolgen, ein Versuch zwischen Italien und Abessinien Frieden zu stiften. Sollte dieser Versuch missglücken, werde den Dingen vorerst freier Lauf gelassen werden und ungefähr in einem Monat, gegen Mitte Januar der Versuch nochmals wiederholt werden. Natürlich werde dann die Situation Italiens noch schlechter sein. Italien werde aber trotz allem bestimmt nicht aus dem Völkerbund austreten.

Die Position Englands, führte Herr Dr. Beneš fort, werde in der Welt und namentlich auch in Europa, immer stärker und es sei heute bereits der erste und stärkste Staat, auch in Bezug auf den Kontinent, Frankreich sei durch das erstarkte Deutschland zum Teil paralysiert. Die Engländer ersehen aber daraus, dass sie in Zukunft auf Deutschland achtgeben müssen und ihre Politik werde sich konsequenterweise je weiter, desto mehr gegen Deutschland wenden, England sei auf die Völkerbundpolitik eingeschworen und wolle den Frieden. Es habe erkannt, dass eine Gefahr für den europäischen Frieden von Deutschland im Südosten ausgehen könne. Es habe aber bereits auch die Rolle erkannt, die in dieser Hinsicht die Kleine Entente als Hüterin der Ordnung in Zentral- und Osteuropa zu spielen berufen ist. Daher sei die Position der Kleinen Entente in England stark.

Dazu komme, dass sich die Engländer überzeugt hätten, dass man auf einem Instrument mit 54 Staaten nur schwer spielen könne und deshalb fange man in der Downing Street an, den Wert der Regionalen Pakte anzuerkennen. Dies sei von grossem Vorteil für den *Donaupakt*, der in Zukunft an England einen Freund und Förderer haben werde. Davon könne Oesterreich profitieren und Dr. Beneš glaube uns raten zu sollen, uns im eigensten Interesse mit England gutzustellen. Die Verstimmung, die in London wegen unserer bekannten Haltung in Genf noch immer bestehe, die aber nicht so stark sei, wie gegen Ungarn, werde sich überbrücken lassen. Sollten wir zu England in Gegensatz kommen, könnte es leicht schlecht für uns ausfallen.

Dr. Beneš wisse, dass nicht wir das Hindernis für den *Donaupakt* seien. Man müsste eine Konstruktion finden, die es uns ermöglichen würde, Ungarn zu überzeugen, dass das gegenwärtige intime Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn auch innerhalb des *Donaupaktes* aufrecht erhalten bleiben, und dass Ungarn ohne Befürchtungen mit uns einem solchen Pakte beitreten könnte.

Speziell das Zusammengehen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei sei doch historisch bedingt und gewollt, wie ja die Geschichte lehrt. Einmal sei es mehr zu unserem Vorteil gewesen, wie in den letzten Jahrhunderten, einmal mehr zum Vorteil der böhmischen Länder, wie unter dem Przemysliden, aber immer sei es dazu gekommen. Jetzt müsste man eben eine Lösung finden, dass unsere Zusammenarbeit ohne Uebervorteilung allen Partnern gleich zugute käme. Im Rahmen des Donaupaktes liessen sich sodann alle Fragen, militärische Gleichberechtigung u. s. w. leicht und sofort lösen. Und unsere Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit bliebe gesichert.

1574

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 633/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
(ohne Zahl)

Prag, 30. Dezember 1935

Ich besuchte heute Herrn Gesandten Dr. Krofta, um mit ihm verschiedene Ressortangelegenheiten zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit machte mir Herr Dr. Krofta folgende Eröffnungen.

In Belgrad sei man sehr beunruhigt, weil man wissen wolle, dass sich in Oesterreich eine Regentschaft des Herrn Vizekanzlers Fürsten Starhemberg vorbereite, die die Vorstufe für die Restauration der Habsburger in Wien sein soll. Der jugoslawische Gesandte in Prag habe deshalb im Auftrage seiner Regierung beim Ministerpräsidenten und Aussenminister Dr. Hodža vorgesprochen, die Befürchtungen Jugoslaviens in dieser Richtung geschildert und um eine Stellungnahme der tschechoslowakischen Regierung ersucht. Der Herr Präsident der Republik, Dr. Beneš, dem die Sache vorgetragen wurde, lege der Angelegenheit keine so grosse Bedeutung bei, wie man es scheinbar in Belgrad tut und habe sie als derzeit wohl nicht sehr aktuell bezeichnet. Trotzdem glaube der Herr Ministerpräsident sich der jugoslawischen Demarche gegenüber nicht ablehnend verhalten zu sollen und er habe Herrn Dr. Krofta beauftragt, mit mir darüber zu sprechen. Der tschechoslowakische Standpunkt sei der, dass die Staats- oder Regierungsform, die sich Oesterreich gäbe, eine interne Angelegenheit unseres Staates sei, in die sich die Tschechoslowakei nicht einmischen werde und wolle. Sollte aber in Oesterreich etwas geschehen, was den ersten Schritt bezw. die Vorbereitung für eine Wiedereinsetzung der Habsburger, insbesondere Otto's von Habsburg bedeuten würde, so müsste auch die Tschechoslowakei konform mit Jugoslavien und Rumänien

dagegen Stellung nehmen. Diesen Standpunkt werde die Tschechoslowakei durch ihren Gesandten in Wien am Ballhausplatz kundtun. Gleichzeitig werden die tschechoslowakischen Gesandten bei den Grossmächten beauftragt werden, die Ansicht der betreffenden Regierungen in dieser Frage zu erforschen.

Herr Dr. Krofta fügte privat und vertraulich hinzu, dass er persönlich mit dem Herrn Präsidenten Dr. Beneš konform gehe und die ganze Sache nicht sehr ernst nehme. Da aber die Verbündeten, besonders die Jugoslaven, gar so nervös geworden seien, müsse auch die Tschechoslowakei mit ihnen auf gleicher Linie marschieren.

Ich verhielt mich vollständig rezeptiv und versprach meiner Regierung zu berichten.

1575

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 16/Pol. (sehr dringend)

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 13. Jänner 1936

Der Präsident der Republik, Herr Dr. Beneš, liess mich heute zu sich bitten, um mich darüber zu informieren, in welchem Sinne er die in Aussicht genommene Unterhaltung mit dem Herrn Bundeskanzler am kommenden Freitag zu führen gedenkt.

Vor allem müsse der Herr Staatspräsident betonen und unterstreichen, dass zwischen ihm und dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža auch in allen die Politik gegenüber Oesterreich betreffenden Fragen volles Einvernehmen herrsche. Ministerpräsident Dr. Hodža habe seine eigene Linie, die aber mit jener Dr. Beneš' parallel laufe und seine Ideen in Bezug auf Oesterreich seien die gleichen, wie die des Staatspräsidenten, in der Formulierung könnten möglicherweise Unterschiede auftreten, die aber dann bestimmt zwischen Dr. Hodža und Dr. Beneš bereinigt werden würden. Er, Dr. Beneš, verfüge naturgemäss kraft seiner langjährigen Erfahrung über eine viel grössere Routine als der Ministerpräsident und er verstehe es besser als dieser, bei der Formulierung politischer Thesen auf manche Nebenumstände und künftige Entwicklungsmöglichkeiten Rücksicht zu nehmen, als Dr. Hodža, der ja in aussenpolitischen Dingen schliesslich noch wenig Erfahrung habe. Herr Dr. Hodža werde speziell in Bezug auf die Politik zu Oesterreich im gewissen Sinne vielleicht noch viel weiter gehen können, als es Dr. Beneš jemals getan, und das sei gut. Der Staatspräsident habe immerhin stets mit dem Wider-

stand der Agrarier zu rechnen gehabt, der bei Dr. Hodža wegfallt. Bei ihm werde der Ministerpräsident in diesen Tendenzen auf keine Schwierigkeiten stossen, im Gegenteil,

In der Sache selbst möchte mir der Herr Staatspräsident seine Gedanken wie folgt entwickeln:

Er sei für ein möglichst weitgehendes Einvernehmen und möglichst innige Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich auf breitester Grundlage. Allerdings müsse man in Prag gewisse Rücksichten auf Belgrad und Bukarest nehmen, doch sei die Struktur des gegenseitigen Verhältnisses zwischen unseren Staaten schliesslich doch eine andere als jene, die zwischen der Tschechoslowakei und den beiden anderen Staaten der Kleinen Entente besteht. Wir seien einander doch nur viel näher und diese Tatsache müsse in Belgrad und Bukarest berücksichtigt werden. Man wisse dies dort und anerkenne es. Ein Fehler in der Entwicklung während der letzten sieben Jahre sei es gewesen, dass man diese positive Seite unseres gegenseitigen Verhältnisses nicht genügend beachtet habe.

Wenn Herr Dr. Beneš nunmehr sage, dass er zu einer weitestgehenden Zusammenarbeit mit uns bereit sei, so wolle er dadurch zeigen, dass die Tschechoslowakei psychologisch und moralisch hiezu reif sei. Auch die Öffentlichkeit sei vorbereitet und werde die Zusammenarbeit mit Oesterreich mit Freuden akzeptieren.

Gerade die Kombination Beneš-Hodža sei sehr glücklich und es lasse sich mit ihr viel machen. Dr. Hodža besitze das Vertrauen der Rechten und habe keine Opposition von der linken Seite zu fürchten. Er, Dr. Beneš, besitze das Vertrauen der Linken und werde aber auch auf der Rechten keine Opposition haben. „Wir werden und wollen einander loyal unterstützen“, betonte der Herr Staatspräsident mit Nachdruck.

Wie weit man mit der gemeinsamen Zusammenarbeit gehen könne, fuhr Herr Dr. Beneš fort, hänge jetzt vor allem von Wien ab. Wenn er vorhin erwähnt hätte, dass die Tschechoslowakei auf Belgrad und Bukarest Rücksicht nehmen müsse, so beziehe sich das nur auf allgemein europäische Gesichtspunkte und die Tschechoslowakei sei stark genug, andere Hindernisse auszuschalten. Man müsse in Wien festhalten, dass es der Tschechoslowakei nicht einfalle, Oesterreich etwa ins Schlepptau der Politik der Kleinen Entente nehmen zu wollen, weil man wisse, dass wir dies nicht ertragen könnten. Ebenso habe man nicht die Absicht, uns vielleicht von Ungarn abziehen zu wollen oder uns etwa gegen Ungarn auszuspielen. Oesterreich sollte im Gegenteil zum mitteleuropäischen Vermittler werden, aus einem passiven ein aktiver Faktor der europäischen Politik werden und sich nur deshalb, um diese Rolle wirkungsvoll spielen zu können von allen hemmenden auswärtigen Einflüssen freimachen. Der Herr Präsident liess durchleuchten, dass es ihm insbesondere sehr willkommen wäre, wenn diese Vermittlerrolle Oesterreichs zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei in Szene gesetzt werden würde.

Wenn man, erklärte Herr Präsident Dr. Beneš weiter, die Bilanz der verflossenen sieben Jahre mitteleuropäischer Politik ziehe, so komme man zu folgenden Erwägungen:

Zuerst wollten Oesterreich und Deutschland den Anschluss durchführen. Oesterreich selbst habe sehr lange nicht die Kraft gehabt, an die Adresse Deutschlands ein Nein zu sagen. Erst der Zwischenfall Schober-Curtius habe gezeigt, dass der Anschluss nicht durchführbar sei, weil ihn Europa nicht erlaube. Hierauf sei Oesterreich durch die Verhältnisse unter italienischen und ungarischen Einfluss geraten, es scheine sich aber von der allzu starken Einwirkung dieser beiden Staaten auch in gewissem Sinne zu emanzipieren. Bei dieser Gelegenheit werfe sich von selbst die Frage des italienisch-abessinischen Konfliktes auf und das Verhältnis Englands zu Italien. Herr Dr. Beneš sei weit davon entfernt, Katastrophen prophezeien zu wollen, er könne aber kraft der Einblicke, die er habe, heute wohl schon mit Recht annehmen, dass Italien nicht durchdringen werde. Daraus könnten sich Konsequenzen ergeben, die uns zwingen, darüber nachzudenken, wie man die möglichen Rückwirkungen auf Mitteleuropa vermeiden könnte. Die richtige Beurteilung aller dieser Fragen müsse uns dazu führen, dass wir in Mitteleuropa eine ausgeglichene definitive politische Linie bilden müssen, die vor allem auf einem Einvernehmen zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei fussen müsste, ferner auf einem guten Verhältnis Oesterreichs zur Kleinen Entente, dass schliesslich auch Ungarn zu einer vernünftigen Kollaboration bringen würde. Wenn auch nicht zu erwarten sei, dass Ungarn auf seine Revisionswünsche definitiv verzichte, so könnte es vielleicht doch zu einer abwartenden Haltung und inzwischen zur unbedingt notwendigen Mitarbeit im Rahmen der mitteleuropäischen Politik gebracht werden.

Präsident Dr. Beneš würde wünschen, dass sich der Herr Bundeskanzler aus Prag den Eindruck mitnehme, dass die Tschechoslovakei für die mitteleuropäische Politik und insbesondere für ein sehr weitgehendes Zusammenarbeiten mit Oesterreich in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung reif und bereit sei. Ferner sollte man in Oesterreich zur Erkenntnis kommen, dass Oesterreichs Selbständigkeit ohne die tschechoslovakische Mitarbeit nicht denkbar sei; die Anschlussfrage sei nicht nur eine österreichische, sondern auch eine tschechoslovakische Angelegenheit, und über diesen Ausschnitt der Politik, das beiderseitige Verhältnis zu Deutschland, sollte man sich zwischen Prag und Wien ebenfalls verständigen. Bei dieser Gelegenheit möchte der Herr Präsident in Parenthese bemerken, dass ihn ebenso wie uns an einem sehr guten Einvernehmen mit Deutschland gelegen sei.

Herr Dr. Beneš ist der Ansicht, dass wir mit der Zeit, nicht etwa gleich in dieser Woche in Prag, vielleicht doch zu einem bilateralen Vertrag, einem *Traité d'amitié perpétuelle* kommen könnten, der unsere Kollaboration besiegeln würde. Herr Dr. Beneš lege sich die Frage vor, ob wir in Oesterreich schon soweit sind, um darüber sprechen und einen solchen Vertrag für die Zukunft vorbereiten zu können.

In der Tschechoslovakei, meinte der Herr Präsident, werde die Entwicklung in dieser Richtung durch die Entwicklung der inneren Politik beschleunigt. „So ganz umsonst habe ich die Politik mit dem Vatikan und mit den katholischen Parteien

nicht gemacht“ fuhr Herr Dr. Beneš fort. Er wollte dadurch nicht nur zu einem Einvernehmen und zum Frieden mit dem Vatikan gelangen, sondern es war auch seine Absicht, den Einfluss der katholischen Parteien zu benützen, um in Wien Vertrauen zu erwecken und die Ueberzeugung, dass man sich mit Prag einlassen könne. Er betreibe den Beitritt der slovakischen Volkspartei und der deutschen Christlichsozialen zur Regierungskoalition und er erhoffe sich viel von der Zusammenarbeit aller katholischen Parteien. Öffentlich dürfe dies der Staatspräsident allerdings nicht sagen, weil er sonst vielleicht die Sozialisten kopfscheu machen würde und bei dem System, das in der Tschechoslovakei traditionell herrsche, dem Koalitionssystem, wäre dies inopportun. Von der Vereinigung der katholischen Parteien in der Regierungsmehrheit erhofft sich der Präsident, wie er nochmals unterstrich eine wirksame Hilfe zur gegenseitigen Annäherung zwischen Prag und Wien.

Der Herr Staatspräsident glaubt nicht, dass aus dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Prag irgendwelche konkrete Abmachungen hervorgehen werden und er werde zufrieden sein, wenn er mit dem Herrn Bundeskanzler in freundschaftlichem Geiste über die gemeinsamen Schwierigkeiten und Ziele werde sprechen können und über den Weg den man vielleicht gemeinsam miteinander gehen könnte. Das Verhältnis zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei sei historisch gegeben und in der Vergangenheit begründet. Dass Oesterreich nach dem Zerfall der Monarchie eine zeitlang im Dunkel der Nachkriegszeit herumgetappt und seine Orientierung einmal da einmal dort gesucht habe sei natürlich und nicht zu verwundern. Jetzt aber habe man hoffentlich die richtige Direktion gefunden und Herr Dr. Beneš hoffe, dass wir in dieser Richtung Schritt für Schritt weitergehen werden.

Alles, was wir machen werden, sollte allerdings nur auf *ökonomischer* Basis geschehen, weil man uns, wenn wir uns schon jetzt auf das politische Gebiet begeben würden, unsere Kreise von auswärts bestimmt stören würde. Wirtschaftliche Annäherung und wirtschaftliche Zusammenarbeit sei für die Anderen annehmbar. Dass nach der Begründung einer festen gemeinsamen wirtschaftlichen Basis auch ein politisches Einvernehmen folgen werde, sei selbstverständlich. Das wirtschaftliche Einvernehmen zwischen uns, sei jetzt sicherlich viel leichter geworden, da die gegenseitige Balance unserer Kräfte fast vollkommen ausgeglichen sei. In manchen Dingen sei jetzt sogar Oesterreich viel besser daran als die Tschechoslovakei, z. B. im Budget, in der Arbeitslosenziffer etc., und man blicke in Prag vielfach mit unverhohlenem Neid auf uns.

Die Konversation mit dem Herrn Bundeskanzler werde sicherlich auch andere Punkte berühren, über die Herr Dr. Beneš schon früher mit unserem Herrn Regierungschef zu sprechen Gelegenheit hatte, Punkte, über die der Herr Bundeskanzler vielfach andere Ansichten habe, als Herr Dr. Beneš. Der tschechoslovakische Staatspräsident will aber alles Trennende beiseite lassen und er versichere eindringlichst, dass er keine Hintergedanken habe.

So wolle Herr Dr. Beneš als Staatspräsident mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen, der ja auch noch eine zweite Unterredung mit dem Ministerpräsidenten und Aussenminister Dr. Hodža haben werde. Dass sich diese Unterredung im gleichen Sinne bewegen werde, sei nach allem gesagten klar.

1576

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/11
Z. 34355/13

Wien, 15. Januar 1936

Der französische Gesandte Puaux erzählte dem Gefertigten heute, dass er soeben dem H. Bundesminister davon Mitteilung gemacht habe, dass die französischen Gesandten in den Kleinen Ententestaaten beauftragt worden seien, auf die Kl. Ententeregierungen im Sinne grösstmöglichen Entgegenkommens gegenüber Oesterreich einzuwirken.

Im Laufe des sich hieraus entspinrenden Gespräches erzählte mir Herr Puaux als rein persönliche „information d’ami“, dass er unlängst einen sehr scharfen Erlass des Quai d’Orsay bezüglich der Restaurationsfrage erhalten hätte. Dieser bezog sich auf die in Prag und Belgrad, aber auch in Bukarest herrschende Nervosität wegen der Restaurations-Gerüchte (Regentschaft Vizekanzlers Fürst Starhemberg usw, siehe h. o. Zl. 34.037-13) und enthielt an Herrn Puaux persönlich den Vorwurf, dass er es unterlassen hätte, die französische Regierung auf die „kolossale Zunahme“ der legitimistischen Einstellung der österr. Öffentlichen Meinung aufmerksam zu machen. Am ärgerlichsten habe Herr Puaux einen Satz dieses Erlasses empfunden, in welchem der Quai d’Orsay unverblümt an die Unverlässlichkeit Oesterreichs anlässlich der Zollunion mit Deutschland erinnerte. Herr Puaux habe hierauf, wenn auch „sehr korrekt“, so doch ganz dezidiert Herrn Bargeton (politischen Direktor des Quai d’Orsay) geantwortet, dass nach seiner Auffassung das Restaurationsproblem aus drei Elementen bestehe: 1) der Einstellung des Prätendenten, die keineswegs Abenteuer befürchten lasse, 2) aus der Haltung der Machthaber in Oesterreich, die gleichfalls jede unüberlegte Handlung ausschliesse, 3) aus der Einstellung der öffentlichen Meinung in Oesterreich, die „selbstverständlich“ zu einem Grossteil legitimistisch sei und je nach der politischen und wirtschaftlichen Situation zu- oder abnehme. Es sei von Oesterreich gar nicht zu verlangen, dass es die Idee der Habsburger-Restauration bzw. der Dankbarkeit gegenüber der Dynastie ausschalte, da ja das Traditionselement die verlässlichste Basis für den Aufbau eines neuen Oesterreichs sei und gleichzeitig die sicherste

Gewähr gegen eine nationalsozialistische Ueberflutung biete. Herr Puaux habe Herrn Bargeton wortwörtlich noch den Satz beigefügt, dass Dr. Schuschnigg weder mit Dr. Schober, noch er (Puaux) mit Graf Clauzel zu verwechseln seien! Wenn politisches Geschick darin bestehe, Impässe rechtzeitig zu vermeiden, so müsse er den Quai d'Orsay eindringlichst davor warnen, sich durch allzu starke Betonung *negativer* Grundsätze selbst eines schönen Tages vor die peinliche Notwendigkeit zu stellen, zwischen einem nationalsozialistischen Regime oder der Habsburger-Restauration in Oesterreich entscheiden zu müssen.

Herr Puaux sieht daher in der den französischen Gesandten bei den Kl. Ententestaaten erteilten Weisungen eine erfreuliche Reperkussion auf seine „etwas grobe“ Riposte.

Ich habe Herrn Puaux meine rein persönlichen Bedenken dagegen entwickelt, dass anscheinend in den an die französischen Gesandten bei den Kl. Ententestaaten ergangenen Weisungen eine Anspielung auf ein „isolement“ Oesterreichs mit Rücksicht auf die Situation in Italien enthalten sei. H. Puaux gab mir diese Anspielung zu und knüpfte daran die Hoffnung, dass die Regierungen der Kl. Entente doch nicht so verblendet sein werden zu glauben, dass die französische Regierung eine Aenderung des grundsätzlichen aussenpolitischen Kurses Oesterreichs gutheissen würde, das schon aus geographischen Gründen zwangsläufig auf eine intime Freundschaft mit Italien und Ungarn angewiesen sei. Meine Befürchtungen, dass einzelne der Kl. Ententeregierungen dieser Weisung aus Paris vielleicht doch eine übertriebene Interpretation zuteil werden lassen, schien mir Herr Puaux zu teilen.

1577

Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža am 17. Januar 1936 in Prag

Aufzeichnung¹

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Geheim I/III

Z. 34525/13

Prag, [17. Januar] 1936

Die erste Zusammenkunft mit dem tschechoslovakischen Ministerpräsidenten fand am 17. Januar 11 Uhr vormittags im Ministerratspräsidium statt.

Nach der Begrüssung und einigen allgemeinen Worten kam vorerst die Frage der *Handelsvertragsverhandlungen* zur Sprache, deren Fortsetzung und günstiger Ab-

¹ „Gesandter Marek hat seine Aufzeichnungen über die Gespräche des Herrn Bundeskanzlers mit Ministerpräsidenten Dr. Hodza, denen er persönlich beigewohnt hat, anher vorgelegt.“

schluss von beiden Seiten als wünschenswert und dringend bezeichnet wurden.

Dr. Hodža hält die s. Z. in Wien getroffenen Abmachungen mit dem ehemaligen Handelsminister Dostálek für ein Missverständnis. Herr Dostálek habe nie Konzessionen im Werte von 30 Mill. Schilling versprochen, da er sie nicht versprechen durfte und da er Unmögliches versprochen hätte. Wie dieses Missverständnis entstanden sei, wisse der Ministerpräsident nicht.

Der Bundeskanzler erläutert den österreichischen Standpunkt zu den Handelsvertragsverhandlungen, verweist auf das grosse Passivum Oesterreichs im beiderseitigen Handelsverkehr und erklärt, dass ohne ein greifbares und dem österreichischen Standpunkt Rechnung tragendes Entgegenkommen seitens der Tschechoslovakei ein neues Handelsübereinkommen nicht geschlossen werden könnte. Die beiden Regierungschefs vereinbarten die eheste Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Im Verlaufe des Gespräches bemerkte *Dr. Hodža*, dass es direkt seine Ambition sei, zur Lösung der mitteleuropäischen Frage, die ja auch in erster Linie eine wirtschaftliche sei, beizutragen. Er gehe vollständig einig mit dem Präsidenten der Republik *Dr. Beneš*, Differenzen zwischen diesem und ihm selbst, die es früher gegeben habe, bestünden nicht mehr.

Der Herr Präsident habe ihm von den Gesprächen mit dem Herrn österreichischen Aussenminister Baron Berger-Waldenegg in Genf Mitteilung gemacht, insbesondere von dem österreichischen Wunsch nach Gleichberechtigung, die nach der Ansicht Herrn *Dr. Beneš* im Rahmen eines Donaupaktes, einer assistance mutuelle etc. positiv gelöst werden könnte.

Dr. Hodža, der scheinbar politischen Abmachungen den Vorrang vor den wirtschaftlichen Verträgen geben möchte, stimmt schliesslich dem Standpunkt des Bundeskanzlers zu, dass vor allem wirtschaftlich reiner Tisch gemacht werden müsse. Es dürfen aber, meinte *Dr. Hodža* diese Verhandlungen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es gäbe innerhalb der tschechoslovakischen Industrie noch gewisse Widerstände und es werde da ein Machtwort notwendig sein. Bisher habe man auf der Grundlage von Präferenzen gehandelt, wozu die Tschechoslovakei schliesslich die Zustimmung gegeben habe. Dann hätten die Fachreferenten die Forderung auf gegenseitige Präferenzen aufgestellt und es sei immer wieder zu neuen Schwierigkeiten gekommen. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, wenn wir uns politisch und wirtschaftlich finden wollen. Fragen des gegenseitigen Zahlungsverkehres sollen die Nationalbanken unter einander bereinigen und der Bundeskanzler möge in Wien, genau so wie es *Dr. Hodža* in Prag tun wolle, auf die betreffenden Fachminister im Sinne eines Entgegenkommens

Das Original der Aufzeichnungen wurde dem H. Bundeskanzler zur allfälligen Ergänzung bzw. Richtigstellung unterbreitet. Aufgrund des entsprechend korrigierten Originals wurde der vorliegende Durchschlag h.a. richtiggestellt. Das Stück wurde auch von Herrn Gesandten *Dr. Wildner* eingesehen.“ Pro domo Gesandter *Wildner*, [Wien,] 31. 1. 1936 – AdR, NPA Tschechoslowakei/Geheim/ I/III, Z. 34525/13.

einwirken. Wenn sich die Fachressorts und die Fachmänner nicht zu einigen verstehen, müssen die Regierungschefs ein Machtwort sprechen.

Der Bundeskanzler und Dr. Hodža sind einig, die Handelsvertragsverhandlungen so bald als möglich beginnen zu lassen. Hierüber soll sich der österreichische Gesandte auf Grund der zu erwartenden Weisungen aus Wien, mit dem Chef der handelspolitischen Sektion im Aussenamt (Dr. Friedmann) ins Einvernehmen setzen.

Auf das politische Gebiet übergehend fragte der *Ministerpräsident*, wie weit der Bundeskanzler glaube, hier gehen zu können. Der Ministerpräsident kommt wieder auf den ablaufenden Schiedsvertrag zu sprechen, dessen Erneuerung und Ausweitung zu einem Freundschaftsvertrag bekanntlich auch einen Programmpunkt des Staatspräsidenten bildet.

1) *Der Bundeskanzler* erläutert in längeren Ausführungen seinen Standpunkt und erklärt, dass im Prinzip gegen eine Ausweitung unseres Schiedsvertrages nichts einzuwenden wäre und dass man über das Mass dieser Ausweitung verhandeln könne. Vorbedingung sei allerdings ein befriedigender Wirtschaftsvertrag.

2) *Der Bundeskanzler* fragt, wie sich der Ministerpräsident zu einem allfälligen *Kulturabkommen* stellen würde und *Doktor Hodža* greift diese Anregung mit besonderer Genugtuung auf. Er habe auf diesem Gebiete selbst gearbeitet, kenne sich in der Materie gut aus und er wäre dafür, dass man in dieser Hinsicht soweit als möglich geht.

3) *Der Bundeskanzler* bringt das Verhältnis der Tschechoslovakei zu *Ungarn* zur Sprache. Oesterreich habe nicht die Absicht, von seiner aussenpolitischen Linie abzuweichen und halte zu seinen bisherigen Freunden. Allerdings könne der Bundeskanzler dem Ministerpräsidenten die Versicherung geben, dass Oesterreich den ungarischen Revisionismus nicht mitmache und nicht mitmachen werde. Da unser Verhältnis zu Ungarn aber ein sehr gutes sei und, wenn man an Mitteleuropa denke, das Verhältnis der Tschechoslovakei zu Ungarn auch gut werden müsse, so könnte der Bundeskanzler seine guten Dienste der Tschechoslovakei in Bezug auf Ungarn anbieten. Von der Tschechoslovakei glaube er andererseits verlangen zu können, dass diese zum Abbau der Nervosität beitrage, die unleugbar bei den beiden anderen Staaten der Kleinen Entente herrsche. Von einem Eintritt Oesterreichs in die Kleine Entente könne allerdings nicht die Rede sein. Mit der Tschechoslovakei könnte sich Oesterreich aber bereit finden, sehr weitgehende Vereinbarungen zu treffen, die aber so abgestellt werden müssten, dass sie Ungarn nicht als gegen sich gerichtet auffassen könnte.

Ministerpräsident *Dr. Hodža* stimmt diesen Ausführungen zu. Oesterreich und die Tschechoslovakei haben viele gemeinsame und nahezu identische Interessen. In Bezug auf Berlin sind wir sozusagen in der gleichen Lage. *Dr. Hodža* würde aber keine Kombination vorschlagen wollen – und er denke auch gar nicht daran – die sich mit einer gewissen Impetuosität gegen Deutschland kehren sollte. Im Gegenteil, es sei seine alte Idee, auch mit Deutschland einen *Modus Vivendi* im

Donauraum zu finden. Er frage sich nur, wie das gemacht werden soll. Je näher wir uns kommen, je inniger wir im Donauraum zusammenarbeiten, desto mehr psychologische Möglichkeiten werden dafür vorhanden sein. Dr. Hodža würde nie mit Deutschland einen bilateralen Vertrag abschliessen, denn jeder solche Vertrag zwischen einem der kleinen mitteleuropäischen Staaten und der Grossmacht Deutschland müsste notgedrungen eine *societas leonina* sein und er bedauere in dieser Hinsicht Herrn Gömbös.

Herr Gömbös ist nicht der Nachbar Deutschlands, warf der Herr *Bundeskanzler* ein. Er will es aber werden, antwortete *Dr. Hodža*.

Ein Mitteleuropa neben Deutschland, fuhr der *Ministerpräsident* fort, wäre gleichzeitig eine gute Abwehr gegen den Nazismus. Was Ungarn anlange, so bedauere der Ministerpräsident dessen revisionistische Politik. Er sei ein Freund der Ungarn, mit denen er sehr gerne zusammenarbeiten möchte. Wenn man die Sache nüchtern betrachtet, so müsse man doch sagen, dass die Revision unmöglich sei. Momentan müsse man allerdings mit dieser ungarischen Mentalität rechnen und es bleibe nichts anderes übrig, als mit Geduld und Ausdauer zu warten, bis die Ungarn von selbst darauf kommen, dass ihre Politik nicht richtig ist. Wenn Oesterreich eine „Zwischenstation“ – nicht direkt den Vermittler – machen wolle, so wäre dies sehr dankenswert. Wien werde bestimmt eine solche Rolle spielen können und die Tschechoslovakei werde damit sehr einverstanden sein.

4) Was die vom Bundeskanzler erwähnte Nervosität in Belgrad und Bukarest anlangt, so wolle der Ministerpräsident sehr gerne dahin wirken, dass das Misstrauen, welches sich dort gegen die Geschehnisse und Möglichkeiten geltend macht, zerstreut werde. Dr. Hodža bittet ganz offen sprechen zu dürfen und stellt die Frage, ob Oesterreich gewillt sei, den status quo zu halten, oder etwas Neues mit Habsburg und Starhemberg zu machen. Dies seien die Besorgnisse. In Bukarest und besonders in Belgrad werde gegenwärtig eine gefährliche anonyme Propaganda betrieben. So werde zum Beispiel in Belgrad mit allem Nachdruck behauptet, Dr. Beneš habe mit der – er sage dies in Anführungszeichen – „Kaiserin Zita“ gesprochen. Von einer anderen Seite werde ausgestreut, Schuschnigg komme nach Prag, um ein Triangel Wien-Prag-Budapest in Vorschlag zu bringen und *via facti* Belgrad und Bukarest auf die Seite zu schieben. Man wolle also Belgrad gegen Beneš misstrauisch machen und man wolle gegen Hodža, den man noch nicht so gut kenne, Misstrauen säen, weil man annimmt, er sei austrophil. Dies sei allerdings wahr, er sei austrophil, aber doch nur in einem Grade, wie Schuschnigg tschechophil sein könne.

Diese und ähnliche Kuckuckseier seien schon früher in Belgrad und Bukarest gelegt worden. Die Befürchtungen, die man dort wirklich hege, seien folgende: Wien will versuchen, eine Lockerung der Kleinen Entente herbeizuführen. Zweitens: Man denkt an eine Restauration der Habsburger und drittens eine Reichsverweserschaft oder eine ähnliche Konstruktion mit Starhemberg soll der erste Schritt in dieser Richtung sein. Gegen alle diese Eventualitäten müsse man Stellung nehmen.

Hiezu möchte der Ministerpräsident folgendes erklären:

Die Kleine Entente steht fest, sie habe ihre Lebensfähigkeit bewiesen und nichts werde sie auseinander bringen. In Bezug auf die Restauration der Habsburger liegen die Beschlüsse von Bled vor, die gültig und für die drei Staaten der Kleinen Entente verbindlich sind. In Bezug auf die behaupteten Pläne des Fürsten Starhemberg habe Hodža in Belgrad erklärt, er glaube nicht, dass man sich in Wien in Abenteuer stürzen und sich Extratouren leisten werde. Dr. Beneš habe auch zur Beschwichtigung dieser Befürchtungen beigetragen, aber das Misstrauen richte sich nicht gegen Oesterreich und sein heutiges Regime. Es handle sich darum, ob der status quo gestört werden wird oder nicht.

In ihren vertragsmässigen Beziehungen zu Oesterreich könne die Tschechoslowakei sehr weit gehen, ohne dass dadurch der Bestand der Kleinen Entente berührt werden würde. Der aktuellste Vertrag, den der Ministerpräsident gerne abschliessen möchte, sei der neue, entsprechend auszubauende, Vergleichs- und Schiedsvertrag. In welcher Richtung dieser Ausbau und diese Vervollkommnung vor sich gehen soll, würden die Verhandlungen ergeben. Wenn es gleichzeitig zu einem *Kulturabkommen* auf möglichst breiter Grundlage kommen könnte, so wäre der Ministerpräsident sehr dafür.

Der *Bundeskanzler* reagiert sodann auf die vorstehenden Ausführungen Dr. Hodžas und versichert nochmals, dass es Oesterreich nicht beifalle, den Bestand der Kleinen Entente tangieren zu wollen. Was die Gerüchte um den Fürsten Starhemberg anlange, so werde sie dieser bei der am 19. Jänner in Aussicht genommenen Zusammenkunft der Amtswalter der Vaterländischen Front selbst richtig stellen. Fürst Starhemberg, der mit dem Bundeskanzler konform gehe, denke weder an eine Reichsverweserschaft noch etwa an die Begründung einer neuen Dynastie. Die Frage der Restauration der Habsburger sei in Oesterreich keineswegs aktuell. Der Bundeskanzler könne sich allerdings einen Fall denken, wo diese Eventualität aktuell werden könnte. Ehe es die heute verantwortlichen Männer zugeben würden, dass Oesterreich seine Selbständigkeit verliere und als achter Gau dem Dritten Reiche angegliedert werde, würden sie lieber den Weg der Restauration beschreiten, um die Unabhängigkeit ihres Landes zu erhalten. Es werde allerdings nicht an eine Wiederherstellung der alten Monarchie oder eines Kaiserreiches gedacht, sondern etwa an ein „Landesfürstentum Oesterreich“ in seinen heutigen Grenzen, in dieser Richtung also an keine Aenderung des status quo. Der Bundeskanzler wiederholt, dass diese Eventualität aber keinesfalls aktuell sei und nur dann eintreten würde, wenn sich Oesterreich in einem *Notstand* befände.

Dr. Hodža bittet um die Erlaubnis, den Prinzregenten Paul und König Carol über den Inhalt des Gespräches informieren zu dürfen.

Der *Bundeskanzler* ist einverstanden, wenn dies auf eine vertrauliche Weise geschieht und wenn nichts hierüber in die Presse kommt. Sollten vertrauliche Ausführungen des Bundeskanzlers in der Presse erscheinen, würde er sie glatt dementieren.

5) Ministerpräsident *Dr. Hodža* erzählt dann von seinem Verhältnis zu Erzherzog Franz Ferdinand, den er für den grössten Staatsmann, den die Habsburger hatten, hält. Er sei bereit gewesen, mit Franz Ferdinand durch Dick und Dünn zu gehen und er hätte diesen Habsburger nie verlassen. Wie die Sachen aber heute liegen, glaube der Ministerpräsident nicht, dass die Rettung Oesterreichs von den Habsburgern kommen könne. Eine feste Einfügung Oesterreichs in das mitteleuropäische System bietet nach Ansicht Hodžas die einzige Sicherheit für uns. Oesterreich ohne Habsburger werde auf der Welt nur Freunde haben, der Versuch einer Restauration würde aber alle Feinde Habsburgs rallieren und gegen Oesterreich mobilisieren.

Die Konferenz musste hier unterbrochen und die Fortsetzung für den Abend anberaumt werden.

Fortsetzung der Unterredung am 17. Jänner 6 Uhr abends.

Ministerpräsident *Dr. Hodža* knüpft an seine Ausführungen am Vormittag an und bemerkt, dass sich die Beschlussfassung von Bled auf alle Sorten von Restauration bezieht. Die Beschlüsse von Bled seien für die Staaten der Kleinen Entente verbindlich und man werde sich immer darauf berufen. *Dr. Hodža* rekapitulierte, was der Bundeskanzler vormittag über die mögliche Eventualität eines Fürstentums Oesterreich gesagt hatte und wiederholt die diesem Gedanken vom Herrn Bundeskanzler gegebene Formulierung: Die Frage der Restauration ist in Oesterreich nicht aktuell, es könnte sich aber in der Zukunft einmal ein *Notstandsfall* ergeben, wo man dazu schreiten könnte. Wenn man das aber in Oesterreich machen würde, so würde es so geschehen, dass die Ruhe in den Nachbarstaaten nicht gestört und dass sich dagegen kein berechtigter Widerstand äussern würde.

Dr. Hodža will die Herren Titulescu und Stojadinović über dieses Gespräch informieren, wozu der Herr *Bundeskanzler* unter der Bedingung seine Zustimmung gibt, es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Sache in Diskussion steht.

Der *Bundeskanzler* geht dann auf die Einwürfe und Bedenken *Dr. Hodžas* näher ein und erklärt, dass alle ernst denkenden Menschen in Oesterreich den Begriff einer „Restauration“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes ablehnen. Es liege uns nicht an der Wiederherstellung des alten status quo. Niemand denke daran. Der Bundeskanzler würde den Gedanken so formulieren: Neuetaблиerung ohne Rechtskontinuität einer gewesenen Staatsform. Der Bundeskanzler will es nicht leugnen, dass er für seine Person die Monarchie gerne sehen würde, er lehne aber den Legitimus ab. Wie man es machen soll, sei eine *quaestio facti*.

[...]

Vielleicht am ehesten eine einfache Erbfolge von früher, aber wie gesagt keine „Restauration“. Doch auch dies sei jetzt nicht auf dem Horizonte zu sehen. Die Dinge, die sich in Berlin abspielen, verfolgen wir mit grosser Besorgnis. Staatspräsident

Dr. Beneš sei in dieser Hinsicht jetzt eher optimistisch und er glaube, dass die Gefahrenquelle des letzten Jahres mehr ausgeschaltet ist. Dies könne sich aber immer wieder ändern, der Expansionsdrang im Dritten Reiche sei nicht zu übersehen, die mit der grössten Intensität betriebene Aufrüstung werde einmal ein Ventil brauchen und sie werde sich voraussichtlich in der Richtung des schwächsten Widerstandes Luft machen. Ein Unterwerfen kommt aber für uns nicht in Frage und wir wären in diesem Falle allerdings gezwungen, entsprechende Vorsorge zu treffen. Jede deutsche Erklärung über ein Desinteressement an Oesterreich ist vergeblich und es ist ihr nicht zu glauben. Bei den im Reich herrschenden Leitsätzen, man dürfe in der Politik alles sagen und müsse nichts halten, sei es nur zu begreiflich, wenn man in Oesterreich allen Versicherungen aus Berlin gegenüber misstrauisch ist.

Dr. Hodža will eine persönliche und eine politische Bemerkung machen. Wenn wir Otto von Habsburg auch nur als Fürsten ins Land nehmen, so würde man dies dennoch überall als eine Art von Restauration betrachten. Auf der anderen Seite sei aber der Ministerpräsident auch der Meinung, dass Oesterreich der Personifizierung einer staatlichen Autorität bedarf. Er könne nicht beurteilen, ob dieser Bedarf durch einen Bundespräsidenten erschöpft ist. Vielleicht sei in Oesterreich der Republikanismus nicht so verankert wie in der Tschechoslovakei. *Dr. Hodža* fragt, ob es in Oesterreich keine andere monarchische Lösung gäbe?

Der *Bundeskanzler* erwiderte, dass Oesterreich keinen solchen Mann hatte, wie es Masaryk mit seiner unbestrittenen Autorität für die Tschechoslovakei gewesen sei. Man könnte sich ganz gut vorstellen, dass Präsident Masaryk hätte Wahlkönig sein können. In Oesterreich sei der Bedarf nach einem Symbol vorhanden. Den Ungarn genüge in dieser Hinsicht die Stephanskronen. Bei uns komme eine Reichsverweserschaft nicht in Frage. Eine andere Form der Monarchie als jene mit dem Erbfolger der letzten Landesfürsten (!) würde uns zerreißen, wir hätten nicht das, was wir brauchen, wir hätten keine Ruhe. Am Lande, nicht in Regierungskreisen, sondern im Volke, werde viel über die Monarchie gesprochen und es gäbe Schichten, die von der Monarchie das Wunder erwarten und dass sich dann viele Differenzen leichter austragen liessen. Der *Bundeskanzler* gibt dann eine historische Uebersicht darüber, wieso es zur Abschaffung der alten Demokratie in Oesterreich gekommen sei, wo namhafte Parteien nur zentrifugale und staatsverneinende Tendenzen aufzuweisen hatten. Es sei zum Versuch einer ständischen Demokratie gekommen, ob dieser Versuch glücken wird, wisse man noch nicht. Das Eine sei festzuhalten, dass wir keine Experimente machen wollen und mit den Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben wollen.

Dr. Hodža glaubt konstatieren zu sollen, dass alle diese Erwägungen eine Ursache haben und zwar Berlin. Er persönlich sei kein Gegner einer deutschfreundlichen Politik. Um des Friedens willen müsste man eventuell auch ein sacrificium intellecti machen, wenn dieses dem Frieden dienen würde. Die Tschechoslovakei habe ja auch mit Moskau einen Vertrag geschlossen, obzwar ihr jeder Kommunismus und Bolschewismus fern liegt. Er glaube, dass sich einmal eine Situation ergeben

könnte, wo man mit Deutschland werde sprechen müssen. Ob mit Hitler, oder mit den Generälen, die eines Tages Hitler nicht mehr brauchen werden, wisse er nicht. Er möchte aber unbedingt eine *societas leonina* vermeiden. Als ein organisiertes Mitteleuropa könnten wir sehr gut mit Deutschland in ganz konkrete Verhandlungen treten und wir sollten dies vorbereiten. Oesterreich und die Tschechoslovakei können mit Deutschland keine bilateralen Verträge wagen. Polen habe es gemacht und es werde zurücktanzen und froh sein, wenn es werde zurücktanzen können. Dr. Hodža wiederholt nochmals seine These, dass sich ein regionaler Block in Mitteleuropa organisieren und als solcher mit Deutschland verständigen sollte. „Natürlich mit einem Deutschland, das nicht innerlich überheizt ist und überzugehen droht.“ Diese Bemerkung sei wichtig, weil der Ministerpräsident auch aus diesem Gesichtspunkte an ein eventuelles Habsburger Fürstentum denken könnte. Jetzt würde es Berlin spielend gelingen, gegen eine solche Konzeption Alles zu mobilisieren. Die Habsburger mögen da und dort im Westen Freunde haben, doch diese werden sich nie exponieren, die Gegner dieser Konzeption werden sich aber ja exponieren. Das sei ein Spiel mit ungleichen Kräften.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dass ihm diese Argumentation nicht neu sei. In Berlin herrsche eine furchtbare Sorge, dass man in Wien die Habsburger wieder einsetzen könnte. Man wolle von Oesterreich und dem Bundeskanzler, dass man eine Bewegung nach dieser Richtung unterdrücke und auf die Wiedereinsetzung der Habsburger in Oesterreich für alle Zukunft verzichte. Derartige Bindungen werde die Regierung nicht eingehen, man dürfe übrigens nicht vergessen, dass die Bewegung grosse Kreise der Bevölkerung zusammenhalte.

Dr. Hodža fragt, was denn die Ungarn dazu sagen. Sie sind unglücklich, antwortet der *Bundeskanzler*, verlangen aber keine Erklärung von uns. Die Ungarn, die sich nicht nach Berlin orientieren, sind für eine Monarchie in Oesterreich zu haben. Aber auch sie betrachten die Sache als nicht aktuell.

Dr. Hodža: „Ich spreche soviel darüber, weil Belgrad und Bukarest beunruhigt sind und mich fragen werden. Ich werde sagen, dass wir darüber gesprochen haben und ich werde der exacte Dolmetsch dessen sein.“ In Belgrad speziell, fährt der Ministerpräsident fort, werde eine Unmenge von Gerüchten gezüchtet und man erwarte dort eine Erklärung des tschechoslovakischen Ministerpräsidenten.

6) Was *Italien* anbelangt, so möchte Dr. Hodža nicht den Eindruck erwecken, dass die Tschechoslovakei eine momentane üble Situation Italiens dazu benutzen wolle, um die Position Italiens im Donauraum anzugreifen. Es gebe in der Tschechoslovakei Antipathien gegen Mussolini, andererseits bestehe aber auch das Bestreben, gute Beziehungen mit ihm zu unterhalten. Italien bleibe Italien und werde immer sein Interesse an Mitteleuropa haben. Aus diesem Grunde möchte der Ministerpräsident die Formulierung aufstellen, *Annäherung der Staaten des römischen Paktes an die Kleine Entente*.

Das Angebot des Bundeskanzlers freundschaftlicher guter Dienste könne einmal aktuell werden und Dr. Hodža bittet daher, dabei zu bleiben.

Wirtschaftlich schalte der Ministerpräsident als Slowake und Agrarier alle Empfindlichkeiten gegenüber Ungarn aus. Die Ungarn werden eines schönen Tages doch darauf kommen, dass sie sich aus ihrer Romantik befreien müssen und dass sie Realpolitiker werden sollen. Ob das schon mit Herrn Gömbös möglich sein werde, sei eine andere Frage. Er und auch Dr. Beneš stelle sich zu diesem Problem positiv ein. „Wir wollen auch mit Budapest zusammenarbeiten, natürlich aber keine hoffnungslosen Versuche machen. Wenn Sie dabei mittun wollen, umso besser.“

Der *Bundeskanzler* stellt fest, dass die Tschechoslovakei und Ungarn für uns interessanter sind, als zum Beispiel Jugoslawien und dass diese Länder daher für uns innerhalb der mitteleuropäischen Konzeption von besonderer Wichtigkeit sind. Der *Bundeskanzler* rekapitulierte, es seien erstens die Wirtschaftsvereinbarungen ehest möglich unter Dach zu bringen und zweitens der Arbitragevertrag auszuweiten und Andere möglichst beizuziehen. All das dürfe keine Spitze gegen Dritte, auch nicht gegen Deutschland, haben. Es handle sich lediglich um eine Selbsthilfeaktion.

7) *Dr. Hodža* stimmt zu und fragt zum Schluss, ob Oesterreich Arbitrageverträge mit Jugoslawien und Rumänien besitze, bzw. ob es sich gegen solche Verträge stellen würde.

Der *Bundeskanzler* verneint und bemerkt, dass bisher kein Anlass vorgelegen sei, derartige Verträge zu schliessen. Man könnte es aber gewiss tun. Der *Ministerpräsident* dankt dem *Bundeskanzler* für seine Aufklärungen und gibt seiner grossen Genugtuung und Freude Ausdruck, dass es ihm vergönnt war, mit dem österreichischen Regierungschef so ausführlich zu konferieren. Er sei überzeugt, dass diese Besprechung gute Früchte tragen werde.

8) Es wird vereinbart, dass *Dr. Hodža* den Besuch des Herrn *Bundeskanzlers* in der zweiten Februarhälfte in Wien erwidern werde und zwar nicht im Rahmen eines Vortrages, den abzuhalten er von vielen Seiten ersucht wurde.

[...]

9) Schliesslich wurden noch einige laufende Ressortangelegenheiten besprochen, unter anderem das vertragswidrige Vorgehen tschechoslovakischer Regierungsstellen gegen die Firma *Kniže & Co.* Und das österreichische Ersuchen nach Herausgabe des im Museum verwahrten alten Prager Radetzky-Monuments für Linz. Ueber beide Dinge erbat sich der Ministerpräsident nähere Daten vom österreichischen Gesandten, mit dem er darüber verhandeln wolle.

10) In der vom Herrn *Bundeskanzler* aufgeworfenen Frage der Entschädigung der Söhne nach Erzherzog Franz Ferdinand wegen der Wegnahme von Konopischt und Chlumec erklärte der Ministerpräsident, dass er in dieser Sache nicht kleinlich sein wolle. Herzog Max Hohenberg habe ihm geschrieben, die Antwort werde allerdings auf Grund der bestehenden Gesetze ablehnend sein müssen. Das habe aber nichts zu sagen. Der Ministerpräsident glaube versprechen zu können, dass gewisse persönliche Sachen wie Möbel, Kleider etc. ausgefolgt werden. Mit einer

finanziellen Entschädigung sei es allerdings eine sehr schwere Sache, aber auch da werde man sehen, ob und was sich machen lässt.

11) Seinerseits brachte Dr. Hodža die Frage der Aufwertung der in tschechoslovakischen Besitze befindlichen Prioritäten der ehemaligen Kaiser Ferdinand-Nordbahn zur Sprache. Der Herr Bundeskanzler will sich in Wien über die Angelegenheit referieren lassen, glaubt aber sagen zu müssen, dass diesem Wunsche im Hinblick auf die finanzielle Seite der Frage und ihren prinzipiellen Charakter schwerlich werde Rechnung getragen werden können.

Hierauf wurde das durch die Amtlichen Nachrichtenbureaus veröffentlichte Kommuniqué stilisiert und die Besprechung um 7 Uhr 55 abends beendet.

1578

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Hoffinger (Warschau)

Erlass

AdR
Gesandtschaft Warschau
Z. 34468/13

Wien, 20. Jänner 1936

Bereits die seinerzeitige Ankündigung eines Vortrages in Prag, den der Herr Bundeskanzler auf Einladung des Verbandes der tschechoslovakischen Industriellen ursprünglich Mitte Dezember v. J. über ein wirtschaftliches Thema halten sollte, hat in einem Teil der Auslandspresse, insbesondere in den Oesterreich aus weltanschaulichen oder politischen Gründen missgünstig gesinnten Organen eine Flut sinnloser Kombinationen und Gerüchte losbrechen lassen, die in den letzten Tagen vor der am 16. d. M. erfolgten Prager Reise des Herrn Bundeskanzlers den Höhepunkt erreicht hat. Es erübrigt sich, hier auf diese Hirngespinnste einer krankhaften Sensationslust einzugehen, da sie ihnen ja grösstenteils aus der Wiedergabe in der Ihnen zugänglichen Presse bekannt sein dürften.

Zur Regelung Ihrer Sprache beehre ich mich jedoch bezüglich der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Prag und der Gespräche, die er dortselbst mit tschechoslovakischen Faktoren geführt hat, folgende Feststellungen zu machen:

Die Reise des Herrn Bundeskanzlers verfolgte *ausschliesslich* handelspolitische Zwecke. Ergebnisse sind daher auch nur auf diesem Gebiete angestrebt und tatsächlich auch erzielt worden. Selbstverständlich bot das Zusammentreffen mit den leitenden Persönlichkeiten der Nachbarrepublik dem Herrn Bundeskanzler Gelegenheit zu Aussprachen über die allgemeine Lage, die jedoch über einen *all-*

gemeinen tour d'horizon nicht hinausgingen. Namentlich wurden in diesen Gesprächen von keiner Seite irgendwelche Bedingungen politischer Natur besprochen, geschweige denn eingegangen. Alle gegenteiligen Behauptungen und Vermutungen entsprechen nicht der Wahrheit; insbesondere sind die seit Wochen in der reichsdeutschen Presse und Öffentlichkeit geflissentlich verbreiteten „Nachrichten“ und Prophezeiungen über eine angebliche „Aenderung des aussenpolitischen Kurses“ der Bundesregierung jeder Grundlage entbehrende Erfindungen. Diesbezüglich darf ich Sie auch auf das dem hiesigen Vertreter der „Times“ vom Herrn Bundeskanzler gegebene Interview verweisen, das am 14. d. M. in der österreichischen Presse wiedergegeben wurde.

1579

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 35/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 34700/13

Prag, 24. Jänner 1936

Der Ministerpräsident Dr. Hodža hat einen kleinen ausgewählten Kreis politischer Redakteure über die inner- und aussenpolitische Situation informiert. Zum Besuche des Herrn Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in Prag machte der Premier nachfolgende Mitteilungen, die nur zum geringsten Teil in der Presse zitiert werden durften:

„Es ist unrichtig, in dem Besuch des österreichischen Regierungschefs irgendwelche politische Pikanterien zu suchen. Wir haben andere Sorgen in Europa, es ging bei dem Besuche darum, dass wir uns bewusst werden, wie notwendig es ist die wirtschaftlichen Interessen einander zu nähern. Es geht um zwei Dinge: um eine Annäherung in politischer Hinsicht und um eine solche in wirtschaftlicher. Es gibt keine Wirtschaftspolitik, die nicht ihre politischen Voraussetzungen hätte, es gibt keine Politik, die nicht ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen benötigt. Fördern wir die wirtschaftlichen Beziehungen, dann beseitigen wir die Hemmungen, die einer politischen Verständigung im Wege stehen. Wir alle leben in einer ausserordentlichen Situation. Die Interesseneinigung der europäischen Staaten ist möglich. Die bestehenden mitteleuropäischen Interessenbildungen mit Ausschluss Polens sind folgende: Balkan Entente, Kleine Entente und Staaten des römischen Paktes. Wenn man eine mitteleuropäische Einigung herbeiführen will, so muss man dort beginnen, wo die Schwerpunkte bereits vorhanden sind. Beginnen wir also mit der wirtschaftlichen Einigung der Staaten der Kleinen Entente und jener

des römischen Paktes als Programm für 1936. Die Angelegenheit ist nicht einfach, weil es sich auch um politische Momente hiebei handelt. Niemand in Mitteleuropa will eine Aktion *gegen* Berlin unternehmen. Sub specie futuri müssen wir eine Zusammenarbeit der kleinen mitteleuropäischen Staaten ins Auge fassen, damit dieses Mitteleuropa und *nur dieses* sich dann mit Berlin verständigen kann. Der Weg nach Berlin darf und wird dann über Mitteleuropa gehen.

Soweit es um Rom geht, wäre es ein naiver und törichter Versuch das Verhältnis Oesterreichs zu Italien trüben zu wollen. Das, was wir zusammen mit dem österreichischen Regierungschef machen wollen, auf Grund der Prager Besprechungen, soll keine Spitze gegen Italien sein, da wir ja die Staaten des römischen Paktes mit denen der Kleinen Entente zusammenbringen wollen.“

Der Premierminister appellierte dann in geradezu feierlicher Form an die Anwesenden bei der publizistischen Erörterung der politischen Probleme aus diesen Erwägungen heraus, jegliche Aufrollung der Habsburgerfrage zu unterlassen. Er könne versichern, dass diese Frage nicht aktuell sei, auch wenn einmal jemand von „Kaiser“ Otto spräche oder die Tiroler Otto von Habsburg als netten jungen Mann bezeichneten. Wir müssen grossmütig genug sein Traditionen anderer zu achten, wie wir selbst unsere Traditionen geachtet wissen wollen. So lange keine aktuelle Gefahr besteht, dürfen wir in diesen Traditionen keine Angriffe sehen.

1580

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 31/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 35119/13

Rom, 5. Februar 1936

Eingangs des Gespräches, das ich eben mit dem Herrn Unterstaatssekretär hatte, wiederholte ich ihm in Entsprechung des hohen Erlasses vom 24. v. M. Zl. 34.598/13¹ den Dank Herrn Bundesministers, den ich ihm bereits sofort nach Erhalt des Erlasses durch seinen Sekretär hatte übermitteln lassen. Herr Suvich erwiderte, er freue sich wirklich sehr, Herrn Bundesminister demnächst sehen und sprechen zu können.

Wir kamen dann auf die Zeitungsnachrichten über die verschiedenen Konversationen in London und Paris zu sprechen und ich fragte den Herrn Unterstaatssekre-

¹ Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Vollgruber (Rom). Erlass, Wien 24.1.1936 – AdR, NPA Italien/Geheim I/III, Z.34598/13.

tär, ob er irgendwelche uns betreffende Informationen erhalten habe. Er meinte, bei der Idee, Russland als Garanten in Mitteleuropa heranzuziehen, scheine es sich um eine „Titulescuiade“ zu handeln, auf die Herr Bundesminister in dem Interview bereits gebührend reagiert hätten.

Der Herr Vizekanzler habe scheinbar in Paris, was die Fortsetzung von Verhandlungen über den Donauplan anlange, günstige Dispositionen gezeigt. Nicht verständlich, bezw. unwahrscheinlich erscheine ihm (Suvich), dass der Herr Vizekanzler, wie eine Meldung besage, in Paris unsere Bereitwilligkeit erklärt hätte, mit den Staaten der Kleinen Entente ein Abkommen zu schliessen, demzufolge sich die teilnehmenden Staaten verpflichteten, ihre Regierungsform nicht ohne Zustimmung der anderen Vertragspartner zu ändern. Ich meinte, der Herr Unterstaatssekretär kenne doch unseren Standpunkt, es dürfte sich wohl um eine missverständene Aeusserung des Herrn Vizekanzlers handeln.

Ich fragte Herrn Suvich dann, wie man hier jetzt die Frage der Wahrscheinlichkeit der Verhängung des Petroleumembargos beurteile. Er erwiderte, er könne mir nur seine persönliche Ansicht mitteilen, die dahin gehe, dass eine Verschärfung der Sanktionen unwahrscheinlich sei. Dies sei aber, er müsse es ausdrücklich betonen, seine rein persönliche Meinung. Eine einheitliche Meinung in dieser Sache gebe es hier nicht und viele hätten seiner optimistischen Auffassung ganz entgegengesetzte Ansichten.

Ueber eine Frage meinerseits erklärte der Herr Unterstaatssekretär dann, dass der Besuch, den Sir Eric Drummond vor wenigen Tagen dem Herrn Regierungschef abgestattet hat, ein reiner Höflichkeitsbesuch gewesen sei. Der Herr Botschafter habe Herrn Mussolini für die Anteilnahme anlässlich des Ablebens Königs George gedankt, die Sache, die alle interessiere, sei gar nicht zur Sprache gekommen. Wir befänden uns noch immer in einer Art „stagnazione“. Auch was Herr Grandi persönlich berichtet habe, besage nichts Neues. In der Form scheine Herr Eden jetzt eher ein „andante“ einzulegen. Ob das irgendetwas mit dem Meritum der Sache zu tun habe, darüber könne man wohl berechnete Zweifel hegen.

Ich erkundigte mich schliesslich, ob der Herr deutsche Botschafter, der kürzlich nach seiner Rückkehr aus Deutschland von dem Herrn Regierungschef empfangen worden sei, irgendwelche Eröffnungen gemacht habe. Der Herr Unterstaatssekretär meinte, Herr von Hassell hätte eigentlich nichts Neues zu erzählen gewusst. Er habe nur wieder erklärt, dass man in Deutschland an den Anschluss auch nicht im Entferntesten denke, dass man einen Strich mache unter das, was gewesen sei und eine neue Politik machen wolle. Als man ihm erwidert hätte, das wäre schön und gut, aber die Reichsregierung solle einmal eine solche Erklärung öffentlich und offiziell abgeben, hätte er erwidert, dass dies aus inneren Gründen, wegen der Partei nicht möglich sei. Ich solle ihm sagen, was ich davon hielte, sagte der Herr Unterstaatssekretär, ob ich glaube, dass mit diesem Deutschland etwas zu machen sei. Ich antwortete, ich glaube, dass mit diesem Deutschland nichts zu machen sei, er sehe es ja selbst; ich glaube übrigens, dass nicht nur für uns, sondern auch,

dass für Italien nichts mit diesem Deutschland zu machen sei. Darauf meinte Herr Suvich, Italien wolle auch gar nichts mit Deutschland machen. Es habe nur die Beziehungen und die Lage klären wollen. Er wäre mir sehr dankbar, wenn ich dies ausdrücklich in Wien betonte. Wenn man hier eine Klärung versucht habe, so sei für diesen Versuch auch immer mit die Ueberlegung massgebend gewesen, dass auch für uns ein geklärtes Verhältnis zwischen Italien und Deutschland besser sei, als ein ungeklärtes. Ich erwiderte, dass ich seinem Wunsche gerne nachkäme und auch seine Ansicht teilte, dass auch für uns ein klares Verhältnis zwischen Italien und Deutschland vorteilhafter wäre, und zwar deshalb, weil wir wuessten, dass wir uns auf alle Fälle auf Italien verlassen könnten.

1581

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass (vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 35300/13

Wien, 14. Februar 1936

Die im Zusammenhange mit den Trauerfeierlichkeiten in London wie insbesondere auch in Paris kürzlich abgeführten diplomatischen Besprechungen einzelner Souveräne und Staatsmänner haben einen Grossteil der internationalen Presse – wohl nicht ohne Zutun gewisser besonders interessierter Akteure – zu phantastischen Kombinationen hinsichtlich der künftigen Entwicklung des mitteleuropäischen Problems veranlasst.

Es hat sich mittlerweile eindeutig herausgestellt, dass es sich hier um keineswegs seriöse Versuche einzelner Staatsmänner (u. a. Herr Titulescu und Herr Litwinow) gehandelt hat, den Komplex der auf Mittel- und Osteuropa bezüglichen Fragen neuerlich aufzurollen und im Sinne ihrer Sonderinteressen zu beeinflussen. Diese Versuche können bestimmt als missglückt angesehen werden. Sowohl die englische als auch die französische Regierung bezeichnen übereinstimmend die in jüngster Zeit abgeführten internationalen Konversationen als rein informativer Natur und in keiner Weise geeignet, die allgemeine politische Lage irgendwie zu ändern.

Was die Stellungnahme Oesterreichs zu all diesen Kombinationen anbelangt, so kann nur neuerlich wiederholt werden, dass in den bewährten Grundlinien der österreichischen Aussenpolitik keinerlei Aenderung eingetreten ist noch eintreten wird und dass Oesterreich nach wie vor an den Römer Protokollen vom Jahre 1934 als der Grundlage seiner Aussenpolitik in wirtschaftlicher wie politischer

Hinsicht festhält. Hieraus geht zwangsläufig hervor, dass Oesterreich selbstverständlich nur auf dieser Grundlage zu einer etwa von irgendeiner Seite anzuregenden neuerlichen Wiederaufnahme der Besprechungen über eine politische oder wirtschaftliche Regelung des mitteleuropäischen Fragenkomplexes bereit ist. Ich beehre mich Ihnen Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache mitzuteilen.

1582

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit italienischem Unterstaatssekretär Suvich am 18. Februar 1936 in Florenz

Gesprächsskizze¹

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 35733/13

o. O., o. D.

Bemerkungen zu inliegender Skizze über die Unterredung in Florenz.

ad 8): Ich habe den Herrn Bundesminister befragt, worin der angedeutete, vom H. Vizekanzler Papen gegenüber vorgebrachte „Plan“ bestehe. Der H. BM. skizzierte die Idee in dem Sinne, dass dem H. VK. eine Bereinigung unserer Beziehungen mit Deutschland auf direktem Wege überhaupt nicht möglich erscheine und er daher mit dem Gedanken umgehe, in irgendeiner Weise Italien einzuschalten. Nach Auffassung des H. VK. würde es am ehesten zu einem Ziele führen, wenn im Beisein oder mit Vermittlung Italiens sich einmal Berlin und Wien über die grossen Linien der künftigen Politik beider Länder aussprechen und erst nach erzielter Einigung hierüber die heutigen kleinen Streitigkeiten abbauen. Dieser Gedankengang erscheint, wie aus der Aufzeichnung des H. BM. hervorgeht, H. Suvich noch nicht durchführbar.

ad 9): erklärte der H. BM. mündlich, dass ihm der türkische Aussenminister die „geniale Idee“ entwickelt habe, die Kl. Entente und die Balkan-Entente irgendwie in die Flottenkonferenz von London einzuschalten, wodurch, dem wenig taktvollen Ausspruch Dr. Aras' zufolge, „ja so gut wie alle Staaten Europas vertreten wären“. Der H. BM. hat Dr. Aras hierauf erwidert, dass Aras anscheinend weder

¹ „Der H.BM. hat die inliegende schlagwortartige Skizze über seine Unterredung mit H. Suvich verfasst und dem H.BK. sowie dem H.VK. zur Kenntnis gebracht. Eine Information unserer Gesandten über diese Zusammenkunft dürfte sich erübrigen, da sie sich ja auf eine allgemeine Erörterung der Lage und unsere speziellen Beziehungen zu Italien beschränkt hat“. Pro domo Gesandter Hornbostel, Wien 26.2.1936 – AdR, NPA Italien/Geheim I/III, Z.35733/13.

an Oesterreich noch an Ungarn denke und ihm diese Idee durchaus phantastisch erscheine. Auch H. Suvich scheint sohin dieser Auffassung zu sein.

1. *Abessinien.*

Bedeutung des letzten Sieges: Langsames und sicheres Vordringen. Regenperiode kein Hindernis laut Angabe der Techniker. Hoffnung Italiens, dass im Laufe des Sommers die Anderen mit Anerbieten wieder kommen werden. Selbstverständlich gilt seinerzeitiges Anerbieten im Rahmen des Plan Hoares derzeit als zu gering, zumal darin keine Möglichkeit für zukünftige Entwicklungen erblickt werden kann. Informationen des Palazzo Chigi durch Missionen lauten dahin, dass an keiner massgebenden Stelle der Wunsch besteht, die Sanktionen zu verschärfen oder es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Immerhin rechnet Duce auch noch mit diesen Möglichkeiten.

2. *Reise des Bundeskanzlers nach Prag.*

Aufklärungen mit Dank zur Kenntnis genommen. Italien hat zwar stets das Vertrauen beibehalten. Immerhin Sprache der tschechischen Presse geeignet, Misstrauen zu erwecken.

3. *Reise Starhemberg's nach London und Paris.*

Details aus der Berichterstattung Preziosis nicht gut zu verstehen. Daher Dank für erhaltene Aufklärung.

4. *Habsburg.*

Italien vertritt allen Mächten gegenüber den Standpunkt, dass diese Angelegenheit eine rein innerösterreichische ist und lässt uns auch vollkommen freie Hand. Immerhin zufrieden, dass wir selbst derzeit die Angelegenheit als nicht aktuell betrachten. Italien ist sehr unsicher, dass Restauration gewissermassen letztes Rettungsmittel gegenüber Anschluss darstelle.

5. *Reisen.*

Nachricht über Vortrag Winkhlers in Wien, Kommen Hodžas, Reise Starhembergs nach Rom, Reise Schuschnigg-Berger nach Budapest mit Dank und Interesse zur Kenntnis genommen.

6. *Deutschland.*

Presseabkommen zwischen Deutschland und Italien beiderseits ziemlich gut eingehalten. Wunsch Mussolinis war, klar zu sehen, daher in letzter Zeit wiederholt Sondierung in Deutschland vorgenommen. Resultat unbefriedigend. Derzeit Deutschland noch in keiner Weise verhandlungsreif.

7. *Kleine Entente.*

Tschechoslowakei immer mehr isoliert. Versucht sich an Oesterreich anzuhängen und von den Sympathien für Oesterreich zu profitieren. Wirtschaftliche Abkommen Oesterreichs mit der Tschechoslowakei seitens Italiens sehr begrüsst. In politischer Hinsicht teilt Suvich vollkommen meine Meinung, dass politische Gestaltung im Donauraum vorteilhaft für Oesterreich nur über Jugoslawien gehen könnte. Auch Eingliederung Ungarns kann nie über Prag, sondern nur via Belgrad erfolgen. Auch Italien bemüht sich, mit Jugoslawien

zu irgendeinem Benehmen zu kommen. Wirtschaftlich trotz Sanktionen bereits im Gespräch. Suvich beurteilt die Lage von Stojadinović selbst hoffnungslos. Auch Königin-Witwe intriguiert sehr stark gegen Stojadinović.

8. *Plan Starhemberg.*

Gespräch mit Papen interessant und richtig. Im Hinblick auf die derzeitige politische Lage in Deutschland Plan nicht aussichtsreich.

9. *Plan Rüstü-Arras [Rüstü-Aras]:*

Flottenkonferenz auszubauen zu internationaler Konferenz, wobei ausser Grosstaaten noch skandinavische Staaten, Kleine Entente und Balkanentente einen Observer haben sollen. Suvich hält meine strikte Ablehnung für vollkommen richtig und diesen Plan Rüstü's neben Genf noch ein zweites Tribunal zu konstruieren, für ungemein gefährlich.

10. *Südtirol.*

Entgegenkommen in Schulfrage wird nächstes Jahr noch ausgedehnt werden; ebenso sagte mir Suvich jedes nur mögliche von uns gewünschte Entgegenkommen in Südtirol zu.

11. *Grösster Erfolg.*

Suvich versprach mir besonders für die Cortaggia (Kurtatsch) eine vom Staat garantierte Subvention von ca. 20.000 Lire durch 20 Jahre hindurch, um die ganzen Weinbesitzer, insbesondere Widmann zu rangieren.

12. *Holzabkommen.*

Günstig erledigt. (Siehe Bericht Schüllers.)

13. *Alpine.*

Sichere Zusage Suvich', Bestellungen nicht abreißen zu lassen, sondern im bisherigen Umfange weiter zu tätigen.

14. *Jugoslavien.*

Grosse Besorgnisse auch in Italien hinsichtlich Fäden Berlin-Beograd, Hoffnung baldiges Ende Stojadinović'. Papables: Jeftić und Zivković, beide nicht nach Berlin orientiert.

15. *Polen.*

Klare Umkehr. Abwendung von Deutschland. Befestigung der französischen Freundschaft.

16. *Italien-Oesterreich.*

Suvich wiederholte dreimal im Verlaufe der Konversation, er lege grössten Wert darauf, mich zu versichern, dass sich in den freundschaftlichen und aufrichtigen Gefühlen Italiens gegenüber Oesterreichs nicht das Geringste geändert habe. Wenn Italien in der letzten Zeit Demonstrationen dieser Freundschaft nach aussen hin vermieden hat, so sei dies in Oesterreichs Interesse geschehen. Er möchte auch besonders betonen, dass die Freundschaft Italiens auch in der Anschlussfrage eine absolut unveränderte sei. Für Italien gebe es keine Regelung des Verhältnisses mit Deutschland ohne eine Garantie der Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs. Wir könnten uns in jeder Hinsicht auf Italien

verlassen. Italien denke auch gar nicht daran, sich irgendwie an europäischen, speziell an Donaufällen zu desinteressieren; es hätte auch jede Macht dazu, da abessinischer Krieg die Entwicklung seiner militärischen Kraft in keiner Weise behindert. Sei dieser Krieg beendet, so werde sich Italien sofort wieder in aktiver Weise an der Lösung aller europäischer Probleme beteiligen.

17. *Ungarn.*

Suvich fragt mich, ob ich so wie er den Eindruck einer Schwächung der Position Gömbös' habe. Nach seiner Auffassung und nach den ihm vorliegenden Berichten zeichne sich ein Vorrücken Bethlen's immer mehr am Horizonte ab. Bethlen habe auch lebhaft Beziehungen zu Horthy aufgenommen.

18. *Europäische Gruppierungen.*

Suvich bezeichnete die Idee einer Zusammenarbeit der antidemokratischen Staaten als interessant. Er glaube aber nicht, dass sie derzeit politisch durchführbar sei, weil ihm der Glaube an einen Verhandlungspartner „Deutschland“ auf Grund aller Geschehnisse und aller Fühlungen fehle. Hingegen glaube er eher an die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Pacte à Quatre, wobei natürlich Italien Wert darauf lege, dass auch die Nicht-Grosstaaten, insbesondere wir und Ungarn entsprechend zur Geltung kommen.

Ich erwiderte, dass meiner Auffassung nach, ein zustande gekommener französisch-russischer Vertrag einen Pacte à Quatre habe aussichtslos erscheinen lassen.

1583

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 92/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei/2/1
Z. 35562/13

Prag, 20. Februar 1936

Ich wurde gestern Nachmittag, nach seiner Rückkehr aus Paris, vom Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža im Kolowratpalais empfangen. Wir kamen selbstverständlich auf seine zahlreichen Pariser Interviews zu sprechen, die bekanntlich in der ganzen Welt ein gewisses Aufsehen gemacht haben und verschiedentlich kommentiert wurden. Diese Interviews, sagte mir Herr Dr. Hodža, seien fast durchwegs unrichtig und unwahr, und es sei ihm nicht beigefallen Erklärungen abzugeben, wie sie z. B. der „Temps“ reproduziert hatte. Namentlich mit diesem letzteren, so ausführlichen und vieldeutigen Interview, sei es eine eigene Sache. Er habe mit dem Berichterstatter des „Temps“ gesprochen und diesen aufgefordert,

den Bericht über das Gespräch vor der Publikation dem Herrn Gesandten Osusky vorzulegen. Dies sei zwar geschehen und Herr Osusky habe den Artikel entsprechend korrigiert, doch habe sich der „Temps“ an diese Korrekturen nicht gehalten und Dinge veröffentlicht, die er, Dr. Hodža nie gesagt habe. Aehnlich sei es ihm mit anderen Redaktionen ergangen und der Ministerpräsident habe Vorkehrungen getroffen, dass dieses unfaire Verhalten einzelner französischer Journalisten in den Redaktionen einer Untersuchung unterzogen werde. Er habe übrigens auch die „Agence Havas“ und im „Manchester Guardian“ die ihm in den Mund gelegten Aeusserungen richtig stellen lassen. Es sei klar, dass, wenn er wirklich gesagt hätte, was in manchen französischen Zeitungen und insbesondere im „Temps“ als seine Erklärungen veröffentlicht worden war, die Erregung hierüber in den betreffenden Kreisen, namentlich in Deutschland, berechtigt gewesen wäre. So sei es ihm z. B. auch gar nicht eingefallen, irgendwie andeutungsweise zu erklären, man wolle Oesterreich in die Kleine Entente hereinziehen, er habe nur von der Annäherung der Staaten der Kleinen Entente zu den Ländern des römischen Paktes gesprochen, wobei durch die Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei der erste Schritt gemacht werden soll.

Er habe sich hierüber mit Herrn Dr. Beneš ausführlich ausgesprochen, dem es übrigens vor einigen Tagen ähnlich ergangen sei. Ein französischer Journalist habe den Präsidenten um ein Interview ersucht und dieser habe abgelehnt. Hierauf habe der Journalist wenigstens um eine kurze Deklaration ersucht, die Herr Dr. Beneš in seiner bekannt vorsichtigen Art formuliert habe. Darauf seien in dem betreffenden Journal vier lange Artikel mit angeblichen Aeusserungen des Präsidenten der Republik erschienen.

Auf unsere spezielle Verhältnisse übergehend, sagte Herr Dr. Hodža, dass ihm die jüngsten Erklärungen des österreichischen Legitimistenführers, Herrn Gesandten a. D. Baron Wiesner, zu denken geben und dass die, sich in Oesterreich in verstärktem Masse bemerkbar machende legitimistische Propaganda, die, mit dem Herrn Bundeskanzler in Prag besprochene Politik ausserordentlich zu erschweren geeignet ist. Der Ministerpräsident fragte mich, was es zu bedeuten hätte, dass sich die Legitimisten Oesterreichs nunmehr im Rahmen der Vaterländischen Front betätigen wollen, was den Anschein habe, als ob nunmehr ihre Propaganda die offizielle Sanktion erhalte. Ich antwortete dem Herrn Ministerpräsidenten, dass ich ihm hierüber derzeit nichts sagen könne, da mir vorläufig nur die betreffenden Zeitungsberichte bekannt sind, meiner persönlichen Auffassung nach könne man in Oesterreich an der legitimistischen Bewegung schon aus innerpolitischen Gründen nicht achtlos vorübergehen und es sei aus allgemeinen und innerstaatlichen Gesichtspunkten von Vorteil, diese betätige sich innerhalb der Vaterländischen Front, somit gewissermaßen unter der Kontrolle der Bundesregierung, als ausserhalb derselben.

In Belgrad, fuhr der Herr Ministerpräsident fort, mache diese Agitation den denkbar schlechtesten Eindruck und Herr Dr. Hodža erwarte stündlich von dort aus eine offizielle Reklamation. Der österreichische Vizekanzler Fürst Starhemberg

müsse doch in Paris und London den ganz klaren Eindruck gewonnen haben, welche Folgen eine Restauration der Habsburger international nach sich ziehen müsste. Prinz Paul, ein bescheidener, englisch erzogener Gentleman, sei absichtlich einer Unterredung mit dem Herrn Vizekanzler aus dem Wege gegangen, damit er diesem nicht in entschiedener und vielleicht etwas unangenehmer Weise den jugoslawischen Standpunkt in der Habsburgerfrage erklären müsse. Es sei nun einmal so, und darüber komme man nicht hinweg, dass Belgrad alles eher akzeptieren würde, als die Wiedererrichtung der Habsburgerherrschaft in Wien. Selbst der Anschluss Oesterreichs an Deutschland schein den Jugoslawen das kleinere Uebel zu sein, ein Standpunkt, den man wiederum in Prag nie akzeptieren könnte. Unter diesen Gesichtspunkten sei seine Reise nach Belgrad gerade im jetzigen Zeitpunkt ausserordentlich wichtig und der Ministerpräsident habe die feste Absicht gehabt, im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in Prag und die Gespräche des Herrn Vizekanzlers in Paris Belgrad definitiv zu beruhigen. Nun komme aber neuerdings die schon erwähnte Rede des Herrn Gesandten a. D. Baron Wiesner dazwischen. In Wien schein man sich keine Rechenschaft darüber zu geben, wie ernst die Situation jetzt sei. Auch König Carol und Herr Titulescu, mit denen der Ministerpräsident in Paris ausführlich gesprochen, seien entschlossen die Belgrader Politik auf das entschiedenste zu unterstützen. In Prag habe der Ministerpräsident mit dem Herrn Bundeskanzler besprochen, dass Oesterreich der Mittler zwischen der Kleinen Entente und den Ländern des römischen Paktes sein wolle und die Tschechoslovakei habe sich angeboten, die gleiche Rolle in Bezug auf die Kleine Entente zu spielen. Darauf schein man in Wien vergessen zu haben. Der Ballhausplatz dürfte in Belgrad wegen eines Besuches des Herrn Bundesministers für Aeusseres in Belgrad sondiert haben und man schein von dort abgewunken zu haben, so sei es wenigstens in der „Times“ zu lesen. Hätte man den tschechoslovakischen Ministerpräsidenten mit dieser Sondierung betraut, so hätte die Sache bestimmt Erfolg gehabt, genau so wie die Anfrage Herrn Dr. Hodžas beim König Carol und bei Herrn Titulescu wegen eines allfälligen Besuches des Herrn Bundeskanzlers in Bukarest den Erfolg gezeitigt habe, dass der Herr Bundeskanzler in Rumänien als Gast willkommen sein werde. Herr Dr. Hodža erklärte mir ferner, dass er ja nach seiner Rückkehr aus Belgrad Gelegenheit haben werde, über alle diese Dinge nochmals mit dem Herrn Bundeskanzler und mit Eurer Exzellenz in Wien ausführlich zu sprechen. Er nannte mir zwei Termine eines möglichen Besuches in Wien, und zwar entweder den 28. Februar, oder den 2. und 3. März. Er sei am 1. März in Kaschau angesagt, wohin er über Wien fahren könnte. Allerdings wäre da die Zeit etwas knapp und es wäre ihm viel lieber, wenn er am 2. März in der früh aus Kaschau kommend in Wien eintreffen und eventuell schon am Dienstagabend nach Prag zurückfahren könnte. Er bitte mich hierüber in Wien zu berichten und ihm auch das beiläufige Programm für den Wiener Aufenthalt mitzuteilen. Sein Wunsch wäre es, genügend lang mit dem Herrn Bundeskanzler und mit Eurer Exzellenz konferieren zu können, alles

andere sei Nebensache. Natürlich sollte die Reise nicht eine leere Formalität bleiben und deshalb möchte sie der Ministerpräsident irgendwie mit den Handelsvertragsverhandlungen verknüpfen, für die die Wiener Zusammenkunft irgendeinen entscheidenden Anstoss bringen soll. Wenn es nicht möglich sein wird, den Vertrag zumindest schon zu paraphieren, so möge man sich irgendwelche, noch nicht entschiedene Fragen für die Wiener Zusammenkunft reservieren, die dann durch das Einvernehmen der beiden Regierungschefs bereinigt werden würden.

Der Ministerpräsident sprach sodann über seinen für die nächste Zeit beabsichtigten Gegenbesuch beim Herrn Bundeskanzler in Wien.

Nach seiner Rückkehr aus Wien, wird Herr Dr. Hodža, wie er mir sagte, das Aussenportefeuille niederlegen. In Wien wolle er noch Ministerpräsident und Aussenminister sein. Selbstverständlich werde er sich auch weiterhin die Bestimmung der grossen Linien der Aussenpolitik vorbehalten und insbesondere die Schaffung einer Zusammenarbeit unter den mitteleuropäischen Staaten selbst bearbeiten. Er müsse sich nur von dem sonstigen Ballast, namentlich der Administrative etz. befreien, weil die Bewältigung auch noch dieser Aufgaben neben den schwierigen Aufgaben der inneren Politik seine Kräfte übersteigen würden. Sein Nachfolger im Aussenamt werde wohl entweder Dr. Krofta oder Dr. Mastny sein. In beiden Fällen werde man die ausgezeichnete und in aussenpolitischen Dingen so erfahrene Mitarbeit Herrn Dr. Kroftas nicht missen, weil dieser auch dann an leitender Stelle im Aussenministerium bleiben würde, wenn Herr Dr. Mastny das Portefeuille übertragen bekäme.

1584

Amtsnotiz Gesandter Wildner

AdR

Gesandtschaft Prag

Z. 120365/14a

[Wien,] 21. Februar 1936

Bisheriges Ergebnis der neuen Tagung der österreichisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen, Februar 1936.

Bei der diesmaligen Tagung ist der gesamte Tarifteil (österreichischer und tschechoslowakischer Tarif) sowie die Frage der Einfuhrregelung behandelt worden. Gesandter Friedmann teilte hiebei in der vorigen Woche mit, dass er bei seinen Erklärungen nunmehr an die äusserste Grenze des Möglichen gegangen sei, wobei er für gewisse, am allerletzten Tag abgegebene Erklärungen sogar den Vorbehalt machte, dass letztere Erklärungen von der Delegation abgegeben worden seien, also noch nicht als regierungsseitig genehmigt betrachtet werden können. Es sind nur einige wenige Positionen noch offen bezw. vorbehalten geblieben.

Der weitaus überwiegende Teil dieser Vorbehalte ist von der Tschechoslowakei gemacht worden. Die österreichischerseits angefertigte Bilanz ergibt für die gesamten tschechoslowakischerseits angebotenen Tarifkonzessionen, die zum grössten Teile präferenzieller Natur sind, einen Steigerungsmöglichkeitswert von 13,800.000 S. Tschechoslowakischerseits war der Wert dieser Konzessionen auf 17-18 Millionen geschätzt worden. Die tschechoslowakische Delegation bestand auch auf der Durchrechnung, nach deren Durchführung sich ergab, dass nach tschechoslowakischer Rechnung, die wir bei den einzelnen Positionen durchaus nicht zur Gänze oder zum weitaus überwiegenden Teil gelten lassen konnten, noch 1,547.000 S zugeschlagen werden sollten. Im ganzen ergibt sich also, selbst nach tschechoslowakischer Rechnung, ein Gesamtwert von 15,347.000 S. Die tschechoslowakische Delegation war um eine Steigerung des Bilanzverhältnisses insoferne bemüht, als sie bei manchen Positionen die von uns verlangten Kontingente, manchmal auch noch höhere, zugestehen wollte. Da sie aber die Zollsätze nicht unseren Wünschen und Berechnungen entsprechend herabsetzen konnte oder wollte, mussten wir auf die nutzlose Mengenvergrösserung verzichten und uns entweder mit den für uns als praktisch ausführbar erachteten Mengen begnügen, oder überhaupt auf die ganze Position verzichten. Was den Einfuhrsteigerungswert anlangt, müssen wir uns sagen, dass wir bei der nunmehr schon zwei Jahre dauernden Verhandlung nicht recht sehen, wie wir unsererseits neue tarifarische Vorschläge machen können, die uns bei der gegenwärtigen Lage der Tschechoslowakei praktisch durchsetzbar erscheinen. Denn mit dem vom Handelsministerium im vorigen Jahr ausgearbeiteten Vorschlägen wären wir auch nur mit Mühe den seinerzeit von Minister Stockinger als Ziel erachteten 30 Millionen Aufbesserungsmöglichkeit nahegekommen. Tschechoslowakischerseits selbst wurden initiativ sogut wie gar keine Vorschläge gemacht, um das Verhältnis zu bessern, sondern immer wieder nur darauf hingearbeitet, die Ausfuhrmöglichkeit der Tschechoslowakei im Sinne der immer wieder wiederholten These beiderseitiger Ausweitung des Handelsvolumens zu steigern. Vor zwei Jahren wäre man (die Referenten des österreichischen Handelsministeriums) schon bereit gewesen, die damals sich nur auf einen Gesamtimportwert von 1.3 Millionen S österreichischer Ware zgedachten Konzessionen glatt anzunehmen, obwohl der Einfuhrwert der tschechoslowakischen Waren, für die österreichischerseits Konzessionen gemacht werden sollten, rund 1.1 Millionen S betrug. Dadurch, dass wir die tschechoslowakische Seite weiter unter Druck hielten und bei den in der Folge geführten Verhandlungen die von ihr zugestandenen neuen Konzessionen immer als noch nicht hinreichend bezeichneten und in der Zwischenzeit neue Einfuhrverbote auf die Tschechoslowakei anwendeten, ist es doch gelungen, die Prager Seite dazu zu veranlassen, dass sie ihre Konzessionen so gut wie zur Gänze auf das Präferenzgebiet übertrug und die durch ihre Konzessionen gewährten Einfuhrmöglichkeiten derart steigerte, dass schliesslich im September vorigen Jahres eine Steigerungsmöglichkeit von 12 Millionen erreicht werden konnte (ei-

nige Monate vorher nur 6 bis 7) und dass sie bei den diesmaligen Verhandlungen noch um weitere 2 Millionen hinaufgesetzt werden konnte. Allerdings muss man sagen, dass das Ausmass der bei der diesmaligen Tagung erreichten Konzessionen nicht den Erwartungen entspricht, die man nach der von Ministerpräsident Hodža nach der Prager Zusammenkunft an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Message sich machen konnte.

Wir nahmen diesmal keinen Anstand, uns zur Frage der Einfuhrregelung zu äussern. Bei jeder Session hatte Gesandter Friedmann die Abgabe seiner Erklärungen mit der Bemerkung einbegleitet, dass die tschechoslowakische Seite sich ihrerseits die volle Wiederherstellung des sogenannten Osterregimes erwarte, d. h. die Wiederinkraftsetzung der im Ostervertrag des Jahres 1933 bezüglich des Einfuhrregimes festgelegten, für die Tschechoslowakei sehr günstigen Regelungen. Demgegenüber hat jetzt unser Handelsministerium bei der Einzeldurchsprache erklärt, dass wir bereit sind, für die Waren, die zur Zeit des Abschlusses des April-Protokolls vom Jahre 1933 bereits im Bewilligungsverfahren standen, das April-Protokoll wieder anzuwenden, wobei jedoch einzelne, für uns wichtige Positionen dieser vollen Wiederherstellung nicht teilhaftig werden sollen. Für Waren, die erst nach dieser Zeit in das Verbotsverfahren eingereiht worden sind, soll es beim bisherigen Zustand bleiben. Endlich mussten wir erklären, dass für Vigognearne, Streichgarne, elastische Gewebe aus Baumwolle neue Verbote in Aussicht genommen sind, wobei grundsätzlich der Tschechoslowakei 100% der Einfuhr des Jahres 1933 zugeteilt werden sollen, welcher Schlüssel übrigens zum grossen Teil auch für die Waren der Gruppe 2 gelten soll (der Schlüssel des 1933er Protokolls beruht auf dem Jahre 1931). Auch was die agrarischen Artikel anlangt, für die übrigens die tschechoslowakische Delegation eine besondere Forderungsliste aufgestellt hatte, musste das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bei der Einzelerörterung ebenfalls verschiedene Einschränkungen vorsehen. Gesandter Friedmann bemerkte zu diesen Erklärungen in der Delegationssitzung, dass er sich eine genaue Durchrechnung vorbehalte, sagte mir aber gleich am Schlusse der Sitzung, dass eine derartige Lösung für seine Regierung unannehmbar sei. Hier kann sich eine wesentliche Schwierigkeit ergeben, weil unsere Industrie immer wieder auf dem Standpunkt steht, es sei ihr die Erhaltung des österreichischen Marktes und die Abwehr der tschechoslowakischen Einfuhr viel wichtiger als eine Verstärkung oder Sicherungsmöglichkeit für ihre Ausfuhr nach der Tschechoslowakei. Allerdings hat diese Erklärung immer nur für den Fall einfacher zolltarifarischer Konzessionen gegolten, während jetzt ein besonderes präferenzielles Regime in Aussicht genommen ist, das allerdings so konstruiert ist, dass die Präferenzkontingente ausschliesslich sein sollen, d. h. über die Präferenzkontingente darf in dem betreffenden Artikel keine weitere Ausfuhr nach der Tschechoslowakei stattfinden.

Gesandter Friedmann hatte mir schon vorige Woche seine Absicht angekündigt, nach Prag zu fahren, um dem Ministerpräsidenten Hodža vor seiner Reise nach

Belgrad über den Stand der Verhandlungen zu berichten. Zu diesem Behufe erbat er sich Aeusserungen, und zwar von der Bundesregierung gutgeheissene Aeusserungen zu verschiedenen Punkten. Hierüber wurde den Herren Ministern Vortrag gehalten. Im einzelnen hat sich Bundesminister Stockinger mit diesen Fragen beschäftigt und auf Grund der mir von ihm nach wiederholten Ministerbesprechungen am 20. ds. gegebenen Ermächtigungen habe ich Herrn Friedmann folgendes gestern Abend mitgeteilt:

Zunächst habe ich festgestellt, dass bei der diesmaligen Tagung eigentlich nur eine Erweiterungsmöglichkeit von 2 bis 3 Millionen S erreicht werden konnte, ein Betrag, der sehr gering erscheint im Verhältnis zu den Ankündigungen, die wir nach der Prager Zusammenkunft erhalten hätten, wo von bestimmten und wichtigen Zugeständnissen die Rede war. Andererseits hatten wir uns mit Rücksicht auf diese Ankündigungen vorgenommen, jetzt unbedingt einen Mittelweg zu finden, mussten uns aber sagen, dass den in den 15 Millionen enthaltenen Konzessionen gegenüberzustellen wären auch die Konzessionen, die wir gemacht hatten, die mit etwa 1 ½ Millionen S geschätzt werden, wozu noch 1 Million S käme, die aus dem später zu besprechenden agrarischen Kompensationsgeschäfte resultieren würde. Wir sind daher eigentlich noch immer bei dem Stand der Prager Verhandlungen und wenn wir unsere seinerzeitige Forderung, per Saldo eine Aufbesserung um 30 Millionen zu erreichen, nicht mehr strikte aufrecht erhalten wollen, was zu erklären ich ausdrücklich ermächtigt bin, um also unseren guten Willen zu zeigen, so müssen wir doch ersuchen, dass uns noch etwas dazugegeben werde. Wir müssen es der tschechoslowakischen Seite überlassen, hiezu Vorschläge zu machen, vielleicht würde ihr eine Verringerung auf ihrer Einfuhrseite passen, aber ich will diese Art der Regelung nicht unterstreichen, jedenfalls muss die Lage doch etwas mehr zu österreichischen Gunsten verschoben werden. Ich habe auch darauf hinzuweisen, dass bei der von uns vorgeschlagenen Art der Einfuhrregelung sich immerhin für die Tschechoslowakei selbst eine weitere Steigerungsmöglichkeit von 8 Millionen S nach unseren Annahmen ergeben könnte. Rein persönlich fügte ich hinzu, dass vielleicht teilweise auch ein Ausweg gefunden werden könnte, indem die Prager Regierung die Vergabung von öffentlichen Lieferungen an Oesterreich für möglich findet. In diesem Zusammenhange erwähnte ich unser Begehren, eine bestimmte Menge Salz nach der Tschechoslowakei ausführen zu können, sowie eine uns bekanntgewordene Bewerbung einer österreichischen Firma um einen Auftrag der tschechoslowakischen Tabakregie, der 2 bis 3 Millionen ČK ausmachen könnte.

Zu den einzelnen, von Dr. Friedmann aufgeworfenen Punkten gab ich nachstehendes bekannt:

- 1.) Forderung von präferenzialer Behandlung gewisser tschechoslowakischer Waren: Die Tschechoslowakei hatte Präferenzen für Hafer und Gerste (bei beiden Befreiung von der Lizenzgebühr) sowie für Primsen und Quargel verlangt. Wir sind bereit, ein Sondergeschäft zu machen, das 2000 Stück Rinder der

Pinzgauer Rasse und 50.000 q Hafer und 70.000 q Gerste betreffen soll, wobei beiderseits auf die Einhebung der bei der Einfuhr dieser Waren zu entrichtenden öffentlichen Abgaben verzichtet werden soll. Dem Werte nach würde es sich bei den von der Tschechoslowakei zu übernehmenden Pinzgauer Rindern um 1,200.000 S, bei dem von Oesterreich zu übernehmenden Hafer und Gerste um 2,230.000 S handeln. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich die in der früheren Auseinandersetzung von mir erwähnte Differenz von 1 Million S zu Gunsten der Tschechoslowakei. Wir sind nicht in der Lage, eine offene Präferenz für Käse anzubieten, jedoch habe ich persönlich den Eindruck, dass vielleicht bei Primsen noch etwas gemacht werden könnte. Ich habe mich für eine solche Lösung eingesetzt, jedoch stehen einer solchen Regelung noch Hindernisse entgegen.

- 2.) Technische Voraussetzungen, unter denen die Präferenzen in Kraft gesetzt und gehandhabt werden sollen: Wir sind damit einverstanden, dass die Präferenzkontingente ausschliesslich sein sollen, ferner dass der Vertrag den beteiligten Staaten mitgeteilt und diesen zu etwaigen Einwendungen eine bestimmte Frist gegeben werden soll. Wir sind auch damit einverstanden, dass wir uns gemeinsam bemühen sollen, etwaige Widerstände zu überwinden, ebenso sind wir damit einverstanden, dass nach dem Muster der österreichisch-italienischen Abmachung, im Falle als durch eine Präferenzbestimmung ein Industriezweig des Importlandes gefährdet werden sollte, darüber sofort verhandelt werden soll, um Abhilfe zu schaffen. Die tschechoslowakische Forderung, dass durch das Präferenzregime das tschechoslowakische Vertragsgebäude nicht gefährdet werden soll, erledigt sich meiner Ansicht nach durch die früheren Bemerkungen. Eine von Dr. Friedmann zur Sprache gebrachte und von mir als neu bezeichnete Formel, wonach wir uns verpflichten, in Verträgen mit anderen Staaten keine Vereinbarung zu treffen, die ein tschechoslowakisches Interesse beeinträchtigen könnte, musste ich selbstverständlich als unübersehbar und wohl nicht annehmbar bezeichnen.
- 3.) Befriedigung gewisser wichtiger Zollwünsche: Wir sind nicht in der Lage, auf ein Zollkontingent für Bier einzugehen, dies aus den schon während der Detailberatung angegebenen Gründen. Dagegen habe ich den Eindruck, dass vielleicht bei Kaolin etwas gemacht werden kann, auch glaube ich, dass wir dem tschechoslowakischerseits bezüglich des Beleuchtungsglases eingenommenen Standpunkt nähertreten könnten. Bezüglich Holzkohle (wichtiger slowakischer Belang) musste ich sagen, dass wir noch immer nicht in der Lage sind, eine bestimmte Erklärung abzugeben, ich hielt es aber persönlich für möglich, bei Retortenkohle etwas zu machen, wozu aber Dr. Friedmann gleich bemerkte, dass das tschechoslowakische Interesse vornehmlich Meilerkohle betreffe. In der Frage der Röhren ist es nicht möglich, eine den tschechoslowakischen Wünschen entsprechende Äusserung abzugeben, es dürfte aber wohl bei den nicht zum österreichischen Erzeugungsprogramm gehörenden Massen

der schmiedeeisernen Röhren manches zur Befriedigung der tschechoslowakischen Interessen geschehen.

- 4.) Einfuhrregime: Hier konnte ich nur die in den Plenarsitzungen bei den Detailerörterungen abgegebenen Erklärungen wiederholen. Dr. Friedmann nahm den Anlass wahr, um an der Hand einzelner Detailberechnungen unsere Erklärungen als ganz unbefriedigend zu bezeichnen.
- 5.) Vertragliche Regelung der Kohlenfrage: Wir sind bereit, die Kohlenfrage im Rahmen des Vertrages zu besprechen und zu regeln. Hierbei wird österreichischerseits auch an Kompensationen gedacht, wie sie ja bereits gegenwärtig teilweise bestehen. Ich erklärte mich aber ausserstande, in dieser Beziehung näheres anzugeben.
- 6.) Vertragliche Regelung des Seidenveredlungsverkehrs: Auf diesen Wunsch können wir nicht eingehen. Gegen diesen Verkehr wird ohnedies nicht nur von Frankreich, sondern auch von Italien und der Schweiz immer wieder energischer Einspruch erhoben. De facto handelt es sich um eine wirkliche, und zwar zollfreie Präferenz zu Gunsten der Tschechoslowakei, die wir die ganzen Jahre aufrechterhalten haben. Auf Dr. Friedmanns Einwand, dass die Zollfreiheit auch für uns gelte, musste ich entgegnen, dass sein Interesse offenbar grösser ist, denn sonst würde doch nicht immer die Tschechoslowakei eine vertragliche Regelung begehren.
- 7.) Fremdenverkehr: Das Begehren, das Wiener Büro des Cedok zur Ausstellung von Reiseschecks zu ermächtigen, wird von uns in wohlwollende Berücksichtigung gezogen werden und im Rahmen der ohnedies über den Reiseverkehr zu pflegenden Verhandlungen behandelt werden. Bezüglich des tschechoslowakischen Verlangens nach Abstandnahme von ärztlichen Zeugnissen stellte ich fest, dass wir die Zeugnisse doch nur als Sonderregelung für den böhmischen Bäderverkehr verlangen und dass auf Grund dieser Zeugnisse eben jeder, der nach den böhmischen Bädern reist, tatsächlich jeden Betrag in beliebiger Höhe bekommt. Die Forderung dem Cedok auch eine Bankkonzession für den Devisenverkehr zu geben, müssen wir prinzipiell ablehnen; es hat kein einziges Wiener Büro, mit Ausnahme des österreichischen offiziellen Reisebüros, diese Ermächtigung. Wir haben sie auch den Italienern verweigert.
- 8.) Landwirtschaftliche Saisonarbeiter: Hier verstehen wir nicht recht das Verlangen der tschechoslowakischen Seite. Die Vereinbarungen werden jedes Jahr neu zwischen den beiden Ackerbaumministerien direkt verhandelt und abgeschlossen. Die Tschechoslowakei stellt fast den ganzen Bedarf, eine fixe Vereinbarung über die Zahl ist nach der Natur der Dinge unmöglich.

Am Schluss der Unterhaltung erklärte ich noch auf Grund einer besonderen, während der Sitzung durch den Minister Stockinger erteilten Ermächtigung, dass wir auch noch in Aussicht nehmen, konkrete zusätzliche Arbeitsaufträge in die Tschechoslowakei zu vergeben, wobei es sich um Einfuhr zusätzlicher Waren aus der Tschechoslowakei mit garantiertem Bezug handeln würde. Das Ausmass werde

von der Höhe der Prager Zugeständnisse abhängen. Ich musste gleichzeitig bitten, dass man sich mit diesen Andeutungen vorläufig bescheide, konnte aber immerhin gleich erwidern, dass es sich nicht um eine Weizenlieferung handeln würde. Gesandter Friedmann erklärte, er werde mit diesen Erklärungen nach Prag fahren und inzwischen seine Delegation hier lassen. Sie werde sich vorderhand mit internen Arbeiten und Berechnungen zu befassen haben.

1585

Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Marek (Prag)

Erlass

AdR, NPA
Tschechoslowakei 2/1
Z. 35562/13

Wien, 25. Februar 1936

Auf Ihren Bericht Zl. 92/pol. vom 20. d. M.¹ beehre ich mich vorerst mit nachstehenden Feststellungen zu reflektieren:

- 1.) Was die Bedenken des H. Ministerpräsidenten wegen „Betätigung“ der österr. Legitimisten im Rahmen der VF betrifft, so ist die von Ihnen erteilte Antwort durchaus zutreffend. Wollen Sie jedoch, falls der H. Ministerpräsident auf dieses Thema zurückkommen sollte, noch das sicherlich besonders triftige Argument anführen, dass die Anhänger der legitimistischen Idee einen recht erheblichen Teil der zum neuen Oesterreich positiv eingestellten Elemente in der Bevölkerung ausmachen. Da es die Aufgabe der VF ist, die sich zu einem selbständigen und unabhängigen Oesterreich bekennenden Bevölkerungselemente zusammenzufassen, ist es nur selbstverständlich, dass auch die österr. Legitimisten im Rahmen der VF zur Mitarbeit am Neuaufbau des Staates herangezogen werden. Dieses Argument, wie auch die von Ihnen Dr. Hodža gegenüber vorgebrachten, wollen Sie auch in Ihren übrigen politischen Gesprächen entsprechend verwerten.
- 2.) Die Annahme des H. Ministerpräsidenten, dass die Bundesregierung „in Belgrad wegen eines Besuches des Herrn Bundesministers f. d. AA. sondiert hätte“, ist irrig. Sie begründet sich offenbar auf eine kürzlich von einer ausländischen Korrespondenz in Belgrad ausgegebene diesbezügliche Nachricht, die hierseits im Auslande sogleich dementiert wurde. Tatsache ist vielmehr, dass im Sommer vergangenen Jahres in unverbindlichen Gesprächen zwischen dem

¹ ADÖ 10/1583.

H. Bundesminister und dem hiesigen jugosl. Gesandten der Gedanke einer gelegentlichen Zusammenkunft und Aussprache zwischen dem H. Bundesminister und dem damaligen Aussenminister Dr. Jeftić in Genf oder auf der Rückreise des Herrn jugosl. Aussenministers nach Belgrad ventiliert wurde. Nach Rücktritt H. Jeftić hat der jugosl. Gesandte Nastasijević seine Bemühungen in die Richtung eingestellt, eine Zusammenkunft des H. Bundesministers mit Ministerpräsident Stojadinović in Veldes oder Laibach zuwege zu bringen. Seitens *Herrn Stojadinović* waren uns bereits Vorschläge über den Termin dieser Zusammenkunft durch H. Nastasijević überbracht worden. Die Zusammenkunft unterblieb jedoch damals lediglich aus dem Grunde, weil H. Stojadinović während mehrerer Wochen aus innerpolitischen Gründen unabkömmlich und seine parlamentarische Position so schwach war, dass es nicht ratsam erschien, diese erste Aussprache zwischen leitenden Faktoren der beiden Länder unter den Auspizien eines drohenden Rücktrittes des jugosl. Partners zu vollziehen. Es entspricht daher in keiner Weise der Wahrheit, dass österreichischerseits jemals in Belgrad sondiert worden wäre, geschweige denn, dass derartige Bemühungen nach der Aussprache zwischen H. Bundeskanzler und Dr. Hodža in Prag stattgefunden hätten oder fortgesetzt worden wären.

- 3.) Was schliesslich die Bemerkung des H. Ministerpräsidenten betrifft, wonach er bei König Carol von Rumänien und H. Titulescu „wegen eines allfälligen Besuches des H. Bundeskanzlers in Bukarest“ angefragt und eine befriedigenden Antwort erhalten hätte, bleibt eine h. o. Aeusserung bis zur Einholung einer Weisung des gegenwärtig von Wien abwesenden H. Bundeskanzlers vorbehalten. Da, soweit h. a. bekannt, der H. Bundeskanzler einen derartigen konkreten Wunsch H. Hodža gegenüber nicht geäußert haben dürfte, liegt die Annahme nahe, dass hier ein Missverständnis vorliegt.²

1586

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Telegramm Nr. 3 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 35731/13

Rom, 25. Februar 1936
(20.35 → 26.II. – 8.00)

Unterstaatssekretär des Aeußern, den ich eben aufgesucht hatte, erzählte mir, Regierungschef hätte an die italienischen Gesandten in Wien und Budapest ge-

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1587.

schrieben, sich bei dem Herrn Bundeskanzler beziehungsweise ungarischem Ministerpräsidenten zu erkundigen, wie diese über die Veranstaltung einer Zusammenkunft zu Dritt dächten. Herr Suvich fügte hinzu, ich wüßte, daß man hier, was Zusammenkunft anlangt, in letzter Zeit eher zurückhaltend gewesen sei. Angesichts des „Balles“, der jetzt in Europa aufgeführt werde – man brauche nur die Reisetätigkeit des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten betrachten – hielte man eine Zusammenkunft der drei Regierungschefs doch für gut.¹

1587

Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Marek (Prag)

Erlaß

AdR, NPA
Tschechoslowakei 2/1
Z. 35734/13

[Wien,] 26. Februar 1936

Im Verfolge des h. o. Erlasses Z. 35.562-13 von gestern², beehre ich mich, Ihnen im Nachstehenden die Stellungnahme der Bundesregierung zu den einzelnen Fragen bekanntzugeben, die Ministerpräsident Dr. Hodža in dem von Ihnen unter Z. 92/pol vom 20. d. M.³ einberichteten Gespräche aufgeworfen hat und Sie zu ersuchen, bei Gelegenheit Ihres nächsten Gespräches mit dem Herrn tschechoslowakischen Ministerpräsidenten diese Stellungnahme entsprechend verwerten zu wollen.

Was die legitimistische Frage in Oesterreich betrifft, geht die Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung durchaus eindeutig und klar aus den Aeusserungen des Herrn Bundeskanzlers in Prag und aus den inhaltlich konformen Aeusserungen des Herrn Vizekanzlers Fürsten Starhemberg in Paris hervor. Auch wer diese Aeusserungen der seinerzeitigen Behandlung des Problems anlässlich des Generalappells der Vaterländischen Front vom 19. Jänner durch den Herrn Vizekanzler gegenüberhält, wird keinerlei Inkongruenz festzustellen vermögen. Es handelt sich hier vielmehr um die seit jeher eingehaltene Linie, die von der österreichischen Bundesregierung auch in Zukunft eingehalten werden wird. Die

¹ „Der Herr italienische Gesandte Preziosi hat tatsächlich gestern dem Herrn Bundeskanzler eine Einladung im Sinne des Telegrammes überbracht, die der Herr Bundeskanzler grundsätzlich angenommen hat“. Pro domo Gesandter Hornbostel, [Wien,] 26.2.1936 – AdR, NPA Italien/Geheim I/III, Z. 35731/13.

² ADÖ 10/1585.

³ ADÖ10/1583.

Frage ist nach Auffassung der Bundesregierung erstens eine rein innerösterreichische Angelegenheit; sie ist zweitens nicht aktuell und Oesterreich denkt drittens nicht daran, der gegebenen politischen Situation nicht Rechnung zu tragen. Es hat daher niemand eine Abenteuerpolitik der österreichischen Bundesregierung zu befürchten. Das ganze Problem wäre längst zur Ruhe gekommen, wenn nicht ununterbrochen vom Auslande her eine neuerliche Zurdiskussionstellung erfolgte. Nach Auffassung der Bundesregierung wäre es zu empfehlen, das internationale Diskutieren zu diesem Punkte möglichst zu beschränken, zumal eine Rückschau auf die letzten zwei Jahre zeigt, dass sich am österreichischen Standpunkte nichts geändert hat.

Was die legitimistische Propaganda im Lande selbst betrifft, sei darauf verwiesen, dass der Legitimistenführer Gesandter a. D. Wiesner keine offizielle Persönlichkeit ist und in der offiziellen österreichischen Politik keine Rolle spielt. Die Propaganda zu unterbinden, liegt aus den vom Herrn Bundeskanzler dem Herrn Ministerpräsidenten bereits mündlich vorgetragenen Erwägungen keinerlei Grund vor, es wäre dies vielmehr vom innerösterreichischen Standpunkt aus ein schwerer Fehler und ebenso unzweckmässig wie sinnlos. Der Einbau der Propaganda in den Kontrollbereich der Vaterländischen Front, der bekanntlich nicht nur eine Sonder-, sondern nach den derzeitigen österreichischen Verhältnissen eine Monopolstellung in gewissen Belangen zukommt, stellt daher klarerweise die denkbar beste Sicherung gegen irgendwelche Exzesse dar.

Die Nervosität Belgrads ist daher nach wie vor in ihrer Begründung nicht klar und dürfte fast auf einen Einfluss dritter Stellen zurückzuführen sein. Ueber die höchst unfreundlichen Emanationen, auch offiziöser Belgrader Kreise, gegenüber Oesterreich hat sich hier niemand ernstlich aufgeregt, weil wir eben genau wissen, dass jede Regierung aus innerpolitischen Gründen bisweilen gewisse Ventile braucht. Ein auch nur einigermaßen konsolidierter Staat kann sich im Ernst nicht beunruhigt und bedroht fühlen, wenn in einem Nachbarlande ein Verein und ein Vereinsobmann (legitimist. Verbände!) stark gefühlsbetonte Kundgebungen und Reden hält, die noch dazu jede Aggressivität gegen Dritte geradezu ängstlich vermeiden.

Hier sei als Gegenstück auf die Mässigung hingewiesen, mit der Oesterreich auf die ununterbrochene irredentistische Aktivität der chauvinistischen slovenischen Kreise und Verbände, sowie der slowenischen Presse gegen Kärnten zu reagieren pflegt.

Bezüglich der Information des Herrn Ministerpräsidenten, derzufolge Oesterreich in Belgrad oder Bukarest wegen Abstattung eines Staatsbesuches sondiert hätte, beehre ich mich, auf die Ausführung des Punktes 2 im obzitierten h. o. Erlass hinzuweisen und Folgendes beizufügen:

Sosehr es Oesterreich wünschenswert erscheint, auch mit allen Staaten der Kleinen Entente in aufrichtigen und guten Beziehungen zu stehen, kann dennoch nicht übersehen werden, dass Wien ungefähr in der Mitte der Route Bukarest-Paris

liegt und dass daher sowohl die Staatsmänner aus Bukarest wie auch aus Belgrad häufig genug Wien passieren müssen, sodass einem Wunsche, ins Gespräch zu kommen, beispielsweise durch gelegentliches Ueberschlagen eines Zuges leicht Ausdruck gegeben werden könnte, worauf selbstverständlich österreichischen Besuchen, falls solche sich zweckdienlich erweisen sollten, nichts im Wege stünde. Es müsste wohl auch irgendwie in Betracht gezogen werden, dass sich zwar Wien und Prag, nicht aber – bei aller selbstverständlichen Achtung – auch Wien, Belgrad und Bukarest in einer Ebene befinden, wozu noch die besondere Haltung Belgrads und zum Teil auch Bukarests gegenüber Wien kommt, die bisher alles eher denn als freundlich bezeichnet werden muss.

Der Herr Bundeskanzler ist durchaus einverstanden, dass anlässlich des Besuches des Herrn Ministerpräsidenten, seiner Anregung gemäss, die Handelsvertragsverhandlungen, an deren günstigen Ausgange der Herr Bundeskanzler trotz aller Schwierigkeiten nicht zweifelt, zur Debatte gestellt und möglichst zum Abschluss gebracht werden. Der Herr Bundeskanzler freut sich besonders, Gelegenheit zu haben, mit dem Herrn Ministerpräsidenten anlässlich seines Besuches die verschiedenen, beide Staaten interessierenden Fragenkomplexe neuerdings besprechen zu können, zumal er aus der Prager Unterredung im Jänner angenehmste Eindrücke mitgenommen hat. Es muss jedoch darauf nachdrücklich verwiesen werden, dass nach Auffassung der Bundesregierung im derzeitigen Stadium sorgsam darauf Bedacht zu nehmen wäre, dass die *wirtschaftlichen Fragen* im Diskussionszentrum stehen müssen.

Was die Ihnen gestern vom Herrn Ministerpräsidenten gemachten Andeutungen hinsichtlich der Nützlichkeit des Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen Oesterreich und Jugoslawien anbelangt, so ist zu sagen, dass die Bundesregierung grundsätzlich bereit ist, einen Schiedsgerichtsvertrag mit Jugoslawien abzuschliessen, doch müsste eine gleiche Bereitwilligkeit auf jugoslawischer Seite eindeutig erkennbar sein. Es würde seitens der Bundesregierung gewiss mit Dank begrüsst werden, wenn es dem Einflusse des Herrn Ministerpräsidenten Hodža in Belgrad gelingen sollte, Jugoslawien mit uns in diesem Belange ins Gespräch zu bringen, doch müssten die sich daraus etwa ergebenden Verhandlungen selbstverständlich unmittelbar von Regierung zu Regierung laufen. Auch steht diese unsere Bereitwilligkeit in keinerlei Zusammenhang mit einem etwaigen Wunsche nach einem in Belgrad abzustattenden Besuche des Herrn Bundeskanzlers oder Mitglieder der österreichischen Bundesregierung. Einem solchen müsste, wie oben erwähnt, eine eindeutige Geste des Entgegenkommens von der anderen Seite vorausgehen.

1588**Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 104/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Geheim I/III

Z. 35761/13

Prag, 26. Februar 1936

Der Herr Ministerpräsident Dr. Hodža kam gestern nachmittag um 5 Uhr von seiner Belgrader Reise in Prag an und bat mich schon eine Viertelstunde später zum Telefon. Ich habe über dieses Telefongespräch dem Herrn Generalsekretär sofort fernmündlich berichtet und gestatte mir diesen Bericht hiermit schriftlich zu wiederholen bzw. zu ergänzen.

In Belgrad, sagte mir der Ministerpräsident, haben die Vorschläge Dr. Hodžas und seine Ideen in Bezug auf die Schaffung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer Annäherung der mitteleuropäischen Staaten volles Verständnis und Zustimmung gefunden.

Da der Ministerpräsident in dieser Hinsicht auch schon mit Herrn Titulescu einig sei, so bedeute dies, dass man nunmehr zu einer vielleicht definitiven Redaktion einzelner Vorschläge werde schreiten können, Herr Dr. Hodža will in Wien in dieser Richtung sehr konkret sprechen. Zu diesen Vorschlägen gehöre auch seine Idee von der Getreideevidenzstelle, über die zuerst im Schosse des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente beraten werden soll. Oesterreich, Deutschland und Italien sollen über die einzelnen Phasen dieser Beratungen fortlaufend informiert werden. Das schliessliche Endziel sei und bleibe die Schaffung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Kleinen Entente mit den Ländern des römischen Paktes.

Im Rahmen der Besprechungen in Belgrad über die Möglichkeit einer baldigen und weitgehenden Verständigung unter den Donaustaaten sei auch die Frage eines Austausches von Besuchen zwischen den jugoslawischen und österreichischen Staatsmännern ventilirt worden. Herr Stojadinović will den Herrn Bundeskanzler zu einem Besuch nach Belgrad einladen. Es gehe aber darum, dass dieser Besuch keine leere Formalität bleibe und ihm ein politischer Inhalt gegeben werde. In dieser Richtung habe Herr Stojadinović zwei Vorschläge gemacht u. zw.: der Herr Bundeskanzler möge in Belgrad entweder eine Deklaration in der Habsburgerfrage abgeben, oder aber Verhandlungen über einen politischen Vertrag, z. B. einen Arbitragevertrag, einleiten.

Herr Dr. Hodža habe bei Herrn Stojadinović die zweite Eventualität befürwortet und vertreten und glaubt, dem Herrn Bundeskanzler empfehlen zu dürfen, mit Belgrad einen Arbitragevertrag und wenn möglich einen *Nichteinmischungsvertrag* abzuschliessen.

Eine solche Geste wäre nach Ansicht des Ministerpräsidenten von grösstem Vorteil, da sie geeignet wäre, eine gute Atmosphäre zwischen Wien und Belgrad zu schaffen, die derzeit leider nicht in der gewünschten Masse gegeben sei. Herr Dr. Hodža würde sich davon besonders eine gute Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in Jugoslawien versprechen, für die es gut wäre zu wissen, dass zwischen Wien und Belgrad überhaupt verhandelt werde. Hiedurch würde österreichischerseits ein grosser Schritt nach vorwärts gemacht werden, ja es wären nach der Unterredung, die der Ministerpräsident mit dem Prinzregenten Paul hatte und über die er selbstverständlich nicht befugt sei, nähere Mitteilungen zu machen, sogar mehrere Schritte nach vorwärts.

Der Herr Ministerpräsident fügte noch bei, er hoffe, dass sich die Disposition der Bundesregierung zu Verhandlungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donaauraum nach der Entrevue von Florenz nicht geändert habe und dass die Situation noch die gleiche sei, wie beim Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Prag. Auf meine Frage, was ihn zu dieser Bemerkung veranlasse, antwortete Herr Dr. Hodža es lägen Nachrichten vor, die ihn stutzig gemacht hätten. Er fragte mich, ob ich ihm etwas darüber sagen könne und er bitte, ihm ruhig die volle Wahrheit zu sagen, ebenso wie er uns immer offen und ehrlich die Wahrheit sagen wolle. Da ich noch nicht im Besitze entsprechender Weisungen bin, musste ich dem Herrn Ministerpräsidenten erklären, keinerlei Mitteilungen in dieser Hinsicht machen zu können.

Zum Schlusse bat mich Herr Dr. Hodža, dem Herrn Bundeskanzler ungesäumt und telefonisch sein Ersuchen zu vermitteln, man möge auf die Wiener Presse dahin Einfluss nehmen, dass sie nicht etwa von einem Misserfolg der Reise Hodžas nach Belgrad schreibe, da dies nicht der Wahrheit entsprechen würde. Man könne im Gegenteil mit gutem Gewissen konstatieren, dass die Dinge um eine Zusammenarbeit im Donaauraum gut stehen und durch seine Belgrader Reise wesentlich gefördert worden seien. Die Budapester Blätter übertreffen in dieser Richtung sogar den „Völkischen Beobachter“ und gefielen sich in lauter Gehässigkeiten, obzwar es in Ungarn viele Leute gäbe, die mit einer endlichen Befriedung des Donaaraumes einverstanden wären, Herr Kánya scheinere allerdings nicht darunter zu sein.¹

¹ Siehe weiter ADÖ10/1590.

1589**Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 9/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Geheim I/III

Z. 35815/13

Belgrad, 26. Februar 1936

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodža, der vorgestern mittags die Heimreise angetreten hat, ist hier stürmisch gefeiert worden. Ueber die Details seines Aufenthaltes, die verschiedenen Festlichkeiten und die zwischen ihm und seinem jugoslawischen Kollegen gewechselten Trinksprüche haben die Zeitungen ausführlich berichtet. Ebenso darf ich das hinausgegebene Kommuniqué als bekannt voraussetzen. Herr Dr. Hodža, mit dem ich bei einem offiziellen Dinner nur kurz gesprochen habe, äusserte seine Befriedigung über den Prager Besuch des Herrn Bundeskanzlers, den er anfangs März erwidern werde. Er sprach hiebei vor vielen Umstehenden von dem tiefen Eindruck, den er von der Persönlichkeit des österreichischen Regierungschefs und dessen hoher sittlicher Berufsauffassung empfangen habe.

Ich habe es absichtlich vermieden, mich während des Besuches und unmittelbar nachher im Aussenministerium zu zeigen. Da die Zeitungen voll von „le problème autrichien“ und „la question autrichienne“ waren, habe ich es für durchaus unangebracht gehalten, Neugierde zu zeigen und mich als Vertreter eines Problems zu gerieren. Anwürfe wohlmeinender Kollegen, darunter des tschechoslowakischen Gesandten, wie „on ne parle maintenant que de vous“ habe ich mit ironischem Erstaunen quittiert.

Herr Stojadinović, der gestern abends bei mir dinierte, hat mir bloss gesagt, er sei zufrieden und wir könnten, wenn ich wolle, einmal miteinander sprechen. Ich werde mich daher morgen oder übermorgen bei ihm ansagen.

Inzwischen hat mich mein französischer Kollege heute spontan aufgesucht, um mich über die Resultate der Zusammenkunft zu informieren. Seine Mitteilungen, um deren streng vertrauliche Behandlung er mich wiederholt gebeten hat, gebe ich im Nachstehenden wieder.

Es sei von zwei Problemen gesprochen worden, einem politischen und einem wirtschaftlichen. Das politische sei die Realisierung eines Sicherheitspaktsystems, das die Donaustaaten und die Grossmächte zu umfassen hätte. Auf meinen Einwurf, dass dies also einfach das Wiederaufgreifen des Donaupaktprojektes bedeute, meinte Graf Dampierre, die Situation sei insofern verändert, als es diesmal die Donaustaaten (gemeint ist die Kleine Entente) selbst seien, die den Plan verfolgen. Meinen Einwand, dass diese Staaten, wie das bisherige Schicksal des

Donaupaktes beweise, bisher eben auf die Haltung der Grossmächte gewartet haben, auf die es letzten Endes ankomme, suchte mein Mitredner nicht zu entkräften. Das novum factum sei aber, dass diese kleinen Staaten, die bisnun zögernde und skeptische Mitgeher gewesen seien, nunmehr zur Erkenntnis gelangt seien, wie wichtig ein gesichertes Oesterreich für sie sei. Diese Erkenntnis habe sich Herr Dr. Hodža als erster zu eigen gemacht und das sei sein unleugbares Verdienst. Es sei ihm aber auch gelungen, die jugoslawische Regierung trotz gewisser Widerstände und Bedenken auf seine Linie zu bringen. Die Zustimmung Rumäniens sei sicher. Hierüber werde Dr. Hodža die Konversation bei seinem Wiener Besuche fortsetzen.

Das zweite Projekt betreffe die Ausarbeitung eines Wirtschaftssystems der Donaustaaten. Hier wurde Graf Dampierre sehr vage. Er sprach von einem „cartel“ der Donaustaaten, konnte sich aber sichtlich darunter ebensowenig vorstellen wie ich. Wie er sagte, dürfte zunächst von den Wirtschaftsexperten der Kleinen Entente eine Enquête über dieses Problem durchgeführt werden. Man werde eben sehen, was dabei herauskomme.

Graf Dampierre liess durchblicken, dass die Evolution der tschechoslowakischen Politik gegenüber Oesterreich auf französischen Einfluss zurückzuführen sei. Auch hier in Belgrad habe er unablässig im Sinne einer Annäherung an uns gearbeitet. Der Besuch Dr. Hodža's habe die bisher nicht sehr günstigen hiesigen Dispositionen zweifellos gebessert. Bezüglich der Restaurationsfrage habe sich Dr. Hodža bemüht, Herrn Stojadinović zu überzeugen, dass nach den ihm in Prag gegebenen Versicherungen des Herrn Bundeskanzlers kein Grund zu weiterer Beunruhigung vorhanden sei und dass man hier auf dieser Frage nicht länger herumreiten solle. Auch bezüglich des Projektes einer Zusammenkunft zwischen dem Herrn Bundeskanzler oder Eurer Exzellenz mit Herrn Stojadinović dürften die hiesigen Bedenken so ziemlich beseitigt sein und er erwarte, dass Herr Nastasijević (der gegenwärtig hier weilt und bei meinem Diner die von ihm vergeblich angestrebte Gelegenheit zu einer Unterredung mit seinem Ministerpräsidenten hatte) dieses Thema in allernächster Zeit in Wien wiederaufgreifen werde. Allerdings habe Herr Stojadinović meinem Mitredner gegenüber immer wieder von einer formule über die Restauration gesprochen.

Eine weitere Idee Herrn Hodža's sei die Erneuerung des Schiedsvertrages zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich beziehungsweise dessen Erweiterung in einen Freundschaftsvertrag sowie der Abschluss gleichartiger Verträge Oesterreichs mit Jugoslavien und Rumänien. Auch hierüber werde der tschechoslowakische Ministerpräsident in Wien sprechen.

1590**Amtsvermerk Generalsekretär Peter**

AdR, NPA
Tschechoslowakei 2/1
Z. 35706/13

W[ien], 26. Februar 1936

Der österreichische Gesandte in Prag, Dr. Marek, telephonierte nachstehendes:¹
Sofort nach seiner Ankunft hat der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodža mich telephonisch aufgerufen und zunächst die Bitte vorgebracht, das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, möge doch heute die Wiener Zeitungen dahin instruieren, dass sie, nicht wie es die ungarischen Zeitungen tun, gegen den Besuch Dr. Hodža's in Belgrad schreiben und diesen Besuch als einen Misserfolg bezeichnen.

Weiters führt Dr. Hodža nachstehendes aus:

Für mein Programm betreffend die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donauraum habe ich in Belgrad viel Verständnis und Zustimmung gefunden. Da ich bereits mit Titulescu in der Sache einig bin so bedeutet das, dass wir (Hodža und Bundeskanzler Dr. Schuschnigg) zu einer quasi definitiven Redaktion unserer Vorschläge schreiten können, das heisst, dass ich in Wien mit dem Herrn Bundeskanzler schon Konkretes werde besprechen können, insbesondere auch was die Getreide-Evidenzstelle anbelangt, worüber wir jetzt im Wirtschaftsrate der Kleinen Entente in Prag sprechen und das Projekt beraten werden. Oesterreich, Deutschland und Italien sollen fortlaufend informiert werden. Das Endziel ist eine Vereinbarung zwischen den Staaten des Römischen Paktes und den Staaten der Kleinen Entente.

Ministerpräsident Stojadinović ist prinzipiell damit einverstanden, den Herrn Bundeskanzler zu einem Besuch nach Belgrad einzuladen. Es würde sich darum handeln, dass ein solcher Besuch keine leere Formalität bleibe und eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Stojadinović und Bundeskanzler Schuschnigg müsste irgend ein Ergebnis haben. Herr Stojadinović hat hierbei zwei Eventualitäten im Auge:

- 1.) dass der Herr Bundeskanzler eine Deklaration in der Habsburger-Frage abgebe und irgendwelche Verhandlungen über ein politisches Einvernehmen gepflogen werden (irgend einen politischen Accord). Dies hätte den Zweck zwischen Oesterreich und Jugoslawien eine günstige Atmosphäre zu schaffen oder
- 2.) eventuell den Abschluss eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen Oesterreich und Jugoslawien herbeizuführen, eventuell auch einen Nichteinmischungspakt.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1588.

Diese Vorschläge Stojadinović würde Hodža auch seinerseits empfehlen, weil dadurch als hauptsächlichster Erfolg eine Besserung der derzeit nicht guten öffentlichen Meinung in Jugoslawien Oesterreich gegenüber erzielt werden könnte. Er würde darin einen grossen Fortschritt in der mitteleuropäischen Frage erblicken. Auch mit dem Prinzregenten Paul hat Dr. Hodža gesprochen, der ebenfalls mit einem solchen Vorgehen einverstanden wäre.

Dr. Hodža hat Dr. Marek gebeten, es möge der Herr Bundeskanzler von Vorstehendem in Kenntnis gesetzt werden.

1591

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 110/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA

Tschechoslowakei/2/1

Z. 35950/13

Prag, 2. März 1936

Ich war heute mittags beim Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža und gab ihm die Stellungnahme der Bundesregierung zu den einzelnen Fragen bekannt, die er mir gegenüber aufgeworfen hatte, wobei ich die Weisungen des Erlasses vom 26. Feber 1. J. Zl. 35.734-13¹ und der früheren einschlägigen Erlässe befolgte. Der Herr Ministerpräsident nahm meine Ausführungen mit besonderem Interesse und zustimmend zur Kenntnis und führte sodann in teilweiser Wiederholung und Erläuterung des schon einmal Gesagten Folgendes aus.

Als Ergebnis der Unterhaltungen, die der Herr Ministerpräsident mit Herrn Stojadinović in Belgrad geführt hat, könne die Erklärung des jugoslawischen Ministerpräsidenten angesehen werden, er würde gerne mit dem Herrn Bundeskanzler eine Unterredung haben und ihn zu diesem Zwecke zu einem Besuche einladen, natürlich nur unter der Voraussetzung, dass beide Herren über etwas Konkretes zu reden hätten. Dieses Etwas könnte nach seiner Ansicht entweder eine klare Deklaration in der Habsburgerfrage sein, oder irgend eine andere politische Sache. Herr Dr. Hodža sei ebenfalls der Ansicht gewesen, dass eine solche Unterredung nicht „für die Katz“ sein dürfe, er habe aber Herrn Stojadinović gesagt, dass er eine Deklaration über die Habsburger nicht als geeignete Basis für einen Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Belgrad ansehen könnte, weil der Herr Bundeskanzler in seinen Erklärungen doch nicht weitergehen könnte, als er es in Prag getan, und eine solche Erklärung nach Ansicht Herrn Dr. Hodžas der öffentlichen Meinung in Jugoslawien

¹ ADÖ 10/1587.

nicht als genügend erscheinen dürfte; auf diese Weise hätte ein eventueller Besuch keinen Erfolg. Herr Dr. Hodža habe eine andere Basis für die allfällige Unterredung vorgeschlagen, und zwar Vorverhandlungen über einen politischen Vertrag, wobei er seine Ansicht nicht verhehlt hätte, dass es besser wäre gegen unüberlegte Restaurationsversuche präventive Mittel und einen organisierten Kontakt zwischen den beiden Regierungen zu wählen, das heisst, dass jede politische Vereinbarung, auch wenn sie nur einen Arbitrage- oder Freundschaftsvertrag betreffen würde, geeigneter wäre eine Entspannung der Situation herbeizuführen, als irgendwelche von Herrn Stojadinović angedeutete Deklarationen.

Herr Stojadinović habe hierauf erklärt, dass für ihn auch dieser Weg gangbar wäre. Die Einladung des Herrn Bundeskanzlers nach Belgrad erscheine somit in die Wege geleitet.

Nun wolle der Ministerpräsident aber eine Bemerkung machen, die er mich zur ausschliesslich *persönlichen* Kenntnis des Herrn Bundeskanzlers zu bringen bitte, mit Ausschluss jedweder Mittelsperson. Herr Dr. Hodža sei der Ansicht, dass der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung nicht auf gewisse Hors d'oeuvres bestehen sollten, wie z. B. auf einen vorherigen Aufenthalt des jugoslawischen Ministerpräsidenten in Wien. Denn in diesen Hors d'oeuvres würde immer ein bitterer Nebengeschmack vorhanden sein u. zw. Herr Perčević, eine Sache, in der die Jugoslawen sehr empfindlich seien. Wenn dies nicht wäre, würde Herr Dr. Hodža der gleichen Ansicht sein wie die Bundesregierung. Wenn er aber *privat* und *freundschaftlich*, also weder offiziell noch offiziös, etwas raten dürfe, so wäre es dies, dass sich die Bundesregierung dieser Perčeviće entledigen sollte, weil doch niemand etwas davon habe. Eine Zusammenarbeit, oder überhaupt ein Kontakt mit diesen Leuten hätte vielleicht noch einen Sinn, wenn Oesterreich mit Perčević und Genossen eine Politik gegen Jugoslavien im Sinne der kroatischen Separatisten machen wollte. Es sei aber jedem normal denkenden Menschen klar, dass Oesterreich so etwas nicht machen werde, und deshalb glaube Herr Dr. Hodža, dass es ganz überflüssig sei, die kroatischen Emigranten bestimmter Prägung in Wien zu haben, und dadurch dritten Stellen Argumente zu liefern, die von ihnen nur dazu ausgenützt werden, um das Verhältnis zwischen Oesterreich und Jugoslavien zu vergiften. Herr Dr. Hodža habe von irgend jemanden gehört, dass Perčević schon aus dem Umkreis der Redaktion der „Reichspost“ beseitigt worden sei. Wenn nicht, so würde er dies sehr empfehlen. Wenn ihm der Herr Bundeskanzler in dieser Richtung durch mich so bald als möglich etwas sagen könnte, wäre er sehr dankbar und er würde sofort nach Belgrad telefonieren und dort mit dieser Nachricht sicherlich grosse Freude auslösen.

Privat und als Freund möchte der Ministerpräsident ferner noch folgendes hinzufügen. Er habe aus seinen Unterredungen mit dem Prinzen Paul den Eindruck gehabt, dass dessen persönliche Reserve gegenüber Wien und den Herrn Vizekanzler Fürsten Starhemberg ihre psychologische Erklärung nur darin finde, dass in Wien Gegenstücke des Pavelić sind oder bis vor kurzem waren. Prinz Paul sei

ein Mensch zarter und empfindsamer Gefühlskonstruktion und wenn er über die Ermordung seines Veters spreche, so denke er dabei immer auch an die sogenannten Kroatischen Emigranten in Oesterreich, von denen in Belgrad jedermann überzeugt sei, dass sie einen Bestandteil der äusseren Aktion gegen Alexander gebildet haben. „Also weg mit ihnen“ schloss der Ministerpräsident. Und wenn er auch hierüber etwas erfahren könnte, wäre es für die Sache sehr gut.

Was unser österreichisch-tschechoslovakisches Verhältnis anlange, so werde mir der neue Aussenminister Dr. Krofta demnächst den Text eines Entwurfes für einen politischen Vertrag vorlegen, der sich an den Schimmel der Genfer Verträge über eine amitié perpetuelle anlehne. Er bitte diesen Text zur Grundlage unserer einschlägigen Besprechungen zu machen und unsere Bemerkungen hiezu bekanntzugeben. Ich eröffnete dem Herrn Ministerpräsidenten, dass auch unsere Völkerrechtsabteilung diese Frage bereits studiert habe und dass auch unsererseits schon gewisse Vorarbeiten vorliegen.

Am 5. d. M. wird Herr Dr. Hodža, wie er mir weiter sagte, Beratungen mit den Experten der Kleinen Entente über die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donauraum pflegen und er erwarte zu diesem Zwecke die Ankunft der Herren Kristu aus Bukarest und Pilja aus Belgrad, der dortigen Volkswirtschaftlichen Referenten. Er werde uns über das Resultat dieser Besprechungen am Laufenden halten und selbstverständlich auch Italien und Deutschland informieren, aber auch Ungarn davon in Kenntnis setzen. Er wolle nochmals, wie schon so oft unterstreichen, dass er ohne die Mitarbeit Italiens gar nichts machen wolle und dass in seinen Plänen und Vorschlägen auch nicht die geringste Spitze gegen Deutschland erblickt werden dürfe. In Wien wird der Herr Ministerpräsident am Montag den 9. März um 6.30 Uhr (Ostbahnhof) früh eintreffen und er ist einverstanden, dass sein Wagen auf einem Nebengeleise solange stehen bleibt, wie es der Herr Bundeskanzler wünscht. Herr Dr. Hodža wird im Hotel *Bristol* wohnen, weil er dort mit seinem alten Freund und Kameraden, dem ehemaligen rumänischen Ministerpräsidenten Maniu zusammen treffen will. Dieser dürfte bereits im Hotel Bristol eingetroffen sein. Seine Zusammenkunft mit Herrn Maniu werde einen durchaus privaten Charakter tragen und er teile mir dies nur mit, damit sich der Herr Bundeskanzler nicht etwa darüber aufhalte, wenn er davon hören sollte. Seine Unterredungen mit Herrn Maniu sollen keineswegs das offizielle Programm beeinflussen oder stören, er werde immer in der Früh oder irgendwann die erforderliche Zeit für Herrn Maniu finden.

Herr Dr. Hodža wird auf der Fahrt nach Wien vom Herrn Gesandten Dr. Friedmann, von seinem Privatsekretär und einem Pressereferenten begleitet sein, die näheren Entscheidungen hierüber werde er erst Freitag treffen können. Seine Rückreise aus Wien dürfte Dienstag um 5 Uhr nachmittag, eventuell aber auch, wenn es notwendig wäre, erst in der Nacht erfolgen. Der Ministerpräsident bittet, ihm möglichst bald das genaue Programm für den Wiener Aufenthalt bekanntzugeben und er wiederholte nochmals, dass er den grössten Wert auf die Möglichkeit ausführlicher Unterredungen mit dem Herrn Bundeskanzler und mit Eurer Exzellenz legt.

Zum Schluss sagte mir der Herr Ministerpräsident noch Folgendes. Er habe die Absicht, bei einer passenden Gelegenheit, nicht gleich, sondern irgendwann später, dem Herrn Bundeskanzler das Grosskreuz des Löwenordens zu verehren, möchte aber zuvor wissen, ob die Verleihung dieser Auszeichnung dem Herrn Bundeskanzler genehm wäre. In dieser Richtung liege bereits eine Anregung Herrn Fierlingers vor.

Ich bitte Euer Exzellenz um eine geneigte Weisung, ob und was ich allenfalls dem Herrn Ministerpräsidenten auf seine Bemerkungen hinsichtlich der kroatischen Emigranten antworten soll.

1592

Amtsvermerk Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Jugoslawien/Geheim I/III
Z. 35987

Wien, 2. März 1936

Der jugoslawische Gesandte ist heute bei mir erschienen und teilte mir mit, dass er soeben aus Belgrad zurückgekehrt sei, wo er mit Stojadinović gesprochen hätte.

Der Succus der Mitteilungen, die mir Nastasijević machte, ist folgender:

- 1.) Jugoslawien hätte uns gegenüber freundliche Gefühle und teile die Ansicht, dass der Aufbau in Zentraleuropa nicht zu rasch, sondern etappenweise gemacht werden solle. Schmunzelnd machte er einen kleinen Ausfall gegen Hodža.
- 2.) Stojadinović sei der Ansicht, dass ein zentraleuropäisches Gebilde seinen Ausgang nehmen müsse von der politischen Annäherung zwischen Oesterreich und Jugoslawien.
- 3.) Jugoslawien wende sich mit aller Schärfe dagegen, Russland als Garanten nach Europa einzuschmuggeln. Stojadinović hätte auch Hodža diesbezüglich klaren Wein eingeschenkt.
- 4.) Jugoslawien nehme mit Genugtuung unsere Haltung zur Kenntnis, wonach wir in keinen Block gegen Deutschland eintreten wollen. Er teile unsere diesbezügliche Auffassung.
- 5.) Stojadinović lässt mir sagen, dass Hodža über die ganze Frage von Besuchen und Gegenbesuchen, über die schon so viel gesprochen worden sei, das Gespräch führen werde. Ich konnte mich nicht zurückhalten zu bemerken, dass ich es für richtiger gehalten hätte, dass in der Frage von Besuchen zwischen Oesterreich und Jugoslawien die beiden Staaten in einen direkten Meinungsaustausch eingetreten wären.

1593**Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 11/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Geheim I/III

Z. 36124/13

Belgrad, 6. März 1936

Da der durch das Parlament jetzt besonders stark in Anspruch genommene Ministerpräsident mich in den letzten Tagen nicht empfangen konnte, habe ich den Ministre-adjoint des Affaires Etrangères aufgesucht und gefragt, welche Eindrücke der Besuch Dr. Hodža's hier hinterlassen habe.

Aus den Ausführungen meines – allerdings im Allgemeinen düster veranlagten – Mitredners ersehe ich, dass man die Chancen der Aktion des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten hier sehr skeptisch beurteilt. Herr Martinac erklärte mir, die Pläne Dr. Hodža's seien ihrem Wesen und Kerne nach wirtschaftlicher Natur. Sie bezwecken die Schaffung einer Art Cartels der fünf Donaustaaten (hier tauchte der vom französischen Gesandten gebrauchte Ausdruck wieder auf), das fürs Erste seinen Ausdruck in jener Getreideüberschuss- und Preisregulierungszentrale finden soll, von der Dr. Hodža mittlerweile öffentlich gesprochen hat. Ihr Sitz soll Wien sein und der tschechoslowakische Ministerpräsident sei der Ansicht, dass die Beherbergung dieses Institutes Wien eine privilegierte Stellung in Mitteleuropa geben und damit die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung Oesterreichs bilden könnte, von dem günstige politische und soziale Rückwirkungen für uns zu erhoffen seien.

Diesem Projekte – dem einzigen, das nach Ansicht meines Mitredners als konkret bezeichnet werden könne – stehe die jugoslawische Regierung durchaus sympathisch gegenüber. Herr Stojadinović habe daher nicht gezögert, Herrn Hodža seine volle Unterstützung zuzusagen. Ob der Plan realisierbar sei und die gewünschte Wirkung für die getreideexportierenden Donaustaaten einerseits und für Oesterreich andererseits zeitigen werde, sei eine andere Frage. Der Herr Ministergehilfe verhehlte mir nicht, dass er diesfalls weder klar sehe noch optimistisch denke. Ohne die Grossmächte werde es nicht gehen. Er glaube aber nicht, dass Dr. Hodža seiner ganzen Aktion damit einen guten Dienst erwiesen habe, dass er immer wieder betone, wie sehr sie von den Herren Sarraut und Flandin gutgeheissen werde. Diese Patronanz der französischen Regierung werde die Situation weder gegenüber Deutschland noch gegenüber Italien fördern.

Herr Martinac sprach auch von einem politischen Konzepte Herrn Hodža's. Er drückte sich hiebei noch vager aus als seinerzeit mein französischer Kollege und redete von einem System von Arbitrageverträgen der Kleinen Entente mit Oes-

terreich. Dr. Hodža habe gemeint, Jugoslawien solle doch mit Oesterreich einen „harmlosen“ politischen Vertrag dieser Art schliessen. Auch hier werde die jugoslawische Regierung mitgehen, aber sie sei sich klar, dass damit noch nichts getan sei.

Ausser Italien und Deutschland tauchte auch Ungarn in den skeptischen Betrachtungen meines Mitredners immer wieder auf.

Ich konnte ihm im Allgemeinen durchaus Recht geben und hatte mit der Bemerkung, dass auch wir nicht daran dächten, uns in eine sichtbar gegen Deutschland gerichtete Kombination einzulassen, einen sichtlichen Beruhigungserfolg.

Mein Eindruck ist, dass Herr Hodža hier den Gedanken lanciert hat, man müsse Oesterreich in ein günstiges Wirtschaftsverhältnis zur Kleinen Entente bringen, dadurch politisch sorgenfreier machen und so sanft und allmählich ins andere Lager hinüberziehen. Bei der geringen Phantasie und dem grossen Misstrauen der jugoslawischen Regierung scheint der Gedankenflug Dr. Hodža's hier keine tieferen Spuren hinterlassen zu haben, eben mit Ausnahme jener Getreideüberschuss-Zentrale, die wenigstens ein für den jugoslawischen Gebrauch geeignetes Argument darstellt. Den übrigen wirtschaftlichen Projekten des Gastes steht man hier skeptisch gegenüber, den politischen mehr als skeptisch.

1594

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 115/Pol.

AdR

Gesandtschaft Prag

(ohne Zahl)

Prag, 6. März 1936

Gestern abend gab Herr Präsident Dr. Beneš in den Festräumen der Burg ein Diner für das diplomatische Korps, zu dem alle Missionschefs mit ihren Damen, der Ministerpräsident, der Aussenminister, Kanzler Dr. Šamál und einige hohe Beamte der Präsidentschaftskanzlei und des Aussenministeriums geladen waren.

Unmittelbar nach dem Essen zog mich Präsident Dr. Beneš in eine Ecke des Salons und erkundigte sich, ob ich ihm aus Wien etwas Neues zu erzählen hätte. Eigentlich war dies mehr eine rhetorische Frage, denn der Herr Präsident schien auf keine Antwort zu warten und führte gleich selbst folgendes aus:

„Nous sommes mûrs“ konstatierte Herr Dr. Beneš im Hinblick auf die wünschenswerte Annäherung zwischen unseren beiden Ländern und er nahm dadurch einen Gedanken auf, den er mir, wie aus meiner früheren Berichterstattung erinnerlich sein dürfte, wiederholt entwickelt hatte. Die tschechoslovakische Oeffentlichkeit

sei vorbereitet und werde freudig mitgehen, ebenso die politischen Parteien. Hoffentlich sei man auch in Oesterreich schon so weit. In der Aussenpolitik gibt es, fuhr der Herr Präsident fort, zwei Komponenten: die eine stabile, naturgegebene, historisch und geopolitisch bedingte, die zweite, die sich aus den Menschen zusammensetzt. Die Menschen können innerhalb eines gewissen Spielraums zwar frei agieren, und sie können, wenn sie die durch die erste Komponente gezogenen Grenzen nicht berücksichtigen, die Sache zwar verzögern und hinauschieben, doch nicht auf die Dauer verhindern, was naturgegeben ist. Und wenn der einzelne Akteur allzusehr und allzu nachhaltig die durch die erste Komponente gegebenen Notwendigkeiten vernachlässigt, so wirft er um. Die Tschechoslovakei sei heute innen- und aussenpolitisch konsolidiert, es könne ihr nichts mehr geschehen und sie könne warten. „Ich habe keine Angst mehr vor Hitler, was kann er schliesslich machen, er wird sich alles sehr gut überlegen müssen!“ Man könne jetzt in aller Ruhe handeln und Schritt für Schritt vorwärtsschreiten.

Ministerpräsident Dr. Hodža sei in Paris allzu stürmisch gewesen und wenn er, Dr. Beneš, dort gewesen wäre, hätte auch Herr Flandin anderes gesprochen und dieser hätte auch nicht den Herrn Vizekanzler Fürsten Starhemberg so zugesetzt, wie es geschehen ist. In dieser Hinsicht werde der ruhig erwägende und ausgeglichene Dr. Krofta ganz im Sinne des Präsidenten handeln.

Innerpolitisch, sagte mir der Herr Präsident, hätten sich alle Parteien geeinigt, dass Dr. Beneš die Linien der Aussenpolitik bestimmen soll, dass er die Militärmacht fest in der Hand halten und dass er in den innerpolitischen Streitigkeiten den arbiter zwischen den politischen Parteien machen soll. Die Parteien sehen im Präsidenten mit Recht den überparteilichen Menschen, der er immer gewesen sei, und sie sehen, dass er eigentlich nie einer bestimmten Partei ganz angehört habe. Auch die Slowaken seien bevor sie zu Dr. Hodža gingen, zuerst zu ihm gekommen und Dr. Beneš habe mit ihnen in dem Sinne gesprochen, wie er mir es szt. dargelegt hat. Herr Dr. Beneš habe ihnen ein Placet für ihre Forderungen gegeben und ihnen geraten, sie sollen jetzt zuschauen, wie sie ihre Postulate beim Ministerpräsidenten politisch durchsetzen. Die Slovaken seien heute, „Seiner Majestät getreue Opposition“.

Herr Dr. Beneš versicherte mir, dass er mit dem Ministerpräsidenten sehr gut stehe, er schätze ihn und wolle dahin wirken, dass sich Herr Dr. Hodža so lang als möglich an der Spitze der Regierung hält. Der Herr Präsident schloss seine Unterredung mit den Worten, er sei sehr neugierig, was Dr. Hodža aus Wien mitbringen werde.

Ich hatte nach dem Essen Gelegenheit, auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten einige Worte zu wechseln, es war aber schwer, länger mit ihm zu sprechen, weil der Ansturm der Kollegen auf seine Person allzu gross war. Die Zeiten werden immer schöner, sagte mir Herr Dr. Hodža, es sei aber eine reine Freude, kämpfen zu können und kämpfen werde er. Er stellte mir in Aussicht, mich vor seiner Reise nach Wien nochmals zu sich zu bitten und mir noch einiges zu sagen.

Wie mir im Verlaufe des Abends mein italienischer Kollege erzählte, habe ihn Herr Dr. Hodža gefragt, warum eigentlich Herr Mussolini so wütend gewesen sei, dazu sei doch wirklich kein Anlass gewesen. Er, der Ministerpräsident, habe doch stets mit aller Deutlichkeit erklärt, dass Italien in gar keiner Weise bei den bevorstehenden Besprechungen übergangen werden und bei allen Mitteleuropa betreffenden Verhandlungen stets gefragt werden soll. Herr de Facendis habe die gewissen gereizten Aeusserungen Herrn Mussolinis auf Herrn Titulescu bezogen, der in Paris gesagt habe, man werde Italien durch Russland ersetzen.

Aussenminister Dr. Krofta erzählte mir, dass die Personalfragen im Aussendienste noch immer nicht gelöst seien. Die Agrarier hätten gerne den Moskauer Gesandten Herrn Pavlu als ihren Exponenten im Aussenministerium gehabt. So wolle aber Dr. Krofta die Sache nicht aufgezündet haben, er könne so zu sagen einen agrarischen Kontrollor neben sich nicht dulden. Aber auch Herr Pavlu wolle nicht nach Prag gehen, er sei froh, dass er sich in Moskau endlich eingerichtet habe und wolle vorläufig dort bleiben. Herr Fierlinger werde nicht ins Ministerium kommen. Er werde wahrscheinlich einen längeren Urlaub, vielleicht in Disponibilität, antreten und auf Reisen gehen. Für Wien könnte vielleicht Herr Radimsky vom Vatikan in Betracht kommen, in dieser Hinsicht sei aber noch keine Entscheidung gefallen und Herr Dr. Krofta werde erst in den nächsten Tagen mit Herrn Dr. Beneš darüber sprechen. Gesandter Masaryk sei in London derzeit unabkömmlich und die Gerüchte, er werde nach Wien gehen, seien falsch. (Präsident Dr. Beneš sagte allerdings zu meiner Frau, die er zu Tisch führte, er würde den jungen Masaryk dann nach Wien geben, wenn er bestimmt wüsste, dass diesem dort ein Erfolg beschieden wäre; so lange diese Sicherheit nicht bestehe, lieber nicht.)

1595

Zusammenkunft Bundeskanzler Schuschnigg mit tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža am 10. März 1936 in Wien

Protokoll

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 136378/14a

Wien, 10. März 1936

Die Unterzeichneten haben den Anlass ihrer Wiener Zusammenkunft¹ dazu benützt, um das bisherige Ergebnis der im Gange befindlichen Handelsvertragsver-

¹ Vgl. ADÖ 10/1590.

handlungen zu überprüfen, und haben vom aufrichtigen Wunsche durchdrungen, die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen, für die im Zeitpunkte ihrer Zusammenkunft noch offenen Fragen Entscheidungen getroffen. Dies betrifft die Zölle, das Einfuhrregime, die Kohlenfrage, den Veredelungsverkehr, Fremdenverkehr, Zahlungsverkehr und andere. Demgemäss ist in allen in Verhandlung stehenden Fragen ein Einvernehmen erzielt worden.

Im neuen Vertrage wird im Sinne der Empfehlungen von Stresa der Präferenzgedanke zur Anwendung gelangen. Der Vertrag soll beiden Seiten erhöhte Ausfuhrmöglichkeiten geben. Die formelle Ausarbeitung der Vertragsabmachungen hat in technisch kürzester Zeit zu erfolgen.

Die Unterzeichneten verbinden mit diesen Feststellungen die Hoffnung, dass die Ergebnisse der Verhandlungen zum angestrebten Ziele einer Erstarkung und Vertiefung des gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehrs führen werden.

1596

Unterredung Außenminister Berger-Waldenegg mit deutschem Gesandten Papen am 11. März 1936 in Wien

Amtserinnerung

AdR, NPA
Deutschland/Geheim 15/5
Z. 36233/13

Wien, 11. März 1936

Heute erschien der deutsche Gesandte Herr von Papen beim Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Berger-Waldenegg und führte Folgendes aus: Im Auftrage der deutschen Reichsregierung sei er gekommen, um dem Herrn Bundesminister die Gründe mitzuteilen, welche den Herrn Reichskanzler Hitler veranlasst haben, die militärische Besetzung des Rheinlandes jetzt durchzuführen. Gelegentlich dieser Mitteilung liess Herr von Papen durchblicken, dass er persönlich sich gegen diesen Akt ausgesprochen habe. Als Gründe, die den Herrn Reichskanzler diese Massnahme dennoch durchführen liessen, entwickelte er die bereits aus der Presse sattsam bekannten Motive und betonte speziell die Gefahr des Bolschewismus. Diesen Aeusserungen fügte Herr von Papen die interessante Bemerkung bei, dass die deutsche Reichsregierung – wie uns das ja bereits bekannt sein dürfte – *vor* der Ausführung der Rheinlandbesetzung die königlich italienische Regierung von ihrer diesbezüglichen Absicht verständigt habe. Ministerpräsident Mussolini hätte dem Herrn deutschen Botschafter in Rom geantwortet, dass er wohl den Standpunkt Deutschlands verstehe, dass Italien aber von dieser ganzen Aktion fernbleiben wolle.

Herr von Papen fragte den Herrn Aussenminister Berger-Waldenegg dann, welche Stellung die österreichische Regierung in der Frage einnehme, worauf Herr Berger-Waldenegg erwiderte, dass Oesterreich, ebenso wie Deutschland, den Frieden von Versailles als etwas Ungerechtes empfinde, daher jedes Fallen eines Blattes dieses Baumes nur mit Sympathie betrachten könne. Aber auch als deutsche Brudernation habe Oesterreich den Schritt Deutschlands in der Rheinlandfrage mit Interesse verfolgt. Für die österreichische Regierung bestehe indes kein Anlass, sich mit der Angelegenheit selbst des Näheren zu beschäftigen, doch könne die deutsche Regierung, was übrigens der Herr Bundeskanzler dem Herrn deutschen Gesandten wiederholt gesagt habe, versichert sein, dass trotz aller von Deutschland gegen Oesterreich geführten Schläge dieses sich niemals in einen antideutschen Ring zum Zwecke der Niederringung Deutschlands hineinpressen lassen würde. Oesterreich könne seine Politik ohne Deutschland machen; zur Verteidigung seiner selbst würde es sich überall Bundesgenossen suchen, aber ein Kampf gegen Deutschland als Selbstzweck liege ihm vollkommen ferne.

Herr von Papen fragte hierauf, was der Herr Bundesminister zur Frage der Sanktionen sage und ob etwa Oesterreich daran teilnehmen würde. Der Herr Bundesminister erwiderte, dass er an die Durchführung von Sanktionen nicht glaube und dass im Uebrigen gegebenenfalls die Frage einer Teilnahme oder Nichtteilnahme an Sanktionen nicht er, sondern ein Ministerrat zu entscheiden haben würde, dass er aber der Ansicht sei, dass Deutschland diesbezüglich keine Besorgnis zu haben brauche, dass Oesterreich in dieser Richtung eventuell irgend eine Deutschland abträgliche Haltung einnehmen werde. Der Herr Aussenminister fügte lächelnd hinzu, dass er meine, Oesterreich werde sich da in Gesellschaft von Polen, Ungarn, Jugoslawien, Italien und der nordischen Staaten befinden.

Herr von Papen berührte dann das handelspolitische Gebiet und der Herr Bundesminister benützte diese Gelegenheit um dem deutschen Gesandten zu sagen, dass alle die Handelsabkommen Oesterreichs mit seinen Nachbarstaaten, die durchzuführen so viel Mühe kosten, von Oesterreich mit bedeutend weniger Intensivität angestrebt werden würden, wenn Deutschland nicht den deutlichen Willen zeigen würde, Oesterreich jede handelspolitische Hilfe zu verweigern. Herr von Papen nahm die Erklärungen des Herrn Aussenministers zur Kenntnis und fügte bei, dass er eben erst in der vergangenen Woche in Berlin gehört habe, dass nunmehr auf deutscher Seite die Absicht bestehe, mit Oesterreich auf handelspolitischem Gebiete ernstlich zu verhandeln. Er selbst hätte diese Absicht wärmstens unterstützt.

1597**Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg**

Bericht Nr. 13/Pol.

AdR

Gesandtschaft Belgrad
(ohne Zahl)

Belgrad, 11. März 1936

Der Herr Ministerpräsident, von dem ich heute empfangen wurde, eröffnete die Unterredung mit der Bemerkung, dass der gegenwärtig in Wien weilende tschechoslowakische Premier die österreichische Regierung zweifellos über seine Auffassungen in der Donauorganisationsfrage unterrichtet haben werde. Da ich mit dem Ministergehilfen dieses Thema bereits ausführlich erörtert hatte (Bericht 11/Pol. vom 11.III.)¹ insistierte ich nicht weiter und sagte nur, ich hoffe, dass sich künftige Konversationen zwischen Wien und Belgrad nicht ausschliesslich im Wege einer wenn auch noch so sympathischen Vermittlung abspielen werden, was Herr Stojadinović mit einem etwas japanischen Lächeln quittierte.

Mein Mitredner wies sodann auf den von Oesterreich handelnden Passus seiner Skupštinarede hin und sagte, er wünsche aufrichtig, mit uns zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu gelangen, und sei überzeugt, dass eine solche möglich wäre, wenn nicht die Restaurationsfrage sich immer wieder hindernd in den Weg stellen würde. Mein Interview in der „Pravda“ habe ihm sehr gut gefallen, aber er finde, dass alle unsere offiziellen Enunziationen auf diesem Gebiete in zwei Teile zerfallen, einen guten und einen schlechten. Welcher Teil sei nun der richtige?

Ich erwiderte Herrn Stojadinović, dass ich nicht glauben könne, es sei ihm mit seinen Besorgnissen ernst. Aber ich verstehe, was er meine, und könne ihn genau aufklären. Die Frage sei tatsächlich eine solche des Prinzipes und eine solche der Durchführung. In das erstere dächten wir nicht daran, uns etwas dreinreden zu lassen, in letzterer Hinsicht aber hätten wir bis zum Ueberdruss erklärt, dass wir auf die anderen Rücksicht nehmen wollen. Wo da ein Widerspruch oder eine Inkongruenz liege, sei mir nicht erfindlich, und ich möchte ihn – Herrn Stojadinović – ernstlich bitten, diese theoretische und ganz sterile Diskussion, an der im Grunde genommen nur ein paar Zeitungen Vergnügen finden, zu beenden.

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, ich müsse verstehen, dass den Jugoslawen die Habsburger Politik von vor dem Kriege noch in den Gliedern liege. Gerade weil seine Politik darauf gerichtet sei, das heutige Oesterreich von jenem früheren feindlichen Gebilde scharf zu trennen, störe das Wiederaufleben der

¹ Gesandter Schmid an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 11/Pol, Belgrad, 11.3.1936 – AdR, NPA Gesandtschaft Belgrad.

Gemeinschaft: Oesterreich und Habsburg so sehr sein politisches Konzept. Ich möge nicht glauben, dass er für unsere besondere Lage in diesem Problem kein Verständnis habe. Hier versank Herr Stojadinović in Nachdenken und sagte dann mehr zu sich selbst: Ja, wenn die österreichische Regierung in der Habsburgerfrage eine Art Erklärung abgeben könnte, dann wäre meine Situation viel leichter – aber ich glaube nicht, dass sie dies tun könnte; sie muss eben auf die innerpolitische Situation Rücksicht nehmen. Was meinen Sie dazu?

Ich erwiderte Herrn Stojadinović, das ich ihm auf diesem Wege nicht mehr folgen könne. Wenn die jugoslawische Regierung überhaupt die Absicht habe, sich beruhigen zu lassen, so finde sie hiefür in den zahlreichen, von uns bisher abgegebenen Erklärungen genügende Ursache. Wenn sie aber aus irgendwelchen mir unbekanntem Gründen in der Beunruhigung dauernd verharren wolle, so sähe ich nicht ein, wozu weitere Erklärungen noch nützen könnten.

Der Herr Ministerpräsident reagierte hierauf nicht mehr direkt und meinte nur, Herr Hodža werde in Wien auch diesen Punkt berührt haben, ebenso wie die Besuchsfrage.

Auf die allgemeine Situation übergehend, sagte Herr Stojadinović, der eben den Besuch des französischen Gesandten empfangen hatte, dass das Hitler'sche Vorgehen bezüglich des Locarno-Paktes die Nerven Frankreichs auf eine harte Probe stellen werde. Was die Kleine Entente betrifft, die am Locarno-Pakt nicht direkt beteiligt sei, so dürften ihre Reaktionen im Rahmen des Völkerbundes erfolgen. Für Italien scheine ihm ein günstiger Moment gekommen zu sein. Er glaube auch, dass Herr Mussolini von den Plänen Hitlers „ein wenig“ informiert gewesen sei. Vielleicht werde diese Situation im Zusammenhalte mit der letztthin kundgegebenen Bereitschaft Italiens zu einer Liquidierung des ostafrikanischen Konfliktes das Ende der Sanktionen herbeiführen, was er – der Ministerpräsident – im Interesse seines Landes wärmstens begrüßen würde.

1598

Gesandter Tauschitz an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 64/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim 15/5
Z. 36391/13

Berlin, 13. März 1936

Als am Dienstag dieser Woche von verschiedenen Seiten Zweifel laut wurden, ob sich Oesterreich und die Tschechoslowakei auch unter jenen Staaten befinden, mit denen die deutsche Reichsregierung einen Nichtangriffspakt abzuschliessen be-

reit ist, ersuchte ich um eine Rücksprache mit Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath. Bevor es jedoch zu dieser Aussprache kam, erschien das Interview des englischen Journalisten Ward Price mit dem deutschen Reichskanzler, nach welchem es wohl keinen Zweifel mehr gibt, dass Oesterreich hievon nicht ausgenommen ist. Diese Frage war somit in der Donnerstag stattgefundenen Rücksprache mit Neurath bereits vollkommen klar. Ich versuchte daher vor allem zu erfahren, wieso sich das Auswärtige Amt vor Erscheinen dieses Interviews ausländischen Journalisten gegenüber, wie ich in meinem Berichte Zl. 63/Pol.¹ ausführte, noch dahin äussern konnte, dass die Auffassung des „Berliner Tageblattes“, wonach es grotesk wäre, mit dem brüderlichen Oesterreich einen Nichtangriffspakt abzuschliessen, die richtige sei. Neurath meinte, was das „Berliner Tageblatt“ schreibt, sei ihm ganz gleichgiltig, er habe auch nicht die geringste Verbindung mit ihm, massgebend wären die Worte des Führers und ich könne an diesem Beispiel sehen, wie wenig man auf das Geflunker der Auslandsjournalisten geben könne, denn niemand Verantwortlicher im Auswärtigen Amt war ermächtigt, zu erklären, dass an der Darstellung des „Berliner Tageblattes“ etwas Wahres sei. Neurath, der unter dem Eindruck der ausserordentlich ernsten Lage der Verhandlungen in London stand, war sehr abgespannt, so dass aus ihm nicht viel herauszuholen war. Er äusserte sich dahin, dass der deutsche Vorschlag auf grosse Schwierigkeiten gestossen sei und es wäre ihm ganz unverständlich, dass die Franzosen darauf nicht eingingen.

Ich versuchte vor allem zu erfahren, ob man sich über den Nichtangriffspakt mit Oesterreich schon irgendwelche Gedanken gemacht und insbesondere, ob man zur Frage der Nichteinmischung mittlerweile eine veränderte Stellung bezogen habe. Neurath meinte, es wäre natürlich vorerst das Dringendste, die Lage im Westen zu bereinigen. Der Nichtangriffspakt mit Oesterreich käme folgerichtig nach dieser Frage zur Besprechung und wäre somit gar nicht dringend. Neurath übergang somit die Stellungnahme zur Frage der Nichteinmischung. Der Behauptung des ungarischen Kollegen, dass Bülow ihm in der Vorwoche, also noch vor dem 7. d. M. gesagt hätte, Deutschland sei es gleich, ob Oesterreich Wahlen oder eine Volksabstimmung mache oder nicht, stehe ich somit nach wie vor sehr skeptisch gegenüber.

Aus dem kurzen Gespräch, Neurath war sehr pressiert, habe ich den Eindruck gewonnen, dass es sich bei der nochmaligen Erklärung zur Bereitwilligkeit, mit Oesterreich einen Nichtangriffspakt abzuschliessen zu wollen, nur um eine Augenauswischerei England gegenüber handelt. Man wollte eine Erleichterung für die Lage im Westen schaffen, ohne dass man sich darüber Gedanken macht, ob die Partei bereit sein wird, Oesterreich für ihren Kampf abzuschreiben. Meines Erachtens könnte man über die Frage eines Paktabschlusses mit Aussicht auf Erfolg nur ge-

¹ Gesandter Tauschitz an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 63/Pol., Berlin, 12.3.1936 – AdR, NPA, Deutschland/Geheim 15/5, Z. 36282/13.

legentlich einer Generalbereinigung aller europäischen Fragen, wie eventuell bei den Verhandlungen in London, diskutieren. Ohne zwingende Notwendigkeit für Deutschland und ohne einen entsprechenden Druck wird es meiner Meinung nach nie zu einem Nichtangriffspakt kommen.

1599

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Telegramm Nr. 13 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 36336/13

Rom, 14. März 1936

(22.30→15.III – 9.00)

Da ich es mit Rücksicht auf letzte Ereignisse für angezeigt hielt, Herrn Mussolini persönlich zu sprechen, hatte ich mich anmelden lassen und wurde eben empfangen.

Zuerst informierte ich Mussolini über Ergebnis Besprechungen Dr. Schüllers. Dann fragte ich ihn über seine Ansicht bezüglich weiterer Entwicklung gegenwärtiger Lage. Er erwiderte, „es werde nichts geschehen“, Frankreich habe eben in der Völkerbundrats-Sitzung Forderungen formuliert, die bedeuteten, dass es bereits „sehr viel Wasser in seinen Wein gegossen habe“. Italien hätte bei der Konstatierung Verletzung Vertrages Locarno mitgetan, „man könne nicht behaupten, dass eine Fensterscheibe ganz sei, wenn sie mit Gewalt zertrümmert würde“. Weiter gehe er aber nicht, „nicht einmal für eine moralische Verurteilung Deutschlands sei er zu haben“, denn er wisse jetzt aus eigener Erfahrung, wohin so etwas führen könne. Was die Sanktionen gegen Italien anlange, so sei es absurd, sie noch weiter beibehalten zu wollen, aber er wisse noch nicht, wie sich die Sache entwickeln werde, Rückfälle seien keinesfalls ausgeschlossen. Den Friedensappell hätte er angenommen, weil er ganz generell gehalten gewesen wäre. In den nächsten Tagen erwarte er weitere gute Nachrichten aus Afrika. Es müsse noch die letzte feindliche Armee geschlagen werden. Die innere Lage Abessiniens sei schon sehr schlecht.

Ich äusserte Besorgnis vor weiteren Akten Deutschlands in der Richtung geringsten Widerstandes. Mussolini erklärte mit Entschiedenheit, dass er an solche nicht glaube. „Sie werden es sich tausendmal überlegen.“

1600**Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg**

Telegramm Nr. 15 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 36335/13

Rom, 14. März 1936

(22.30→15.III – 9.00)

In heutigem Gespräch unterstrich Herr Mussolini Wert, den ein „Block“ der drei Römischen Protokoll-Staaten im Gegensatz zu Kleiner und Balkan-Entente und ein Zollverein zwischen den drei Staaten für uns haben würde so stark, dass ich entschiedenen Eindruck habe, dass er bei Zusammenkunft doch Ausbau vorschlagen wird, obzwar mir gegenüber derartige Absicht unlängst auch noch von Jacomoni in Abrede gestellt worden ist.

1601**Amtsvermerk Ministerialrat Leitmaier**

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 36398

[Wien,] 18. März 1936

Unter Entente versteht man völkerrechtlich eine Art von Alliance, d. i. eine auf Gleichheit beruhende, in der Regel auf einen bestimmten Zeitraum abgeschlossene, meist (zum Unterschied vom Staatenbund) nicht organisierte Staatenverbindung zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele.

Da jedoch die Staaten in keiner Weise gehalten sind, die Verbindungen, die sie untereinander eingehen, einem völkerrechtlichen Typus anzupassen, besagt der Name Entente faktisch nicht sehr viel; es kommt vielmehr darauf an, wie weit eine Entente die einzelnen Teilnehmer untereinander bindet und wie weit die Entente dann nach aussen als politische Einheit erscheint.

Es darf diesbezüglich auf den Unterschied zwischen der Entente cordiale und der kleinen Entente hingewiesen werden. Letztere geht bekanntlich sowohl in der Bindung nach innen wie in der gemeinsamen Vertretung nach aussen sehr weit. Sie besitzt (pacte d'organisation de la Petite Entente signé à Genève le 16 février 1933) einen Conseil permanent, bestehend aus den Aussenministern oder sonstigen Bevollmächtigten, der regelmässig dreimal im Jahr zusammentritt und als

organe directeur de la politique commune du groupe des trois Etats erklärt ist. Die Bindung nach innen ergibt sich aus der Bestimmung, dass jeder politische Vertrag eines Staates der kleinen Entente, aber auch jeder einseitige Akt derselben, der ihre Beziehungen zu einem dritten Staate ändert, sowie jeder politisch wichtigere ökonomische Vertrag mit einem dritten Staat der einstimmigen Zustimmung des permanenten Rates der kleinen Entente bedarf.

Im vorliegenden Falle scheint es vor allem wichtig festzustellen, inwieweit das neue Protokoll über die römischen Protokolle hinausgeht. Soweit ich sehen kann, rechtfertigt sich die Bezeichnung Entente dadurch, dass, während in den römischen Protokollen nur von der Existenz zahlreicher gemeinsamer Interessen gesprochen wird, die eine politique concordante verlangen, und Beratungen nur jeweils in Aussicht genommen sind, nunmehr die Notwendigkeit gemeinsamer Beratungen auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiete, also auf allen Gebieten festgelegt wird und zu diesem Behufe ein ständiges Beratungsorgan eingesetzt werden soll. Es wird der näheren Ausführungen bedürfen, aus wem dieses Organ bestehen soll (vermutlich den Aussenministern bzw. den leitenden Staatsmännern) und wie oft es zusammentreten soll.

Insolange die auswärtige Politik der drei Teilnehmer nicht ausdrücklich von einstimmigen Beschlüssen derselben oder eines gemeinsamen Organes abhängig gemacht wird, dürfte der Festigung der Beziehungen gegenüber den römischen Protokollen wohl mehr symbolische Bedeutung zukommen.

1602

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 133/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 19. März 1936

Gestern Abend hatte ich Gelegenheit in einer Gesellschaft mit Herrn Aussenminister Dr. Krofta durch einige Zeit ungestört sprechen zu können. Zuvor sah ich Herrn Minister Dr. Krofta in einem langen und scheinbar ziemlich erregten Gespräch mit dem Generalarmeeinspektor Syrový. General Syrový hatte, wie mir Herr Dr. Krofta nachher erzählte, den Optimismus des Aussenministers bekämpft und ihm die Befürchtungen der Generalität vorgetragen, die aus der gegebenen politischen Lage in Europa entspringe. Der Generalstab sehe sehr schwarz und sei überzeugt, dass Deutschland über kurz oder lang im Rheinland einen Festungsgürtel, ähnlich der Maginotlinie aufrichten wird, der die französischen Streitkräfte binden und sie dar-

an hindern wird, notwendigenfalls der Tschechoslovakei zu Hilfe zu kommen. Dann werde das Schicksal der Tschechoslovakei, aber auch Oesterreichs besiegelt sein. Es müsse daher unbedingt und mit allen Kräften, nach Ansicht des Generalstabs, die französische Politik unterstützt und Deutschland zur militärischen Räumung des Rheinlandes gezwungen werden.

Aussenminister Dr. Krofta teilt, wie er mir sagte, diesen Pessimismus nicht und ist eher in Bezug auf die schwebenden Verhandlungen mit Deutschland optimistisch, obzwar ihm die Ausführungen General Syrovys Eindruck gemacht haben. In Deutschland, meinte der Minister, scheint doch irgend etwas los zu sein, er wisse noch nicht genau was, ob es sich nur um wirtschaftliche Schwierigkeiten, oder auch um solche politischer Natur handle, und Herr Hitler werde vielleicht mit Rücksicht hierauf in einer gewissen Beziehung nachgiebig sein, wofür bereits Anzeichen gegeben sind. Schon dass Deutschland jetzt eher der kollektiven Sicherheit zuneigt, bzw. diese nicht mehr so kategorisch wie früher ablehnt, dass sich die Reichsregierung beeilt habe, in Prag zu erklären, das Reich denke nicht daran, die Internationalisierung gewisser Flussläufe einseitig aufzuheben, dass es, ohne auf den ursprünglichen Bedingungen zu beharren seine Vertreter nach London schicke, seien Anzeichen dafür, dass Herr Hitler vielleicht doch vor seiner eigenen Courage etwas erschrocken ist. Sehr auffallend seien insbesondere, die sich in den letzten Tagen bemerkbar machenden Annäherungsbestrebungen der, bekanntlich von Berlin aus geleiteten Henleinpartei, an die Regierung, die nach einer Parole, die schon seinerzeit einmal ausgegeben worden war, „bis zur Demütigung“ geht. Auch darin will Dr. Krofta Anzeichen erblicken, dass man in Deutschland nicht mehr so sicher sei wie früher. Der englische Geschäftsträger suche am Hradčín mächtig einzuwirken und habe erklärt, dass es der Tschechoslovakei und Oesterreich doch vollkommen genügen müsste, wenn England diese beiden Staaten garantieren würde. Und in dieser Richtung sollten sich die Anstrengungen der tschechoslovakischen Politik bewegen.

Nun ist Herr Dr. Krofta der Ansicht, dass eine wirksame Garantie von Seiten Englands gewiss eine ungemein wichtige Sache wäre und die Tschechoslovakei wohl auch befriedigen könnte, dass man sich aber derzeit auf so vage Andeutungen nicht verlassen dürfe, solange nicht die präzise Formulierung einer solchen Garantierklärung fixiert sei. Denn auf die Formulierung werde es hauptsächlich ankommen und man müsse sehr Acht geben, wie die Engländer, Meister in solchen Dingen, so eine Garantie in eine verbindliche Form bringen würden.

Nach Ansicht Herrn Dr. Kroftas ist es jetzt die Hauptsache Zeit zu gewinnen, da sich durch die Verhandlungen die bestehenden Gegensätze doch nur abschleifen und mildern könnten.

Ich hatte auch aus der Unterhaltung mit Herrn Dr. Krofta den Eindruck, dass die tschechoslovakische Aussenpolitik, wie es schon aus dem jüngsten Exposé Herrn Dr. Kroftas zu ersehen war, alles vermeiden will um in dem Konflikt Frankreichs mit Deutschland allzu aktiv hervorzutreten und Deutschland zu verstimmen. Dass

dieses Bestreben auch in Deutschland anerkannt wird, beweisen die Pressestimmen aus dem Reich zum vorgestrigen Exposé des Aussenministers. Zum Besuche des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža in Wien sagte mir Herr Dr. Krofta, dass er hierüber aus dem Munde des Ministerpräsidenten nicht viel erfahren habe. Im Ministerrat habe Herr Dr. Hodža sehr flüchtig berichtet und eigentlich nicht viel mehr gesagt, als im amtlichen Kommuniké enthalten war. Herr Dr. Hodža dürfte sich, meinte Herr Dr. Krofta, schon überzeugt haben, dass es nicht möglich sei, Mitteleuropa, wie Dr. Hodža es sich denke, „schon im April“ unter Dach und Fach zu bringen. Es sei begreiflich, dass Italien, so lange die Sanktionen bestehen nicht anbeissen werde und schliesslich seien auch darin die Schwierigkeiten gelegen, dass man eine Grossmacht, also Italien, in den Vertragskomplex mit einbeziehen müsse. Dieses werde sich Deutschland keinesfalls gefallen lassen und daran dürfte die Konzeption scheitern. Dr. Krofta wäre dafür langsam und zielbewusst ohne viel Geschrei an der Annäherung der mitteleuropäischen Länder, insbesondere Oesterreichs und der Tschechoslovakei, weiter zu arbeiten, um jeweils das zu erreichen, was zu erreichen möglich ist.

1603

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle österreichischen Vertretungen im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 36722/13

Wien, 27. März 1936

Die italienische Regierung hat im Zusammenhange mit der nunmehr zweijährigen Dauer der römischen Protokolle vom 17. März 1934 und in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Situation bei der österreichischen Bundesregierung sowie bei der ungarischen Regierung eine Zusammenkunft der drei Partner in Rom angeregt.

Im Verlaufe der Besprechungen, die zwischen den drei Regierungschefs unter Beiziehung ihrer Aussenminister in Rom stattgefunden haben, wurden die mittlerweile aus der Veröffentlichung durch die Presse bekannten drei Zusatzprotokolle beschlossen und am 23. d. M. unterzeichnet (eine authentische Abschrift des Wortlautes der Zusatzprotokolle liegt bei).

Die drei Zusatzprotokolle vom 23. März l. J. stellen einen weiteren Fortschritt auf dem Wege der Zusammenarbeit der drei Staaten dar, ohne in irgendeiner Weise die Grundlinien und die Einzelbestimmungen der Römer Protokolle von 1934 zu

modifizieren. In erster Linie bedeutet der Zusammenschluss der drei Länder in einer Gruppe und die Schaffung eines ständigen Organes gegenseitiger Konsultation einen beachtenswerten Schritt nach vorwärts. Hierbei ist jedoch zur Vermeidung abwegiger Interpretationen darauf nachdrücklich hinzuweisen, dass der Zusammenschluss in einer Gruppe sich wesentlich von einer organisierten Staatenverbindung unterscheidet, wie etwa die Kleine Entente eine solche darstellt. Während die Kleine Entente sich einen Organisationspakt im Jahre 1933 geschaffen hat, der in wichtigen Belangen ein vertraglich festgelegtes gemeinsames Auftreten nach aussen enthält und in weitgehendem Masse die politische Handlungsfähigkeit der einzelnen Partner unterbindet, ist bei der soeben in Rom geschaffenen Staatengruppe ein Organisationsstatut und eine über die selbstverständliche und im Wesen der römischen Protokolle vom Jahre 1934 gelegene Bindung hinausgehende Beschränkung der Handlungsfähigkeit der einzelnen Partner nicht vorgesehen und auch nicht geplant. Die aussenpolitische Gemeinsamkeit der drei Partner erschöpft sich vielmehr in der bereits in den Protokollen von 1934 festgelegten Absicht, ihre Aussenpolitik miteinander in Einklang zu bringen und sich hinsichtlich aller, den Donaunraum betreffenden Fragen fortlaufend zu konsultieren. Dies schliesst selbstverständlich ein eigenmächtiges Vorgehen eines Vertragsteiles ohne Konsultierung der anderen Vertragsteile auf politischem Gebiete aus. Ferner wurde in den Zusatzprotokollen No. 1 und No. 3 die als zweckmässig erkannte Schaffung eines ständigen Konsultationsorganes beschlossen, über dessen künftiges Funktionieren bisher keine näheren Bestimmungen festgelegt wurden, es wurde lediglich vereinbart, dass sich die drei Aussenminister hinsichtlich der Festsetzung ihrer ersten Zusammenkunft je nach der allgemeinen Situation und den Bedürfnissen der einzelnen Partner untereinander einigen und späterhin auf Grund der gesammelten Erfahrung die Frage bereinigen werden, ob solche Konsultationen jeweils Zusammenkünfte der Aussenminister, bejahendenfalls in welchen Zeitabständen erfordern.

Die drei Zusatzprotokolle vom 23. März tragen ebensowenig wie die Protokolle des Jahres 1934 eine Spitze gegen irgendeinen fremden Staat oder eine Gruppe solcher. Die Römer Protokolle bleiben sohin dem Beitritte anderer Staaten unter der Voraussetzung der Erfüllung der „realen Vorbedingungen“ (vergl. Protokoll No. I ex 1934) offen. Unter diesen „realen Vorbedingungen“ wird, gleichfalls unverändert, seitens Italiens und Ungarns u. a. die Voraussetzung der rückhaltlosen Anerkennung und Achtung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Oesterreichs verstanden. Die im Zusatzprotokoll No. 2 schärfer formulierte Bestimmung, wonach eine Intensifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Donaustaaten nur durch zweiseitige Abkommen erfolgen kann, bringt gleichfalls nichts wesentlich Neues und hat hauptsächlich die Bedeutung, dass die Römer Protokollstaaten nur mit einzelnen fremden Partnern auf wirtschaftlichem Gebiete Verhandlungen pflegen und Verträge abschliessen wollen, nicht aber mit geschlossenen Gruppen als solchen, wie etwa die Kleine Entente. Die Nützlichkeit des Abschlusses solcher wirtschaftlicher zweiseitiger Abkommen im Donaunraum ist

hiebei nochmals nachdrücklich betont. Schliesslich ist hervorzuheben, dass trotz der Umgestaltung des Verhältnisses der drei Römer Protokollstaaten zueinander in eine Gruppe die völlige Gleichberechtigung der drei Staaten gewährleistet bleibt, ja noch stärker dadurch betont wird, dass die Delegierten im ständigen Konsultationsorgan vollkommen gleiche Rechte geniessen; es ist weiters auch in Aussicht genommen, dass die künftigen Beratungen dieses Organes turnusweise in den drei Ländern stattfinden werden.

Der Wert der soeben in Rom unterzeichneten Zusatzprotokolle ist sohin darin zu erblicken, dass die drei Staaten nicht nur an den vor zwei Jahren festgelegten Grundsätzen einer einvernehmlichen Aussenpolitik festzuhalten beschlossen haben, sondern darüber hinaus das Moment des einvernehmlichen Vorgehens, insbesondere in allen auf den Donaauraum bezüglichen Fragen neuerlich und sichtbar in den Vordergrund stellen.

Um einzelnen, auch in der auswärtigen Presse üblicherweise aufgetauchten Gerüchten entgegenzutreten, sei schliesslich darauf hingewiesen, dass ausser den am 23. d. M. unterzeichneten Zusatzprotokollen keinerlei vertrauliche oder geheime Abmachung irgendwelcher Art zwischen den drei Partnern getroffen worden ist. Alle hiemit im Gegensatz stehenden Behauptungen von mehr oder minder weitgehenden politischen, ja sogar militärischen Absprachen und dergleichen sind in das Reich übelwollender Phantasie zu verweisen.

Ich beehre mich, Ihnen Vorstehendes mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, sich obiger Argumente in Ihren einschlägigen Konversationen bedienen zu wollen.

1603 A **Zusatzprotokolle zu den Römischen Protokollen** **vom 17. März 1934¹**

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 36722/13

Rom, 23. März 1936

ZUSATZPROTOKOLLE ZU DEN RÖMISCHEN PROTOKOLLEN
vom 17. März 1934

Zusatzprotokoll N. 1
DER ÖSTERREICHISCHE BUNDESKANZLER, DER ITALIENISCHE RE-
GIERUNGSCHEF, DER UNGARISCHE MINISTERPRÄSIDENT,
in Rom am 23. März 1936 vereinigt,

¹ Siehe dazu ADÖ 9/1437.

stellen mit Befriedigung die günstigen Ergebnisse fest, zu denen die ständige Zusammenarbeit der drei Regierungen zum Zwecke der Erhaltung des Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas geführt hat;
bekräftigen von Neuem und feierlich ihren festen Willen, den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Grundsätzen der Römischen Protokolle vom 17. März 1934 treu zu bleiben;
erachten es als ein Interesse der drei Länder, auf allen Gebieten immer mehr ihre Tätigkeit in Einklang zu bringen mit der künftigen Entwicklung, die die europäische Lage nehmen könnte, und beschliessen, sich in einer Gruppe zusammenzuschliessen und zu diesem Behufe ein ständiges Organ gegenseitiger Konsultation zu schaffen.

Zusatzprotokoll N. 2

Auf Grund des im Zusatzprotokoll N° 1 niedergelegten Gedankenganges bestätigen die drei Regierungen von Neuem ihren Entschluss, keine Verhandlung von politischer Bedeutung bezüglich der Donaufrage mit der Regierung eines dritten Staates zu führen, ohne vorher mit den beiden anderen Regierungen, in deren Namen die Römischen Protokolle vom 17. März 1934 unterzeichnet worden sind, Fühlung genommen zu haben.

Wenn die drei Regierungen auch hinsichtlich der Nützlichkeit, ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Donaustaaten zu entwickeln, vollkommen übereinstimmen, so erkennen sie doch, dass gegenwärtig eine derartige Intensifizierung nur durch zweiseitige Abkommen erfolgen könnte.

Zusatzprotokoll N. 3

Das im Zusatzprotokoll N° 1 in Aussicht genommene ständige Organ gegenseitiger Konsultation wird aus den Aussenministern der drei unterzeichneten Staaten zusammengesetzt sein.

Dieses Organ wird periodisch und, wann es die drei Regierungen für zweckmässig erachten, zusammentreten.

ZU URKUND dessen unterzeichnen sie die vorliegenden Protokolle, die in drei Originalen u. zw. in italienischer, in deutscher und ungarischer Sprache verfasst sind. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text massgebend.

SCHUSCHNIGG

MUSSOLINI

Rom, den 23. März 1936.

GÖMBÖS

1604**Staatsrat**

Verhandlungsschrift zur 37. Sitzung

Parlamentsarchiv
Staatsrat 1934 – 38

Wien, 31. März 1936

Bundeskanzler Schuschnigg: [...] Der weitere Teil meines Berichtes nimmt vielleicht einiges ganz kurz von dem vorweg, was der Herr Aussenminister Ihnen zu sagen hat. Ohne in Einzelheiten einzugehen, kann man als das Ergebnis der letzten römischen Reise, die anlässlich des zweiten Jahrestages der Unterzeichnung der römischen Protokolle durch Dollfuss erfolgte, folgendes sagen: Erstens: Eine zweijährige Entwicklung hat zunächst, rein wirtschaftlich gesehen, gezeigt, dass die römischen Protokolle das gehalten haben, was man sich von ihnen versprochen hat. Die Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs zwischen uns und den beiden anderen Staaten ist ziffernmässig nachzuweisen und es ist insbesondere im letzten Jahre eine Entwicklung zu beobachten gewesen, die uns doch einen grossen Teil jener Sorgen abgenommen hat, die uns dadurch entstehen mussten, dass trotz aller Bemühungen, was ich hier auf das nachdrücklichste unterstreiche, trotz aller Bemühungen der deutsche Markt nicht in jenem Ausmass offen blieb, wie wir es uns gerne erwünscht hätten. Dazu kommt die Feststellung, dass weder von Budapest noch von Rom diese Römer-Pakte – weder heute noch vor zwei Jahren – aufgefasst werden als ein Instrument, ein Bündnis von Staaten, gerichtet gegen einen Dritten, insbesondere daher auch nicht gerichtet gegen Deutschland. Es ist deshalb eine vollkommen abwegige Auffassung, etwa diese römischen Protokolle auffassen zu wollen als den Versuch eines Bündnisabschlusses mit einer Spitze gegen eine dritte Staatengruppe oder gegen einen dritten einzelnen Staat. Auch das kam eindeutig zum Ausdruck. Es kam weiters zum Ausdruck die Notwendigkeit, dass in dieser Zeit der Unruhe eine gewisse Interessengemeinschaft von Staaten bestehe, welche den Aktionsradius des einzelnen Staates übersteigt und den kleinen Staat sichert. Auch hier ist der grossen Öffentlichkeit deutlich sichtbar – und in der internationalen Presse spiegelt sich dies ja sehr eindeutig wieder – in einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise gesagt und versichert worden, dass die beiden Vertragspartner sowie nur je an der Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit des österreichischen Staates interessiert sind, für sie einzutreten bereit sind und bei allem Willen, mit jedem Dritten weiter zusammen zu arbeiten, noch näher zusammen zu arbeiten, diese Zusammenarbeit abhängig machen von der Anerkennung dieser Tatsache, so dass eine österreichische Konsolidierung und Fixierung in aussenpolitischer Richtung dokumentiert, nicht neugeschaffen ist. Im Wesentlichen darf ich das vielleicht damit zusammenfassen,

dass festgestellt ist, dass sich hinsichtlich der grossen politischen Entwicklung, was die Beziehungen dieser Staaten zueinander und was die grundlegenden Auffassungen dieser Staaten betrifft, gegenüber der Situation vor zwei Jahren aber auch schon gar nichts geändert hat. Schon in Italien war zu wiederholten Malen zu konstatieren, dass ein Gedankengang sehr nahe liegt und vorherrscht: Man sagt, Oesterreich, dem wir freundschaftlich verbunden sind, und verbunden sein wollen, muss selbstverständlich in der Lage sein, der Welt zu zeigen, dass es bereit ist, alle Kräfte, die ihm inne wohnen, im Notfall zur Landesverteidigung aufzurufen. Und ein Gedanke, der in Oesterreich im Kreise der Regierung seit dreiviertel Jahren ventilert wurde, hatte bei unserer Abreise nach Rom bereits feste Formen gewonnen und wurde von uns den Partnern mitgeteilt. Wir haben daher den Partnern des römischen Vertrages erklärt, dass wir beabsichtigen, unsere Gesetzgebung den bereits fertiggestellten Entwurf betreffend die Einführung der Bundesdienstpflicht in Oesterreich vorzulegen.

Ich brauche in diesem Kreise nicht näher zu erörtern, warum das Gesetz so heisst und warum wir nicht den Namen „Allgemeine Wehrpflicht“ wählen können, um die es sich hier handelt. Wir können und wollen nicht Beispiele Grosser nachahmen, die dem Kleinen vielleicht nicht frommen werden. Wir können und wollen aber die internationale Situation dazu benützen, um zu dokumentieren, dass das österreichische Volk und die österreichische Führung genau so wie jeder andere Staat für sich das Recht in Anspruch nimmt, alles unbedingt Notwendige vorzunehmen, um seine Landesverteidigung zu sichern, nicht um Krieg zu führen, nicht um mit dem Säbel zu rasseln, sondern um zu zeigen, dass hier jemand ist, der auf gar keinen Fall und von gar keiner Seite überrannt werden kann. (*Lebhafter Beifall.*)

Der Friedensvertrag, gegen den wir genau so protestieren und nie zu protestieren aufgehört haben, wie das das Deutsche Reich tut, hat uns die allgemeine Wehrpflicht bekanntlich versagt. Nach dem Friedensvertrag sind wir auf ein auf freiwilliger Werbung aufgebautes Heer von einer ganz bestimmten Grösse angewiesen. Es liegt auf der Hand, dass in einer Zeit, wie es die heutige ist, diese Massnahme zur Landesverteidigung unter Umständen nicht ausreichend sein kann, und dass aus mehr als einem Grunde der Staat die Möglichkeit haben muss darüber hinaus alle seine wehrfähigen Kräfte zu mobilisieren. Wir haben daher eine Form gewählt, die meiner Meinung nach rechtlich unanfechtbar ist, obzwar natürlich Sinn, Geist und Absicht des Gesetzes aus dem Artikel I genügend deutlich zu ersehen sind.

Artikel I hat folgenden Wortlaut. (*verliesst ihn.*) Die übrigen Artikel kann man wohl eher als notwendige Durchführungsartikel bezeichnen, während die Feststellung der Einzelheiten, also Art und Weise der Dienstpflicht, Vergütung, Zeitdauer usw. dem Verordnungswege überlassen bleibt. Es ist ein Bundesverfassungsgesetz, um jede Kompetenzfrage von vorneherein auszuschliessen. Das Gesetz gibt theoretisch die Möglichkeit, fernab vom militärischen Bereich, einen jungen österreichi-

schen Jahrgang, die österreichische Jugend, sofern sie das 18. Lebensjahr vollendet hat, zu Dienstleistungen heranzuziehen, auch zu Zivildienstleistungen. Es gibt aber auch die Möglichkeit – diese Möglichkeit muss einem souveränen Staat erhalten sein, und kann ihm auf die Dauer nicht vorenthalten sein – ihn auch im Bedarfsfalle mit der Waffe in der Hand aufzurufen. Wir haben nicht zu verheimlichen, dass es beabsichtigt ist, auf Grund dieses Gesetzes praktisch die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*) bzw. es bedarf keiner allgemeinen Wehrpflichtsgesetzgebung dazu, sondern es wird sich ereignen, dass anstelle der nächsten Werbung – voraussichtlich wird sie im Herbst erfolgen – bereits die Aufbietung eines oder zweier Jahrgänge erfolgt und die Auswahl aus diesen zwei Jahrgängen erfolgen wird. Der Unterschied gegenüber dem heutigen Zustand ist klar genug dargestellt.

Sie werden vielleicht fragen: Welche Wirkungen erwarten wir uns von diesem Gesetz, aussenpolitisch, innenpolitisch? Aussenpolitisch glaube ich, dass niemand es wagen wird, im Ernste gegen diese Massnahme der österreichischen Gesetzgebung zu protestieren, und wenn, kann ich mir nicht vorstellen, dass dieser Protest von Erfolg begleitet sein könnte, beziehungsweise die österreichische Regierung ist absolut entschlossen, diesen Protest zu riskieren und ihm zu begegnen. (*Beifall.*) Wir haben erstens die Sicherheit, dass die Staaten, mit denen wir durch den römischen Pakt zu einer Gruppe vereint sind, die Notwendigkeit dieses Gesetzes durchaus verstehen. Von dieser Seite haben wir keinerlei Hindernisse zu gewärtigen. Wir haben die Sicherheit, dass das Deutsche Reich, das sich das gleiche Recht bereits vor einem Jahr genommen hat, uns keinen Vorwurf machen kann. Wir wissen, dass auch die Westmächte, die in ihre eigenen Sorgen verstrickt sind, genau darüber im Bilde sein müssen, dass es in den heutigen unruhigen Zeiten für einen kleinen Staat ausgeschlossen ist, ausschliesslich auf Wohlwollen oder Nichtwohlwollen seiner Nachbarn angewiesen zu sein. (*Lebhafter Beifall.*) Es ist daher aussenpolitisch, auch vom Standpunkt der gegenwärtigen Situation gesehen, ein Zeitpunkt, der uns ohne jede Sorge dieses Gesetz beraten und beschliessen lässt. Innenpolitisch hingegen erwarte ich mir hievon – ganz abgesehen natürlich von der Verstärkung und Fundierung unserer Wehrkraft – von dem Ausbau des Bundesheeres, rein pädagogisch gesehen, eine sehr vorteilhafte Wirkung für die junge österreichische Generation. (*Beifall.*) Wenn zumal alle Instanzen, die hier damit befasst zu sein haben, wenn alle, die Freiwilligen in der Miliz und ihre Führer, dafür Sorge tragen, die Möglichkeit zu benützen, wie es in anderen Staaten längst geschehen ist, die österreichische Jugend, die in das wehrfähige Alter kommt, auch innerlich zu packen und zu Oesterreichern zu formen, dann haben wir damit erst jenes Fundament geschaffen, welches uns sichert, dass das mühsame Aufbauwerk auch für die Zukunft gesichert bleibt.

Ich habe eine Bitte an Sie. Ich weiss, dass sie ungewöhnlich ist. Ich bitte Sie, das Gesetz, wenn es ihren Beifall findet, so verabschieden zu wollen, dass wir morgen im Bundestag damit vor die Oeffentlichkeit kommen können. Auch dieser

Termin war bereits vorweg genommen, seit geraumer Zeit bestimmt. Darf ich auch das wieder begründen! Ich halte es für immerhin bedenklich, wenn eine Diskussion über dieses Gesetz im Inlande, speziell aber im Auslande eröffnet würde. Ich halte dafür, dass das eine rein österreichische Angelegenheit ist, die ich der ausländischen Presse so lange als möglich, so lange die Tat nicht geschaffen ist, vorenthalten wissen möchte. Ich halte dafür, dass wir mit einem sehr starken Bekenntnis zum Sinn, zum Geist dieses Gesetzes und zum Vaterland morgen vor die Öffentlichkeit treten sollen, um dadurch, wie ich überzeugt bin, unserem Oesterreich neue Freunde, aber auch neuen Respekt zu sichern! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Vorsitzender: [...] Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine instruktiven und bedeutungsvollen Ausführungen und erteile dem Herren Bundesminister für Aeusseres, Berger-Waldenegg, das Wort.

Bundesminister für Aeusseres, Berger-Waldenegg: [...] Hoher Staatsrat! Es wurde Ihnen soeben ein Gesetz zur Begutachtung vorgelegt, das die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Oesterreich zum Gegenstand hat. Der Herr Kanzler hat dieses Gesetz begründet und ich glaube, der Beifall, den er auch bei Ihnen gefunden hat, ist ein Fingerzeig für das Echo, das dieses Gesetz auch in Oesterreich finden wird. Die Begründung dieses Gesetzes braucht eigentlich keine gegenwärtige Dialektik. Es spricht für sich selbst und die Regierung ist glücklich und stolz darauf, Ihnen dieses Gesetz vorlegen zu können.

Lassen Sie mich, hoher Staatsrat, dieses Gesetz nur kurz vom Standpunkt meines Ressorts beleuchten. Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Oesterreich ist eine rein interne österreichische Angelegenheit. So wie der Entwurf sie hier bringt, steht ihr keine internationale Bindung, kein internationaler Vertrag hindernd im Wege. Das Gesetz, das Ihnen unterbreitet wurde, ist nichts anderes als der berechnete Ausfluss des Willens eines souveränen und unabhängigen Staates. Somit ist das Gesetz auch von diesem Standpunkte aus betrachtet, unanfechtbar. Wenn nun auch dem so ist, so liegt dem Gesetze doch ein tieferer Sinn zu Grunde und das ist es gerade, dass diesem Gesetze nach meiner Auffassung überall in Oesterreich die richtige Aufnahme finden lassen wird. Wir fühlen darin die Auferstehung des Geistes der Gleichberechtigung, eine Forderung, die wie Sie wissen, die Regierung vom ersten Moment ihres Regierungsantrittes, überall im Auslande, speziell auch in Genf, stets vertreten hatte. Aus dieser Atmosphäre heraus ist das Gesetz geboren und diesen Stempel wird es für ewige Zeiten tragen.

Ich möchte diesen Anlass nun, bei dem ich die Ehre habe, zu Ihnen zu sprechen, dazu benützen, um Fragen der Aussenpolitik vor diesem kompetenten Forum näher zu erörtern. Vor einigen Monaten habe ich im Plenum des hohen Hauses Bericht erstattet, wie die militärische Lage in Abessinien war. Sie war damals noch nicht ausgereift und immerhin die Möglichkeit eines Uebergreifens des Abessinien-Konfliktes auf europäische Verhältnisse gegeben. Heute können wir wohl der Hoffnung Ausdruck geben, dass angesichts der grossen militärischen Erfolge, die

Italien und die italienischen Waffen in Abessinien davontrugen und angesichts der Wandlungen, die die allgemeine politische Lage inzwischen erfahren hat, von einer Ausbreitung oder Weiterung oder vielleicht sogar von einer Vergrößerung dieses Konfliktes nicht mehr gesprochen werden kann.

Ich glaube daher, nicht fehl zu gehen, wenn ich die abessinische Frage nunmehr von zwei Gesichtspunkten aus betrachte.

Erstens: wann und wo wird die militärische Aktion Italiens zum Abschluss gelangen? Zweitens: wann werden die gegen Italien zur Anwendung gelangten Sanktionen ihren Abschluss finden? Uns interessiert naturgemäss vor allem die zweite Frage und unsere Hoffnung geht dahin, dass der Ausweg aus der Sanktionspolitik möglichst bald gefunden werde, zumal es den die Sanktionen anwendenden Staaten eigentlich klar geworden ist, dass Italien nur einen ganz geringen effektiven Schaden aus dieser Sanktionspolitik erlitten hat. Dies wurde uns auch gelegentlich unserer Anwesenheit unten bestätigt und klar dargelegt. Die weitaus grössten materiellen Verluste haben die Sanktionsstaaten selbst gehabt, vor allem die benachbarten kleineren Staaten, die auf den Absatzmarkt Italiens angewiesen waren, und ich glaube, wir können heute mit Genugtuung feststellen, dass wir uns vor solchem Schaden bewahrt haben.

Derzeit stellt sich das Problem der Beendigung der Sanktionen einfach als ein Prestigeproblem dar. Kaum war aber die aus den Sanktionen sich ergebende Gefahr einer Ausbreitung des Abessinischen Konfliktes beseitigt, so sah sich Europa vor einer neuen, grösseren und viel ernsteren Kriegsgefahr. Die einseitige Kündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland und die Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone hat eine Situation geschaffen, die die Gefahr einer unmittelbaren Explosion in sich hatte.

Gestatten Sie mir, Ihnen bei diesem Anlass nur kurz eine Charakteristik der Locarno-Verträge und der durch das Vorgehen Deutschlands entstandenen allgemeinen politischen Lage zu geben. Die Locarno-Verträge sind bekanntlich fünf Instrumente, wovon der erste ein Kollektivvertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien ist; das ist *der* Locarno-Vertrag, den man im allgemeinen immer versteht, wenn man von „Locarno“ spricht. Dieser ist ein Kollektivvertrag, der die entgeltliche Sicherung der Ostgrenzen Belgiens und Frankreichs gegenüber Deutschland zur Aufgabe haben sollte. Die Vertragsdauer – und das ist das Interessante des Locarno-Vertrages – ist unlimitiert. Er kann nur ausser Kraft treten, wenn er aufgekündigt wird, und es muss auch da die Aufkündigung zuerst durch eine Locarnomacht erfolgen. Das Ganze wird an den Völkerbundrat geleitet, der mit Zweidrittelmehrheit feststellt, dass nunmehr der Völkerbund den Signatarstaaten genügend Garantien für ihre Sicherheit bietet, und dann kommt erst das faktische Ausserkrafttreten des Locarno-Vertrages nach einem Jahr.

Von deutscher Seite ist nun wiederholt bis in die letzte Zeit hinein anerkannt worden, dass Deutschland die Bindungen des Locarno-Vertrages anerkenne, wenn auch diese Bindungen immer als eine Belastung bezeichnet wurden. Den Anlass

zur einseitigen Aufkündigung des Vertrages und zur Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone bot der Abschluss des französisch-russischen Paktes, bezw. die parlamentarische Behandlung dieses Paktes.

Die vom Reichskanzler Hitler bezüglich des Locarnovertrages ergriffenen Massnahmen stellen sich nun, politisch gesehen, folgendermassen dar: Er hat den Vertrag trotz der oben erwähnten Sicherungen hinsichtlich seiner Dauer und hinsichtlich der Modalitäten der Aufkündigung, die ich früher die Ehre hatte Ihnen aufzuzeigen, einseitig gekündigt und sofort ausser Kraft gesetzt und schliesslich diesen Akt auch noch durch den faktischen Belag der ehemaligen Garnisonsstädte bekräftigt. Hiebei wurden weder die Grenzen verletzt, noch wurden auch Truppenzusammenziehungen, was ebenfalls nach dem Locarnovertrag unter Sanktion steht, in der entmilitarisierten Zone vorgenommen, sodass man von einer flagranten Verletzung des Locarnovertrages wieder nicht sprechen kann.

Ich möchte hier nicht auf die Peripetien der ganzen Locarno-Angelegenheit, dieser aktuellsten Frage, eingehen; einerseits sind sie Ihnen ja, hoher Staatsrat aus der Tagespresse bekannt und andererseits ist es auch im Hinblick darauf, dass wir doch mitten in den Ereignissen stehen, nicht möglich, schon ein abschliessendes Urteil zu geben – wozu eine gewisse Distanz nötig ist. Ich möchte Ihnen nur den österreichischen Standpunkt präzisieren.

Oesterreich empfindet, wie der Herr Bundeskanzler schon gesagt hat, ebenso wie Deutschland die Friedensverträge von Versailles und St. Germain als etwas Ungerechtes und betrachtet daher jedes Fallen eines Blattes von diesen Verträgen als begrüssenswert mit Sympathie. (*Beifall und Händeklatschen.*) Indessen besteht für uns kein Anlass, uns derzeit mit der Frage des näheren zu befassen. Erst wenn eine Frage etwaiger Sanktionen aufgeworfen wird, könnte Oesterreich hiezu Stellung beziehen. Die derzeitige Sachlage lässt es aber ziemlich ausgeschlossen erscheinen, dass diese Frage der Sanktionen jetzt noch in diesem Stadium irgendwie angeschnitten würde. Diese Ereignisse in Europa haben uns naturgemäss veranlasst, die aussenpolitische Situation, in der sich Oesterreich befindet, genau zu prüfen. Hiebei haben wir folgende Punkte in unser Kalkül einzustellen:

Erstens: Ein bewaffneter Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland ist zwar nicht wahrscheinlich, aber immerhin möglich.

Zweitens: Italien tritt in der letzten Zeit wieder bedeutend stärker in den Vordergrund der europäischen Politik.

Drittens: Oesterreich ist mit der Tschechoslovakei in ein besseres wirtschaftspolitisches Verhältnis getreten, und damit wurde auch eine günstige Atmosphäre zwischen beiden Ländern geschaffen.

Viertens endlich: Oesterreich hat jedes Interesse daran, die Politik der römischen Protokolle fortzusetzen.

Daher hiess es, mit Budapest und mit Rom Fühlung zu nehmen, um den Folgerungen aus diesen Tatsachen Rechnung zu tragen. Die Notwendigkeit eines Gegenbesuches in Budapest und die Einladung der italienischen Regierung, die Wiederkehr

des Jahrestages des Abschlusses des Römer Protokolles gewissermassen zu unterstreichen, haben die erwähnte Gelegenheit zu persönlichen Aussprachen geboten. In Budapest haben wir feststellen können, dass die ungarische Politik hinsichtlich Oesterreichs eine unseren Wünschen entsprechende sei und dass unseren wirtschaftlichen Besprechungen mit Mächten der Kleinen Entente kein Widerstand entgegengesetzt wird. Die Entwicklung und Stärkung des österreichischen Staates wird von Ungarn als auch in seinem Interesse gelegen anerkannt, für wichtig gehalten, und es besteht ungarischerseits der Wunsch nach einer möglichst engen politischen Zusammenarbeit mit Oesterreich.

Umgekehrt haben auch wir erklärt, dass wir an der Fortentwicklung Ungarns das grösste Interesse nehmen und auch unsererseits kein Anstand besteht, dass von Budapest aus Brücken zu jenen Staaten geschlagen werden, die für Ungarn von Bedeutung sind. Sowohl für Oesterreich als auch für Ungarn soll aber bei allen diesen Beziehungen zu anderen Staaten als Leitmotiv der Grundsatz gelten, dass solche Beziehungen zu dritten Staaten keinen der beiden Partner Oesterreich oder Ungarn schädigen dürfen; und als unverrückbares Axiom gilt für uns beide die Unantastbarkeit der römischen Protokolle in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

In wirtschaftlichem Belangen hat der Budapester Besuch beiden Ländern Vorteile gebracht, speziell auf österreichischer Seite können wir als Aktivum buchen, dass die Fakturierung unserer Holzlieferungen in Schillingen erreicht wurde. Ebenso ist es auch gelungen, eine unseren Agrariern passende Lösung in der Weizenfrage zu finden und auch die Frage des Fremdenverkehrs wurde in Diskussion gestellt und in einer Weise gelöst, die uns Oesterreichern nur sympathisch sein kann.

Nun haben wir uns, der Einladung der königlich-italienischen Regierung Folgend, nach Rom begeben. Es lag eine Anregung der königlich-italienischen Regierung vor, die eine Vertiefung der guten Beziehungen der drei Staaten der römischen Protokolle zum Ziele hatte. Das Ergebnis der bezüglichen Besprechungen, die wir in Rom hatten, waren die Zusatzprotokolle vom 23. März [1936]¹, die den Herren aus den Veröffentlichungen der Presse bekannt sind. Die Kenntnis dieser Protokolle voraussetzend, darf ich mich daher darauf beschränken, eine Kommentierung derselben zu geben. Die drei Protokolle stellen in ihrer Gesamtheit einen weiteren Fortschritt auf dem Wege der Zusammenarbeit der drei Staaten dar, ohne, wie der Herr Bundeskanzler bereits ausgeführt hat, in irgend einer Weise die Grundlinien und auch die einzelnen Bestimmungen der römischen Protokolle vom Jahre 1934 zu modifizieren. Einen beachtenswerten Schritt nach vorwärts bedeutet der Zusammenschluss der drei Länder in einer Gruppe und die Schaffung eines ständigen Organes gegenseitiger Konsultation. Um von vornherein jede abwegige Interpretation auszuschalten, möchte ich darauf hinweisen, dass der Zusammenschluss in einer Gruppe sich wesentlich von einer organisierten Staatenverbindung unterscheidet,

¹ ADÖ 10, 1603 A.

wie sie etwa die kleine Entente darstellt. Die kleine Entente hat im Jahre 1933 einen Organisationspakt geschaffen, der in wichtigen Belangen ein vertraglich festgesetztes gemeinsames Auftreten nach Aussen enthält und in besonders weitgehendem Masse auch die politische Handlungsfähigkeit der einzelnen Partner unterbindet. Bei den soeben in Rom geschaffenen Protokollen, die selbstverständlich dieselbe Bindung nur enthalten wie die Protokolle, die im Jahre 1934 in Rom unterzeichnet wurden, ist eine Beschränkung der Handlungsfähigkeit der einzelnen Partner nicht vorgesehen. Die aussenpolitische Gemeinsamkeit, wenn wir das so nennen wollen, der drei Partner erschöpft sich vielmehr in der im Jahre 1934 bereits festgesetzten Absicht, die Aussenpolitik der drei Staaten in Einklang zu bringen und sich hinsichtlich aller Fragen des Donaumaumes fortlaufend zu konsultieren. Dies schliesst selbstverständlich ein eigenmächtiges Vorgehen eines Vertragsteiles auf politischem Gebiete ohne Konsultation der anderen Vertragsteile aus.

Ferner ist im Zusatzprotokoll 1 und 3, die als zweckmässig erkannte Schaffung eines ständigen Organes der Konsultation beschlossen worden, über dessen künftiges Funktionieren bisher aber noch keine näheren Bestimmungen getroffen wurden. Es wurde lediglich vereinbart, dass die drei Aussenminister hinsichtlich der Festsetzung ihrer ersten Zusammenkunft, je nach der allgemeinen politischen Lage und den Bedürfnissen der einzelnen Partner, untereinander das Einvernehmen pflegen und dann später, auf Grund der gesammelten Erfahrungen die Fragen bereinigen werden, ob solche Konsultationen der Aussenminister in bestimmten Zeiträumen oder nur nach eintretender Notwendigkeit stattfinden sollen.

Die drei Zusatzprotokolle, die wir jetzt in Rom unterzeichnet haben, tragen ebensowenig wie das Protokoll vom Jahre 1934 eine Spitze gegen irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten. Die Römer Protokolle bleiben auch weiterhin dem Beitritt anderer Staaten unter der Voraussetzung der Erfüllung der realen Vorbedingungen – da verweise ich wieder auf das Protokoll Nr. 1 vom Jahre 1934 – offen. Unter diesen realen Vorbedingungen – und das ist jetzt vielleicht ein Punkt, der für uns der wichtigste ist – unter diesen realen Voraussetzungen und Vorbedingungen wird, gleichfalls unverändert, seitens Italiens und seitens Ungarns die Voraussetzung der rückhaltlosen Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs verstanden.

Die im Zusatzprotokoll Nr. II noch schärfer formulierte Bestimmung, wonach eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten nur durch zweiseitige Abkommen erfolgen kann, bringt ebenfalls nichts wesentlich Neues. Sie hat hauptsächlich die Bedeutung, dass die Römer Protokollstaaten nur mit einzelnen fremden Staaten, fremden Partnern, auf diesem Gebiete Verhandlungen pflegen und Verträge abschliessen können, nicht aber mit geschlossenen Gruppen als solchen, wie etwa der Kleinen Entente.

Die Nützlichkeit des Abschlusses zweiseitiger Wirtschaftsabkommen ist nochmals ausdrücklich betont worden, also auch eine Frage, die für uns vom grossen Interesse war.

Schliesslich ist hervorzuheben, dass trotz der Umgestaltung des Verhältnisses der drei Römer Protokollstaaten zueinander in einer Gruppe die völlige Gleichberechtigung der drei Staaten nicht bloss gewährleistet, sondern noch stärker betont wird und zwar dadurch, dass die Delegierten in ständigen Konsultationen vollkommen gleiche Rechte beanspruchen können. Es ist weiters auch in Aussicht genommen, dass die künftigen Beratungen dieses Organs turnusweise in den drei Ländern stattfinden werden.

Der Wert der in Rom unterzeichneten Protokolle ist sohin darin zu erblicken, dass die drei Staaten nicht nur an den vor zwei Jahren festgesetzten Grundsätzen einer einvernehmlichen Aussenpolitik festzuhalten beschlossen haben, sondern dass darüber hinaus noch das Moment des einvernehmlichen Vorgehens insbesondere in allen auf den Donaauraum bezüglichen Fragen deutlich und sichtbar in den Vordergrund gerückt wurde.

Um einzelnen, speziell in der auswärtigen Presse aufgetauchten Gerüchten entgegenzutreten, möchte ich noch darauf hinweisen und ausdrücklich betonen, dass ausser den am 23. März unterzeichneten drei Zusatzprotokollen keinerlei vertrauliche oder geheime Abmachung irgendwelcher Art zwischen den drei Partnern getroffen wurde. Alle hiezuhin im Gegensatz stehenden Behauptungen von mehr oder weniger weitgehenden politischen, ja sogar militärischen Abmachungen oder dergleichen gehören in das Reich übelwollender Phantasie.

Ich möchte nun noch, was den hohen Staatsrat insoferne interessieren wird, als ich gewissermassen eine Fortsetzung meiner Ausführungen über Südtirol geben möchte, die ich seinerzeit im Ausschuss des Staatsrates vorgebracht habe, hinzufügen, dass der Kanzler und ich Gelegenheit genommen haben, gewisse Sorgen der deutschen Bevölkerung Südtirols mit dem Chef der königlich-italienischen Regierung in voller Offenheit zu besprechen. Wir haben bei Herrn Mussolini das weitgehendste Verständnis und Entgegenkommen gefunden und auch Zugeständnisse zugunsten unserer deutschen Landsleute erhalten. Diese Zugeständnisse dürften jedenfalls eine Erleichterung bringen und damit, was uns ja so am Herzen liegt, auch zur Entspannung der ganzen Verhältnisse in Südtirol beitragen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Sie beziehen sich speziell – und ich möchte mich hier ganz klar aussprechen – auf eine sofortige persönliche Fühlungnahme des königlich-italienischen Regierungschef mit Abgeordneten aus Südtirol, ferner handelt es sich um ein Entgegenkommen auf dem Gebiete des Schulwesens, ein Entgegenkommen auf dem Gebiete der Namensänderungen, bezüglich deren der königlich-italienische Regierungschef ganz klar erklärt hat, dass sie gegen seinen Willen geschehen, ferner auf dem Gebiete der deutschen Bibliotheken speziell in Bozen und Meran und auch bezüglich der Entlassung der Konfinierten, bezüglich der uns ebenfalls weitgehende Zugeständnisse gemacht wurden. Ich hatte, wie früher erwähnt, die Ehre im Aussenpolitischen Ausschuss die Südtiroler Fragen eingehend zu behandeln und nach meiner Rückkehr aus Rom, kann ich sagen, gilt nach wie vor das, was ich dort gesagt habe:

Die Bundesregierung wird es stets als ihre Ehrenpflicht betrachten, das Los der Deutschen Südtirols nach Möglichkeit zu verbessern. (*Lebhafter Beifall.*) Dazu gehört aber noch etwas: Der Mangel einer rechtlichen Handhabe kann ausschliesslich durch gute und freundschaftliche, ja möglichst intime Beziehungen zu den massgebenden italienischen Faktoren ersetzt werden.

Ich habe nun in gedrängter Form ein Bild über die gegenwärtigen Verhältnisse Europas unter spezieller Berücksichtigung der römischen Zusatzprotokolle geben dürfen. Die von Dollfuss, Mussolini und Gömbös im Jahre 1934 gelegten Fundamente haben allen Erfordernissen entsprochen. Als vorsichtige Bauherren haben wir vorerst eine Zeit lang ihre Festigkeit und Tragfähigkeit geprüft und wir sind zu dem Ergebnis gelangt, dass es sich auf diesem Fundamente weiter bauen lässt, zum politischen und zum wirtschaftlichen Heile Oesterreichs. (*Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe.*)

Vorsitzender: [...] Ich danke dem Herrn Bundesminister für seine ausführlichen Darlegungen und erteile dem Herrn Bundesminister für Finanzen das Wort.

[...]

1605

Bundestag der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll zur 18. Sitzung

Sten.Prot. BT

Wien, 1. April 1936

[*Bundeskanzler Schuschnigg:* ...] Wir sehen darüber hinaus, daß die Konsolidierung unseres Staates sich nicht nur im Innern auswirkt, sondern auch deutlich erkennbar in bezug auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ist, an denen wir Oesterreicher ja gerade aus wirtschaftspolitischen Momenten heraus in besonderem Maß interessiert sind.

Über die handelspolitische Entwicklung des letzten Halbjahres brauche ich dem hohen Bundestage nicht viel zu berichten, denn die Ereignisse und Berichte der letzten Wochen stehen noch deutlich genug in Erinnerung. Sie wissen alle, daß wir uns seit Jahren bemühen, mit der Tschechoslowakei, dem nördlichen Nachbarlande, zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen. Wir hoffen, mit morgigem Tag den Handelsvertrag unterzeichnen zu können. (*Lebhafter Beifall.*) Dieses Abkommen wird Bestimmungen über den Warenverkehr, den Kohlen- und den Reiseverkehr enthalten. Es sei in diesem Zusammenhange nur erwähnt, daß für wesentliche Teile der österreichischen Exportindustrie nicht unbeachtliche Verbesserungen der bisherigen Situation durchgesetzt werden konnten. Wir hoffen sehr, daß der neue Vertrag sich zum Segen der österreichischen Wirtschaft aus-

wirken möge und zur Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten beiträgt.

Hinsichtlich der großen außenpolitischen Linie hat sich an der Haltung Österreichs gegenüber den vergangenen Jahren nichts geändert. Am Willen Österreichs zum Frieden und zum versöhnlichen Miteinander mit allen Nachbarstaaten kann mit Fug und Recht nicht gezweifelt werden; jeden Beweis, den man in dieser Richtung von uns verlangte und verlangen konnte, haben wir gerne und freudig gegeben. Wir würden größtes Gewicht darauf legen, mit allen Nachbarstaaten in Freundschaft und Frieden auskommen zu können, und betonen, daß Österreich nach keiner Seite hin ein Hindernis für die Herstellung freundnachbarlicher Beziehungen sein wird. (*Lebhafter Beifall.*) Wir freuen uns, feststellen zu können, daß wir unsere außenpolitische Atmosphäre als ausgesprochen günstig bezeichnen können. Im Rahmen derselben konnten wir Vereinbarungen früherer Zeiten – ich erinnere an die vor zwei Jahren abgeschlossenen Römischen Protokolle – ergänzen und vertiefen. Wir konnten feststellen, daß in der für uns maßgebenden Frage der Anerkennung des freien, selbständigen und unabhängigen Österreich nicht nur nach keiner Seite eine Meinungsänderung eingetreten ist, sondern diese selbstverständliche Voraussetzung jedes Vertrages, an dem Österreich sich beteiligt, auch diesmal nachdrücklichst unterstrichen wurde. So brachten die Römischen Pakte in drei Beziehungen, nach der wirtschaftlichen, kulturpolitischen und der rein politischen Seite hin, ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Nach der wirtschaftlichen Seite, weil die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen, die uns mit den Nachbarländern Italien und Ungarn verbinden, vertieft werden konnten und deren Ausbau für die Zukunft sichergestellt erscheint. Nach der kulturpolitischen Seite, weil wir es nach wie vor mit als ein Stück wesenhafter Aufgabe Österreichs betrachten, jenem Kreis deutscher Kultur, für den wir nun einmal geschichtlicher Erbe und geschichtlicher Hüter sind, die Reichweite zu vergrößern und somit Anerkennung und Bedeutung dieser Kultur zu verstärken. (*Lebhafter Beifall.*)

Nach der politischen Seite, weil wir wissen, daß wir als kleiner Staat nicht isoliert sein können; wir befinden uns in einer Gruppe, deren Konzept gleich unserem es bleibt, für die Erhaltung des Friedens in Europa zu sorgen und das Ihrige dazu beizutragen, daß die in der Gruppe befindlichen Staaten in gegenseitiger Ergänzung eine wirtschaftlich befriedigende Entwicklung nehmen, die darüber hinaus aber nach den Voraussetzungen, die bereits im März 1934 festgelegt wurden, feierlich erklären, daß sie nicht die Absicht haben, irgendeinem dritten Staat oder einer Staatengruppe als Gegner gegenüberzustehen, daß sie im Gegenteil bereit sind, jeden, der die realpolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringt, in ihren Kreis aufzunehmen. Unter diesen realpolitischen Voraussetzungen ist wiederum unter anderem die Anerkennung der österreichischen Staatlichkeit zu verstehen. So bleibt Österreich, nach innen und außen konsolidiert, für jeden, der objektiv zu sehen gewillt ist, ein Faktor des Friedens.

Meine Herren! Wer unser Land kennt und in ihm gelebt hat, wer die bittere Entwicklung der letzten Jahre mitgemacht hat und wer die Kämpfe, die wir zu bestehen hatten – nicht zuletzt um die wirtschaftliche und politische Konsolidierung unseres Landes – in Erinnerung trägt, der wird unserem Lande gewiß erstens den guten Willen, mit allen in Frieden und Freundschaft auszukommen, nicht absprechen können, und er wird es zweitens gewiß nicht militaristischer Allüren verdächtigen. Militarismus liegt uns fern. Aber wir können darauf verweisen, daß wir, ein vorbildliches Land der Vertragstreue, das Unsere, soweit es aus eigenen Kräften möglich war, zum Aufbau unseres schwer geprüften Staates beigetragen und daß wir daher einen wichtigen und wesentlichen Beitrag zur Befriedung und zur Aufrechterhaltung des Friedens im mitteleuropäischen Raum geleistet haben. Wir sind dazu auch weiter bereit, aber man darf uns im Bereich der eigenen staatlichen Hoheit keine Schranken setzen, und wir können keine Schranken anerkennen dann, wenn es sich darum handelt, Ansehen und Aussehen der Wehrkraft unseres Staates zu bestimmen, darüber hinaus aber die Selbstachtung und den eindeutig bestimmten Willen zur Selbsterhaltung unseres Landes zu dokumentieren. (*Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Es ist nicht uninteressant, in einem kurzen historischen Rückblick sich daran zu erinnern, daß mit einem Gesetz der Nationalversammlung vom 6. Februar 1919, also mitten in bewegten, von revolutionären Erschütterungen durchtobten Zeiten, Österreich die allgemeine Wehrpflicht einzuführen plante. Aus bekannten Gründen, die nicht im österreichischen Machtbereich lagen, konnte dieser Wille damals nicht zum Durchbruch gelangen. Wir gehen heute nicht von den Auffassungen der damaligen Zeit aus, sondern legen dem hohen Hause den Gesetzentwurf, betreffend eine allgemeine Bundesdienstpflicht, vor. Schon der Charakter, die äußere Form des Gesetzes als Verfassungsgesetz zeigt, daß nunmehr den in der Verfassung festgelegten Rechten des Staatsbürgers eine verfassungsmäßig fundierte Pflicht jedes Österreicher, der in bestimmten Jahrgängen steht, gegenüberstehen soll. Wir lassen es offen, zu welchem Zwecke der Staat die Erfüllung dieser Bundesdienstpflicht im einzelnen Fall in Anspruch nehmen wird: kann sein, zum Beispiel auf verschiedenen Gebieten, die im Bereiche der Wohlfahrtspflege, der öffentlichen Körperschaften denkbar sind; kann sein, zur Sicherung des Landes gegen einen eventuellen Feind von außen oder innen; kann sein, mit oder ohne Waffe. Jedenfalls aber – und das steht außer Zweifel – wird diese Bundesdienstpflicht dazu beitragen, ein Instrument österreichischer Schule im jungösterreichischen Volke zu werden. (*Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.*) Wir glauben, gerade dem jungen Österreicher mit dieser Verpflichtung zum Bundesdienst eine vorbildliche Gelegenheit zu körperlicher Ertüchtigung und innerer Disziplinierung zu geben, und wir sind uns darüber im klaren, daß jeder – sowohl der Berufsoffizier wie der Offizier der Freiwilligen Miliz, wie der Lehrer – daß jeder, der mit unserem Jungvolk zu tun hat, es in verstärktem Maß als Gewissenspflicht und als Teil seiner Berufsaufgabe betrachten wird, für die Fundierung echten Österreichtums in der

österreichischen Jugend zu sorgen. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen: wir haben alles dazu getan, um unser Vaterland in Ehren zu erhalten. Wer glaubt – und wir sind zuinnerst davon überzeugt – daß dieser Staat eine europäische Notwendigkeit bleibt, der darf uns nicht die Hände binden! (*Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.*) Eines ist sicher: solange es ein Österreich im Sinne seiner großen Geschichte und im Sinne seiner Gegenwartssendung gibt, dem unsere und Ihre Arbeit gilt, so lange wird es in Österreich, eine Selbstverständlichkeit sein, daß Recht und Gewalt zwei verschiedene Begriffe sind (*lebhaft Zustimmung*), aber auch eine Selbstverständlichkeit, daß unser Staat jenes Recht für sich in Anspruch nimmt, das einem souveränen Staat zukommt und auf das wir nicht verzichten können. Daher, hohes Haus, erlassen Sie mir eine nähere Begründung zu den einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage; der Herr Berichterstatter hat sie in erschöpfender Weise gegeben. Aber lassen Sie mich Sie bitten, dieses Gesetz unserem österreichischen Volk zu geben als einen neuen Beweis geschlossenen Willens und geschlossenen Bekennens zu einem freien Volk in einem freien Vaterland! (*Brausender, lange anhaltender Beifall und Händeklatschen. – Das Haus erhebt sich zu einer spontanen Kundgebung und minutenlangen Ovationen.*)

1606

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim 4/IV
Z. 36944/13

Wien, 2. April 1936

Chef des Generalstabs FML. Jansa teilt dem Gefertigten i. k. W. folgende telefonische Meldung Oberst Liebitzky's aus Rom von heute mit:

Liebitzky war im Laufe des heutigen Mittags zu Herrn Mussolini zitiert, der ihm seine Freude über die Promulgierung des Bundesgesetzes über die Allgemeine Dienstpflicht zum Ausdruck brachte und beifügte, wir täten gut, etwas auf die Tschechoslowakei und auf Jugoslawien aufzupassen. Falls in diesen Ländern irgendetwas militärisch Bedenkliches sich zeigen sollte, hätten wir es ihm nur sogleich mitzuteilen, er sei jeden Moment bereit „auf den Knopf zu drücken“. Auch auf angebliche Machenschaften, die Herr Titulescu vorhabe, hätte Herr Mussolini hingedeutet.

Vorstehende Meldung hat FML. Jansa auch direkt an den Herrn Bundeskanzler geleitet.¹

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1608.

1607

**Übereinkommen Bundeskanzler Schuschnigg und
Außenminister Berger-Waldenegg mit französischem
Gesandten Puaux**

Kommuniqué

AdR, NPA
Frankreich/Geheim I/1
(ohne Zahl)

[Wien, 3. April 1936]

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Minister für die Auswärtigen Angelegenheiten Berger-Waldenegg haben gestern abends mit dem französischen Gesandten Puaux ein Uebereinkommen über die kulturellen und künstlerischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich unterzeichnet.

Dieses Uebereinkommen geht auf den vorjährigen Besuch des Bundeskanzlers und des Aussenministers in Paris zurück, woselbst beschlossen worden war, in Verhandlungen mit dem Ziele des Abschlusses eines Kulturübereinkommens einzutreten. Die Verhandlungen haben auf diplomatischem Wege zwischen den zuständigen beiderseitigen Stellen stattgefunden und führten zu einem Uebereinkommen, dessen Bestimmungen den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich und der Sache der europäischen Kultur und Zivilisation in hohem Masse förderlich zu werden versprechen. Unter Berufung auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern erklären sich in der Einleitung des Uebereinkommens die beiden Regierungen bereit, diese Beziehungen auf kulturellem und künstlerischem Gebiete weiter zu entwickeln.

Das bereits seit einigen Jahren bestehende „Institut français“ in Wien wird neben seinem bisherigen Tätigkeitsgebiete sich auch der Förderung der wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten widmen und in diesem Sinne sich auch den Studierenden, die sich in der französischen Sprache, Kunst und Geschichte zu spezialisieren wünschen, zur Verfügung halten. Zu diesem Behufe ist die Entsendung zweier Professoren der Universität Wien in den Beirat des Institutes durch das Bundesministerium für Unterricht vorgesehen. Die österreichische Regierung hat sich in dem Uebereinkommen gleichfalls das Recht vorbehalten, ein ähnliches Institut in Paris ins Leben zu rufen. Bis zum Zustandekommen eines solchen werden dessen Aufgaben in Paris von einem Comité, das unter dem Vorsitz des österreichischen Gesandten aus Vertretern der beiden Regierungen bestehen wird, wahrgenommen werden.

Hinsichtlich der Hochschulen sieht das Uebereinkommen den Austausch von Professoren und die Zulassung von Lektoren vor und regelt auf Grund der Gegenseitigkeit die auf das Hochschulstudium von Staatsangehörigen des anderen Teiles

bezüglichen Fragen. Auch im Belange des Mittelschulunterrichtes sieht das Uebereinkommen Studien- und Ferienreisen von Mittelschülern der beiden Länder im Austauschwege vor. In den Lehrplänen der beiderseitigen mittleren Lehranstalten wird dem Unterricht der französischen Sprache in Oesterreich, bzw. dem Unterrichte der deutschen Sprache in Frankreich auch weiterhin zumindest seine derzeitige Bedeutung beigemessen werden. Weiters regelt das Uebereinkommen den Austauschverkehr von Werken der Kunst, von Büchern und Handschriften. Schliesslich nehmen beide Regierungen in Aussicht, die Veranstaltung von Kunstausstellungen und Konzerten, die Aufführung von Bühnenwerken, schliesslich den Austausch von Radioprogrammen und staatlichen Filmaufnahmen aus der kulturellen Produktion des anderen Teiles im eigenen Lande möglichst zu fördern.

1608

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandte Egger (Paris), Franckenstein (London) und Vollgruber (Rom)

Telegramm in Ziffern

AdR, NPA
Österreich/Geheim 4/IV
Z. 37152/13

Wien, 8. April 1936

Nach uns zugekommenen Informationen soll Herr Titulescu Angelegenheit Dienstpflichtgesetzes¹ absolut vor Völkerbundrat bringen wollen. Aehnliche Gedankengänge auch in der tschechischen und jugoslawischen Presse feststellbar. Ich ersuche Sie unverzüglich massgebenden Ortes nochmals die Ihnen bekanntgegebenen Gründe für Erlassung Gesetzes vorzubringen und insbesondere noch auf Folgendes mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen:

Ein derartiger Schritt der Kleinen Entente müsste von Oesterreich als mit dem allgemeinen Interesse an der Erhaltung Selbständigkeit Oesterreichs unvereinbarer und daher unverständlicher Akt aufgefasst werden und in unserer Bevölkerung die nationalsozialistische Agitation erheblich fördern. Schon heute ist festzustellen, dass bereits obige Ankündigungen Unruhe in österreichischer Bevölkerung hervorrufen. Wir müssten in einem solchen Fall uns vorbehalten reichliches Material über irredentistische und subversive Bewegung, die in diesen Staaten gegen uns entfalten wird, vorzubringen².

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606.

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1610.

1609**Gesandter Franckenstein an Außenminister
Berger-Waldenegg**Bericht Nr. 115/Pol.¹

AdR, NPA
Großbritannien 7/III
Z. 37310/13

London, 8. April 1936

Ich habe Sir Austen Chamberlain ein paar Tage vor seiner Abreise nach Wien aufgesucht und mit ihm über die durch den Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland geschaffene Lage gesprochen. Der britische Staatsmann sagte mir, dass das hiesige Kabinett das Vorgehen Deutschlands viel ernster beurteile als die englische öffentliche Meinung, die durch die geschickte Propaganda Deutschlands beeinflusst sei. Chamberlain hegt bezüglich der künftigen Pläne Deutschlands grosses Misstrauen und dieses wird von vielen anderen Politikern und von massgebenden Mitgliedern des Foreign Office, mit denen ich sprach geteilt.

Einer der Referenten, der ein enger Mitarbeiter Edens ist, äusserte die Ansicht, dass die nächste Aktion des Führers gegen Oesterreich gerichtet sein werde. Dieser Herr, der mit der Prüfung der Argumente in den deutschen Gegenvorschlägen betraut ist, wies darauf hin, dass gewisse Behauptungen in der deutschen Note, die auf das englische Publikum Eindruck machen, sachlich nicht stichhältig sind, wie z. B. die Erklärung, dass die Wiederbesetzung der Rheinlande dem Geiste der 14 Punkte Präsident Wilsons entspreche. Der Referent – ebenso wie Chamberlain, Churchill und viele andere – meint, dass angesichts der Doppelnatur des Führers seinen Beteuerungen kein Vertrauen geschenkt werden kann und dass die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, deren Besserung nicht zu erwarten ist, bald wieder zu aussenpolitischen Aktionen Anlass geben könnte.

Ich verwies in meinem Gespräch mit Chamberlain auf die Erklärung Edens, dass Grossbritannien im Falle eines unprovokierten Angriffes auf Frankreich und Belgien diesen Ländern bedingungslos Hilfe leisten würde, während es die Erfüllung seiner Völkerbundverpflichtungen anderen Gebieten Europas gegenüber von einem analogen Vorgehen der übrigen Völkerbundstaaten abhängig mache. Chamberlain sagte, dass er früher auch den gleichen Standpunkt eingenommen habe, nun aber von der Unteilbarkeit des Friedens immer mehr überzeugt sei und eine Stärkung der kollektiven Sicherheit für eine dringende Notwendigkeit halte. Es wäre zu erwarten, dass die schwere Niederlage, von der der Völkerbund und seine Prinzipien infolge des so

¹ Dieser Bericht wurde am 15. 4. 1936 sämtlichen Vertretungsbehörden Österreichs in Europa per Zirkularerlass zur Kenntnis gebracht.

erfolgreichen italienischen Vormarsches in Abessinien bedroht ist, den Glauben an diese internationale Institution in Grossbritannien tief erschüttern würde. Es kann nun kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass bei der Organisierung des Widerstandes des Völkerbundes gegen die italienische Invasion in Abessinien Grossbritannien in erster Linie von dem Wunsche geleitet war, die Macht des Völkerbundes darzutun, um Deutschland, dessen Aufrüstung und aussenpolitische Pläne mit grossem Misstrauen betrachtet wurden, einzuschüchtern. Nach Ansicht massgebender Leute haben die schwache Haltung des Völkerbundes und die wenigstens vorübergehende Auflösung der Stresa-Front den Führer zum Einmarsch in die entmilitarisierte Zone direkt ermutigt. Es ist bemerkenswert, dass trotz dieser schweren Enttäuschungen Männer von so grosser Erfahrung und Einsicht wie Chamberlain und Churchill mit vollster Ueberzeugung an dem Völkerbunde festhalten und in seiner Belebung und Ausgestaltung das einzige Mittel erblicken, um den Frieden zu wahren. So erklärte Churchill, dass Deutschland seine Nachbarn mit ungeheuren Gefahren bedrohe; ihr Untergang könne nur verhütet werden, wenn dem Reiche die überwältigenden Machtmittel der zusammenwirkenden anderen Staaten entgegengestellt würden. Gesandter Masaryk erzählte mir, dass er bei hiesigen Staatsmännern viel Verständnis findet, wenn er ihnen darlegt, dass ein Angriff Deutschlands auf Oesterreich den allgemeinen Frieden bedrohe. Der deutsche Einmarsch in das Rheinland hat im Allgemeinen hier ein grösseres Interesse für die Zukunft unseres Landes wachgerufen. Als Illustration kann ein im Daily Telegraph erschienener Artikel des Unterhausmitgliedes Sandys gelten, der schildert, man werde im kommenden Jahre einmal in den Abendblättern lesen können, dass deutsche Truppen, ohne auf Widerstand zu stossen, die österreichische Grenze überschritten hätten und von der jubelnden Menge begrüsst worden seien. Dies zu verhindern, liege im Bereiche der Mächte und speziell der Kleinen Entente durch Konzessionen in der Habsburgerfrage und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete. Austen Chamberlain meinte in dem Gespräche mit mir, dass wir im Falle eines offenkundigen Angriffes Deutschlands auf die werktätige Hilfe Grossbritanniens zählen könnten; anders wäre es aber, wenn der Eindruck hervorgerufen würde, es sei einem grossen Teil der österreichischen Bevölkerung der Zusammenschluss mit Deutschland willkommen. Die Friedensliebe und der Wunsch, nicht in kontinentale Konflikte verwickelt zu werden, sind hier sehr gross. Umso wichtiger ist es, dass führende Staatsmänner nachdrücklich für den Völkerbund eintreten – auch Eden hat in seiner Parlamentsrede seinen Glauben an diesen erneut bekundet. Nur durch eine gewisse Begeisterung für den Völkerbundgedanken kann die englische Passivität den kontinentalen Ereignissen gegenüber überwunden werden. Ich fragte den holländischen Gesandten, ob das Anerbieten Hitlers, die Niederlande in das wesentliche Paktsystem einzubeziehen, seiner Regierung willkommen sei. Er erwiderte, dass Holland seine traditionelle neutrale Stellung nicht zu verlassen gedenke.

Für die Einführung der Bundesdienstpflicht in Oesterreich zeigt sich hier überall Verständnis. Die Blätter haben sich darauf beschränkt, die bezüglichen Meldungen und den Widerhall in den Zeitungen der Kleinen Entente zu bringen.

Gesandter Masaryk sagte mir, dass der Einspruch der Kleinen Entente ein rein formeller sei. Diese sei sich ihrer politischen Interessengemeinschaft vollkommen bewusst. Nur in Jugoslavien verwirre die Angst vor einer Wiederkehr der Habsburger nach Oesterreich die Urteilskraft. Der Regent habe sich diesbezüglich geradezu hysterisch gezeigt.

Ich habe in diesem Berichte die Anschauungen Austen Chamberlains und Churchills besonders in den Vordergrund gestellt, weil sie Männer von Vision und grosser Erfahrung sind, aber auch deshalb weil angenommen wird, dass sie eben wie Sir Samuel Hoare in die Regierung eintreten und ihre Entscheidungen beeinflussen werden, wenn Mr. Baldwin, dessen Prestige im Parlamente stark zurückgegangen ist, sein Amt niederlegen sollte, einen Schritt, den er ohne Zeitangabe unter Hinweis auf sein Alter schon früher angedeutet hatte.

1610

Außenminister Berger-Waldenegg an Gesandten Pflügl (Genf)

Erlass (vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 4/IV
Z. 37341/13

Wien, 15. April 1936

Die Vertreter der drei Staaten der Kleinen Entente haben, wie Ihnen aus den amtlichen Veröffentlichungen in den Tageszeitungen bekannt ist, am 6. d. M. Vorstellungen gegen das am 1. d. M. vom Bundestag beschlossene Bundesdienstpflichtgesetz erhoben¹. Da uns unmittelbar hierauf Nachrichten in dem Sinne zugegangen waren, dass insbesondere Herr Titulescu die Absicht habe, unser Dienstpflichtgesetz als „eklatanten Vertragsbruch“ vor den Völkerbund zu bringen, wurden die österreichischen Gesandten in Paris und London beauftragt, sich zuständigensorts dahin mit allem Nachdruck vernehmen zu lassen, dass Oesterreich einen derartigen Schritt der Kleinen Entente als mit dem allgemeinen Interesse an der Erhaltung der Selbständigkeit Oesterreichs unvereinbaren und daher unverständlichen Akt auffassen und die nationalsozialistische Agitation in unserer Bevölkerung eine erhebliche Förderung erfahren müsste. Diesfalls müssten

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606 und ADÖ 10/1608.

wir uns vorbehalten, das reichliche Material bei diesem Anlasse vorzubringen, das uns über die jugoslawischerseits hauptsächlich gegen Kärnten und Steiermark betriebenen Irredenta und über die seitens der Tschechoslowakei geduldeten marxistischen Machenschaften gegen den Bestand Oesterreichs vorliegt. Die in den beiden genannten Staaten der Kleinen Entente entfalteteten und von deren Regierungen teils geduldeten, teils sogar geförderten Bewegungen verstießen ohne Zweifel in noch flagranterer Weise gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Ueber den von unseren Gesandten in Paris und London ausgeführten Schritt sind uns einerseits die in Abschrift zuliegenden Meldungen Gesandten Egger's vom 9. d. M. und 14. d. M. zugekommen. Auch Gesandter Franckenstein meldete, dass der englischen Regierung von irgendwelchen Absichten der Kleinen Entente in Angelegenheit des österreichischen Dienstpflichtgesetzes an den Völkerbund heranzutreten nichts bekannt sei und diese Informationen derzeit auch nicht mehr für wahrscheinlich gehalten werden.

Wie wir schliesslich von Gesandten Vollgruber streng vertraulich erfahren, hat Graf Chambrun auftrags seiner Regierung am 6. d. M. der italienischen Regierung, die gleichfalls in Abschrift zuliegende Verbalnote überreicht, auf welche die italienische Regierung dieser Tage eine ablehnende Antwort zu erteilen entschlossen ist.

Vorstehendes beehre ich mich, Ihnen zu Ihrer persönlichen Information mit dem Ersuchen mitzuteilen, Ihre allfälligen einschlägigen Wahrnehmungen einberichten zu wollen².

1611

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an die österreichischen Gesandten bzw. Geschäftsträger in
Ankara, Belgrad, Berlin, Bern, Budapest, Bukarest,
den Haag, London, Paris und Warschau**

Zirkularerlass (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 4/IV
Z. 37451/13

Wien, 18. April 1936

Wie wir streng vertraulich erfahren, hat die französische Regierung sich kürzlich mit der Frage an die italienische bzw. britische Regierung gewendet, ob

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1611.

diese ihre dahingehende Auffassung teile, dass in Angelegenheit des seitens Oesterreichs am 1. April beschlossenen Bundesdienstpflichtgesetzes¹ die drei Grossmächte dem Protestschritte der Kl. Entente vom 6. d. M. (vergl. die einschlägigen Veröffentlichungen der österreichischen Tagespresse vom 7. d. M.) eine Démarche in dem Sinne folgen lassen, dass die Bundesregierung zu ersuchen wäre, eine bündige Erklärung über den ganz allgemeinen Charakter dieses Gesetzes und die Versicherung abzugeben, dass es, was die Dienstpflicht mit der Waffe betrifft, nicht eher zur Anwendung gelange, als hiezu die Zustimmung der interessierten Regierungen erfolgt ist. Seitens der kgl. italienischen Regierung wurden wir um unsere Stellungnahme im Gegenstande vertraulich ersucht.

Die von uns unter Einem der italienischen Regierung zur Kenntnis gebrachten einschlägigen Argumente sind in der Ihnen anbei in Abschrift zugehenden Aufzeichnung enthalten, die Ihnen – selbstverständlich unter strikter Geheimhaltung des im Vorstehenden angedeuteten Anlasses zu ihrer Abfassung – zweckdienliche Argumente in Ihren etwaigen einschlägigen Konversationen mit der dortigen Regierung oder Ihrem fremden Kollegen an die Hand gibt.

Wollen Sie auffällige Wahrnehmungen, die Sie im Gegenstande machen sollten, unverzüglich anher einberichten².

Anhang:

Arguments qui pourraient servir à répondre à la Note de l'Ambassade de France du 6 avril 1936.

I.) *Motifs* pour la promulgation de la loi sur le „service obligatoire“.

- 1.) réunir toute la jeunesse au fur et à mesure afin de lui donner une éducation uniforme et saine dans le sens patriotique. Cette mesure est indispensable pour la consolidation intérieure du pays, pour l'affermissement d'un véritable patriotisme dans les rangs de la jeunesse, pour la répression des idées et de la propagande nazistes et pour jeter des bases solides à la volonté de défendre l'indépendance de l'Autriche;
- 2.) diminuer le coût de l'entretien d'une armée destinée uniquement à la défense du territoire de l'Autriche et au maintien de l'ordre à l'intérieur;
- 3.) affermir la volonté du peuple autrichien de se défendre ainsi que sa patrie, dans la mesure du possible et de ses propres forces. Ce serait contraire au bon sens que d'exiger du peuple autrichien qu'il soit fermement décidé à maintenir et, même, à défendre son indépendance au prix de lourds sacrifices, si on voulait en même temps la priver des moyens les plus essentiels pour braver toute attaque contre son indépendance venant du dehors ou de l'intérieur;

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608 und ADÖ 10/1610.

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1612.

- 4.) l'action de l'Autriche en question vise uniquement des buts défensifs. Elle sert la Paix en Europe et se trouve partant être en pleine conformité avec l'esprit du traité de St. Germain;
- 5.) l'indépendance de l'Autriche répond à la volonté inébranlable du peuple autrichien et est un dogme de la Paix européenne. Si on voulait empêcher l'Autriche de se consolider dans l'esprit de son indépendance, il y aurait lieu de se demander si un gouvernement conscient de sa mission pourrait assumer la responsabilité de continuer à exposer le peuple dépourvu de tout moyen indispensable à sa défense aux attaques qui, de nos jours, le menacent du dehors aussi bien que de l'intérieur. En outre, nous croyons devoir douter qu'un pays européen quel qu'il soit se trouverait prêt à venir en aide à une Autriche attaquée du dehors qui serait dépourvue de tout moyen pour, au moins, manifester sa volonté de se défendre de ses propres forces et d'opposer à une attaque éventuelle une résistance effective.

II.) Arguments à opposer à la suggestion française de demander l'assentiment préalable des Pays intéressés avant l'application de la loi dans l'ordre militaire:

- a) il serait contraire à la conception la plus primitive de la souveraineté d'un Etat que d'entrer en discussion avec des pays étrangers sur une question touchant uniquement le statut intérieur de l'Autriche;
- b) la suggestion française laisserait prévoir, en outre, des chantages sans fin de la part des pays qui profiteraient de cette occasion pour régler en leur sens une série de questions qui les préoccupent;
- c) aux yeux du peuple autrichien, le règlement d'une question aussi importante pour la consolidation intérieure du pays deviendrait forcément un marché ignoble et indigne d'un peuple fier de sa tradition glorieuse;
- d) il en résulterait, sans aucun doute, un grave affaiblissement de l'autorité du gouvernement et du régime au profit de la propagande naziste qui ne manquerait pas de se servir largement de l'argument, pleinement justifié d'ailleurs dans ces conditions, que l'Autriche est forcée de subir éternellement l'esclavage octroyé par le traité de St. Germain, alors que l'Allemagne naziste a réussi, sans aucun compromis ni aucune concession ou condition, à s'affranchir des chaînes que le traité de Versailles lui avait mises. Le Nazisme serait même en plein droit de contester à un régime autrichien qui se soumettait à des conditions aussi odieuses le droit de continuer à sauvegarder les intérêts de la nation autrichienne;
- e) le gouvernement autrichien a déclaré à maintes reprises que le modeste réarmement de l'Autriche n'avait que des visées défensives et pacifiques. Le développement des choses en Autriche confirme, du reste, la justesse de ces déclarations. Le gouvernement autrichien se verrait donc forcé, pour toutes les raisons ci-dessus exposées, à se refuser catégoriquement et à l'avance d'entamer des négociations telles qu'elles sont suggérées dans la note française. Dans le cas contraire, il risquerait de créer lui-même le dan-

ger que le peuple autrichien ne conduise de propre initiative ses destinées dans une direction qui ne répondrait, certes pas, aux intérêts ni des Grandes Puissances ni des pays de la Petite Entente.

1612

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek (Prag)

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
ad Z. 37606/13

Wien, 24. April 1936

Unverständlicherweise kursieren in den letzten Tagen hartnäckig im Auslande Gerüchte, wonach das am 1. d. M. beschlossene Bundesdienstpflichtgesetz¹ hauptsächlich der Vorbereitung eines nahe bevorstehenden überraschenden Restaurationsversuches dienen soll. Es besteht berechtigter Grund zur Annahme, dass diese, jede Grundlage entbehrenden unsinnigen Kombinationen, die selbstverständlich der Bundesregierung vollkommen ferneliegen, auf Belgrader Kreise bzw. die dort herrschende hochgradige Nervosität zurückzuführen sind.

Ich beehre mich Sie zu ersuchen, derartigen Redereien in Ihren Gesprächen auf das Kategorischste entgegenzutreten².

1613

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 216/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 28. April 1936

Am Montag den 27. April besuchte ich Herrn Aussenminister Dr. Krofta, um mit ihm einige Ressortangelegenheiten zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit kam

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610 und ADÖ 10/1611.

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1613.

der Herr Aussenminister, wie nicht anders zu erwarten war, auf unser Dienstpflichtgesetz¹ zu reden. Er könne bei aller freundlichen Gesinnung uns gegenüber sich mit unserem Vorgehen in der Frage nicht einverstanden erklären. Er halte es nicht für richtig, wenn wir die Meinung der Kleinen Entente bagatelisieren und wenn wir auf die Demarche der Vertreter der Kleinen Entente vielleicht überhaupt keine Antwort erteilen würden. Herr Bundesminister waren der Antwort mit dem Hinweis, dass sie auf Osterurlaub fahren ausgewichen und der Herr Generalsekretär hatte zu Herrn Dohalsky in einer Art und Weise gesprochen, die man von ihm nicht gewohnt wäre. Die unfreundliche Haltung Wiens gegenüber Jugoslawiens erschwere die Situation noch mehr und mache es der Tschechoslovakei nicht leicht, in Belgrad versöhnliche Worte zu sprechen. Es wäre nach Ansicht des Ministers in unserem eigenen Interesse gelegen, wenn wir vor der für den 6. Mai anberaumten Besprechung der Aussenminister der Kleinen Entente doch nur einige freundliche Worte finden und das am 1. April erlassene Bundesdienstpflichtgesetz irgendwie begründen würden. Eine solche Geste würde die Position des tschechoslovakischen Aussenministers am 6. Mai in Belgrad erleichtern, der ja die Absicht habe, die Spannung zu mildern und nicht zu verschärfen.

Selbstverständlich werde das österreichische Dienstpflichtgesetz und das Vorgehen Oesterreich einen der Hauptgegenstände der Belgrader Beratungen bilden. Die Nervosität Jugoslawiens sei ungemein gross und sie werde durch unsere jetzige Haltung nicht kleiner.

Ich glaubte hier einwerfen zu sollen, dass es mir schiene, als ob man Ursache und Wirkung verwechseln würde. Die meisten Gerüchte und unwahren Nachrichten die in letzter Zeit über Oesterreich und über die Politik der Bundesregierung verbreitet werden und zirkulieren stammen aus Belgrad und sie sind es, die in Wien eine berechtigte Verstimmung hervorrufen. Hier scheine keine rechte Einigkeit unter den Staaten der Kleinen Entente zu herrschen und der österreichfeindlichen nazistischen Propaganda werde in Belgrad nur allzu willig Gehör geschenkt.

Herr Minister Dr. Krofta gab zu, dass Jugoslawien in einem gewissen Sinne unter dem Einfluss der Berliner Propaganda stehe. Berlin arbeite in Belgrad mit allen Mitteln, insbesondere mit der Gewährung grosser wirtschaftlicher Vorteile, die man direkt als Dumping bezeichnen könne, und Geld spiele keine Rolle. Es sei aber auch richtig, dass Oesterreich selbst diese Gefahr vergrössere und die Nervosität Belgrads nähre. Fast alle Nachrichten über Oesterreich, die die Welt beunruhigen kommen nach Belgrad aus Deutschland und Belgrad sei leider bei der gegenwärtigen Stimmung nur allzu geneigt diesen Nachrichten Glauben zu schenken. Man brauche nur die Meldungen des „Angriff“ über die angeblichen Hintergründe der Reise Austen Chamberlains zu lesen, um zu sehen mit welchen Mitteln gearbeitet wird.

Der Minister sei sich nicht klar darüber, fuhr er fort, ob sich Oesterreich dessen bewusst sei, dass Italien keine Spannungen in Mitteleuropa wolle und brauchen

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611 und ADÖ 10/1612.

könne. Das Königreich sei in Abessinien, auch militärisch, viel stärker engagiert, als man offiziell zugebe, und es könne eine Verschärfung der Lage an seinen Nordgrenzen nicht brauchen. Gegenüber der Tschechoslovakei verhalte sich Italien ungemein freundlich und Herr Mussolini habe in Prag wissen lassen, dass er keinen Anteil an der Erlassung des österreichischen Dienstpflichtgesetzes gehabt habe. Nach allem, was man in Prag aus Italien höre, wolle Herr Mussolini in Mitteleuropa Ruhe haben und seinen Rücken gedeckt wissen. Nach allem, was Herr Mussolini in Prag habe verlauten lassen, werde er sich in Mitteleuropa nicht exponieren. Aus diesem Grunde ist auch das Kalkül Ungarns falsch, wenn es gerade jetzt wieder von einer Revision spreche. Das reize nur, und jede Reizung der zentraleuropäischen Staaten unter einander sei gerade jetzt mehr als überflüssig. Der Minister richte auch an uns den Appell, alles was andere Staaten reizen könnte, möglichst zu unterlassen und er wiederholt seine Meinung, dass es für den allgemeinen Frieden und für unsere Position in Mitteleuropa gut wäre, wenn wir doch nur eine Geste finden würden, die die entstandene Spannung beseitigen würde.

Meine Argumente, die ich im Sinne des d. Erlasses vom 18. April 1936 Zl. 37451-13 zur Geltung brachte, fanden zwar bei dem Herrn Aussenminister im Grossen und Ganzen Verständnis, doch kam er immer wieder darauf zurück, dass wir auf andere Art das gleiche Resultat erzielt hätten, wenn wir, so wie es die Türkei getan, mit den anderen Mächten vorher gesprochen hätten. Es wäre dann auch der Anschein vermieden worden, als ob wir in Nachahmung Hitlers uns einfach über bestehende Verträge hinwegsetzen wollten.

Am 30. d. M. habe ich eine Audienz bei Präsidenten Dr. Beneš, bei welcher sicherlich das gleiche Thema zur Erörterung stehen wird².

1614

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 37800/13

Wien, 29. April 1936

Ich beehre mich Sie zu ersuchen, das in deutschem Wortlaut und französischer Uebersetzung mitfolgende Aide-Mémoire in einer Reinschrift des deutschen Tex-

² Siehe dazu weiter ADÖ 10/1614.

tes¹ am 2. Mai vormittags im dortigen Aussenamte überreichen und beifügen zu wollen, dass die österreichischen Gesandten in Rom, Paris und London dieses Memorandum den betreffenden Regierungen gleichzeitig mit der Bemerkung zugehen lassen, dass die österreichische Bundesregierung glaubt, der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, durch die im Aide-Mémoire enthaltenen gründlichen und rückhaltlosen Ausführungen nunmehr alle bezüglich des Bundesdienstpflichtgesetzes im Auslande aufgetauchten Zweifel über Wesen und Gründe des erwähnten Gesetzes aufgeklärt zu haben.

Ueber die Aufnahme Ihres Schrittes wollen Sie ungesäumt, gegebenenfalls telegraphisch, berichten.

Ergeht gleichlautend an die Gesandtschaften in Prag, Belgrad, Bukarest, Berlin, Warschau, Sofia, Ankara und Bern.

Anhang:

A i d e – M é m o i r e .

Es sind ungefähr vier Wochen verstrichen, seit dem der Bundestag das Gesetz über die Bundesdienstpflicht beschlossen hat. In dieser Zeitspanne sind mannigfache kritische Stimmen im Auslande über dieses Gesetz laut geworden. Neben einer stattlichen Anzahl von eindeutig beipflichtenden Urteilen und objektiv zutreffenden Aeusserungen liegen bedauerlicher Weise auch nicht wenige Meinungsäusserungen des Auslandes vor, die auf eine durchaus irrige Beurteilung dieser gesetzlichen Massnahme und eine durch nichts begründete Nervosität von Seiten solcher Faktoren des zwischenstaatlichen Lebens in Europa schliessen lassen, auf deren vollkommene Aufklärung und Beruhigung Oesterreich, in konsequenter Befolgung seiner auf Erhaltung und Festigung des Friedens gerichteten Politik, den grössten Wert legt.

Die österreichische Bundesregierung hält es daher für zweckmässig, im Interesse einer Entspannung der gegenwärtigen, gewiss nicht günstigen allgemeinen Lage in Europa, die bereits wiederholt in aller Oeffentlichkeit dargelegten Beweggründe, die sie gerade jetzt zu dieser Massnahme veranlasst haben, nochmals zusammenzufassen und den interessierten Regierungen mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, diese Argumente einer neuerlichen vorurteilsfreien und sachlichen Erwägung unterziehen zu wollen.

a) Es sei zunächst nochmals festgestellt, dass das in Rede stehende Gesetz die allgemeine *Dienstpflicht* und nicht, wie von mancher Seite immer wieder zu Unrecht behauptet wird, die allgemeine *Wehrpflicht* eingeführt hat. (Siehe den zuliegenden Wortlaut des Gesetzes.) Wenn das Gesetz auch die Möglichkeit vorsieht, die Dienstpflichtigen zum „Dienste mit der Waffe“ heranzuziehen, so bedeutet dies eine der Bundesregierung erteilte gesetzliche Ermächtigung,

¹ Siehe Anhang dieses Dokuments; dazu außerdem ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611, ADÖ 10/1612 und ADÖ 10/1613.

je nach den Notwendigkeiten der Lage, Teile der zum Dienste Verpflichteten entweder zu öffentlichen Arbeiten *oder* zur militärischen Ausbildung bezw. nötigen Falles zur Verteidigung des Vaterlandes zu verwenden.

- b) Das *volkserzieherische Moment* nimmt in den Erwägungen der Bundesregierung die erste Stelle ein. Es kann sicherlich nicht bestritten werden, dass die jedem physisch und moralisch geeigneten Staatsbürger auferlegten Pflicht, sich für eine beschränkte Zeit seines Lebens dem Staate zur Dienstleistung, sei es mit Schaufel und Spaten, sei es mit der Waffe zur Verfügung zu stellen, ein unersetzliches Mittel für die hygienische, moralische und patriotische Erziehung eines Volkes darstellt und dass andererseits die Surrogate, auf die Oesterreich bisher angewiesen war, wie z. B. Pflege der Leibesübungen in den Schulen und Sport nicht ausreichen, um die wehrfähige Jugend einheitlich sowohl körperlich als moralisch zu Männern zu erziehen, die den Staatsgedanken und die Vaterlandsliebe zum Rückgrat ihres Manneslebens machen und im Falle der Not geschlossen bereit sind, ihre Heimat gegen alle Angriffe mit Opfern und dem Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Ein Staat, der wie Oesterreich in geographischer, geopolitischer und strategischer Hinsicht dazu bestimmt ist, gleichsam das Zentrum des europäischen Nervensystems darzustellen, der weiters trotz der vielfachen Unzulänglichkeiten, die sein ihm durch den Staatsvertrag auferlegtes Statut aufweist, fest entschlossen ist, aus eigenem Willen und im Interesse des allgemeinen Friedens seine Unabhängigkeit nach allen Seiten zu wahren und zu verteidigen – ein solcher Staat kann sich noch weit weniger als jeder andere der Pflicht entziehen, sein Volk einheitlich zum Bewusstsein der Eigenstaatlichkeit und zum starken Willen zu erziehen, sein Vaterland um jeden Preis zu verteidigen. Besonderes Gewicht muss aber hierbei eine pflichtbewusste Regierung auf die *einheitliche* Ertüchtigung und Heranziehung der männlichen Staatsbürger zur Wahrung des Gemeinwohls und im Falle der Gefahr, zur Verteidigung des Staates legen: Es geht vom Standpunkte der Staatsmoral und der staatlichen Gerechtigkeit nicht an, die Staatsbürger gleicher körperlicher, geistiger und moralischer Befähigung hinsichtlich ihrer Pflichten dem Staate gegenüber in mehr oder minder bevorzugte Kategorien zu teilen, so dass z. B. einer Kategorie, dem Söldnerheer, die kategorische Pflicht zur Verteidigung des Staates mit dem Einsatze des Lebens auferlegt, neben dieser Kategorie aber einer anderen freigestellt wird, sich nach Belieben diese Pflicht selbst aufzuerlegen, eine dritte aber gesetzlich vollauf berechtigt ist, solchen Opfern ihrer Mitbürger untätig zuzusehen. Die gemeinsame Pflicht ist eine Voraussetzung für die Erstarkung des Vaterlandsgefühles und des Willens des Volkes zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates.
- c) Neben diesen auf einer selbstverständlichen Auffassung von der Staatsmoral beruhenden Erwägungen sind es aber auch solche der Zweckmässigkeit, die die Bundesregierung bei der Schaffung dieses Gesetzes geleitet haben. Es versteht sich von selbst, dass die Erhaltung eines Berufsheeres relativ überaus hohe Kos-

ten verursacht. Die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht ermöglicht hingegen, mit dem gleichen Aufwand an Geldmitteln die im Vorstehenden dargelegte körperliche und patriotische Ertüchtigung weitaus grösserer Kontingente der männlichen Bevölkerung durchzuführen und auch in erheblichem Masse das Staatsbudget von den Ausgaben aus dem Titel des freiwilligen Arbeitsdienstes für gemeinnützige Arbeiten zu entlasten. Die österreichische Bundesregierung beabsichtigt übrigens, schon mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel des österreichischen Budgets, nicht unter normalen Verhältnissen einen zahlenmässig wesentlich höheren Friedensstand der österreichischen Wehrmacht zu unterhalten, als dieser seitens Grossbritannien im Zuge der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in Aussicht genommen war (siehe Punkt e, 2).

- d) Die österreichische Bundesregierung wiederholt feierlichst, ihre an sich aus den Gegebenheiten und der Politik Oesterreichs seit dem Weltkriege unzweideutig resultierende und daher selbstverständliche Versicherung, dass sie mit der Schaffung des Dienstpflichtgesetzes, auch hinsichtlich der Heranziehung eines Teiles der Verpflichteten zum Dienste mit der Waffe, ausschliesslich friedliche und *defensive* Ziele verfolgt. Die politische Entwicklung der letzten 18 Jahre in Oesterreich, seine in jeder Hinsicht und immer wieder bewiesene Vertragstreue lassen für einen vorurteilsfreien objektiven Beobachter auch nicht den Schein eines Zweifels an der absoluten Loyalität Oesterreichs in diesem, wie auch in jedem anderen Belange des zwischenstaatlichen Lebens zu.
- e) Wenn der Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung Hinweise auf Bestimmungen des Staatsvertrages entgegengesetzt werden, so muss hierauf mit folgenden Bemerkungen reflektiert werden:
- 1.) der Staatsvertrag von St. Germain erlegt Oesterreich zwar eine Reihe von Zwangsmassnahmen militärischer Natur auf, jedoch unter der in der Einleitung vom V. Teil *ausdrücklich gemachten Zusage*, dass der fast völligen einseitigen Entwaffnung und Entmilitarisierung Oesterreichs Beschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiete der militärischen Rüstung auch bei den Partnerstaaten des Vertrages folgen würden. Es erscheint der Bundesregierung überflüssig, darauf hinzuweisen, dass diese Zusage seitens der Vertragspartner Oesterreichs, im Gegensatz zu der restlosen Erfüllung seiner eigenen, übernommenen Verpflichtungen, nicht erfüllt worden ist, die Entwicklung in allen in Betracht kommenden Staaten vielmehr, in beängstigender Weise, die entgegengesetzte Richtung genommen und die der erwähnten Vertragsbestimmung zugrunde liegende Idee der allmählichen Herabminderung der Disparität in der Wehrhaftigkeit der europäischen Staaten vollends illusorisch gemacht hat.
 - 2.) die Erkenntnis dieser dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages zuwiderlaufenden Entwicklung auf Seite der Vertragspartner Oesterreichs scheint unzweideutig sowohl in der Deklaration der vier Grossmächte vom 11. Dezember 1932 als auch in dem Punkte 6 des Communiqué's der Konferenz

von Stresa vom 14. April 1935, wie schliesslich in der Tatsache auf, dass in dem der seinerzeitigen „Abrüstungskonferenz“ vorgelegten, sogenannten Macdonald-Entwurf (Conf. D. 157, Tableau I des Artikels 13) Oesterreich von vorneherein ein Friedensstand von 50.000 Mann zugebilligt worden ist.

- 3.) Wenn andererseits die in den unter Pkt. 2) erwähnten offiziellen Dokumenten in Aussicht gestellten Zugeständnisse der militärischen Gleichberechtigung Oesterreichs und der Ausserkraftsetzung der militärischen Klauseln des Staatsvertrages an die Bedingung des Abschlusses von Sicherheitsverträgen geknüpft wurden, so sei die Bemerkung gestattet, dass es Oesterreich in erster Linie war und auch heute noch ist, das jeden, zuletzt den im Protokoll ddo. Rom vom 7. Jänner 1935 niedergelegten Gedanken der Schaffung eines die Sicherheit in Mitteleuropa wirksam gewährleistenden Vertragssystems bereitwilligst aufgegriffen, aktiv in zahlreichen diplomatischen Verhandlungen mit den Grossmächten und seinen Nachbarn verfolgt hat und der raschen Verwirklichung zuzuführen bestrebt war. Es ist unzweifelhaft nicht Oesterreichs Verschulden, wenn diese Bemühungen, die auf den Abschluss eines Mitteleuropa dauerhaft befriedenden Vertragssystems abzielen, bisher keinen merklichen Fortschritt aufweisen und zu versanden drohen. Oesterreich bedauert diese unbefriedigende Entwicklung seinerseits umso mehr, als es kraft der unter Punkt 2) erwähnten Zusicherungen, die ihm gegeben wurden, durch den Abschluss eines derartigen Vertragssystems automatisch seine volle Gleichberechtigung wiedererlangt hätte. In diesem Zusammenhange glaubt die Bundesregierung nochmals ihre von jeder Rechthaberei oder Spitze gegen irgendeinen Staat freie Ueberzeugung aussprechen zu sollen, dass ein dauerhafter Friede in Europa unbedingt nur auf der Grundlage restloser Beseitigung der Diskriminationen zwischen Siegern und Besiegten von einst und der Ausmerzung aller das Volksempfinden demütigenden, der unseligen Kriegspsychose entsprungenen Zwangsmassnahmen gegen die Naturrechte jedes einzelnen Volkes möglich ist.
- 4.) Während die im Vertrage von St. Germain enthaltenen militärischen Klauseln, wie oben ausgeführt, von gewissen Zusagen, die von Seite der Partner zu erfüllen sind, begleitet sind, ist die Oesterreich hinsichtlich der Wahrung seiner Unabhängigkeit ohne Gegenleistung der Vertragspartner auferlegte Verpflichtung eine strikte und bei mehreren Anlässen seitens der hauptsächlich hieran interessierten Staaten, darunter Oesterreich, bekräftigte. Diese Verpflichtung stellt einen der Grundpfeiler der durch die Verträge aufgestellten heutigen Ordnung in Europa dar. Ihr gerecht zu werden, ist Oesterreich's fester Wille, im eigenen wohlverstandenen Interesse wie auch im Interesse des Friedens in Europa. Es heisst für Oesterreich daher, diese wesentlichste Bestimmung des Vertrages von St. Germain und der heutigen europäischen Ordnung gewissenhaft einhalten, wenn es, angesichts der von ernststen Gefahren bedrohten Weltlage, dafür Sorge trägt, nötigenfalls alles,

was in seinen eigenen Kräften liegt, zur Wahrung seiner allseitigen Unabhängigkeit beitragen zu können und damit erst den anderen Staaten, die an dem selbständigen Bestand eines unabhängigen Oesterreich interessiert sind, die Gewähr bietet, dass deren Bestrebungen und Hilfsbereitschaft zur Erhaltung dieser Unabhängigkeit mit dem Willen eines verteidigungsbereiten österreichischen Volkes in Einklang stehen.

- f) Das von der Bundesregierung in Erkenntnis vorstehender triftiger Beweggründe geschaffene Bundesdienstpflichtgesetz stellt einen Ausfluss der Souveränität Oesterreichs dar. Die Bundesregierung hat diesen Hoheitsakt im Bewusstsein der Tatsache gesetzt, dass er in keiner Weise die Interessen der Staaten, mit denen Oesterreich auch weiterhin in Freundschaft an der Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten wünscht, beeinträchtigt. Sie glaubt, dem österreichischen Volke, das in berechtigtem Stolz auf seine alte glorreiche Geschichte und im Bewusstsein seiner Eigenstaatlichkeit und seines neu erstarkenden Vaterlandsgefühles daran ist, sein Staatswesen neu aufzubauen, nicht länger die Möglichkeit vorenthalten zu können, nötigenfalls sein Land und seine Unabhängigkeit wirksam zu verteidigen.

Eine ihrer Pflichten bewusste Regierung darf die gegenwärtige europäische Lage und die gerade jetzt rapid zunehmende Diskrepanz nicht ausser Acht lassen, die hinsichtlich der Möglichkeiten der Verteidigung der Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit zwischen dem österreichischen Volk und sämtlichen anderen europäischen Völkern klafft. Ein Regime, das diesen elementaren Notwendigkeiten nicht unverzüglich und unbedingt gerecht zu werden verstünde, könnte die Verantwortung für die weitere geregelte Entwicklung der Geschicke des österreichischen Volkes nicht auf sich nehmen².

1615

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 227/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 1. Mai 1936

Am Donnerstag den 30. April besuchte ich Herrn Präsidenten Dr. Beneš, den ich, im Einvernehmen mit Herrn Aussenminister Dr. Krofta, um eine Unterredung gebeten hatte. Der Herr Präsident hatte mich unmittelbar nach seiner Wahl aufgefor-

² Siehe dazu weiter auch ADÖ 10/1615, ADÖ 10/1616 und ADÖ 10/1617.

dert, ihn ab und zu zu besuchen, weil er, wie er damals sagte, mit jenen Gesandten, mit denen er als Aussenminister näheren Kontakt hatte, diesen Kontakt aufrecht erhalten möchte. Meine Unterredung mit dem Herrn Präsidenten dauerte diesmal mehr als anderthalb Stunden und Herr Dr. Beneš erläuterte mir, wie es immer seine Art gewesen, in einem längeren zusammenhängenden Vortrag seine Ansichten über die uns interessierenden Probleme der Gegenwart.

Oesterreich habe, so scheine es dem Herrn Präsidenten, nicht genügend auf die tschechoslovakische Politik geantwortet und reagiert. Ministerpräsident Dr. Hodža habe sich mehr als genug exponiert, sodass es ihm von vielen Seiten im In- und Auslande sogar ausgestellt wurde. In der Sache selbst sei er, der Präsident, mit Dr. Hodža vollkommen einig, wenn er auch wohl eine andere Taktik für seine Handlungen gewählt hätte. So hätten insbesondere manche Reden und Aeusserungen Dr. Hodžas während seines Pariser Aufenthaltes in Oesterreich eine gewisse Reperkussion hervorgerufen, die lieber zu vermeiden gewesen wäre. Er habe mit dem Ministerpräsidenten darüber gesprochen und dieser habe anerkannt, dass Fehler geschehen seien. Dr. Hodža sei ein kluger Mann der nichts auf Prestige gebe und der sich der Einsicht nicht verschliesst, wenn es notwendig ist. Der Ministerpräsident habe auch nicht genügende Erfahrung in den auswärtigen Dingen gehabt, er lerne aber rasch und schon gestern in seinem im Senat gehaltenen Exposé (h. a. Bericht Zl. 221/Pol. vom 30. April l. Js.) sei er viel vorsichtiger gewesen. In Oesterreich speziell sollte nicht der Eindruck erweckt werden, als ob zwischen unseren beiden Ländern ein Gegensatz bestünde. Nach dem allzu heftigen Ausschlag des Pendels sei hoffentlich wiederum das Gleichgewicht hergestellt worden und die Situation wieder die, von der wir ausgegangen sind. Dr. Beneš bedaure es noch nachträglich, dass die Präsidentenwahlen es mit sich gebracht haben, dass nicht er als Aussenminister mit dem Herrn Bundeskanzler in Prag verhandeln durfte. Die Sachen hätten dann ein ganz anderes Gesicht gehabt und dem Herrn Bundeskanzler wären manche Schwierigkeiten erspart geblieben. Jetzt sei ja hoffentlich alles wieder in Ordnung.

Er kenne, fuhr Herr Dr. Beneš fort, sehr gut die Motive, die uns zum Bundesdienstpflichtgesetz geführt haben. Nur der Vorgang, die Taktik, wäre seines Erachtens verfehlt gewesen. Wenn es der Türkei in einer so fundamental wichtigen Sache wie es die Dardanellenfrage ist, gelungen sei, die Zustimmung von Grossmächten ersten Ranges, die das vitalste Interesse an der Sache haben, zu erlangen, um wie viel leichter wäre es Oesterreich gelungen, die Mächte von der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit des Bundesdienstpflichtgesetzes¹ zu überzeugen und ihre Einwilligung zu erlangen. Oesterreich hätte damit zeigen können, was für einen grossen Erfolg es in der internationalen Politik errungen habe und gerade das wäre eine ganz hervorragende Waffe gegen die Nazi-propaganda gewesen. Daraus

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611, ADÖ 10/1612, ADÖ 10/1613 und ADÖ 10/1614.

hätte man, nach Ansicht des Präsidenten eine ganz grosse Sache machen können. Die Geste, die Oesterreich gewählt habe, habe gewiss eine bestimmte Wirkung gehabt, diese sei aber nicht von allzu langer Dauer gewesen und bald hätten sich unangenehme Konsequenzen gezeigt, die besser zu vermeiden gewesen wären. Es bleibe unverständlich, warum Oesterreich es vorgezogen habe, das deutsche Beispiel nachzuahmen, und dem nationalsozialistischen Deutschland dadurch Recht zu geben, anstatt sich durch die Erlangung der vorherigen Zustimmung der Mächte einen Riesen Erfolg zu schaffen; diese Psychologie begreife man nicht. Den Nationalsozialisten könne man nur imponieren, wenn man ihnen zeige, dass ihnen Extratouren, weder innen- noch aussenpolitisch, erlaubt werden.

Besonders der tschechoslovakischen Regierung sei das Vorgehen Oesterreichs, nach all den vorhergegangenen Freundschaftskundgebungen sehr nahegegangen, weil die Jugoslawen, die man mässigen wollte, sofort erklärten: „Jetzt seht ihr es, sie sind in Wien doch nur ein Instrument der italienischen Politik und sie werden uns nächstens ohne etwas zu sagen die Habsburger bringen!“ Es sei schwer Belgrad vom Gegenteil zu überzeugen.

Ein legales Vorgehen bleibe trotz den gewissen Erfolgen Hitlers doch nur immer die stärkste Waffe. Er, Dr. Beneš, habe das Empfinden der Stärke, weil er in den 17 Jahren des Bestehens der tschechoslovakischen Republik weder innen noch aussen etwas Illegales unternommen habe. Auch in der Innenpolitik sei der legale Weg immer der beste und davon werde sich auch Herr Henlein überzeugen müssen.

Wir werden Deutschland nie provozieren, fuhr Herr Dr. Beneš fort, auch wenn sie noch so viele „Eseleien“ über unser Verhältnis zu Sowjetrussland verbreiten. Das seien Geschichten à la Flugzeug über Nürnberg (vor Beginn des Krieges wollte man französische Flugzeuge über Nürnberg gesichtet haben und schon deshalb sollte Deutschland an Frankreich den Krieg erklären). Alle diese unwahren Nachrichten über bestimmte Bindungen der Tschechoslovakei gegenüber Russland – die Tschechoslovakei das Flugzeugmutterschiff Russlands etz. – werden aus Deutschland und Ungarn verbreitet. Jeder Stock habe zwei Enden und wenn man erst die Hintergründe dieser Lügenpropaganda erkennen werde, werden sich diese Lügen gegen jene kehren, die sie verbreiten. Die kompetenten Faktoren wüssten ja ohnehin schon, was an diesem Gerede wahres ist und können diese Propaganda heute schon richtig werten. Der Präsident habe hierüber, über das Verhältnis der Tschechoslovakei zu Sowjetrussland, den Deutschen (dem Herrn Gesandten Eisenlohr) eine offizielle Deklaration abgegeben, und er habe auch mit Herrn Eden eine Deklaration vereinbart, die im englischen Abgeordnetenhaus abgegeben werden wird. England wisse, dass die Tschechoslovakei weder ein Militärabkommen noch ein Fliegerabkommen etz. mit Sowjetrussland habe und dass ihr Vertrag mit Russland ganz klar und eindeutig lediglich auf dem Artikel XVI. der Völkerbundsatzungen beruhe und nichts anderes als die assistance mutuelle zum Inhalt habe. Was die Deutschen mit den Bolschewiken in Rapallo vereinbart hatten, sei gar

nichts gewesen? Und Dr. Beneš halte es für eine ausgemachte Sache, dass sich Deutschland selbst über kurz oder lang wieder Russland nähern werde und dass vielleicht sogar die Politik von Rapallo nochmals auferstehen könnte.

Die Zeiten seien noch gar nicht so fern, wo man ihm, Dr. Beneš, im Inland den Vorwurf gemacht habe, er sei gegenüber dem Bolschewikenfeind Dr. Kramař zu nachgiebig und die Tschechoslovakei müsse doch endlich auch mit dem neuen Russland zu einer Verständigung gelangen. Dies habe er erst vor wenigen Tagen den Henleinleuten in Erinnerung gerufen, deren Anhänger ihn damals im Kampfe gegen Kramař unterstützt hätten. Dass der Kurs in der Tschechoslovakei kein kommunistenfreundlicher sei, müsse doch jedermann, der die Verhältnisse halbwegs kenne, bestätigen, und er, Dr. Beneš, würde die kommunistische Partei sofort zerschlagen, wenn ihm die Agrarier nicht immer in den Arm fallen würden, die die Kommunisten brauchen, damit die Sozialdemokraten nicht zu stark werden. Den kulturellen Verkehr mit Sowjetrußland pflegen in der Tschechoslovakei die Nichtkommunisten und wenn die Kommunisten in dieser Richtung etwas machen wollen, so ziehe man sich sofort zurück. In Moskau wisse man sehr genau, dass man mit den Kommunisten in der Tschechoslovakei gar nichts machen dürfe.

„Wir sind stark genug, um uns eine liberale Politik zu erlauben“, fuhr Herr Dr. Beneš fort, „und unsere Sozialisten sind gescheit genug, um zu wissen, dass, wenn sie nicht vernünftig wären, sie für die Kommunisten arbeiten würden.“ Das, was jetzt in Frankreich geschehen sei, wäre in der Tschechoslovakei nicht möglich. Hier können die extremen Richtungen nichts machen und die politische Situation sei so, dass nur eine Koalition der gemässigten Parteien möglich sei.

Auch für Oesterreich wäre, wenn der Präsident es ohne sich in unsere Angelegenheiten einmischen zu wollen, so sagen dürfe, vielleicht richtig gewesen, wenn sich die Katholiken und die Sozialdemokraten geeinigt hätten. Was in manchen nordischen Staaten, was in Belgien möglich sei, hätte auch in Oesterreich möglich sein können, eine solche Entwicklung wäre für Europa ein Glück und die beste Sicherheitsgarantie gegen den Nationalsozialismus geworden. Diese Erkenntnis habe auch ihn bewogen, katholische Politik zu machen. Ideologien, wie es der Nazismus, der Kommunismus oder der Faschismus seien, können nur immer wieder durch andere Ideenkräfte bekämpft und paralisiert werden. Diese Ideenkräfte seien in der Tschechoslovakei neben der allgemeinen Liebe zum Vaterland der Katholizismus und der Sozialismus. Diese Erkenntnis sei das Resultat seiner politischen Philosophie, eine reine wissenschaftliche und soziologische Erkenntnis, beileibe nicht Opportunität, und so trachte der Präsident seit jeher die Balance zwischen den innerpolitischen Kräften zu halten. Man könne über den Kommunismus schimpfen soviel man wolle, dass eine sei sicher, dass auch der Kommunismus eine grosse Idee ist, die man heute nicht mehr nur mit dem Bajonett bekämpfen könne. Der Faschismus sei in der Tschechoslovakei nie sehr stark gewesen und als er sich seinerzeit auszubreiten drohte, sei Dr. Beneš ideologisch gegen ihn losgegangen und heute spiele er gar keine Rolle mehr. In gleicher Weise würde

der Präsident gegen Henlein losgehen, wenn dieser etwas unternehmen würde, was dem Staate wirklichen Schaden zufügen könnte. Wenn man diesen Kampf mit friedlichen Mitteln und ohne Gewalt durchhalten könne, so sei es jedenfalls besser.

Der Präsident dürfe es wohl sagen, dass die Tschechoslovakei durch die Führung ihrer Politik in dieser Art sich eine solide internationale Position geschaffen habe und sich heute vor niemanden und vor nichts mehr fürchten müsse. „Der Geist unserer Armee ist herrlich. Wir sind zwar Pazifisten, aber wenn es nötig sein wird, werden wir genau so gut zu kämpfen wissen wie irgendwer. Und ich sage zu jederman: Willst Du Krieg, so kannst Du Krieg haben, willst Du Frieden, so halte ich Frieden.“

Wohin eine unsolide Politik führe, sehe man am besten an Polen. Was ist aus dem Konflikt geworden, den die Polen heraufbeschworen haben? Die Tschechoslovakei habe in diesem Konflikt die grösste Ruhe bewahrt, sie habe gewartet, trotzdem es nicht möglich war, eine Antwort auf die vielen Noten aus Warschau zu bekommen. Und jetzt wisse man in Warschau nicht, ob man retirieren soll oder nicht. Die Polen hätten mit ihrem Vorgehen gegen die Tschechoslovakei nichts erzielt, ausser dass sie einen internationalen Skandal provoziert haben, den sie jetzt zurückblasen müssen. Warschau werde wohl noch einige Schwierigkeiten machen, das werde ihnen aber gar nichts helfen. Die Wiederannäherung an Frankreich, die im Zuge sei, werde zwangsweise auch ein besseres Verhältnis zu Prag nach sich ziehen.

Herr Dr. Beneš kam dann wiederum auf die tschechoslovakische Innenpolitik zu sprechen. Ehe ich in meinem Berichte fortfahre, darf ich vielleicht, unter Hinweis darauf, was mir der Herr Präsident über sein Verhältnis zum Katholizismus gesagt, eine kleine aber wahre Anekdote einstreuen, die mir vor wenigen Tagen mein Freund, der englische Gesandte Sir Joseph Addison, erzählte. Sir Joseph hat bei irgend einer Gelegenheit während des vorjährigen Katholikentages in Prag zum damaligen Aussenminister Dr. Beneš die Bemerkung gemacht, „Qui mange du pape, en meurt.“ Darauf habe Herr Dr. Beneš lächelnd erwidert, „voilà pour-quoi je préfère de manger *avec* lui“.

In der Innenpolitik, erklärte mir Herr Dr. Beneš, habe er alles fest in der Hand. Gerade vorgestern seien die Henleinleute drei Stunden lang bei ihm gewesen, um ihn zu überzeugen, dass sie treue und loyale Bürger des Staates seien. Sie wollen in die Regierung. Der Präsident zweifle nicht daran, dass das Gros der Partei wirklich so sei, doch hätten sie in ihren Reihen noch zweifelhafte Elemente, Mist wie sich der Präsident ausdrückte, und deshalb herrsche noch immer berechtigtes Misstrauen gegen diese Versicherungen und man müsse wohl noch warten. Herr Henlein müsse sich zwei Sachen vergegenwärtigen: erstens, dass in der Tschechoslovakei gar nichts unter ausländischem Druck geschehen könne und zweitens, dass er nichts erreiche, wenn er sich mit einer Partei gegen andere verbinden wollte, z. B. mit den Agrariern. Das wäre naiv und könne nicht erlaubt werden.

Vorerst müsse die Partei jedweder Totalität, jedem Antisemitismus, Faschismus und dergleichen entsagen und sie müsse trachten, eine koalitionsfähige Partei zu werden, die je nach Bedarf entweder mit dem Zentrum, oder mit Rechts oder Links zusammen gehen kann. Henlein müsse z. B. auch erkennen, dass die tschechoslovakischen Sozialdemokraten keine Marxisten im gebräuchlichen Sinne des Wortes seien, und er müsse daher auch von der Phrase des Antimarxismus ihnen gegenüber Abstand nehmen. Er sei, betonte Herr Dr. Beneš, kein Parteimann und er wolle eine stabile Regierung haben. Er könne es nicht erlauben, dass sich in der Zeit der Krise zwei gegnerische Lager bilden, die sich gegenseitig bekämpfen und auffressen und die aus der Henleinpartei ihr Instrument machen wollten. Er sei für alle Fälle gewappnet und sofort bereit, wenn der Parteiapparat nicht funktionieren sollte, eine Beamtenregierung ans Ruder zu rufen und zu warten, bis sich die Koalition wieder zusammen findet. Ein solches Experiment könnte er umso eher wagen, als er der Armee sicher sei. Er sei überzeugt, dass es keine zwei Monate dauern würde, und alle wären wieder einig. Nochmals auf die Henleinpartei zurückkommend, sagte der Herr Präsident, dass er es auch nicht dulden wolle, wenn diese Partei ungerechter Weise angegriffen werde, wie es in der letzten ausserpolitischen Debatte von der Deputierten der tschechischen nationalsozialistischen Partei, Frau Zeminova geschehen sei. Derartige Angriffe müssten auch von den Tschechen zurückgewiesen werden und er werde selbst gegen Frau Zeminova auftreten.

Die slowakischen Volksparteiler, von denen man in der letzten Zeit so viel gesprochen, weil sie den Antrag, in die Regierung einzutreten, abgelehnt hätten, seien die loyalsten Leute. Sie seien bereit, mit dem Präsidenten bis zu allen Konsequenzen zu gehen. Bis es wirklich nötig sein wird, werde sie Dr. Beneš selbst in die Regierung führen. Diesmals hätten sich die politischen Parteien zu ungeschickt verhalten. Der Präsident hat mit den Slowaken vereinbart, dass sie noch einige Zeit warten sollen.

Nach diesem Exkurse auf das innerpolitische Gebiet lenkte ich das Gespräch wieder auf die internationale Lage und fragte den Herrn Präsidenten, wie er sich die weitere Entwicklung in Europa vorstelle. Der Schlüssel zur ganzen Situation liege, so meinte der Präsident, in Abessinien. Italien habe dort viel grössere und raschere Erfolge erzielt, als es alle Sachverständigen auch in Frankreich und England für möglich gehalten hatten. Das sei ein Faktum, mit dem jeder Vernünftige als Tatsache rechnen müsse. Trotzdem wäre es seiner Meinung nach ein Irrtum, wenn man behaupten wollte, Italien habe seine Sache bereits gewonnen. Die Probleme Deutschland und Mitteleuropa drängen. Durch die Zerreißung des Locarnovertrages sei auch Italien (ebenso wie Polen) geschwächt worden. Auch die Tschechoslowakei habe durch die Beseitigung des Locarnovertrages verloren, andererseits aber auch gewonnen, denn sie habe jetzt als Staat und Bundesgenosse einen grösseren Wert. Das gleiche gelte auch für Oesterreich. Italien spüre es sehr gut und wisse, dass es erst dann die Früchte seiner Siege ernten könne, bis alles,

was es erreicht hat, auch international anerkannt werden wird. In dieser Erkenntnis wolle es sich Italien nicht ganz mit England und mit Genf verderben. In Italien gab es einen grossen Schreck, als Baldwin angedeutet hatte, England werde Genf verlassen und als Herr Sarraut erklärt habe, Frankreich müsse seine Politik revidieren. Man habe diesen Worten in Italien gar nicht Beifall geklatscht, obzwar Italien scheinbar gegen Genf war und man habe es mit der Angst bekommen. Es wisse sehr gut, dass es Genf brauchen werde und deshalb werde sich Italien auch mit England schliesslich einigen. Austen Chamberlain habe Herrn Dr. Beneš die Versicherung gegeben, dass Frankreich und England nicht auseinander gehen werden. Die kommende Einigung Italiens mit England in der abessinischen Frage heisse englisches Geld. Ohne englisches Geld werde Italien nirgends, auch in Europa nicht, etwas machen können. Dann werde wiederum die Stresafront aufgerichtet werden und Italien werde – wie lange, weiss man nicht – ein sehr konservativer Staat in Europa sein. Diese Kombination sei immerhin tröstlich, weil man daraus sehen könne, dass, wenn auch alles zerworfen ist, es schliesslich doch wieder zu einem Gleichgewicht strebt. Als nicht unwesentliche Glieder zu dieser Balance müsse man aber auch die Tschechoslowakei und Oesterreich betrachten, dies müssten wir beide uns vergegenwärtigen und ruhige Nerven bewahren. Was die Tschechoslowakei anlange, so werde diese politisch mit Europa gehen und das sei auch die beste Politik gegen Hitler. Falls Hitler sich entschliessen sollte, seine Politik auch jener des europäischen Westens zu akkommodieren, so werde auch Dr. Beneš Politik mit Hitler machen.

Was die Sanktionen anlange, so sei der Präsident überzeugt, dass sie bleiben werden, man werde sie weder beseitigen, noch verstärken. Eine anti italienische Politik liege der Tschechoslowakei fern und Dr. Beneš würde sie nie erlauben. Die Hauptsache sei, treu zu Genf zu halten, weil man zwangsweise wiederum zu Genf werde zurückkehren müssen. Frankreich und England werden nach dem 11. Mai mit Deutschland verhandeln und Deutschland werde gewisse Fragen beantworten müssen. Sollte Deutschland z. B. mit der Tschechoslowakei einen Nichtangriffspakt abschliessen wollen, der dem §16 der Völkerbundstatuten unterworfen wäre, so wäre es zu machen. Die Tschechoslowakei könne sich mit Deutschland aber nur dann einigen, wenn Deutschland auch mit anderen Staaten im gleichen Sinne verhandelt und aus den Verträgen gewissermassen ein ganzes Vertragssystem wird. Dass Deutschland in den Verhandlungen so viel als möglich heraus schlagen wolle, Gleichberechtigung etz. sei klar, das bedeute aber noch nicht, dass es z. B. auch wirklich Kolonien erhalten werde.

Jedermann sollte heute in Europa wissen, dass man sich gegenseitig nicht überflüssigerweise reizen dürfe, sich nicht die Situation erschweren sollte, nicht niederreissen sondern aufbauen müsse und immer zu Verhandlungen und zum Frieden sich bereit finden sollte. Deutschland werde es wohl noch weiter versuchen, Oesterreich mit seinen Doktrinen und Ideologien zu unterminieren, wenn wir aber fest bleiben, so werde dem Nationalsozialismus bei uns nichts gelingen und dann

würden die Nationalsozialisten eben sagen, wie es bei undurchführbaren politischen Ideologien immer der Fall sei, sie wollten es doch gar nicht und sie werden wiederum eine andere politische Doktrin finden. Die Hauptsache sei, dass wir allen diesen Versuchen gegenüber ruhig Stellung beziehen und unsere Ruhe bewahren.

Was die Tschechoslovakei anlange, so wolle Herr Dr. Beneš beweisen, dass sein Staat ein konstruktives Element in Europa sei und er werde weder gegen Deutschland, noch gegen Polen, noch gegen Ungarn irgend etwas unternehmen. Wenn sich diese Staaten mit der Tschechoslovakei einigen wollen, so werde diese immer dazu bereit sein. Jedenfalls werde der Präsident alles vermeiden, was anderen Staaten Schwierigkeiten machen würde.

Die Hauptsache sei in der heutigen Zeit, fuhr der Herr Präsident fort, dass man im eigenen Hause Ordnung halte. Er bemühe sich, die Politik seines Landes nach innen und aussen fest in der Hand zu haben und er könne sagen, dass dies der Fall sei. Er helfe den Parteien, mache keine Parteipolitik, wolle sie aber an der Leine halten. Die Linie in der Innen- und Aussenpolitik sei fester denn je.

Die schwerwiegendste Frage für die Tschechoslovakei und für Oesterreich sei: Werden wir durchhalten? Oesterreich sei heute gewiss ein Punkt, von dem aus ein Konflikt losgehen könnte. In wenigen Monaten dürfte nach Meinung des Präsidenten der abessinische Konflikt erledigt und das Verhältnis Italiens zu England bereinigt sein. Dann werde man die Sache mit Deutschland ins Reine bringen und wenn wir bis dahin aushalten, sei alles gut.

Russische Politik werde der Präsident in die Tschechoslovakei nicht hereinlassen. Es wäre verfehlt, wenn man in Wien glauben würde, dass Dr. Beneš die Russen mit seiner Politik verquicken wollte und ihnen mehr Rechte geben würde, als sie durch ihre Zugehörigkeit zum Völkerbund haben. Er mache *westeuropäische* Politik und werde sie immer machen. Die Westmächte müssen beisammen bleiben und sich dann zusammen mit Deutschland einigen. Die Einigung Deutschlands mit Russland werde, wie schon gesagt, dann auch kommen.

Oesterreich dürfe, dass sei Dr. Beneš' stets wiederholte feste Ueberzeugung, nicht zum Instrument irgend einer Politik, auch nicht jener der Kleinen Entente, werden. Das müsse das Hauptziel unseres Bestrebens sein in dieser so heiklen Zeit, um sie zu überdauern. Die österreichische Frage sei kein mitteleuropäisches sondern ein europäisches Problem, aus dem ein Weltkrieg entstehen könnte. Italien, das sei klar, könne den Anschluss nicht erlauben, aber auch Frankreich und England nicht.

Herr Dr. Beneš fürchtet keine Konflagration. Deutschland sei militärisch nicht vorbereitet, habe sehr schwere Probleme zu verdauen und kein Diktaturstaat halte einen schweren Chok aus. Ja, wenn so ein Krieg nur vier Wochen dauern würde, dann vielleicht, aber in vier Wochen könne Deutschland nicht einmal Oesterreich unterkriegen.

Oesterreich müsse, so schloss Herr Dr. Beneš seinen langen Vortrag, seine *europäische* Funktion betonen. Die europäischen Staaten brauchen Oesterreich! Und

deshalb möchte uns Herr Dr. Beneš in unserem eigenen Interesse nahe legen, so oft als möglich von unserer europäischen Funktion zu reden (Bulgarien z. B. habe keine europäische Funktion). Jedermann werde uns Recht geben müssen. Deutschland wolle nicht zulassen, dass Oesterreich italienisch wird oder zur Kleinen Entente gehe. Die Kleine Entente könne nicht zulassen, dass sich Oesterreich an Deutschland anschliesse. Demnach sei Oesterreich europäisch und nichts anderes. Das ist, nach Ansicht des Präsidenten eine herrliche Situation, mit der man mehr operieren sollte, als man es tue. Wenn wir die europäische Frage aufwerfen, werde alles auf unserer Seite stehen und wir brauchen keine Angst mehr vor den Nazis zu haben. Dies sei, wenn sich der Präsident einen Rat erlauben dürfe, der Weg, den Oesterreich gehen müsse.

1616

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 228/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 2. Mai 1936

Wie ich mir bereits telegraphisch zu berichten erlaubte, habe ich das Aide-Mémoire über das Bundesdienstpflichtgesetz heute mittags dem Herrn Aussenminister Dr. Krofta überreicht¹. Dieser äusserte seine lebhafteste Genugtuung, dass sich die Bundesregierung nun doch entschlossen habe, eine Erklärung bzw. Erläuterung ihres Schrittes zu geben. Dieser Umstand werde dem tschechoslovakischen Aussenminister seine Position am 6. Mai in Belgrad wesentlich erleichtern, und er werde sich auf das im Aide-Mémoire enthaltene Material stützen können. Die Tschechoslovakei habe nie die Absicht gehabt Oel ins Feuer zu giessen, im Gegenteil, sie war entschlossen auf Belgrad beruhigend zu wirken. Herr Dr. Krofta bat mich, Herrn Bundesminister seinen lebhaften Dank zum Ausdruck zu bringen.

Ich brachte sodann in entsprechend vorsichtiger Weise den Inhalt des d. a. Erlasses Zl. 37824-13 vom 30. v. M. zur Sprache und erfuhr hierüber Folgendes: Belgrad hat in der diplomatischen Diskussion über das österreichische Bundesdienstpflichtgesetz tatsächlich die Frage aufgeworfen, den Völkerbund in der Angelegenheit zu befassen. Prag war gegen diesen Vorschlag und auch Herr Titulescu zeigte sich damit nicht einverstanden. Von einer gleichzeitigen Bindung

¹ ADÖ10 /1614; siehe dazu außerdem ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611, ADÖ 10/1612 und ADÖ 10/1613.

an eine bei dieser Gelegenheit zu provozierende Verzichtserklärung Oesterreichs auf die Restauration und jede territoriale Revision schien Herr Dr. Krofta nichts zu wissen. Die Restauration sei das Schreckgespenst Belgrads und es werde dort immer wieder davon gesprochen. Das sei begreiflich, wenn man bedenke, wie zerfahren die innerpolitischen Verhältnisse in Jugoslawien seien, wie stark die Kroaten gegen die Serben frondieren und wie uneinig auch die Serben untereinander sind. Die Verhältnisse seien so zugespitzt, dass es z. B. dem tschechoslovakischen Gesandten in Belgrad nicht erlaubt sei, mit Jeftić und Nincic zu sprechen, mit denen doch die tschechoslovakische Regierung früher die innigsten Freundschaftsbeziehungen hatte. Nach den letzten Nachrichten schein es, dass der Regierung Stojadinović kein langes Leben mehr beschieden sei. Dr. Krofta werde Mittwoch in Belgrad eintreffen, mit Stojadinović verhandeln und wenige Tage später werde dieser nichts mehr zu sagen haben. Alles erwecke in Belgrad Misstrauen und der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Prag und der Gegenbesuch Dr. Hodžas in Wien habe die Gemüter dort sehr aufgeregt. Deshalb sei es angezeigt, nicht alles was wir gegenseitig mit einander sprechen und machen, allzu sehr an die grosse Glocke zu hängen und lieber still und in aller Ruhe an der gegenseitigen Annäherung zu arbeiten. Dr. Krofta möchte mit Oesterreich zumindest ebenso gut sein wie mit Jugoslawien.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

1617

Gesandter Tauschitz an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 93/Pol. (vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Berlin
(ohne Zahl)

Berlin, 2. Mai 1936

Ich beehre mich, zu berichten, dass ich auftragsgemäss soeben dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath das Aide-Mémoire mit dem Bemerkten überreicht habe, dass meine Kollegen in Rom, Paris und London den betreffenden Regierungen das gleichlautende Memorandum übergeben werden¹.

Ich bemühte mich, dem Herrn Reichsaussenminister einen kurzen Auszug des Aide-Mémoire zur Kenntnis zu bringen, er fiel mir aber ins Wort, indem er sagte:

¹ ADÖ 10/1614; siehe dazu außerdem ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611, ADÖ 10/1612, ADÖ 10/1613, ADÖ 10/1615 und ADÖ 10/1616.

„Bemühen Sie sich nicht, Herr Tauschitz, bei mir gab es nie irgendwelche Zweifel betreffend der Gründe für die Einführung der Bundesdienstpflicht in Oesterreich. Ich freue mich aber trotzdem, dass Sie mir dies Aide-Mémoire, das sehr umfangreich zu sein scheint, zur Kenntnis bringen. Ich halte die Einführung der Dienstpflicht in Oesterreich für eine erfreuliche Massnahme, die zweifellos wesentlich zur Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse beitragen wird. Es darf aber auch das volkserzieherische Moment nicht unterschätzt werden, denn alle freiwilligen militärischen Formationen sind nur schwache Surrogate für die allgemeine Wehrpflicht. Sie werden aber auch die Erfahrung machen, dass ein Volksheer billiger ist als ein Söldnerheer.“

Wir kamen dann auf die Gerüchte betreffend die Bedrohung Oesterreichs durch Deutschland zu sprechen und bewegten sich die Ausführungen Neuraths im gleichen Rahmen wie das Gespräch mit Staatssekretär von Bülow laut Bericht Zl. 88/Pol. v. 29.IV. 1. J..

Darüber hinaus wäre bemerkenswert, dass Neurath diese in Paris entstandenen Nachrichten mehr als einen Versuch zur Störung der Verhandlungen und als ein französisches Ablenkungsmanöver auffasst. Neurath verwies schliesslich noch auf die Dementis, die in der „Diplomatisch-politischen Korrespondenz“ erschienen und auch durch das DNB gegangen sind. Er wollte es zuerst überhaupt nicht dementieren, aber nachdem die Gerüchte durch nahezu zwei Wochen anhielten, habe er sich doch dazu entschlossen. Die Herren Journalisten wissen doch alles viel früher als er selbst; dass er wieder als Botschafter nach London geht, habe er auch aus den ausländischen Zeitungen erfahren können. Uebrigens wurden bisher so ziemlich alle Botschafter und Gesandte genannt, die nur irgendwie für London in Betracht kämen, er könne mir aber nur sagen, dass er bis heute selbst noch nicht weiss, wen er nach London geben wird.

1618

Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 61/Pol.

AdR
Gesandtschaft Warschau
(ohne Zahl)

Warschau, [2. Mai 1936]

Heute mittags habe ich mich des mit Erlass v. 29. v. M. Z. 37800-13 erteilten Auftrags bei Herrn Minister Beck entledigt¹. Mit Rücksicht darauf, dass die An-

¹ ADÖ 10/1614; siehe dazu außerdem ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, ADÖ 10/1610, ADÖ 10/1611, ADÖ 10/1612, ADÖ 10/1613, ADÖ 10/1615, ADÖ 10/1616 und ADÖ 10/1617.

gelegenheit bereits vor einer Woche Gegenstand unseres Gesprächs gebildet hatte (vgl. meinen Bericht v. 27. April d. J. Z. 56/Pol)², konnte ich mich darauf beschränken, dem Herrn Minister die hauptsächlichsten Gedankengänge aus dem Aide-Mémoire, das ich ihm sohin zu näherem Studium überliess, kurz zu skizzieren. Der Herr Minister sprach daraufhin seinen Dank für die Information aus, und wiederholte seine Stellungnahme genau im Sinne des obbezeichneten Berichts, indem er neuerlich erklärte, dass er das Verschwinden, aller diskriminatorischen Bestimmungen der Friedensverträge für eine Notwendigkeit halte und auch sonst unsere Motive und unser Vorgehen durchaus verstehe.

Er fügte hinzu, wir könnten versichert sein, dass, wo und wann immer die Angelegenheit Gegenstand der Besprechung bilden sollte, unser Standpunkt polnischerseits vollstes Verständnis und warme Unterstützung finden werde.

Der Minister bemerkte noch, er glaube zu seiner Befriedigung aus dem Aide-Mémoire entnehmen zu können, dass unser Vorgehen von prinzipiellen und auf weite Sicht abgestellten Erwägungen und nicht durch eine augenblickliche Verschlechterung der Lage oder durch konkrete Befürchtungen diktiert gewesen sei. Er berührte in diesem Zusammenhang die verschiedenen in den letzten Tagen in der Auslandspresse aufgetauchten Alarmmeldungen, die er für gewissenlose Gerüchtemacherei unverantwortlicher Elemente hält, insbesondere als seine Informationen aus Wien und Berlin übereinstimmend besagen, dass keinerlei Grundlage für diese Meldungen erkennbar wären. Ich bestätigte dem Herrn Minister seine Auffassung bezüglich der Motive und verwies betreffs der letzten Alarmmeldungen auf das kategorische Dementi das ihnen unsererseits – wie übrigens auch deutscherseits – entgegengesetzt wurde.

1619

Gesandter Tauschitz an Generalsekretär Peter

Bericht Nr. 106/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 38398/13

Berlin, 14. Mai 1936

Wie ich aus verlässlicher Quelle erfahre, soll sich Gesandter von Papen nach seiner Rückkehr von München nach Wien, die gestern erfolgte, geäußert haben, dass er nunmehr von höchster Seite die Ermächtigung habe, mit Oesterreich Frieden zu machen.

² Gesandter Hoffinger an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 56/Pol., Warschau, 27. 4. 1936 – AdR, NPA Gesandtschaft Warschau.

Wie eine solche Aeusserung zu werten ist, überlasse ich Ihnen, Herr Generalsekretär. Faktum aber ist, dass Herr von Papen am Sonntag in Berlin erwartet wurde. Der Vizepräsident des Unionklubs sagte mir selbst, dass er angesagt war, im letzten Moment aber abtelegrafierte, er wisse jedoch nicht, was der Verhinderungsgrund sei. Wenn aber Papen einem Rennen des Unionklubs, wie es das Henkelrennen ist, fernbleibt, so wäre daraus zu schliessen, dass die Besprechung, die er in München gehabt haben soll, gewiss wichtiger Natur war, denn sonst hätte er es sicher vorgezogen, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Berlin zu kommen¹.

1620

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle österreichischen Vertretungen im Ausland

Zirkularerlass

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 38410/13

Wien, 15. Mai 1936

Ich beehre mich Ihnen auftragsgemäss zur Regelung Ihrer Sprache Nachstehendes mitzuteilen:

Die Umbildung des Kabinetts war schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen. Wenn die Vorbesprechungen darüber relativ langsam geführt wurden, so lag der Grund darin, dass eine besondere Eile nicht vorgelegen war. Das historische Werden des neuen Oesterreich hatte durch die beiden Komponenten, die die Neuordnung des Staates herbeiführten, einen Dualismus in der Führung mit sich gebracht. Dualismus in dem Sinn, dass die Vaterländische Front, also die Organisation, der die politische Willensbildung des Staatsvolkes obliegt, und die Bundesregierung von verschiedenen Persönlichkeiten geleitet wurden. Obwohl nun Bundeskanzler und Vizekanzler in den grossen Richtlinien der Innen- und Aussenpolitik einheitliche Auffassungen hatten, so ergaben sich doch in der technischen Behandlung der Fragen durch diesen Dualismus vielfach Hemmungen, die es als notwendig und nützlich erscheinen lassen, hier zu einer Unifizierung zu schreiten. Diese Unifizierung ist nun in dem Sinne vorgenommen worden, dass Bundeskanzler Dr. Schuschnigg auch an die Spitze der Vaterländischen Front tritt. Das Gesetz über die Vaterländische Front wird in nächster Zeit novelliert werden; dies aus dem Grunde, da das jetzt in Geltung stehende Gesetz über die Vaterländische Front durch die später in Kraft getretene Bundesverfassung zum Teile überholt ist.

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1625.

Die Freiwillige Miliz, die im Rahmen der Vaterländischen Front als Exekutivorgan zu betrachten ist, wird damit automatisch ebenfalls der Führung des Bundeskanzlers unterstellt. Diese Miliz stellt, wie bereits anlässlich ihrer Gründung festgestellt wurde, den einheitlichen gemeinsamen Wehrverband dar. Das Kommuniké über die Regierungsumbildung hat als Grund des Ausscheidens des bisherigen Vizekanzlers Ernst Rüdiger Starhemberg sachliche Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundeskanzler angeführt. Diese sachlichen Meinungsverschiedenheiten sind in dem eingangs angeführten Sinne zu interpretieren. Es ist aber nicht so, dass damit in irgend einer Form ein Bruch mit der Heimwehr erfolgt wäre. Dies geht schon aus den Beschlusszeilen der amtlichen Verlautbarung hervor, nach denen der Bundesführer des Heimatschutzes E. R. Starhemberg über Wunsch des Bundeskanzlers den Mitgliedern des neuen Kabinetts, die Angehörige des Heimatschutzes sind, den Auftrag erteilt hat, der an sie ergangenen Berufung Folge zu leisten. Daraus ergibt sich, dass das rekonstruierte Kabinett auf gleichen Grundlagen aufgebaut ist, wie das bisherige, dass aber durch die Konzentrierung der politischen Führung in der Hand des Bundeskanzlers und durch die jetzt auch formale Uebernahme der Leitung des Aussendienstes die volle Konformität in Innen- und Aussenpolitik hergestellt wird. An Innen- und Aussenpolitik wird keine Aenderung eintreten. Ziel der Innenpolitik ist die autoritäre Fortsetzung, Beschleunigung und Vollendung der von Bundeskanzler Dr. Dollfuss begonnenen Arbeiten: Auf dem Gebiete der Aussenpolitik wird die bisherige Linie beibehalten und die beiden unmittelbar nach Beendigung der Regierungsumbildung in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai an den kgl. italienischen Regierungschef und an den kgl. ungarischen Ministerpräsidenten abgegangenen Telegramme zeigen dies in einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise auf. Es ist möglich, dass der Radikalismus von rechts oder links in dieser Regierungsumbildung eine Verengung der Basis erblicken will und mit solchen Argumentationen propagandistisch arbeiten wird. Dem ist entgegen zu halten, dass diese Rekonstruktion bestimmt eine Verbreiterung der moralischen Basis der Bundesregierung darstellt, da durch sie gewisse, wenn auch unwichtige Reibungen besonders in unteren Instanzen, wie sie in letzter Zeit durch die eine oder andere gehaltene Rede auch der grossen Oeffentlichkeit zum Bewusstsein kamen, in kurzem Wege ausgeschaltet werden können. Es sind im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung auch verschiedene Gerüchte über einen eventuellen Rücktritt des Präsidenten der Nationalbank Dr. Kienböck verbreitet worden. Sollten diese Gerüchte irgend eine greifbare Form annehmen, so wäre ihnen nachdrücklichst entgegenzutreten. Hier sei auch erwähnt, dass in einem Teil der Auslandspresse immer wieder Meldungen verbreitet werden, nach denen der Bürgermeister von Wien, Vizekanzler a. D. Schmitz, Anhänger einer Koalition mit der Sozialdemokratie wäre und sich damit in einem gewissen Gegensatz zur Bundesregierung befinde. Dass dem nicht so ist, beweist am besten die Tatsache, dass Bundeskanzler Dr. Schuschnigg beabsichtigt, den Bürgermeister von Wien zum Landesleiter der Vaterländischen Front für die Bundeshaupt-

stadt Wien zu ernennen. Diese Mitteilung hat aber *einstweilen reservat* behandelt zu werden. Im übrigen wären auch solche Tendenzen, wenn sie gesprächsweise auftreten sollten, als jeder Grundlage entbehrend zu bezeichnen. Der Eindruck der Regierungsumbildung im Inlande kann als ausserordentlich günstiger bezeichnet werden, da die Bevölkerung die Empfindung hat, dass die jetzt erfolgende Rationalisierung der Geschäftsführung nicht nur für die Innen- und Aussenpolitik, sondern in gewissem Sinne auch für die Administrative unleugbare Vorteile in sich birgt. Das Ausland hat die Meldungen ebenfalls ruhig, vielfach sogar günstig beurteilt, so dass, ganz objektiv betrachtet, die letzten politischen Ereignisse in Oesterreich als ein wesentlicher Fortschritt im Rahmen der Konsolidierung und Aufbaupolitik des Bundesstaates angesehen werden können.

1621

Gesandter Vollgruber an Bundeskanzler Schuschnigg

Telegramm Nr. 33 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 38411/13

Rom, 15. Mai 1936
(14.05 → 16.40)

Herr Mussolini, von dem ich eben im Beisein Herrn Suvich¹ empfangen wurde, ermächtigte mich, nachdem er zu Papier gebrachte Informationen durchgelesen und einige Bemerkungen gemacht hatte, die mit Post folgen¹, Herrn Bundeskanzler Folgendes zu melden:

- 1.) Was das Persönliche betreffe, lege er bei aller langjährigen Freundschaft für Fürst Starhemberg Wert darauf festzustellen, dass er für Herrn Bundeskanzler hohe Achtung und tiefe Sympathie empfinde.
- 2.) Was die Politik anlange, so werde sich an der Haltung Italiens Oesterreich gegenüber auch in Hinkunft nichts ändern, sie werde absolut die gleiche bleiben.
- 3.) Mit Starhemberg werde er morgen oder übermorgen sprechen und seinen Einfluss dahin geltend machen, dass sich Starhemberg in die gegebene Situation füge, denn es wäre untragbar, wenn sich bei uns die vaterländisch gesinnten Teile der Bevölkerung bekriegen.
- 4.) Schliesslich lasse er Herrn Bundeskanzler sagen, dass Herr Bundeskanzler nicht anders hätten handeln können; wenn es zwischen einem Chef und einem Vizechef Differenzen gebe, habe der Vize zu weichen.

¹ ADÖ 10/1622.

1622**Gesandter Vollgruber an Gesandten Hornbostel**Bericht (streng geheim)¹

AdR, NPA
Italien / Geheim I/III
Z. 38411/13

Rom, 15. Mai 1936

Lieber Freund,

Nachdem mir der Herr Bundeskanzler gestern gegen Abend die fuer Herrn Mussolini bestimmten Informationen diktiert hatte, setzte ich mich sofort auftragsgemäss mit dem Senator in Verbindung, der mich um 20 Uhr aufsuchte. Ich gab ihm Einsicht in meine Aufzeichnungen, er machte sich Notizen, sagte, Herr Suvich wisse, dass er bei mir sei, und er werde Herrn Suvich, zu dem er fuer heute ½ 10 vorm. bestellt sei, auch sofort orientieren. Mit dem Herrn Regierungschef habe er seit seiner Ankunft aus Wien noch nicht sprechen koennen.

Gleichfalls sofort nach Entgegennahme des Diktates hatte ich den Herrn Regierungschef um eine Audienz fuer den heutigen Tag bitten lassen und wurde mir kurz nachher telefonisch mitgeteilt, dass mich Herr Mussolini heute um 10 h 30 empfangen und auch Herr Suvich anwesend sein werde. Um dieselbe Zeit verstaendigte mich Herr Mandl telefonisch, dass er vor wenigen Stunden per Aeroplan in Rom angekommen sei, sich bei Herrn Suvich habe melden lassen und mich noch gerne abends sprechen moechte. Ich ersuchte ihn, mich um 22 h aufzusuchen. Er blieb laengere Zeit bei mir, und ich musste aus seinen Mitteilungen auf eine recht kampfeslustige Stimmung der ihm nahestehenden Personen schliessen.

Ich hatte die fuer Herrn Mussolini bestimmten Informationen zu Papier gebracht und war mit diesen um 10 h 30 im Palazzo Venezia. Herr Suvich erschien in Begleitung des Senators erst um 11 h. Er ging zuerst allein zu Herrn Mussolini hinein und liess mich dann nach einigen Minuten bitten, auch hinein zu kommen. Inzwischen hatte ich den Senator, der nicht zugezogen wurde, gefragt gehabt, was Mandl Herrn Suvich erzaehlt habe. Er hatte geantwortet, die Unterredung Suvich-Mandl sei nicht lang gewesen, er glaube, auch Herr Suvich habe aus seiner Konversation mit M. den Eindruck gehabt, dass seine Freunde kampfeslustig seien.

Ich war nicht sicher gewesen, ob Herr Mussolini die zu Papier gebrachten Informationen selbst ganz durchlesen werde, und hatte daher fuer mich einen Durchschlag angefertigt, aus dem ich ihm gegebenenfalls vortragen wollte. Er empfing mich mit der gewohnten Frage, was ich ihm braechte, und meinte, als ich sagte, ich braechte persoенliche Informationen des Herrn Bundeskanzlers in Ergaenzung der vom Se-

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1621.

nator gebracht, er beurteile die Lage bei uns mit vollstaendiger Ruhe. Dann gab ich ihm die Blaetter und er begann Satz fuer Satz laut zu lesen. Hie und da uebersetzte ich ihm die eine oder andere komplizierte Konstruktion ins Italienische.

Waehrend des Lesens machte er hie und da eine Bemerkung. So sagte er, es sei interessant, dass auch der dem Heimatschutz angehoerige Finanzminister der Ansicht gewesen sei, dass die Unruhe auf die wirtschaftlichen Kreise uebergreifen koennte. Dann interessierte er sich fuer die Zahl der Teilnehmer an der Kundgebung des Freiheitsbundes und sagte beim Weiterlesen, ja, es sei richtig, dass Ruhe eingetreten sei, als sich der Herr Bundeskanzler an die Spitze einer Abteilung gestellt haette. Als er zu der Stelle kam, wo von der Unmoeglichkeit der weiteren Aufrechterhaltung der Doppelgeleisigkeit die Rede ist, blickte er auf und rief, die habe er schon immer fuer unmoeglich gehalten. Die Nuetzlichkeit der „mezzadria“ (eine Form der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung in Italien) anerkenne er zwar bei den Bauern, aber sonst nirgends und jedenfalls nicht in der Politik. Dann fragte er mich, wer denn die dritte Persoenlichkeit sein koennte, die allenfalls zur Leitung der Staatsgeschaeftue berufen werden koennte. Ich erwiderte, der Herr Bundeskanzler haette mir diese nicht genannt und auf meine Frage geantwortet, in Rom duerfte man es ohnehin wissen. Herr Mussolini und Herr Suvich schuettelten verneinend den Kopf. Dann hob Herr Mussolini hervor, dass es ihn freue, dass der Herr Bundeskanzler die aufrichtige persoenliche Freundschaft mit Fuerst Starhemberg aufrechterhalten wolle. Er hoffe, dass dies gelingen werde, sicher sei er aber nicht, denn er erinnere sich sehr wohl, an verschiedene sogenannte Versoehnungen politischer Gegner. Er selbst haette einmal zwei versoehnt, die sich vor ihm um den Hals gefallen waeren und kaum zur Tuere hinaus ihren Anhaengern telegraphiert haetten, dass Alles nur zum Schein gewesen waere. Ob ich wuesste, was die Heimwehren fuer Absichten haetten? Ich erwiderte, ich wuesste darueber aus Wien nichts. Aus einem Gespraech, das ich gestern Abend mit Herrn Mandl gehabt haette, er wisse ja, wer das sei, haette ich den Eindruck, dass sie nicht sehr friedfertig gesinnt seien. Herr Suvich bestaetigte, den gleichen Eindruck aus seinem Gespraech mit Mandl gehabt zu haben. Herr Mussolini erwiderte, er werde mit Fuerst Starhemberg sprechen. Starhemberg sei ja ein vernuenftiger Mann und ein Patriot. Er glaube, er werde ein Einsehen haben. Es sei natuerlich ganz unmoeglich, dass sich bei uns auch noch die Gutgesinnten untereinander bekriegten. Diesen Luxus koenne sich kein Staat leisten, am wenigsten Oesterreich. Wenn Deutschland merke, dass die Divergenzen bei uns zu Kaempfen und Unordnung fuehrten, werde es nicht einen Moment zoegern, diesen Vorwand auszunuetzen. Dann las Herr Mussolini die Aufzeichnungen still zu Ende und sagte am Schlusse, es sei von aeusserster Wichtigkeit, dass der Herr Bundeskanzler die volle Harmonie aller Waffentraeger, wie er sie anstrebe, auch tatsaechlich erreiche.

Ich sagte dann, der Herr Bundeskanzler haette mich auch beauftragt, zu erklaeren, dass die Politik der Bundesregierung auch in Hinkunft unveraendert bleiben werde, wie der Herr Bundeskanzler uebrigens bereits telegraphiert haette und dass weiterhin auf die engste Freundschaft mit Italien groesster Wert gelegt werde.

Herr Mussolini wiederholte, dass er die Lage bei uns in Ruhe beurteile und der Entwicklung mit Ruhe entgegensehe. Bei ihm und seinen Mitarbeitern seien nach den Ereignissen der letzten Monate schon andere Dinge notwendig, um sie in Unruhe zu versetzen. Er habe aus den Zeitungen ersehen, dass man im Auslande im Zusammenhange mit der Regierungsumbildung² bei uns von einem Hieb für den Faschismus und einem Echec der Politik Italiens spreche. Was die Politik anlange, so dementiere diese Gerüchte das Telegramm des Herrn Bundeskanzlers und dann wären doch auch noch die Akkords von Rom da. Was den Echec des Faschismus anlange so sei dieser bei Gott schon stark genug, dass ihn solche Ereignisse nicht mehr anfechten. Ausserdem mache er, Mussolini, die auswärtige Politik mit den Regierungen und nicht mit den Parteien. Dann formulierte Herr Mussolini die bereits telegraphisch gemeldeten ersten drei Mitteilungen und fügte, während er mich herausleitete, noch die vierte hinzu.

1623

Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 256/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 15. Mai 1936

Ich besuchte heute Herrn Aussenminister Dr. Krofta und befragte ihn nach seinen Eindrücken bei der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad und nach dem Verlauf der Beratungen, insoweit sie für Oesterreich Interesse haben.

Herr Dr. Krofta verwies vor allem auf das Kommuniqué, dessen genauer Wortlaut in der „Prager Presse“ vom 8. Mai veröffentlicht war und bemerkte, dass zwischen den drei Staaten der Kleinen Entente volle Einigkeit herrsche. Die Institution habe sich eben schon so eingelebt, dass sie tatsächlich einen einheitlichen Organismus zu bilden scheine, dessen Bestand eine Notwendigkeit bilde. Differenzen in den Anschauungen bzw. Missverständnisse werden durch offene Aussprachen leicht beigelegt und so sei es auch diesmal der Fall gewesen.

Die in den Blättern vielfach verzeichneten und auch in den Staatskanzleien kursierenden Gerüchte von tiefer gehenden Gegensätzen zwischen der Tschechoslovakei und Jugoslavien seien „müßiges Geschwätz“ und beruhen nicht auf Wahrheit. Jugoslavien werde keine Extratouren mit Deutschland machen und habe in dieser Hinsicht beruhigende Versicherungen abgegeben. Die in meinem Berichte Zl. 232/Pol.

² Siehe ADÖ 10/1620.

vom 4. d. M.¹ erwähnten Mutmassungen gewisser politischer Kreise in Prag, die unbedingt eine gewisse Berechtigung gehabt haben dürften, scheinen also vorläufig keine weitere Nahrung erhalten zu haben. Zwischen Herrn Stojadinović und dem Prinzregenten Pavle herrsche gegenwärtig, wie Herr Dr. Krofta auf meine Frage ausdrücklich erklärte, volle Uebereinstimmung. Ein Rücktritt Herrn Stojadinović sei derzeit nicht mehr wahrscheinlich (anders Herr Dr. Krofta in meinem Bericht Zl. 228/Pol. vom 2. d. M.²), und seine Beseitigung würde auf den persönlichen Widerstand des Prinzregenten stossen. Es sei allerdings, fügte Herr Dr. Krofta bei, in einem Lande mit so starken Temperamenten, sehr schwer, etwas zu profezeien. Auf meine Frage, ob es richtig sei, dass Herr Stojadinović daran denke, den Prinzregenten zum König zu machen, antwortete der Herr Minister, dass solche Gedankengänge nicht ausgeschlossen seien.

Differenzen habe es zwischen Rumänien und Jugoslawien gegeben und Herr Titulescu sei vor der Konferenz nicht sehr gut auf Herrn Stojadinović zu sprechen gewesen. Während der Balkankonferenz, die vor der Konferenz der Kleinen Entente tagte, wären diese Differenzen aber beigelegt worden, sodass der tschechoslovakische Aussenminister, als er in Belgrad ankam, bereits eine sehr freundliche Situation vorgefunden hatte.

Oesterreich und insbesondere das österreichische Bundesdienstpflichtgesetz³ haben selbstverständlich einen wichtigen Gegenstand der Beratungen in Belgrad gebildet. Herr Dr. Krofta erzählte mir, dass er den Antrag gestellt habe das österreichische Memorandum zu beantworten, u. zw. beiläufig in dem Sinn, dass die darin angeführten Argumente die Staaten der Kleinen Entente zwar nicht überzeugt hätten, dass das Bundesdienstpflichtgesetz nicht gegen die Friedensverträge verstosse, dass man aber gegen seine Durchführung, insbesondere was die Aufrüstung anlange, weiter keinen Einspruch erheben werde, wenn sich Oesterreich bereit erklären würde, über die Applikation des Gesetzes in Bezug auf die militärischen Belange mit den Staaten der Kleinen Entente zu sprechen. Herr Dr. Krofta habe in Belgrad die Anschauung vertreten, dass die in Rede stehenden Massnahmen der österreichischen Bundesregierung zu tolerieren seien, weil Oesterreich niemals revisionistische Ziele gehabt habe und es anerkannt werden müsse, dass es zur Verteidigung seines Staatsgebietes die erforderlichen Mittel zur Verfügung haben müsse. Dem Verlangen, warum Oesterreich aber doch mit den Signataren des Staatsvertrages von St. Germain über die Durchführung seiner Aufrüstung reden sollte, liege die Absicht zu Grunde kein Präjudiz zu schaffen und eine Verallgemeinerung dieses, gegen die militärischen Klauseln des Friedensvertrages gerichteten Vorgehens hinauzuhalten. Der Entschluss Oesterreichs sei eben als ein Spezialfall herauszuarbeiten, der berücksichtigt werden müsse.

¹ Gesandter Marek an Außenminister Berger-Waldenegg. Bericht Nr. 232/Pol., Prag 4.5.1936 – AdR, NPA Gesandtschaft Prag.

² ADÖ 10/1616.

³ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1606, ADÖ 10/1608, und ADÖ 10/1610 - ADÖ 10/1618.

Herr Stojadinović habe dem Antrag Dr. Kroftas widersprochen und erklärt, dass man Oesterreich nicht direkt antworten könne, weil auch Oesterreich den Staaten der Kleinen Entente nicht direkt geantwortet, sondern ihnen nur Abschriften seines Memorandums an die Grossmächte zur Kenntnis gebracht hat.

Herr Dr. Krofta habe erwidert, dass man dies nicht so streng nehmen dürfe, und dass ihm die Erläuterungen, die ihm der österreichische Gesandte in Prag anlässlich der Ueberreichung des Memorandums gegeben habe, vollauf genügt hätten. Er nehme an, dass die österreichischen Gesandten in Belgrad und Bukarest die Ueberreichung des Memorandums ebenfalls einbegleitet hätten.

Herr Stojadinović beharrte jedoch auf seiner Anschauung und erklärte, dass Jugoslawien das Memorandum nicht als eine direkte Antwort akzeptieren könne.

Es sei sodann folgender Vorgang angenommen worden: Die Kleine Entente werde eine Demarche bei den Grossmächten (insbesondere in Paris) unternehmen, mit dem Ersuchen in Wien dahin zu wirken, dass über die Applikation des Bundesdienstpflichtgesetzes auf militärischem Gebiet mit den Staaten der Kleinen Entente gesprochen werde. Dabei werde man im vorhinein zu erkennen geben, dass die Kleine Entente die österreichischen Vorschläge akzeptieren werde und zwar, wie schon gesagt, deshalb, weil Oesterreich nicht revisionistisch ist und zu seiner Verteidigung die erforderlichen Kräfte brauche.

Auf meine Frage, ob diese Demarche schon gemacht worden sei, antwortete Herr Dr. Krofta verneinend, Herr Titulescu werde dies bei seiner nächsten Anwesenheit in Paris in die Wege leiten. Einen diplomatischen Schritt in Wien wird die Kleine Entente somit nicht mehr unternehmen.

Das Verdienst der Tschechoslovakei sei es, betonte Herr Dr. Krofta, erreicht zu haben, dass das österreichische Bundesdienstpflichtgesetz mit Wohlwollen und im freundschaftlichen Geiste beurteilt werde, wenn Oesterreich sich wenigstens nachträglich mit der Kleinen Entente einigt und es gewissermassen gut mache, dass es seine Verpflichtungen aus den Friedensverträgen verleugnet habe. Man bestehe also nur auf der Form und der Minister wolle hoffen, dass man in Wien die Motive anerkennen werde und mit dieser Lösung zufrieden sein werde. Andern Falls würde die Erregung in Jugoslawien anhalten, und auch Prag würde unangenehm berührt sein. Ich erwiderte Herrn Dr. Krofta, dass es mir nicht zweckmässig erschiene, wenn die Kleine Entente die Frage unseres Dienstpflichtgesetzes nochmals aufrühren würde und dass es besser wäre, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Es wäre nicht klug, immer wieder Versuche zu machen, Oesterreich zu erniedrigen und es quasi als einen Staat zweiter Güte zu behandeln. Oesterreich habe genügende Beweise erbracht, dass es ein selbständiger, unabhängiger und souveräner Staat sei und bleiben wolle und die Bundesregierung könnte es nicht ertragen, wenn man ihr heute noch 16 Jahre nach Friedensschluss, in dieser Richtung Schranken auflegen wollte. Man würde durch derartige Versuche nur Wasser auf die Mühlen der staatsfeindlichen Propaganda in Oesterreich treiben und es bleibe dahin gestellt, ob dies im Interesse der Kleinen Entente und Europas überhaupt liegen würde. Mit Recht würde man darauf hinweisen,

dass sich der Nationalsozialismus in Deutschland alles erlauben dürfe, und dass man Oesterreich jedwede Geltendmachung seiner Souveränität verbieten wolle.

Herr Dr. Krofta antwortete mir hierauf, dass man so nicht argumentieren dürfe. Deutschland sei eben ein mächtiger Staat geworden mit einer Bevölkerung von 70 Mill. Menschen und es sei eben ein Unterschied zwischen den grossen und den kleinen Staaten. Auch die Tschechoslovakei habe sich die Erhebung einer Anklage durch Henlein in Genf gefallen lassen müssen. Gewiss soll jede Ungleichheit zwischen den Staaten beseitigt werden und gewiss sei es möglich, auch die Friedensverträge mit der Zeit zu modifizieren und zu ändern. Dies dürfe aber nicht durch einseitige Akte geschehen, sondern im friedlichen Einvernehmen und auf Grund von Verhandlungen mit den Signataren. Wenn wir Herrn Hitler imitieren, so würde uns dies keine Sympathien in der Welt eintragen, und Oesterreich würde sich nicht vor dem deutschen Nationalsozialismus retten, wenn es denselben Weg ginge, wie Herr Hitler. Oesterreich brauche auch die Unterstützung der Kleinen Entente zur Erhaltung seiner Selbständigkeit, Italien allein, das in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten haben werde, werde da nicht genügen. Daher möchte der Minister den nachdrücklichsten Appell an uns richten, über den militärischen Inhalt des Bundesdienstpflichtgesetzes mit der Kleinen Entente zu sprechen, dies sei ja nicht so furchtbar und auch keineswegs erniedrigend, um so weniger als man ja genügend angedeutet habe, dass man die österreichischen Vorschläge annehmen werde. Es gehe nur um Form und Präjudiz. Es würde genügen, wenn die Bundesregierung entweder den Gesandten der Kleinen Entente in Wien, oder durch die österreichischen Gesandten bei den betreffenden Staaten sagen liesse, sie denke sich die Sache so und so, man wolle das stehende Heer auf diese oder jene Zahl bringen und dass hiebei keinerlei feindliche Absichten gegenüber den Staaten der Kleinen Entente vorliegen. Die Tschechoslovakei wolle auf ihre Verbündeten wirken, dass sie sich mit dem mindest möglichen Entgegenkommen Oesterreichs in dieser Richtung begnügen. „Es hat uns schwer getroffen, dass man in Wien so brüsk mit uns verfahren hat.“

Das Ausscheiden des Fürsten Starhemberg aus der Regierung, schaltete hier Herr Dr. Krofta ein, werde in Jugoslavien eine Beruhigung hervorrufen. Man habe in Belgrad den gewesenen Herrn Vizekanzler verdächtigt, dass er lediglich ein militärisches Instrument Italiens sei, das mit seiner Hilfe Jugoslavien in die Zange nehmen wolle. Dies habe man sich in Belgrad nicht ausreden lassen.

In Belgrad, fuhr Herr Dr. Krofta fort, sei auch über die mitteleuropäische Zusammenarbeit gesprochen worden und man habe beschlossen, diese Frage, im Sinne des Hodža Planes, weiter zu studieren. Man sei bereit, mit dem römischen Block zusammenzuarbeiten, nicht aber so, dass der oder jene einzelne Staat allein für sich mit dem römischen Block als Ganzes verhandle, sondern, im Sinne der Statuten der Kleinen Entente, das Ganze mit dem Ganzen. Es habe zwar niemand ernstlich daran gedacht, dass die Tschechoslovakei etwa auf eigene Faust und selbständig sich den Staaten des römischen Blocks nähern wolle, es sei aber trotzdem der vorerwähnte Beschluss zur Beruhigung der Gemüter gefasst worden.

Dass Auftreten Italiens in Albanien, seine imperialistischen Pläne, erwecken in Jugoslawien starke Beunruhigung, die noch durch die raschen Siege Italiens in Abessinien gesteigert würde. Herr Dr. Krofta habe sich bemüht, die Jugoslawen zu beruhigen und darauf hingewiesen, dass die Tschechoslovakei in der gleichen Lage gegenüber den deutschen Expansionsbestrebungen sei. Ebenso wie Prag einen modus vivendi mit Deutschland suche und zu finden hoffe, müsse es Jugoslawien mit Italien tun. Man habe sich schliesslich geeinigt, dahin zu wirken, dass die bestehenden Spannungen überall gemildert werden und man war schliesslich einer Meinung, dass die grössere Gefahr von Hitler ausgehe. Dass Herr Mussolini den Völkerbund derart brüskiere, erleichtere die Situation allerdings nicht. Man habe sich der Hoffnung hingegeben, dass Italien vielleicht doch noch zur Stresafront zurückfinden werde. Aber auch die kommende Regierung in Frankreich werde Italien gegenüber wohl kaum so nachgiebig sein, wie die frühere. In England sei die Erregung gegen Italien noch immer gross. Herr Dr. Krofta habe mit dem Herrn Gesandten Masaryk in London telefonisch gesprochen, und dieser habe ihm unter anderem erzählt, dass in englischen Lichtspieltheatern der Negus akklamiert werde und wenn Herr Mussolini auf der Leinwand erscheine, feindliche Rufe laut werden. Auf die Frage des Ministers an seinen Gesandten, was er glaube, dass wirklich geschehen werde, habe Herr Masaryk in seiner drastischen Art geantwortet, „sie werden es schlucken und Geld leihen“. Ganz so, meinte Herr Dr. Krofta, werde die Sache wohl nicht sein, die Engländer werden es zwar momentan schlucken, den Italienern aber die Ausnützung ihres Sieges immerhin nicht leicht machen. Italien werde noch manche Schwierigkeiten zu überwinden habe, ehe es seine neue Kolonie verdaut haben werde. Dass sich Herr Mussolini mit Deutschland verbünden würde, glaube man im Ernst nicht, alle dahin zielenden Drohungen seien Manöver. Immerhin müsse wohl vorerst die abessinische Frage liquidiert werden, ehe man wissen werde, mit wem Italien gehen werde, namentlich ob es doch noch mit Frankreich und England werde zusammen operieren können, denn jetzt scheine dem nicht so zu sein. Und deshalb kokettiere man in Rom mit Deutschland. So lange diese Frage nicht geklärt sein werde, sei wenig Hoffnung vorhanden, dass man mit Deutschland würde richtig verhandeln können, ausser es würde England auf Italien einen Druck ausüben wollen und scheinbar mit Deutschland gehen. Prag werde abwarten, niemandem nachlaufen und sich weder den Italienern noch den Engländern an den Hals hängen. Meiner Frage, ob dies auch von Sowjetrussland gelte, wick Herr Dr. Krofta aus und meinte nur, dass die Sowjets von der englischen Politik enttäuscht seien und den Radikalismus Englands gerne bremsen möchten. In Moskau sei man mehr für Italien, welches aber durch sein Drauflosgängertum die Situation selbst erschwere. Zum Schlusse bestätigte Herr Dr. Krofta noch die Nachricht, wonach anfangs Juni in Bukarest eine Zusammenkunft zwischen den Staatsoberhäuptern der Kleinen Entente stattfinden werde. Herr Präsident Dr. Beneš werde in Begleitung Dr. Kroftas am 4. Juni aus Prag wegfahren und am 6., 7. und 8. Juni Gast König Carol's sein. Aus Belgrad kommt der Prinzregent Paul in Begleitung eines seiner Minister, nicht

des Herrn Stojadinović, der an der Begegnung demnach nicht teilnehmen wird. Es werden keine Verhandlungen gepflogen werden, die Begegnung sei nur als Manifestation für die Einheit der Kleinen Entente gedacht.

1624

Generalsekretär Peter an Gesandten Marek (Prag)

Erlass

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 154086/14a

Wien, 16. Mai 1936

Die österreichische Bundesregierung hat das österreichisch-tschechoslowakische Zusatzabkommen vom 2. April 1936 allen Regierungen, mit denen Oesterreich im vertraglichen Meistbegünstigungsverhältnis steht, zur Kenntnis gebracht. In der Anlage folgt der Text mit, den die österreichischen Gesandtschaften den betreffenden Regierungen mitzuteilen haben. Eine gleiche Mitteilung ist auch an den Generalsekretär des Völkerbundes ergangen.

Die Gesandtschaft wird eingeladen, der tschechoslowakischen Regierung von Vorstehendem Kenntnis zu geben.

Anhang:

Monsieur le Ministre,

Se basant sur les recommandations de la Conférence de Stresa pour la reconstruction économique de l'Europe Centrale et Orientale ayant siégé du 5 au 20 septembre 1932, le Gouvernement Fédéral d'Autriche a convenu, dans le cadre d'une convention additionnelle à la Convention Commerciale austro-tchécoslovaque du 4 mai 1931, signée le 2 avril 1936, avec le Gouvernement de la République Tchécoslovaque l'octroi de droits de douane préférentiels.

L'Annexe C de ladite Convention Additionnelle, dont le texte se trouve ci-joint, contient les droits préférentiels octroyés par l'Autriche à la Tchécoslovaquie pour l'importation de certains produits agricoles d'origine tchécoslovaque ainsi que les contingents auxquels ces droits préférentiels sont limités.

La Convention Additionnelle est conclue pour la durée d'une année et dans la suite pourra être dénoncée moyennant préavis de trois mois.

Ces dispositions devront être mises en vigueur le 1^{er} juillet 1936.

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de bien vouloir porter ce qui précède à la connaissance du Gouvernement.

1625**Gesandter Tauschitz an Generalsekretär Peter und
Gesandten Hornbostel**

Telegramm Nr. 3 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland /Geheim I/12
Z. 38398/13Berlin, 16. Mai 1936
(13.05)

Anlässlich des gestrigen Diners, zu dem Minister des Aeussern Neurath erstmalig erschienen ist, sagte ich ihm, dass Herr von Papen nach seiner Rückkehr von München in Wien die mit Bericht No. 106/Pol.¹ berichtete Aeusserung gemacht haben soll. Neurath erwiderte mir darauf: „Ja, das kann ich Ihnen vollinhaltlich bestätigen. Es stimmt. Ich habe ihn nach München zitiert. Er hat zwar geflucht, dass ich ihn vom Rennen abhalte, aber ich sagte ihm, das sei wichtiger und gab ihm, nachdem ich dies vorher mit dem Reichskanzler eingehend besprochen hatte, den Auftrag, die österreichische Sache in Ordnung zu bringen.“

Neurath wolle jetzt einmal sehen, wie sich die österreichische Regierung dazu verhalte. Seine Frage, wie die letzten innerpolitischen Ereignisse in Bezug auf Ausgleich zu werten sind, beantwortete ich, dass sie einem Ausgleich nur förderlich sein können.

1626**Generalstabschef Jansa an Gesandten Hornbostel**

Schreiben

AdR, NPA
Deutschland / Geheim I/12
Z. 38835/13

Wien, 28. Mai 1936

Verehrter Freund!

Aus sehr guter Quelle erhalte ich eben folgende Nachricht:

„Den Zeitpunkt der Besetzung Österreichs wird nur der Führer persönlich bestimmen. Die Besetzung der entmilitarisierten Zone war für 1937 in Aussicht genommen. Die Gunst der Lage ließ sie jedoch schon jetzt vor sich gehen. So kann

¹ ADÖ 10/1619.

es auch mit Österreich sein – es kann noch Jahre dauern, es kann aber auch über Nacht kommen.

Zur Zeit hat Hitler die Weisung gegeben, in Österreich keine Gewaltakte zu begehen, keine Märtyrer zu schaffen, nur die Flüsterpropaganda ist fortzusetzen.

Die Österreichische Legion – die zur Besetzung Österreichs herangezogen werden wird – zählt ungefähr 25.000 Mann. Diese Leute erhalten eine zweijährige Ausbildung, werden dann aber in Zivilberufen untergebracht. Die Österreichische Legion wird jedoch immer innerhalb 24 Stunden mobilisierbar sein.

Neben der Legion wird eine Art Tscheka vorbereitet, die bei der Besetzung Österreichs das politische Ordnungmachen zu besorgen haben wird (Bangemachen schon jetzt!).“

In aufrichtigster Verehrung
Ihr
ergebener
Jansa FML

1627

**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit
italienischem Ministerpräsidenten Mussolini
am 5. Juni 1936 in Rocca delle Caminate**

Amtsvermerk¹

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 39105/13

[Wien,] 7. Juni 1936

Bei der jüngsten Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Italien hat es sich nur darum gehandelt, einen kurzen Erholungsurlaub von sage und schreibe drei Tagen zu verbringen. Der Herr Bundeskanzler hat in Viareggio einige Meerbäder genommen und hat am letzten Tage seines Aufenthaltes in Italien, Freitag, den 5. Juni, die Gelegenheit benützt, Herrn Ministerpräsidenten Mussolini auf seinem Landgut in Rocca delle Caminate, woselbst dieser für ganz kurze Zeit zur Erholung weilte, zu besuchen.

Die bei diesem Besuche abgeführte Unterredung hatte lediglich die Entwicklung der Lage auf Grund der römischen Protokolle zum Gegenstande, wobei

¹ Der Inhalt dieses Amtsvermerks erging als Zirkularerlass, Wien, 8.6.1936, an die österreichischen Vertretungen in Belgrad, Berlin, Budapest, Bukarest, Genf, London, Paris, Prag und Rom (Quirinal) – AdR, NPA Italien/Geheim I/III, Z. 39105/13.

naturgemäss die Erörterung von Fragen wirtschaftlicher Natur von grösster Bedeutung war.

Im Laufe der Konversation hat Herr Mussolini dem Herrn Bundeskanzler gegenüber die dezidierte Versicherung abgegeben, dass wie immer sich die zukünftige Entwicklung der Dinge in Europa gestalten möge, an der grundsätzlichen Einstellung Italiens hinsichtlich Oesterreichs und an der Verbundenheit zwischen den beiden Staaten im Rahmen des römischen Paktes sich nichts ändern kann und nichts ändern wird.

Auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers, ob Italien, wenn ein *modus vivendi* zwischen Oesterreich und Deutschland zustande käme, dies begrüßen würde oder ob Italien in einem solchen Falle eine Aenderung seiner Politik Oesterreich gegenüber vornehmen würde, antwortete Herr Mussolini, dass, wenn es gelänge einen solchen *modus vivendi* zwischen Oesterreich und Deutschland zu erreichen, dies von Italien sehr begrüsst werden würde, dass aber, ob nun ein solcher *modus vivendi* zustandekommt oder nicht, dies für die Beziehungen Italiens zu Oesterreich vollkommen gleichgültig wäre. Oesterreich könne sich unter allen Umständen auf Italien verlassen, das seinen Standpunkt Oesterreich gegenüber nicht ändern werde. Ueber die Art und Weise, wie sich der Herr Bundeskanzler diesen *modus vivendi* vorstellt, hat er Herrn Mussolini gegenüber einige Andeutungen gemacht und die Bedingungen, an die der Herr Bundeskanzler das Zustandekommen eines solchen *modus vivendi* knüpft, haben bei Mussolini volles Verständnis gefunden.

Eine wirkliche Verbesserung der Beziehungen Italiens zu Frankreich zu erreichen, hält Herr Mussolini für ziemlich aussichtslos. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, dass Herr Mussolini dem Herrn Bundeskanzler eine vom Herrn Delbos verfasste Broschüre zeigte, worin dieser für die Unabhängigkeit Abessinians eingetreten ist. Herr Mussolini wies auch auf die vielen Juden hin, die in der gegenwärtigen französischen Regierung sitzen.

Mit England sei – nach den Worten Mussolini's – eine kleine Entspannung eingetreten. Hier warf Herr Mussolini die Bemerkung ein, dass Italien heute über 800.000 Mann verfüge, die jederzeit in der aller kürzesten Frist mobil gemacht werden können.

Bezüglich des Verhältnisses zu Deutschland äusserte sich Herr Mussolini dahin, dass Italien und Deutschland gegenseitig ins Gespräch zu kommen suchen und dass sich beide Staaten freundlich gegenüberstehen. Herr Mussolini glaubt aber nicht, dass über diese gegenwärtig bestehende Etappe der beiderseitigen Beziehungen hinausgegangen werden kann.

Herr Mussolini bedauerte sehr, dass sich die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien in letzter Zeit versteift haben; denn Italien möchte gerne eine Entspannung des Verhältnisses zu Jugoslawien erreichen. Aber in dieser Richtung sei es schwer zu arbeiten, da Jugoslawien vor Italien eine grosse Angst habe.

Bezüglich der Tschechoslowakei gab Herr Mussolini keinerlei Aeusserung von sich.

Hinsichtlich der Restaurationsfrage hat Herr Mussolini zur Kenntnis genommen, dass österreichischerseits eine Verzichtserklärung betreffend diese Angelegenheit niemals abgegeben werden könne, dass aber von Oesterreich diese Frage nicht aktualisiert werde. Herr Mussolini seinerseits meinte dazu, dass für Oesterreichs Selbständigkeit die Etablierung einer Monarchie, wobei als Monarch nur der traditionsmässige Herrscher in Betracht kommen könne, die einzig mögliche und wirkliche Lösung darstellt. Der Herr Bundeskanzler und Herr Mussolini sind einvernehmlich der Meinung, dass das Wort „Restauration“ überhaupt aus dem Vocabulaire auszuschalten wäre, da es weder historisch noch politisch tragbar und vertretbar erscheint.

1628

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 167/Pol.

AdR, NPA
Deutschland 15/5
Z. 39331/13

London, 12. Juni 1936

Wie Mr. Eden auf eine Anfrage im Parlamente mitteilte, hat der britische Botschafter in Berlin die deutsche Antwort auf die von der britischen Regierung gestellten Fragen urgiert.

Sir Robert Vansittart sagte mir, englischerseits könne ein Zusammenhang zwischen der Erteilung der deutschen Antwort und der Regelung der abessinischen Streitfrage, der eine weitere Verzögerung rechtfertigen würde, nicht anerkannt werden. Sollten die Oesterreich betreffenden Anfragen, nämlich ob Deutschland bereit wäre, mit seinen südlichen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschliessen und sich jeder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu enthalten, in ausweichender Weise beantwortet werden, so würde dies hier nicht nur bei der Regierung sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung einen sehr schlechten Eindruck machen und es könnte bei entsprechender Einwirkung ein Stimmungswechsel gegenüber Deutschland eintreten. Vansittart betonte wieder, wie wichtig es sei, der englischen Oeffentlichkeit vor Augen zu führen, dass die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung den Anschluss nicht wünsche.

Der eben von der Tagung der Völkerbundligen in Schottland nach London zurückgekehrte Dr. Perels berichtete mir, dass in den Köpfen der Persönlichkeiten, mit denen er sprach, diesbezüglich meist keine klaren Vorstellungen beständen.

Ich bin natürlich bemüht, aufklärend zu wirken und auf meine Veranlassung hin finden z. B. in der nächsten Woche drei Frühstücke statt, die mir Gelegenheit bie-

ten, mit einflussreichen Parlamentsmitgliedern zusammenzukommen und ihr Interesse für unsere Wünsche zu aktivieren. Besonders wichtig sind natürlich immer wieder die Erklärungen, welche Sie, Herr Bundeskanzler, in der Öffentlichkeit oder vor den Persönlichkeiten, die Sie empfangen, abgeben und die Meldungen der britischen und amerikanischen Korrespondenten in Wien.

Da ich aus Einsichtsberichten ersah, dass ab und zu britische Diplomaten im Auslande Zweifel über die Lebensfähigkeit Oesterreichs und seine Entschlossenheit aussprechen, die Selbständigkeit des Landes zu behaupten, hat mir Vansittart, den ich darauf aufmerksam machte, zugesagt, entsprechende Weisungen an die ausländischen Missionen ergehen zu lassen.

Die heutige Times bringt eine telegrafische Meldung ihres Berliner Korrespondenten, der berichtet, Herr von Ribbentrop habe nach seiner Rückkehr aus London auf den überaus ungünstigen Eindruck hingewiesen, den eine weitere Verzögerung der deutschen Antwort in England hervorrufen müsste. Nach Ansicht dieses erfahrenen Berichterstatters ist es nurmehr zweifelhaft, ob eine eingehende Erwiderung auf alle englischen Fragen erteilt werde oder ob die deutsche Note nur ganz kurz gehalten sein werde, und mündliche Besprechungen als das beste Mittel vorgeschlagen werden würden, um eine Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen.

Deutschland dürfte kaum geneigt sein, bezüglich der Aufrechterhaltung des status quo in Europa eine bindende Verpflichtung einzugehen. Die Tendenz, die deutsche Nation mit der deutschen Rasse zu identifizieren, mache sich in letzter Zeit immer stärker bemerkbar, und in Deutschland sei von jeher die These aufgestellt worden, dass die österreichische Frage eine interne der „deutschen Nation“ sei. Nach Ansicht Herrn Hitlers könne ein dauernder Friede nicht auf der durch das Friedensdiktat des Jahres 1919 erzwungenen territorialen Neuordnung ruhen. Auch bestehe wenig Hoffnung, dass auf einverständlichem Wege Konzessionen erlangt werden könnten. Es sei möglich, dass die deutsche Antwort die Anregung enthalten werde, Plebiszite unter der deutsch-sprechenden Bevölkerung der Nachbarländer zu veranstalten, eine Idee, mit der sich offizielle Kreise in Berlin immer mehr beschäftigten. Die Frage, ob Deutschland der Ansicht sei, dass es nun die volle Gleichberechtigung erlangt habe, dürfte verneint werden, da nach deutscher Auffassung das im Versailler Vertrag vorgesehene Prinzip der Selbstbestimmung auf die „deutsche Nation“ nicht volle Anwendung gefunden habe.¹

¹ Der Inhalt dieses Berichts erging als Zirkularerlass, Wien, 16.6.1936, an die österreichischen Vertretungen in Belgrad, Berlin, Budapest, Bukarest, Genf, Paris, Prag, Rom (Quirinal) und Warschau – AdR, NPA Deutschland 15/5 Z. 39331/13.

1629**Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht 327/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Kleine Entente/Geheim
Z. 39504/13

Prag, 16. Juni 1936

Da ich heute Gelegenheit hatte, mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža in seinem Arbeitszimmer in einer anderen vertraulichen Angelegenheit, über die ich gesondert berichte, zu sprechen, benützte ich diesen Anlass, um den Herrn Ministerpräsidenten auch ein wenig über die Bukarester Entrevue der drei Staatsoberhäupter auszufragen.

Nach den Mitteilungen die mir Herr Dr. Hodža in dieser Hinsicht machte, bildete das Verhältnis der Kleinen Ententestaaten zu Italien eines der Hauptthemen der Bukarester Beratungen und es sei dieses Thema immer wieder vom Prinzregenten Pavle zur Sprache gebracht worden. In Jugoslawien herrsche, nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch insbesondere innerhalb der Dynastie, eine grosse Angst vor Italien, die durch allerlei Gerüchte, denen stets geglaubt wird, und durch allerlei Vermutungen Nahrung gegeben wird. Die Freilassung der kroatischen Terroristen Pavelić und Quaternik [Kvaternik] habe insbesondere den Prinzregenten nervös gemacht, welcher glaubt, dass darin eine italienische Geste gegen die Belgrader Dynastie und besonders gegen seine Person zu erblicken ist. Man vermutet in Belgrad, dass von unverantwortlichen italienischen Kreisen etwas gegen Jugoslawien und die Dynastie im Schilde geführt werde und besonders der sensible Prinzregent sei von einer ständigen Attentatsfurcht besessen.

Wenn Italien, meinte Herr Dr. Hodža diese Furcht vielleicht durch Abschaffung dieser Paveliće z. B. nach England oder irgendwohin beseitigen könnte, so würde bestimmt das grösste Hindernis für eine Annäherung zwischen diesen beiden Staaten beseitigt sein.

„Herr Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, Sie und ich“, erklärte Herr Dr. Hodža wörtlich, „könnten da Grosses verrichten zum Vorteil unserer Länder und für den europäischen Frieden.“ Herr Dr. Hodža lässt Herrn Bundeskanzler bitten in dieser Richtung bei Herrn Mussolini zu vermitteln und diesem unter Berufung auf die mir gemachten Mitteilungen Dr. Hodžas zu sagen, dass es Herrn Dr. Hodža sehr daran gelegen wäre, wenn alle überflüssigen Reibungsflächen zwischen Jugoslawien und Italien beseitigt werden könnten. Welche Quellen solche Attentatsnachrichten erfinden und in Jugoslawien verbreiten sei dem Minister nicht bekannt, Tatsache sei aber, wie schon erwähnt, dass diese Gerüchte in Jugoslawien geglaubt werden.

Aus eigener persönlicher Anschauung und aus eigener Kenntnis der in Betracht kommenden Menschen könne Dr. Hodža sagen, dass, wenn Italien vielleicht auf einen Abfall der Kroaten von Jugoslawien und auf deren Mithilfe gegen Belgrad spekulieren sollte, diese Erwartungen hoffnungslos wären. Das sei Emigrantenge rede und die Emigranten hätten gar keine Bedeutung.

Das Misstrauen, das in Belgrad gegen Italien herrsche, werde auch auf Oesterreich übertragen und deshalb scheine es Herrn Dr. Hodža auch für Oesterreich nicht unwichtig, wenn sich Herr Bundeskanzler, gemeinsam mit ihm, dieser Sache annehmen und dadurch wesentlich zur Befriedung Mitteleuropas beitragen wollten.

Das italienische Thema habe in Bukarest die ganze Zeit über eine grosse Rolle gespielt und der jugoslawische Regent habe kein Hehl daraus gemacht, mit welcher Unruhe er jedwede Annäherung jedes seiner Bundesgenossen an Italien beobachte. Es sei klar, dass, je mehr sich Jugoslawien von Italien bedroht fühle und je mehr es glaube sich in dieser Richtung vielleicht von seinen Bundesgenossen nicht mit dem gewünschten Nachdruck unterstützt zu sehen, es immer mehr und mehr den deutschen Lockungen unterliegen und sich schliesslich ganz den Deutschen in die Arme werfen könnte, bei denen es Schutz gegen die gefürchtete italienische Expansion zu finden hofft. Gegenüber allen dagegen vorgebrachten Argumenten sei der „zartbesaitete“ Prinzregent Paul ziemlich unzugänglich geblieben, indem er immer wiederholte „sie haben meinen Cousin gemordet und sie werden auch mich morden“.

Herr Dr. Hodža sagte mir schliesslich noch, er möchte gelegentlich ganz gerne mit Euer Exzellenz selbst über diese Frage sprechen und er habe die Absicht, sich demnächst einmal, bei seinen häufigen Fahrten nach Pressburg, wie er es ja schon so oft getan, *incognitissime* in Wien aufzuhalten und Euer Exzellenz um eine vertrauliche Unterredung zu bitten.

Ich erbitte mir eine geneigte Weisung, ob und wie ich mich Herrn Dr. Hodža gegenüber vernehmen lassen soll, wobei ich bemerken darf, dass ich von dieser von Dr. Hodža selbst als streng vertraulich bezeichneten Unterredung dem Herrn Aussenminister Dr. Krofta, den ich kurz darauf besuchte, noch keine Mitteilung gemacht habe.¹

¹ Am 22.6.1936 ließ Bundeskanzler Schuschnigg dem Gesandten Marek dazu mitteilen, „dass wir die Anregung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža dankend aufgegriffen und veranlasst haben, dass in geeigneter Form der kgl. Italienische Außenminister auf die von Dr. Hodža dargelegte, psychologische Disposition des Prinzregenten Paul aufmerksam werde. Was die in den beiden Schlussabsätzen Ihres Berichtes enthaltene Anregung des Herrn Ministerpräsidenten betrifft, so hat der Herr Bundeskanzler dieselbe zur Kenntnis genommen.“ – AdR, NPA Kleine Entente/Geheim, Z. 39504/13. Am gleichen Tag wurde der Gesandte Berger-Waldenegg in Rom (Quirinal) darüber informiert, dass „das Verhältnis der Staaten der Kleinen Entente zu Italien eines der Hauptthemen der Bukarester Beratungen dargestellt [hat]. Insbesondere war es Prinzregent Paul, der auf dieses Thema immer wieder zurückkam. Der Prinzregent legte eine sichtliche Angst vor Italien an den Tag und ist anscheinend von einer ständigen Attentatsfurcht

1630**Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht Nr. 328/Pol.

AdR, NPA
Kleine Entente/Geheim
Z. 39494/13

Prag, 17. Juni 1936

Aussenminister Dr. Krofta, den ich hierüber befragte, erzählte mir gestern einiges über die Entrevue der Staatsoberhäupter in Bukarest¹, an der er bekanntlich teilgenommen hat.

Die Zusammenkunft habe in erster Linie doch nur den Charakter einer Manifestation gehabt und den Beschlüssen des Rates der Kleinen Entente in Belgrad Sanktion und Nachdruck geben sollen. Da die Westmächte versagt hätten, sei der Zusammenschluss der Kleinen Staaten umso wichtiger und die drei Staaten der Kleinen Entente hätten sich aus dieser Erwägung in Bukarest noch enger zusammengeschlossen, als es ohnehin schon der Fall war. Allen Problemen, die sich in Zukunft stellen würden, werde man durchaus einheitlich und gemeinsam entgegenzutreten.

Es seien Gerüchte im Umlauf gewesen, als ob Rumänien nicht so ganz vorbehaltlos zur Kleinen Entente stünde und dass eigentlich nur Herr Titulescu den Zusammenhang mit der Kleinen Entente verkörpere. Dr. Krofta habe sich in Bukarest davon überzeugen können, dass nichts unrichtiger ist, als eine solche Annahme. Herr Tartarescu sei womöglich noch fanatischer für die Kleine Entente und genau so sei es mit anderen massgebenden rumänischen Politikern bestellt. Rumänien habe eine grosse Angst vor Deutschland, und den Verdacht, dass das Reich es auf das rumänische Petroleum abgesehen habe. Man argumentiere, dass wenn die Tschechoslovakei in irgendeiner Weise Deutschland zum Opfer fiele, dieses den Weg nach Rumänien frei hätte und deshalb schon müsse man an der Seite der Tschechoslovakei stehen. Die Sehnsucht nach einer möglichst engen Zusammenarbeit und Verschmelzung aller Interessen war unter den Staaten der

verfolgt. In dieser Beziehung scheint die Freilassung der kroatischen Nationalisten Pavelić und Kvaternik auf Prinz Paul einen nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben. Auch sind tatsächlich in Jugoslawien immer wieder Attentatsgerüchte im Umlauf, deren Quellen allerdings unbekannt, sicher aber trübe sind. Ministerpräsident Dr. Hodža misst diesem psychologischen Angstzustand des Prinzen Paul hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Italien und Jugoslawien eine ganz besondere Bedeutung bei, und ist der Auffassung, dass irgend eine in dieser Hinsicht gemachte Geste Italiens geeignet wäre, das Haupthindernis, das einer Entspannung des italienisch-jugoslawischen Verhältnisses entgegensteht, zu beseitigen – AdR, NPA Kleine Entente/Geheim, Z. 39504/13. Siehe weiter ADÖ 10/1630.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1629.

Kleinen Entente nie so gross gewesen wie jetzt. Sehr gut sei gegenwärtig auch das Verhältnis zwischen Rumänien und Jugoslawien, und die Spannungen von denen man gesprochen habe, seien rein persönlicher Natur gewesen und seien schon liquidiert. Diese Einigkeit sei umsomehr zu begrüßen, als man immer mehr zu der Erkenntnis gelangt sei, dass man im Grunde allein auf sich angewiesen sei und daher einheitlich vorgehen müsse.

Herr Dr. Krofta hat in Bukarest den bestimmten Eindruck gewonnen, dass auch der König für die Kleine Entente ist, und keinesfalls mit dem heutigen Deutschland sympathisiere. Der König sei im Gegenteil ein Feind Hitlers und der Nationalsozialisten, schon wegen der Hohenzollernfrage. In der Bevölkerung sei König Carol ungemein beliebt, er verstehe es ausgezeichnet, mit Menschen umzugehen, benehme sich im gewissen Sinne demokratisch und er habe insbesondere die rumänische Jugend, die er organisiert habe, auf seiner Seite. Ueber die gewissen privaten Sachen sehe man hinweg und habe sie dem König verziehen.

Die wichtigste Eröffnung, die mir Herr Dr. Krofta machte, scheint mir zu sein, dass nunmehr auch Rumänien auf Grund der Beratungen in Bukarest sich bereit erklärt habe, mit Sowjetrussland einen Vertrag nach tschechoslovakischem und französischem Muster zu schliessen. Die Verhandlungen werden in kürzester Frist beginnen. Der Vertrag werde, wie Herr Dr. Krofta auf meine Frage ausdrücklich betonte, auch die assistance mutuelle beinhalten, genauso wie im tschechoslovakisch-russischen Vertrag. Auch der rumänische Vertrag werde vom französischen Vertrag abhängig gemacht werden. „Ich habe die Bolschewiken nicht gerne“, sagte Herr Dr. Krofta, „aber wir müssen mit ihnen gehen, es bleibt uns nichts anderes übrig.“ Für die Tschechoslovakei sei das Zustandekommen des rumänisch-russischen Vertrages wegen des Durchmarsches der russischen Truppen von ausserordentlicher Wichtigkeit.

Ich erzählte bei dieser Gelegenheit Herrn Dr. Krofta, was der rumänische Gesandte, Herr Emandi, vor kurzem gesagt, dass für den Durchmarsch russischer Truppen durch Rumänien im Notfalle der Völkerbundpakt genüge, und dass daher ein Vertrag Rumäniens mit Sowjetrussland hierüber gar nicht notwendig sei².

„Glauben Sie“, erwiderte Herr Dr. Krofta lächelnd, „dass die Russen im Ernstfalle die Rumänen fragen würden, ob sie mit ihren Truppen durchmarschieren dürfen? Die Rumänen wissen das sehr gut und sie ziehen es eben vor, diese Eventualität vertraglich festgelegt zu wissen und das Wie und Was zu fixieren.“

Auf meine Frage, wie sich Jugoslawien nunmehr zu Sowjetrussland stelle und ob es auch auf Grund der Bukarester Verhandlungen mit der Sowjetrepublik zu einem völkerrechtlichen Vertragsverhältnis gelangen werde, antwortete Herr Dr. Krofta, dass Jugoslawien zwar den aussenpolitischen Kurs seiner Verbündeten gegenüber der Sowjetrepublik mitmachen wolle, dass es aber den Sowjetstaat de

² Siehe dazu den Bericht Nr. 316/Pol. des Gesandten Marek, Prag, 13.6.1936 – AdR, NPA, Gesandtschaft Prag, Z. 39288/13.

jure noch immer nicht anerkennen und dem entsprechend auch keinerlei Verträge mit ihm schliessen wolle. Der Grund hiefür sei die jugoslavische Furcht vor dem Kommunismus. In Jugoslawien sei die Russophilie auf allen Seiten und besonders unter der serbischen Landbevölkerung sehr stark. Doch denke man hiebei eher immer noch an das alte zaristische Russland und nicht an den Bolschewikenstaat. Wenn nun Jugoslawien diesen Bolschewikenstaat anerkennen würde, so laufe man Gefahr, dass sich die bestehende Russophilie dem Sowjetstaat zuwende, weil vermutlich die kommunistische Propaganda damit einsetzen würde, dem jugoslavischen Volk vor Augen zu führen, dass die Bolschewiken aus Russland erst ein Paradies gemacht hätten und dass also der kommunistische Gedanke auch für es das Heil wäre.

Ich fragte Herrn Dr. Krofta, ob denn ähnliche Erwägungen nicht auch für die Tschechoslovakei gelten und ob man denn hier vor einer ähnlichen Propaganda gar so sicher sei.

Herr Dr. Krofta bestritt die Möglichkeit einer Bolschewisierung des Landes und meinte, dass der Kommunismus hier zu Lande seit dem Vertrag mit der Sowjetunion sogar schwächer und ungefährlicher geworden sei. Als ich dies zu bezweifeln wagte, führte Herr Dr. Krofta als Beispiel an, dass in der tschechoslovakischen Armee bekanntermassen ein sehr grosser Prozentsatz kommunistisch gesinnter und organisierter Soldaten diene, denen man früher gepredigt hätte, sie dienen einem kapitalistischen Staat, den sie negieren müssten und dieser Zustand sei natürlich sehr ungesund und gefährlich gewesen. Nunmehr aber, seit dem Vertrag mit den Sowjets, werden die Kommunisten im Lande, auch die Soldaten, dahin orientiert, dass der tschechoslovakische Staat ein Hort des Friedens und der Freiheit sei, der gegen jeden auswärtigen Fascismus und gegen jede Diktatur, auch mit den Waffen in der Hand, verteidigt werden müsse, und dass ja dieser Staat der Verbündete der Sowjetrepublik sei. Die kommunistischen Soldaten seien also verlässliche Vaterlandsverteidiger geworden und dies sei ein ungeheurer Gewinn für den Staat und die Schlagkraft der Armee.

Anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit Dr. Krofta stellte ich an ihn die Frage, ob bei der Bukarester Entrevue der Staatsoberhäupter der Kleinen Entente denn nicht auch über Oesterreich gesprochen wurde, wenn man schon zu allen aktuellen Problemen Stellung genommen habe.

Ueber Oesterreich antwortete Herr Dr. Krofta, sei nicht sehr viel gesprochen worden. Ob das österreichische Problem noch separat den Gegenstand von Besprechungen zwischen den Staatsoberhäuptern gebildet habe, wisse er nicht, da die Aussenminister nicht allen Beratungen der drei Staatsoberhäupter beigewohnt hätten. Auch hinsichtlich Oesterreichs gilt die These, dass die drei Staaten der Kleinen Entente in allen, Oesterreich betreffenden Fragen einheitlich und gemeinsam vorgehen werden. Das gilt namentlich in Fragen der Restauration und in allen jenen Fragen, die Oesterreich zum Anschluss an Deutschland führen könnten. Es sei missbilligend besprochen worden, dass Oesterreich die Kleine Entente in der

Bundesdienstpflichtsache ignoriert habe und man habe immerfort geglaubt, Oesterreich werde doch der Kleinen Entente in irgendeiner Form entgegenkommen und ihr die Zustimmung zu dem österreichischen Schritt ermöglichen. Einstweilen würden aber schon Assentierungen durchgeführt und man kümmere sich um den berechtigten Standpunkt der Kleinen Entente nicht im geringsten. Die Kleine Entente könne sich, da es sich ja doch um eine Verletzung bestehender Verträge handle, diese Behandlung nicht gefallen lassen, und sie dürfte die Sache in Genf zur Sprache bringen. Sie wolle Oesterreich in Genf nicht anklagen und nicht irgendwie zur Verantwortung ziehen lassen, aber sie werde wahrscheinlich dort gegen die Verletzung der Verträge durch Oesterreich öffentlich protestieren. Sie fühle sich hiezu gezwungen, damit man ihr nicht später, wenn vielleicht Ungarn den gleichen Weg beschreiten sollte, einwende, sie hätte in Bezug auf Oesterreich geschwiegen und sie also auch die ungarische Aufrüstung ruhig einstecken müsse. Ihm, Dr. Krofta, tue es persönlich sehr leid, weil er sich so angestrengt habe, um den Streitfall beizulegen. Er könne aber nichts mehr machen. Als ich Herrn Krofta bat, mir genau zu präzisieren, in welcher Form und durch wen und wann der angedeutete Schritt beim Völkerbund geschehen soll, antwortete er, die Sache sei noch nicht fest entschieden, werde nochmals besprochen werden, es sei aber wahrscheinlich, dass der angedeutete Schritt erfolgen werde.

In der Ablehnung der Restauration sei man durchaus einig, doch bemühe sich die Tschechoslovakei mässigend zu wirken und die Verbündeten zu überzeugen, dass diese Frage wirklich nicht aktuell sei und dass man aus der Anwesenheit der Erzherzogin Adelheid und ihren diversen Reisen nicht gleich weitgehende Schlüsse zu ziehen brauche. Einvernehmen herrsche aber darüber, dass eine Restauration der Habsburger in Oesterreich nicht geduldet werden würde. Aehnlich sei es natürlich mit dem Anschluss. Dr. Krofta wisse, dass zwischen Wien und Berlin über einen modus vivendi mit Deutschland verhandelt werde. Herr Papen verlange nicht sehr viel, dafür seien aber die Forderungen und Bedingungen der österreichischen Nationalsozialisten sehr weitgehend. Der Tschechoslovakei wäre das Zustandekommen eines modus vivendi zwischen Wien und Berlin ganz angenehm, unter der Voraussetzung, dass dies nicht ein Schritt zum Anschluss wäre.

Ich bemerkte hier, dass mir von derartigen Verhandlungen nichts bekannt sei und dass derartige Nachrichten von massgebenden Stellen stets dementiert werden. Es würde mich interessieren, woher Herr Dr. Krofta diese Nachrichten habe. Hierauf antwortete der Minister, dass ihm der italienische Gesandte, Herr de Facendis, davon gesprochen habe, es sei aber möglich, dass er ihn nicht richtig verstanden habe und dass Herr Facendis vielleicht gemeint haben könnte, dass derartige Verhandlungen über einen modus vivendi mit Oesterreich zwischen Rom und Berlin spielen. Faktum sein, dass Herr de Facendis über die Möglichkeit eines Ausgleiches Wien-Berlin gesprochen habe.

Ich darf hier einschalten, dass auch schon die tschechische Presse sich dieser Frage bemächtigt hat. Die „Lidové Noviny“ registrieren in ihrer heutigen Ausgabe

eine ähnliche Nachricht unter dem Titel „Schuschnigg wird mit Hitler zusammenkommen, modus vivendi in Oesterreich?“³

Weiters erzählte mir Herr Dr. Krofta, dass in Bukarest auch über Polen gesprochen wurde. Der Besuch des Herrn polnischen Aussenministers in Belgrad habe seinen Zweck verfehlt und Herr Beck habe dort einen schlechten Eindruck hinterlassen. In Polen selbst schein Herr Beck wieder Oberwasser zu haben und dies zeige sich in der neuerdings verschärfte Politik Polens gegenüber der Tschechoslowakei. Dr. Krofta habe in seinem Exposé gegenüber Polen eingelenkt und dem nördlichen Nachbarn die Möglichkeit gegeben, in die ausgestreckte Hand einzuschlagen. Inzwischen kamen ablehnende und sarkastische Antworten aus Polen, wie ein Artikel beweise, den eine offizielle polnische Agentur, die das Sprachrohr des Aussenministeriums sei, am letzten Samstag veröffentlichte. Dieser Artikel bestritt jedwede Besserung in den gegenseitigen Beziehungen und behauptet, dass es an der Tschechoslowakei sei, die geeignete Atmosphäre zu schaffen. Es lägen keinerlei Beweise vor, dass verantwortliche tschechoslovakische Faktoren sich um eine Verbesserung der Beziehungen bemühen, die einseitige Erklärung des tschechoslovakischen Aussenministers in seinem Exposé müsse in Polen nur Verwunderung erregen. Daraus sei zu ersehen, meinte Herr Dr. Krofta, dass der gute Wille in Polen fehle.

Soweit die Mitteilungen Herrn Dr. Kroftas. Soeben verliess mich der deutsche Gesandte Herr Dr. Eisenlohr, der sich bei mir darüber erkundigen wollte, ob ich etwas über die Bukarester Entrevue erfahren habe. Er könne den Nachrichten keinen Glauben schenken, wonach angeblich Herr Titulescu die Bereitwilligkeit erklärt habe, einen eventuellen Durchmarsch russischer Truppen nicht zu hindern. Meine Mitteilung, dass nach meinen Informationen es sogar zu einem rumänisch-russischen Vertrag nach dem Muster des französischen und tschechoslovakischen Paktes kommen werde, wirkte auf Herrn Dr. Eisenlohr direkt konsternierend und er glaubt darin die Bestätigung einer Befürchtung zu sehen, dass die Kleine Entente, oder zumindest die Tschechoslowakei zusammen mit Russland, einen Präventivschritt gegen Deutschland plane, dem sich unter Umständen auch Frankreich anschliessen könnte, falls, was durchaus möglich sei, die Kommunisten dort massgebenden Einfluss auf die Regierung bekommen.

Der Gedanke wäre nicht von der Hand zu weisen, dass man in den Kreisen der Feinde Deutschlands so argumentiere, man müsse Deutschland noch schnell aktionsunfähig machen, ehe es seine Reserven geschaffen haben werde und solange es noch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Rohstoffmangel zu kämpfen habe. Herr Titulescu sei ein politischer Hasardeur und Vabanquespieler und es sei auch ihm zuzutrauen, dass er sich dieser antideutschen Kombination zugeselle.

³ Siehe dazu den Bericht Nr. 331/Pol. des Gesandten Marek, Prag, 17.6.1936 – AdR, NPA, Gesandtschaft Prag, Z. 39497/13.

1631**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit deutschem
Gesandten Papen am 19. Juni 1936 in Wien**

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

[Wien], o. D.

Der BK übergab P. den „Entwurf“ des Modus vivendi. Die reservaten mündlichen „Erklärungen“ hat er ihm jedoch nur vorgelesen, als nicht fertiggestellt bezeichnet. P. ersuchte um Ueberlassung einer schriftlichen Aufzeichnung der „Erklärungen“, was der BK ihm für den 20. d. M. zusagte.

P. erklärte sich bereit, ehestens selbst den Entwurf u. die „Erklärungen“ nach Berlin zu bringen, nach Rückkehr dem BK über die Aufnahme zu berichten und gegebenenfalls nochmals nach Berlin zu fahren, wobei er eventuell einen Vertrauensmann des BK mit sich nehmen würde.

P. machte im Allgemeinen folgende Einwendungen gegen den Entwurf:

Erstens gegen die Deklarationen der Art. I und II, da diese völkerrechtliche Selbstverständlichkeiten enthielten und sich nicht zur Veröffentlichung eigneten. Er schlug vor, vielmehr den Sinn dieser Deklarationen anlässlich Zustandekommens des Modus vivendi in ein Communiqué zu giessen und alle Einzelbestimmungen einem nicht zu veröffentlichenden Agreement vorzubehalten.

Bezüglich der „Erklärungen“ bemerkte P. nur, dass ihm die Bereinigung des Touristenverkehrs des d.-ö. Alpenvereins zu dürftig scheine. Der BK erwiderte, dass er an einer völligen Aufhebung der Reisehindernisse kein besonderes Interesse habe, P. aber frei sei, mehr durchzusetzen als den Alpenvereins-Verkehr, wenn er es wolle und könne.

Ferner regte P. an, wieder auf den Gedanken der Handelspräferenzen (1932) zurückzukommen. Der BK lehnte nicht ab.

P. berührte sodann die Restaurationsfrage. Der BK erklärte, dass er unter diesem ihm unsympathischen Ausdruck nur die legitime Rückkehr zur monarchischen Staatsform verstehe, eine Aenderung der Staatsform aber nur im Wege einer Volksbefragung sehe. P. insinuierte sodann, dass Oesterreich vor Etablierung der Monarchie Fühlung mit Deutschland nehmen sollte, was der BK in der Weise ablehnte, dass er P. sagte, er brauche in der Rückkehr zur Monarchie nicht eine anti-deutsche Geste zu erblicken. P. bezweifelte dies und meinte „Otto würde auf französisch-italienischen Krücken zurückkehren“! Der BK wiederholte seine Meinung, dass hierin bestimmt keine anti-deutsche Manifestation liegen würde.

Sonderwünsche Papens:

- 1.) Geschlossene Aufführung von Heimatsfilmen f. d. B. d. Reichsdeutschen (Notiz). Vom BK grundsätzlich bewilligt, an St. B. weiterzuleiten.
- 2.) Heidelberger Universitätsjubiläum: P. möchte, dass jede österr. Universität einen Delegierten entsende. BK hat abgelehnt, es wird Menghin für alle Universitäten fahren, BK ist aber bereit, ihm noch einen weiteren Delegierten beizugeben. (BK bestimmte Prof. Arzt u. Weiterleitung des Auftrages an Bm. Pernter persönlich.)
- 3.) Beschwerde wegen Mangels an deutscher Beflagung anlässlich Verkehrskongresses. Der BK hat P. im Sinne der derzeit bestehenden Gesetzeslage geantwortet.
- 4.) P. würde wünschen, dass der deutsche Konsul in Graz Drubba wegen des ihm durch die Hochschüler-Angelegenheit (Verbot für österr. Hochschüler) widerfahrenen Affronts durch eine freundliche Geste der Grazer Lokalregierung entschädigt werde.
- 5.) P. klagt darüber, dass zwischen 33 u. 75% der Bewerber um die Ausreise zu den Olympischen Spielen zurückgewiesen würden (besonders 75% aus Burgenland) u. auf die Erschöpfung des Kontingentes hingewiesen werde. Der BK zeigte sich nicht genau informiert, wurde durch den Gefertigten aufgeklärt. BK erteilte Auftrag, P. telefonisch mitzuteilen, dass kein Hindernis bestehe gegen eine mässige Erhöhung des Kontingentes von 2500, Ueberprüfung durch Staatspolizei muss aufrechtbleiben u. lässt sich durch Bezug der Karten aus Deutschland keinesfalls umgehen¹.

1632**Gesandter Hornbostel an Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Schreiben (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Wien, 20. Juni 1936

Der Herr Bundeskanzler hat mich beauftragt, Sie über die gegenwärtige Phase der persönlichen Besprechungen Bundeskanzler - Papen² genauestens zu informieren. Diesem Auftrage komme ich unter Bezugnahme auf mein ergebendes Schreiben v. 19. Mai, Ihren freundlichen Brief v. 22. Mai und im Verfolge Ihres gestrigen Telefongespräches mit Herrn Generalsekretär nach.

¹ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1632.

² Siehe ADÖ 10/1631.

Der H. Bundeskanzler hat gestern abends H. v. Papen die im Anbuge mitfolgenden zwei Niederschriften übergeben. Die erste (Entwurf eines Modus vivendi) fusst auf persönlichen Anregungen, die P. am 11. Juli 1935 Baron Berger überreicht hatte³ und denen wir (nach zahllosen Peripetien, die auf Ungeschicklichkeiten P.s zurückzuführen sind) am 1. Oktober 1935 einen Gegenentwurf hatten folgen lassen⁴. Letzterer Gegenentwurf hielt sich im Allgemeinen an die Papen'schen Anregungen, musste aber selbstverständlich unserem Grundsatz absoluter Reziprozität angepasst werden und ausserdem eine Menge belastender Nebenfragen ausschalten, die die Sache nur erschwert und verzögert hätten. Der nunmehr gestern überreichte Entwurf stimmt im Grossen und Ganzen mit dem vom 1. Oktober überein – auf den damals P. nicht mehr zurückgekommen war, obwohl er ihm nicht übel gefallen haben soll, wie wir vertraulich gehört hatten. Das Gespräch Berger-Papen versandete vollkommen, wegen der bekannten Haltung der deutschen Presse (Nichteinhaltung des „Pressefriedens“ u. s. w.).

In der Absicht des H. Bundeskanzlers liegt, diesen Entwurf, wenn er einmal zum Abschluss führt, zu veröffentlichen. Er ist daher darauf abgestimmt. Die „vertraulichen, mündlichen Erklärungen“ hingegen sind nicht für die Veröffentlichung bestimmt und enthalten eine reichsdeutsche Erklärung über Dinge, die man nicht gut in einem öffentlichen Dokument sagen kann und eine „Mitteilung“ des Bundeskanzlers, die er (um jeden Anschein einer Einmischung deutscherseits zu vermeiden) von sich aus machen würde und den uns bekannten Wünschen Berlins Rechnung trüge.

H. v. Papen hat nun gestern abends diese beiden Niederschriften erhalten, sie mit dem H. Bundeskanzler besprochen und hiebei hauptsächlich folgende Einwendungen gemacht:

Er hält es nicht für tragbar, die grundsätzlichen Feststellungen der Art. I und II (Anerkennung der Regimes) in einem zu veröffentlichenden Dokument zu machen, da sie „völkerrechtliche Selbstverständlichkeiten“ enthielten. Formal mag er Recht haben, ich persönlich befürchte, dass er sich um diese Berlin sehr unangenehme Anerkennung (insbesondere Ic) „drücken“ möchte. Er schlug vor, anlässlich der Perfektionierung des Modus vivendi ein Communiqué auszugeben, das diese „Anerkennungen“ umschreiben und quasi als selbstverständliche Basis des Modus darstellen würde.

Alle übrigen Bestimmungen des Modus-Entwurfes möchte er aber lieber der Veröffentlichung entziehen, desgleichen selbstverständlich die „Erklärungen“. Hinsichtlich letzterer meinte er noch, dass die Bereinigung des Alpenvereins-Verkehrs ihm zu „dürftig“ erscheine, worauf der H. Bundeskanzler (um ihm weder Interesse an noch Angst vor der 1000 MK-Sperre zu verraten) ihm erwiderte, dass es ja P. frei stehe, wenn er es wolle oder könne, mehr durchzusetzen, der BK sei aber daran nicht wesentlich interessiert.

³ ADÖ 10/1549.

⁴ ADÖ 10/1559.

P. wird nun dieser Tage mit den beiden Papieren selbst nach Berlin fahren, diese vorlegen und die grundsätzliche Einstellung erkunden. Nach Rückkehr wird er dem H. BK diesbezügliche Mitteilungen machen. Falls es zu Verhandlungen über Einzelheiten bzw. zur Perfektionierung käme, würde P. es wünschen, dass ihm der H. BK einen Herrn seines besonderen persönlichen Vertrauens für eine zweite Reise nach Berlin mitgebe. Letztere Phase hängt natürlich noch von der ersten ab.

Sie, sehr geehrter Herr Gesandter, müssen sich nun für alle Fälle zur Verfügung des H. BK halten, wenngleich vorerst eine aktive Mitwirkung Ihrerseits noch nicht in Erscheinung tritt (Schon um P.'s Eifer und Bemühungen um den langersehten persönlichen „Erfolg“ (???) keinen Abbruch zu tun.) Wir werden Sie jedenfalls fortlaufend informieren, so dass Sie jederzeit im Bilde der jeweiligen Situation sind. Es tut mir leid, dass Sie ihren schönen Urlaubsplan gegenwärtig zum Opfer bringen müssen. Wenn die Sache erfolgreich ausginge – was ich leider absolut nicht für wahrscheinlich halte – wäre Ihnen dies wohl ein Trost!

Schliesslich darf ich noch beifügen, dass P. zum Schluss des Gesprächs, ohne direkten Zusammenhang mit dem Hauptthema, auf die Restaurationsfrage zu sprechen gekommen ist. Ausgehend vom Reichspost-Artikel des 17. d. M. (der absolut harmlos und rein privat ist) erkundigte er sich nach der Auffassung des H. BK. Dieser antwortete ihm, dass er eine Aenderung der Staatsform unbedingt von einer Volksbefragung abhängig machen würde, wenn es einmal dazu kommen sollte. P. insinuierte eine „vorherige Fühlungnahme“ mit Berlin, was der H. BK glatt ablehnte, wogegen er versicherte, dass nach seiner Ueberzeugung eine Rückkehr Otto's sicherlich nicht eine Geste gegen Deutschland bedeuten würde. P. bezweifelte dies mit der taktvollen Bemerkung, dass Otto ja „auf franz.-italienischen Krücken“ zurückkehren würde. Ich bin daher fest überzeugt, dass man sich in Berlin für diesen ferne liegenden Fall ein Türchen in dem Modus vivendi wird offen halten wollen, es sei denn, es brauchte kein „Türchen“ und die Gewalt würde es nötigenfalls ersetzen!!

Falls Sie über diese ganze Angelegenheit dort – ohne selbst hervorzutreten – etwas hören, so, bitte, schreiben Sie mir gleich nötigenfalls auch Ziffertelegramm!

1633**Besprechung Bundeskanzler Schuschnigg mit deutschem
Gesandten Papen am 1. Juli 1936 in Wien**

Aufzeichnung (vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/12
(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Die zwischen dem Gesandten des Deutschen Reiches von Papen und Bundeskanzler Dr. Schuschnigg vor einiger Zeit behufs Normalisierung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich eingeleiteten Besprechungen¹ sind auf bestem Wege zu einem positiven Abschlusse zu führen.

Das was Oesterreich hiebei anstrebt, ist die natürliche Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei benachbarten Staaten, die noch dazu gleicher Sprache sind. Die Voraussetzungen, die Oesterreich für diese Normalisierung aufgestellt hat, sind folgende:

- 1) Die eindeutige und unzweifelhafte Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs,
- 2) die Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren österreichischen Verhältnisse,
- 3) die eindeutige Feststellung, dass der Nationalsozialismus für Oesterreich weder als politischer Faktor noch als Vertragspartner in Frage kommt und
- 4) die ausdrückliche Bedachtnahme auf die Tatsache, dass die Römer Protokolle ex 1934 mit den Zusätzen ex 1936 die Grundlinie der österreichischen Politik bestimmen, woran sich auch in Hinkunft nichts ändern wird.

Da Herr von Papen namens seiner Regierung diese Grundsätze bereits anerkannt hat, besteht berechtigte Aussicht darauf, dass ein Gentlemenagreement zwischen der österreichischen Bundesregierung und der deutschen Reichsregierung, das eine Reihe von Einzelfragen der vielseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten regeln soll, zum Abschlusse gelangen wird.

Obige Grundsätze sind bereits in den vergangenen Jahren österreichischerseits als unbedingte Voraussetzungen für die Entspannung des österreichisch-deutschen Verhältnisses und die Herbeiführung normaler und freundnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Nachbarstaaten aufgestellt worden. Wären diese von Österreich seit je vertretenen Grundsätze in den Jahren 1933 oder 1934 deutscherseits anerkannt worden – die damals in dieser Richtung wiederholt aufgewendeten Bemühungen sind bekanntlich immer wieder an deutschen Forderungen gescheitert, die als Einmengung

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563 und ADÖ 10/1632.

in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs angesehen werden mussten – so hätte diese Normalisierung bereits damals erzielt werden können und Oesterreich wie auch den an der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Oesterreichs interessierten europäischen Mächten wäre manche Unruhe und Sorge erspart geblieben.

Vom Gesichtspunkte der innerpolitischen Entwicklung Oesterreichs wird die angestrebte Normalisierung des Verhältnisses zu Deutschland u. a. folgende Auswirkungen haben: Der Grundsatz, dass österreichischerseits ein Paktieren mit dem Nationalsozialismus nicht in Frage kommen kann, zieht den innerpolitischen Möglichkeiten eine klar umrissene Grenze.

Die in dieser Beziehung im Auslande wiederholt verbreiteten Gerüchte über Zuziehung von Vertretern des Nationalsozialismus zur Regierung bzw. zu verantwortlichen öffentlichen Stellen, gehören daher in das Reich der Fabel. Es kann lediglich davon die Rede sein, dass die Regierungsbasis in Oesterreich dadurch verstärkt werden könnte, dass die sogenannten „nationalen Kreise“ zur Mitverantwortung herangezogen werden, insoweit sie sich nicht nationalsozialistisch kompromittiert haben und sich eindeutig zu den Grundsätzen bekennen, die das Gesetz über die Vaterländische Front hinsichtlich der österreichischen Staatlichkeit aufstellt. Keinesfalls ist jedoch an eine Umbesetzung der einzelnen Regierungsressorts gedacht und es kann sich somit höchstens darum handeln, dass die eine oder andere diesen Kreisen angehörende Persönlichkeit ohne Zuteilung eines besonderen Ressorts in das gegenwärtige Kabinett eintritt. Als weitere Folge ist seitens des Bundeskanzlers eine politische Amnestierung der Personen in Aussicht genommen, die sich durch Betätigung für den in Oesterreich verbotenen Nationalsozialismus schuldig gemacht haben, wobei jedoch selbstverständlich alle gemeinen kriminellen Tatbestände von der Amnestie ausgeschlossen bleiben werden.

Bei einer solchen innerpolitischen Befriedigungsaktion wird von vornherein ausser allen Zweifel gestellt werden müssen, dass ein staatsfeindliches Verhalten oder eine solche Propaganda, von welcher Seite immer sie ausginge, genau so scharf wie bisher verfolgt werden wird. Zur vollständigen Klarstellung dieses Entschlusses der Bundesregierung wird demnächst ein Gesetz zum Schutze des Staates – wie solche auch in den meisten Nachbarstaaten Oesterreichs bereits bestehen – verabschiedet werden. Dieses Gesetz wird jede gegen den Staat gerichtete Handlung unter Strafe setzen. Es ist selbstverständlich dass z. B. auch die Anschlusspropaganda in Oesterreich als mit den Grundsätzen der Eigenstaatlichkeit Oesterreichs und der Verfassung vom 1. Mai 1934 in Widerspruch stehend, unter dieses Verbot fällt.

Besonderes Gewicht wurde schliesslich im Zuge der in Rede stehenden Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Gesandten von Papen darauf gelegt, dass die durch die politische Spannung der letzten Jahre nicht unwesentlich beeinträchtigten und deutscherseits vielfach von parteipolitischen Momenten durchsetzten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gleichfalls zu normalen und den natürlichen Bedürfnissen beider Wirtschaftsgebiete entsprechenden gestaltet werden.

In aussenpolitischer Beziehung glaubt der Bundeskanzler sich der sicheren Hoffnung hingeben zu können, dass die Entgiftung des nunmehr seit dreieinhalb Jahren bestehenden gespannten Verhältnisses zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche wesentlich dazu beitragen kann, dass die allgemeine Unruhe und nervöse Gereiztheit auf dem europäischen Kontinent, unter denen Oesterreich als kleiner Staat ganz besonders zu leiden hat, eine wesentliche und anhaltende Linderung erfahren wird. Es muss hiebei mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass sich dieses für Oesterreich wie für einen grossen Teil des europäischen Kontinentes hoffentlich günstig auswirkende Ergebnis der Entspannungsaktion ohne Aufopferung auch nur eines der fundamentalen Grundsätze des heutigen Oesterreich erzielen lassen wird. Es wäre daher durchaus abwegig und den Tatsachen widersprechend, wollte man hierin – wie dies voraussichtlich Oesterreich missgünstige Stimmen zu behaupten versuchen werden – ein Aufgeben der eigenstaatlichen Grundsätze Oesterreichs oder ein Abweichen von der die gesamte Politik Oesterreichs bestimmenden „Dollfuss-Linie“ erblicken. Das Ergebnis wird vielmehr die restlose Durchsetzung der Anerkennung und Ratifizierung dieser Grundsätze von Seiten der nördlich benachbarten Grossmacht Oesterreichs bedeuten. Die gegenseitige Respektierung der freien inneren Gestaltung beider Länder wird auch die Gewähr dafür bieten, dass Oesterreich unbeeinflusst von anders gearteten Ideologien seinen eigenen Zielen in politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht wird zustreben können².

1634

Besprechung Bundeskanzler Schuschnigg mit deutschem Gesandten Papen am 1. Juli 1936 in Wien

Aufzeichnung der Besprechungsergebnisse (vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/ Geheim I/12
(ohne Zahl)

Wien, 1. Juli 1936

Zum Entwurf eines „Gentleman-Agreements“:

H. v. Papen hat *für seine Person* den österreichischerseits gemachten Bemerkungen zum Entwurf (rechte Kolonne) zugestimmt und wird diese seiner Regierung vorlegen. Antwort ist für die nächsten Tage in Aussicht gestellt¹.

² Siehe weiter ADÖ 10/1634.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632 und ADÖ 10/1633.

H. v. Papen machte bloss zu folgenden Punkten Bemerkungen:

- ad IV): der österreichischen Formulierung des zweiten Satzes könne er noch nicht restlos zustimmen und behalte sich eine Antwort vor.
- ad IX): H. v. Papen beantragte zu Absatz a) noch folgenden, vom H. Bundeskanzler angenommenen Zusatz: „Diese Bestimmungen werden sinngemäss auch auf Emigranten Anwendung finden“.

Zum Kommuniqué-Entwurf:

E. v. Papen hat den österreichischen Bemerkungen gleichfalls für *seine Person* zugestimmt, jedoch folgende Bemerkungen gemacht:

- ad 1). er zöge vor, dass die wörtliche Zitierung der „Feststellungen“ Hitlers im Kommuniqué entfalle und diese in einem Presse-Kommentar im gegebenen Zeitpunkt Verwendung finde. Der H. Bundeskanzler hat dies konzedierte.
- Ferner schlug Papen selbst eine Aenderung der letzten Worte des Punktes 1) vor, die nunmehr, nach Zustimmung des H. Bundeskanzlers, wie folgt lauten:
- „ ... die volle Souveränität des Bundesstaates Oesterreich, die dieser gewillt ist, nach allen Seiten aufrechtzuerhalten.“

Entwurfeines "Gentleman-Agreements":

In der Ueberzeugung, dass der von beiden Seiten geäusserte Wunsch, die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Bundesstaate Oesterreich wieder normal und freundschaftlich zu gestalten, eine Reihe von Vorbedingungen seitens beider Regierungen erfordert, wird nachfolgendes vertrauliches "Gentleman-Agreement" von beiden Regierungen gebilligt:

I. Regelung der Behandlung der Reichsdeutschen in Oesterreich und der österreichischen Staatsangehörigen im Reiche.

Die in beiden Ländern bestehenden Vereinigungen ihrer Staatsangehörigen sollen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden, solange sie den in ihren Statuten festgelegten Richtlinien gemäss den geltenden Gesetzen entsprechen und sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten des andern Staates einmischen, noch insbesondere Staatsangehörige des andern Staates durch Propaganda zu beeinflussen trachten.

II. Gegenseitige kulturelle Beziehungen.

Sämtliche für die Bildung der öffentlichen Meinung massgeblichen Faktoren beider Länder sollen der Aufgabe dienen, die gegenseitigen Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Aus dem Gedanken der Zugehörigkeit beider Staaten zum deutschen Kulturkreis verpflichten sich beide Teile, sogleich von jeder aggressiven Verwendung im Funk-, Film-, Nachrichten- und Theaterwesen gegen den andern Teil Abstand zu nehmen. Ein schrittwei-

ser Abbau der gegenwärtig bestehenden Behinderungen im Austauschverkehr wird auf Grund vollkommener Reziprozität in Aussicht genommen. Bezüglich des Absatzes von Werken beiderseitiger Autoren auf dem Gebiete des andern Teils werden – insoweit sie den Gesetzen des Bezugslandes entsprechen – alle Behinderungen beseitigt.

III. Presse.

Beide Teile werden auf die Presse ihres Landes in dem Sinne Einfluss nehmen, dass sie sich jeder politischen Einwirkung auf die Verhältnisse im andern Lande enthalten und ihre sachliche Kritik an den Verhältnissen im andern Lande auf ein Mass beschränken, das auf die Oeffentlichkeit des andern Landes nicht verletzend wirkt. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf die Emigrantenpresse in beiden Ländern. Seitens beider Teile wird der allmähliche Abbau der Verbote hinsichtlich des Imports der Zeitungen und Druckerzeugnisse des andern Teiles nach Massgabe der jeweils durch dieses Uebereinkommen erzielten Entspannung im gegenseitigen Verhältnis in Aussicht genommen. Zugelassene Zeitungen sollen sich in ihrer allfälligen Kritik an innerpolitischen Zuständen des andern Landes ganz besonders streng an den im 1. Absatz festgelegten Grundsatz halten.

Die österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit, mit sofortiger Wirksamkeit nachstehende in Deutschland erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Oesterreich zuzulassen:

Die deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, mit sofortiger Wirksamkeit nachstehende in Oesterreich erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Deutschland zuzulassen:

IV. Emigrantenfrage.

Beide Teile treffen sich in dem Wunsche, durch wechselseitiges Entgegenkommen zu einer ehemöglichen befriedigenden Lösung des Problems der österreichischen nationalsozialistischen Emigration im Reiche beizutragen. Die österreichische Bundesregierung wird die Prüfung dieser Frage ehemöglichst in Angriff nehmen und das Ergebnis einer aus Vertretern der zuständigen Ministerien zu bildenden gemischten Kommission behufs Durchführung bekanntgeben.

V. Hoheitszeichen und Nationalhymnen.

Jede der beiden Regierungen erklärt, die Staatsangehörigen des andern Teiles hinsichtlich des Zeigens der Hoheitszeichen ihres Vaterlandes im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften den Angehörigen dritter Staaten gleichzustellen.

Das Absingen der Nationalhymnen wird – abgesehen von offiziellen Gelegenheiten – den Staatsangehörigen des andern Teiles in ausschliesslich von diesen Staatsangehörigen besuchten geschlossenen Veranstaltungen gestattet.

VI. Wirtschaftliche Beziehungen.

Die deutsche Reichsregierung ist zur Anbahnung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich unter Bei-

seitlassen parteipolitischer Momente bereit, und diese Bereitschaft bezieht sich auch auf die Wiedereinrichtung des Kleinen Grenzverkehrs. Diskriminationen von Personen und Gebieten, soweit sie nicht aus rein wirtschaftlichen Erwägungen begründet sind, werden nicht vorgenommen werden.

VII. *Reiseverkehr.*

Die anlässlich der zwischen beiden Staaten entstandenen Spannungen beiderseits verfügten Beschränkungen im Reiseverkehr werden aufgehoben. Diese Vereinbarung hat keinen Bezug auf die durch die Devisenschutzgesetzgebung beider Länder bedingten Einschränkungen.

Um unerwünschten Begleiterscheinungen vorzubeugen, verständigen sich beide Länder vorläufig über von Zeit zu Zeit progressive Höchstkontingente, in denen Verwandte, Geschäftsreisende, Kranke und Sporttreibende (insbesondere Mitglieder des Deutschösterreichischen Alpenvereins) wie bisher bevorzugte Behandlung erfahren sollen.

VIII. *Aussenpolitik.*

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass sie bereit ist, die Aussenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Aussenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen. Es besteht Einverständnis, dass beide Regierungen über die sie gemeinsam betreffenden Fragen der Aussenpolitik jeweils in einen Meinungsaustausch eintreten werden. Hiedurch werden die Römer Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

IX. Der österreichische Bundeskanzler erklärt, dass er bereit ist:

a) eine *weitreichende politische Amnestie* durchzuführen, von der diejenigen ausgenommen werden sollen, die schwere, gemeine Delikte begangen haben.

In dieser Amnestie sollen auch noch nicht abgeurteilte oder verwaltungsmässig bestrafte Persönlichkeiten dieser Art eingeschlossen sein. Diese Bestimmung wird sinngemäss auch für Emigranten Anwendung finden.

b) mit dem Zwecke, eine wirkliche Befriedung zu fördern, in dem geeigneten Zeitpunkte, der für nahe Zeit in Aussicht genommen ist, *Vertreter der bisherigen sogenannten „nationalen Opposition in Oesterreich“ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung* heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers geniessen und deren Auswahl er sich vorbehält. Hierbei besteht Einverständnis darüber, dass die Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers mit der Aufgabe betraut sein werden, nach einem mit dem Bundeskanzler zuvor festgelegten Plan für die innere Befriedung der nationalen Opposition und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung in Oesterreich zu sorgen.

X. Behandlung von Anständen und Beschwerden.

Für die Behandlung von Anständen und Beschwerden, die sich im Zusammenhange mit dem vorstehenden "Gentleman-Agreement" ergeben könnten, sowie um eine fortschreitende Entspannung im Rahmen vorstehender Abmachungen zu gewährleisten, wird ein von je drei Vertretern der beiderseitigen Aussenämter zusammengesetzter Ausschuss eingesetzt. Er hat die Aufgabe, sich in regelmässiger Fühlungnahme über die Auswirkungen der Vereinbarung sowie deren etwa erforderlichen Ergänzungen auszusprechen.

K o m m u n i q u é².

In der Ueberzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reiches und des Bundesstaates Oesterreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Anlass wird erklärt:

- 1) Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die Deutsche Reichsregierung die volle³ Souveränität des Bundesstaates Oesterreich⁴.
- 2) Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem andern Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschliesslich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des andern Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.
- 3) Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im Allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.

Hiedurch werden die Römer Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, dass die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmassnahmen die hiezu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

² Die Verlautbarung dieses Kommuniqués erfolgte schliesslich am Abend des 11. Juli 1936 im österreichischen Rundfunk – Wiener Zeitung, Nr. 190, 12. 7. 1936. Zur Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen siehe weiter ADÖ 10/1637.

³ Handschriftlich eingefügt.

⁴ „und damit sein Recht der Selbstbestimmung“ handschriftlich gestrichen.

1635**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
die Gesandten Marek (Prag), Schmid (Belgrad) und
Hauenschild (Bukarest)**Aide-Mémoire¹

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 40082/13

Wien, 7. Juli 1936

Il n'a pu échapper au Chancelier fédéral que des bruits concernant une prétendue restauration imminente de l'ancienne dynastie en Autriche sont répandus, déjà depuis quelque temps, sans interruption et d'une façon systématique, quoique les termes que ces on-dit annoncent successivement sans relâche, entre autres p. e. tout dernièrement le 28 juin dr. échoient naturellement sans avoir amené l'évènement sensationnel attendu. Il s'agit, en l'occurrence, de la création intentionnelle d'une légende et d'une certaine nervosité à l'intérieur comme à l'étranger.

S'il ne s'agissait que de bruits confectionnés et répandus par des cercles irresponsables, le Gouvernement fédéral ne se verrait, certes, point dans la nécessité de les relever. Or il y a lieu de constater depuis quelque temps que pareils bruits sont mis en circulation systématiquement dans différentes Capitales étrangères. L'agence officieuse yougoslave „Avala“ p. e. a cru devoir vérifier, encore ces derniers jours, auprès de la Amtliche Nachrichtenstelle de Vienne un bruit répandu à Beograd portant „qu'un éminent personnage étranger était en train de poursuivre à Vienne avec le Chancelier des négociations concernant la restauration“. Genève occupait, ces derniers jours, un rang tout à fait particulier parmi les centres de cette espèce de fabrication de légendes.

Le Chancelier croit, par conséquent, qu'il est utile d'attirer l'attention de MM. les Représentants diplomatiques des Pays particulièrement intéressés à la tranquillité dans le bassin danubien sur le fait qu'il n'a pas manqué de souligner maintes fois le non-fondé absolu de ces bruits et de ces on-dit et de déclarer qu'il n'était pas question d'une restauration en Autriche. Le Chancelier a fait personnellement cette déclaration, en sa qualité de Ministre des Affaires Etrangères, aux Représentants diplomatiques intéressés. Il est donc surpris de devoir constater que, à ce qu'il paraît, on n'ait pas ajouté foi à ses déclarations ou bien qu'elles n'aient pas été

¹ „Angesichts der in letzter Zeit wahrgenommenen systematischen Erfindung und Verbreitung von Gerüchten über die angeblich unmittelbar oder nahe bevorstehende Restauration in Österreich wurde im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers den diplomatischen Vertretern der Kleinen Entente-Staaten in Wien im Geleite mündlicher Ausführungen das in der Anlage mitfolgende Aide Mémoire überreicht...“ – AdR, NPA Gesandtschaft Prag, Z. 40082/13.

transmises aux Gouvernements respectifs. Il est parfaitement informé de ce que ces on-dit ne sont pas seulement mis au monde par des individus qui cherchent à se donner de l'importance, mais que même des cercles officiels et gouvernementaux de l'étranger continuent sérieusement à parler de la restauration comme d'un thème actuel. Il regrette de devoir en déduire que ces cercles gouvernementaux continuent à être mal renseignés et exprime le désir que, dans l'intérêt sincère des relations de bon voisinage, la source de ces bruits soit enfin bouchée.

Le Chancelier fait encore remarquer que jusqu'ici l'Autriche, animée d'une volonté sincère de paix et désireuse, en particulier, d'entretenir des rapports amicaux avec ses voisins, a évité tout ce qui aurait pu troubler ces relations ; elle s'est rigoureusement abstenue, par conséquent, de permettre à la presse autrichienne une critique désobligeante des événements ou des situations défavorables dans des pays voisins. L'Autriche n'ayant que l'intérêt de voir leurs pays se consolider, évite scrupuleusement l'apparition dans la presse autrichienne de nouvelles susceptibles de porter atteinte à la consolidation de ses voisins. Le Chancelier croit toutefois devoir réclamer la réciprocité sans laquelle cet état de choses ne saurait être maintenu à la longue.

Enfin, Le Chancelier répète encore les déclarations qu'il a faites à maintes reprises au sujet de la prétendue restauration de l'ancienne dynastie en Autriche et ajoute qu'il fait mettre au courant de ce qui précède les Représentants de l'Italie, de la France et de la Grande-Bretagne².

1636

Gesandter Neustädter-Stürmer an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 85/Pol.

AdR
Gesandtschaft Budapest
(ohne Zahl)

Budapest, 7. Juli 1936

Aussenminister v. Kánya teilte mir in einem Gespräche mit, dass er vom hiesigen jugoslawischen Gesandten ständig wegen angeblicher Restaurationspläne in Oesterreich¹ bestürmt werde. Wie der jugoslawische Gesandte Herrn v. Kánya mitteilte, erhalte er fast täglich Aufträge seiner Regierung, sich über die Pläne der österreichischen Regierung in dieser Hinsicht zu informieren, was nach Ansicht

² Zur Restaurationsfrage siehe weiter ADÖ 10/1636.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1635.

der jugoslawischen Regierung in Budapest leicht möglich sein müsse. Herr v. Kánya hat dem jugoslawischen Gesandten versichert, dass er vollkommen überzeugt davon sei, dass die wiederholten Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, die Restaurationsfrage sei in Oesterreich nicht aktuell, durchaus ernst zu nehmen seien. Herr v. Kánya ist selbst der Ansicht, dass das fortwährende Aufrühren dieser Frage den Zweck verfolgt Stimmung zu machen, um aus dieser Stimmung heraus die österreichische Regierung zu irgendwelchen bindenden Erklärungen in der Restaurationsfrage zu veranlassen.

1637

Generalsekretär Peter an alle österreichischen Gesandten und Geschäftsträger im Ausland

Zirkularerlass (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 40118/13

Wien, 8. Juli 1936

Die in- und ausländische Oeffentlichkeit beschäftigt sich, wie Ihnen bekannt ist, seit einigen Wochen intensiv mit der Frage der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland¹, wobei vielfach von Verhandlungen die Rede ist, die zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem hiesigen deutschen Gesandten von Papen geführt werden. Wie angesichts des lebhaften gesamteuropäischen Interesses an dieser Frage und der allgemeinen Nervosität auf dem Kontinente nicht zu verwundern ist, sind in dieser Hinsicht zahllose, grösstenteils unrichtige oder zumindest übertriebene Gerüchte in Umlauf, denen naturgemäss erst eine offizielle Bekanntgabe des Ergebnisses der in Rede stehenden Besprechungen ein Ende setzen kann. Die sukzessive Befassung der Oeffentlichkeit mit den einzelnen Phasen der Besprechungen kam im Interesse eines glatten Verlaufes derselben und insbesondere der Ausschaltung interessierter Nebeneinflüsse nicht in Frage. Die in Rede stehenden Aussprachen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Herrn von Papen sind nunmehr soweit gediehen, dass die Herren österreichischen Missionschefs – vorläufig zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Kenntnissnahme – über das Wesen der angestrebten Entspannung zwischen den beiden Ländern informiert werden sollen.

Das was Oesterreich anstrebt, ist die natürliche Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei benachbarten Staaten, die noch dazu gleicher Sprache sind. Die

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633 und ADÖ 10/1634.

Voraussetzungen hierfür sind: die eindeutige und unzweifelhafte Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs, ferner die Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse des österreichischen Bundesstaates und die ausdrückliche Bedachtnahme auf die Tatsache, dass die Römer Protokolle des Jahres 1934 mit den Zusätzen von 1936 die grundlegende Linie der österreichischen Politik bestimmen und sich hieran nichts ändern kann, schliesslich die eindeutige Feststellung, dass der Nationalsozialismus für Oesterreich weder als politischer Faktor noch als Vertragspartner in Frage kommt. Werden diese Grundsätze anerkannt – und hierfür scheint berechtigte Aussicht zu bestehen – dann hätte die gegenständliche Normalisierung ebenso gut in den Jahren 1933 oder 1934 stattfinden können; die damals in dieser Richtung wiederholt aufgewendeten Bemühungen sind indes, wie bekannt, immer an Forderungen gescheitert, die als Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs angesehen werden mussten.

In Verbindung mit der Erfüllung obiger grundsätzlicher Voraussetzungen seitens Deutschlands ist beiderseits eine Reihe von Massnahmen in Aussicht genommen, die eine Entspannung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten herbeiführen sollen. Es sind dies Einzelfragen, u. a. auf dem Gebiete des Presse-, Funk-, Film- und Theaterwesens, die Frage der Betätigung der beiderseitigen Kolonien in Deutschland bezw. Oesterreich, die Frage der künftigen Liquidierung der österreichischen nationalsozialistischen Emigration in Deutschland, die Entpolitisierung des wirtschaftlichen Verkehrs seitens Deutschlands, stufenweise Erleichterungen des Reiseverkehrs usw.

Was nun die Notwendigkeiten der innerpolitischen Seite der Entspannungsaktion in Oesterreich selbst betrifft, so ist darauf zu verweisen, dass der Grundsatz, kein Paktieren mit dem Nationalsozialismus, von vornherein den innerpolitischen Möglichkeiten eine klar umrissene Grenze setzt. Die in dieser Beziehung im Auslande wiederholt verbreiteten Gerüchte gehören daher in das Reich der Fabel.

Andererseits ist die vom Herrn Bundeskanzler beabsichtigte politische Amnestierung ein Akt, den jedermann begreiflich finden wird, zumal bereits eine sehr weitgehende politische Amnestierung in Ansehung der Sozialdemokraten zu Weihnachten 1935 durchgeführt wurde und gemeine kriminelle Tatbestände selbstverständlich ausgeschlossen bleiben.

Die Regierungsbasis kann nur dadurch verstärkt werden, dass die sogenannten „nationalen Kreise“ zur Mitverantwortung herangezogen werden, insoweit sie sich nicht nationalsozialistisch kompromittiert haben und weiters das eindeutige Bekenntnis zu den Grundsätzen der durch das Vaterländische Front-Gesetz bestimmten österreichischen Staatlichkeit abzulegen bereit sind. An eine Aenderung in der derzeitigen Ressortbesetzung ist keineswegs gedacht und es kann sich somit höchstens um die Zuziehung eines weiteren oder weiterer Kabinettsmitglieder handeln, jedoch ohne Verschiebung der gegenwärtigen Ressortbesetzungen.

Bei einer solchen innerpolitischen Befriedigungsaktion wird von vornherein ausser Zweifel gestellt werden müssen, dass eine staatsfeindliche Haltung oder Propaganda, sei es von nationalsozialistischer, sei es von marxistischer Seite, genau so scharf wie bisher verfolgt werden wird. Um dies vollkommen klarzustellen, wird gleichzeitig mit der voraussichtlich im Laufe der nächsten Wochen bekanntzumachenden Normalisierung des österreichisch-deutschen Verhältnisses ein Gesetz zum Schutze des Staates verabschiedet werden. Es soll hiemit auch eindeutig zum Ausdruck kommen, dass jede gegen den Bestand des selbständigen Oesterreichs gerichtete Tätigkeit auch in Hinkunft verwehrt bleibt; so wird z. B. auch die Anschlusspropaganda in Oesterreich nach wie vor keinen Raum haben, da eine solche den Grundsätzen der Eigenstaatlichkeit Oesterreichs und der Verfassung von Mai 1934 widersprechen würde.

Auf Grund des Vorstehenden ergibt sich, dass jedes Bedenken wie auch jeder Zweifel des In- und Auslandes an dem unbeugsamen Willen der Bundesregierung und der vaterlandstreuen Bevölkerung zur Erhaltung und Entwicklung des unabhängigen selbständigen Oesterreich jeder Grundlage entbehren würde. Die Normalisierung des seit nunmehr dreieinhalb Jahren in bisweilen gefahrdrohender Weise gespannten Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Nachbarstaaten wird vielmehr – wenn, wie zu erwarten ist, die gegenwärtig schwebenden Besprechungen zu dem gewünschten Abschlusse führen – ohne Zweifel einen wertvollen Beitrag zur Milderung der gespannten und unruhigen allgemeinen Lage Europas darstellen.

Sie werden zeitgerecht von der allfälligen Veröffentlichung des in Rede stehenden Verhandlungsergebnisses in Kenntnis gesetzt werden.

1638

Gesandter Vollgruber an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 54/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Frankreich 5/2
Z. 40267/13

Paris, 10. Juli 1936

Noch am Tage meiner Ankunft in Paris hatte ich den Chef du Protocole Gesandten de Fouquières aufgesucht und ihn um die Vermittlung des Antrittsbesuches bei dem Herrn Minister des Aeussern sowie um die Einleitung der notwendigen Schritte wegen der Erlangung der feierlichen Audienz bei S. E. dem Präsidenten der Republik gebeten. Herr de Fouquières versprach, mein Ersuchen bezüglich des feierlichen Empfanges zur Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens so-

fort weiterzuleiten und den Herrn Minister des Aeussern sogleich nach seiner Rückkehr aus Genf von meinem Wunsche, meinen Antrittsbesuch abstaten zu können, in Kenntnis zu setzen.

Am 4. d. M. erhielt ich dann die schriftliche Verständigung, dass mich S. E. der Präsident der Republik am 10. d. M. um 5 Uhr nachmittags in feierlicher Audienz empfangen werde. Am Tage der Rückkehr Herrn Delbos' aus Genf wurde ich benachrichtigt, dass mich der Minister am 9. d. M. um 7 Uhr abends erwarte.

Der Herr Minister des Aeussern begrüßte mich, als ich ihn gestern Abend aufsuchte, in der liebenswürdigsten Weise und begann nach einigen Worten rein persönlichen Charakters das Gespräch damit, dass er sagte, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien ja so gut, dass sich unsere Zusammenarbeit sicherlich im angenehmsten Rahmen abspielen werde. Herr Delbos fügte hinzu, er und Mr. Eden hätten gehofft, Herrn Bundeskanzler schon jetzt in Genf persönlich sprechen zu können, aber er begreife vollständig die Gründe, die Herrn Bundeskanzler diesmal von der Reise nach Genf abgehalten hätten. Er hoffe, im Herbst die Bekanntschaft Herrn Bundeskanzlers zu machen, denn der persönliche Kontakt sei ja doch wertvoller als jede andere Art der Fühlungnahme. Der Herr Minister kam dann wieder auf die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich zurück und meinte, dass die Interessen der beiden Staaten glücklicher Weise parallel liefen und dass man hier auch weiterhin an dem Gedeihen und der Unabhängigkeit des österreichischen Staates regen Anteil nehme.

Diese Bemerkung gab mir Gelegenheit, Herrn Delbos auseinanderzusetzen, welche Fortschritte die wirtschaftliche und die politische Konsolidation bei uns seit den schwersten Zeiten gemacht habe, und zu sagen, dass wir uns aber bewusst seien, dass trotzdem die grösste Wachsamkeit nach wie vor am Platze sei, da sich jenseits der Grenzen im Grunde genommen die Tendenzen letzten Endes doch nicht geändert haben dürften.

Hierauf erwiderte der Herr Minister, er freue sich zu hören, dass wir es für richtig hielten, auch weiterhin auf dem „qui vive“ zu bleiben. Er hätte natürlich, zwar nicht offiziell aber doch offiziös, von den Besprechungen gehört, die in Wien zwecks Herbeiführung irgendeines Arrangements oder modus vivendi mit Deutschland abgeführt würden¹. Er sei der Ansicht, dass es nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im allgemeinen Interesse des Friedens gelegen wäre, wenn diese Besprechungen, selbstverständlich bei Aufrechterhaltung aller unserer nur zu berechtigter Petits, zu einem Ergebnis führen würden. Denn eine offizielle Erklärung Herrn Hitlers über die Respektierung unserer Unabhängigkeit und die Nichteinmischung wäre ein diplomatischer Erfolg für Oesterreich und würde für uns vielleicht auch einen gewissen Zeitgewinn bedeuten. Die Tatsache des Zustandekommens eines Arrangements auf einer solchen Basis wäre daher an und für sich begrüßenswert, auch wenn man sich keinen Illusionen über eine

¹ Dazu zuletzt ADÖ 10/1637.

grundlegende Aenderung der Mentalität in Deutschland und über die Frage, ob die Bedingungen des Arrangements auch wirklich werden eingehalten werden, hingeb. Ich erwiderte, dass ich eben dies mit meiner Bemerkung vorhin hätte sagen wollen. Wir wären weit davon entfernt uns Illusionen zu machen und würden doppelte Wachsamkeit an den Tag legen.

Der Herr Minister sagte dann fragend, ich käme also aus Rom. Ich bejahte und meinte, ich hätte dort interessante Zeiten mitgemacht. Da er dieses Thema nicht weiter ausspann ging auch ich nicht weiter darauf ein.

Herr Delbos kam nun neuerlich, gleichsam abschliessend, auf die guten Beziehungen zwischen unseren Ländern und die Parallelität der Interessen zu sprechen und meinte, dass sich Oesterreich auch in der hiesigen Oeffentlichkeit und in der Presse der gebührenden Achtung und Rücksichtnahme erfreue. Ich erwiderte, ich sei zwar erst wenige Tage in Paris, hätte immerhin aber auch das Gefühl, dass die Oeffentlichkeit und die Presse ziemlich viel richtiges Verständnis für Oesterreich und seine Lage hätten. Etwas erstaunt wäre ich allerdings über eine gewisse Nervosität gewesen, die vor wenigen Tagen die Gerüchte über die Restauration², die wieder einmal tendenziös, lanciert worden wären, in der hiesigen Presse gezeitigt hätten. Herr Delbos erwiderte, Frankreich nehme an dieser Frage nur ein „indirektes Interesse“, und zwar nur insoferne, als diese Frage eventuell den Funken abgeben könnte, der das Pulverfass in die Luft sprengt. Ich bemerkte, der Herr Minister wisse ja, dass wir bei voller Aufrechterhaltung unseres prinzipiellen Standpunktes jede Rücksicht auf die europäische Lage nehmen und keinesfalls den Funken auf das Pulverfass springen machen wollten. Es sei nur bedauerlich, wenn übelwollende Zentren immer wieder mit dieser Sache tendenziös Unruhe zu stiften trachteten. Hierbei fänden sich oft ganz disparate Lager zusammen, die schliesslich das Spiel Deutschlands spielten, das, wenn es seinen Tendenzen, wie wir alle glaubten, auch weiterhin treu bleibe, der einzige Staat sei, der wirklich ein grundlegendes Interesse daran habe, der monarchischen Staatsform in Oesterreich feindlich gegenüberzustehen. Herr Delbos meinte, dass Deutschland jedes Interesse habe, eine allfällige Monarchie in Oesterreich zu verhindern, sei allerdings vollkommen klar. Frankreich sei, wie gesagt, an dieser ganzen Sache nur indirekt interessiert.

Mit einigen sehr freundlich gehaltenen Versicherungen des Ministers, dass ich jederzeit an ihn persönlich appellieren könne, endete dann unsere Unterhaltung.

² Dazu zuletzt ADÖ 10/1636.

1639**Gesandter Kohlruss an Gesandten Hornbostel**

Bericht (geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40309/13

Rom [/Vatikan], 10. Juli 1936

Lieber Freund!

Hiemit will ich nur melden, dass ich sofort nach Erhalt des Erlasses ad 39.607/13 vom 2. l. M. um eine Audienz beim Herrn Kardinalstaatssekretär angesucht habe, die gleich am nächsten Tage, d. i. Dienstag den 7. l. M. – Montag war Em. Pacelli nach Castel Gandolfo gefahren – erhalten habe, was mit Rücksicht auf die aus der Beilage ersichtliche, gegenwärtige Einschränkung der Audienzen sehr prompt erfolgt war.

Der Herr Kardinal hat zunächst das Faktum als solches der Information mit grosser Befriedigung aufgenommen und zeigte sich sodann über die aus dem Inhalt des Erlasses hervorgehende Unbeirrbarkeit in den prinzipiellen Fragen besonders angenehm berührt. Er hat heute eine Audienz bei Sr. Heiligkeit in Castel Gandolfo und wird da eingehend berichten.

Diese durch uns erfolgte authentische Information kam nach meiner Ansicht sehr opportun, da ich bei dieser Besprechung den Eindruck gewonnen habe, dass P. über den Inhalt der Besprechungen weitgehend Informationen besitzt; rein persönlich, nur für mich, streng reservat, entglitt ihm die Bemerkung, dass er Einsicht in „Dokumente“ (?) hatte und sohin auch Details wisse, die ich selbst sicherlich noch nicht kenne, dabei erwähnte er mit starker Betonung die Festigkeit des Herrn Bundeskanzlers in prinzipiellen Fragen, dass z. B. der Herr Bundeskanzler gegenüber Versuchen betreffend die Habsburgerfrage fest auf dem Standpunkt verharrt sei, dass diese Frage eine ausschliesslich österreichische Frage sei; dies habe in Berlin den Eindruck erweckt, dass die Absicht einer nahen Restauration bestehe, worauf dann auch alle diesbezüglichen Presseelucubrationen der letzten Epoche mit zurückzuführen gewesen seien. Ich bitte Dich, meine vorstehende Meldung aber überhaupt gar nicht zur Kenntnis zu nehmen, da ich ersucht worden bin, darüber nichts zu schreiben.

Was die absolute Unbeirrbarkeit in catholicis anbelangt, so ist darüber überhaupt kein Wort zu verlieren, das diesbezügliche Vertrauen in den Herrn Bundeskanzler ist hier ein grenzenloses und über jeder Diskussion erhaben.

Die Normalisierung unseres Verhältnisses zu Deutschland scheint mein Mitredner auch auf die Richtung der italienischen Tendenzen, die er in der Linie Deutschlands sieht, zurückzuführen.

Herzlichst Dein alter
treu ergebener

Kohlruss.

1640**“Gentleman-Agreement“ vom 11. Juli 1936 zwischen Österreich und dem Deutschen Reich**

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Wien, 11. Juli 1936

In der Ueberzeugung, dass der von beiden Seiten geäußerte Wunsch, die Beziehungen zwischen dem Bundesstaate Oesterreich und dem Deutschen Reiche wieder normal und freundschaftlich zu gestalten¹, eine Reihe von Vorbedingungen seitens beider Regierungen erfordert, wird nachfolgendes vertrauliches “Gentleman-Agreement“ von beiden Regierungen gebilligt:

I. Regelung der Behandlung der Reichsdeutschen in Oesterreich und der österreichischen Staatsangehörigen im Reiche.

Die in beiden Ländern bestehenden Vereinigungen ihrer Staatsangehörigen sollen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden, solange sie den in ihren Statuten festgelegten Richtlinien gemäss den geltenden Gesetzen entsprechen und sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten des andern Staates einmischen, noch insbesondere Staatsangehörige des andern Staates durch Propaganda zu beeinflussen trachten.

II. Gegenseitige kulturelle Beziehungen.

Sämtliche für die Bildung der öffentlichen Meinung massgeblichen Faktoren beider Länder sollen der Aufgabe dienen, die gegenseitigen Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Aus dem Gedanken der Zugehörigkeit beider Staaten zum deutschen Kulturkreise verpflichten sich beide Teile, sogleich von jeder aggressiven Verwendung im Funk-, Film-, Nachrichten- und Theaterwesen gegen den andern Teil Abstand zu nehmen. Ein schrittweiser Abbau der gegenwärtig bestehenden Behinderungen im Austauschverkehr wird auf Grund vollkommener Reziprozität in Aussicht genommen. Bezüglich des Absatzes von Werken beiderseitiger Autoren auf dem Gebiete des andern Teils werden – insoweit sie den Gesetzen des Bezugslandes entsprechen – alle Behinderungen beseitigt.

III. Presse.

Beide Teile werden auf die Presse ihres Landes in dem Sinne Einfluss nehmen, dass sie sich jeder politischen Einwirkung auf die Verhältnisse im andern Lande enthalten und ihre sachliche Kritik an den Verhältnissen im anderen Lande auf ein Mass beschränken, das auf die Öffentlichkeit des andern Landes nicht

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634 und ADÖ 10/1637.

verletzend wirkt. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf die Emigrantenpresse in beiden Ländern. Seitens beider Teile wird der allmähliche Abbau der Verbote hinsichtlich des Importes der Zeitungen und Druckerzeugnisse des andern Teiles nach Massgabe der jeweils durch dieses Uebereinkommen erzielten Entspannung im gegenseitigen Verhältnis in Aussicht genommen. Zugelassene Zeitungen sollen sich in ihrer allfälligen Kritik an innerpolitischen Zuständen des andern Landes ganz besonders streng an den im 1. Absatz festgelegten Grundsatz halten.

Die österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit, mit sofortiger Wirksamkeit nachstehende in Deutschland erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Oesterreich zuzulassen:

„Berliner Börsen-Zeitung“
„Berliner Tageblatt“
„Deutsche Allgemeine Zeitung“
„Leipziger Neueste Nachrichten“
„Essener National-Zeitung“

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, mit sofortiger Wirksamkeit nachstehende in Oesterreich erscheinende Zeitungen zur Einfuhr bzw. Verbreitung in Deutschland zuzulassen:

„Amtliche Wiener Zeitung“
„Neues Wiener Journal“
„Volkszeitung“
„Grazer Tagespost“
„Linzer Tagespost“

IV. Emigrantenfrage.

Beide Teile treffen sich in dem Wunsche, durch wechselseitiges Entgegenkommen zu einer ehemöglichen befriedigenden Lösung des Problems der österreichischen nationalsozialistischen Emigration im Reiche beizutragen. Die österreichische Bundesregierung wird die Prüfung dieser Frage ehemöglichst in Angriff nehmen und das Ergebnis einer aus Vertretern der zuständigen Ministerien zu bildenden gemischten Kommission behufs Durchführung bekanntgeben.

V. Hoheitszeichen und Nationalhymnen.

Jede der beiden Regierungen erklärt, die Staatsangehörigen des andern Teiles hinsichtlich des Zeigens der Hoheitszeichen ihres Vaterlandes im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften den Angehörigen dritter Staaten gleichzustellen.

Das Absingen der Nationalhymnen wird – abgesehen von offiziellen Gelegenheiten – den Staatsangehörigen des andern Teiles in ausschliesslich von diesen Staatsangehörigen besuchten geschlossenen Veranstaltungen gestattet.

VI. Wirtschaftliche Beziehungen.

Die deutsche Reichsregierung ist zur Anbahnung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich unter Beisei-

telassen parteipolitischer Momente bereit, und diese Bereitschaft bezieht sich auch auf die Wiedereinrichtung des Kleinen Grenzverkehrs. Diskriminationen von Personen und Gebieten, soweit sie nicht aus rein wirtschaftlichen Erwägungen begründet sind, werden nicht vorgenommen werden.

VII. Reiseverkehr.

Die anlässlich der zwischen beiden Staaten entstandenen Spannungen beiderseits verfügten Beschränkungen im Reiseverkehr werden aufgehoben. Diese Vereinbarung hat keinen Bezug auf die durch die Devisenschutzgesetzgebung beider Länder bedingten Einschränkungen.

Um unerwünschten Begleiterscheinungen vorzubeugen, verständigen sich beide Länder vorläufig über von Zeit zu Zeit progressive Höchstkontingente, in denen Verwandte, Geschäftsreisende, Kranke und Sporttreibende (insbesondere Mitglieder des Deutschösterreichischen Alpenvereines) wie bisher bevorzugte Behandlung erfahren sollen.

VIII. Aussenpolitik.

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass sie bereit ist, die Aussenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Aussenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen. Es besteht Einverständnis, dass beide Regierungen über die sie gemeinsam betreffenden Fragen der Aussenpolitik jeweils in einen Meinungsaustausch eintreten werden. Hierdurch werden die Römer Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

IX. Oesterreichische Erklärung zur Innenpolitik in Zusammenhang mit dem abgeschlossenen modus vivendi.

Der österreichische Bundeskanzler erklärt, dass er bereit ist:

- a) eine *weitreichende politische Amnestie* durchzuführen, von der diejenigen ausgenommen werden sollen, die schwere, gemeine Delikte begangen haben.

In dieser Amnestie sollen auch noch nicht abgeurteilte oder verwaltungsmässig bestrafte Persönlichkeiten dieser Art eingeschlossen sein. Diese Bestimmungen werden sinngemäss auch für Emigranten Anwendung finden.

- b) mit dem Zwecke, eine wirkliche Befriedung zu fördern, in dem geeigneten Zeitpunkte, der für nahe Zeit in Aussicht genommen ist, *Vertreter der bisherigen sogenannten „nationalen Opposition in Oesterreich“* zur *Mitwirkung an der politischen Verantwortung* heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers geniessen und deren Auswahl er sich vorbehält. Hierbei besteht Einverständnis darüber, dass die Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers mit der Aufgabe betraut sein werden, nach einem mit dem Bundeskanzler zuvor festgelegten Plan für die innere Befriedung der nationa-

len Opposition und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung in Oesterreich zu sorgen.

X. *Behandlung von Anständen und Beschwerden.*

Für die Behandlung von Anständen und Beschwerden, die sich im Zusammenhange mit dem vorstehenden "Gentleman-Agreement" ergeben könnten, sowie um eine fortschreitende Entspannung im Rahmen vorstehender Abmachungen zu gewährleisten, wird ein von je drei Vertretern der beiderseitigen Aussenämter zusammengesetzter Ausschuss eingesetzt. Er hat die Aufgabe, sich in regelmässiger Fühlungnahme über die Auswirkungen der Vereinbarung sowie deren etwa erforderlichen Ergänzungen auszusprechen.

Franz von Papen

Ausserordentlicher Gesandter und bev. Minister in bes. Mission.

1641

Bundeskanzler Schuschnigg an deutschen Reichskanzler Hitler

Telegramm

AdR, NPA

Deutschland I/12

Z. 40356/13

[Wien, 11. Juli 1936]

Der Abschluss des Uebereinkommens, dessen Ziel es ist, die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wiederherzustellen¹, bietet mir die willkommene Gelegenheit Euer Exzellenz als Führer und Kanzler des Deutschen Reiches zu begrüßen und gleichzeitig der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dass die Auswirkungen des Uebereinkommens Oesterreich und dem Deutschen Reich zum Nutzen und damit dem ganzen deutschen Volk zum Segen gereichen werden. Ich glaube mich mit Eurer Exzellenz darin einer Meinung zu wissen, dass wir darüber hinaus mit dem Uebereinkommen unserer Staaten zugleich dem allgemeinen Frieden einen wertvollen Dienst erweisen².

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1637 und ADÖ 10/1640.

² Tags darauf antwortete Hitler dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg telegraphisch: „Die Grüße, die mir Euer Exzellenz aus Anlass des heute abgeschlossenen deutsch-österreichischen Übereinkommens übermittelt haben, erwidere ich aufrichtig. Ich verbinde damit den Wunsch, dass durch diese Übereinkunft die alten durch Rassengemeinschaft und Jahrhunderte lange

1642**Bundeskanzler Schuschnigg an italienischen
Ministerpräsidenten Mussolini (Rom)**Telegramm¹

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

[Wien, 11. Juli 1936]

Es gereicht mir zur Freude, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich soeben mit dem Deutschen Gesandten, der hiezu vom Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches bevollmächtigt ist, ein Uebereinkommen unterfertigt habe, das dazu bestimmt ist, die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland wieder normal und freundschaftlich zu gestalten². Bei diesem Anlass erinnere ich mich gerne der wiederholten so überaus wertvollen Gespräche mit Euer Exzellenz, zuletzt in Rocca delle Caminate. Ich bin überzeugt, dass Euer Exzellenz meine Befriedigung über das erzielte Abkommen teilen werden, das einen wertvollen Beitrag zum allgemeinen Friedenswerk darstellen soll. Ich möchte diesen Anlass benützen, um Euer Exzellenz neuerlich meiner aufrichtigen Freundschaft und meiner Entschlossenheit zu versichern, mit dem unter der starken und erfolgreichen Führung Euer Exzellenz stehenden Italien auf Grund der bewährten Römer-Protokolle auch weiterhin im Einvernehmen mit E.E. zusammenzuarbeiten³.

gleiche Geschichte erwachsenen traditionellen Bemühungen wieder hergestellt werden, um damit eine weitere gemeinsame Arbeit anzubahnen zum Nutzen der beiden deutschen Staaten und zur Festlegung des Friedens in Europa.“ – AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 40356/13. Siehe weiter ADÖ 10/1642.

¹ Abdruck dieses Telegramms in der Wiener Zeitung, Nr. 190, 12.7.1936.

² Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1637, ADÖ 10/1640 und ADÖ 10/1641.

³ Die positive Antwort Mussolinis an Bundeskanzler Schuschnigg in deutscher Übersetzung abgedruckt in Wiener Zeitung, Nr. 190, 12.7.1936. Seine „innige Teilnahme an dem historischen Ereignis“ brachte auch der italienische Unterstaatssekretär Suvich am 14.7.1936 Bundeskanzler Schuschnigg gegenüber zum Ausdruck. AdR, NPA Deutschland I/12.

1643**Bundeskanzler Schuschnigg an ungarischen
Ministerpräsidenten Gömbös**Telegramm¹

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40907/13

[Wien, 11. Juli 1936]

Der soeben erfolgte Abschluss des Uebereinkommens zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich, das bestimmt ist, die freundnachbarlichen Beziehungen wieder herzustellen², gibt mir den erwünschten Anlass, auch Dir gegenüber meiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dass das soeben vollbrachte Werk dem allgemeinen Frieden dient, an dem Oesterreich wie Ungarn ganz besonders interessiert sind. Ich bin auch überzeugt, dass unsere auf den Römer-Protokollen fussende und bewährte Zusammenarbeit in diesem Sinne noch weitere erspriessliche Früchte zeitigen wird. Mit den herzlichsten Genesungswünschen grüsst Dich in alter Kameradschaft Dein³

*Schuschnigg***1644****Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Schuschnigg**

Telegramm

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40263/13

London, 12. Juli 1936
(12.45)

Da Vansittart seit gestern Mittag auf dem Lande weilte, konnte ich nur telefonisch mit ihm sprechen. Er sagte sein erster Eindruck sei, dass das Abkommen

¹ Abgedruckt in Wiener Zeitung, Nr. 190, 12.7.1936.

² Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1637, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641 und ADÖ 10/1642.

³ Tags darauf telegraphierte Ministerpräsident Gömbös an Bundeskanzler Schuschnigg: „Betrachte erfolgten Abschluss des Übereinkommens zwischen Österreich und dem Deutschen Reich für ein historisches Ereignis welches dem allgemeinen Frieden dient und an welchem Österreich und Ungarn tatsächlich besonders interessiert sind. Es entspricht dem Römischen Protokoll und wird daher die Römischen Konzeption festigen...“ – AdR NPA Deutschland I/12, Z. 40307/13.

einen Schritt in die richtige Richtung bilde¹. Ich werde morgen mit Vansittart ein Gespräch führen. In hiesigen offiziellen Kreisen wird die Bemerkung „das Schicksal binde die beiden deutschen Völker zusammen, Oesterreich fühle sich als deutscher Staat“ als zweideutig empfunden. Ich erwiderte, der Herr Bundeskanzler hätte stets auf die deutsche Kultur und Sprache hingewiesen, so dass die gestrige speziell in diesem Zusammenhang gemachte Bemerkung nichts Neues enthielte. Abendpresse persönlich auftragsgemäss informiert.

Folgende kurze Zusammenfassung des heutigen Pressewiderhalles:

„Sunday Times“ begrüsst im Leitartikel die Verständigung ohne irgendeine Konzession bezüglich der österr. Unabhängigkeit als staatsmännische Tat.

Der dipl. Korrespondent des „Observer“ bezeichnet das Abkommen als moralischen Anschluss Oesterreichs an Deutschland. Es sichere Oesterreichs Selbständigkeit und staatlichen Charakter, komme aber einer Allianz gleich. Die deutsche Zusage Oesterreichs Unabhängigkeit zu respektieren, erwecke hier nicht das Gefühl grosser Beruhigung. Wachsamkeit bezüglich weiterer Nazi-Aktivität in Oesterreich sei geboten. Ein Gefahrenmoment der Gegenwart sei beseitigt aber auf das Risiko hin, eine grosse Gefahr für die Zukunft zu schaffen. Dann folgen die Erklärungen, die ich gestern abends persönlich an hiesige Zeitungen vermittelte.

„Sunday Dispatch“: Mit der neuen Tatsache der Partnerschaft Mussolini und Hitler, zweier Männer, die nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln verstehen, müssten Frankreich und England rechnen. Mit der politischen und wirtschaftlichen Annäherung an Oesterreich, der bereits hergestellten Verständigung mit Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland halte Deutschland die Schlüsselstellung in Zentral- und Südosteuropa in Händen.

„People“: Ereignis ersten Ranges auf dem Gebiete der europäischen Politik, zustandegekommen unter stärkstem jedoch freundschaftlichem Druck Mussolinis.

„Sunday Express“: Schaffung eines mitteleuropäischen Blocks von der Nordsee bis zur Adria. Lebhaftige Beunruhigung in Frankreich.

„Sunday Referee“: Rückzug Hitlers. Die Bedingungen des Bundeskanzlers wären von Mussolini diktiert worden, die Entschlossenheit Mussolinis, Oesterreichs Unabhängigkeit zu verteidigen, habe Hitler gezwungen, diese Bedingungen anzunehmen. Regelung der Habsburger Frage nicht einbezogen. Das österr. deutsche Abkommen bildet den Vorläufer eines italienisch-deutschen Vertrages.

¹ Siehe dazu bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1637, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642 und ADÖ 10/1643.

1645**Gesandter Engerth an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht Nr. 52/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40320/13

Bern, 12. Juli 1936

Zu obbezeichnetem Erlass und zu der nachgefolgten kürzeren Weisung¹ über die bevorstehende Bekanntmachung der Vereinbarung, welche gestern Samstag um 1 Uhr Mittag in meine Hände gelangt ist, beehre ich mich zu berichten, dass ich bisher nur mit Bundesrat Motta über die Angelegenheit zu sprechen die Gelegenheit gehabt habe. Bundesrat Motta ist heute noch in Bern, reist aber morgen früh nach Belgien, wo er sich in ein Bad begibt, dann setzt er seinen Urlaub in seinem Heimatort Airolo im Tessin fort.

Ich ging daher gestern Abend nach sieben Uhr zu ihm in seine Wohnung, wünschte ihm gute Reise und kam dabei auch auf den Gegenstand der beiden eingangs erwähnten d. a. Weisungen zu sprechen. Bundesrat Motta hatte bereits am Morgen eine telegrafische Meldung seines Gesandten, des Dr. Jaeger, aus Wien erhalten, wonach eine Einigung zwischen Oesterreich und Deutschland erzielt sei und ihre Veröffentlichung unmittelbar bevorstehe, doch hätte das Telegramm keine Details enthalten. Ich besprach daher die Sache mit ihm [im] Sinne des obgenannten Erlasses. Herr Motta schien tief beeindruckt und in dem Ereignis einen Hoffnungsstrahl auf eine Bereinigung der so verwickelten und bedrohlichen Lage in Mitteleuropa zu erblicken. Er hielt nicht mit Ausdrücken der Genugtuung darüber zurück, dass die Beziehungen zwischen den zwei Völkern, welche die gleiche Sprache sprechen, die wieder dieselbe ist, die von der Majorität seines eigenen Volkes gesprochen wird, wieder den Weg zu einander zu finden im Begriffe sind.

Da hier Samstag Mittag alles politische und amtliche Leben bis Montag Früh zum Stillstand kommt, habe ich keine andere Person von Rang und Bedeutung zu Gesicht bekommen.

Die hiesige Presse bringt bisher nichts. Von den anderen Schweizer Blättern habe ich heute nur die „Neue Zürcher Zeitung“ gesehen, welche in ihrer zweiten Sonntagsausgabe, die aber – so viel mir bekannt ist – auch bereits Samstag Nachmittag erscheint, die mitfolgende Meldung verlautbart, ein Telegramm der United Press aus Wien von Samstag den 11. d. M.

¹ ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643 und ADÖ 10/1644.

Zu meinem Gespräch mit Motta möchte ich noch nachtragen, dass er mich auch gefragt hat, ob die Vereinbarung mit Deutschland irgend einen Bezug auf die Habsburgerfrage nähme, was ich verneinte².

1646

Amtsvermerk Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40395/13

Wien, 12. Juli 1936

I.) Vorgeschichte.

Der deutsche Gesandte v. Papen überreichte am 11. Juli 1935 dem damaligen BM f. d. A. A. Berger-Waldenegg eine „persönliche Studie“ zur Frage der Entspannung¹. Da Papen auf die Frage, ob er zu Besprechungen in diesem Sinne seitens seiner Regg. ermächtigt sei, keine präzise Antwort erteilen konnte, sondern sich darauf beschränkte, anzudeuten, „dass seine Regg. davon wisse“, wurde ihm vom BM Berger erklärt, dass er diese Studie dem „zuständigen Referenten“ des Aussenamtes zur Prüfung übergeben werde, da er als Regierungsmitglied naturgemäß keine „unverbindlichen“ Meinungsäußerungen zu tun vermöge.

Nach diesem Gespräch, über das der H. BK sowie auch der H. VK sogleich informiert wurden, verlief geraume Zeit mit kleinlichen Interventionen und Reibungen Herrn von Papens, ohne dass auf das Thema der Entspannung von einer der beiden Seiten zurückgekommen worden wäre.

Am 9. IX. 1935 äusserte sich im Verlaufe eines Gespräches mit BM Berger-Waldenegg der deutsche Gesandte, „dass er mit dem RK gesprochen habe und von diesem nunmehr ermächtigt sei, namens der deutschen Regg. über die persönlichen Elaborate (Anm: unser Gegenentwurf war ihm damals noch nicht bekannt, sondern nur die Tatsache, dass er in Arbeit stehe) zu verhandeln, die über das Thema der Normalisierung der Beziehungen vorlägen“. BM Berger nahm diese Erklärung ausdrücklich zur Kenntnis u. stellte unsere Bemerkungen bezw. Gegenentwurf in baldige Aussicht. Damit brach aber dieses Gespräch wieder ab, da H. v. Papen mehrere nicht zum Gegenstande selbst gehörende völlig unannehmbare Interventionen anzubringen versuchte (u. a. Vöcklabrucker Straffall Eiblmeyer).

² Siehe weiter ADÖ 10/1646.

¹ ADÖ 10/1549.

Das Gespräch wurde erst nach ca. drei Wochen wieder aufgenommen und H. v. Papen am 1. Oktober 1935 unser Gegenentwurf mit dem Bemerken übermittelt, dass „die Bundesregierung hiezu noch nicht Stellung genommen habe“².

Eine Antwort auf unseren Gegenentwurf – der gelegentlich in einer internen Besprechung zwischen BK, VK, BM f. d. A. A. und einigen Referenten u. a. dem Gefertigten, flüchtig gestreift wurde, hauptsächlich Pkt. II, Abs. 2, der vom VK kritisiert wurde – ist nicht eingelangt, da sich in der Folge die Situation wieder wesentlich verschlechterte und selbst das „Presseübereinkommen“, das von Papen und Berger-Waldenegg Ende August 1935 in Form eines vereinbarten Communiqués geschlossen worden war, deutscherseits als nicht mehr in Kraft stehend bezeichnet wurde. Unmittelbar nach dem 1. Oktober jedoch liess sich Prz. Erbach der deutschen Gesandtschaft dem H. Generalsekretär Peter gegenüber andeutungsweise dahin vernehmen, dass unser Gegenentwurf die deutsche Gesandtschaft angenehm berührt hätte.

In der Folge fanden mehrfach Anführungen H. v. Papens beim BM f. d. A. A., beim H. BK und H. VK statt, die jedoch auf die beiden vorliegenden Studien keinen Bezug nahmen und auch über Einzelklagen und allgemeine Redensarten nicht hinausgingen.

II.) Verlauf der Verhandlungen BK-Papen (Ende Mai - 11. Juli 1936).

Unmittelbar nach der am 13. Mai l. J. erfolgten Regierungsumbildung berichtete Ges. Tauschitz (Berlin), dass Papen den Auftrag erhalten habe, mit dem H. BK wegen „Friedensschlusses“ ins Gespräch zu kommen³. Tatsächlich machte Papen dem H. BK offiziell die mündliche Anregung zu diesbezüglichen Besprechungen, zu denen sich der H. BK grundsätzlich bereit erklärte unter den seit jeher aufgestellten Voraussetzungen. Nach persönlicher Berichterstattung Papens an den RK drückte er den Wunsch aus, an Hand einer zu schaffenden Unterlage unter den von H. BK aufgestellten Voraussetzungen in konkrete Gespräche einzutreten.

Der H. BK liess hierauf am 20. Juni l. J. Papen [...] die Entwürfe zugehen⁴, die sich im Allgemeinen auf die vorjährigen „Studien“ stützen und vom H. BK mit St. S. Dr. Schmidt und dem Gefertigten in allen Einzelheiten durchberaten und festgelegt worden waren. Diese Entwürfe gingen noch von der h. a. Absicht aus, den hauptsächlich Inhalt des Modus vivendi zu veröffentlichen; bloß die der Initiative des H. BK entspringenden „mündlichen Erklärungen“, die als Konsequenz des Zustandekommens des Modus vivendi und als der eigenen, einseitigen Entschliessung jedes der beiden Teile entspringend gedacht waren, sollten vertraulichen Charakters sein.

Dieser unser Entwurf wurde von H. v. Papen einige Tage darauf, nach neuerlicher persönlicher Fühlungnahme mit dem RK, mit einem Gegenentwurf beantwortet⁵.

² ADÖ 10/1559.

³ ADÖ 10/1619; dazu außerdem ADÖ 10/1625 und ADÖ 10/1626.

⁴ ADÖ 10/1631 und ADÖ 10/1632.

⁵ ADÖ 10/1633.

Der deutsche Gegenentwurf, der vielfach unser Konzept verwertete, weist jedoch den beträchtlichen Unterschied auf, dass er die Geheimhaltung der Einzelabmachungen (Gentlemen-Agreement genannt!)⁶ vorsieht und bloss die grundsätzlichen Erklärungen [...] zur Veröffentlichung als Communiqué bestimmt, wobei zum ersten Male die sonderbare (und sehr aufschlussreiche!) Wendung im Pkte 1) von dem „freien Selbstbestimmungsrecht des Volkes“ auftaucht und die Motu proprio-Erklärungen [...] als vereinbarte Bestimmungen in dem „Gentlemen-Agreement“ Aufnahme fanden.

Die Gegenbemerkungen des H. BK zu diesem deutschen Gegenentwurf [...], unter denen wesentlich bloss folgende sind:

- Kommuniqué Pkt. 1: das „Selbstbestimmungsrecht des Volkes“ wurde unsererseits auf den Bundesstaat bezogen, wobei seitens des H. BK angenommen wurde, dass die Deutschen von der Verwendung dieses Begriffes („Selbstbestimmung“) nicht abgehen würden;
- Kommuniqué Pkt. 2: wurde auf die Tatsache adaptiert, dass es in Oesterreich keine Parteien, also auch keine nat. soz. Partei, mehr gibt noch geben wird.
- Kommuniqué Pkt. 3: wurde die auf die Römer Protokolle bezügliche Klausel (Gentlemen-Agreement Pkt VIII) zwecks Veröffentlichung aufgenommen.

Im „Gentlemen-Agreement“ sind folgende Gegenbemerkungen wesentlich:

- Pkt IV.) Aufrechterhaltung des Grundsatzes, dass die „Prüfung“ der Emigrantenfrage ausschliesslich Oesterreich angeht und nicht eine von beiden Teilen zu beschickende Kommission.
- Pkt IX b) Streichung der deutschen Insinuation „innerhalb der Bundesregierung“, da der H. BK sich vorbehalten will, die in Rede stehenden „Vertreter“ nach Belieben auch anderwärts (öffentliche Körperschaften und V. F.) zu verwenden.

Die von Papen gemachten Einwände zu unseren Bemerkungen gehen aus der Aufzeichnung über das Gespräch vom 1. Juli hervor⁷.

Das gesamte Opus wurde sohin von der deutschen Regg. zunächst in keiner Weise, mit der einzigen Modifikation gutgeheissen, dass im Pkt 1) des Kommuniqués unsere Modifikation („und damit sein Recht der Selbstbestimmung“) wiederhergestellt wurde.

Die vom H. BK am 6. Juli aufgenommenen Besprechungen mit der „Nationalen Opposition“ (Glaise-Horstenau) führten bereits am 8. zu einem Einvernehmen auf der Grundlage des angeschlossenen internen „Gedächtnisprotokolles“.

Die am 10. d. M. von H. v. Papen (in Anwesenheit St. R. Glaise-Horstenau) bei

⁶ ADÖ 10/1634 und ADÖ 10/1640.

⁷ ADÖ 10/1634.

RK Hitler eingeholte Gesamtgenehmigung des Vertragswerkes brachte bloss die bereits berücksichtigte Modifikation im Pkt 1) des Kommuniqués, wonach nun der Relativsatz über die „Selbstbestimmung“ vollkommen in Wegfall kommt.

Am 11. d. M. wurden je eine Ausfertigung des um 21 Uhr zu veröffentlichenden Kommuniqués⁸ paraphiert und je eine Ausfertigung des Gentlemen-Agreements unterfertigt und ausgetauscht [...].

III.) Informierung der österr. Gesandtschaften.

Während der Besprechungen wurde im Auftrage des H. BK lediglich Ges. Tauschitz (Berlin) fortlaufend informiert⁹ [...]. Ferner noch vor Abschluss Ges. Kohlruss¹⁰ Zirkularweisungen ergingen am 8. [Juli 1936] an alle.¹¹

[...]. Die *Aufzeichnung* diente dem H. BK und dem H. Gen. Sekr. zur Informierung der hiesigen Vertreter Frankreichs und Englands, sowie d. Vereinigten Staaten und der Schweiz¹²; ferner erhielt sie im Auftrag des H. BK Gen. Dir. Joham der Creditanstalt-Wiener Bankverein (Beruhigung der Juden!). Mit Italien (H. Mussolini) stand der H. BK während der Verhandlungen in ständigem, mittelbarem Kontakt¹³.

IV.) Abschliessende Bemerkung des Referenten.

Der Wert des auf *deutsche* Anregung zustandegekommenen Modus vivendi lässt sich

heute noch nicht beurteilen; er hängt davon ab, ob und wie das Abkommen in der Praxis eingehalten werden kann und wird, d. h. ob es von deutscher Seite als Schlussstrich unter das tragische Kapitel der Jahre 1933-1936 oder bloss als eine Etappe des gleichen und nur taktisch modifizierten Aufsaugungsplanes gegen Oesterreich aufgefasst und gehandhabt werden wird. Die Motive der Berliner Machthaber scheinen nun mehr geklärt: Beseitigung des „Trennenden“ in den Beziehungen zwischen Berlin und Rom, Stärkung der diplomatischen Position des Reichs gegenüber den Weststaaten und dem Völkerbund, Beseitigung oder zumindest gestärkte Hoffnung auf Beseitigung der „Gefahr“ kollektiver Sicherheitspakete in Mitteleuropa, wirksame Demonstration der „Friedensliebe“ zur entsprechenden Verwendung in der Beantwortung des engl. Fragebogens – wobei dem sicherlich aufrecht bleibenden Ziel Deutschlands auf lange Sicht, Oesterreich doch noch einmal einzuverleiben, schon in Folge des losen Charakters der Abmachungen nicht präjudiziert wurde.

⁸ Siehe ADÖ 10/1634, Anm. 2

⁹ Siehe etwa ADÖ 10/1632.

¹⁰ ADÖ 10/1639.

¹¹ ADÖ 10/1637.

¹² Dazu u.a. ADÖ 10/1644 und ADÖ 10/1645

¹³ ADÖ 10/1642.

1647**Gesandter Schmid an Bundeskanzler Schuschnigg**

Telegramm Nr. 10 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40326/13

Belgrad, 13. Juli 1936
(17.30→19.30)

Generalsekretär im Ministerium des Aeussern erklärte mir, hiesige Regierung sei über Einigung aufrichtig befriedigt, hält namentlich Annäherung Rom-Berlin für ungeheuer wichtig¹. Abflauen Restaurationsbewegung werde vielleicht weitere günstige Konsequenz sein. Liess durchblicken, Frankreich werde sich nicht freuen.

Presse bringt bisher nur ausländische Korrespondenzen, wobei aus den Ueberschriften Tendenz ersichtlich, Angelegenheit hauptsächlich auf das Verhältnis Deutschland-Italien zu projizieren. Auch hier Ansicht, dass der Legitimus verschwinden dürfte.

1648**Geschäftsträger Schmidt an Bundeskanzler Schuschnigg**

Telegramm Nr. 7 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40328/13

Bukarest, 13. Juli 1936
(18.40 → 20.30)

Abmachung wird größte Bedeutung beigemessen, bildete Gegenstand vierstündiger Audienz Ministers des Aeußern bei König von Rumänien Abendstunden.

Wie aus sicherer Quelle erfahre, ist Auffassung Regierung, daß durch Abkommen² noch nichts Endgiltiges erreicht und daß Folgen abzuwarten; dementsprechend Mißtrauen und Zurückhaltung. Ansicht überwiegt, daß Gefahr Habsburgerrestauration

¹ ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643, 10/1644, 1645 und 1646.

² ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643, 10/1644, 1645, 1646 und 1647.

ration ausgeschaltet, doch ist auch vereinzelt Meinung vertreten, daß Deutsches Reich auch in dieser Frage Oesterreich freie Hand lassen könnte. Als Tatsache nimmt man an, daß Oesterreich für französisches Bündnissystem und Donaupläne Kleiner Entente als verloren. Man sieht Bundesregierung in deutsch-italienisch-ungarischer Front einbezogen und misst hiebei selbstverständlich Mussolinis Einfluß entscheidende Bedeutung bei. Haltung Presse mit Ausnahme deutscher Zeitungen noch abwartend, jedoch Reaktion in obigem Sinne zu erwarten.

1649

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Schuschnigg

Telegramm Nr. 22 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12

Z. 40332/13

London, 13. Juli 1936

(21.55→14.VII. – 8.00)

Vansittart sagte mir heute, britische Regierung begrüße österreichisch-deutsches Abkommen¹, weil hiedurch schweres Gefahrenmoment, das auch Großbritannien mit Besorgnis erfüllte, beseitigt sei. Er hoffe, daß Unabhängigkeit Oesterreichs sich auch in dessen selbständiger Politik äussern werde. Vansittart sprach mit Worten warmer Bewunderung von Herrn Bundeskanzler. Er sagte, es sei noch nicht klar, wie weit Verständigung zwischen Berlin und Rom erfolgt sei.

Punkt III des deutschen Communiqués, demzufolge die Politik Oesterreichs im allgemeinen speziell Deutschland gegenüber immer von dem Prinzip geleitet werden soll, daß Oesterreich sich als deutsch betrachte, erscheine hier zweideutig und erzeuge eine gewisse Besorgnis; wenn Möglichkeit wäre, diese zu zerstreuen, läge dies in unserem Interesse.

Verschiedene hiesige Zeitungen weisen auf die Schwächung englisch-französischer Position durch Entwicklung zentraleuropäischen Blocks.

Vertraulich. Aus meinen eigenen Wahrnehmungen und den mir zugekommenen Informationen ersehe, dass seitens der verschiedenen angesehenen hiesigen Politiker und auch an höchster Stelle die Befürchtung gehegt wird, unser Abkommen mit Berlin sei nur Vorläufer späteren Zusammenschlusses Länder. Ich habe von Anfang an einer solchen Beurteilung in Privatgesprächen und durch Erklärungen, die von führenden Zeitungen als von mir ausgehend veröffentlicht wurden, entgegen gearbeitet: aber die vorerwähnte Besorgnis bleibt zum Teile bestehen.

¹ ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643, 10/1644, 1645, 1646, 1647 und 1648.

1650**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht Nr. 183/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40378/13

London, 13. Juli 1936

In Ergänzung meiner Meldungen berichte ich, dass der Friedensschluss zwischen Oesterreich und Deutschland I hier sehr verschiedene Empfindungen hervorgerufen hat.

Die britische Regierung begrüßte die Entspannung in Zentraleuropa. Die Gefahren, die Oesterreich bedrohten, waren ihr im Allgemeinen und natürlich auch durch meine zahlreichen Demarchen wohlbekannt. Es war daher nicht erstaunlich, dass Vansittart seiner Befriedigung über die Normalisierung der Beziehungen Ausdruck gab. Grossbritannien hatte sein lebhaftes Interesse auch durch die an die deutsche Regierung gerichteten Fragen, die österreichische Selbständigkeit betreffend, bekundet und der auf diese Weise auf den Führer ausgeübte Druck wird als mitbestimmend für seinen Entschluss betrachtet. Vansittart hob mit Genugtuung hervor, dass die praktische Hilfeleistung Grossbritanniens in der Vergangenheit und der zum Teil durch unsere Propaganda erhöhte englische Fremdenverkehr nach Oesterreich uns das Durchhalten bis zu der nun erzielten Verständigung ermöglichten. Er sprach mit grosser Bewunderung von dem Mute, der Standhaftigkeit und den staatsmännischen Eigenschaften, durch die Sie, Herr Bundeskanzler, die Unabhängigkeit Oesterreichs gesichert haben. Er äusserte die Zuversicht, dass die österreichische Aussenpolitik eine selbständige sein werde. Das in der Daily Mail erschienene Interview, das Sie Mr. Ward Price gewährten und in dem Sie erklärten, dass Oesterreich niemals eine kriegerische Politik unterstützen werde, hat hier, soweit ich feststellen konnte, den besten Eindruck hervorgerufen. Wie ich auf der französischen Botschaft erfahre, hat diese ihr Möglichstes getan, um diesem Interview hier und in Frankreich Verbreitung zu geben.

Auf meine Frage, ob dem Foreign Office bekannt sei, bis zu welchem Grade die italienisch-deutsche Zusammenarbeit gediehen sei, erwiderte der Unterstaatssekretär, dies lasse sich noch nicht feststellen. Nicht nur aus seiner Haltung, sondern auch aus meinen anderen Wahrnehmungen ersehe ich, dass das einvernehmliche Vorgehen Italiens und Deutschlands bezüglich des Planes der Abhaltung einer Konferenz in Brüssel über die Locarno-Paktfrage hier sehr unangenehm

¹ ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643, 10/1644, 1645, 1646, 1647, 1648 und 1649.

empfunden wird. Verschiedene Zeitungen greifen die Regierungspolitik an, die für die nun hergestellte Kooperation zwischen Hitler und Mussolini verantwortlich zu machen sei, und verlangen, dass Grossbritannien die Initiative ergreife, um eine freundschaftliche Verständigung mit Deutschland herbeizuführen. Meinen Informationen zufolge wäre die britische Regierung geneigt, die Brüsseler Konferenz zu verschieben, da die gegenwärtige Lage zu verworren ist. Sie soll keine Lust haben, die Mittelmeergarantien, deren Rückgängigmachung Italien anstrebt, vorläufig aufzuheben.

In der Beurteilung der Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland gehen die Ansichten in hiesigen politischen und journalistischen Kreisen auseinander. Zum Teil herrscht grosse Genugtuung, dass eine Kriegsgefahr beseitigt sei; zum Teil zeigt sich die Besorgnis – der ich immer wieder energisch entgegenrete – dass Oesterreich von innen aus anschlussreif gemacht werden könnte und dass Deutschland, wie es ihm in immer grösserem Ausmasse auf dem Balkan gelungen ist, unser Land in wirtschaftliche Abhängigkeit bringen werde. In manchen Kreisen würde mehr Freude über den Friedensschluss herrschen, wäre er nicht zum Teil durch italienische Vermittlung herbeigeführt worden. Zwei Anschauungen, die sich auch in der Presse widerspiegeln, stehen einander gegenüber: die einen sagen, man solle den guten Absichten Hitlers Glauben schenken; die anderen sind davon überzeugt, dass er den Plan eines Zusammenschlusses aller Deutschen niemals aufgeben und in einem günstigeren Augenblicke wieder praktisch verfolgen werde. Verschiedene englische Politiker zeigten sich über das österreichisch-deutsche Abkommen verstimmt, weil das Reich nun nach anderen Richtungen hin, sei es gegen den Osten oder in der Kolonialfrage, freiere Hand habe, weil Oesterreich ihrer Ansicht nach in seiner bisherigen Kampfstellung mehr Aussicht hatte, seine Unabhängigkeit zu wahren und weil die Bildung eines neuen Viermächte-Blockes eine Kräfteverschiebung und zugleich eine Barriere zwischen Westen und Osten schaffen könnte.

Wegen der Wichtigkeit einer autoritativen Informierung der hiesigen Oeffentlichkeit in einer so bedeutungsvollen Angelegenheit (Graf Huyn ist übrigens auf Urlaub) habe ich die Fühlungnahme mit der Presse teils telefonisch, teils brieflich sofort selbst durchgeführt. Ich schliesse das von der Times und anderen Zeitungen gebrachte Communiqué bei, ebenso wie ausführliche Auszüge der Leitartikel und der Kommentare der diplomatischen Korrespondenten, die hier anlässlich der Ankündigung des deutsch-österreichischen Friedensschlusses erschienen sind.

Der deutsche Geschäftsträger, Fürst Bismarck, hat mir bei Eintreffen der ersten Nachrichten sofort die herzlichsten Glückwünsche ausgedrückt und bei einem Frühstück, das er gab, mit grosser Befriedigung über die Verständigung gesprochen. Seitens verschiedener hervorragender Staatsmänner und Historiker sind mir Schreiben zugekommen, in denen sie ihrer Genugtuung über den Erfolg der österreichischen Politik Ausdruck verliehen haben.

P.S.

Seit Abschluss dieses Berichtes hatten sowohl ich wie unser Generalkonsul Sir Charles Seligman Gelegenheit, mit einer Reihe markanter Persönlichkeiten zu sprechen. Auf die Gefahr einer Wiederholung hin fasse ich die Ansichten dieser Herren hier noch zusammen, da es wohl von Interesse ist zu sehen, wie sich die jüngsten Ereignisse in verschiedenen Auffassungen spiegeln:

Die meisten sagten, sie wüssten noch nicht genug, um ein Urteil fällen zu können. Zweifellos habe die österreichische Regierung heute einen grossen Erfolg erzielt. Wie sich die Dinge später gestalten würden, lasse sich nicht voraussagen. Der wirtschaftliche Druck Deutschlands, der Einschluss Oesterreichs in das ökonomische Leben dieses Nachbarstaates, grosse Guthaben in Sperrmark und andere Momente könnten Oesterreich eng an Deutschland ketten. Die Ansicht kam zum Ausdruck, Hitler sei durch den unerwartet raschen Erfolg der Italiener in Abessinien stark impressioniert. Seine Generäle hätten ihm gesagt, der dortige Feldzug würde mindestens drei Jahre dauern. Eine Annäherung an Italien sei ihm daher selbst eines Opfers wert erschienen. Wieder ein anderer Führer des Wirtschaftslebens verwies auf die so enge Freundschaft zwischen Engländern und Oesterreichern und befürchtete, dass die Einführung von Nazimethoden in Oesterreich diese herzlichen Beziehungen stören könnte.

Ich habe schon in meinem Kommuniqué auf Grund der mir erteilten Weisungen erklärt, dass die nationalsozialistische Ideologie z. B. in der Rassenfrage, in Oesterreich nicht Eingang finden werde.

1651 Amtsvermerk¹ Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40336/13

[Wien,] 13. Juli 1936

Im Laufe des heutigen Nachmittags suchten mich, nach Ansage, auf: der französische Gesandte, der belgische und tschechoslowakische Geschäftsträger und der englische Gesandte.

Herr Puaux wie Herr van der Elst und Graf Dohalsky stellten mir in ziemlich gleicher Form die Frage, was eigentlich das im Punkt 3 des Kommuniqués enthaltene

¹ ADÖ 10/1637. Siehe dazu außerdem bereits ADÖ 10/1549, ADÖ 10/1559, ADÖ 10/1563, ADÖ 10/1632, ADÖ 10/1633, ADÖ 10/1634, ADÖ 10/1640, ADÖ 10/1641, ADÖ 10/1642, ADÖ 10/1643, 10/1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649 und 1650.

„Bekanntnis als deutscher Staat“ zu bedeuten habe. Während Puaux ein bisschen gekränkt tat, dass ihn der Herr Bundeskanzler auf diesen Punkt im voraus nicht aufmerksam gemacht hätte, beschränkten sich die beiden anderen Herren in ihrer Fragestellung darauf, ob nicht etwa damit ein vollkommenes Parallelgehen Oesterreichs mit Deutschland in der Aussenpolitik gemeint sei. Laut Herrn Puaux habe dieser Punkt in der französischen Oeffentlichkeit zu Interpretationen und Rätselraten Anlass gegeben.

Ich habe allen drei Herren ausführlich auseinandergesetzt, dass sich dieses Bekanntnis in erster Linie auf das völkische und das kulturelle Moment beziehe und was die Aussenpolitik anbelange es auch nichts anderes heissen solle, als was aus dem Kommuniké wortwörtlich zu lesen sei, nämlich, dass – wie ja allgemein bekannt und natürlich – Oesterreich keine gegen Deutschland gerichtete Aussenpolitik (Einkreisen usw.) zu verfolgen beabsichtige. Die Vermutung Herrn Puaux', es könne diese Klausel wie eine „annexion de l'Autriche au point de vue de la politique étrangère“ aufgefasst werden, bestritt ich auf das Lebhafteste.

Der englische Gesandte dankte hauptsächlich für die gründliche Informierung seines Stellvertreters Mack und produzierte eine Reihe grundfalscher Informationen, die angeblich englische Korrespondenten vom Bundespressediens erhalten hätten. Ich stellte diese Informationen, die hauptsächlich dem „Times“-Vertreter dienen sollten, eigenhändig richtig².

1652

Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg mit tschechoslowakischem Ministerpräsidenten Hodža am 14. Juli 1936 in Wien

Aufzeichnung¹

AdR, NPA
Kleine Entente
Z. 40512/13

Wien, [14.] Juli 1936

Dr. Hodža erklärte, dass er in Hinkunft keine Verhandlungen wirtschaftlicher Natur bezüglich der Organisation des Donauraumes namens der Tschechoslo-

² Zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe ADÖ 10/1652, ADÖ 10/1654, ADÖ 10/1655, ADÖ 10/1665, ADÖ 10/1669 und ADÖ 10/1670

¹ Am 3. Juli 1936, Bericht 362 Pol., hatte Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg geschrieben: „Herr Bundeskanzler hatten die Güte mir am vergangenen Dienstag in Wien zu sagen, dass Sie unter Umständen bereit wären, den privaten und ganz inkognito gedachten

wakei führen werde. Mit dieser Frage werde er sich nur namens der gesamten Kleinen Entente befassen und als deren Wortführer auftreten. Dies gelte auch gegenüber Berlin, wohin die Kleine Entente noch keine Fühler ausgestreckt habe. Die österreichische Lage beurteilte Hodža ruhig und schien auch die Abmachung mit Deutschland vom 11. Juli freundlich aufgenommen zu haben. Hiebei erwähnte Hodža, dass der Tschechoslowakei keinerlei Gefahr mehr seitens Polens drohe. Bezüglich der inneren Lage der Tschechoslowakei erwähnte Dr. Hodža, dass seiner Auffassung nach Herr Henlein eine absolute Mediokrität sei und er ganz geschickt das wiederzugeben verstehe, was man ihm eintrichtere. Die Henlein-Strömung sei eine junge aktive Bewegung, die sich hauptsächlich auf die breiten Massen stütze und wirtschaftlich orientiert sei, der es aber am Grundsätzlichen wenig gelegen sei. Derzeit fänden jede Woche sehr namhafte Austritte aus der Henlein-Partei statt.

Im Verlaufe eines aussenpolitischen Rundblickes erwähnte Dr. Hodža: die Situation in Jugoslawien sei hauptsächlich durch die kroatische Emigrantenfrage (Pavelić, Perčević usw.) bestimmt und vergiftet.

Bezüglich Deutschlands schien Dr. Hodža darüber genau informiert, dass man in Berlin eindeutig anti-tschechisch eingestellt ist. Diese Richtung dürfte, nach seinen Wahrnehmungen, von Italien politisch gedeckt sein. Man müsse es daher begreifen, dass er, so wenig es ihm sonst entspreche, die Vertiefung der Beziehungen der Tschechoslowakei zu Sowjetrußland anstreben müsse; er sei sich auch der Gefahren durchaus bewusst, die damit verbunden sind.

Auf die Dr. Hodža vom Herrn Bundeskanzler im Zusammenhange mit den uns zugekommenen ungarischen Informationen über Flugplätze und sonstige militärische Vorbereitungen Sowjetrußlands in der Tschechoslowakei gestellte Frage, erwiderte Dr. Hodža sehr kategorisch, dass alle diese Nachrichten vollständig aus der Luft gegriffen seien. Der Hauptfeind der Tschechoslowakei, von dem solche Nachrichten auch ausgingen, sei Herr von Kánya, der zu den grössten Friedensstörern Europas zähle².

Besuch des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža, gelegentlich seiner Durchreise durch Wien in Ihrer Privatwohnung zu empfangen. Ich teilte dies heute mündlich dem Herrn Ministerpräsidenten mit, der vielfach für die Bereitwilligkeit danken lässt und sich sehr freut mit Herrn Bundeskanzler in unmittelbarem Gedankenaustausch treten zu können. Er hofft am Sonntag, den 12. Juli, seinen Urlaub antreten zu können, würde im Auto über Wien fahren [...]. Es würde ihm am besten passen, wenn er Herrn Bundeskanzler am 14. Juli zeitlich vormittags aufsuchen dürfte. Er bittet um eine geneigte Antwort durch meine Vermittlung und auch um Angabe der genauen Wohnadresse. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien soll mit der Angelegenheit überhaupt nicht befasst werden ...“ – AdR, Gesandtschaft Prag.

² Zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ 10/1654, ADÖ 10/1655, ADÖ 10/1665, ADÖ 10/1669 und ADÖ 10/1670.

1653**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandte Vollgruber (Paris), Engerth (Bern),
Schmid (Belgrad), Marek (Prag) und
Geschäftsträger Schmidt (Bukarest)**

Weisung

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40332/13

Wien, 14. Juli 1936

Einer Meldung Gesandten Franckenstein's aus London sowie ähnlichen Bemerkungen des hiesigen Herrn französischen Gesandten entnehmen wir, dass – vielleicht infolge ungenauer Uebersetzung des Wortlautes des Communiqués vom 11. d. M. – Punkt 3 des in Wien und Berlin gleichlautend verlautbarten Communiqués zum Teil zu missverständlichen Auffassungen hinsichtlich dessen Inhaltes und Zweckes Anlass gegeben hat.

Der einvernehmlich festgelegte Wortlaut dieses Punktes lautete: „Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht.“

Es scheint nun, offenbar infolge unpräziser Uebersetzung dieses Satzes durch Teile der ausländischen Presse, dieser Feststellung der Vorwurf der Zweideutigkeit gemacht worden zu sein.

Hiezu beehre ich mich zu bemerken, dass der Begriff „deutscher Staat“ sich u. a. auch bereits in der österreichischen Verfassung vom 1. Mai 1934 vorfindet und selbstverständlich in keiner Weise eine politische Gemeinsamkeit bedeutet, sondern lediglich die im Übrigen allgemein bekannte und anerkannte Tatsache bekräftigt, dass Oesterreich nicht die Absicht hat, eine gegen Deutschland gerichtete Aussenpolitik, wie beispielsweise eine Teilnahme an der Einkreisung Deutschlands, zu verfolgen.

Es sind daher alle diesbezüglich auftauchenden Zweifel als durchaus abwegig zu bezeichnen, da ja der am 11. d. M. erzielte Modus vivendi mit dem Deutschen Reiche gerade die Eigenstaatlichkeit in unzweideutiger Weise festlegt und anerkennt, sodass dieses Abkommen selbstverständlich nicht eine Etappe auf dem Wege zu irgendeinem „späteren Zusammenschluss“ mit dem Deutschen Reich darstellen kann.

Vorstehender Feststellungen wollen Sie sich gegebenenfalls in Ihren Gesprächen bedienen.

1654**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Marek (Prag)**

Erlass

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40418/13

Wien, [14.] Juli 1936

Zu Ihrem Bericht Zl. 376/pol. vom 14. Juli l. J.¹ beehre ich mich, auftragsgemäss zu den Ihnen gegenüber gemachten Aeusserungen Herrn Dr. Krofta's Folgendes zu bemerken:

Die Anspielung des H. Aussenministers auf eine „einheitliche Aussenpolitik“, die Oesterreich und Deutschland machen wollen, muss als unzutreffend bzw. zumindest unpräzis bezeichnet werden. Wie Sie dem h. o. Erlass ad Zl. 40.332-13 vom 14. d. M.² entnehmen wollen, ist von einer „einheitlichen Aussenpolitik“ keineswegs die Rede. Es sei hier nur beispielsweise darauf hingewiesen, dass Oesterreich nach wie vor am Völkerbund festhalten will – wie dies der H. Bundeskanzler ausdrücklich in seiner Rundfunkansprache vom 11. d. M. betont hat. Eine Bindung bezüglich seiner Aussenpolitik ist Oesterreich Deutschland gegenüber überhaupt nicht eingegangen. Als zutreffend kann nur hingestellt werden, dass Oesterreich ebenso wie Deutschland ihre Aussenpolitik auf den Grundsatz stützen, mit allen ihren Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben zu wollen. Hievon legt gerade das Uebereinkommen vom 11. d. M. ein beredtes Zeugnis ab.

Durchaus unverständlich erscheint uns ferner die Bemerkung Dr. Krofta's, „es sei insbesondere nicht vom H. BK zu erwarten gewesen, dass das katholische Oesterreich sich so rasch über die Gegensätze hinwegsetzen könne, die sich zwischen dem dritten Reich und der katholischen Kirche gezeigt haben“. Dieses Aperçu Dr. Krofta's ist vollkommen abwegig und entbehrt auch jeder Grundlage. Das Uebereinkommen mit Deutschland hat ja gerade im Gegenteil einen scharfen Trennungsstrich zwischen den Beziehungen von Staat zu Staat einerseits und den inneren Verhältnissen in den beiden deutschen Nachbarstaaten anderseits gezogen. Der ausdrückliche Verzicht der deutschen Reichsregierung auf jede Einmischung in die innerpolitischen österr. Verhältnisse, das eindeutig ausgedrückte Desinteressement Berlins an der nat. soz. Bewegung in Oesterreich und schliesslich eine Reihe von zwischen dem H.BK und dem deutschen Gesandten getroffenen Abreden bezüglich der künftigen gegenseitigen Beziehungen in kulturellen und publi-

¹ Bericht Gesandter Marek, 376/ Pol, Prag, 14.7.1936 – AdR, NPA Deutschland I/12, Z. 40418/13.

² ADÖ 10/1653.

zistischen Belangen, lassen klar in Erscheinung treten, dass die Bundesregierung in keiner Weise die dem Neuaufbau Oesterreichs zugrundeliegende Ideologie preisgegeben oder an dieser auch nur irgendeine Abänderung zugestanden hat.

Das Abkommen mit Deutschland verwehrt daher auch in keiner Weise dem katholischen Oesterreich, an seiner Einstellung zu den Vorgängen im dritten Reich auf religiösem Gebiete festzuhalten, ja es ist in der auf das Pressewesen bezüglichen Vereinbarung sogar ausdrücklich festgelegt worden, dass beiderseits eine Kritik an den inneren Vorgängen im Lande des anderen Teiles – selbstverständlich in massvollen Grenzen und ohne verletzende Tendenz – zulässig bleibt.

Schliesslich beweist die in der gesamten österr. Tagespresse veröffentlichte Kundgebung des österr. Episkopats zu dem österreichisch-deutschen Abkommen, dass die für die Wahrung der katholischen Interessen Oesterreichs in erster Linie berufenen Faktoren in dem Abkommen nicht nur keine Verletzung oder Beeinträchtigung der Stellung des Katholizismus erblicken, sondern das Abkommen auf das Wärmste begrüßen.

Wir bedauern es zwar aufrichtig, dass Dr. Krofta – zumindest in den ersten Tagen nach Bekanntwerden des österr.-deutschen Abkommens – einen ungünstigen Eindruck davon empfangen hat. Dieser Eindruck steht allerdings einigermaßen in Widerspruch mit der Ihnen gleichzeitig zur Kenntnis gebrachten ruhigen und freundlichen Auffassung des Ministerpräsidenten Dr. Hodža. Es lässt sich andererseits nicht in Abrede stellen, dass die ausserordentliche Aktivität, die insbesondere in letzter Zeit die Tschechoslowakei und auch Rumänien in der Richtung nach Moskau und Paris, den radikal linksorientierten Zentren der heutigen europäischen Politik, entwickelt, nicht ohne Einfluss auf die Erwägungen der österr. Bundesregierung bleiben konnte³.

1655

Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 376/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40418/13

Prag, 14. Juli 1936

In meinem Bericht Zl. 374/Pol. vom heutigen Tage¹ habe ich mir erlaubt über die Stellungnahme der tschechoslovakischen Presse und die durch sie zum Teil

³ Zur tschechoslovakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ/1655, ADÖ 10/1665, ADÖ 10/1669 und ADÖ 10/1670.

¹ Bericht Gesandter Marek 374/Pol., Prag, 14.7.1936 – AdR, NPA Deutschland I/12, Z.40416/13.

vertretenen öffentlichen Meinung zum österreichisch-deutschen Abkommen vom 11.7. 1. Js². zu schreiben.

Ich habe darin auch erwähnt, dass ich noch am Samstag Abend Herrn Aussenminister Dr. Krofta telefonisch ersuchte, auf die Tagesblätter einwirken zu lassen, dass sie nicht irgendeinen Alarm schlagen und an die zwischen uns und Deutschland getroffenen Vereinbarungen etwa Kommentare knüpfen, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Herr Dr. Krofta zeigte sich bereits über das Wesentliche informiert und sagte mir, er sei gerade dabei, der Presse entsprechende Winke zu geben. Auf meine Frage, wie er sich zu den Ereignissen stelle, sagte er mir am Samstag nur ganz kurz, dass die Tschechoslovakei im Allgemeinen, wenn durch die österreichisch-deutschen Abmachungen eine drohende Konfliktsgefahr in Europa beseitigt worden sei, in die sie notgedrungen hätte verwickelt werden müssen, diese Abmachungen nur begrüßen könne.

Ich war für morgen bei Herrn Dr. Krofta angesagt, traf ihn aber heute nachmittags in der französischen Gesandtschaft und wir hatten Gelegenheit ausführlich und ungestört über die letzten Ereignisse zu sprechen. Der offizielle Standpunkt der Tschechoslovakei zum österreichisch-deutschen Akkord sei, so meinte Herr Dr. Krofta ausführlich und genau im heutigen Leitartikel der „Prager Presse“ niedergelegt, der von der höchsten Stelle im Staate inspiriert und zum Teil direkt eindikiert worden sei. Die Tschechoslovakei wolle ruhiges Blut bewahren und den Dingen kühl und sachlich ins Auge sehen. Dass man darüber im ersten Augenblick nicht gerade begeistert sei, müsse ein jeder verstehen, man habe die Tschechoslovakei gewissermassen in die Zange genommen. Wenn, was viele behaupten, die Einstellung Deutschlands gegenüber der Tschechoslovakei feindlich sei, so müsse dieser Zustand in Prag grosses Unbehagen auslösen, umso mehr als von österreichischer Seite (Rundfunkrede des Herrn Bundeskommissärs Adam) erklärt wurde, dass Oesterreich und Deutschland eine einheitliche Aussenpolitik machen wollen. Dies beweise übrigens auch die nachdrückliche Betonung, dass Oesterreich ein *deutscher* Staat sei. Dies habe man allerdings immer gewusst und speziell er, Dr. Krofta, verstehe diese Feststellung und habe nie daran geglaubt, dass man Oesterreich im Ernstfalle im antideutschen Lager finden könnte. Und in dieser Hinsicht halte er eigentlich – und dies sage er mir nur als Privatmann und wie ein Freund zum Freunde, und nicht für die Oeffentlichkeit – die Bindung Oesterreichs an Deutschland für eine viel natürlichere Sache, als unser bisheriges Verhältnis zu Italien. Immerhin sei es aber merkwürdig, und es sei insbesondere nicht von Herrn Bundeskanzler zu erwarten gewesen, dass das *katholische* Oesterreich sich so rasch über die Gegensätze hinwegsetzen könne, die sich zwischen dem Dritten Reich und der katholischen Kirche gezeigt haben. Jetzt lese man auf

² Zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1651, ADÖ 10/1652 und ADÖ 10/1654.

einmal, dass Fürst Starhemberg ein alter Kampfgenosse Hitlers sei und man schein alles vergessen zu haben, was Hitler Oesterreich getan und über Oesterreich gesprochen habe.

Es wäre ungerecht, fuhr Herr Dr. Krofta fort, wenn man nicht auch die zweite Möglichkeit der neuen Kombination in Betracht ziehen würde. Gesetzt den Fall, man könne den Friedensbeteuerungen Herrn Hitlers Glauben schenken und annehmen, dass er auch die Tschechoslovakei respektieren wolle und keinerlei feindliche Absichten gegen diesen Staat hege, wie man ihm von manchen Seiten unterlegt, indem man sagt, er habe mit Oesterreich nur deshalb provisorisch Frieden geschlossen, um sich gegen die Tschechoslovakei wenden zu können. In diesem günstigen Falle wäre es möglich, dass die Frage der Organisierung Mitteleuropas einen erfreulichen und grossen Sprung nach vorwärts gemacht hätte. Die Länder des römischen Paktes die wiederholt betont hätten, dass der Beitritt zu ihren Abmachungen auch anderen Staaten offen stehe, und die nun das Deutsche Reich in ihre Kombination miteinbezogen haben, brauchen jetzt nur noch die Kleine Entente einzuladen, mitzutun, und Mitteleuropa wäre fertig. In der Tschechoslovakei bestünde die Bereitwilligkeit dieser Kombination beizutreten, ganz gewiss und Dr. Krofta sei überzeugt, dass auch Rumänien und schliesslich auch Jugoslavien mitspielen würden. Die Tschechoslovakei liebe Deutschland ebensowenig, wie Jugoslavien die Italiener. Aber genau so, wie Deutschland für die Tschechoslovakei als Abnehmer und Wirtschaftspartner von überragender Bedeutung sei, stehe die Sache zwischen Jugoslavien und Italien, und deshalb sei es von grösstem Interesse für diese zwei Staaten der Kleinen Entente sich mit den beiden genannten Grossmächten so freundschaftlich als möglich zu stellen. Dadurch würden auch die politischen Machenschaften Deutschlands in Jugoslavien aufhören, die sicherlich auch den Zweck hatten, den Argwohn Jugoslaviens gegen Oesterreich und Italien wach zu halten. Es sei geradezu toll, welche Gerüchte und Kombinationen in dieser Hinsicht lanciert und geglaubt wurden. So z. B. man werde Jugoslavien nach dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland die slovenischen Gebiete Kärntens und gewisse Landstriche Italiens abtreten und der Tschechoslovakei das Burgenland einverleiben, wodurch der ersehnte Korridor zwischen der Tschechoslovakei und Jugoslavien gegeben wäre. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass diese Gerüchte auf nationalsozialistische Quellen zurückzuführen sind, jedenfalls seien sie in Jugoslavien gerne gehört worden. Von anderer Seite werde wieder verbreitet, Deutschland werde mit Oesterreich zusammen, sobald es die Situation gestatten werde, den Italienern Triest wegnehmen, um von dort aus den Balkan zu beherrschen.

Alle diese Dinge erzeugen natürlich grosse Unruhe und verbreiten eine Nervosität, die zu beseitigen es hoch an der Zeit wäre. Vielleicht meine es, sagte Herr Dr. Krofta, Deutschland doch ganz ehrlich, was aus den Versicherungen Herrn Ritters aus Berlin gefolgert werden könnte, der vor wenigen Tagen mit Herrn Gesandten Dr. Friedmann in Prag gesprochen und diesem gesagt habe, dass Deutschlands Protest gegen die österreichischen Präferenzen *sachlich* gar nicht so ernst sei, dass

aber Deutschland nicht dulden könne, dass man etwas in Mitteleuropa mache, ohne sich vorher mit dem Reich ins Einvernehmen zu setzen. Man könnte also daraus schliessen, dass sich Deutschland durch Verhandlungen dazu bewegen liesse, den kleinen Mitteleuropäischen Staaten gegenseitige wirtschaftliche Vorteile zuzubilligen, allerdings müsste die Tschechoslovakei auch von Deutschland vice versa verlangen, dass sich das Reich vorher mit der Tschechoslovakei verständige, ehe es etwas abschliesse, was tschechoslovakische Interessen berühre.

Es bliebe noch, fuhr Herr Dr. Krofta fort, schliesslich abzuwarten, ob nicht die ganze österreichisch-deutsche Sache ein Spiel Italiens sei, welches die deutsche Karte gegen England und Frankreich ausspielen wollte, um England schliesslich zur Nachgiebigkeit in Afrika und im Mittelmeer zu bewegen, denn, dass England die Italiener in Abessinien noch drücken werde, sei sicher.

Kurz und gut, schloss Herr Dr. Krofta, die Tschechoslovakei sei eher bedrückt und besorgt, man werde aber Ruhe bewahren und zusehen, welchen Lauf die Dinge nehmen³.

1656

Geschäftsträger Schmidt an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 63/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40446/13

Bukarest, 14. Juli 1936

Ich beehre mich zu berichten, dass der Auftrag die rumänische Regierung am 11. ds. M. nachmittags vor der Publizierung der österreichisch-deutschen Abmachungen über diese zu informieren, nicht durchgeführt werden konnte, da alle Versuche des Gesandten Hauenschild mit Herrn Titulescu oder einem leitenden Beamten des rumänischen Aussenministeriums in Verbindung zu treten vergeblich waren. Diesbezüglich hat übrigens Gesandter Hauenschild telephonisch nach Wien berichtet. Wie sich später herausstellte, hatte sich Herr Titulescu mit dem Unterstaatssekretär Savel Radulescu und einigen seiner politischen Mitarbeiter in seinem Arbeitszimmer zu einer Beratung zurückgezogen und Auftrag erteilt, ihn unter keinen Bedingungen zu stören. Diese Beratung diente der Vorbereitung eines Vortrages an den König über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der österreichisch-deutschen Abmachungen, ein Vortrag den Herr Titulescu anschliessend in einer von 18-22 Uhr währenden Audienz dem König hielt.

³ Siehe dazu weiter ADÖ 10/1665, ADÖ 10/1669 und ADÖ 10/1670.

Da das rumänische Aussenministerium auf unsere Versuche mit Herrn Titulescu in Verbindung zu treten, bis gestern nachmittags nicht reagiert hatte, habe ich in den Abendstunden beim Stellvertreter des abwesenden Generalsekretärs, Gesandten Paraschivescu, vorgesprochen, ihm mitgeteilt, dass Gesandter Hauenschild den Auftrag erhalten hatte die rumänische Regierung Samstag noch vor erfolgter Verlautbarung der österreichisch-deutschen Abmachungen über deren Inhalt zu informieren und dass dies wegen der Unmöglichkeit den Aussenminister zu erreichen, unterbleiben hätte müssen.

Weiters klärte ich Gesandten Paraschivescu über den Inhalt der Vereinbarungen und die Absichten der Bundesregierung im Sinne der Weisungen des Erl. Zl. 40.118/13 vom 8. ds. M.⁴ auf.

Herr Paraschivescu, der sich während unseres Gespräches Notizen machte, dankte für die Aufklärungen, erklärte er werde hierüber Herrn Titulescu ungesäumt einen schriftlichen Bericht erstatten und verhielt sich im Uebrigen rein rezeptiv und zurückhaltend.

Hinsichtlich der Stellungnahme der rumänischen Regierung verweise ich auf meine telegraphische Berichterstattung und auf deren einschlägiges von der Agence Havas gestern gebrachtes Communiqué, dessen Text beiliegt.

Dieses Communiqué zeigt auch ohne Illustrierung durch die auf ein mot d'ordre Herrn Titulescu's einsetzende Presse zur Genüge das Misstrauen der rumänischen Regierung und die daher von ihr eingenommene abwartende Haltung.

Die Presse, ohne Unterschied ob Rechts- oder Linkspresse mit Ausnahme der deutschen Zeitungen charakterisiert die abgeschlossenen Vereinbarungen in erster Linie als Erfolg Deutschlands unter Mitwirkung Mussolini's und als Ausgangspunkt einer italienisch-deutsch-österreichisch-ungarischen, eventuell polnischen Front gegenüber Frankreich, England und der Kleinen Entente. Oesterreich habe zwar einen vorübergehenden Erfolg hiebei davongetragen, da nun alle seine Nachbarn seine Unabhängigkeit garantieren, doch bringe das Niederreißen der moralischen Grenzen zwischen Oesterreich und Deutschland in der weiteren Zukunft eine immer mehr anwachsende Anschlussgefahr.

Die nationalzarantistische Presse (Prezentul) spricht von der Realisierung des moralischen Anschlusses, einem vorübergehenden modus vivendi der Diktatoren Hitler und Mussolini zur Durchführung des Mitteleuropaplans Wilhelm II. und einer Gleichschaltung Oesterreichs mit oder ohne Habsburger. Als Reaktion Rumäniens gegenüber diesem wenn auch nur zeitweisen Zusammengehen Italiens mit Deutschland bliebe nur eine stärkere Anlehnung an Russland, der einzigen antirevisionistischen Nachbargrossmacht.

Das grosse Schreckgespenst für Titulescu und die rumänische Regierung ist jedenfalls die als sicher angenommene Bildung einer italienisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Front mit revisionistischen Tendenzen.

⁴ ADÖ 10/1637.

Dieses Schlagwort benützt Titulescu auch, wie ich aus guter Quelle höre, sehr eifrig Jugoslawien gegenüber, um diesen ihm etwas unsicher erscheinenden Kantonisten wieder restlos in das Gefüge der Kleinen Entente einzufügen, dieses Schlagwort benützt er auch, wie aus der Haltung der rumänischen Rechtspresse gegenüber den österreichisch-deutschen Vereinbarungen zu ersehen ist, mit Erfolg, den rumänischen Rechtsparteien gegenüber und zwar im Einvernehmen mit Ministerpräsident Tatarescu, mit dem er sich auf folgende Formel geeinigt hat: Hervorheben des revisionistischen Charakters der gebildeten Front zum Nachteil Grossrumäniens, Beeinflussung der Rechtsparteien zum Abrücken von Deutschland, das dieser Front angehört, und zum Anschluss an die Franzosenpolitik Titulescu's als einziges Schutzmittel gegen eine Ueberflutung durch das ominöse Mitteleuropa.

1657

Generalkonsul Strautz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 97/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40392/13

Warschau, 14. Juli 1936

Da Minister des Aeussern Beck sich bereits in den Morgenstunden des 11. zum Wochenende an die See begeben hatte und erst morgen oder übermorgen wieder nach Warschau zurückkehren soll, entledigte ich mich des mir zuteil gewordenen Auftrages in den Abendstunden beim Herrn Vizeminister. Wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, nahm Graf Szembek meine Mitteilungen mit ganz besonderem Interesse entgegen; er verweilte des Längeren bei der Erläuterung der einzelnen Punkte, von denen er zwecks nachträglicher Meldung an den Herrn Minister des Aeussern schriftliche Aufzeichnungen machte. Wie berichtet, dankte er für die Mitteilung, die er als hochehrföhrlich bezeichnete, da sie der Konsolidierung Oesterreichs und der so notwendigen Dötente in Mitteleuropa förderlich sein werde. Er sei überzeugt, dass Herr Beck diese Nachricht mit gleicher Genugtuung aufnehmen werde.

Die ersten Eindrücke der natürlich in grosser Aufmachung in den Sonntagmorgenblättern enthaltenen Nachricht in der Oeffentlichkeit waren die einer grossen und, soweit ich bisher durch Föhrnehmung mit politischen Persönlichkeiten und massgebenden Kreisen feststellen konnte, angenehmen Ueberraschung. Die Presse von Sonntag bis heute beschränkte sich noch auf die Wiedergabe der offiziellen Kommuniqués, auf den Abdruck der Rundfunkreden des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs Zernatto, sowie auf die Reproduktion vornehmlich

englischer, französischer und italienischer Kommentare. Zu eigenen Kommentaren hat sich die polnische Presse noch nicht aufgeschwungen.

Verschiedene hier akkreditierte fremdländische Missionschefs (in erster Linie Ungarn, Bulgarien, sodann die nordischen Staaten, Portugal etc.) haben mir gestern ihre Glückwünsche zu diesem historischen Ereignis ausgedrückt. Einer meiner französischen Kollegen fasste seine Eindrücke in die Worte zusammen: c'est le plus grand service que vous ayez pu nous rendre, en nous débarrassant ainsi du souci que la question autrichienne nous a toujours causé.

Weiteren Bericht über die Stellungnahme der polnischen Presse darf ich mir vorbehalten¹.

1658

Gesandter Vollgruber an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 57/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40496/13

Paris, 15. Juli 1936

Nachdem mit gestern Abend die Nationalfeiertags-Ferien der Bureaux des Quai d'Orsay zu Ende gegangen sind, habe ich heute beim politischen Direktor, Herrn Bargeton, meinen Antrittsbesuch machen können. Begreiflicherweise wendete sich unsere Unterhaltung sofort unserem jüngsten Arrangement mit Deutschland zu.

Herr Bargeton hatte zwar selbst das Gespräch auf dieses Thema gebracht, schwiege dann aber und wartete, was ich sagen würde. Ich erzählte ihm daraufhin, dass ich am Tage vor meiner Akkreditiv-Ueberreichung bei dem Herrn Minister des Aeussern gewesen wäre und dass dieser damals unser Arrangement mit Deutschland, über dessen nahes Zustandekommen er ja orientiert gewesen wäre, als im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gelegen und freundlich beurteilt hätte. Auch die ersten hiesigen Pressestimmen, die mir zu Augen gekommen waren, hätten sich von diesem Gesichtspunkte leiten lassen und wären dementsprechend günstig gewesen. Leider wären später in der Presse andere Gesichtspunkte massgebend geworden und seien auch verschiedene, den Tatsachen keineswegs entsprechende Nachrichten abgedruckt worden, so dass sich das Bild geändert habe.

Der Herr politische Direktor fiel mir hier ins Wort, indem er sagte, die Tatsache, dass wir das Arrangement mit Deutschland getroffen hätten, wäre doch von keiner

¹ Generalkonsul Strautz an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 99 Pol., Warschau, 18.7.1936
–AdR, NPA Deutschland I/12, Z.40727/13.

Seite kritisiert worden, es seien nur an die möglichen Auswirkungen verschiedene, oft freilich sehr weitgehende Kombinationen geknüpft worden. Und die Wiedergabe falscher Nachrichten sei nun einmal nicht zu verhindern, übrigens dürfe man doch Zeitungsnachrichten nicht überschätzen. Wenn sich Oesterreich wirklich freie Hand für die Politik, die es befolgen wolle, bewahrt habe und wenn es sich nicht am Ende vom Völkerbund abwenden wolle, sei gegen das Arrangement gewiss nichts einzuwenden.

Ich erwiderte, dass wir nach wie vor frei wären, die Politik zu verfolgen, die wir für richtig hielten. Wenn es in dem Communiqué hiesse, dass wir unsere Politik immer auf der grundsätzlichen Linie halten würden, die der Tatsache entspreche, dass wir uns als deutscher Staat bekennen, so sei dies nichts Neues. Wir hätten unserer Ansicht nach dieser Tatsache auch bisher Rechnung getragen und man hätte uns z. B. auch bisher nie zu wirklichen Feindseligkeiten gegen Deutschland haben können, obwohl Deutschland es uns hie und da ja nicht leicht gemacht hätte. Was unsere Stellung gegenüber dem Völkerbund anlange, so könne ich auf die bezügliche Stelle der Rundfunkansprache Herrn Bundeskanzlers am Samstag Abend hinweisen, in der unsere Anteilnahme am Völkerbunde ganz ausdrücklich betont werde. Uebrigens komme derselbe Gedankengang auch in der Rede des Bundeskommissärs Oberst Adam zum Ausdruck, mit der er die letzten Ereignisse vor der österreichischen Bevölkerung kommentierte.

Herrn Bargeton schienen diese meine Ausführungen zu befriedigen, dann machte er aber verschiedene Bemerkungen, aus denen ein tiefes Misstrauen, ob sich Deutschland auch an die Abmachungen halten werde, unzweifelhaft hervorging. Und auch davon, dass wir einer eventuell wieder stärker einsetzenden Propaganda mit Sicherheit Widerstand leisten könnten, schien er keineswegs überzeugt zu sein. Ich sagte dann Herrn Bargeton, auch wenn man begrifflicherweise der weiteren Entwicklung reserviert gegenüber stehe, dürfe man doch keineswegs in dem Misstrauen zu weit gehen, man müsse Deutschland noch die eine Chance, seinen guten Willen zu beweisen, geben und vor allem anerkennen, dass die nunmehr öffentlich bekanntgegebene Formel über die Nichteinmischung und die ausdrücklich erwähnte Preisgabe der Nazis in Oesterreich vollständig klar und einwandfrei sei und einen ausgesprochenen Sieg unseres Standpunktes darstelle. Man müsse abwarten, wie sich die Situation weiter entwickeln werde. Er könne jedenfalls überzeugt sein, dass wir grösste Wachsamkeit an den Tag legen und energisch einschreiten würden, wenn sich die illegale Propaganda wieder stärker fühlbar machen sollte. Und dann könne er mir glauben, dass wir heute so weit konsolidiert seien, dass wir die Situation vollkommen beherrschten. Herr Bargeton erwiderte mir, er hoffe, dass die Tatsachen mir Recht geben würden.

Dann verabschiedete ich mich nach einigen Worten persönlichen Charakters von dem Herrn politischen Direktor, der dieser Tage seinen Sommerurlaub antritt².

² Zur französischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ 10/1661 und ADÖ 10/1662.

1659**Gesandter Wimmer an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht Nr. 101/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40530/13

Athen, 15. Juli 1936

Meine im griechischen Aussenamte im Sinne der erhaltenen Instruktionen gegebenen Erklärungen wurden im Allgemeinen mit Anzeichen der Befriedigung aufgenommen.

Die Ausführungen des Herrn Mavroudis, des Leiters des Aussenamtes, die, wie er betonte, rein persönliche Anschauungen darstellen, sind ungefähr folgende:

Die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen Deutschlands zu einem selbständigen Oesterreich sind als Anzeichen der Rückkehr zur alten Vorkriegspolitik zu werten. Die deutsche Regierung schein eingeschaut zu haben, dass sie durch eine Allianz mit den zentraleuropäischen Staaten weiter gelangen werde, als durch eine zwangsweise Einreihung eines Landes in die nationalsozialistische Einheitsfront. Meinem Hinweis darauf, dass es sich zwischen Oesterreich und Deutschland nicht um eine Allianz sondern um eine Normalisierung der Beziehungen handle, begegnete Herr Mavroudis mit der Bemerkung, dass er diese Tatsache vollkommen anerkennen wolle, dass er aber auch in der Normalisierung geradezu einen Beweis für die – allerdings nur vermutete – neue aussenpolitische Orientierung Deutschlands sehe, das die diplomatische Freundschaftspflege anstelle der primitiven Gewalt setze.

Auffallend sei es, dass Herr Mavroudis in dieser Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen, entgegen der von mir vertretenen Ansicht, nicht so sehr ein Einlenken der deutschen Politik, als ein Nachgeben Mussolinis sehen möchte. In dem – im griechischen Milieu erklärbaren – Bestreben, die Aufmerksamkeit auf Italien zu konzentrieren, wirft Mavroudis die Frage auf: welche Veranlassung hatte Mussolini, sich das Gewicht eines immerhin möglichen österreichisch-deutschen Blocks auf den Rücken zu laden? Denn Hitler habe bei einer deutsch-italienisch-österreichisch-ungarischen Kooperation nur zu gewinnen. Italien hingegen setze sich unzweifelhaft Gefahren aus, auch wenn es vielleicht jetzt das eine erreichen könnte, dass es durch eine Annäherung an Deutschland eine zu grosse anglo-deutsche Intimität verhindert, die sich für Italien ungünstig auswirken könnte. Ein klareres Urteil werde er erst dann abgeben können, bis man genaueres über das italo-deutsche Verhältnis und den für Italien resultierenden Gewinn erfahren werde; bis dahin halte er an seiner Ansicht, dass nicht Mussolini sondern Hitler der Gewinner sei, fest. Mavroudis geht in seiner Bewunderung für

die Grösse der deutschen Ziele vielleicht etwas zu weit; hält er es doch sogar für denkbar, dass Deutschland eine Restauration der Habsburger nicht mehr so ungern sehen könnte, da deren werbende Kraft doch wieder ein Gebilde schaffen könnte, dessen Gewicht auch Deutschland zugute käme. Die deutsche Gesandtschaft in Athen – wie ich hier bemerken möchte – lässt jedoch darüber keinen Zweifel, dass diese Gedankengänge der deutschen Diplomatie noch fremd sind.

Herr Mavroudis sowie eine Reihe von gewesenen Aussenministern und Politikern wie Theotokis, Maximos, Benakis, Mavrocordatos, haben in Gesprächen mit mir nur schlecht ihre Ansicht verhüllt, dass aussenpolitisch ein Ereignis eingetreten sei, das ganz analoge Wirkungen zeitige, wie ein erster Schritt zum Anschluss. Mavroudis fügte jedoch hinzu, dass Griechenland hiedurch unberührt bleibe, während für die Tschechoslowakei allerdings Grund zur Bestürzung vorhanden sei. Es frage sich, wem es gelingen werde und könne, dieses Land zugleich zu beruhigen und zu gewinnen. Für Griechenland könnte im übrigen die Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen vielleicht doch insofern Bedeutung gewinnen, als England nunmehr aller moralischen Engagements bezüglich Zentraleuropas entlastet sei und an die Regelung seiner Beziehungen zu Italien mit grösserer Freiheit herangehen könne. Ob diese Freiheit zum Konflikt oder zu einem für Griechenland so erwünschten Mittelmeerpakt führen werde, lasse sich mit Rücksicht auf die nach seiner Ansicht noch ungeklärte Stellung Italiens nicht annähernd voraussagen¹.

1660

Gesandter Herzfeld an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 41/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40499/13

Sofia, 16. Juli 1936

Ich habe mich weisungsgemäss dem bulgarischen Ministerpräsidenten bzw. Aussenminister gegenüber vernehmen lassen. Dieser ersuchte mich Herrn Bundeskanzler für die besondere Aufmerksamkeit, die er hoch einschätze, seinen wärmsten Dank verdolmetschen zu wollen.

Wie überall so hat auch hier die Herstellung normaler Zustände zwischen Oesterreich und Deutschland einen mächtigen und durchwegs sympathischen Eindruck hervorgerufen. Die Rundfunkrede Herrn Bundeskanzlers, die österreichischen und auslän-

¹ Zur Reaktion Griechenlands auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ 10/1671.

dischen Zeitungsmeldungen, sowie Berichte über die Aufnahme in den verschiedenen Ländern nehmen fortlaufend den breitesten Raum in der hiesigen Presse ein. In redaktioneller Form haben bisher nur zwei grössere bulgarische Zeitungen „Slowo“ und „Mir“ Stellung genommen. „Slowo“ hebt hervor, dass die Versöhnung zwischen beiden Ländern einen Konfliktstoff beseitige, welches Ziel weder „durch die Ueberwachung noch durch das Misstrauen“ der kleinen Entente bisher erreicht werden konnte. Man befinde sich jetzt an dem Ausgangspunkt einer neuen Evolution in Zentraleuropa. Die bilateralen Verträge hätten gegenüber der kollektiven Sicherheit ihre Ueberlegenheit erwiesen. „Mir“ hebt hervor, dass einem unnatürlichen Zustande ein Ende bereitet und dass dem europäischen Frieden ein grosser Dienst erwiesen wurde. Hitler habe seine Feinde, die ihn immer beschuldigten die Annexion Oesterreichs anzustreben, entkräftet. Die feste Politik Hitlers und die diplomatische Geschicklichkeit Herrn Bundeskanzlers hätten die Spannung zwischen beiden Ländern beseitigt. In bulgarischen politischen Kreisen hat die Herstellung normaler Beziehungen grosse Freude verursacht, wobei mitunter auch überschwängliche Hoffnungen auf eine mögliche neue Konstellation in Europa zum Ausdruck kommen. Im hiesigen diplomatischen Korps war die Aufnahme im Grossen und Ganzen eine durchaus günstige, man erwartet von der Aufhebung der Spannung einen günstigen Einfluss auf die Konsolidierung des Friedens. Abweichende Stimmen sind jedoch, wenn auch vereinzelt, doch zu hören. Diese lassen sich dahin resümieren: Angst vor einer Teilung Europas in zwei Staatengruppen, wodurch der Frieden gefährdet werden könnte und Befürchtung einer langsamen Infiltration der Nationalsozialisten in die Machtposition des Bundesstaates.

1661

Gesandter Vollgruber an Staatssekretär Schmidt

Telegramm Nr. 24 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40481/13

Paris, 17. Juli 1936
(12.15→16.30)

Generalsekretär, den ich gestern abends zum ersten Mal sah, kam sofort auf unser Arrangement mit Deutschland¹ zu sprechen, über dessen Zustandekommen Quai d'Orsay dankenswerterweise fortlaufend ausführlich informiert worden sei. Er vermisse nur in dem definitiven Text die in Aussicht genommen gewesene Klausel, dass das Arrangement mit einer Teilnahme Oesterreichs an einem kol-

¹ Zur französischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1658.

lektiven Mitteleuropa-Pakt nicht inkompatibel wäre. Wenn Oesterreich in seinen Entschlüssen auch weiter frei sei, wäre ja alles in Ordnung.

Ich erwiderte, dass ich über die Details Verhandlungsphasen nicht orientiert, verwies aber auf die ausdrücklichen Erklärungen Herrn Bundeskanzlers und anderer bezüglich weiteren Festhaltens am Völkerbund. Generalsekretär sagte, Minister des Aeussern hätte Nachricht Arrangements ebenso günstig aufgenommen wie er und selbst Presse diesbezüglich Instruktionen gegeben. Er sei enttäuscht gewesen, als dann in der Presse andere Beurteilung überwogen hätte².

1662

Staatsekretär Schmidt an Gesandten Vollgruber (Rom)

Telegramm (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40481/13

[Wien,] 17. Juli 1936

Eine kollektiven Mitteleuropa-Pakt betreffende Klausel war niemals beabsichtigt. Eine solche wäre auch ausserhalb des Rahmens österreichisch-deutscher Verhandlungen¹ gelegen und hätte diese überflüssigerweise zumindest belastet wenn nicht Zustandekommen überhaupt verhindert, wodurch statt allgemein nützlicher Entspannung Verschärfung eingetreten wäre.

Dieses Thema wurde daher auch von keiner der beiden Seiten überhaupt berührt zumal es bekanntlich seit geraumer Zeit jeder Aktualität entbehrt. Problem der Organisierung kollektiven Sicherheit durch Regionalpakte wird ja nicht einmal grundsätzlich seitens der massgebendsten europäischen Mächte eindeutig beurteilt. Oesterreich ist schliesslich bezüglich der Aussenpolitik nicht über die mit Erlass Z. 40.332 vom 14. d. M.² behandelte Deklaration hinausgegangen. Ihr Hinweis auf unser Festhalten an Völkerbund ist durchaus zutreffend.

Es ist uns nicht verständlich worauf Generalsekretär seine Ihnen gemachte Bemerkung stützt.

Wollen Sie sich am Quai d'Orsay schon mit Rücksicht auf Londoner Dreimächte Besprechung und angeblich 24. d. M. bevorstehende Beantwortung Interpellation Ybarnegaray ehebaldigst in vorstehendem Sinne vernehmen lassen.

Schmidt

² Siehe dazu auch ADÖ 10/1662.

¹ Zur französischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1658 und ADÖ 10/1661.

² ADÖ 10/1653.

1663**Gesandter Buchberger an Bundeskanzler Schuschnigg**

Bericht Nr. 65/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40595/13

Ankara, 17. Juli 1936

Der obzitierte Erlass ist mir erst am 13. d. M., also nach amtlicher Verlautbarung des österreichisch-deutschen Abkommens über die Normalisierung der Beziehungen zugekommen, so dass ich die Erläuterungen unseres Standpunktes der türkischen Regierung und Presse erst nach diesem Termin machen konnte. Der stellvertretende Minister des Aeussern, Justizminister Şükrü Saraçoğlu, den ich zu diesem Zweck gestern aufgesucht habe, dankte mir für die interessanten Ausführungen und sprach mir die aufrichtigsten Glückwünsche der türkischen Regierung zu dem in Rede stehenden Uebereinkommen aus, in dem er einen äusserst wertvollen Beitrag zur Befriedung Europas erblickt. Durch die deutsch-österreichische Entspannung werde ein gefahrdrohender Konfliktherd ausgeschaltet, der in den letzten Jahren Europa sehr oft beunruhigt habe. Die türkische Regierung, die in der Aufrechterhaltung des Friedens das Leitmotiv ihrer Politik erblicke, begrüsse daher das Abkommen mit besonderer Genugtuung.

Gegenüber diesem offiziellem Standpunkt der türkischen Regierung konnte ich jedoch schon in den Gesprächen mit dem politischen Sektionschef bemerken, dass das deutsch-österreichische Abkommen nicht hinsichtlich seiner Entspannung des deutsch-österreichischen Verhältnisses, sondern bezüglich seiner Rückwirkungen auf das deutsch-italienische Verhältnis Beunruhigung und eine gewisse Unzufriedenheit erweckt. Da die Türkei nach wie vor in Italien einen Gegner erblickt, betrachtet man mit einer geradezu krankhaften Manie in Ankara jede Stärkung der internationalen Position Italiens als den türkischen Interessen zuwiderlaufend. Man ist der Ansicht, dass das deutsch-österreichische Abkommen jedes Hindernis für eine deutsch-italienische Annäherung beseitigt habe und sich dadurch ein starker Block der europäischen Zentralmächte Italien, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und auch Polen herausbilden werde, der den Interessen der Türkei und der ihr nahestehenden Mächte nicht erwünscht sein könne.

Der gleiche Tenor kommt auch in den beiliegenden Leitartikeln der massgebenden Presse zum Ausdruck, die im amtlichen „Ulus“ vom 15. d. M. und aus der Feder des sattsam bekannten Chefredakteurs Junus Nadi am 15. d. M. erschienen sind. Herr Junus Nadi erklärt, dass der deutsch-österreichische Ausgleich ein entscheidender Schritt zum Anschluss sei, den er als naturnotwendiges Ereignis immer vorausgesagt habe. Bei meinem gestrigen Besuch beim stellvertretenden Aussen-

minister nahm ich daher unter Bezug auf diese Presseäußerung Gelegenheit, mit besonderem Nachdruck zu erklären, dass jedes Bedenken oder Zweifel an dem unbeugsamen Willen der Bundesregierung und der vaterlandstreuen Bevölkerung zur Erhaltung und Entwicklung des unabhängigen und selbständigen Oesterreichs jeder Grundlage entbehre und eine völlig abwegige Auslegung der Intentionen der Bundesregierung darstelle.

Das österreichisch-deutsche Abkommen sowie die Befürchtungen einer neuen zentraleuropäischen Blockbildung haben übrigens auch auf den Gang der Verhandlungen der Konferenz in Montreux über die Regelung der Meerengenfrage eingewirkt. Während England bisher aus Schonung für Deutschland die russischen Vorschläge über die Ausfahrt der russischen Flotte durch die Dardanellen etc. etc. durchaus abgelehnt hatte, ist durch französische Vermittlung nach Bekanntwerden des genannten Abkommens eine Einigung erzielt worden, die vor allem dem türkischen Standpunkt Rechnung trägt. Dieses Entgegenkommen bezweckt, die Türkei weiterhin im Bannkreise der französisch-russischen Politik zu erhalten.

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird das deutsch-österreichische Uebereinkommen überwiegend als wertvoller Beitrag zur Entspannung der europäischen Lage betrachtet. Der jugoslawische Gesandte hat von seiner Regierung die Richtlinien erhalten, das deutsch-österreichische Abkommen als einen begrüßenswerten Beitrag zur Beruhigung und Befriedung Europas zu interpretieren. Wesentlich beunruhigt zeigt sich nur der russische Botschafter, Herr Karakhan, der seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, dass die deutsche Aggression nunmehr an anderen Punkten, vor allem in Danzig und in Memel, zum Ausdruck kommen werde.

1664

**Aktenvermerk Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten**

Abschrift (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 40587

Wien, 17. Juli 1936

Die für die hiesigen Funktionäre der verschiedenen reichsdeutschen Organisationen völlig überraschend gekommene deutsch-österreichische Verständigung bewirkte zunächst eine starke Erbitterung bei diesen Leuten gegen von Papen, der in diesen Kreisen ja seit jeher als Saboteur gilt. Rittgen, Lohmann, Schliephagen (von der Auslandsorganisation, in der hiesigen Bewegung kurz AO genannt), Brixius vom Kriegsoferbund, Gesell von der Sozialabteilung des Bundes der

Reichsdeutschen (d. i. die hiesige Arbeitsfront, kurz SoA genannt) und Günther vom Bunde der Reichsdeutschen sowie durch Vermittlung Schliephagen's der hiesige Landesleiter der österreichischen Partei sprachen bei Papen vor und machten ihm heftige Vorwürfe, deren Kern vor allem die Nichtaufnahme einer Habsburgerklausel und der Treuebruch an der österreichischen Bewegung war. Von Papen war ziemlich erregt und antwortete stets, dass er im vollen Einverständnis mit dem Führer handle und dass er die Herren ersuche, die Weisungen ihrer vorgesetzten Dienststellen abzuwarten. Interessant war ein Vorwurf Rittgens, der von Papen darauf aufmerksam machte, dass der einzige Vorteil von der Verständigung für die österr. katholischen Adeligen und die Klöster zu sehen sei, die sicherlich als Besitzer des grössten Teiles der österr. Wälder ein grosses Geschäft machen würden. Hier sei wahrscheinlich auch die eigentliche Triebfeder für die Verständigung zu suchen. Das österr. Volk würde jedoch kaum eine wesentliche Erleichterung der wirtschaftlichen Lage verspüren und das sei eine gefährliche Belastung des Nationalsozialismus, weil die Propaganda immer wieder darauf hingewiesen habe, dass alle wirtschaftliche Not ein Ende habe, wenn sich einmal der Wirtschaftsverkehr mit Deutschland wieder belebe. Die genannten Herren berichteten ausnahmslos in diesem Sinne an ihre reichsdeutschen Dienststellen. Gleichzeitig machten im Reiche selbst die Führer der Emigration insbesondere Rodenbücher, bei dem derzeit der in Wien lebende reichsdeutsche Uwe Lars Nobbe sich befindet, den vergeblichen Versuch, bei Hitler vorgelassen zu werden. Am Dienstag, hatte dann von Papen eine mehr als dreistündige Aussprache mit Rittgen, Lohmann und Schliephagen. Das Ergebnis dieser Aussprache ist ein völliger Umschwung in der Haltung dieser Leute, die sich heute bemühen, den Vertrag als die genialste Tat Hitler's hinzustellen und ausserdem überall durch halbe Andeutungen durchblicken lassen, als ob Abmachungen vorliegen, die im Endergebnisse eine völlige Kapitulation der österr. Regierung bewirken würden. Es werden genannt Neubacher, Hueber und Jakoncig als kommende Minister. Anscheinend in tendenziöser Absicht wird die Nachricht von der beabsichtigten Wiederverehelichung des Bundeskanzlers kolportiert. Er soll eine verwitwete Baronin Lederer zu heiraten beabsichtigen und sich auf Wunsch derselben von den politischen Geschäften zurückziehen. Alles in allem wird heute mit einem Augenzwinkern versichert, dass sich nichts geändert habe, auch nicht im Verhältnis zu den österr. Nationalsozialisten. Der Hineingefallene bei den Verhandlungen sei nur die österr. Regierung.

Als wichtigster Ratgeber bei den Einzelverhandlungen über den Abbau der gegenseitigen Beschränkungen fungiert der Bund der Reichsdeutschen. Die Führung des Bundes hat nun durchblicken lassen und den Wunsch geäussert, dass es viel zur gegenseitigen Beruhigung beitragen werde, wenn in der Leitung der Staatspolizei einige Veränderungen vorgenommen würden. Es wurde zwar nicht ein sofortiger Rücktritt des Leiters der Staatspolizei Weiser gefordert, aber es ist sicher, dass dieser Wunsch immer wieder und in stets stärkerem Masse auf den Verhandlungstisch geworfen wird. (Peetz und Günther)

Die grosse Masse der hier lebenden Reichsdeutschen freut sich jedoch rückhaltlos und ohne Hintergedanken über die Verständigung, wenn auch überall die Zuversicht aufscheint, dass mit friedlichen Mitteln das Endziel sich leichter erreichen lässt als mit den bisherigen Methoden. Diese Leute haben grösstenteils eine recht naive Auffassung über die Wirkungen eines aus dem Reiche kommenden Fremdenstromes und über die wirtschaftlichen Vorteile der Verständigung.

Rittgen bereist seit Dienstag mit einem Auto des illegalen Kurierdienstes und in Begleitung eines österr. Nationalsozialisten (ein Mann namens Bertig, früher beim Landesgericht für Strafsachen Wien II beschäftigt) die Provinz, um die Stimmung bei den österr. Nationalsozialisten zu erkunden und etwaige Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Man vermutet, dass gleichzeitig eine Umorganisation vorgenommen wird, um etwaige deutliche Fäden zu den Reichsstellen noch feiner zu ziehen.

Konkrete Fragen nach dem Schicksal der österr. Bewegung werden dahin beantwortet, dass man sich das Verhältnis der österr. Bewegung zum Reiche etwa so vorzustellen habe, wie das Verhältnis der Komintern zu den einzelnen Landesorganisationen der Kommunisten. Der Träger der gesamten Auslandsarbeit des Nationalsozialismus werde eben die Auslandsorganisation werden, die schon in nächster Zeit einen formalen Trennungsstrich zur eigentlichen Partei im Reiche ziehen werde. Im österr. Fall werde vielleicht sogar die österr. Arbeit von einer nicht im Reiche sich befindlichen Stelle der Auslandsorganisation geführt werden, also von einer im Auslande sich befindlichen Untergruppe der Auslandsorganisation.

1665

Gesandter Hornbostel an Gesandten Marek (Prag)

Erlass (vertraulich)

AdR
Gesandtschaft Prag
Z. 40418/13

Wien, 18. Juli 1936

Zu Ihrem Bericht Zl. 376/pol. vom 14. Juli l. J.¹ beehre ich mich, auftragsgemäss zu den Ihnen gegenüber gemachten Aeusserungen Herrn Dr. Krofta's Folgendes zu bemerken:

Die Anspielung des Herrn Aussenministers auf eine „einheitliche Aussenpolitik“, die Oesterreich und Deutschland machen wollen, muss als unzutreffend bzw. zumindest unpräzis bezeichnet werden. Wie Sie dem h. o. Erlass ad Zl. 40.332/13

¹ ADÖ 10/1655.

vom 14. d. M.² entnehmen wollen, ist von einer „einheitlichen Aussenpolitik“ keineswegs die Rede. Es sei hier nur beispielsweise darauf hingewiesen, dass Oesterreich nach wie vor am Völkerbund festhalten will – wie dies der Herr Bundeskanzler ausdrücklich in seiner Rundfunkansprache vom 11. d. M. betont hat. Eine Bindung bezüglich seiner Aussenpolitik ist Oesterreich Deutschland gegenüber überhaupt nicht eingegangen. Als zutreffend kann nur hingestellt werden, dass Oesterreich ebenso wie Deutschland ihre Aussenpolitik auf den Grundsatz stützen, mit allen ihren Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben zu wollen. Hievon legt gerade das Uebereinkommen vom 11. d. M. ein beredtes Zeugnis ab.

Durchaus unverständlich erscheint uns ferner die Bemerkung Dr. Krofta's, „es sei insbesondere nicht vom Herrn Bundeskanzler zu erwarten gewesen, dass das katholische Oesterreich sich so rasch über die Gegensätze hinwegsetzen könne, die sich zwischen dem dritten Reich und der katholischen Kirche gezeigt haben“. Dieses Aperçu Dr. Krofta's ist vollkommen abwegig und entbehrt auch jeder Grundlage. Das Uebereinkommen mit Deutschland hat ja gerade im Gegenteil einen scharfen Trennungsstrich zwischen den Beziehungen von Staat zu Staat einerseits und den inneren Verhältnissen in den beiden deutschen Nachbarstaaten anderseits gezogen. Der ausdrückliche Verzicht der deutschen Reichsregierung auf jede Einmischung in die innerpolitischen österreichischen Verhältnisse, das eindeutig ausgedrückte Desinteressement Berlins an der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich und schliesslich eine Reihe von zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem deutschen Gesandten getroffenen Abreden bezüglich der künftigen gegenseitigen Beziehungen in kulturellen und publizistischen Belangen, lassen klar in Erscheinung treten, dass die Bundesregierung in keiner Weise die dem Neuaufbau Oesterreichs zugrundeliegende Ideologie preisgeben oder an dieser auch nur irgendeine Abänderung zugestanden hat. Das Abkommen mit Deutschland verwehrt daher auch in keiner Weise dem katholischen Oesterreich, an seiner Einstellung zu den Vorgängen im dritten Reich auf religiösem Gebiete festzuhalten, ja es ist in der auf das Pressewesen bezüglichen Vereinbarung sogar ausdrücklich festgelegt worden, dass beiderseits eine Kritik an den inneren Vorgängen im Lande des anderen Teiles – selbstverständlich in massvollen Grenzen und ohne verletzende Tendenz – zulässig bleibt. Schliesslich beweist die in der gesamten österreichischen Tagespresse veröffentlichte Kundgebung des österreichischen Episkopats zu dem österreichisch-deutschen Abkommen, dass die für die Wahrung der katholischen Interessen Oesterreichs in erster Linie berufenen Faktoren in dem Abkommen nicht nur keine Verletzung oder Beeinträchtigung der Stellung des Katholizismus erblicken, sondern das Abkommen auf das Wärmste begrüßen.

Wir bedauern es zwar aufrichtig, dass Dr. Krofta – zumindest in den ersten Tagen nach Bekanntwerden des österreichisch-deutschen Abkommens – einen ungünsti-

² ADÖ 10/1653.

gen Eindruck davon empfangen hat. Dieser Eindruck steht allerdings einigermaßen in Widerspruch mit der Ihnen gleichzeitig zur Kenntnis gebrachten ruhigen und freundlichen Auffassung des Ministerpräsidenten Dr. Hodža. Es lässt sich andererseits nicht in Abrede stellen, dass die ausserordentliche Aktivität, die insbesondere in letzter Zeit die Tschechoslowakei und auch Rumänien in der Richtung nach Moskau und Paris, den radikal linksorientierten Zentren der heutigen europäischen Politik, entwickelt, nicht ohne Einfluss auf die Erwägungen der österreichischen Bundesregierung bleiben konnte³.

1666

Gesandter Engerth an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 55/Pol.

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 40532/13

Bern, 18. Juli 1936

Seit meiner letzten Berichterstattung ist es möglich gewesen, einen gewissen Ueberblick über die Einstellung der Schweizer Oeffentlichkeit und der Schweizer zu dem Resultat der österreichisch-deutschen Besprechungen zu gewinnen.

Die Auffassung, dass die Entspannung der österreichisch-deutschen Beziehungen ein bemerkenswerter Beitrag zur Beseitigung möglicher momentaner Kriegsgefahren darstellt, ist ziemlich allgemein geworden. Nicht ganz einheitlich sind die Schlüsse, welche man hinsichtlich der Folgen für die politische Lage der Schweiz selbst zieht. Hier macht sich eine bemerkenswerte Unsicherheit fühlbar, welche in erster Linie auf die Frage zurückgeht, ob man – *vom Schweizer Standpunkt aus betrachtet* – in der Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen eher eine Verstärkung der Garantien für die österreichische Unabhängigkeit erblicken soll oder das Gegenteil; Letzteres etwa in dem Sinne, dass die Wiederherstellung einer gewissen Freundschaft zwischen den Bewohnern der beiden Länder unmerklich – und vielleicht auch ungewollt – zu einer solchen Annäherung führen wird, dass die einer politischen Vereinigung oder Aufsaugung gleichzuhalten ist. Die Schweiz ist natürlich an der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit sehr beträchtlich interessiert. Ist doch heute eigentlich das Stück Grenze mit Oesterreich das Einzige, das keinem politischen Druck irgendeiner Art ausgesetzt ist. Im Norden und Süden grenzt sie an grosse und mächtige Nachbarn, deren Aus-

³ Zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ 10/1669 und ADÖ 10/1670.

senpolitik einer gewissen Note des Imperialismus nicht entbehrt, der gelegentlich auch einmal einen etwa bedrohlichen Charakter annimmt. Beide Staaten stellen ihre politische Ideologie sehr stark auf nationale Gesichtspunkte ab; bei beiden ist es daher nicht ausgeschlossen, dass diese nationale Ideologie eines Tages in das Verlangen nach Angliederung der von Menschen gleicher Sprache bewohnten Landesteile der Schweiz ausschlägt.

Wenn auch die respektiven Regierungen alle derartigen Bestrebungen immer von sich gewiesen haben, so ist doch das Bestehen – und eine gewisse Blüte – einer solchen Gedankengängen hingegebenen Literatur schon allein ein Anzeichen dafür, dass der Boden bereitet ist, auf den einmal die Pflanze des „Irredentismus“ ins Kraut schießen könnte. Wird beim südlichen Nachbarn mehr und ungenierter über solches geschrieben, ist vom nördlichen Nachbarn zu erwarten, dass er mit umso grösserer Energie und Rücksichtslosigkeit durchgreifen würde, falls einmal die allgemeinen Umstände einer solchen Politik günstig würden.

Im Westen der Schweiz aber ist ein Nachbar, der bis vor kurzem der Mächtigste gewesen ist, von dem man aber dennoch am Allerwenigsten zu befürchten hatte, weil seine – allgemein gesprochen – kaum als imperialistisch zu bezeichnende Einstellung zu europäischen Fragen und die Tatsache, dass seine Sorgen und Gedanken um andere Grenzstriche kreisen, die Vorstellung einer aus dieser Richtung drohenden möglichen Gefahr gar nicht aufkommen liess. Seit jüngster Zeit ist dies anders geworden. Neue Gefahren anderer Art sind auf den Plan getreten. Uebermächtig und drohend erhebt sich jenseits der französischen Grenzpfähle das Gespenst der „Volksfront“ und dahinter jenes des russischen Kommunismus und Bolschewismus, verstärkt durch die Ereignisse in Spanien, die ihre Schatten über Frankreich hinweg bis an die Grenze der Eidgenossenschaft werfen, wo sie direkt auf das „Loch im Westen“, die Regierung des Herrn Léon Nicole, des Führers der Genfer Sozialisten, treffen, der seiner bereits etwas fadenscheinig gewordenen Herrlichkeit mit den Erfolgen der französischen Volksfront-Regierung neuen Glanz zu verleihen und dadurch seine Aussichten bei den bevorstehenden Kantonswahlen zu verbessern sucht. Gerade jene Waffe aber, welche die Eidgenossen gegen die Gefahr der Diktatur von rechts und von links allein einzusetzen haben, nämlich die Erhaltung der demokratischen Freiheiten, bildet gleichzeitig selbst eine Gefahr, da sie dazu beiträgt, das „Loch im Westen“ offen zu halten“, wo abgesehen von der Konnivenz der Genfer Regierung, auch die Gemeinsamkeit der Sprache mit der Bevölkerung des benachbarten Frankreich dem Vordringen linksradikaler Ideen aus dem Nachbarland die Wege ebnet. Dies ist die heutige aussenpolitische Lage der Schweiz. Die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit ist also für die Schweiz nicht nur von grosser moralischer Bedeutung, weil die Absorption jedes kleinen Staates durch einen mächtigen Nachbarn für sie ein sehr bedrohliches Präjudiz schafft, sondern auch von grosser praktischer Bedeutung weil – wie schon früher gesagt – der österreichische Teil der Grenze heute der einzige ist, auf den kein irgendwie gearteter Druck ausgeübt wird.

So kristallisiert sich das vorliegende Problem für die Schweiz schliesslich in der Frage, ob die Unabhängigkeit Oesterreichs durch ein feindliches oder durch ein freundlich eingestelltes Deutschland stärker bedroht sei, ob durch die Gefahr, wider seinen Willen angeschlossen zu werden oder durch die Gefahr, dass die Vereinigung zufolge eines steil ansteigenden geistigen und ideologischen Einflusses des Reiches auf Oesterreich auch so unabwendbar werde.

Dass das Gegenteil wirklich der Fall sein könnte, das wagen die meisten heute noch nicht recht zu hoffen, obgleich kein Zweifel darüber bestehen kann, dass alle Schweizer, ohne Rücksicht auf Nation- oder Parteizugehörigkeit eine Liquidierung des österr.-deutschen Gegensatzes bei tatsächlich völliger Aufrechterhaltung der österr. Unabhängigkeit als durchaus wünschenswert freudig begrüssen und in diesem Zusammenhang kann auch gesagt werden, dass man sich hinsichtlich des Passus der Verlautbarung über die künftige Richtung der österr. Aussenpolitik hier keinen Zweifeln und Besorgnissen hingegeben hat.

1667

**Unterredung Bundeskanzler Schuschnigg und
Staatssekretär Schmidt mit deutschem Gesandten Papen
am 21. und 22. Juli 1936 in Wien**

Gesprächsprotokoll

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40632/13

[Wien], o. D.

Der deutsche Gesandte von Papen hat am 21. beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm über seine gewisse Einzelfragen betreffenden Besprechungen in Berlin berichtet. Diese Unterredung fand am 22. ihre Fortsetzung zwischen dem deutschen Gesandten und Staatssekretär Dr. Schmidt. Behandelt wurden folgende Einzelfragen:

1.) Organisation des Auslandsdeutschtums in Oesterreich.

Papen äusserte den Wunsch, dass im Laufe des Herbstes im Geiste des Abkommens österreichischerseits gestattet werde, dass sich auslandsdeutsche Gruppen innerhalb Oesterreichs als Parteigruppen bilden dürfen. Der Herr Bundeskanzler hat grundsätzlich diesem Ersuchen zugestimmt. (Soweit dieser Wunsch Papens verständlich ist, dürfte es sich darum handeln, dass die bisher getarnte Organisation des „Bundes der Reichsdeutschen“, der bekanntermassen schon alle Merkmale einer Parteiorganisation an sich trägt, diese Tarnung mit der Zeit aufgeben soll! Es fragt sich, ob diese offenkundig parteipolitische

Organisation mit der Bestimmung des Gentlemen Agreement's, Punkt I. in Einklang zu bringen sein wird, wonach es den beiderseitigen Vereinigungen ihrer Staatsangehörigen untersagt sein soll, „insbesondere Staatsangehörige des anderen Staates durch Propaganda zu beeinflussen“ zu trachten: Anmerkung des Verfassers.)

2.) *Kulturelle Verbindungen.*

Die gegenseitigen kulturellen Verbindungen sollen von den bisherigen politischen Hemmungen befreit werden. So sagte Papen zu, dass Knappertsbusch die Bewilligung zu den mit der Bundestheaterverwaltung bereits ausgemachten Gastvorstellungen erteilt worden sei, ebenso zwei Berliner Sängern (Kern und Baumann) für die Salzburger Festspiele. In seiner Unterredung mit Staatssekretär Dr. Schmidt liess Papen durchblicken, dass es zur Vermeidung unerwünschter Echos in der reichsdeutschen Publizistik und öffentlichen Meinung auch in Hinkunft ausgeschlossen bleiben sollte, dass reichsdeutsche Gäste unter der Leitung Bruno Walters (gegen den Berlin offenbar wegen seiner charaktervollen Einstellung besonders feindlich gesinnt ist) in Konzerten auftreten. (Es bleibt abzuwarten, ob und wie diesem Wunsche in der Praxis Rechnung getragen werden kann, da sich ja leicht und oft Gelegenheiten ergeben können, dass in den von Bruno Walter als Gast geleiteten Opernvorstellungen reichsdeutsche Sänger/Völker usw. herangezogen werden müssen: Anmerkung des Verfassers.)

3.) *Zeitungen.*

Diesbezüglich teilte Papen mit, dass der gegenseitige Import der laut Abkommen zugelassenen vorläufig fünf Tageszeitungen sofort in Kraft gesetzt werden soll und zwar ohne besondere Verlautbarung dieser Tatsache; es würde hinreichen, wenn in einiger Zeit auf die Aufnahme dieses Tauschverkehrs in den Blättern hingewiesen würde. Ferner erbat Papen die Zulassung der fünf neu gestatteten reichsdeutschen Zeitungen und der bereits tolerierten Frankfurter Zeitung zum Kolportageverkehr, was der Herr Bundeskanzler zugestanden hat. Hinsichtlich der Beeinflussung der reichsdeutschen Presse im Sinne des Abkommens erklärte Papen diese in Berlin selbst vorgenommen zu haben. Rücksichtlich der Vermeidung persönlicher Invektiven versprach Papen demnächst selbst darauf zurückzukommen und eine dem Reziprozitätsverhältnis entsprechende Antwort zu erteilen.

4.) *Emigration.*

Papen führte eine Reihe von statistischen Zahlen an (die höchstwahrscheinlich nicht den Tatsachen entsprechen: Anmerkung des Verfassers.). So behauptete er, dass bereits 80% der österreichischen nationalsoz. Emigranten ausgebürgert seien, was einer Kopffzahl von 9.000 Männern (?) entspreche; in Deutschland eingebürgert seien bereits 10.000 Personen.

Der Herr Bundeskanzler hat zu diesem Punkte der Besprechung erklärt, dass er sich die individuelle Behandlung jedes einzelnen Emigranten vorbehalten

müsse. Papen richtete noch die Anfrage, ob es möglich sein werde, dass die Leute, denen die Rückkehr nach Oesterreich gestattet werden würde, in Oesterreich wieder Anstellungen finden, worauf der Herr Bundeskanzler erwiderte, dass dies wohl auf Schwierigkeiten stossen müsste, da er nicht in der Lage wäre, mit Vaterlandstreuen besetzte Arbeitsplätze für die rückkehrenden Emigranten frei zu machen. Schliesslich wünschte Papen Einsicht in die Ausbürgerungsverzeichnisse. (Die Ausbürgerungsverzeichnisse wurden bis in die allerletzten Tage fortlaufend der deutschen Gesandtschaft übermittelt: Anmerkung des Verfassers.)

5.) *Legion.*

Papen erklärte, dass ihm Hitler versichert hätte, die österreichische Legion sei bereits entwaffnet und zähle zur reichsdeutschen SA. Es seien dies 7.000 Männer zuzüglich einigen Angehörigen und Kindern; „Wirtschaftsflüchtlinge“ zähle man in Deutschland 4.000, insgesamt 22.000 (?) mit ihren Angehörigen summa summarum 30.000 Personen.

6.) *Relegierte Studenten.*

Papen warf die Frage auf, ob es möglich sein werde, von österreichischen Hoch- und Mittelschulen relegierte reichsdeutsche Studenten, die in Deutschland ihre Studien fortgesetzt haben, wieder an österreichischen Schulen aufzunehmen und hiebei das in Deutschland absolvierte Studium sowie auch Prüfungen ihnen voll anzurechnen. Der Herr Bundeskanzler betonte, dass hierin eine Unterscheidung notwendig sein werde u. zw. zwischen solchen Studenten, die auf Dauer relegiert wurden mit schwereren Tatbeständen, die selbstverständlich ausser Frage bleiben und solchen relegierten Studenten, die sich weniger schwere Verfehlungen zuschulden kommen liessen und bei denen gewisse Nachlässe in Erwägung gezogen werden könnten. Bei Prüfungsanrechnungen müsste, nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, die bisherige Gesetzeslage, nämlich allenfalls das Nachholen der Prüfungen bestimmend sein. Rücksichtlich Semesteranrechnungen meinte der Herr Bundeskanzler, dass allenfalls die Anrechnung der Hälfte der in Deutschland absolvierten Semester in Erwägung gezogen werden könnte (diesbezgl. Rücksprache mit dem BM. f. Unterricht Dr. Pernter behält sich Staatssekretär Dr. Schmidt vor).

7.) *Wirtschaftliche Besprechungen.*

Papen brachte den Wunsch vor, dass eine österreichische Kommission noch bis Ende dieser Woche in Berlin eintreffe. Es wurde ihm in den Besprechungen zugesagt, dass Montag, den 27. d. M., eine österr. Wirtschaftskommission eintreffen werde, deren Mitglieder Papen am 23. d. M. bekanntgegeben würden. (In Betracht kommen: Führung Gesandter Dr. Wildner, vom BM. f. Land- u. Forstw. Hochleitner, für Fremdenverkehr Deinlein, ferner ein Funktionär des Handelsministeriums und für die Nationalbank Buzzi). Papen schlägt, angeblich im Einvernehmen mit seiner Regierung, vor, Wirtschaftsverhandlungen in zwei Etappen in Aussicht zu nehmen:

Erstens ein kleines Sofortprogramm, in welches Kohle, Holz, Obst, Milch, Butter und allenfalls Vieh einbezogen werden soll, ferner der Touristen Verkehr und alle damit zusammenhängenden Devisenfragen; hinsichtlich des Touristenverkehrs und der Devisenfrage wäre auf ein ähnliches Abkommen abzuzielen, wie Deutschland solche auch mit anderen Ländern abgeschlossen habe.

Als zweite Etappe wäre ein grösseres Programm allenfalls mit Präferenzen in Aussicht zu nehmen; die Vorbereitung dieser Verhandlungen würde naturgemäss längere Zeit erfordern.

8.) *Reiseverkehr.*

Papen erklärte, die Reichsregierung wäre damit einverstanden, hüben und drüben die bisher bestehenden Behinderungen (1000 Marksperrre und unsere Ausreiseverbote) sofort aufzuheben. Eine vollkommene Freigabe des Reiseverkehrs kommt jedoch vorläufig nicht in Betracht, sondern es sei in Aussicht zu nehmen, einen einmaligen Passvermerk, der zu wiederholten Reisen nach Deutschland bzw. Oesterreich berechtigen würde, in den Pässen jener Personen anzubringen, die den im Abkommen taxativ aufgezählten Kategorien angehören und deren unbehinderte Reisen im kulturellen und wirtschaftlichen Interesse beider Staaten lägen. Hierbei sollen alle prohibitiven Taxen entfallen und Gebühren lediglich den Charakter von manipulativen Taxen erhalten. (Hinsichtlich des Reiseverkehrs von Oesterreich nach Deutschland würde sich demnach vorläufig praktisch nichts wesentlich ändern, es müsste lediglich den von der Staatspolizei zur Ausreise Zugelassenen ein hinsichtlich der Anzahl der Reisen und Dauer der Giltigkeit nicht beschränkter Vermerk im Passe angebracht werden: Anmerkung des Verfassers.)

9.) *Beiderseitige Schlichtungskommission.*

Papen brachte dem Herrn Bundeskanzler vor, dass in Berlin beabsichtigt sei, in die im Abkommen vorgesehene Kommission je einen Funktionär des Aussenamtes, des Reichspropagandaministeriums und des Reichsinnenministeriums zu entsenden. Der Herr Bundeskanzler hat übersehen, dass diese Zusammensetzung der Kommission nicht mit dem vereinbarten Wortlaut des Abkommens übereinstimmt. Der Herr Staatssekretär Dr. Schmidt hat Papen darauf aufmerksam gemacht, worauf Papen als praktische Lösung vorschlug, die beiderseitigen Kommissionen durch die respektiven Aussenämter leiten und die Mitglieder von diesen designieren zu lassen.

10.) *Wochenschaufilme.*

Papen äusserte den Wunsch nach reziproker Zulassung der beiderseitigen Wochenschauen. Der Herr Bundeskanzler hat dieser Anregung grundsätzlich zugestimmt, der Herr Staatssekretär hat die kulturelle Note beim Austauschverkehr von Filmen besonders in den Vordergrund gestellt. (Wie aus der Diskussion über diesen Punkt im Verlaufe der interministeriellen Besprechung vom 22. d. M. hervorging, sind bereits jetzt die reichsdeutschen Wochenschauen unter gewissen Kautelen in Oesterreich zugelassen; es wird sich in der Praxis

lediglich die Frage aufwerfen, inwieweit diese reichsdeutschen Wochenschauen als Parteipropaganda oder bloss als Aktualitäten oder kulturelle Propaganda zu betrachten sind – hiebei werden sich unermessliche Schwierigkeiten in der Praxis ergeben: Anmerkung des Verfassers.)

1668

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 155/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40670/13

Berlin, 22. Juli 1936

Wie ich in meinem Berichte Zl. 147/Pol. vom 15. Juli d. J.¹ mir auszuführen erlaubt habe, war es nur ganz wenigen offiziellen Persönlichkeiten bekannt, dass ernste Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsregierung und der österreichischen Bundesregierung zwecks Abschlusses eines Abkommens laufen. Zu dem vorzitierten Bericht möchte ich noch ergänzend mitteilen, dass sich die Meinung, dass selbst der Propagandaminister Dr. Goebbels von den Verhandlungen nichts gewusst habe, immer mehr und mehr verdichtet, so dass man sie mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als zutreffend annehmen kann. Schon aus der dürftigen Einleitung, mit der Goebbels das Kommuniqué bekanntgab, war zu ersehen, dass das Abkommen bei ihm keine Begeisterung auslöste. Wie ich von einem Ohrenzeugen der Konferenz, die um 8 Uhr 30' im Propagandaministerium stattfand, hörte, soll Dr. Goebbels ferner zu einem Journalisten, der ihn nach der Verlesung des Kommuniqués etwas erstaunt interpellierte, was dies wohl zu bedeuten habe, geantwortet haben: „Dieses Abkommen ist die Voraussetzung für einen 30. Jänner 1933 in Oesterreich!“ Wie mir der gleiche Ohrenzeuge versichert, war noch vor Beginn dieser Pressekonferenz im Propagandaministerium in den deutschen Journalistenkreisen ein grosses Rätselraten, worum es sich wohl handeln dürfte und als immer mehr und mehr die Ansicht, dass es ein österreichisch-deutsches Abkommen betrifft, die Oberhand gewann, glaubte alles, dass ein solches nur durch ein Nachgeben Oesterreichs zustande gekommen sein könne. Gross soll das Erstaunen und lang die Gesichter gewesen sein, als Dr. Goebbels dann das amtliche Kommuniqué mitteilte. Mein Gewährsmann glaubt daher, mit Bestimmtheit annehmen zu können, dass ausser dem Reichskanzler eigentlich nur Staatssekretär Lammers,

¹ Gesandter Tauschitz an Staatssekretär Schmidt, Bericht Nr. 147/Pol., Berlin, 15.7.1937 – AdR, NPA Deutschland I/12, Z. 40450/13.

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, Botschafter von Ribbentrop und die Herren aus der allernächsten Umgebung des Reichskanzlers, wie z. B. Adjutant Brückner, um den meritorischen Verlauf der Verhandlungen wussten und nur noch wenige, wie Min. Direktor Dieckhoff und Gesandter Aschmann waren so weit eingeweiht, dass es überhaupt Verhandlungen gebe, jedoch nicht, wie sie stünden. Tatsächlich konnte ich mich noch in der Mitte der Woche zum 11. Juli in einem Gespräch mit Min. Dir. Dieckhoff überzeugen, dass er über den Stand der Verhandlungen nicht informiert war und erst am 11. Juli um 11 Uhr vormittags soll er die amtliche Mitteilung über den Vertragsabschluss erhalten haben. Aber auch in Wien ist von *unserer Seite* nichts durchgesickert. Ein höherer Funktionär des Bundeskanzleramtes, der am 10. Juli hier in Berlin durchkam, hatte keine Ahnung von irgendwelchen Verhandlungen und war am 11. Juli um 7 Uhr abends höchst erstaunt, als ich ihn einlud, um 9 Uhr den Rundfunk zu hören, da eine wichtige Mitteilung, das österreichisch-deutsche Verhältnis betreffend, zu erwarten sei. Jedenfalls hat das am Tage vorher verlautbarte amtliche Dementi die Absicht nicht verfehlt und die Wirkung der Bombe vom 11. Juli zweifellos erhöht.

Was nun die Aufnahme des Abkommens anlangt, so wäre hiezu Folgendes zu bemerken: Ich glaube, dass selten einmal das gesamte deutsche Volk einer Massnahme des Dritten Reiches so ungeteilt und so freudig zugestimmt hat, wie dies beim österreichisch-deutschen Abkommen der Fall war. Es verdient festgehalten zu werden, dass eigentlich eine feindselige Stimmung der deutschen Bevölkerung Oesterreich gegenüber in dieser mehr als dreijährigen Kampfzeit nicht aufzukommen vermochte. Aber jedenfalls waren gewisse Kreise geneigt, weil es von oben gewünscht wurde, eine sozusagen anbefohlene Abneigung gegen Oesterreich zur Schau zu tragen. Man wäre fast verleitet, zu sagen, dass die Disziplin speziell im Norden Deutschlands so gross ist, dass die Leute auf Befehl verstimmt sein können, um dann wieder auf Befehl die Verstimmung in Zuneigung zu verwandeln. Ich spreche indes von der grossen Masse des Volkes einschliesslich der gesellschaftlichen Kreise, die auch früher bei jeder Gelegenheit immer wieder betonten, dass es schade wäre, dass die Verstimmung da ist und immer nur dem Wunsche Ausdruck verliehen haben, dass dieser Zustand bald beseitigt werden möge. Ganz anders natürlich ist die Auffassung in den herrschenden Parteikreisen und in den Kreisen der ehemaligen, sogenannten Systemparteien. Der radikale Parteiflügel ist mit dem Abkommen nicht zufrieden, schimpft fürchterlich auf Theo Habicht, der an der ganzen Sache schuld sei, muss sich aber schliesslich damit abfinden, weil es der Führer gewünscht und gemacht hat. Die radikalen Parteikreise werden in dieser ablehnenden Haltung naturgemäss von den führenden Emigranten unterstützt, die nun jede Möglichkeit einer Rückkehr nach Oesterreich in eine führende Stellung verschüttet sehen. Die gemässigten Parteikreise einschliesslich der Angehörigen des ehemaligen Stahlhelms, der bekanntlich vollkommen in der NSDAP aufgegangen ist, sind mit dem Uebereinkommen ausserordentlich zufrieden, weil sie darin eine Schlappe des Nationalsozialismus und damit eine Schwächung des radikalen Flügels der Partei erblicken. Die kirch-

lichen und ehemaligen Zentrumskreise sind besonders im Süden Deutschlands mit dem Abkommen sehr zufrieden. Allerdings wird in diesen Kreisen die Befürchtung geäußert, dass das Abkommen doch den Anfang eines Gleichschaltungsprozesses in Oesterreich bedeuten könnte. Mit den wiederholten Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, dass vom Dollfuss-Weg in Oesterreich nicht abgegangen werde und der Äußerung der Bischöfe Oesterreichs durch den Mund des Herrn Kardinals Dr. Innitzer konnte ich die Bedenken dieser Kreise zerstreuen.

Sehr befriedigt über das Uebereinkommen ist die Armee und wird mir mitgeteilt, dass bereits die Absicht besteht, sobald als möglich zwischen dem deutschen und dem österreichischem Heer die freundschaftlichsten Beziehungen sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Es ist beabsichtigt, zu den österreichischen Reitveranstaltungen im Herbst d. J. eine auserlesene deutsche Equipe zu entsenden und neben einer italienischen und ungarischen auch eine österreichische Militär-Kommission zu den Manövern des 4. Korps einzuladen.

Gross ist die Freude des Reisepublikums über die bevorstehende Aufhebung der 1000 Mark- Sperre und ungezählt sind die Anfragen darüber, wann man denn endlich wird nach Oesterreich reisen können.

Sehr interessant ist auch die Schichtung über die Auffassung in den hiesigen Diplomatenkreisen. Alle Kollegen haben mir in Form von persönlichen Besuchen, telefonisch oder gelegentlich zum Abkommen gratuliert, mit Ausnahme des Apostolischen Nuntius, mit dem ich allerdings bisher nicht zusammengetroffen bin, des französischen und sowjet-russischen Botschafters, der Gesandten der Kleinen Entente und der Schweiz. Der holländische Gesandte beglückwünschte mich auch, jedoch mit der für ihn als Monarchisten selbstverständlichen Einschränkung, dass durch das Abkommen bedauerlicherweise die Rückkehr der Habsburger für längere Zeit verschüttet sei. Er machte hiezu die Bemerkung, dass man in Steenokkerzeel schon mit einem bestimmten Tage im Oktober gerechnet habe.

1669

Gesandter Marek an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 383/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei/Geheim 7/1
Z. 40661/13

Prag, 22. Juli 1936

Herr Aussenminister Dr. Krofta tritt am 1. August einen Urlaub an und ich habe Gelegenheit gesucht, mit ihm vorher noch einmal zu sprechen. Diese Aussprache hat heute stattgefunden.

Ich möchte vorausschicken, dass der Herr Aussenminister ziemlich besorgt zu sein schien und seine Sprache war, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, eher resigniert. Das österreichische-deutsche Abkommen gibt ihm auch weiterhin zu denken, er sieht darin den Auftakt zu einer immer enger und intimer werdenden Annäherung an das Reich und sieht heute bereits den Einfluss Deutschlands in Oesterreich dominieren. Für die Tschechoslovakei sei es eine unerquickliche Situation¹. Man habe früher mit Oesterreich als mit einem Bollwerk gegen den Nationalsozialismus rechnen können, müsse aber Wien von nun ab als den Verbündeten Berlins betrachten und darauf gefasst sein, dass Oesterreich zumindest die Aussenpolitik Herrn Hitlers mitmachen werde. Also auch eine Aussenpolitik, die sich unter Umständen gegen die Tschechoslovakei und ihren Bestand kehren kann.

Ich habe mich bemüht, den Herrn Aussenminister an der Hand des mir gütigst zur Verfügung gestellten Materials über Inhalt und Tragweite unseres mit Deutschland abgeschlossenen Abkommens aufzuklären und ihm die Vorteile auseinander zu setzen, die dieses Abkommen für unsere eigene Ruhe und Sicherheit und damit auch für die Ruhe und Sicherheit in Mitteleuropa mit sich bringt. Herr Dr. Krofta glaubt dies für den Augenblick anerkennen zu sollen, er fürchte jedoch für die Zukunft das Ueberhandnehmen nationalsozialistischer Ideologien in Oesterreich, trotz aller allfälligen Massnahmen und den, nicht aufzuhaltenden wachsenden Einfluss des Reiches bei uns. Er sei überzeugt, dass man in Prag mit Oesterreich nicht mehr rechnen könne. Der italienische Einfluss werde in Oesterreich weder ideell noch wirtschaftlich gegen Deutschland aufkommen können. Diese Befürchtungen werden, wie mir Herr Dr. Krofta sagte, scheinbar auch von weiten Kreisen in Oesterreich selbst geteilt, er wisse es aus einer Unterredung, die er vor kurzem mit einem Parteigänger des Wiener Vizebürgermeisters Dr. Winter hatte. Dieser sei nach Prag gekommen, um zu sondieren, welchen Standpunkt die tschechoslovakische Aussenpolitik allenfalls zur Errichtung einer „sozialen Monarchie“ mit Otto von Habsburg an der Spitze einnehmen würde und der Abgesandte berief sich hiebei auf den Artikel Herrn Dr. Winters in Nr. 29 des „Christlichen Ständestaates“ „die soziale Monarchie“. Der Betreffende habe erzählt, dass von weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung, sowohl von den legitimistisch gesinnten, als auch von den, mit einer liberaleren Weltanschauung sympathisierenden Kreisen, das österreichisch-deutsche Abkommen als ein Verrat empfunden werde, den die Regierung schon seit langer Hand vorbereitet habe. Man fühle sich dem Nationalsozialismus ausgeliefert und finde, dass auch der politische Katholizismus in dieser Hinsicht gründlich versagt habe, indem sich Herr Kardinal Innitzer besonders beeilt hätte, den Frieden mit dem deutschen Nationalsozialismus auf das lebhafteste zu begrüssen.

¹ Zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1651, ADÖ 10/1652, ADÖ 10/1654, ADÖ 10/1655, und ADÖ 10/1665.

Herr Dr. Krofta habe seinem Mitredner gegenüber dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob die Errichtung auch einer sogenannten sozialen Monarchie unter Otto von Habsburg das Allheilmittel für Oesterreich und den europäischen Frieden wäre. Wenn sich auch Otto von Habsburg, wie der Abgesandte versichert hat, bestimmt mit den heutigen Grenzen Oesterreichs zufrieden stellen und innerhalb dieser Grenzen sein kleines Fürstentum errichten würde, so bliebe doch die Befürchtung bestehen, dass später einmal der Anspruch auf die abgetretenen Gebiete aufleben könnte. Und was würde schliesslich Otto von Habsburg Oesterreich bringen können? Dr. Krofta glaubt, dass nicht einmal die Persönlichkeit des in Oesterreich ganz unbekanntem jungen Habsburgers die genügende Anziehungskraft hätte, um eine Idee zu verkörpern, die alle Gegensätze zu beseitigen in der Lage wäre. Was die Tschechoslovakei anlangt, so fürchte sie sich wenig vor einer Restauration in Oesterreich, aber Jugoslawien und Rumänien würden sie nie dulden und damit sei dieser Gedanke im Vorhinein begraben.

Herr Dr. Krofta sprach noch von einem Besuch, der Prag vor einigen Tagen mit seiner Anwesenheit beehrt hat, u. zw. des rechtsstehenden französischen Journalisten Kerillis, der bei ihm und auch bei Dr. Beneš gewesen sei und die Ueberzeugung vertreten habe, dass Deutschland in spätestens zwei Monaten über die Tschechoslovakei herfallen werde. Deutschland rüste fieberhaft und wolle vor England fertig werden, das in ungefähr zwei Jahren vollkommen aufgerüstet sein werde. Dann könnte man gegen England nichts mehr unternehmen und deshalb wolle Deutschland zu einem Präventivkrieg schreiten.

Dr. Krofta glaubt, dass dies alles ein Unsinn sei. Deutschland könne doch mit der Tschechoslovakei nicht so verfahren, wie Italien mit Abessinien. Trotzdem sei die Lage der Tschechoslovakei sehr schwierig, weil Deutschland mit Oesterreich jetzt als mit seinem Bundesgenossen rechnen könne und auch Polen „in der Tasche habe“. Warum Deutschland aber über die Tschechoslovakei herfallen wollte, wäre auch deshalb unerklärlich, weil ja doch keinerlei schwerwiegende Differenzen zwischen den beiden Staaten bestehen. Die Tschechoslovakei wolle sich ja mit Deutschland einigen und er, Dr. Krofta, betreibe diese Einigung ganz speziell und es wäre gegen eine solche Einigung auch vom innerpolitischen Standpunkt nichts einzuwenden, wenn man nur dessen sicher wäre, dass Deutschland neben der politischen Selbständigkeit der Tschechoslovakei auch ihr kulturelles und wirtschaftliches Eigenleben lassen würde. Kurz und gut, man möchte in Prag nicht bloss ein Anhängsel Deutschlands werden.

Ich warf hier ein, dass meines Wissens (ich weiss es aus Gesprächen mit dem deutschen Gesandten) der Tschechoslovakei in Deutschland das Bündnis mit den Sowjets stark verübelt werde. Im Uebrigen betrachte man, sagte ich weiter, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns das neue tschechoslovakische Landesverteidigungsgesetz als eine Massnahme, die sich ausdrücklich nur gegen Deutsche und gegen Ausländer richte und man sei über die möglichen Auswirkungen dieses Gesetzes sehr beunruhigt. Die in den Grenzgebieten ansässigen

Oesterreicher wenden sich jetzt schon um Schutz und Hilfe an die Gesandtschaft und ebenso täten es die deutschen Staatsangehörigen. Dazu kommt, dass das Deutsche Reich jede, gegen die im angrenzenden sudetendeutschen Gebiet tschechischerseits geplante Massnahme, als einen Angriff gegen das Deutschtum empfinde und in dieser Hinsicht besonders empfindlich sei. Die Tschechen tun nicht gut daran, durch derartige Massnahmen immerfort zu reizen.

Was das Bündnis mit den Sowjets anbelangt, meinte Herr Dr. Krofta, dass die tschechoslovakische Regierung vor ihrem Volke verpflichtet sei, für die Sicherheit des Landes zu sorgen. Wenn man die Rüstungen Deutschlands betrachte, von dem man sagt, dass es nunmehr auch die österreichische Aufrüstung in die Hand nehmen wolle und wenn man die Abneigung Polens ins Kalkül ziehe, so müsse man sich als kleiner Staat, der von Feinden umringt sei, nach Bundesgenossen umsehen, weil man sich ja schliesslich und endlich mit Erfolg zur Wehr setzen wolle. Und was das Landesverteidigungsgesetz betreffe, so diene auch dieses der Sicherheit des Staatsgebietes. Uebrigens sei in dieser Hinsicht noch nichts geschehen, und man dürfe sich erst dann beklagen, wenn tatsächlich die ersten Enteignungen oder Konfiskationen geschehen sein werden. Dass dadurch in erster Linie Deutsche betroffen werden, läge in der Natur der Sache, weil die Randgebiete zum überwiegenden Teil eben nur von Deutschen besiedelt sind.

Herr Dr. Krofta schloss mit der Hoffnung, dass es vielleicht doch gelingen werde mit Deutschland irgendeine Verständigung herbei zu führen und er verfolge jetzt die, ihm durch Herrn Ministerialdirektor Ritter (vgl. meinen Bericht Zl. 376/Pol. vom 14. d. M.)² angedeutete Spur, sich vorerst mit Deutschland wirtschaftlich zu verständigen. Deutschland wolle in mitteleuropäischen Dingen nicht ungefragt bleiben, Herr Ritter habe aber auch angedeutet, dass Deutschland nicht abgeneigt wäre, Gegenseitigkeit zu üben und sich seinerseits auch mit der Tschechoslovakie zu verständigen, wenn es mit anderen mitteleuropäischen Staaten werde verhandeln wollen.

In Bezug auf das tschechoslovakische Landesverteidigungsgesetz möchte ich noch hinzufügen, dass mir Herr Botschaftsrat Freiherr von Stein gestern vertraulich erzählte, man habe in Berlin bereits alles vorbereitet, Namens- und Vermögenslisten tschechoslovakischer Staatsangehöriger in Deutschland aufgestellt, um sofort beim ersten Angriff auf reichsdeutsches Vermögen in den Randgebieten mit Vergeltungsmassregeln gegen Tschechoslovaken in Deutschland vorzugehen. Ich darf darauf im Hinblick auf unsere gefährdeten Bundesangehörigen das Augenmerk lenken³.

² ADÖ 10/1655.

³ Zur tschechoslovakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe weiter ADÖ 10/1670.

1670**Gesandter Marek an Staatssekretär Schmidt**

Bericht Nr. 389/Pol.

AdR
Gesandtschaft Prag
(ohne Zahl)

Prag, 24. Juli 1936

Nachdem ich mit Herrn Aussenminister Dr. Krofta über das österr.-deutsche Abkommen gesprochen hatte, schien es mir vom grössten Interesse zu sein, auch die Meinung des Herrn Präsidenten der Republik darüber zu hören. Ich suchte um eine Audienz an, die mir bereitwilligst für heute Nachmittag gewährt wurde.

Herr Dr. Beneš wollte vorerst von mir wissen, was ich ihm über die Tragweite und Bedeutung unseres Abkommens zu erzählen hätte. Ich erwähnte, dass mir die Auffassung Herrn Dr. Kroftas nicht in allen Punkten richtig schiene und erläuterte dem Herrn Präsidenten an der Hand des mir gestern zugegangenen Erlasses vom 18. Juli 1936 Zl. 40418/13¹, was der Ansicht Herrn Dr. Kroftas von unserem Standpunkt aus entgegen zu halten wäre. Herr Dr. Beneš hörte meinen längeren Ausführungen sehr aufmerksam zu und erwiderte dann folgendes:

Er nehme die Sachen, wie sie sind. Er habe die Spannung zwischen Oesterreich und Deutschland immer nur als zeitlich bedingt betrachtet und es als verrückt bezeichnet, Oesterreich in eine Front gegen Deutschland zwingen zu wollen. Bei allen seinen Plänen, die er mit Oesterreich hatte, habe er immer daran gedacht, ob sie auch für Deutschland annehmbar wären. Den extremen französischen Plan einer Donauföderation etc. habe er immer als undenkbar abgelehnt, weil er als anti-deutsche Front gedacht war. Dies habe er auch dem Herrn Gesandten Eisenlohr in seiner ersten Unterredung gesagt: dass er keine Konstellation machen will, die Oesterreich zwingen würde, anti-deutsch eingestellt zu sein. Er habe auch Herrn Eisenlohr gesagt, man möge in Berlin erwägen, ob es nicht für Deutschland von grösserer Bedeutung wäre, einen zweiten selbständigen deutschen Staat in Europa zu wissen.

Nun handle es sich darum, wie die Welt zu überzeugen wäre, dass Oesterreich wirklich selbständig bleiben wird und kein Mittel für etwaige deutsche imperialistische Pläne im Osten bilden soll. Der Tschechoslowakei werde es genügen, wenn Oesterreich selbständig bleibt.

Dr. Beneš sei immer für alle Eventualitäten vorbereitet und ziehe auch die ärgsten Möglichkeiten ins Kalkül. Ohne lange zu zögern, wäre es infolgedessen mög-

¹ ADÖ 10/1665; zur tschechoslowakischen Reaktion auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1651, ADÖ 10/1652, ADÖ 10/1654, ADÖ 10/1655 und ADÖ 10/1669.

lich, sofort entsprechend zu handeln, wenn es z. B. zum Anschluss, oder zur Restauration u. s. w. käme. Das gegenwärtige Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland setze Oesterreichs Selbständigkeit fest, und dies sei für die Tschechoslovakei wie schon gesagt eine zufriedenstellende Lösung und enthebe sie vorläufig von allen weiteren Massnahmen. Dass Oesterreich mit Deutschland in Freundschaft und nicht in Feindschaft leben wolle, sei für den Präsidenten der Tschechoslovakischen Republik eine Selbstverständlichkeit. Wie weit Oesterreich darin gehen wolle, müsse Oesterreich selbst nach seinen eigenen Interessen bestimmen. Darnach werde sich dann die Tschechoslovakei Oesterreich gegenüber einstellen. Sollte z. B. mit dem Abkommen der Anschluss lediglich maskiert werden, so müssten daraus die gleichen Schwierigkeiten mit ganz Europa für uns erwachsen, als wenn der Anschluss faktisch und formell durchgeführt wäre. Es handle sich eben bei dieser Sache nicht nur um die Interessen Oesterreichs und Deutschlands.

Die Tschechoslovakei habe kein Recht irgendeine Opposition zu machen und es wäre auch nicht klug von ihr es zu tun, wenn sich Oesterreich mit Deutschland vertragen will. Allerdings ist und bleibt Oesterreich ein europäisches Problem, genau so wie es die Tschechoslovakei sei. Und weil die Tschechoslovakei ebenfalls ein europäisches Problem ist, fürchte sich Dr. Beneš nicht vor einem deutschen Angriff, denn man müsse in Deutschland sehr gut wissen, dass ein solcher einen neuen Weltkrieg auslösen würde. Solange Oesterreich mit Deutschland entzweit war, drohte immer nur ein Konflikt mit Deutschland für Oesterreich. Sollte Oesterreich ein Anhängsel Deutschlands werden, so werde es jeder Konflikt bedrohen, den Deutschland haben werde. Dies ist nach Ansicht Dr. Beneš das Risiko jedes kleineren Staates, der mit einer Grossmacht Politik treibt. Der Präsident wäre sehr zufrieden, wenn es ihm möglich wäre, seine Politik von jeder Grossmacht loszulösen.

In Bezug auf die von mir gemachten Ausführungen und Hinweise auf die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, glaube Herr Dr. Beneš bestimmt, dass der Herr Bundeskanzler, das was er sagt, ganz aufrichtig meint. Den Gegenstand der offiziellen tschechoslovakischen Aussenpolitik habe der bewusste Artikel in der „Prager Presse“ gebracht, den der Präsident im Einvernehmen mit dem Aussenminister selbst geschrieben habe und auch dieser Artikel sei ganz aufrichtig gewesen. Dies wäre, betonte der Präsident, wörtlich zu nehmen.

Die Tschechoslovakei würde sich selbst einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie ins Feuer blasen würde. Dem Präsidenten sei es immer klar gewesen, dass das Verhältnis zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei unnatürlich sei, es sei ihm aber auch weiter klar gewesen, dass Herr Hitler in Bezug auf Oesterreich nicht reüssieren werde. Polen habe z. B. auf dem Gedanken, dass Hitler den Anschluss machen wird, seine ganze Politik gegenüber der Tschechoslovakei seit 1914 aufgebaut. Es wollte den ganzen Druck Deutschlands vom Korridor nach dem Südosten abdrehen. In Warschau sei man kolossal überrascht gewesen, dass

Oesterreich Stand gehalten habe, und ebenso war es in England der Fall. Auch die Tschechoslovakei wolle mit Deutschland eine vernünftige Politik betreiben und Dr. Beneš sei überzeugt, dass er sich nach der neuen Locarnokonferenz mit Berlin einigen wird.

Jetzt werde immer wieder die Frage aufgeworfen, ist Hitler aufrichtig oder nicht. Diese Frage lasse sich nicht so einfach beantworten. Hitler sei Possibilist neben seiner hysterischen Leidenschaftlichkeit, die mit wirklichem Nationalismus durchsetzt sei. Er werde daher sich stets an die Möglichkeit halten und nichts machen was unmöglich sei. Sobald aber das Unmögliche möglich werden könnte, werde es Hitler tun und erklären, dass er früher unter anderen Voraussetzungen gehandelt habe. Hitler werde daher das Abkommen auf die Dauer dann nicht halten, wenn in Oesterreich sich nicht die genügende moralische Kraft zeigen würde und wenn Europa die andere Lösung zuliesse. Er werde das Abkommen halten, wenn Europa auch weiter in Bezug auf den Anschluss fest bleibt und wenn wir selbst genügenden Widerstand leisten werden. Sollte das Reich im letzteren Falle trotzdem etwas gegen Oesterreich unternehmen, so wäre ein Krieg unvermeidlich.

In Oesterreich werde, nach Ansicht des Präsidenten die Entscheidung darüber fallen, ob es in Europa zu einem Kriege kommt oder nicht. Bleibt Oesterreich frei und selbständig, und so, dass Europa in dieser Richtung beruhigt sein kann, werde Frieden bleiben.

Daher sei die Verantwortung Oesterreichs enorm und deshalb habe Oesterreich in Europa eine grosse Sendung. Oesterreich möge seine Selbständigkeit halten, bei allem guten Einvernehmen mit Deutschland, dann werde es der Welt dienen und nicht zum Kriegsschauplatz werden. Wer es nicht begreifen könne, dass die Oesterreicher Deutsche sind und sich nicht gegen den Bruder benützen lassen, wer Oesterreich gegen Deutschland hetzen wollte, würde der Welt einen schlechten Dienst erweisen und das Land in den Anschluss hineintreiben.

Der Präsident möchte mir gegenüber ausdrücklich betonen, dass er dem Wesen und der Politik des Herrn Bundeskanzlers Dr. von Schuschnigg die grösste Sympathie entgegenbringe. Es sei der wahre Nationalismus der sich unter höhere, ewige Gesichtspunkte einordne. Genau so sei es bei ihm, dem Präsidenten.

In Deutschland sei nicht nur Hitler Possibilist, sondern es sei das ganze Regime possibilistisch. Mit anderen Worten, das Regime mache Alles rebus sic stantibus. Dies sei natürlich eine Politik, die leicht zu Konflikten führen könne. Dr. Beneš rechne aber vorläufig damit, dass Herr Hitler die Abmachung halten werde.

Die Tschechoslovakei habe eigentlich jeden Grund, sich mit dem Abkommen zu freuen, weil es gewisse Fragen löse, die bisher ungewiss waren: Selbständigkeit, kein Anschluss, Vertragung des fortwährenden Restaurationsgeredes u. s. w. Der Hauptgewinn sei der, dass der Welt wenigstens vorläufig die Angst genommen worden sei, Deutschland könne Oesterreich jeden Moment überfallen (Oesterreichische Legion!) und mit Gewalt besetzen. Dies wäre der Auftakt zu einer Feuersbrunst geworden, die die Tschechoslovakei in erster Linie betroffen hätte.

Die Pessimisten sagen, die Tschechoslovakei sei jetzt von Feinden eingeschlossen. Oesterreich sei doch schon früher einmal, auch unter Seipel mit Deutschland sehr gut gestanden und warum sei damals nicht die Tschechoslovakei von Feinden eingeschlossen gewesen.

Kurz und gut, das gegenwärtige Problem sei nicht tschechoslovakisch sondern europäisch. Und wenn aus dieser Frage kein Krieg drohe, so sehe der Präsident nicht, woher sonst ein Krieg in Europa kommen sollte. Viel gefährlicher als die auswärtigen Probleme seien für die einzelnen Staaten ihre inneren Verhältnisse, Europa befinde sich im Umbruch, überall soziale und wirtschaftliche Gärungen und Kämpfe, siehe Spanien, Frankreich etc. Hinsichtlich der Tschechoslovakei sei Dr. Beneš vollkommen beruhigt, hier werde er keine sozialen Kämpfe gestatten. Und um auf eine von mir gemachte und auch immer wieder von anderer Seite gehörte Bemerkung zu reagieren, betone der Präsident ausdrücklich und feierlich, dass die Tschechoslovakei das festeste Bollwerk in Europa gegen den Bolschewismus sei. Er lasse dies direkt dem Herrn Bundeskanzler sagen und bitte mich, diese Versicherung an die Person des Herrn Bundeskanzlers weiterzuleiten. Der französische Journalist Kerillis, der unlängst bei ihm gewesen, habe sich sehr gewundert, als ihm Dr. Beneš sagte, in der Tschechoslovakei könne und werde es nicht zu einer Volksfront kommen. Hier habe man den Bolschewismus schon hinter sich und kein Staat, der an die Tschechoslovakei grenzt, habe so viel antibolschewistische Kraft wie sie. Das würde sich z. B. zeigen, wenn man in Deutschland oder in Italien u. s. w. die Presse so frei schreiben liesse, wie in der Tschechoslovakei. Was würde man da an bolschewistischen Tendenzen erleben! Zu dieser Hetze gegen Russland könne der Präsident nur sagen: Europa habe 1919 bis 20 die Ochseerei gemacht, mit einer Intervention in Russland zu drohen, ohne sie zu machen. Jetzt sei man genau so unvernünftig und predige Krieg dem Bolschewismus, werde aber in Wirklichkeit wieder nichts machen.

All diese Reden seien nur Prétexte, unaufrichtig und verlogen, denn Niemand werde in Russland einmarschieren. Er selbst, Dr. Beneš, habe 1919 Herrn Clemenceau gesagt: Wenn Frankreich gegen die Bolschewiken marschieren wolle, so werde die Tschechoslovakei mittun und Herr Clemenceau möge diese Frage klipp und klar mit ja oder nein beantworten. Wenn ja, dann möge er sagen, wieviel Soldaten er aufstellen werde. Nicht einen einzigen, habe Herr Clemenceau darauf geantwortet, worauf Herr Beneš erwidert haben will, dann solle man auch die Tschechoslovakei in Ruhe lassen und er habe hierauf die tschechoslovakischen Legionen aus Russland abberufen.

In einer Zeit, wo in jedem Staat ein Umsturz drohe, und wo Europa noch gut durch 20 Jahre in dieser Gefahr sein werde, müssten sich die Staaten endlich entscheiden, ob sie den Bolschewismus wirklich vernichten oder aus ihm eine vernünftige, der westeuropäischen Auffassung gerecht werdende Bewegung machen wollen. Aber nur drohen und dabei den Bolschewiken jede Gelegenheit zu einer vernünftigen Entwicklung zu nehmen, das gehe nicht.

„Wir respektieren Eure Politik“ sagte Herr Dr. Beneš, „müssen aber auch verlangen, dass man unsere Politik respektiert. Zu uns wird der Bolschewismus nicht kommen.“ In anderen Staaten könne leicht bei einem Sturz des Regimes der Bolschewismus ausbrechen, in der Tschechoslovakei nicht, denn da könne nichts stürzen. Das tschechoslovakische Regierungssystem sei fest und beständig, die Kommunisten spielen in der Tschechoslovakei gar keine Rolle und es sei Vorsorge getroffen, dass sich in der Regierung die Rechte von der Linken nicht trenne. Er, Dr. Beneš, werde diese Politik noch schärfer und konsequenter verfolgen, als es Präsident Masaryk getan. Im Uebrigen sei es besser, sich mit Russland zu vertragen, so wie wir uns mit Deutschland vertragen wollen. Dies gelte ganz speziell für Rumänien, auf das ich angespielt hätte. Wie könne man sich eine Politik denken, wonach Rumänien, das an den grössten Staat der Welt grenzt, keine Rücksicht auf diesen Staat nehmen sollte und sich nicht freundschaftlich verhalten müsste, umsomehr als doch Russland Mitglied des Völkerbundes ist. Was hätte z. B. Europa von einem deutsch-russischen Krieg?

Was das tschechoslovakisch-russische Verhältnis anlangt, so möchte mir der Präsident verbindlich erklären: Die Allianz gründe sich nur auf Artikel 16, assistance mutuelle. Alles andere, insbesondere das Gerede von Luftabkommen, sei niedrig, gemein und verbrecherisch, sodass der Präsident keine Worte dafür finden könne. Er sei bereit, alle seine Karten auf den Tisch zu legen und seine Politik mit Russland dem Urteil eines europäischen Aeropags zu unterbreiten. Er würde wünschen, dass alle Staaten ebenso handeln könnten.

Dazu komme noch eines. Die Tschechoslovaken seien ein 15 Millionen Volk und das sei eine viel zu grosse organisatorische Einheit, als dass man sie als Instrument irgend Jemandes benützen könnte. „Wir wollen von niemandem das Opfer sein“, erklärte der Präsident mit Emphase, „wir wollen aber auch keinen Krieg Russlands gegen Deutschland. Es ist nur böser Wille und Ignoranz, wenn man daran zweifelt. Und bei allen diesen Agitationen ist mir das am peinlichsten und verwunderlichsten, dass man uns scheinbar für dumm hält.“

Abschliessend möchte der Präsident bemerken. Die Tschechoslovaken seien die Letzten, die Europa in zwei Lager spalten wollten. Seit 17 Jahren mache er europäische Politik. Natürlich gehe das nur schrittweise vor sich. Auf die Dauer lasse sich weder der eine noch der andere Staat ausschliessen, ob man die Verträge kollektiv oder bilateral mache, sei ganz egal. Das seien akademische Fragen ohne praktischen Wert. So habe Oesterreich und Deutschland einen bilateralen Vertrag gemacht und schon sei Italien dabei.

Zum Schluss bat mich der Herr Präsident, dem Herrn Bundeskanzler seine freundschaftlichsten Grüsse zu überbringen. Nichts werde sich an der tschechoslovakischen Politik gegen Oesterreich ändern. Ich möge ausrichten, dass dies für Dr. Beneš selbstverständlich sei. Er möchte hierauf gerne eine Antwort des Herrn Bundeskanzlers wissen.

Vor meinem Fortgang, noch zwischen Tür und Angel, kam Dr. Beneš nochmals auf sein Verhältnis zum Bolschewismus zu sprechen. Man möge doch in Betracht

ziehen, dass er die deutschen Christlichsozialen in die Regierung berufen habe und demnächst die slowakische Volkspartei in die Regierung aufnehmen werde. Er wolle dadurch den christlichen Gedanken stärken und zur Geltung bringen, eben auch als Abwehr gegen den Bolschewismus im Innern, man möge diese Tat in dem sogenannten hussitischen Staat nur richtig werten. Mit der Henleinpartei sei es Schluss. Die Partei zerfalle vollkommen, er, Dr. Beneš, habe die Leute in der Hand und brauche nur zuzudrücken. Es werden noch ganz merkwürdige Sachen ans Tageslicht kommen, die Mentalität dieser Partei sei ebenso moralisch falsch orientiert, wie es jene der Nationalsozialisten in Deutschland und in Oesterreich sei. Die vorurteilslose Masse werde leicht durch Schlagworte gefangen, was aber hinter diesen stecke sei faul.

1671

Gesandter Wimmer an Staatssekretär Schmidt

Bericht Nr. 106/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 40725/13

Athen, 24. Juli 1936

Ministerpräsident Metaxas hatte sich noch unmittelbar vor Abschluss der österreichisch-deutschen Verhandlungen¹ mir gegenüber sehr pessimistisch über den Frieden in Zentraleuropa geäußert und eine Beruhigung auf Grund einer Verständigung unter den europäischen Grossmächten als höchst wünschenswert aber zugleich auch wenig aussichtsreich bezeichnet. Ich durfte daher annehmen, dass das Ergebnis der österreichisch-deutschen Entspannung und die Betonung der österreichischen Selbständigkeit in griechischen Regierungskreisen eine optimistischere Auffassung wenigstens bezüglich Zentraleuropas hervorrufen würde. Dies ist jedoch, wie bereits aus meinem Bericht über die Ansichten des Leiters des griechischen Aussenamtes, weiters aber auch aus meinen Unterhaltungen mit dem Herrn Ministerpräsidenten hervorgeht, nur in beschränktem Umfange der Fall. In den Besprechungen mit Herrn Metaxas glaube ich folgende zwei Umstände als charakteristisch sowohl für seine Auffassung als auch für die Ansicht diplomatischer Kreise festhalten zu sollen. Es hat erstens die Erklärung, dass Oesterreich ein deutscher Staat sei, einen unerwartet tiefen Eindruck gemacht. Auf meine Einwendung, dass das Deutschtum der Oesterreicher doch eine bekannte und sowohl von Kanzler Dollfuss als auch von anderen Staatsmännern betonte Tatsache sei,

¹ Zur Reaktion Griechenlands auf das Juliabkommen siehe bereits ADÖ 10/1659.

erwiderte Metaxas: An der Deutschstämmigkeit der Oesterreicher hat auch nie jemand gezweifelt; wenn aber ein Regierungschef seinen Staat als deutschen Staat erklärt, so habe das eben eine politische Bedeutung, da doch ein deutscher Staat nur deutsche Politik machen könne. Als zweiter Umstand, der die Einstellung vieler Ausländer in ihrer Beurteilung des österreichisch-deutschen Ausgleichs erklärt, ist festzustellen, dass die Betonung, Oesterreich lehne den Nationalsozialismus nach wie vor ab, relativ geringeres Gewicht zugemessen wird. Herr Metaxas erläutert dies damit, dass er und vermutlich auch die anderen Regierungschefs, nicht an der vollkommenen und absoluten Aufrichtigkeit der Einstellung der österreichischen Regierung zweifeln. Die Ablehnung des Nationalsozialismus könne sich aber – abgesehen davon, dass dies nur eine innerpolitische Angelegenheit sei – nur auf die Gegenwart beziehen, während für die künftige aussenpolitische Entwicklung die Einstellung der verschiedenen Grossmächte zueinander massgebend sei. Dem Einfluss dieser Elemente könne sich weder Griechenland noch irgend ein anderer der kleineren europäischen Staaten entziehen.

Dies gelte zum Beispiel auch für die politische Lage Griechenlands im Mittelmeer. Zwar bestehe ein Pakt nur zwischen Griechenland und der Türkei. Stärker aber als Pakte sei die Interessengemeinschaft der Staaten im östlichen Mittelmeer, die – auch ohne Pakte – für die weitere Entwicklung massgebend sei.

Mit diesen Worten hat der Ministerpräsident der Ausserkraftsetzung der provisorischen englisch-griechischen Mittelmeervereinbarungen, die nach der französischen Kündigung kaum mehr haltbar waren, eine Deutung gegeben, die den italienischen Interessen im östlichen Mittelmeer kaum voll entsprechen dürfte.

In einer neuerlichen Unterredung, die ich mit dem Generaldirektor des Aussenamtes, Herrn Mavroudis, hatte, konnte ich feststellen, dass er die über die österreichisch-deutsche Entspannung auftragsgemäss gegebenen Erklärungen im vollen Umfang würdigt. Es ist jedoch kein Zweifel, dass er an seinem Gedanken festhält, Deutschland könnte sich nunmehr einer erprobten Allianzpolitik zuwenden. Dies wäre nach seiner Ansicht allerdings nicht das Ideal aber immerhin noch im Interesse Zentraleuropas gelegen. Denn wenn Deutschland sich nicht zu dieser Orientierung durchringen sollte, so könnte er nicht an die Aufrichtigkeit des Aufgebens der nationalsozialistischen Aspirationen auf Oesterreich glauben. Zwar müsse er restlos die Eleganz der Durchführung des Friedensschlusses anerkennen; der schwierigere Teil der Durchsetzung der österreichischen Unabhängigkeit stehe aber noch bevor. Griechenlands Haltung gegenüber diesem Problem habe sich nicht verändert: Es habe in Zentraleuropa keine Bindungen und werde auch durch die Balkanentente in keine zentraleuropäischen Angelegenheiten verwickelt werden; im Interesse des Friedens jedoch erwecke das Ringen um die Unabhängigkeit Oesterreichs das tiefgehende Interesse der Griechischen Regierung.